

5.74

Boston Athenaeum.

From the income of the fund given by

John Bromfield

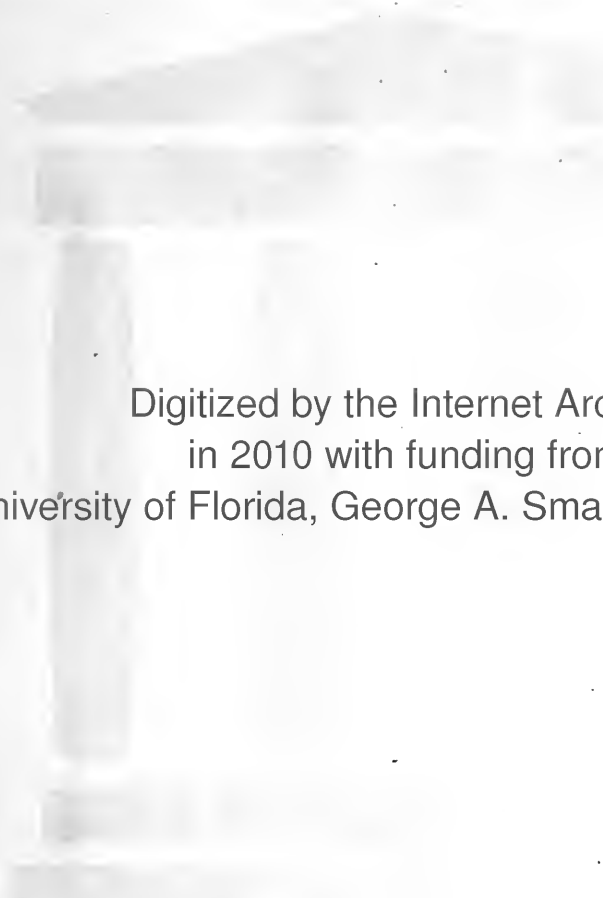
of Boston, purchased in 1849.

CANCELLED

Received Dec. 23, 1891.

EXTRACT FROM THE THIRTEENTH OF THE RULES FOR THE
LIBRARY AND READING ROOM OF THE BOSTON ATHENÆUM.

“If any book shall be lost or injured, or if any notes, comments, or other matter shall be written, or in any manner inserted therein, the person to whom it stands charged shall replace it by a new volume, or set, if it belongs to a set.”



Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Florida, George A. Smathers Libraries

<http://www.archive.org/details/staatsarchiv51inst>

UNIVERSITY
OF FLORIDA
LIBRARIES



Das Staatsarchiv.

Sammlung
der officiellen Actenstücke
zur
Geschichte der Gegenwart.

Begründet
von
Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben
von
Hans Delbrück.

Einundfünfzigster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1891.

327.08

5775

v.51



58 335

75 74

ER
7822 (L.351)

Inhaltsverzeichniss.

Aethiopien.

1883.	März	15.	Italien und Aussa (Hausa). Freundschaftsvertrag . . .	10040.
1885.	Febr.	10.	Italien. König Humbert an den Negus Johannes. Theilt die Errichtung einer italienischen Station in Massaua mit . . .	10041.
1887.	Juli	7.	Italien und Aussa. Konvention über Abschaffung des Sklavenhandels . . .	10042.
„	Aug.	10.	— Konvention über die Freiheit der Strasse zwischen Assab-Aussa-Schoa . . .	10043.
1888.	Dec.	9.	— Freundschafts- und Handelsvertrag . . .	10044.
1889.	Mai	2.	Italien und Abessinien. Freundschafts- und Handelsvertrag . . .	10045.
„	Oct.	1.	— Zusatz zum Handels- und Freundschaftsvertrag vom 2. Mai 1889 . . .	10046.
„	„	11.	Italien. Minister des Auswärtigen an die Vertretungen Italiens im Auslande. Mittheilung des mit Abessinien abgeschlossenen Vertrages . . .	10047.
„	„	18.	Vereinigten Staaten. Staatssekretär an den italienischen Geschäftsträger. Antwort auf die Mittheilung von dem Verträge Italiens mit Abessinien . . .	10048.
„	„	26.	Italien und Abessinien. Vertrag, betreffend eine von der italienischen Nationalbank dem König von Abessinien zu gewährende Anleihe . . .	10049.
„	Dec.	6.	Italien. Minister des Aeusseren an die italienischen Vertreter im Auslande. Mittheilung des Vertrages mit Haussa . . .	10050.
„	„	12.	Russland. Minister des Auswärtigen an den italienischen Geschäftsträger. Antwort auf die Mittheilung des Vertrages zwischen Italien und Abessinien . . .	10051.
1890.	Jan.	10.	Italien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Mittheilung der von dem Botschafter Russlands zu dem italienisch-abessinischen Verträge gemachten „Bemerkungen“ . . .	10052.

Internationale Arbeiterschutz-Bewegung.

1889.	März	15.	Schweiz. Rundschreiben an Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen. Spanien. Anregung zu einer Konferenz . . .	10053.
„	Juni	7.	England. Antwort an die Schweiz . . .	10054.
„	Juli	12.	Schweiz. Rundschreiben an die Mächte (vgl. Nr. 10053). Verschiebung der Konferenz . . .	10055.
1890.	Jan	28.	— Rundschreiben an die Mächte wie bisher, ausser Russland. Einladung zur Konferenz auf den 5. Mai . .	10056.

1890.	Febr.	4.	Deutschland, Kaiserliche Erlasse	10057.
"	"	8.	— Rundsreiben des Reichskanzlers	10058.
"	"	11.	— Kaiserliche Rede bei Eröffnung der Sitzungen des Staatsrathes	10059.
"	"	22.	England, Antwort an Deutschland	10060.
"	"	25.	Schweiz, Rundsreiben	10061.
"	"	27.	Frankreich, Antwort auf die deutsche Mittheilung	10062.
"	"	27.	Deutschland, Einladung zur Konferenz	10063.
"	März	7.	Frankreich, Annahme der Einladung zur Konferenz	10064.
"	"	8.	Deutschland, Der Kaiser an den Papst	10065.
"	"	14.	Curie, Antwort des Papstes an den deutschen Kaiser	10066.
"	—	—	Konferenz-Staaten, Programm der Berathungen der internationalen Konferenz, betreffend das Arbeitsreglement in den industriellen Etablissements und in den Bergwerken	10067.
"	März	29.	Schweiz, Bericht der schweizerischen Bevollmächtigten an den Bundesrath	10068.
"	Mai	12.	Frankreich, Bericht des ersten Bevollmächtigten Jules Simon an den Minister des Auswärtigen	10069.

Bündnisse und Verträge.

1885.	Jan.	30.	Deutschland und die Dominikanische Republik, Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrag	10024.
"	Juni	30.	Deutschland, Niederlande und Schweiz, Vertrag, betreffend die Regelung der Lachsfischerei im Stromgebiete des Rheins	10025.
1886.	Aug.	28.	Deutschland und Spanien, Abkommen, betreffend die Verlängerung des deutsch-spanischen Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 12. Juli 1883	10026.
1887.	März	28.	Deutschland und Ecuador, Freundschaftsvertrag	10027.
1888.	Nov.	11.	Deutschland und Schweiz, Zusatzvertrag zu dem Handelsvertrage zwischen Deutschland und der Schweiz vom 23. Mai 1881	10028.
"	Dec.	22.	Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Russland, Türkei, Spanien, Vertrag über die Freie Schifffahrt auf dem Suez-Canal	10022.
"	—	—	Vertragsstaaten, Aus den vorhergehenden Verhandlungen über Nr. 10022	10023.
1890.	Jan.	13.	Deutschland und Zanzibar, Vertrag des Sultans mit der ostafrikanischen Gesellschaft	10037.
"	Mai	31.	Deutschland und Schweiz, Niederlassungsvertrag und Depeschen über den Fall Wohlgemuth	10029.
"	Juli	1.	Deutschland und England, Vertrag über Kolonien und Helgoland	10032.
"	Aug.	26.	Deutschland und Türkei, Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag	10030.
"	Nov.	20.	Deutschland, Vertrag des Reiches mit der ostafrikanischen Gesellschaft	10038.
"	Dec.	1.	— Denkschrift des Reichskanzlers, gerichtet an den Reichstag bei Vorlegung der nachfolgenden sieben Aktenstücke, betreffend Kolonien und Helgoland	10031.
—	—	—	— Denkschrift über die Beweggründe zu dem deutsch-englischen Abkommen	10039.

Balkanstaaten.

1886.	Nov.	11.	Italien, Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen, Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Minister des Auswärtigen	9912.
"	"	15.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg	9911.
"	"	17.	— Gesandter in Konstantinopel an den Minister des Aeußern, Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Botschafter	9913.
"	"	18.	Russland, Note des Generals Kaulbars an die bulgarische Regierung, Abbruch der Beziehungen	9915.

1886.	Nov.	20.	Italien. Botschafter in London an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch mit dem englischen Premierminister	9914.
"	"	22.	— Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Oesterreichs Stellung zur Kandidatur des Prinzen von Mingrelien	9918.
"	"	22.	— Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Stellung der Pforte in derselben Frage	9919.
"	"	23.	— Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Verhandlungen über den Modus der Wahl des Fürsten von Mingrelien	9920.
"	"	23.	Russland. Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. Darlegung der russischen Politik in der bulgarischen Frage	9923.
"	"	25.	Italien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Wien. Antwort auf den österreichischen Vorschlag	9917.
"	"	26.	— Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Oesterreich schlägt eine internationale Kommission wegen Bulgariens vor	9916.
"	"	30.	Bulgarien. Minister des Aeussern an den italienischen Minister des Aeussern. Beglaubigung der bulgarischen Mission	9928.
"	Dec.	2.	Italien. Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. Zusicherung günstigen Empfangs der bulgarischen Deputation	9921.
"	"	3.	— Minister des Aeussern an den Botschafter in Wien. Völlige Uebereinstimmung der italienischen und österreichischen Politik in Betreff Bulgariens	9922.
"	"	3.	Türkei. Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. Annahme der Kandidatur des Fürsten von Mingrelien; Anfrage an die Grossmächte	9924.
"	"	4.	Italien. Minister des Aeussern an den Gesandten in Konstantinopel. Ausweichende Antwort auf die Anfrage der Pforte	9925.
"	"	5.	— Gesandter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Beurtheilung der bulgarischen Zustände durch die Pforte	9932.
"	"	6.	— Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, jede Uebereinkunft Russlands und der Türkei bezüglich Bulgariens zu unterstützen	9929.
"	"	6.	— Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zur bulgarischen Mission	9930.
"	"	7.	— Minister des Aeussern an den Botschafter in Wien, Berlin und London. Einwände gegen die Vorschläge der Türkei bezüglich Bulgariens	9926.
"	"	8.	— Minister des Aeussern an den Botschafter in London. Mittheilung der Ablehnung der Kandidatur des Prinzen von Mingrelien durch England	9927.
"	"	11.	— Minister des Aeussern an den Botschafter in Berlin. Stellung der italienischen Regierung zur bulgarischen Mission	9931.
"	"	12.	— Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zu den türkischen Vorschlägen	9933.
"	"	13.	— Minister des Aeussern an den Gesandten in Konstantinopel. Auftrag, der Pforte wegen der Haltung ihres Bevollmächtigten in Sophia Vorstellungen zu machen	9934.
"	"	15.	— Agent in Sophia an den Minister des Aeussern. Mittheilung, dass Prinz Ferdinand der Aufstellung seiner Kandidatur zugestimmt habe	9940.

1886.	Dec.	15.	Italien.	Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Bericht über die vorläufige Anfrage der bulgarischen Mission bei dem Prinzen Ferdinand.	9937.
"	"	17.	—	Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. Mittheilung der Antwort des Kaisers von Russland an den Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg . . .	9935.
"	"	18.	—	Gesandter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Mittheilung der zwischen Russland und der Türkei vereinbarten Maassregeln . . .	9936.
"	"	18.	—	Botschafter in London an den Minister des Aeussern. Bericht, dass England die Wahl eines Fürsten gänzlich der Nationalversammlung überlasse . . .	9938.
"	"	23.	—	Minister des Aeussern an den Botschafter in Petersburg. Mittheilung über die in einem Gespräch mit dem russischen Botschafter festgestellte abweichende Auffassung der bulgarischen Angelegenheit . . .	9939.
"	"	24.	Grossbritannien.	Auszug aus einem in Konstantinopel überreichten Memoire . . .	9941.
"	"	24.	Bulgarien.	Minister des Aeussern an den diplomatischen Agenten in Sophia. Widerlegung des russischen Circulars vom 11./23. November 1886 . . .	9943.
"	"	29.	Italien.	Minister des Aeussern an den Botschafter in London. Einwände gegen den Vorschlag Grossbritanniens . . .	9942.
1887.	Jan.	18.	—	Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. Bericht über den Empfang der bulgarischen Mission . . .	9944.
"	"	29.	—	Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch mit dem Staatssekretär, welcher Entgegenkommen gegen Russland empfiehlt . . .	9945.
"	Febr.	18.	—	Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Konstantinopel. Abweisung des Gedankens einer russischen Occupation Bulgariens . . .	9946.
"	"	20.	—	Minister des Aeussern an den Botschafter in Berlin. Anerkennung eines Russland zustehenden besonderen Einflusses in Bulgarien . . .	9947.
"	April	6.	—	Minister des Aeussern an den Botschafter in Wien. Abmahnung von einer Unabhängigkeitserklärung Bulgariens . . .	9948.
"	"	11.	Bulgarien und Serbien.	Akte, eine Grenzberichtigung betreffend . . .	9949.
"	Mai	23.	Italien.	Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. Mittheilung eines türkischen Circulars, Bulgarien betreffend . . .	9950.
"	"	25.	—	Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zu dem Circular der Pforte . . .	9951.
"	Juni	4.	—	Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Aeussern. Mittheilung des Entschlusses der bulgarischen Regierung, die Krisis selbstständig zu lösen . . .	9952.
"	Juli	10.	—	Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Stellung der deutschen Regierung zur Wahl des Prinzen . . .	9954.
"	"	11.	—	Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeussern an den Botschafter in Wien. Stellung Oesterreichs und Italiens zur Wahl des Prinzen Ferdinand . . .	9953.
"	"	12.	—	Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Reichsamt des Aeussern . . .	9956.
"	"	12.	—	Botschafter in Petersburg an den Minister des Aeussern. Bericht über die ablehnende Haltung Russlands gegenüber der Wahl des Prinzen . . .	9957.
"	"	15.	—	Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. Bericht über ein Gespräch mit dem türkischen Botschafter betreffs der Anerkennung des Prinzen . . .	9955.

1887.	Juli	17.	Italien. Geschäftsträger in London an d. Min. d. Aeussern. Bericht über die Stellung des englischen Cabinets.	9958.
"	"	19.	— Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Bericht über das Ergebniss des Circulars der Pforte.	9959.
"	Aug.	8.	— Minister des Aeussern an die Botschafter an den Höfen der Grossmächte. Cirkular bei seinem Amtsantritt.	9960.
"	"	8.	— Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im Reichsamt des Aeussern.	9961.
"	"	9.	— Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. Instruktion über das Verhalten gegen den Prinzen Ferdinand.	9962.
"	"	10.	Bulgarien. Prinz Ferdinand an den italienischen Botschafter in Wien. Mittheilung, dass er die bulgarische Krone annehme.	9965.
"	"	12.	Italien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Mittheilung der Aufforderung Russlands an die Grossmächte, die Verletzung des Berliner Vertrages nicht zu dulden.	9963.
"	"	12.	— Botschafter in Paris an den Minister des Aeussern. Mittheilung des Verhaltens Frankreichs gegenüber dem Prinzen Ferdinand.	9967.
"	"	13.	— Minister des Aeussern an die Botschafter in Berlin und London. Wunsch, die bulgarische Frage zur Entscheidung zu bringen.	9964.
"	"	13.	— Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung der österreichischen Regierung zu der Thronbesteigung des Prinzen Ferdinand.	9969.
"	"	14.	— Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über die Zustimmung Deutschlands zu dem russischen Cirkular.	9972.
"	"	14.	Türkei. Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. Telegraphische Mittheilung des Verhaltens der Pforte gegenüber dem Eintreffen des Prinzen Ferdinand in Sophia.	9966.
"	"	17.	Italien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf das Cirkular der Pforte.	9968.
"	"	18.	— Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. Anerkennung der Wahl des Prinzen Ferdinand als Ausdruckes des bulgarischen Volkswillens.	9970.
"	"	15.	— Botschaftsrath in Paris an den Minister des Aeussern. Bericht über die Uebereinstimmung der französischen mit der russischen Regierung.	9971.
"	"	23.	— Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung der Pforte zu den Forderungen Russlands.	9974.
"	"	24.	— Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. Anweisung, gemeinschaftlich mit den Vertretern Oesterreichs und Englands zu handeln.	9973.
"	"	30.	— Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. Entschluss abwartender Stellung betreffs der Ereignisse in Bulgarien.	9975.
"	Sept.	1.	— Minister des Aeussern an die Botschafter in Berlin, Konstantinopel, London und Wien. Zurückweisung des Vorschlags, einen Commissar der Grossmächte nach Bulgarien zu senden.	9976.
"	"	15.	Bulgarien. Dekret des Ministerrathes. Uebernahme der ostrumelischen Schuld.	9980.
"	"	21.	Italien. Geschäftsträger in London an den Minister des Aeussern. Bericht über die ablehnende Stellung Englands gegenüber dem russisch-türkischen Vorschlage.	9978.

1887.	Sept.	23.	Italien. Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch des österreichischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten mit dem türkischen Botschafter	9979.
"	"	27.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Abweisung eines neuen russisch-türkischen Projektes in Betreff Bulgariens	9977.
1888.	Jan.	9.	— Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Telegraphische Mittheilung über die Absichten Russlands	9981.
"	Febr.	11.	Russland. Mittheilung des „Regierungsanzeigers“ in Betreff Bulgariens	9982.
"	"	16.	Grossbritannien. Botschafter in Petersburg an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung des russischen Vorschlages, den Zustand in Bulgarien durch die Grossmächte für illegal erklären zu lassen	9983.
"	"	17.	— Premierminister an die Vertreter in Paris, Wien und Rom. Mittheilung der vorläufigen Antwort auf den russischen Vorschlag	9984.
"	"	18.	Italien. Minister des Aeussern an den Geschäftsträger in London. Zustimmung zu der Beantwortung des russischen Vorschlages seitens der englischen Regierung	9985.
"	"	20.	Grossbritannien. Botschafter in Wien an den Premierminister. Mittheilung der Absichten Russlands in Betreff Bulgariens	9987.
"	"	21.	— Botschafter in Berlin an den Premierminister. Telegraphischer Bericht, dass Graf Bismarck die Annahme des russischen Vorschlags empfehle	9988.
"	"	21.	— Botschafter in Rom an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung, dass die italienische Regierung die Aufforderung Deutschlands, sich dem russischen Vorschlage anzuschliessen, zurückgewiesen habe	9989.
"	"	22.	Italien. Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Stellung der österreichischen Regierung zu dem russischen Vorschlage	9986.
"	"	23.	Grossbritannien. Premierminister an die Vertreter in Berlin, Wien und Rom. Mittheilung der Antwort Englands auf den russischen Vorschlag	9990.
"	"	23.	— Botschafter in Wien an den Premierminister. Konstatirung der völligen Uebereinstimmung zwischen den Kabinetten von Wien, Rom und London	9993.
"	"	24.	— Botschafter in Berlin an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung, dass Deutschland der Pforte zur Annahme des russischen Vorschlags rathe	9991.
"	"	24.	— Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung der durch den Botschafter Russlands der Pforte zu machenden Eröffnungen	9992.
"	"	24.	— Geschäftsträger in Sophia an den Premierminister. Mittheilung des Entschlusses der bulgarischen Regierung, an dem Prinzen Ferdinand unter allen Umständen festzuhalten	9994.
"	"	25.	— Botschafter in Petersburg an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Minister des Aeussern	9995.
"	"	25.	— Premierminister an den Botschafter in Wien. Mittheilung der österreichischen Antwort auf den Vorschlag Russlands	9996.
"	"	25.	— Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Mittheilung der von Deutschland und Frankreich unterstützten Vorstellung Russlands bei der Pforte	9997.
"	"	25.	Deutschland. Botschafter in Konstantinopel an den dortigen italienischen Botschafter. Mittheilung der an die Pforte gerichteten Vorstellung	9999.

1888.	Febr.	26.	Grossbritannien. Premierminister an den Botschafter in Petersburg. Mittheilung der englischen Antwort auf den russischen Vorschlag	9998.
„	„	27.	Italien. Antwort auf den Vorschlag Russlands	10000.
„	März	4.	Türkei. Grossvezier an den bulgarischen Ministerpräsidenten. Erklärung der Illegalität der Herrschaft des Prinzen Ferdinand	10001.
„	„	7.	Grossbritannien. Premierminister an den Botschafter in Wien. Mittheilung eines Gesprächs mit dem türkischen Botschafter	10002.
„	„	11.	— Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Telegraphischer Vorschlag, die Pforte über die Stellung der Mächte zu weiteren Forderungen Russlands zu beruhigen	10004.
„	„	12.	— Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. Telegraphische Zustimmung zu obigem Vorschlag	10005.
„	„	15.	Italien. Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Konstantinopel. Telegraphische Anweisung, sich gegen feindliche Akte der russischen oder türkischen Regierung gegenüber Bulgarien auszusprechen	10003.
„	„	31.	Grossbritannien. Geschäftsträger in Sophia an den Premierminister. Bericht, dass die bulgarische Regierung von der türkischen Deklaration officiell nicht Kenntniss genommen habe	10006.
„	Dec.	19.	Serbien und Bulgarien. Vortrag, betreffend die Regelung der Grenze bei Bregowo	10007.
1889.	Febr.	12.	Bulgarien. Zankow an seine Parteigenossen. Bericht über dieselbe Audienz	10010.
„	„	20.	Grossbritannien. Botschafter in Petersburg an den Premierminister. Bericht über die Audienz des Bulgaren Zankow bei dem Zaren	10008.
„	„	25.	— Botschafter in Petersburg an den Premierminister. Bericht über dieselbe Audienz	10009.
„	März	7.	— Premierminister an den Gesandten in Belgrad. Mittheilung der Notification, betreffend die Abdankung des Königs Milan	10011.
„	„	10.	— Botschafter in Wien an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung des Urtheils des Grafen Kalnoky über den Thronwechsel in Serbien	10012.
„	„	12.	— Gesandter in Belgrad an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung der Antwort des Zaren auf ein Schreiben König Milan's	10013.
„	„	13.	— Botschafter in Petersburg an den Premierminister. Verhalten Russlands bei der Abdankung König Milan's	10015.
„	„	19.	— Gesandter in Belgrad an den Premierminister. Bericht über die Abschiedsaudienz bei König Milan	10014.
„	Aug.	10.	Italien. Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Auswärtigen. Bericht über bulgarische Unabhängigkeitsbestrebungen	10016.
„	„	10.	— Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Sophia. Antwort auf den obigen Bericht	10017.
„	„	20.	— Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Aeussern. Fernerer Bericht über Unabhängigkeitsbestrebungen	10018.
„	Sept.	24.	— Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Bericht über die eventuelle Anerkennung des Prinzen Ferdinand durch die Pforte	10019.
„	„	28.	— Geschäftsträger in Wien an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung Oesterreichs zur eventuellen Anerkennung des Prinzen Ferdinand	10020.
„	Okt.	9.	— Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Bericht über die Eventualität der Anerkennung des Prinzen Ferdinand	10021.

Katholische Kirche.

1871.	Aug.	23.	Römische Curie, Bestimmungen Pius' IX. über die Papstwahl und das Verhalten des Kardinalkollegiums bei Erledigung des päpstlichen Stuhles	10079.
1874.	Sept.	8.	— Bestimmungen Pius' IX. über die Papstwahl	10080.
1877.	Okt.	10.	— Bestimmungen Pius' IX. über die Papstwahl	10081.
1878.	Jan.	10.	— Reglement für das Kardinalskollegium bei Erledigung des h. Stuhles	10082.
1887.	Mai	23.	Italien, Allocution Papst Leos XIII. an die Kardinäle über die Kirche in Preussen, Hessen und Italien	10070.
„	Juni	15.	— Schreiben des Papstes Leo XIII. an den neuernannten Staatssekretär Rampolla, Regierungsprogramm	10071.
„	„	22.	— Rundschreiben des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla an die apostolischen Nuntien	10072.
1888.	Juni	14.	Deutschland, Die bayerischen Bischöfe an den Prinz-Regenten über die Lage der katholischen Kirche in Bayern	10074.
„	„	24.	Italien, Papst Leo XIII. an die irischen Bischöfe, Ueber den „Feldzugsplan“ und das Boycotten	10073.
1889.	März	24.	Deutschland, Der Prinz-Regent Luitpold von Bayern an den Minister v. Lutz über die Beantwortung des bischöflichen Memorandums	10075.
„	„	28.	— Antwort des Ministers des Innern v. Lutz auf das bischöfliche Memorandum	10076.
„	April	28.	Römische Curie, Papst Leo XIII. an den Erzbischof von München-Freisingen über die ministerielle Antwort auf das bischöfliche Memorandum	10077.
1890.	März	10.	Deutschland, Erklärung des erzbischöflichen Vikariats in München über den Altkatholicismus	10078.
„	Dec.	6.	Römische Curie, Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla an den Bischof von Saint-Flour über das Verhältniss der Kirche zu den verschiedenen Staatsformen	10083.
1891.	Mai	15.	— Encyclica Papst Leo's XIII. Ueber die Arbeiterfrage	10084.

Samoa.

1889.	Juni	14.	Deutschland, England, Vereinigte Staaten, General-Akte der Samoa-Konferenz in Berlin	10085.
-------	------	-----	--	--------

Zanzibar.

1890.	Okt.	27.	England und Deutschland, Botschafter in Berlin an den Staatssekretär, Vorschläge über die Entschädigung des Sultans von Zanzibar	10033.
„	„	28.	— Der Staatssekretär an den englischen Botschafter, Nimmt die Vorschläge an	10034.
„	Nov.	17.	Frankreich und Deutschland, Der Botschafter an den Staatssekretär, Zustimmung Frankreichs zum deutsch-englischen Verträge gegen Anerkennung des französischen Protektorats über Madagascar	10035.
„	„	17.	Deutschland und Frankreich, Der Staatssekretär an den Botschafter, Antwort auf das Vorhergehende	10036.



Balkanstaaten*).

Nr. 9911. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. —

15. November 1886.

Signor ambasciatore, — Ebbi oggi la visita del barone Uxkull. || L'ambasciatore di Russia aveva l'incarico di scandagliare le disposizioni del gabinetto di Roma rispetto alla scelta di un candidato al trono di Bulgaria, di cui mi confidò il nome. || Risposi senza indugio. Dissi che io non aveva nozione alcuna dei meriti del candidato designato dall'imperatore; però, ero ben certo che la scelta doveva essere caduta sopra tale personaggio che in sè riunisce tutte le qualità richieste per governare la Bulgaria, un paese così degno, sotto ogni rispetto, della simpatia delle potenze. || Se, in conseguenza, — soggiunsi, — tutti gli altri gabinetti si accordano nello accettare il nome designato dalla Russia, non farà sicuramente difetto lo assenso dell'Italia. || Non potevo, però, tralasciare, in questa circostanza, di ripetere cosa già detta. Agli occhi miei, questo soprattutto è necessario: che la candidatura non soggiaccia a ritardi, e che la si faccia acclamare, il più presto possibile, dalla Sobranje attuale, la quale, essendosi semplicemente prorogata, potrebbe procedere immediatamente alla elezione del nuovo principe, per sciogliersi tosto dipoi, mettendo per tal modo un termine ai pericoli del presente stato di cose nel principato. || Così Le confermo il mio telegramma di questa sera. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

*) Die nachfolgenden Dokumente sind entnommen aus dem italienischen Grünbuch „Bulgaria“, 17. December 1889 (G.), und dem englischen Blaubuch (Turkey, No. 3, 1889). Vgl. Staatsarchiv Bd. 47, S. 354.

Nr. 9912. ITALIEN. — Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. — Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Minister des Auswärtigen. [G. 4].
11. November 1886. Eingegangen am 21. November.

Nr. 9912.
Italien.
11. Nov. 1886.

Signor ministro, || Al mio arrivo in questa mia residenza mi feci premura di visitare il signor de Giers. Questi mi fece un accoglimento assai cordiale ed improntato della più chietta amicizia. Dopo avergli presentato i complimenti di cui la Eccellenza Vostra volle farmi latore, gli esposi i sentimenti dai quali Ella è animato, nelle presenti congiunture, ed il Suo vivo desiderio di contribuire efficacemente, assieme alle altre potenze, al mantenimento della pace, al quale intento deve giovare anzitutto la conservata fede ai trattati. Aggiunsi che se, nella pubblica opinione, eransi riscontrati sintomi di allarme, questi provenivano dai procedimenti del generale Kaulbars, dei quali non sapevasi rinvenire sufficiente giustificazione nello stato di cose in oggi esistente in Bulgaria. || In risposta a queste mie osservazioni, il signor de Giers mi assicurò della sincera intenzione dell' Imperatore di non discostarsi dai trattati e di mantenere la di lui azione entro i limiti che quei trattati gli concedevano. Mi sembrò il ministro ben lungi dall' approvare il contegno del generale Kaulbars, il quale avrebbe più facilmente e più efficacemente raggiunto lo scopo della sua missione con un contegno più e prudente più destro al tempo stesso. Siccome nel mio discorso avevo accennato che avrebbe efficacemente giovato ad attutire l'allarme in Europa la designazione, per parte della Russia, d'un candidato al trono di Bulgaria, candidato che, mentre sarebbe grato allo Czar, raccogliesse ugualmente il favore delle grandi potenze, così il signor de Giers mi disse che, infatti, l'Imperatore, resosi persuaso di questo desiderio, erasi risolto ad indicare a questo scopo il principe di Mingrelia. || La proposta, però, non poteva per anco essere formulata, stante l'assenza del principe di Mingrelia, il quale trovasi nelle sue terre nel Caucaso. Fu interrogato; ma la risposta non era tuttavia giunta. || Gradisca, ecc.

Greppi.

Nr. 9913. ITALIEN. — Gesandter in Konstantinopel an den Minister des Aeußern. — Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Botschafter. [G. 9.] 17. November 1886. Eingegangen am 23. November.

Nr. 9913.
Italien.
17. Nov. 1886.

Signor ministro, || Con telegramma del 15 sera*), Vostra Eccellenza m'informava che l'ambasciatore di Russia erasi recato a chiederle il di Lei avviso sull'eventuale candidatura del principe di Mingrelia al trono di Bulgaria, e che l'Eccellenza Vostra dichiarandosi disposto ad accettare questa scelta, se essa incontrava il suffragio delle altre potenze, aveva fatto consigliare il

*) S. Nr. 9911.

gabinetto di Pietroburgo di profittare senza ritardo della grande assemblea bulgara, non ancora sciolta, per far procedere all'elezione di quel candidato.

Nr. 9913.
Italien.
17. Nov. 1886.

L'ambasciatore di Russia, che ho veduto ieri, sembrava ignorare ancora le pratiche officiose fatte dal suo governo presso i vari gabinetti europei relativamente alla candidatura del principe di Mingrelia; egli aggiungeva di non aver peranco ricevuto l'ordine di scandagliare l'opinione della Sublime Porta su quella scelta, e di averne solo incidentalmente tenuto parola, giorni sono, al gran vizir. Avendogli io detto quale avviso avesse l'Eccellenza Vostra emesso su quella candidatura, il signor Nelidow rispondevami che il suo governo non consentirebbe mai acchè l'elezione del principe di Mingrelia si effettuasse per opera dell'attuale Sobranje: la Russia è ferma nel suo primitivo concetto, l'elezione del futuro principe di Bulgaria dover essere preceduta dal mutamento della reggenza e dallo scioglimento della grande assemblea; dappoichè essa è ognor più convinta che gli uomini, che governano ora il principato, circonvolverebbero in siffatta guisa il Principe, che questi non avrebbe più libertà nè d'azione, nè di pensiero. Convieni quindi che questi uomini spariscano dalla scena politica prima dell'elezione. Del resto, conchiudeva Sua Eccellenza dopo un momento di pausa, la situazione si è in questi giorni aggravata, in seguito all'incidente di Filippopoli; siamo alla vigilia di una rottura; il generale Kaulbars partirà forse domani da Sofia. || Se, come non dubito, l'ambasciatore di Russia è stato meco fedele interprete delle intenzioni del suo governo, v'ha luogo di domandarsi per qual motivo il gabinetto di Pietroburgo si sia risoluto a mettere innanzi la candidatura del principe di Mingrelia, dal momento che esso non intende che la di lui elezione abbia luogo per mezzo dell'attuale Sobranje. Qualè sarebbe il contegno della Russia se, in seguito al rifiuto del principe Valdemaro di Danimarca, la grande assemblea bulgara procedesse spontaneamente all'elezione del principe di Mingrelia, come è qui voce ch'essa ne abbia ora l'intenzione? || Gradisca, ecc.

Galvagna.

Nr. 9914. ITALIEN. — Botschafter in London an den Minister des Aeussern. — Bericht über ein Gespräch mit dem englischen Premierminister. [G. 10]. 20. November 1886. Eingegangen am 23. November.

Signor ministro, || Ieri mi trasferii nuovamente al *Foreign office* per avere la risposta del signor ministro degli affari esteri in ordine alla candidatura del principe di Mingrelia. Lord Iddesleigh mi disse, in seguito a consultazione col primo ministro, essere venuto alla conclusione non doversi invertire l'ordine prescritto dal trattato di Berlino: il governo di Sua Maestà la Regina significherebbe il suo avviso allorché la Sobranje avrebbe proceduto all'elezione del principe; per ora non si pronunziava nè in favore nè contro il principe

Nr. 9914.
Italien.
20. Nov. 1886.

Nr. 9914.
Italien.
20. Nov. 1886.

di Mingrelia, la decisione finale potendo dipendere dalle circostanze in cui seguirebbe l'elezione. Questa comunicazione mi era fatta in modo categorico, nè altro v'era da aggiungere. || Gradisca, ecc.

L. Corti.

Nr. 9915. RUSSLAND. — Note des Generals Kaulbars an die bulgarisché Regierung. — Abbruch der Beziehungen. [Anhang zu G. 15.] 18. November 1886.

Nr. 9915.
Russland.
18. Nov. 1886.

Sa Majesté l'Empereur a daigné m'envoyer en Bulgarie avec mission de faire connaître au peuple bulgare tout entier, ses sentiments sincères de bienveillance. || J'ai transmis aux gouvernants bulgares l'expression de ces sentiments, ainsi que des conseils loyaux qui devaient, selon l'avis du gouvernement impérial, contribuer à faire sortir le pays de sa position pénible. || Aucun de ces conseils n'a été suivi de manière à pouvoir satisfaire l'attente légitime de la Russie. En outre, les agents diplomatiques du gouvernement impérial ont été témoins des attentats insolents commis sur les sujets russes, ainsi que sur les personnes ayant droit à la protection de la Russie. Les gouvernants bulgares continuent à ne prêter aucune attention à ces attentats. || La grande assemblée, enfin, a été réunie pour l'élection du nouveau prince non seulement sans entente préalable avec le représentant de la Russie, mais encore après sa déclaration formelle sur l'inopportunité d'un pareil acte. || Ce fait a prouvé jusqu'à l'évidence la ferme résolution de la régence d'agir en dépit des vues du gouvernement impérial. || Je considère donc ma présence en Bulgarie inutile; — je déclare que les gouvernants actuels du pays ont complètement perdu la confiance de la Russie et que le gouvernement impérial se voit dans l'impossibilité de continuer ses relations avec le gouvernement bulgare, tant qu'il se compose des membres actuels.

Sophia, le 6/18 novembre 1886.

Kaulbars.

Nr. 9916. ITALIEN. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. — Oesterreich schlägt eine internationale Kommission wegen Bulgarien vor. [G. 16.] 22. November 1886. Eingegangen am 26. November.

Nr. 9916.
Italien.
22. Nov. 1886.

Signor ministro, || Secondo l'articolo 3 del protocollo n. 8 del 5 aprile 1886, una commissione turco-bulgara dovrebbe compiere il mandato relativo alla revisione dello statuto della Rumelia orientale, per metterlo in armonia coi cambiamenti accaduti colà in questi ultimi tempi, in seguito al rivolgimento dell'anno scorso. Ora il conte Kálnoky è venuto in pensiero di sugge-

rire alle potenze, che alla commissione turco-bulgara sia sostituita una commissione europea internazionale, composta di commissari delle potenze segnatamente del trattato di Berlino e convocata a Filippopoli. Questa commissione oltre il mandato speciale di rigolare ciò che rimane ancora a rigolare rispetto alla Rumelia orientale, passata sotto il governo del principe di Bulgaria, potrebbe anche preparare e facilitare, se sarà bisogno, il passaggio dal governo attuale al governo del futuro principe di Bulgaria. Il conte Kálnoky non definì in modo queciso questo secondo mandato, intorno al quale si espresse meco in termini generali. Ma, a suo avviso, questa commissione europea presenterebbe il grande vantaggio di dimostrare pubblicamente che l'Europa si è rimessa ad occuparsi degli affari di Bulgaria e della Rumelia nell'interesse europeo. || Il conte Kálnoky mi ha incaricato di sottomettere questa sua idea all'esame di Vostra Eccellenza, e so che l'ha pure sottomessa all'esame degli altri gabinetti. || Ho detto al conte Kálnoky che mi sarei fatto premura di riferire la sua idea all'Eccellenza Vostra, che certamente non avrebbe mancato di prenderla nella debita considerazione. Nel tempo stesso, essendosi la conversazione portata naturalmente sulla questione di trovare un modo pratico per uscire dalle difficoltà dello stato presente in Bulgaria, ricordai al conte Kálnoky ciò che l'Eccellenza Vostra disse recentemente al barone d'Uxkull, quando questi Le parlò della scelta eventuale del principe di Bulgaria, che cioè si dovrebbe procedere a questa nomina senza indugio, e per mezzo dell'attuale assemblea bulgara, escludendo all'uopo dalla votazione i deputati rumelioti. || Io esposi quest'idea al conte Kálnoky nel modo che segue. || Per uscire dagli imbarazzi presenti, è necessario che si nomini un nuovo principe di Bulgaria. Ma occorre che la nomina proceda da un'assemblea bulgara. Fare ora nuove elezioni generali per eleggere una nuova assemblea, non è cosa pratica ed è cosa pericolosa. Inoltre, chi ordinerà queste nuove elezioni? Non potrebbe essere che il governo attuale bulgaro, giacchè se dovesse essere un altro governo bulgaro successore del presente, nasce ancora la questione: chi farà questo nuovo governo? Sarebbe una vera petizione di principio. La Russia contesta la legalità dell'attuale governo bulgaro e dell'attuale assemblea di Tirnovo. Ma dall'un lato non si può negare al governo attuale bulgaro almeno la qualità di governo di fatto. Ora è ammesso che dai governi di fatto possono emanare decisioni perfettamente legali. Gli esempi, di condizioni simili sono ovvii e frequenti. Dall'altro lato, l'assemblea di Tirnovo può considerarsi come illegale, soltanto per una parte, cioè per la parte rumeliota. || Così stando le cose, la Turchia, ch'è la potenza sovrana, potrebbe presentare alla Russia e alle altre potenze la proposta, o, se si vuole, il semplice suggerimento di consentire a che l'assemblea di Tirnovo, esclusi i deputati rumelioti, proceda alla scelta del principe. La nomina di un nuovo principe avrebbe per naturale conseguenza la dimissione della reggenza e del governo attuale di Bulgaria, per far luogo ad un nuovo governo. Il passaggio poi dall'uno all'altro governo potrebbe essere, al bisogno, preparato e facilitato dalla commissione europea, quale è pro-

Nr. 9916.
Italien.
22. Nov. 1886.

posto dal conte Kálnoky. || Se la Turchia si rifiutasse di presentare questo suggerimento alla Russia e alle altre potenze, la cosa potrebbe essere fatta da un'altra potenza, come sarebbe, per esempio, la Germania, che, per la sua speciale condizione nella questione attuale, offre le maggiori guarentigie di imparzialità e di disinteresse. || Ho poi espresso l'avviso personale che l'Italia non mi parrebbe indicata nelle presenti circostanze per assumersi essa questo mandato. || Il conte Kálnoky non parve fare obiezione in massime a questo modo di vedere. Ma egli nutre poca speranza che esso possa essere messo innanzi sia dalla Turchia, sia dalla Germania, e accettato dalla Russia. E non si fa nemmeno troppa illusione sull'accettazione della sua proposta di procedere intanto alla convocazione, a Filippopoli di una commissione europea da sostituirsi a quella contemplata dall'articolo 3 del protocollo del 5 aprile 1886. || Ebbi cura di far conoscere per telegrafo all'Eccellenza Vostra il sunto di quanto precede. || Gradisca, ecc.

Nigra.

Nr. 9917. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Wien. — Antwort auf den österreichischen Vorschlag. [G. 17.] 25. November 1886.

Nr. 9917.
Italien.
25. Nov. 1886.

Signor ambasciatore, || Con telegramma del 22 di questo mese, Vostra Eccellenza mi faceva conoscere i concetti che, in colloqui avuti con Lei, il conte Kálnoky aveva messo innanzi come tali che potrebbero agevolare la soluzione delle presenti difficoltà. Si sarebbe trattato sostanzialmente di istituire una commissione europea la quale, non solo avrebbe proceduto, in luogo e vece della commissione turco-bulgara prevista dal protocollo di Costantinopoli, del 5 aprile 1886, alla revisione dello statuto rumeliota, ma avrebbe avuto altresì, occorrendo, il compito di agevolare in Bulgaria l'installation du nouveau prince. || Rispondendo a Vostra Eccellenza, col telegramma di ieri l'altro, non Le tacqui la mia preoccupazione, che, cioè, connettere l'elezione e l'insediamento del Principe con opera così lunga e laboriosa, quale sarebbe la revisione dello statuto della Rumelia, possa avere per effetto di protrarre indefinitamente una situazione di cui tutti riconosciamo i pericoli. Ond'è che io persistevo nel pensare che fosse preferibile di lasciare alla presente reggenza la cura di far acclamare il nuovo principe dalla stessa assemblea attuale, o da altra tosto convocata dalla reggenza stessa con esclusione dei deputati rumelioti. Conchiudevo, però, che, standomi a cuore di procedere d'accordo col gabinetto di Vienna, avrei anche accettato la proposta del conte Kálnoky qualora fosse da lui mantenuta ed avesse probabilità d'essere accolta dagli altri gabinetti. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9918. ITALIEN. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. — Oesterreichs Stellung zur Kandidatur des Prinzen von Mingrelieu. [G. 18.] 22. November 1886. Eingegangen am 26. November.

Signor ministro, || Mi pregio informare Vostra Eccellenza che il conte Kálnoky, con cui mi sono intrattenuto, oggi prima della di lui partenza per Pest, mi partecipò che egli aveva risposto all'ambasciatore di Russia intorno alla scelta eventuale del principe di Mingrelia a candidato per il trono di Bulgaria. La risposta del conte Kálnoky fu in sostanza, quale mi era stata da lui indicata fin da ieri, e può più precisamente riassumersi come segue. || Il conte Kálnoky avrebbe certamente varie riserve da fare a quella scelta, giacchè egli ignora i titoli e le attitudini del principe di Mingrelia per essere designato ad un posto così elevato e difficile. Ma tuttavia egli non ricuserà l'assenso del governo austro-ungarico a questa scelta, quando sarà fatta, se la Turchia e le altre potenze firmatarie del trattato di Berlino vi daranno esse pure il loro consenso, e purchè l'elezione si faccia senza soverchio indugio; giacchè, se tardasse troppo, la situazione potrebbe modificarsi, e questa scelta potrebbe quindi diventare, in circostanze diverse, anche meno accettabile. || Gradisca, ecc.

Nr. 9918.
Italien.
22. Nov. 1886.

Nigra.

Nr. 9919. ITALIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Stellung der Pforte in derselben Frage. [G. 20.] 22. November 1886. Eingegangen am 27. November.

Signor ministro, || L'ambasciatore di Russia si era recato, giorni sono, dal gran vizir ed, a nome del suo governo, aveva chiesto l'avviso della Sublime Porta sulla scelta del principe di Mingrelia al trono di Bulgaria. Sua Altezza non emetteva alcun apprezzamento e riservavasi di rispondere l'indomani, dopo che la questione sarebbe stata esaminata in consiglio dei ministri. L'indomani, infatti, il gran vizir annunciava al signor Nelidow che la Porta non si opporrebbe alla candidatura del principe di Mingrelia, qualora essa riescisse accetta a tutte le altre potenze, ma domanderebbe in pari tempo che la Sobranje fosse convocata senza ritardo per procedere a quell'elezione. || L'ambasciatore di Russia trasmetteva immediatamente siffatta risposta al suo governo che susseguentemente gli impartiva l'ordine di dichiarare al gran vizir che, non all'attuale Sobranje, ma ad una nuova dovrebbe essere affidata l'elezione del principe, aggiungendo che la Russia poneva, altresì, come condizioni assolute, che, prima di procedere a quell'elezione, fosse mutata la reggenza, fosse modificata la costituzione di Tirnovo, fossero licenziati dall'esercito bulgaro parecchi degli ufficiali più influenti, noti per le loro simpatie pel prin-

Nr. 9919.
Italien.
22. Nov. 1886.

Nr. 9919.
Italien.
22. Nov. 1886.

cipe Alessandro di Battenberg. || Il signor Nelidow si recò oggi alla Porta e comunicò questa risposta al gran vizir. || Gradisca, ecc.

Galvagna.

Nr. 9920. **ITALIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Verhandlungen über den Modus der Wahl des Fürsten von Mingrelien. [G. 24.] 23. November 1886. Eingegangen am 30. November.

Nr. 9920.
Italien.
23. Nov. 1886.

Signor ministro, || Col telegramma del 21 l'Eccellenza Vostra mi manifestava l'opinione che, qualora la Sublime Porta prendesse l'iniziativa di proporre ufficialmente la candidatura del principe di Mingrelia, e la di lui elezione avesse luogo immediatamente per parte dell'attuale assemblea bulgara, nessuna potenza sarebbe a ciò contraria, e la Russia stessa, che ebbe l'idea di quella candidatura, finirebbe per accettarla, ad onta che il Principe fosse eletto da un'assemblea di cui essa ha dichiarato di non voler riconoscere gli atti. Vostra Eccellenza mi dava perciò l'ordine di associarmi alle pratiche che fossero fatte in tal senso dall'Inghilterra o da qualche altra potenza, e mi autorizzava pure a dare spontaneamente siffatto consiglio ai ministri del Sultano, avendo però cura di far comparire il suggerimento come un'idea mia personale. || In adempimento alle istruzioni impartitemi, mi sono recato ieri alla Sublime Porta e, veduto dapprima il ministro degli affari esteri, nel corso della conversazione sulla candidatura del principe di Mingrelia, gli dissi che, a mio avviso, la Sublime Porta agirebbe opportunamente se si decidesse a proporre ufficialmente tale candidatura alle grandi potenze. Sua Eccellenza mi rispose che l'idea da me esposta era già stata messa innanzi in un recente consiglio dei ministri; ma che, prima di adottarla, erasi riconosciuta la necessità di accertarsi se nessuno dei gabinetti europei vi farebbe opposizione, e se la reggenza bulgara sarebbe disposta ad appoggiare quella candidatura, dappoichè un rifiuto da parte di qualche potenza, o da parte della reggenza, porrebbe il governo del Sultano in una posizione assai critica, dinanzi alla Bulgaria, provincia vassalla. Feci osservare a Said pascià che alla Porta, volendolo, non mancherebbero i mezzi di conoscere in via officiosa le disposizioni d'ogni singola potenza; l'essenziale era di far presto, poichè, al punto di tensione al quale si è giunti, ogni indugio poteva riuscire fatale. Sua Eccellenza replicommi che l'idea gli sorrideva e che ne avrebbe intrattenuto nuovamente il gran vizir e gli altri ministri. || Accomiatatomi da Said pascià, mi recai a far visita a Sua Altezza Kiamil pascià, e gli tenni, su per giù, lo stesso discorso che al ministro degli affari esteri. Senonchè il gran vizir rispondevami di aver avuto, pochi istanti prima, un colloquio coll'ambasciatore di Russia, il quale gli aveva annunciato come il suo governo, non solo si opponesse acchè l'elezione del principe di Mingrelia fosse sottoposta all'attuale

Sobranje, ma ponesse altresì nuove condizioni a quell'elezione, condizioni già comunicate a Vostra Eccellenza col mio rapporto in data di ieri. In tale stato di cose Sua Altezza non iscorgeva più la possibilità di dar seguito all'idea da me suggeritagli. D'altronde eragli noto che la candidatura del principe di Mingrelia non era riuscita accettata a tutti i gabinetti; quello di Londra erasi riservato di rispondere in proposito quando fosse nota l'accoglienza fatta a quella scelta dalla reggenza bulgara; e quello di Vienna quando tutte le altre potenze avessero dato su di essa il loro apprezzamento; riserve queste che, agli occhi del gran vizir, suonavano per un cortese rifiuto. Ed a rendere ancora più incerto il successo di quella candidatura era giunto allora a Sua Altezza un telegramma di Gadban effendi, il quale riferiva che la reggenza erasi dichiarata contraria all'elezione del principe di Mingrelia il quale non sembrava atto, per le sue qualità personali ad assicurare la felicità del popolo bulgaro, e dei suoi precedenti di famiglia, a garantirne l'indipendenza, essendovi a temere ch'egli segua un giorno lo esempio del padre che vendette il proprio Stato alla Russia. || Il gran vizir mi si mostrava assai perplesso sul da farsi. || Gradisca, ecc.

Galvagna.

Nr. 9921. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Agenten in Sofia. — Zusicherung günstigen Empfangs der bulgarischen Deputation. [G. 28.] 2. Decbr. 1886.

Signor agente, || Col rapporto del 23 scorso, Vostra Signoria mi rese conto di un importante colloquio avuto con codesti signori reggenti, circa le condizioni politiche della Bulgaria e circa il proposito del governo di Sofia di inviare una missione diplomatica presso i principali gabinetti, allo scopo di difendere gli interessi del principato. || Nel ringraziare la Signoria Vostra per quelle informazioni, posso confermarle che la deputazione bulgara avrà fra noi benevola accoglienza. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9922. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Wien. — Völlige Uebereinstimmung der italienischen und österreichischen Politik in Betreff Bulgariens. [G. 30.] 3. December 1886.

Signor ambasciatore, || Venne, ieri, il conte Ludolf alla Consulta, incaricato dal conte Kálnoky d'una cortese ed amichevole comunicazione che qui trascrivo, avendo l'ambasciatore avuto la gentilezza di lasciarmi copia del telegramma pervenutogli: || „Je vous prie (così era concepito il telegramma del conte Kálnoky) de saisir la première occasion pour exprimer à M. le comte

Nr. 9922.
Italien.
3. Dec. 1886.

de Robilant la grande satisfaction avec laquelle j'ai relevé, de sa réponse donnée aux interpellations sur la question bulgare, le parfait accord qui subsiste, à ce sujet, entre nos appréciations réciproques. Dites à M. le ministre que son discours a produit ici, partout, la meilleure impression, et que j'espère qu'une ferme coopération avec le cabinet italien aura les conséquences les plus utiles pour le développement ultérieur de cette question." || Mi stava a cuore di manifestare, a mia volta, il mio compiacimento per il messaggio fattomi pervenire dal ministro imperiale e reale degli affari esteri. || Al pari di Sua Eccellenza, non dubito punto che l'azione concorde dei due gabinetti avrà la massima efficacia per il definitivo componimento della questione bulgara, nel senso della preservazione della pace e del rispetto dei trattati. L'accordo tra Roma e Vienna, a questo intento, mi sembra completo. Trattasi, oramai, soltanto di dargli tutto quello svolgimento ulteriore che le circostanze potranno richiedere; locchè non mi sembra malagevole ad ottenersi, mercè i rapporti, così lealmente cordiali, che esistono, non solo tra i due governi, ma anche tra i due paesi. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9923. RUSSLAND. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. — Darlegung der russischen Politik in der bulgarischen Frage. [G. 31.] 11./23. November 1886. (Der italienischen Regierung mitgetheilt am 3. December.)

Nr. 9923.
Russland.
23. Nov. 1886.

Monsieur l'ambassadeur, || Votre Excellence aura déjà appris, qu'en présence de l'état de choses arbitraire et anarchique qui subsiste en Bulgarie, et, de l'impossibilité de poursuivre aucun rapport avec le gouvernement de fait dans sa composition actuelle, le général baron de Kaulbars, ainsi que tous nos consuls, viennent de quitter ce pays et la Roumélie orientale. || Je crois nécessaire de vous exposer les vues de l'Empereur dans la situation qui en résulte. || Lorsque le prince de Battenberg quitta définitivement la Bulgarie, le cabinet impérial ne crut pas possible d'abandonner, dans cet état de crise, un pays créé par la Russie. Il avait le droit et le devoir de l'aider à en sortir. || Ce fut l'objet de la mission du général Kaulbars. Elle avait deux buts: assister de ses conseils les hommes au pouvoir et s'enquérir des voeux réels de la population. || Les conseils que fit entendre le général Kaulbars au gouvernement de fait furent ceux que réclamait la situation, c'est-à-dire la cessation des luttes de partis, l'apaisement des passions et l'ajournement de toute mesure pouvant y fournir de nouveaux aliments, afin de donner à la Russie et au Sultan la possibilité de se concerter avec les puissances, sur la meilleure solution de cette crise. || Cependant, les détenteurs du pouvoir refusèrent de déférer aux conseils du général Kaulbars. Ils poursuivirent le cours de leurs violences contre toute opposition et convoquèrent une assemblée qui,

élue sous un pareil régime, représentait leur propre parti, mais nullement le peuple bulgare. || Le général Kaulbars fut obligé de déclarer, en conséquence, que le cabinet impérial ne reconnaissait, ni la régence, ni le gouvernement, ni l'assemblée, issue d'élections illégales, ni aucune des décisions qu'elle prendrait.

Nr. 9923.
Russland.
23. Nov. 1886.

La première partie de sa mission, celle des conseils, était épuisée. Restait la seconde, l'enquête sur les vœux de la population. Ce n'était pas à Sofia, sous les yeux de ce gouvernement, qu'il pouvait la remplir. Il dut se rendre dans l'intérieur du pays et se mettre en contact direct avec la population. Il avait non seulement à s'enquérir des vœux du peuple bulgare, mais encore à lui faire connaître les vues bienveillantes de l'Empereur, cachées ou dénaturées par les agents du gouvernement. || Il le fit ouvertement, loyalement, au grand jour, et put confirmer à ses propres yeux la certitude que la grande majorité du peuple bulgare, confiant dans la sollicitude du Souverain de la Russie, invoquait sa protection pour être soustraite à l'oppression, mais que, incapable, par elle-même, d'aucune initiative, elle se laissait terroriser par la minorité radicale. || En effet, la présence du général Kaulbars en province devint le signal d'un redoublement de violences, de la part des agents du gouvernement, contre tous les bulgares qui avaient osé exprimer leurs sentiments au représentant de l'Empereur de Russie et, même, contre les sujets russes. || Le général Kaulbars protesta en vain contre ces brutalités. Il n'obtint que des réponses évasives ou des satisfactions apparentes. || Les choses en vinrent au point que le cabinet impérial dut envoyer à Varna deux bâtiments de la marine impériale, pour protéger le consulat et les sujets russes et les soustraire, au besoin, à ces actes de violence. || Cette mesure n'imposa pas un frein aux atteintes contre la sécurité des consulats et des sujets russes. || Le général Kaulbars se vit alors obligé de déclarer à M. Natchovitch qu'au premier attentat qui serait dirigé contre un des sujets, ou protégés russes, il se trouverait dans la nécessité de quitter la Bulgarie avec tous les consuls. || Mais cette déclaration ne devait pas non plus avoir de résultat. || Les gouvernants, ayant la force en main, étaient résolus à n'en user jusqu'au bout que pour se maintenir. || Le mécontentement croissant du pays ne les intimidait pas. Les révoltes partielles et isolées étaient réprimées par la force. || En proposant à l'assemblée l'élection du prince Waldemar de Danemark, ils se donnaient l'apparence de vouloir se conformer aux prévisions du traité de Berlin. Ils devaient être certains qu'aucun prince n'accepterait la tâche de gouverner le pays dans ces conditions. La réélection du prince Battenberg n'offrait pas plus de chances. Elle avait été exclue d'avance. Il ne restait aux dictateurs qu'à faire confirmer leur pouvoir par l'assemblée, à la dissoudre et à former un triumvirat qui resterait à la tête du pays. || Dans ces conditions, un moyen de conciliation avait été suggéré. Une des premières demandes du général Kaulbars avait été la formation d'un gouvernement de fusion qui fit cesser la lutte des partis, apaisât les passions, ajournât l'assemblée jusqu'à ce que la tranquillité fut rétablie. Le Sultan, intéressé, comme nous, à accélérer

Nr. 9023.
Russland,
23. Nov. 1886.

le terme de cette crise, avait donné à son délégué l'ordre de s'entendre avec le général Kaulbars. Il conseilla aux triumvirs de modifier la composition de la régence, d'y faire entrer des hommes de divers partis, inspirant assez de confiance pour qu'on pût traiter avec eux, puis de dissoudre l'assemblée, pour en convoquer une nouvelle, légalement élue, lorsque les puissances se seraient mises d'accord sur le choix d'un prince, et sur les conditions dans lesquelles il pouvait prendre le pouvoir. || Un instant, les dictateurs parurent vouloir entrer dans cette voie. Leur position était fortement ébranlée, la discorde régnant entre eux, leur avenir était compromis. Ils se prêtèrent à des négociations avec les chefs de l'opposition. Elles ne purent pas aboutir, à la suite d'encouragement que les gens au pouvoir crurent pouvoir puiser du dehors, et dans leur confiance d'une impunité assurée, par l'absence de toute intervention militaire. Des lors, loin de modifier la régence dans le sens de la conciliation, ils la complétèrent dans le sens le plus radical. || En présence de cet état de choses, une nouvelle atteinte ayant été portée à la sécurité du cavas du consulat de Russie à Philippopoli, sans que la satisfaction exigée ait été donnée, il a été prescrit au général Kaulbars et à tous les consuls russes, de quitter la Bulgarie avec tout leur personnel. En même temps, ordre a été donné aux navires de la marine impériale, en station à Varna, d'embarquer les sujets russes qui voudraient s'éloigner du pays, où ils ne se sentent plus en sûreté. || Telle est la marche suivie par le cabinet impérial. Elle est conforme aux traditions de la Russie, à sa bienveillance pour la nation bulgare, à sa sollicitude pour la paix de l'Orient et de l'Europe. || La Russie qui a créé la Bulgarie ne veut certainement pas attenter à son indépendance. Elle veut la lui rendre. Elle a le droit et le devoir de ne point permettre que le peuple bulgare, pour lequel elle a combattu, — le peuple qui ne fait pas de politique mais qui travaille, veut vivre en ordre et en paix et contient en lui le germe de l'avenir du pays, — soit opprimé par une minorité d'agitateurs radicaux, détourné de sa voie naturelle et transformé en un foyer d'anarchie, de révolution et d'hostilité envers la nation qui l'a appelé à la vie et n'a pas d'autre désir que de la lui conserver. || Sa Majesté l'Empereur ne renonce pas à l'espoir d'atteindre ce but. Sa Majesté continuera à y vouer ses efforts. Elle veut le poursuivre par des voies pacifiques et sans s'écarter des traités, tant qu'ils seront également respectés par les autres puissances. C'est dans ces conditions que notre Auguste Maître attendra le développement de la situation. || Veuillez donner lecture de la présente dépêche à monsieur le ministre des affaires étrangères et lui en laisser copie si Son Excellence le désire. || Agréé, etc.

Giers.

Nr. 9924. TÜRKEL. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. — Annahme der Kandidatur des Fürsten von Mingrelien; Anfrage an die Grossmächte. [G. 33.] 3. December 1886.

Depuis les derniers évènements survenus en Bulgarie, la situation reste indécise dans cette principauté. Il est vrai que le gouvernement provisoire s'efforce d'y maintenir l'ordre; mais, tant qu'on s'y trouvera placé en présence d'éléments opposés qui envisagent les intérêts du pays à des points de vue différents, la porte restera, à tout moment, ouverte devant les éventualités que l'on ne saurait prévoir. Les préjudices qui résulteraient de cet état de choses sont de nature à toucher directement le gouvernement impérial, qui, dès lors, doit tenir, à l'instar des grandes puissances, à ce que les difficultés actuelles disparaissent, sans donner motif à la reproduction d'incidents inattendus. || Justement préoccupés de la question de la vacance du poste princier, les Bulgares ont déjà eu recours à la Cour suzeraine; leur autorité suprême légitime, pour leur désigner le candidat à élire par eux. Sur ces entrefaites, le gouvernement impérial de Russie nous a proposé la candidature du prince de Mingrélie. Le impérial, après avoir constaté qu'il n'y aurait aucun motif de décliner cette proposition, y a donné, en vue de la promesse d'une solution de la question, son adhésion, persuadé qu'il est que les autres puissances ne refuseraient pas, à leur tour, leur assentiment. || En soumettant ce qui précède à la haute attention du gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité, vous voudrez bien lui exprimer notre confiance de le voir nous prêter son bienveillant concours dans les dispositions que le gouvernement impérial croira devoir recommander à Sophia pour l'élection du prince de Mingrélie. || Vous êtes autorisé à donner copie de cette dépêche à Son Excellence M. le ministre des affaires étrangères.

Nr. 9924.
Türkel.
3. Dec. 1886.

Said.

Nr. 9925. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Gesandten in Konstantinopel. — Ausweichende Antwort auf die Anfrage der Pforte. [G. 34.] 4. December 1886.

Signor ministro, || L'ambasciatore di Turchia mi ha lasciato copia di una circolare telegrafica del suo governo, in data di ieri, relativa alla questione bulgara. Qui acchiudo copia del documento. || La sublime Porta ricorda, nella sua circolare, la legittima preoccupazione di cui le furono e sono cagione i casi di Bulgaria. I Bulgari si erano, da ultimo, rivolti alla Corte altsovvrana per la designazione di un Principe. A sua volta, il governo imperiale di Russia proponeva alla Sublime Porta la candidatura del principe di Mingrelia, e la sublime Porta dava la sua adesione in vista della promessa d'una soluzione della questione. La Sublime Porta richiama sopra questo fatto l'attenzione delle potenze, esprimendo la fiducia che queste vorranno prestarle

Nr. 9925.
Italien.
4. Dec. 1886.

Nr. 9925. il loro benevolo concorso nelle disposizioni che il governo imperiale crederà
 Italien.
 4. Dec. 1886. dover raccomandare a Sofia per la elezione del principe di Mingrelia. || Dalla circolare ottomana apparisce che la Russia ha promesso alla Sublime Porta la soluzione della questione bulgara, e che questa promessa ha indotto la Sublime Porta a gradire la candidatura del principe di Mingrelia. Quale è la soluzione a cui si riferisce la promessa del gabinetto di Pietroburgo? Il documento lasciatiomi da Photiades pascià non contiene indicazione alcuna a questo riguardo, nè da altra parte mi è pervenuto, circa questo argomento, cenno qualsiasi. || La circolare ottomana lascia credere che in breve la Sublime Porta farà pervenire a Sofia particolari raccomandazioni circa il procedimento da seguirsi per l'elezione del Principe. Quali siano per essere queste disposizioni non apparisce; lo che è abbastanza singolare, dal momento che è appunto per codeste disposizioni che la Sublime Porta sollecita il concorso delle potenze. || Con queste avvertenze, che spontaneamente mi si affacciavano alla mente, risposi all'ambasciatore di Turchia, il quale desiderava conoscere il mio pensiero. Fin tanto che quei due punti non siano chiariti, mi è evidentemente impossibile di pronunciarmi circa la richiesta rivolta al regio governo, come alle altre grandi potenze, dalla Sublime Porta, con la presente sua circolare.

C. Robilant.

Nr. 9926. ITALIEN. — Minister des Aeußern an den Botschafter in Wien, Berlin und London. — Einwände gegen die Vorschläge der Türkei bezüglich Bulgariens. [G. 35.]
 (Telegramm.) 7. December 1886.

Nr. 9926.
 Italien.
 7. Dec. 1886.

La Sublime Porta, rinunciando all'invio d'una nuova circolare, s'è limitata a dare delle spiegazioni verbali circa la precedente sua circolare. La Sublime Porta ha consigliato a Sofia di procedere subito ad una modificazione della Reggenza e del Ministero, di guisa che abbiano a comporsi di elementi di tutti i partiti, e di convocare poscia l'assemblea nazionale per l'elezione del Principe di Mingrelia. La Russia acconsentirebbe a lasciar decidere dalla nuova Reggenza se questa elezione debba farsi dall'attuale assemblea o da un'altra. || La modificazione della Reggenza e del Ministero, secondo il parere del Gran Visir, avrebbe luogo mediante l'opera di una riunione dei notabili di tutti i partiti. || Questo piano turco-russo per il componimento della questione bulgara implica per le Potenze, le quali accettassero d'appoggiarlo a Sofia, vera intromissione negli affari interni del Principato e farebbe pesare su di esse tutta la responsabilità delle conseguenze. Per mio conto, io posso seguire con simpatia gli sforzi della Sublime Porta e formare i voti più sinceri perchè essi riescano ad un soddisfacente risultato. Ma io non credo poter prendere per il Governo del Re la parte di responsabilità che una di-

retta intromissione gli addosserebbe, tanto più che l'azione progettata s'inizierebbe, è vero, con semplici consigli, ma potrebbe, per la forza degli avvenimenti, cambiar carattere e trascinarci ben lungi dal trattato di Berlino, il solo terreno solido e sicuro sul quale noi dobbiamo sforzarci di mantenere la questione. || L'E. V. vorrà far conoscere il mio modo di vedere a codesto signor ministro degli affari esteri e telegrafarmi l'impressione e le decisioni eventuali del gabinetto presso il quale Ella è accreditata, sulla questione di cui si tratta.

Nr. 9926.
Italien.
7. Dec. 1886.

Robilant.

Nr. 9927. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in London. — Mittheilung der Ablehnung der Kandidatur des Prinzen von Mingrelia durch England. [G. 39.] 8. December 1886.

Signor ambasciatore, || L'ambasciatore d'Inghilterra mi ha fatto conoscere la risposta che il suo governo fece alla circolare ottomana del 3 dicembre, relativa alla questione bulgara. Lord Iddesleigh ha telegrafato a sir W. White manifestando meraviglia che la Sublime Porta accetti e raccomandi la candidatura del principe di Mingrelia. La scelta di questo candidato non è, agli occhi di Sua Signoria, neppure conforme allo spirito del trattato di Berlino. In tale stato di cose, il gabinetto di Londra dichiara volersi mantenere in un atteggiamento di riserbo assoluto. || Di quanto precede Le ho fatto cenno in un mio telegramma di poco dianzi. || Gradisca, ecc.

Nr. 9927.
Italien.
8. Dec. 1886.

C. Robilant.

Nr. 9928. BULGARIEN. — Minister des Aeussern an den italienischen Minister des Aeussern. — Beglaubigung der bulgarischen Mission. [Anhang zu G. 47.] 30. Nov. 1886.

Monsieur le ministre, || La grande assemblée nationale a confié à une députation la mission de se rendre auprès des gouvernements des puissances signataires du traité de Berlin, pour leur exposer la situation de la Bulgarie, leur faire connaître les vœux de la population et les prier de daigner mettre fin à la crise que ce pays traverse. || En remettant les présentes lettres d'introduction à MM. le docteur C. Stoiloff, ministre de la justice, le docteur D. Grécoff, ex-ministre de la justice, et C. Katcheff, députés de la grande assemblée, nommés membres de la dite députation, j'ai l'honneur de prier Votre Excellence de vouloir bien les accueillir avec faveur et d'accorder une bienveillante attention aux communications qu'ils sont chargés de lui faire. Veuillez, etc.

Nr. 9928.
Bulgarien.
30. Nov. 1886.

Natchovitch.

Nr. 9929. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, jede Uebereinkunft Russlands und der Türkei bezüglich Bulgariens zu unterstützen. [G. 48.] 6. December 1886. Eingegangen am 10. December.

Nr. 9929.
Italien.
6. Dec. 1886.

Monsieur le ministre, || La dernière circulaire de la Porte, dont Votre Excellence me télégraphiait les passages principaux, a été remise ici par une note du 4 décembre. || Le secrétaire d'Etat, auquel je parlais hier de votre réponse dilatoire, se proposait, dans la même journée, de répondre lui aussi à l'ambassadeur ottoman que le cabinet de Berlin ne pouvait promettre son concours sans connaître d'abord les dispositions que la Turquie croirait devoir recommander à Sophia pour l'élection du prince de Mingrélie. Le comte de Bismarck ferait néanmoins entendre à ce diplomate que, dans les limites du traité de Berlin, l'Allemagne prêterait volontiers son appui à tout accord entre la Turquie et la Russie, et qu'à cet effet il y aurait lieu de conseiller la Sublime Porte d'user de son influence légitime dans la principauté pour obtenir une modification partielle de la régence. Ce serait pour la Russie une satisfaction d'amour propre. || Je saisis, etc.

Launay.

Nr. 9930. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zur bulgarischen Mission. [G. 49.] 6. December 1886. Eingegangen am 10. December.

Nr. 9930.
Italien.
6. Dec. 1886.

Monsieur le ministre, || J'ai appris hier, par le secrétaire d'Etat, que la députation bulgare, dans sa tournée près les grandes puissances pour exposer la mission qui lui a été confiée par la Sobranje, ne sera pas reçue ici officiellement, mais à simple titre officieux, à l'effet d'expliquer son mandat et de fournir des éclaircissements sur la situation. Il devrait, jusqu'à un certain degré, ne pas lui déplaire qu'il en soit ainsi; car une réception officielle comporterait une présentation et même la présence du représentant de la Cour suzeraine. Le comte de Bismarck, tout en déclarant que le cabinet de Berlin se désintéressait des affaires intérieures de la principauté, donnera toutefois aux députés le conseil de chercher à s'entendre d'abord avec la Russie. || Je saisis, etc.

Launay.

Nr. 9931. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Berlin. — Stellung der italienischen Regierung zur bulgarischen Mission. [G. 51]. 11. December 1886.

Signor ambasciatore, || Col rapporto del 6 corrente, l'Eccellenza Vostra mi ha informato che la deputazione bulgara, incaricata dalla Sobranja di una missione presso le grandi potenze, non sarebbe stata ricevuta a Berlino in forma ufficiale; ma a semplice titolo officioso, allo scopo di spiegare la natura del mandato ricevuto, e fornire schiarimenti sulla situazione. || Ho rilevato con piacere come non esista, a questo riguardo, sostanziale differenza di atteggiamento tra i due gabinetti. Infatti, nel dispaccio che diressi avantieri al cav. de Sonnaz ebbi cura di precisare la natura dei rapporti che noi avremmo potuto avere con una deputazione che non rappresentava il governo bulgaro; ma era, invece, una emanazione dell'assemblea. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9932. ITALIEN. — Gesandter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Beurtheilung der bulgarischen Zustände durch die Pforte. [G. 53]. 5. December 1886. (Eingegangen am 11. December)

Signor ministro, || Con dispaccio del 4 corrente Vostra Eccellenza mi informava che codesto ambasciatore di Russia Le aveva rimesso copia di una circolare del suo governo relativa alla questione bulgara. La stessa circolare è stata comunicata, giorni sono, dal signor Nelidow al gran vizir. Mi risulta che la risposta verbale di Sua Altezza concorda pienamente colle osservazioni espresse da Vostra Eccellenza al barone Uxkull. Kiamil pascià disse all'ambasciatore di Russia ch'egli non poteva punto dividere le opinioni contenute nella circolare del signor de Giers circa lo stato di anarchia in cui verserebbe il principato; il generale Kaulbars aveva a torto rappresentato il paese in balia di oppressori; il popolo bulgaro è soddisfatto dell'amministrazione attuale, e non aspira minimamente a mutar governo per cadere in braccio ad un partito che costituisce l'infima minoranza del paese. || Gradisca, ecc.

Galyagna.

Nr. 9933. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zu den türkischen Vorschlägen. [G. 55.] 8. December 1886. (Eingegangen am 12. December.)

Monsieur le ministre, || Par mon rapport du 6 courant, j'ai indiqué dans quel sens le secrétaire d'Etat se proposait de s'exprimer — comme il le faisait

Nr. 9933.
Italien.
8. Dec. 1886.

en effet — vis-à-vis de Tewfik bey, à l'égard de la circulaire turque du 3 décembre. Depuis lors, ainsi qu'il résulte du télégramme de V. Exc. du 7 au soir, la Sublime Porte, renonçant à l'envoi d'une nouvelle circulaire, complétait le contenu de la précédente, par des explications verbales. Les combinaisons suggérées, en tout ou en partie, de Pétersbourg à Constantinople, impliqueraient, pour les puissances, qui accepteraient de les recommander à Sophia, une immixtion dans les affaires intérieures de la Bulgarie, et une responsabilité que Vous déclinez par de justes considérations. || Conformément à Vos instructions, je me suis rendu aujourd'hui au département impérial pour communiquer Votre manière de voir, et connaître l'impression et les décisions éventuelles du cabinet de Berlin. Le secrétaire d'Etat ayant son temps pris par les fêtes à l'occasion de la présence du prince régent de Bavière dans cette capitale, je me suis adressé au baron de Holstein. || Je lui ai lu Votre télégramme. || Il m'a dit que jusqu'ici le cabinet de Berlin n'était pas encore directement renseigné sur les explications fournies par la Porte, au sujet de la circulaire présentée. A cette circulaire le gouvernement impérial a répondu qu'il avait déjà notifié à Pétersbourg son agrément à la candidature du prince de Mingrèlie, et qu'il ne pouvait qu'approuver l'action de la Sublime Porte, en tant qu'elle ferait valoir son influence médiatrice à Sophia pour amener une entente par le fait de l'installation d'un gouvernement modéré. || M. de Holstein ajoutait qu'ici l'on admettait parfaitement qu'il y eût des nuances dans l'attitude des différents cabinets relativement à maintes questions, à celles entre autres de forme et de détails, telles que: réunions des notables pour la modification de la régence et du ministère, etc., questions dans lesquelles, pour son compte, l'Allemagne se mêlera le moins possible. || J'ai l'honneur, etc.

Launay.

Nr. 9934. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Gesandten in Konstantinopel. — Auftrag, der Pforte wegen der Haltung ihres Bevollmächtigten in Sophia Vorstellungen zu machen. [G. 56.] 13. December 1886.

Nr. 9934.
Italien.
13. Dec. 1886.

Signor ministro, || Le acchiudo copia di un recente rapporto del regio agente a Sofia, il quale conferma, se pur ve n'era bisogno, gli apprezzamenti di Lei sulla condotta del commissario ottomano a Sofia. Quali che siano gli intendimenti della Porta, della Bulgaria e delle singole potenze, ci sembra veramente deplorabile, per lo svolgimento della questione, la presenza nella capitale del principato di tal personaggio, il quale sembra proporsi lo scopo di vieppiù complicare una situazione già abbastanza difficile e complessa. || Sembrami che la Signoria Vostra, qualora trovasse eco presso i colleghi d'Inghil-

terra e d'Austria-Ungheria, potrebbe farne, a titolo amichevole, l'osservazione alla Sublime Porta. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9934.
Italien.
13. Dec. 1886.

Nr. 9935. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. — Mittheilung der Antwort des Kaisers von Russland an den Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg. [G. 63.] 17. December 1886.

Signor agente, || Intorno alla candidatura, sorta in questi giorni, del principe Ferdinando di Coburgo-Gotha per il trono di Bulgaria, ed alle disposizioni della Russia rispetto a questa candidatura, mi sono state fornite informazioni che stimai utile di comunicarle col mio telegramma di questa sera. || Il principe Ferdinando aveva fatto interpellare l'Imperatore Alessandro per averne consiglio circa la risposta che egli avrebbe a dare alla deputazione bulgara da cui l'offerta della candidatura gli sarebbe stata fatta. L'Imperatore così rispondeva: non riconoscere egli, nè la deputazione, nè l'assemblea bulgara; non ammettere, del resto, dei Bulgari il diritto di cercarsi un candidato. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9935.
Italien.
17. Dec. 1886.

Nr. 9936. ITALIEN. — Gesandter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Mittheilung der zwischen Russland und der Türkei vereinbarten Maassregeln. [G. 65.] 7. December 1886. (Eingegangen am 18. December.)

Signor ministro, || L'Eccellenza Vostra mi telegrafava, il 4 sera, che la circolare ottomana del 3 corrente, relativa agli affari di Bulgaria, di cui l'ambasciatore di Turchia Le aveva rimesso una copia, non Le era sembrata abbastanza esplicita perchè Ella potesse pronunciare un giudizio sugli uffici che la Sublime Porta proponeva di fare a Sofia, in favore della candidatura del principe di Mingrelia. Vostra Eccellenza aveva in conseguenza manifestato a Photiades pascià il desiderio di conoscere in base a quale promessa di soluzione il governo ottomano avesse accettato la candidatura del principe di Mingrelia, e quali fossero le disposizioni che esso si proponeva di raccomandare a Sofia per l'elezione di quel principe. || Com'ebbi l'onore di telegrafarlo, il 5, a Vostra Eccellenza, la Sublime Porta aveva già spontaneamente riconosciuta la lacuna esistente nella sua circolare del 3, ed essa si disponeva ad indirizzare una nuova circolare alle potenze per comunicar loro le condizioni sotto le quali dovrebbe aver luogo l'elezione del principe di Mingrelia. Senonchè, come mi fu detto l'indomani, dal mustechar del ministero degli affari esteri, l'idea d'una seconda circolare fu abbandonata, e si adottò invece il partito di

Nr. 9936.
Italien.
7. Dec. 1886.

Nr. 9036.
Italien.
7. Dec. 1886.

dare ai singoli rappresentanti delle grandi potenze comunicazione verbale delle disposizioni che la Porta intendeva raccomandare alla reggenza bulgara. || Difatti, essendomi io recato ieri a visitare il ministro degli affari esteri, questi mi disse che, tenendo conto delle osservazioni di Vostra Eccellenza, egli riconosceva la necessità di completare la circolare del 3 colla comunicazione seguente: la Sublime Porta si è già rivolta al governo bulgaro per invitarlo a procedere dapprima ad una modificazione della reggenza e del ministero in modo che essi abbiano a risultare composti di elementi di tutti i partiti, ed a convocare poscia la grande assemblea per eleggere il principe di Mingrelia. Said pascià mi pregò di recare a conoscenza del governo del Re questa comunicazione, che spiega meglio il pensiero accennato dalla Sublime Porta nella sua circolare del 3. Sua Eccellenza aggiunse che la stessa comunicazione sarebbe stata da lui fatta agli altri rappresentanti delle grandi potenze. Chiesi allora al ministro a quali conclusioni fossero giunte le trattative col gabinetto di Pietroburgo per agevolare la soluzione del conflitto russo-bulgaro; e Sua Eccellenza mi rispose che la Russia aveva consentito acchè si lasciasse decidere dalla nuova reggenza se l'assemblea attuale od un'altra abbia a procedere all'elezione del principe di Mingrelia. || Recatomi poscia dal gran vizir, ebbi da lui la conferma di quanto erami stato detto da Said pascià. Sua Altezza aggiungevami ch'egli si rallegrava di aver fatto abbandonare dalla Russia la quasi totalità delle pretese da essa accampate; quindi non più scioglimento dell'assemblea, non più revisione della costituzione, non più rinvio di ufficiali, non più riorganizzazione dell'esercito, ma semplicemente modificazione della reggenza e del ministero. Ridotta la controversia a questo solo punto, il governo del Sultano aveva creduto di poter accettare e raccomandare a Sofia la candidatura del principe di Mingrelia, sul cui conto la Sublime Porta aveva ricevuto soddisfacenti informazioni. || Kiamil pascià dicevami altresì, che le notizie ricevute da Gadban effendi gli davano fondato motivo di credere che i consigli da lui mandati a Sofia sarebbero colà accolti favorevolmente, essendo essi d'altronde conformi alle intenzioni che il signor Grecofi, durante la sua missione a Costantinopoli, aveva attribuite al governo bulgaro. Avendo io domandato al gran vizir in qual modo avverrebbe la suggerita modificazione della reggenza e del ministero, Sua Altezza dicevami che, secondo ogni probabilità, si adotterebbe il sistema di convocare un'adunanza delle notabilità bulgare, appartenenti a tutti i partiti, e questa adunanza delibererebbe sulla composizione del nuovo governo. || Tali sono, signor ministro, gli schiarimenti che mi furono dati ieri alla Sublime Porta. || Gradisca, ecc.

Galvagna.

Nr. 9937. ITALIEN. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. — Bericht über die vorläufige Anfrage der bulgarischen Mission bei dem Prinzen Ferdinand. [G. 68.] 15. December 1886. (Eingegangen am 18. Decbr.)

Signor ministro, || I membri della deputazione bulgara sono in procinto di partire di qui per Berlino. Essi hanno ricevuto da Berlino l'assicurazione che vi saranno ricevuti dal segretario di Stato per gli affari esteri, ma in forma privata. || Ieri si recarono dal principe Ferdinando di Coburgo-Gotha, e gli chiesero se eventualmente avrebbe accettato la corona di Bulgaria. L'Eccellenza Vostra conosce personalmente il principe Ferdinando. Non ho quindi a far qui la sua biografia o descriverlo altrimenti. Il principe ha risposto (secondo che mi fu riferito da buona fonte) senza rifiutare, dicendo però che occorreva, in caso di elezione, il consenso della Russia e delle altre grandi potenze, non che quello della Turchia. || Gradisca, ecc.

Nigra.

Nr. 9937.
Italien.
15. Dec. 1886.

Nr. 9938. ITALIEN. — Botschafter in London an den Minister des Aeussern. — Bericht, dass England die Wahl eines Fürsten gänzlich der Nationalversammlung überlasse. [G. 69.] 18. December 1886. (Eingegangen am 22. Decbr.)

Signor ministro, || Ieri fu finalmente deciso di rispondere alla circolare della Sublime Porta relativa alle cose della Bulgaria. Il governo britannico non intendeva pronunziarsi sopra alcuna candidatura a quel trono se non che quando l'assemblea bulgara avesse, secondo la stipulazione del trattato di Berlino, proceduto alla elezione del principe; esso non accettava quindi, nè rifiutava in modo assoluto la proposta del principe di Mingrelia. Ma faceva osservare siffatta elezione non sembrargli conformé allo spirito del trattato di Berlino, imperocchè per questo erano esclusi i membri delle dinastie regnanti delle grandi potenze europee e se ne erano esclusi i principi, era ovvio che siffatta esclusione si estendesse eziandio ai rispettivi sudditi. Però il governo britannico non si pronunzierebbe in modo definitivo se non che dopo l'elezione dell'assemblea. || Gradisca, ecc.

L. Corti.

Nr. 9938.
Italien.
18. Dec. 1886.

Nr. 9939. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Petersburg. — Mittheilung über die in einem Gespräch mit dem russischen Botschafter festgestellte abweichende Auffassung der bulgarischen Angelegenheit. [G. 71.] 23. December 1886.

Nr. 9939.
Italien.
23. Dec. 1886.

Signor ambasciatore, || Oggi, giorni del mio consueto ricevimento settimanale, ebbi coll'ambasciatore di Russia, circa le cose di Bulgaria, un colloquio di cui stimo utile farle conoscere i punti sostanziali. || Premettendo ch'egli parlava in forma strettamente particolare, e senza averne incarico alcuno, il barone di Uxkull mi confidava essergli giunta dal signor de Giers una lettera nella quale questi mostrava rincrescimento e sorpresa per l'atteggiamento che il governo del Re ha preso rispetto agli avvenimenti che si vengono svolgendo nel principato. Il signor de Giers non sa spiegarsi un siffatto nostro atteggiamento, dal momento che, come è ben noto, e neppure da noi si contrasta, l'Italia non ha in Bulgaria interesse suo proprio da tutelare. || A mia volta, non nascosi al barone di Uxkull parermi singolare la meraviglia del signor de Giers per il contegno nostro nelle fasi successive della vertenza bulgara. Fin dal 28 dello scorso mese, io aveva detto pubblicamente e molto schiettamente, rispondendo ad una interpellanza rivoltami nella nostra Camera, quale fosse il nostro criterio direttivo nel presente argomento. Non abbiamo, è vero, interessi diretti in Bulgaria, ma la questione bulgara potrebbe implicare per noi un interesse di primo ordine se dovesse un giorno divenire materia di conflitto, ovvero materia di separato accordo tra altre potenze. La nostra politica mira appunto ad escludere l'una e l'altra di queste due contingenze; mira cioè ad assicurare, per una parte il mantenimento della pace, e per altra parte l'osservanza del trattato di Berlino. Da siffatto programma — recisamente lo dichiarai al barone di Uxkull, — non ci rimuoveremo certo, dolenti se il signor de Giers persista a mostrarsene rincresciuto. || L'ambasciatore di Russia, scendendo indi a particolari della questione, mi domandò se fosse irrevocabile nostro proposito di astenerci dal dare alla reggenza il consiglio di trasformare sè e il suo attuale ministero, in guisa che nella reggenza e nel ministero vengano a trovarsi rappresentati tutti i partiti di Bulgaria. Anche su questo punto diedi precisa risposta. Noi stimiamo — dissi — che la composizione della reggenza e del ministero, sia materia d'ordine puramente interno. Prendere, a tal riguardo, una ingerenza, anche sotto l'apparenza di semplice consiglio, ci parrebbe inconciliabile con quella autonomia che, appunto per le cose d'ordine interno, è stata guarentita alla Bulgaria dal trattato di Berlino. Se la reggenza, per spontaneo suo impulso, e dopo attenta considerazione di ciò che meglio convenga al paese, si appiglia al partito di una opportuna trasformazione, certo noi non avremmo nulla a ridire, e saremmo lieti se così potesse agevolarsi un soddisfacente componimento delle presenti difficoltà. Ma non vorremo mai associarci, in qualsiasi guisa o misura, ad

una pressione che, irregolare in diritto, potrebbe, nel fatto, allontanandoci da quella sicura base che il trattato di Berlino è solo atto a fornirci, esporre noi, la Bulgaria e le potenze tutte alle più gravi complicazioni. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9939.

Italien.

23. Dec. 1886.

Nr. 9940. ITALIEN. — Agent in Sophia an den Minister des Aeussern. — Mittheilung, dass Prinz Ferdinand der Aufstellung seiner Kandidatur zugestimmt habe. [G.73.] 15. December 1886. (Eingegangen am 23. December.)

Signor ministro, || Questa mane il signor Natchovitch mi disse in via strettamente confidenziale, che la deputazione bulgara aveva telegrafato da Vienna, che Sua Altezza il principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo aveva chiesto di conferire prima col signor Calcieff, poscia coi tre delegati bulgari insieme, per discutere le condizioni alle quali egli potrebbe accettare la candidatura al trono bulgaro. Dopo lunghi colloqui Sua Altezza si era decisa ad accogliere il concetto della sua candidatura, tenendo per base l'idea dell'autonomia e libertà della nazione bulgara. || Gradisca, ecc.

Nr. 9940.

Italien.

15. Dec. 1886.

Gerbaix de Sonnaz.

Nr. 9941. GROSSBRITANNIEN. — Auszug aus einem in Konstantinopel überreichten Memoire. (Dem italienischen Botschafter durch den britischen Staatssekretär des Aeussern mitgetheilt.) [Anhang zu G. 77.] 24. December 1886.

In risposta al telegramma circolare di Said pascià del 3 dicembre, lord Iddesleigh indirizza un dispaccio all'ambasciatore di Sua Maestà a Costantinopoli, nel quale afferma che il governo di Sua Maestà ha già dichiarato al governo russo di essere pronto a prendere parte ad ogni discussione, fra le potenze firmatarie del trattato di Berlino, per il regolamento della questione bulgara, sia che tali discussioni rivestano la forma di uno scambio di idee fra i vari gabinetti, o di una conferenza di plenipotenziarii, ovvero di una commissione internazionale, per determinare le condizioni dell'unione fra la Rumelia orientale e la Bulgaria. Il governo della Regina crede che sarebbe più in armonia col metodo di procedura, prescritto dal trattato di Berlino nell'occasione della costituzione originaria del principato, che siffatte disposizioni precedessero ogni decisione circa la scelta di un principe. I rapporti che il governo di Sua Maestà ha ricevuti danno ragione di dubitare che la candidatura del principe di Mingrelia possa essere favorevolmente accolta dal popolo bulgaro, ed in mancanza di informazioni circa le condizioni secondo le quali il governo russo sarebbe disposto a riconoscere la sua elezione, il governo di Sua Maestà non può accingersi ad unirsi alla Sublime Porta nel raccomandarlo a Sofia.

Nr. 9941.

Gross-

britannien.

24. Dec. 1886.

Nr. 9942. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in London. — Einwände gegen den Vorschlag Grossbritanniens. [G. 78.] 29. December 1886.

Nr. 9942.
Italien.
29. Dec. 1886.

Signor ambasciatore. || Con rapporto del 24 dicembre corrente, Vostra Eccellenza mi comunica un ampio riassunto del dispaccio rivolto da cotesto ministro degli affari esteri all'ambasciatore della Regina in Costantinopoli, in risposta alla recente circolare della Sublime Porta sugli affari di Bulgaria. || Secondo il pensiero del gabinetto di S. James, alla scelta del nuovo principe dovrebbe precedere, mediante una conferenza, od in altro modo, uno scambio di idee, fra le potenze, circa l'unione fra la Rumelia orientale e la Bulgaria. || Siffatto metodo, come Vostra Eccellenza ha senza dubbio già avvertito, è sostanzialmente conforme a quello che, poche settimane or sono, era stato additato dal conte Kálnoky, e non aveva approdato a risultato alcuno. || Come l'austro-ungarico, così il programma britannico ha, agli occhi nostri, il duplice inconveniente di risuscitare una questione rumeliota, che il protocollo di Costantinopoli aveva oramai risoluto in massima, e di perpetuare, in Bulgaria, uno stato di cose che tutti riconosciamo essere gravido di pericoli, e tale da poterci apprestare, quando che sia, le più sgradite sorprese. || Nondimeno, ligi al nostro concetto fondamentale, che soprattutto giovi che sia concorde l'Europa di fronte alle attuali difficoltà, non negheremo acquiescenza, o concorso, se il *modus procedendi* indicato da lord Idlesleigh fosse per ottenere il suffragio delle altre potenze. || In questi termini mi sono espresso coll'ambasciatore d'Inghilterra, avendo avuto opportunità di discorrere con lui, in questi giorni, del presente argomento. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9943. BULGARIEN. — Minister des Aeussern an den diplomatischen Agenten in Sophia. — Widerlegung des russischen Cirkulars vom 11./23. November 1886. [Anhang zu G. 83.] 24. December 1886. (In Rom mitgetheilt am 13. Januar 1887.)

Nr. 9943.
Bulgarien.
24. Dec. 1886.

Monsieur l'agent, || S. Exc. M. de Giers, ministre des affaires étrangères de Russie, adressa, le 11/23 novembre dernier, aux représentants de la Russie auprès des grandes puissances, une circulaire dans le but d'exposer les vues du gouvernement impérial sur la situation de la Bulgarie. Dans cette circulaire, S. Exc. dit, en substance, que la régence et le gouvernement bulgares auraient refusé de déférer aux conseils de modération du général Kaulbars, accrédité auprès d'eux en qualité d'agent diplomatique russe, qu'ils auraient exercé des violences contre toute opposition politique et même contre les consulats et les sujets russes, ce qui aurait provoqué le départ de l'agent et de

tous les consuls de Russie. || "Une des premières demandes du général Kaulbars, dit M. de Giers, avait été la formation d'un gouvernement de fusion qui fit cesser la lutte des partis, apaisât les passions, ajournât l'assemblée jusqu'à ce que la tranquillité fût rétablie. . . . Un instant, les dictateurs parurent vouloir entrer dans cette voie. Leur position était fortement ébranlée, la discorde régnant entre eux, leur avenir était compromis. Ils se prêtèrent à des négociations avec les chefs de l'opposition. Elles ne purent pas aboutir à la suite d'encouragements que les gens au pouvoir crurent pouvoir puiser du dehors et dans leur confiance d'une impunité assurée par l'absence de toute intervention militaire. Dès lors, loin de modifier la régence dans le sens de la conciliation, ils la complétèrent dans le sens le plus radical." || Vous n'ignorez pas, monsieur l'agent, dans quelles circonstances les personnes qui constituent aujourd'hui la régence et le ministère sont arrivées au pouvoir. || Vous savez très bien qu'ils n'en ont pas brigué l'honneur, et, s'ils en ont assumé le fardeau, c'est qu'ils ne se croyaient pas autorisés à repousser l'appel du prince Alexandre, à un moment où la Bulgarie était jetée par une poignée de criminels dans un de ces périls extrêmes qui peuvent compromettre l'existence même d'un pays. En acceptant le pouvoir, ils espéraient que, dans l'espace de quelques semaines, ils seraient mis à même de la déposer entre les mains du nouveau souverain, en conformément au traité de Berlin et à la constitution bulgare. Le programme qu'ils s'étaient tracé, et qui fut approuvé par l'assemblée nationale convoquée en session extraordinaire le premier septembre dernier, était de préserver le pays de l'anarchie et de faire procéder à l'élection d'un prince dans les délais prévus par la constitution. || Lorsque, à son arrivée en Bulgarie, l'agent diplomatique de Russie fit entendre les conseils qu'il avait mission de donner, le gouvernement de la régence se rendit à ceux de ces conseils qui n'étaient pas contraires à son programme et aux lois en vigueur. Vous avez suivi, monsieur l'agent, dans ses développements, le cours des négociations engagées à ce sujet. || Malgré les craintes que l'on pouvait encore avoir pour l'ordre et la tranquillité publique, le gouvernement bulgare leva l'état de siège; il consentit même à relâcher les auteurs de l'attentat du 9/21 août, en se conformant, toutefois, aux formalités prescrites par les lois du pays. || S'il n'a pu déférer à la dernière demande que le général Kaulbars avait formulée dans la lettre du 15 septembre "d'ajourner les élections à une date la plus éloignée possible" le gouvernement de la régence a fait valoir les raisons qui ont motivé sa résolution dans cette dernière question; le conseil donné sur ce point allait à l'encontre des lois et des intérêts de la Bulgarie parce que l'ajournement indéfini des élections, au lieu d'amener "la cessation des luttes de partis et l'apaisement des passions, "laissait le champ libre à toutes les agitations préjudiciables à la paix et à la tranquillité du pays, agitations que le général Kaulbars avait lui-même encouragée dès son entrée en Bulgarie, en faisant répandre des calomnies sur le compte du gouvernement, soit par des discours publics, soit au moyen de feuilles volantes lithographiées ou imprimées. || Un

Nr. 9943.
Bulgarien.
24. Dec. 1886.

très-petit nombre de ressortissants russes, sans doute enhardis par les procédés agressifs de l'agent diplomatique impérial contre les autorités constituées du pays, ont cherché à provoquer des troubles dans diverses localités. || Placées ainsi dans le cas de légitime défense, et soucieuses de faire respecter l'ordre public, les autorités bulgares avaient le droit et le devoir de prendre des mesures contre de tels agissements. Faut-il en induire que les sujets et protégés russes ne se sentent pas en sûreté en Bulgarie? J'en appelle avec confiance, monsieur l'agent, à votre esprit d'impartialité et à votre témoignage. || Il est une autre inexactitude que je crois devoir relever dans le passage cité plus haut de la circulaire de monsieur le ministre impérial des affaires étrangères de Russie, disant que "une des premières demandes du général Kaulbars avait été la formation d'un gouvernement de fusion." Je puis, en effet, affirmer hautement que jamais l'agent diplomatique n'a donné au gouvernement de la régence un tel conseil, et si Son Excellence M. de Giers soutient le contraire, c'est que sa bonne foi a dû être trompée. || Les pièces, ci-annexées, vous convaincront, monsieur l'agent, de ce fait que loin de conseiller la formation d'un gouvernement de fusion, le général Kaulbars a, au contraire, refusé d'exercer son influence sur monsieur Zankoff, en faveur d'une telle combinaison, lorsque les députés zankovistes de la grande assemblée à Tirnovo proposèrent au gouvernement d'amener la réconciliation des partis et de constituer un gouvernement mixte. Les députés zankovistes, bien qu'adversaires politiques du gouvernement, apprécièrent cependant sa conduite dans les moments difficiles que traversait le pays et se rapprochèrent de lui avec pleine et entière confiance, et quand leur chef, après s'être consulté avec le général Kaulbars, rejeta les propositions du gouvernement, ils furent les premiers indignés, refusant de suivre le conseil qu'il leur donnait de se retirer avec éclat du sein de l'assemblée et de ne point prendre part à l'élection du Prince. || D'ailleurs, ces mêmes pièces vous donneront une nouvelle preuve, monsieur l'agent, que les personnes qui constituent la régence et le gouvernement ont été toujours — comme elles le sont encore aujourd'hui — prêtes à tous les sacrifices lorsque les intérêts de l'État l'ont exigé. || Les tentatives de réconciliation entre les partis ayant échoué, et monsieur Karavéloff ayant, dans l'intervalle, donné sa démission, la grande assemblée nationale maintint à la régence MM. Stamboloff et le colonel Mutkouroff et leur adjoignit pour collègue son président M. Zirkoff. || Il est vrai que Son Altesse le grand vizir, dans un télégramme adressé le 4 décembre dernier à Gadban effendi, commissaire impérial ottoman pour les vacoufs en Bulgarie, et qui nous fut par conséquent communiqué plus de deux semaines après le départ de l'agent diplomatique impérial de Russie, avait suggéré l'idée de convoquer une assemblée de notables et des chefs des partis, en vue de composer un gouvernement de coalition qui aurait eu pour tâche de décider si le prince de Mingrélie devait être élu par la grande assemblée existante ou par une nouvelle assemblée. || Le gouvernement bulgare ne pouvait accéder à une combinaison de cette na-

ture, qui manquait de toute base légale et qui était préconisée en faveur d'une candidature pour laquelle aucun des chefs de l'opposition ne s'est même prononcé et que le peuple bulgare repousse. Dans ces conditions, la formation d'un ministère mixte ne pouvait avoir aucun résultat pratique pour la solution de la question bulgare; elle aurait contribué à enlever l'homogénéité du ministère de la régence, à affaiblir son autorité et à compromettre la paix intérieure. || Telle est, monsieur l'agent, exposée aussi brièvement que possible, la marche des affaires bulgares durant la mission du général Kaulbars en Bulgarie. J'ai estimé de mon devoir de vous l'exposer, parce que je ne dissimulerai que nous avons été vivement affectés de voir que la circulaire du cabinet de St. Pétersbourg n'ait point considéré l'attitude et les actes de la régence d'après la réalité des faits qui se sont produits. || Nous avons toujours reconnu et reconnaissons que la solution de la question bulgare à laquelle s'intéresse tout particulièrement la Russie "qui a créé la Bulgarie et ne veut certainement pas attenter à son indépendance," est entre les mains des puissances signataires du traité de Berlin. Et nous avons l'espoir que, en vue d'une solution pratique des difficultés présentes, les grandes puissances garanties daigneront tenir compte de voeux du peuple bulgare qui, tout en voulant vivre en ordre et en paix, a également exprimé en maintes occasions sa ferme volonté de défendre ses droits à l'autonomie et à l'existence politique, dans lesquels il voit le germe de son avenir. || C'est avec ces sentiments de respect pour les décisions de l'Europe et pour les volontés du peuple bulgare que le gouvernement de la régence a toujours mis et emploiera ses efforts à faire sortir le pays de la crise qu'il traverse. || Veuillez agréer, etc.

Natchovitch.

Nr. 9944. **ITALIEN.** — Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. — Bericht über den Empfang der bulgarischen Mission. [G. 85.] 18. Januar 1887.

Signor agente, || I signori Stoiloff, Grecoff e Calcieff, non appena giunti a Roma, mi avevano chiesto udienza con lettera indirizzatami ieri dal signor Stoiloff. Mi si presentarono, nel pomeriggio di oggi, con la lettera d'introduzione che la Signoria Vostra aveva loro rimesso, e con una commendatizia di codesto signor ministro degli affari esteri. Dissi tosto ai tre deputati che ero lieto di vederli; venuti in paese amico, avrebbero trovato accoglienza cordiale, come si conviene ad amici. || La conversazione assunse tosto accento di grande schiettezza e confidenza. || Il signor Calcieff, al discorso del quale i colleghi suoi venivano, di quando in quando, assentendo, fece una succinta esposizione degli avvenimenti in Bulgaria. Nulla disse che potesse significare animo ostile verso la Russia; anzi il desiderio di riannodare con questa rapporti di mutua benevolenza traspariva abbastanza chiaramente dalle sue pa-

Nr. 9944.
Italien.
18. Jan. 1887.

Nr. 9944.
Italien.
18. Jan. 1857.

role. Però, nel narrare ciò che in Bulgaria è occorso dopo la venuta a Sofia del generale Kaulbars, il signor Calcieff non tralasciò di notare la singolarità dei procedimenti dell'agente imperiale, ricordando, tra le altre cose, come questi fosse da principio accreditato presso quella stessa reggenza che più tardi ripetutamente dichiarava di non riconoscere, e come indarno si fosse cercato dalla reggenza di indurre il generale osteggiatore di ogni cosa, a mettere innanzi un programma positivo suscettibile di pratica e conveniente attuazione. || La conclusione dei tre deputati, dopo che mi ebbero sommariamente additato la situazione presente del loro paese, fu la preghiera francamente rivoltami, d'avere dal regio governo amichevole consiglio ed appoggio efficace. || Presi a mia volta la parola, premettendo che avrei anzitutto, come ministro degli affari esteri, manifestato, senza reticenza od ambagi, il pensiero del regio governo. || La Bulgaria — dissi — ha per sè le generali simpatie e suscita grande interesse in Europa. Però all'Europa si impone un interesse maggiore: il mantenimento della pace. Si vuole bensì riuscire alla soluzione della questione bulgara, parte integrante di quella che ormai può appellarsi questione europea; ma soprattutto si intende, con sforzo unanime, ad evitare le calamità di una guerra. Questo è il punto di vista dal quale debbono collocarsi gli uomini di Stato, in Bulgaria, se desiderano imprimere ai loro atti, alla loro politica, un carattere praticamente utile alla loro nazione.

Una seconda considerazione dovevo del pari enunciare. Altra nazione, l'Italia, aveva fatto tale esperimento di cui la Bulgaria poteva ormai giovarsi. Non è, — e qui chiedevo di poter esprimere il mio pensiero con una immagine concreta, — non è navigando con la rapida ed invariata tenacia del vapore che può arrivare alla mèta quel popolo che si prefigga di conquistarsi libertà ed indipendenza; convien invece che si valga accortamente della vela, che sappia rassegnarsi alle lunghe soste quando taccia il vento, e si adatti a bordeggiare quando questo non spiri nella giusta direzione. || Dopo queste premesse, di cui gli interlocutori miei mi parvero avere esattamente afferrato il significato ed il valore, entrai nel vivo dell'argomento, non senza dichiarare espressamente che non intendevo punto porgere consigli, i quali avrebbero potuto avere l'apparenza di una intromissione nelle cose interne della Bulgaria. Mio proposito era quello soltanto di porre sotto gli occhi dei tre deputati la situazione, quale mi sembra ora presentarsi, lasciando che il Governo di Sofia decida nella pienezza del suo giudizio e della sua responsabilità. || Per me, — dissi, — è evidente che una risoluzione definitiva deve essere presa, a Sofia, tostochè la deputazione, reduce dal suo giro per le capitali europee, vi sarà rientrata. Quale potrà essere una siffatta risoluzione? A me pare che ormai una precisa alternativa si impone al Governo di Sofia. Questa deve scegliere tra l'uno o l'altro di questi due partiti: || O si mantenga il presente stato di cose provvisorio, dedicandosi il governo esclusivamente a tutelare l'ordine all'interno e a rimuovere ogni contingenza di complicazioni esteriori. Questo partito ha i suoi vantaggi, e segnatamente quelli che sono

proprii a qualsivoglia *statu quo*: la Bulgaria si risparmierebbe la molestia di incerti eventi e la scossa di inevitabili perturbazioni. Ma codesto partito ha pure i suoi inconvenienti; i quali sarebbero, a mio giudizio, gravissimi. La condizione delle cose in Bulgaria, e l'incerta soluzione delle attuali difficoltà, tengono l'Europa intera in un ambiente di inquietudine e di malessere che, protraendosi, non potrà non nuocere alle buone disposizioni delle potenze. Alle presenti simpatie subentreranno in breve l'impazienza e l'irritazione; così che, nel giorno della crisi decisiva, la Bulgaria si troverebbe abbandonata a sè stessa. Certo i Bulgari saprebbero trovare, nel proprio patriottismo, la forza di lottare e di cadere con onore; però siffatte catastrofi, che la storia tramanda con ricordo di eroismi sublimi, sogliono pure segnare date lungamente nefaste, ed è pur dura sorte, per giovane nazione, il dover ripigliare il faticoso cammino di un nuovo rinascimento. || O si cerchi, — questo è il secondo partito, — risolutamente un accordo con la Russia; accordo che a mio avviso, non è punto impossibile qualora attentamente si meditino e si studino i procedimenti segnati dal trattato di Berlino e dal protocollo di Costantinopoli del 5 aprile 1885. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9945. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeußern. — Bericht über ein Gespräch mit dem Staatssekretär, welcher Entgegenkommen gegen Russland empfiehlt. [G. 95.] 29. Januar 1887. (Eingegangen am 5. Februar.)

Monsieur le ministre, || Dans la dernière visite que je lui ai faite, le secrétaire d'Etat constatait que le cabinet de Pétersbourg montrait quelque condescendance, en suggérant lui-même des pourparlers entre les ambassadeurs à Constantinople, et que la députation de la Sobranié, à laquelle il n'ait naguère toute existence légale, fût entendue après sa tournée en Europe. C'est un premier pas vers une entente. Il conviendrait de faciliter la tâche de cette puissance. Quant au cabinet de Berlin, lors même que cette question lui soit assez indifférente, il n'a pas moins cessé, depuis un an et demi, au point de vue du maintien de la paix, de vouer tous ses efforts à ce qu'il ne sorte pas de graves complications de l'imbroglio. || Je saisis, etc.

Launay.

Nr. 9944.
Italien.
18. Jan. 1887.

Nr. 9945.
Italien.
29. Jan. 1887.

Nr. 9946. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Konstantinopel. — Abweisung des Gedankens einer russischen Occupation Bulgariens. [G.100.] 18. Februar 1887.

Nr. 9946.
Italien.
18. Febr. 1887.

Signor ministro, || In questi ultimi giorni ebbi dalla Signoria Vostra parecchi telegrammi relativi al lento ed incerto procedere dei negoziati che, per la definizione della questione bulgara, si sono costì intrapresi sotto gli auspici della Sublime Porta. In altro telegramma, poi, Ella accennava a voci secondo le quali la Russia, impaziente del lungo indugio, si accingerebbe, acquiescente la Turchia, e con la speranza di ottenere altresì l'acquiescenza d'altre potenze, ad una temporanea occupazione del principato. || Queste erano voci. Ma ora sembra che la cosa abbia gravità assai maggiore. || Il mustechar del ministero degli affari esteri (così Ella mi telegrafa) venne ieri sera all'ambasciata, dicendo che i negoziati bulgari non progredivano, e che la Russia sembrava decisa ad una occupazione, rispetto alla quale, tenendosi forse già sicura del consenso della Germania, si accingerebbe a ricercare anche il consenso dell'Austria-Ungheria. Artin effendi La richiedeva di manifestargli, intorno a codeste emergenze, la sua opinione. La Signoria Vostra assai opportunamente rispondeva: parerle poco probabile che l'Austria-Ungheria fosse per consentire ad una occupazione russa in Bulgaria; dovere, in ogni modo, importare assai alla Sublime Porta di attenersi al trattato di Berlino e di non ammettere che la questione bulgara sia risolta all'infuori del concerto europeo. E per quanto concerne l'Italia, la Signoria Vostra ricordava con ragione, essere la nostra cooperazione acquisita a qualsivoglia soluzione che sia conterminata entro i limiti del trattato di Berlino, mentre essa più nol sarebbe di fronte ad accordi separati che derogassero a quel trattato, e tale sarebbe il caso d'una occupazione russa non consentita da tutte le potenze. || Mi affrettai, col telegramma di stamane, a significarle la mia piena approvazione per il linguaggio da Lei tenuto al mustechar del ministero degli affari esteri. Nel telegramma stesso volli, ancora una volta, esprimere in termini ben precisi il mio pensiero, acciò Ella potesse averne norma nel discorrerne coi ministri del Sultano. Se la Sublime Porta non è ripugnante ad aprire le porte dell'impero ad un esercito straniero, se non vede le gravi complicazioni che un simile intervento, contrario alla lettera non meno che allo spirito del trattato di Berlino, può apprestarle, a noi non rimane che riservarci, a nostra volta, intera libertà di giudizio, salvo a prendere consiglio, secondo le circostanze, dal nostro proprio interesse. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9947. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Berlin. — Anerkennung eines Russland zustehenden besonderen Einflusses in Bulgarien. [G. 101.] 20. Februar 1887.

Signor ambasciatore, || Discorrendo, ieri, col segretario generale di questo ministero, delle cose bulgare, l'incaricato d'affari di Germania alludeva alla impressione che, secondo rapporti venienti da Pietroburgo, esisterebbe in quelle regioni ufficiali, che, cioè, la resistenza della reggenza possa trovarsi incoraggiata da influenze straniere; e con queste parole si mirerebbe, a quanto sembra, essenzialmente all'Italia. || Il marchese Cappelli osservò, a sua volta, che se tale impressione esiste a Pietroburgo, essa è affatto infondata. Il governo italiano non ha mai dissimulato esser suo proposito che la soluzione della crisi bulgara debba ricercarsi entro i limiti del trattato di Berlino; ma, ben lungi dall'incoraggiare la reggenza a resistere, l'ha, a più riprese, e segnatamente in occasione della venuta della deputazione bulgara a Roma, esortata ad intendersi colla Russia. || La risposta del marchese Cappelli riproduce esattamente la nostra situazione. Del resto, fin da quando apparvero i primi indizii dell'azione che la Russia intendeva spiegare in Bulgaria, nello scorso ottobre, non tacqui, in un dispaccio al regio ambasciatore a Londra, che fu poi pubblicato nel Libro verde, non potersi contrastare alla Russia in Bulgaria, beninteso entro i limiti del trattato di Berlino, una particolare situazione, che, senza costituire per essa un privilegio, poteva giustificare una sua più diretta e più spiccata influenza in quella contrada. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

Nr. 9948. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Wien. — Abmahnung von einer Unabhängigkeitserklärung Bulgariens. [G. 124.] 6. April 1887.

Signor ambasciatore, || Vostra Eccellenza mi ha riferito di un suo colloquio avuto col signor Stoiloff, ministro di giustizia in Bulgaria, ed uno dei tre delegati che, con mandato della Sobranje, visitarono, pochi mesi or sono, le capitali europee. || Passando in rassegna le possibili contingenze, il signor Stoiloff avrebbe anche accennato alla eventuale proclamazione della indipendenza della Bulgaria. Soggiungeva, però, il ministro bulgaro che già il conte Kálnoky, a cui aveva del pari additato codesto concetto, gli aveva fatto osservare che un simile atto farebbe uscire la Bulgaria dalla solida base, che le è procacciata dal trattato di Berlino, facendola incorrere nella aperta ostilità della Turchia e nel sospetto degli Stati vicini. E Vostra Eccellenza, a Sua Volta, pur ricordando le non dubbie simpatie del regio governo per la Bulgaria, non esitava a dichiarare che, se richiesto di consiglio, lo darebbe nel senso di una viva esortazione a non dipartirsi dal terreno legale delle sti-

Nr. 9947.
Italien.

20. Febr. 1887.

Nr. 9948.
Italien.

6. April 1887.

Nr. 9948.
Italien.
April 1887.

pulazioni internazionali. || Non esito ad approvare, il linguaggio da Lei tenuto col signor Stoiloff. Le mie idee circa la vertenza bulgara sono quelle stesse dal mio predecessore più d'una volta, e molto chiaramente, enunciate. Amici sinceri e disinteressati del giovane popolo, noi siamo e saremo sempre lieti di giovargli nella ricerca di tale assetto che gli conceda pace degna e durevole. Però noi abbiamo fermo convincimento che la Bulgaria si esporrebbe ad alea pericolosissima, soprattutto nelle presenti condizioni dell'Europa, se, per giungere alla mèta cui aspira, si allontanasse dal trattato di Berlino, e con le sue mani distruggesse quel titolo che, invocato da essa stessa e dalle potenze amiche, preservò il principato e l'Europa da più gravi perturbazioni. || Gradisca, ecc.

Depretis.

Nr. 9949. **BULGARIEN** und **SERBIEN**. — Akte, eine Grenzberichtigung betreffend. [Anhang zu G. 127.] 30. März/11. April 1887.

Nr. 9949.
Bulgarien
und Serbien.
11. April 1887.

La commission serbo-bulgare désignée conformément à l'article premier de l'entente en date du 13 octobre 1886, à l'effet de résoudre la question de Bregovo, ayant, en sa séance du 16 décembre 1886, stipulé que "la prairie en contestation de Bregovo fait partie intégrante du royaume de Serbie, et que l'ancien lit du Timok entre cette même prairie et le village bulgare de Bregovo est la frontière politique entre le royaume de Serbe et la principauté de Bulgarie";

les soussignés, dûment autorisés à cet effet, confirment par les présentes la dite décision de la commission et déclarent l'accepter au nom de leurs gouvernements respectifs, sans préjudice des autres engagements également stipulés dans l'article premier susmentionné.

En foi de quoi les soussignés ont apposé sur le présent acte leur signature et le sceau de leur chancellerie.

Fait en double, à Sophia, le 30 mars 1887.

Natchovitch,
Danitch.

Nr. 9950. **ITALIEN**. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. — Mittheilung eines türkischen Cirkulars, Bulgarien betreffend. [G. 129.] 23. Mai 1887.

Nr. 9950.
Italien.
3. Mai 1887.

Signor ambasciatore, || L'ambasciatore di Turchia è venuto alla Consulta con la circolare telegrafica del suo governo relativa alla questione bulgara. || Photiades paşcià, non aveva facoltà di lasciarmi copia del documento, e neppure di darmene lettura. Però consentì che ne prendessi conoscenza. || Il

ministro ottomano degli affari esteri espone minutamente, nella sua circolare, gli sforzi fatti dalla Sublime Porta acciò si costituisse a Sofia un tale ordine di cose che, attribuendo a tutti i partiti una giusta rappresentanza nel governo, potesse essere riconosciuto da tutte le potenze. Questi sforzi non ebbero lieta sorte, non certo, però, per colpa della Sublime Porta. I primi negoziati, a Costantinopoli, per un ravvicinamento tra il governo attuale di Sofia e l'opposizione, fallirono per la pretesa dell'opposizione di avere la preponderanza nella direzione della pubblica cosa. I negoziati successivi condotti a Sofia, sotto gli auspici del commissario ottomano Riza bei, furono bruscamente interrotti dai moti di Silistria e di Ruscuk, dopo i quali, l'opposizione dichiarò non volersi più prestare a verun componimento. || Questa è la parte espositiva della circolare ottomana. Viene indi la conclusione, la quale è così concepita: "Sottoponendo al giusto apprezzamento del governo presso il quale Vostra Eccellenza è accreditata lo stato anormale della questione bulgara, che venni abbozzandole, e che si connette intimamente con la pace generale, La prego di richiamare la sua benevola e seria attenzione sopra la necessità di scambio di idee tra le grandi potenze circa un *modus procedendi* atto ad eliminare le difficoltà della presente situazione nel principato, ed a rendere possibile la presentazione, alla elezione della popolazione bulgara, d'uno o due candidati per la dignità principesca, in guisa che si possa soddisfare alle richieste, che il governo provvisorio non cessa di fare." || All'ambasciatore di Turchia, che desiderava da me una risposta per darne notizia al suo governo, dissi che mi sarei tosto messo in comunicazione, sopra questo soggetto, con le altre grandi potenze. Né tralasciai di notare questo essere appunto ciò di cui la Sublime Porta esprime il desiderio. || Gradisca, ecc.

Depretis.

Nr. 9951. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zu dem Cirkular der Pforte. [G. 132.] 25. Mai 1887.

Monsieur le ministre, || Par son télégramme du 23 mai au soir Votre Excellence me communique en substance une circulaire de la Sublime Porte ayant pour objet de soumettre à l'appréciation des puissances la situation actuelle de la question bulgare, et d'appeler leur bienveillante et sérieuse attention sur la nécessité d'un échange d'idées, en vue de trouver le moyen d'écartier les difficultés. La Porte invite les puissances à désigner aux bulgares un ou deux candidats au trône, afin de tenir compte des demandes incessantes de la régence. || Vous me faites connaître votre réponse provisoire à Photiades pacha, et vous désirez en même temps être au plus tôt possible renseigné sur les intentions du cabinet auprès duquel je suis accrédité. || A

Nr. 9951.
Italien.
25. Mai 1887.

cet effet, je me suis rendu hier chez le sous-secrétaire d'Etat. Il m'a dit que le document dont il s'agit lui était parvenu dans la matinée, et qu'après y avoir été autorisé par le chancelier, il répondrait verbalement à Tevfick bey, comme Votre Excellence l'avait déjà fait, dans un sens dilatoire, en ajoutant toutefois le conseil que le gouvernement ture cherche à s'entendre préalablement avec la Russie. || Le comte de Berchem avait le sentiment qu'en présence de l'attitude bien connue du cabinet de St. Pétersbourg, cette nouvelle démarche n'aboutirait à aucun résultat pratique. Le cabinet de Berlin, en ce qui le concerne, vise à ne pas se départir d'une ligne de conduite aussi réservée que possible. || Agréez, etc.

Launay.

Nr. 9952. ITALIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Aeussern. — Mittheilung des Entschlusses der bulgarischen Regierung, die Krisis selbstständig zu lösen. [G. 126.] 4. Juni 1887.

Nr. 9952.
Italien.
4. Juni 1887.

Signor ministro, || Da quanto mi disse il signor Natchovitch, parrebbe che il governo di Sofia non si preoccupi gran fatto della piega che prendono le cose dopo la recente circolare della Sublime Porta sulla questione bulgara. Sua Eccellenza così esprimevasi meco: "La risposta della Russia in senso negativo alla proposta ottomana, e l'attitudine delle altre grandi potenze, che fino ad ora non hanno dato segno di vita, ci confermano nell'opinione che la soluzione della crisi si troverà dai bulgari stessi, e noi cercheremo ch'essa sia conforme al trattato di Berlino e pure consona alle nostre aspirazioni di autonomia e di libertà." Vari altri personaggi appartenenti al partito nazionale mi parlarono in un senso simile; il che proverebbe che tale è veramente l'idea del governo, il che sembra meritare l'attenzione delle grandi potenze. || Gradisca, ecc.

Gerbaix de Sonnaz.

Nr. 9953. ITALIEN. — Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeussern an den Botschafter in Wien. — Stellung Oesterreichs und Italiens zur Wahl des Prinzen Ferdinand. [G. 141.] 11. Juli 1887.

Nr. 9953.
Italien.
11. Juli 1887.

Signor ambasciatore, || L'incaricato d'affari d'Austria-Ungheria è venuto stamane, per istruzione giuntagli da Vienna, a farmi conoscerè il pensiero del suo governo circa la fase attuale della vertenza bulgara. || Il gabinetto di Vienna, dicevami il barone de Goedel-Lannoy, si colloca da questo doppio punto di vista: che non si potrebbe contrastare ai bulgari (beninteso entro i limiti del trattato di Berlino) la libera scelta del loro principe, e che l'inse-

diamiento, a Sofia di un principe sarebbe l'unico mezzo di porre termine alla crisi che travaglia il paese. Il governo imperiale e reale non si è punto adoperato per la candidatura del principe Ferdinando di Coburgo, e neppure per la sua elezione; anzi l'ha messo in avvertenza circa i pericoli a cui potrebbe esporsi. Però l'elezione è oramai un fatto compiuto; il principe di Coburgo ha significato la sua accettazione in termini che al gabinetto di Vienna sembrano perfettamente corretti; infine l'eletto riunisce in sé le condizioni prescritte dal trattato di Berlino. Il gabinetto di Vienna non potrebbe quindi, per quanto lo concerne, avere obiezione contro la avvenuta elezione, e non negherebbe quindi il suo consenso tosto che sia per giungere il momento di intendersi in proposito, conformemente al trattato di Berlino, tra le potenze e la Porta. || Ho ringraziato l'incaricato d'affari per la sua interessante comunicazione, della quale ci giova pigliar nota. || Interrogato dal signor de Goedel-Lannoy, dissi che il nostro modo di considerare lo svolgimento della vertenza bulgara era ben noto, nè occorre che ne porgeSSI più minuta spiegazione. Intanto abbiamo creduto più conforme alla nostra posizione di fronte alla questione stessa, ed al nostro vivo desiderio di vederla soddisfacentemente composta, di attendere, per pronunciarci, che la situazione fosse meglio chiarita, e le potenze più direttamente interessate avessero modo di manifestare il loro pensiero. La presente comunicazione del governo austro-ungarico ci riesce, sotto questo aspetto, un notevole elemento di giudizio. || Gradisca, ecc.

Per il ministro
Malvano.

Nr. 9954. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Stellung der deutschen Regierung zur Wahl des Prinzen. [G. 146.] 10. Juli 1887. (Eingegangen am 14. Juli.)

Monsieur le ministre, || Lors de sa dernière réception hebdomadaire du 5 juillet, le secrétaire d'Etat attendait les nouvelles de Bulgarie, et prévoyait qu'il s'y préparait quelque surprise. Le surlendemain, je faisais une autre visite au département impérial. L'avis de l'élection du prince Ferdinand de Saxe-Cobourg-Gotha n'est parvenu ici que dans la soirée du 7 courant. Aucune puissance, sauf la Russie, préventivement, n'avait eu l'occasion de se prononcer sur ce choix. Cette occasion allait se présenter, si le Sultan approuve et demande l'assentiment des autres cabinets. Il fallait aussi savoir, ce que l'on ignorait encore a cette date, si le candidat était disposé à accepter. Mais, dès le 8 juillet, je télégraphiais quelle serait l'attitude de l'Allemagne. Elle cède la parole au cabinet de St. Pétersbourg. Quand on la pressentira, elle répondra donc qu'il faut d'abord s'entendre avec la Russie. ||

Nr. 9954.
Italien.
10. Juli 1887.

Nr. 9954.
Italien.
10. Juli 1887.

Le comte de Bismarck ayant fait une course à Friedrichsruhe, je dois attendre son retour pour m'aboucher avec lui. Mais, hier et aujourd'hui encore, j'ai été à même de constater que le mot d'ordre donné au département des affaires étrangères est celui de répéter que l'Allemagne, désintéressée dans la question bulgare, persévère dans la ligne de conduite qu'elle s'est tracée dès le début de la crise, ainsi que cela résultait nettement déjà des déclarations du chancelier du Reichstag. Elle n'entend pas se brouiller pour autant avec la Russie. || Je saisis, etc.

Launay.

Nr. 9955. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Constantinopel. — Bericht über ein Gespräch mit dem türkischen Botschafter betreffs der Anerkennung des Prinzen. [G. 148.] 15. Juli 1887.

Nr. 9955.
Italien.
15. Juli 1887.

Signor ambasciatore, || Vostra Eccellenza mi aveva annunciato, che la Sublime Porta, dubbiosa di pronunciarsi circa la elezione del principe di Coburgo, si sarebbe intanto rivolta alle potenze per conoscerne il pensiero. || Venuto infatti, ieri, alla Consulta, l'ambasciatore di Turchia mi parlò, per ordine del suo governo, nei seguenti termini delle cose die Bulgaria. || Il governo provvisorio del principato, — disse mi Photiades pascià, — ha significato alla Sublime Porta l'elezione, per opera dell'assemblea generale testè convocata a Tirnovo, del principe Ferdinando di Coburgo-Gotha come principe di Bulgaria. L'elezione del principe di Bulgaria dovendo riportare l'assenso delle grandi potenze, la Sublime Porta desidera, prima d'ogni altra cosa, conoscerne, a tale riguardo, le impressioni e l'atteggiamento. Egli aveva dunque l'incarico di esprimersi in questo senso presso il regio governo e di far noto a Constantinopoli il nostro modo di considerare la presente situazione. || Risposi tosto all'ambasciatore. — Gli dissi che, nell'interesse della Bulgaria, della Turchia e dell'intera Europa, è, a nostro avviso, altamente desiderabile che la crisi bulgara giunga, il più presto possibile, a propizia e definitiva conclusione mercè l'insediamento, a Sofia, di un principe ed il ristabilimento, nel principato, d'un ordine di cose stabile e normale. La Sublime Porta deve quindi considerare come acquisito il nostro concorso per tale soluzione che, essendo l'espressione della libera volontà delle popolazioni in Bulgaria, si uniformerebbe ora, nella sua pratica attuazione, ai procedimenti segnati nel trattato di Berlino. || Gradisca, ecc.

Per il ministro
Malvano.

Nr. 9956. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Reichsamt des Aeussern. [G. 150.] 12. Juli 1887.

Monsieur le ministre, || Dans la visite que je lui ait faite aujourd'hui, j'ai dit au secrétaire d'Etat que je ne l'interrogeais pas sur l'attitude du cabinet de Berlin à l'égard de l'élection du prince Ferdinand de Cobourg. Cette attitude me résultait conforme aux déclarations du chancelier au Reichstag; et c'est là-dessus que j'avais établi les indications télégraphiées à Votre Excellence, à savoir que l'Allemagne maintiendra la ligne de conduite qu'elle s'est tracée dès le début de la crise bulgare. Le gouvernement impérial n'a pas d'intérêts directs à sauvegarder sur ce terrain. Il ne s'inspire que du désir de contribuer, autant que possible, à la conservation de la paix, tout en s'abstenant de prendre une initiative. || Le comte de Bismarck a convenu que tel est en effet le programme de son gouvernement, dont il compte ne pas dévier. Quand il aura été saisi de la circulaire annoncée de Constantinople, il fera répondre, par l'intermédiaire de l'ambassade dans cette capitale, qu'il n'a ni opinion, ni impression à émettre sur le fait accompli à Tirnovo. Il appartient aux puissances les premières en ligne, de se prononcer tout d'abord. Il n'est, au reste, pas à présumer que l'on obtienne l'unanimité des voix requise, et dès lors la combinaison échouerait. La position du nouvel élu ne serait rien moins qu'enviable, s'il se décidait, quand même, à ceindre la couronne. || J'ai fait la remarque qu'à défaut d'une entente entre les puissances pour l'installation d'un prince, il était à prévoir que la Bulgarie, après tant d'appels stériles à l'Europe, aurait recours à des mesures extrêmes et dangereuses, pour sortir de cruels embarras. En ce qui nous regarde, nous restons sur la réserve tant que la question ne sera pas mieux éclaircie. Mais nous estimons qu'en attendant il est désirable que les Bulgares, la Sublime Porte et les puissances s'en tiennent à la procédure fixée par le traité de Berlin. || Le secrétaire d'Etat était de la même opinion. Au reste, il ne pensait pas que de très graves complications pourraient surgir de cette question. || j'ai l'honneur, etc.

Launay.

Nr. 9957. ITALIEN. — Botschafter in Petersburg an den Minister des Aeussern. — Bericht über die ablehnende Haltung Russlands gegenüber der Wahl des Prinzen. [G. 153.] 12. Juli 1887.

Signor ministro, || Già ebbi l'onore di recare alla conoscenza dell'Eccellenza Vostra che, trovandosi in campagna in Finlandia, il signor de Giers, da dove viene in città solo una volta alla settimana, conversai col signor Vlan-

Nr. 9956.
Italien.
12. Juli 1887.

Nr. 9957.
Italien.
12. Juli 1887.

Nr. 957.
Italien.
12. Juli 1887.

gali, suo sostituto, sulla elezione del principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo, al trono di Bulgaria. || Il signor Vlangali mi assicurò che sino allora non era giunta al ministero imperiale degli affari esteri, nè da Sofia, nè da Costantinopoli, veruna notizia sia sulla elezione di quel Principe, sia da Costantinopoli, sulla impressione prodottasi colà in seguito a questo fatto. || Mentre mi riserbo di comunicare in un prossimo rapporto all' Eccellenza Vostra ciò che al riguardo di questa elezione, il signor de Giers, che probabilmente vedrò domani, vorrà dirmi, mi eredo in dovere di esporre le considerazioni che oggi giorno vengono emesse circa questa elezione. || Vuolsi adunque che il governo imperiale innanzi a questo fatto si conserverà calmo, nel convincimento che le risoluzioni adottate dall'assemblea nazionale di Tirnovo non condurranno a verun risultato effettivo. La accettazione per parte del Principe e la sua proclamazione come sovrano della Bulgaria sono cose senza significato, dal momento che il trattato di Berlino esige che l'elezione venga sanzionata dal voto unanime delle grandi potenze e se anche si volesse passare oltre, ciò costituirebbe un fatto illegale troppo grave e di cui nessuno vorrebbe accettarne la responsabilità, giacchè potrebbe trascinare seco una guerra generale. Nè dev'esi mostrar tolleranza per un fatto che può condurre all'arbitraria proclamazione dell'indipendenza bulgara, ed alla annessione della Macedonia. || Dinanzi a questi atti tanto contrari alla volontà della Russia, come pure al tenore del trattato di Berlino, il governo russo crede che il suo rifiuto di riconoscere la proclamazione dell'indipendenza della Bulgaria e la elezione del nuovo principe, basterà ad impedire qualsiasi soluzione contraria ai suoi interessi. || Le risoluzioni adunque dell'assemblea di Tirnovo non possono menomamente modificare l'atteggiamento del governo imperiale, il quale non si occuperà dei destini della Bulgaria se non quando verrà eliminata la reggenza, disciolta la presente Sobranje e saranno compiute delle nuove elezioni fatte liberamente sopra basi legali. || Gradisca, ecc.

Greppi.

Nr. 9958. ITALIEN. — Geschäftsträger in London an den Minister des Aeußern. — Bericht über die Stellung des englischen Cabinets. [G. 158.] 17. Juli 1887.

Nr. 9958.
Italien.
17. Juli 1887.

Signor ministro, || L'ambasciatore di Turchia fece ieri una comunicazione verbale a lord Salisbury, circa l'elezione del principe di Sassonia-Coburgo, identica a quella fatta da Photiades, pascià all'Eccellenza Vostra il 14 corrente. La sostanza della risposta di Sua Signoria fu la seguente: "Il governo della Regina non desidera assumere alcuna responsabilità rispetto l'elezione del principe di Sassonia-Coburgo, nè crede che essa possa condurre al bene della Bulgaria." Questa risposta fu tosto telegrafata a sir A. Paget, affinché

la partecipasse al conte Kálnoky. Il pensiero del governo inglese era già noto da due o tre giorni al governo russo ed al bulgaro. || Gradisca, ecc.

Nr. 9959.
Italien.
17. Juli 1887.

T. Catalani.

Nr. 9959. ITALIEN. — Botschafter in Constantinopel an den Minister des Aeussern. — Bericht über das Ergebniss des Cirkulars der Pforte. [G. 161.] 19. Juli 1887.

Signor ministro, || La Sublime Porta riassume così il risultato ottenuto dalla sua circolare relativa alla elezione del principe di Coburgo al trono di Bulgaria. || Nessuna potenza ha mosso obbiezione contro la persona del principe di Coburgo; senonchè due potenze contestano la legalità dell'elezione stessa, tre altre hanno assunto un atteggiamento di aspettazione, mentre la Germania rimane interamente passiva. || Il linguaggio tenuto dal principe Ferdinando alla deputazione bulgara è giudicato qui come affatto corretto. || Gradisca, ecc.

Nr. 9959.
Italien.
19. Juli 1887.

Blanc.

Nr. 9960. ITALIEN. — Minister des Aeussern an die Botschafter an den Höfen der Grossmächte. — Cirkular bei seinem Amtsantritt. [G. 165.] 8. August 1887.

Signor, || Nel prendere la direzione degli affari esteri, tengo a manifestarle il mio fermo intendimento di continuare la politica di pace e di conservazione che nel concerto europeo caratterizza l'opera dell'Italia. || Conforme a tale intendimento è l'atteggiamento che intendiamo prendere nella questione bulgara, nella nuova fase in cui sembra che entri per l'annunciato imminente arrivo del principe di Coburgo in Bulgaria. Non abbiamo predilezione personale per questo piuttosto che per altro principe; ma il principe Ferdinando, per il fatto della sua elezione, rappresenta, agli occhi nostri, sino a prova contraria, l'espressione della volontà del popolo bulgaro. L'Italia, politicamente costituitasi coi plebisciti, non può disconoscere l'alto valore di quella manifestazione, con cui è stato soddisfatto alla prima, ed alla più importante, per noi, delle tre condizioni poste dall'articolo 3 del trattato di Berlino. || Convinto essere dell'interesse generale, che la questione bulgara, minaccia permanente per la pace europea, venga risolta quanto più presto possibile, il regio governo si è sempre dichiarato pronto ad adoperarsi per il successo di qualsiasi combinazione, la quale, sulla base dei trattati e del rispetto della volontà delle popolazioni, potesse assicurare un governo stabile alla nazione bulgara. Ora, l'avvenuta elezione del principe di Coburgo, la quale rappresenta per noi un principio di soluzione, ci sembra appunto una combinazione

Nr. 9960.
Italien.
8. Aug. 1887.

Nr. 9960. che, favorita dal buon volere delle potenze, varrebbe, mantenendo fisse le due
 Italien. basi suddette, a conseguire l'intento. Ad essa dunque dobbiamo desiderare
 8. Aug. 1887. che le potenze, le quali hanno con noi comunità di fine e d'intendimenti pa-
 cifici, prestino, come siamo disposti a prestarlo noi stessi, un volenteroso ap-
 poggio morale. || Gradisca, ecc.

Crispi.

Nr. 9961. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister
 des Aeußern. Bericht über ein Gespräch mit dem
 Unterstaatssekretär im Reichsamt des Aeußern.
 [G. 166.] 8. August 1887.

Nr. 9961. Mi sono affrettato di fare leggere al segretario di Stato ad interim per
 Italien. gli affari esteri il telegramma di V. E., circa le istruzioni che l'E. V. si pro-
 8. Aug. 1887. pone di trasmettere al R. Agente a Sofia. || Come me l'aspettavo, il Conte di
 Berchem m'ha risposto che il suo Governo comprende benissimo, per quello
 che ci concerne, che la nostra posizione è differente della loro, e che noi
 giustamente cerchiamo, sulla base del progetto delle istruzioni date da V. E.,
 di volgere dal lato dell'Anstria-Ungheria, e specie dell'Inghilterra, che hanno
 nelle contrade balcaniche interessi che non ha di certo la Germania.

Lannay.

Nr. 9962. ITALIEN. — Minister des Aeußern an den Agenten
 in Sophia. — Instruktion über das Verhalten gegen
 den Prinzen Ferdinand. [G. 167.] 9. August 1887.

(Telegramm.)

Nr. 9962. Un riconoscimento formale del principe Ferdinando come principe di
 Italien. Bulgaria non è evidentemente possibile, da parte nostra, se non dopo certezza
 8. Aug. 1887. che egli effettivamente rappresenti la volontà delle popolazioni, e dopo legiti-
 mazione della sua posizione, conformemente al trattato di Berlino. La Signo-
 ria Vostra deve quindi, al pari dei funzionari suoi dipendenti, astenersi da
 qualsivoglia atto che implichi formale riconoscimento del principe, limitandosi
 ad usare verso Sua Altezza tutti i riguardi dovuti a principe appartenente a
 famiglia di alto e rispettabile lignaggio. D'altra parte, la Signoria Vostra è
 autorizzata a continuare, col nuovo governo principesco, i rapporti di fatto
 che Ella non cessò di mantenere coi vari governi succedutisi in Bulgaria dopo
 gli ultimi avvenimenti. || Voglia dare confidenziale notizia di queste istruzioni
 ai vice consoli dipendenti. Voglia altresì, nel momento opportuno, e per ris-
 parmiarci mutuamente spiacevoli incidenti, non dissimulare, al ministro degli
 affari esteri che si troverà in carica, il senso delle presenti istruzioni.

Crispi.

Nr. 9963. **ITALIEN.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. — Mittheilung der Aufforderung Russlands an die Grossmächte, die Verletzung des Berliner Vertrages nicht zu dulden. [G. 174.] 12. August 1887.

Signor ambasciatore, || L'incaricato d'affari di Russia venne ieri, per istruzione del signor de Giers, a porgermi una comunicazione circa la decisione presa dal principe di Coburgo di recarsi in Bulgaria. || Il governo imperiale, egli disse, non ha potuto riconoscere la validità dell'elezione fatta dalla Sobranje; il principe Ferdinando avendone informato lo czar ed avendogli chiesto il permesso di recarsi a ricevere le sue istruzioni prima di partire per la Bulgaria, l'imperatore aveva fatto sapere al principe che la sua elezione non poteva essere riconosciuta e che il suo viaggio in Bulgaria non sarebbe stato, in alcuna guisa, giustificato. || Analoghi consigli, soggiunse il barone di Uxkull, erano pervenuti al principe dalla maggior parte delle grandi potenze e prima che di ogni altra dalla Corte alto sovrana. Sua Altezza avendo creduto, ciò nonostante, di poter aderire ai voti dei pretesi rappresentanti bulgari e condursi nel principato, il governo imperiale si crede obbligato di dichiarare che la Russia non potrebbe ammettere nè la validità dell'elezione del principe di Coburgo, nè la legalità della sua apparizione in Bulgaria per mettersi alla testa del governo. Così espressa la sua opinione, il governo imperiale fa appello alle altre grandi potenze, sperando di non trovarsi solo ad esigere il rispetto del trattato di Berlino e a non tollerarne la flagrante violazione. Ho risposto all'incaricato d'affari imperiale che mi sarei posto immediatamente in comunicazione cogli altri gabinetti. || Ho osservato che il governo italiano, in quanto lo concerne, non aveva mai cessato di considerare il trattato di Berlino come base necessaria per la soluzione della crisi bulgara.

F. Crispi.

Nr. 9964. **ITALIEN.** — Minister des Aeussern an die Botschafter in Berlin und London. — Wunsch, die bulgarische Frage zur Entscheidung zu bringen. [G. 177.] 13. Aug. 1887.

(Telegramm.)

Dal R. Ambasciatore a Vienna ho ricevuto un riassunto telegrafico della circolare che il principe di Coburgo ha indirizzato alle grandi potenze. Io l'ho autorizzato a prendere semplicemente atto d'una simile comunicazione riservando d'esprimere la nostra opinione sul merito della questione, fino a dopo che le potenze si sieno poste d'accordo al riguardo, in conformità del trattato di Berlino. Io ritengo che sia nell'interesse delle tre potenze alleate e dell'Inghilterra di risolvere definitivamente e al più presto questa questione bulgara che costituisce una minaccia permanente per la pace europea. || V. E.

Nr. 9963.
Italien.
12. Aug. 1887.

Nr. 9964.
Italien.
13. Aug. 1887.

Nr. 9964. cerchi di conoscere a fondo il pensiero di codesto Gabinetto al riguardo, e
 Italien. quindi voglia telegrafare. Dal canto nostro ci adopereremo di buon grado al
 13. Aug. 1887. successo di qualsiasi combinazione la quale possa favorire il mantenimento
 della pace, ed assicurare alla nazione bulgara un Governo che offra garanzie
 di stabilità.

Crispi.

Nr. 9965. **BULGARIEN.** — Prinz Ferdinand an den italienischen
 Botschafter in Wien. Mittheilung, dass er die bulga-
 rische Krone annehme. [Einschluss in G. 182.] 10. Aug. 1887.

Nr. 9965. Monsieur l'ambassadeur, || Relativement à ma réponse faite, le 15 juillet,
 Bulgarien. à la députation bulgare, je me permets de porter à la connaissance de Votre
 10. Aug. 1887. Excellence la note ci-jointe: || Lorsque la grande assemblée de Tirnovo m'a
 élu à l'unanimité prince de Bulgarie, j'ai déclaré à la députation qui m'a ap-
 porté l'acte de l'élection, que, reconnaissant la suzeraineté de Sa Majesté le
 Sultan, je voulais attendre, avant de prendre une décision définitive, les ré-
 sponses que les puissances signataires du traité de Berlin feraient à la circu-
 laire par laquelle la Sublime Porte leur donnait connaissance de mon élection.
 || De ces réponses, qui me furent communiquées officieusement, j'ai pu con-
 stater qu'aucun des gouvernements des grandes puissances n'avait témoigné
 d'hostilité envers ma personne, et que, s'il y a quelques divergences de vue,
 elles se rapportent à la légalité de ladite assemblée, c'est-à-dire à une ques-
 tion qui regarde les affaires intérieures de la Bulgarie et qui ne touche que
 le prince élu. || Ayant promis au peuple bulgare de lui donner la preuve de
 mon dévouement lorsque le moment serait arrivé, je me suis résolu de ré-
 pondre aux cris de détresse d'une nation qui ne demande qu'à vivre et à se dé-
 velopper en paix dans les limites de sa constitution, et je suis parti pour
 aller prendre en mains les destinées d'un peuple vaillant, au bonheur et à la
 prospérité duquel j'ai dit que je consacrerai ma vie. Je prends possession
 du trône bulgare sur lequel m'a élevé le voeu national, fermement résolu de
 travailler à la consolidation de l'ordre et de la paix dans ma nouvelle patrie
 et avec l'espoir inébranlable que Sa Majesté le Sultan, en s'empressant de
 confirmer mon élection, voudra contribuer à mettre fin à la crise que traverse,
 depuis un an, la Bulgarie. || Confiant dans la sainteté de la cause que j'ai prise
 en mains et dans mes intentions honnêtes et loyales, j'ai le ferme espoir que
 le Dieu Tout-Puissant bénira ma résolution et m'aidera dans l'accomplissement
 de ma tâche.

Château d'Ebenthal, ce 10 août 1887.

Prince Ferdinand Saxe-Cobourg.

Nr. 9966. TÜRKEL. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. — Telegraphische Mittheilung des Verhaltens der Pforte gegenüber dem Eintreffen des Prinzen Ferdinand in Sophia. [G. 186.] 14. August 1887.

Vous connaissez les conditions dans lesquelles s'est effectuée l'élection du prince Ferdinand de Cobourg comme prince de Bulgarie. Vous n'ignorez pas non plus les déclarations faites par Son Altesse de ne quitter Vienne qu'autant que son élection aurait obtenue, aux termes du traité de Berlin, la sanction de la Cour Suzeraine et l'assentiment des autres puissances signataires. || Au moment où des pourparlers étaient engagés entre le gouvernement impérial et les grandes puissances au sujet de cette élection, nous apprîmes que le prince Ferdinand, contrairement à ses déclarations précédentes, se proposait de quitter sa résidence d'Ebenthal pour se rendre en Bulgarie, et ce projet intempestif nous imposa le devoir de lui adresser, par le canal de notre ambassade à Vienne et par d'autres intermédiaires, des conseils énergiques et réitérés, l'engageant à ne point s'écarter de la voie qu'il s'était tracée et qu'il nous avait annoncée à diverses reprises. || Nonobstant ses déclarations précitées, le Prince a cru devoir abandonner son projet primitif et quitter sa résidence à l'improviste, pour aller prendre possession de l'administration de la principauté où il se trouve actuellement. || Je crois superflu de signaler à la haute et sérieuse attention du gouvernement, près lequel Vous êtes accrédité, la gravité de ce fait aussi inattendu que contraire aux prescriptions du traité de Berlin. || Dans cette occurrence la Sublime Porte, tout en s'abstenant de toute relation officielle avec le prince Ferdinand, désirerait connaître le point de vue auquel les grandes puissances envisagent cette manière d'agir de Son Altesse, la nature des instructions qu'elles ont dû donner à cet effet à leurs agents diplomatiques à Sophia, et leur vues et appréciations touchant les moyens de résoudre la question et d'aplanir les difficultés politiques qui viennent de se produire. || Veuillez donner communication et copie de la présente dépêche à M. le ministre des affaires étrangères et me communiquer, au plus tôt, la réponse de Son Excellence.

Saïd.

Nr. 9966.
Türkel.
14. Aug. 1887.

Nr. 9967. ITALIEN. — Botschafter in Paris an den Minister des Aeussern. — Mittheilung des Verhaltens Frankreichs gegenüber dem Prinzen Ferdinand. [G. 187.] 12. August 1887.

Signor ministro, || L'incaricato d'affari di Russia partecipò, iersera, al capo del gabinetto di questo ministero degli affari esteri un telegramma del suo governo, conforme alla comunicazione che fu fatta all'Eccellenza Vostra da cotesto rappresentante russo e ch'ella volle ripetermi col Suo telegramma

Nr. 9967.
Italien.
12. Aug. 1887.

Nr. 9667.
Italien.
12. Aug. 1887.

della scorsa notte. Il testo del dispaccio telegrafico lasciato dal signor di Kotzebue al gabinetto del Quai d'Orsay, identico nella sostanza, differisce soltanto in qualche non importante parola da quello telegrafatomi dall'Eccellenza Vostra. Ma esso conclude con due periodi che non trovai nella redazione da Lei partecipatami. Dopo la dichiarazione: "Nous nous voyons obligés à le déclarer, et nous aimons à espérer que le cabinet auprès duquel vous êtes ac-credité partagera cette manière de voir et ne tolèrera, pas plus que nous, cette infraction flagrante au traité de Berlin", vi è aggiunto: "Au cas contraire, on ne saurait s'empêcher de prévoir le renversement définitif de l'état des choses basé sur le traité. S'en constituer l'unique gardienne ne saurait convenir à la Russie." || Presi copia di questa variante dalla nota che trovavasi nelle mani del signor Charmes, presso cui io mi sono recato poc'anzi per sapere quale impressione il telegramma del gabinetto russo avesse prodotta sul governo francese e come intendesse rispondervi. Il signor Charmes mi disse che ignorava ancora la decisione del signor Flourens, cui se n'era immediatamente riferito, che dunque poteva discorrermene soltanto ufficiosamente. Anzitutto, avendo io notata la forma comminatoria della conclusione del telegramma russo, il direttore politico mi raccontò che il capo del gabinetto, il quale n'era stato pure colpito, aveva interrogato il signor di Kotzebue come interpretasse quella conclusione. L'incaricato d'affari di Russia erasi astenuto da qualsiasi commento. Per parte sua, il signor Charmes mi fece osservare che col "rovesciamento definitivo dello stato di cose basato sul trattato di Berlino" s'era forse voluto fare una allusione alla situazione dell'Austria-Ungheria nella Bosnia e nella Erzegovina, la Russia non volendo ammettere che sia a suo solo danno infranto l'accordo, in virtù di cui pareva ammesso che la sua predominante influenza s'esercitasse in Bulgaria, come quella dell'Austria esercitavasi nelle provincie suddette da lei occupate ed in Serbia. || Il signor Charmes m'esprime quindi la sua convinzione che il signor Flourens si manterrà, rispetto a ciò che ora accade in Bulgaria, sul terreno del trattato di Berlino e che la sua risposta non potrà essere se non conforme alle istruzioni date all'agente di Francia a Sofia, cui fu prescritto di non fare nessun passo, nessun atto che possa implicare il "riconoscimento dalla legittimità dell'elezione del principe di Coburgo." || Secondo l'opinione del Signor Charmes, la Russia continuerà ad astenersi da un intervento militare, ma egli è persuaso che il principe Ferdinando non potrà sostenersi avendo contrarie tutte le potenze che, non vorranno, sicuramente, fare per lui ciò che negarono di fare in favore del principe di Battenberg. || Gradisca, ccc.

Ressman.

Nr. 9968. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. — Antwort auf das Cirkular der Pforte. [G. 188.] 17. August 1887.

Signor ambasciatore. || Questo ambasciatore di Turchia è venuto a darmi comunicazione di un telegramma del suo governo circa la questione bulgara. || Dopo avere riassunto brevemente gli ultimi avvenimenti, la Sublime Porta, indirizzandosi alle grandi potenze, esprime il desiderio di conoscere: || 1° i loro apprezzamenti circa la presa di possesso, per parte del Principe Ferdinando, del governo della Bulgaria; || 2° le istruzioni, che, in considerazione di questo fatto, esse hanno impartito ai loro agenti nel principato; || 3° il loro modo di vedere circa i mezzi di eliminare le presentate difficoltà, di conseguire una soluzione della questione. || Acchiudo copia del telegramma comunicatomi. || Alle tre domande di Photiades pascià ho risposto in questi termini: || 1° noi conosciamo che il principe Ferdinando, prendendo possesso del potere principesco, si è, allo stato attuale delle cose, allontanato dalle prescrizioni del trattato di Berlino; || 2° noi non avevamo alcuna difficoltà a comunicare alla Porta le istruzioni che fin dal 9 corrente erano state impartite al nostro agente a Sofia; e queste furono effettivamente da me comunicate all'ambasciatore ottomano; || 3° che la soluzione della questione bulgara deve essere cercata, a nostro modo di vedere, sul terreno pacifico del trattato di Berlino. Su questo terreno il concorso dell'Italia è assicurato a quella qualsiasi soluzione, che, soddisfacendo ai legittimi voti delle popolazioni bulgare, abbia probabilità di essere accettata da tutte le potenze, ed in primo luogo dalla potenza altsovvrana. || La autorizzo quindi a tenere, allora che Le si presenti occasione opportuna, un linguaggio identico a quello da me adoperato nel rispondere a questo ambasciatore di Turchia. || Gradisca, ecc.

F. Crispi.

Nr. 9969. ITALIEN. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeußern. — Bericht über die Stellung der österreichischen Regierung zu der Thronbesteigung des Prinzen Ferdinand. [G. 190.] 13. August 1887.

Signor ministro, || L'ambasciatore di Russia a Vienna ha fatto al conte Kálnoky una comunicazione identica a quella che l'incaricato d'affari di Russia fece a Vostra Eccellenza, relativamente all'entrata del principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo in Bulgaria. Ebbi cura di telegrafare a Vostra Eccellenza la risposta fatta dal conte Kálnoky al principe Lobanow, ed ho l'onore di confermarlela col presente rapporto. || Il conte Kálnoky rispose al principe Lobanow, che il governo austro-ungarico non era d'accordo col governo russo sulla validità dell'elezione, giacchè questo la impugnava, mentre invece il gabinetto di Vienna credeva che il popolo bulgare, secondo le disposizioni del

Nr. 9968.
Italien.
17. Aug. 1887.

Nr. 9969.
Italien.
13. Aug. 1887.

Nr. 9669.
Italien.
13. Aug. 1887.

trattato di Berlino, aveva perfettamente il diritto di eleggere il suo principe, e questa elezione era stata fatta regolarmente. Ma, all'infuori di questa divergenza, il Governo austro-ungarico era d'accordo col gabinetto di Pietroburgo nel pensare che la risoluzione del principe Ferdinando, presa contro le sue antecedenti promesse, e la di lui entrata in Bulgaria, dovevano considerarsi come atti illegali, compinti contro le disposizioni del detto trattato, le quali esigono la previa conferma del Sultano e l'approvazione delle potenze per l'elezione del nuovo principe. Conseguentemente il governo austro-ungarico non riconosceva il principe Ferdinando come principe di Bulgaria, e finchè non avesse ottenuto questa conferma, aveva dato ai suoi agenti in Bulgaria l'istruzione di non prender parte o assistere ad alcuna funzione o ricevimento in veste ufficiale. Gli agenti austro-ungarici in Bulgaria dovevano limitarsi a conservare col governo bulgaro le relazioni finora mantenute con esso. || Gradisca, ecc.

Nigra.

Nr. 9970. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. — Anerkennung der Wahl des Prinzen Ferdinand als Ausdruckes des bulgarischen Volkswillens. [G. 191.] 18. August 1887.

Nr. 9970.
Italien.
18. Aug. 1887.

Signor ambasciatore, || Avendo codesto ambasciatore di Russia fatto ufficio per indurre la Porta a fare passi energici a Sofia allo scopo di conseguire l'allontanamento dalla Bulgaria del principe Ferdinando, l'elezione del quale, al dire del signor Onou, sarebbe stata disapprovata da tutte le potenze, io l'autorizzo a porsi d'accordo coi suoi colleghi d'Austria-Ungheria e d'Inghilterra per esprimere l'opinione che nell'avvenuta elezione noi dobbiamo ravvisare, fino a prova contraria ed equivalente, una valida testimonianza della volontà del popolo bulgaro. || Il principio del rispetto della volontà delle popolazioni, come l'Eccellenza Vostra giustamente osservava, è, agli occhi nostri, il miglior elemento d'interpretazione dello spirito del trattato di Berlino, ogniqualvolta si tratti di applicarlo a casi non preveduti. || Gradisca, ecc.

F. Crispi.

Nr. 9971. ITALIEN. — Botschaftsrath in Paris an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Uebereinstimmung der französischen mit der russischen Regierung. [G.196.] 18. August 1887.

Nr. 9971.
Italien.
18. Aug. 1887.

Signor ministro, || Il signor Charmes mi disse, ieri, che il ministro degli affari esteri della repubblica aveva risposto alla comunicazione dell'incaricato d'affari di Russia concernente il principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo,

dichiarando che il gabinetto francese trovavasi assolutamente d'accordo col governo russo ed aveva dato al suo agente a Sofia l'istruzione di non fare nessun atto, che potesse implicare il riconoscimento della legittimità del governo del principe. Sulla speciale questione della validità della elezione del principe Ferdinando, il signor Flourens non si sarebbe esplicitamente pronunciato in quella risposta; ma il signor Charmes mi disse, che quantunque la Francia, pronta sempre ad accettare qualsiasi accordo che sulla quistione bulgara potesse stabilirsi tra tutte le potenze, non voglia essere nè prima nè sola a sollevare obiezioni contro la validità dell'elezione, essa non potrebbe disconoscere il peso degli argomenti che altri governi volessero accampare per contestarla. Egli espresse il parere che il signor Flourens dovrebbe essere del loro avviso, giacchè la presenza dei rappresentanti della Rumelia orientale nella Sobranie di Tirnovo fu contraria al trattato di Berlino, e basta a rendere nulli gli atti dell'assemblea. Osservai che, in verità, l'elezione dell'assemblea nazionale di Tirnovo pareva, nel momento stesso in cui discorrevamo, ricevere una solenne conferma dal voto delle popolazioni bulgare, le quali facevano un'accoglienza entusiastica all'eletto. Ma il signor Charmes, obbietando che questa considerazione non dispenserebbe nessuno dal rispetto dei trattati, rispose che, secondo le notizie telegrafate dall'agente di Francia in Sofia, la popolazione in quella città si mostrerebbe perfettamente indifferente alla vigilia dell'arrivo del principe Ferdinando e che i telegrammi, dalla Bulgaria relativi al viaggio del principe, pubblicati dalle agenzie e tutti riveduti, se non addirittura emanati, dalle autorità bulgare, volevano essere accolti con qualche diffidenza. || Gradisca, ecc.

Ressman.

Nr. 9972. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht der Zustimmung Deutschlands zu dem russischen Cirkular. [G. 197.] 14. August 1887.

Monsieur le ministre, || L'ambassadeur de Russie a porté avant-hier à la connaissance du cabinet de Berlin la même communication, dont Votre Excellence m'a télégraphié le texte dans la nuit du 11 au 12 août. Il lui a été répondu verbalement, que le gouvernement impérial partage les vues énoncées dans cette circulaire et que les représentants de l'Allemagne près les grandes puissances allaient recevoir l'ordre de s'exprimer dans un sens analogue, notamment sur la non-validité de l'élection du prince de Cobourg, sur l'illégalité de son intronisation en Bulgarie, et sur l'infraction manifeste du traité de Berlin, qui exige l'approbation préalable de la Sublime Porte et des puissances. Le cabinet de Berlin se bornait à émettre un jugement en termes généraux; car le gouvernement russe lui-même ne formule pas une pro-

Nr. 9972.
Italien.
14. Aug. 1887.

Nr. 9972.
Italien.
14. Aug. 1887. position concrète et pratique pour r  m  dier    la situation. || Il me semble que, dans cette circonstance aussi, nous devrions chercher    nous entendre avec l'Autriche et surtout avec l'Angleterre pour une ligne de conduite commune. Cette attitude, si même elle ne concordait pas en tout point avec celle de l'Allemagne, ne serait pas moins ici parfaitement explicable.

Launay.

Nr. 9973. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. — Anweisung, gemeinschaftlich mit den Vertretern Oesterreichs und Englands zu handeln. [G. 202.] 24. August 1887.

Nr. 9973.
Italien.
21. Aug. 1887. Signor agente, || Ho ricevuto il rapporto in data 18 corrente. || Ad un suo telegramma del 16, inviato in previsione dell'arrivo del principe in Bulgaria, Le feci conoscere, il giorno 17, che sia in tale circostanza, sia in casi simili, Ella doveva procurare di procedere d'accordo coi colleghi d'Austria-Ungheria e d'Inghilterra, e che se l'accordo con essi non fosse possibile, Ella doveva uniformarsi a quello dei due colleghi che abbonderebbe in riguardi personali verso il principe. || Queste istruzioni, confermate nel presente dispaccio, saranno anche per ogni caso avvenire. || Gradisca, ecc.

F. Crispi.

Nr. 9974. ITALIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Bericht   ber die Stellung der Pforte zu den Forderungen Russlands. [G. 203.] 23. August 1887.

Nr. 9974.
Italien.
23. Aug. 1887. Signor ministro, || Allo scopo di dimostrare la massima deferenza possibile verso l'esigenza del governo russo, che la Porta allontanati dalla Bulgaria il principe Ferdinando, il Sultano fece dirigere ieri al principe il seguente telegramma: || "Il gran vizir, dopo aver preso notizia del telegramma del principe diretto a S. M. I. il Sultano, dichiara a Sua Altezza che l'elezione di lui dall'assemblea generale bulgara non ha riunito l'adesione di tutte le potenze firmatarie del trattato di Berlino; e che l'entrata di Sua Altezza in Bulgaria e la presa di possesso da parte dell'Altezza Sua, dell'amministrazione del principato, senza che l'elezione sia stata sanzionata dalla Sublime Porta, sono state disapprovate tanto dal governo imperiale quanto da tutte le grandi potenze. Per conseguenza la presenza di Sua Altezza in Bulgaria    contraria al trattato di Berlino e non    legale." || Circa l'esigenza, poi, della Russia che venga insediato a Sofia un reggente provvisorio, questo ministro degli affari esteri telegraf  , ieri pure, all'ambasciatore di Turchia a Pietroburgo, che la Sublime Porta ha deciso di deferire alle potenze firmatarie del trattato di

Berlino la quistione della nomina del reggente provvisorio, che è fortemente propugnata dalla Russia, dalla Germania e dalla Francia, allo scopo di conoscere le loro decisioni al riguardo; e che sarebbe dunque necessario di conoscere le attribuzioni di quel reggente provvisorio. || Gradisca, ecc.

Nr. 9974.
Italien.
23. Aug. 1887.

Blanc.

Nr. 9975. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. — Entschluss abwartender Stellung betreffs der Ereignisse in Bulgarien [G. 207]. 30. Aug. 1887.

Vedo che si continua a discorrere di Reggenti, Luogotenenti principeschi, e Commissarii da mandarsi in Bulgaria. Parmi che in tal guisa si perde di vista la situazione effettiva delle cose. || Prima di discutere il nome e la nazionalità della persona da inviarsi in Bulgaria, noi dobbiamo anzitutto chiederci come tale persona, punto desiderata in quel paese, vi sarebbe accolta. I Bulgari sotto un principe da essi scelto e che malgrado gli errori che ha potuto commettere deve di certo disporre di un partito potente, sono sulla via di organizzare il loro Governo. Lasciamoli agire. Un tentativo di intromissione esporrebbe l'Europa, mi pare, vuoi a una confessione d'impotenza vuoi, qualora si ricorra alla violenza, a provocare essa stessa il conflitto che essa dichiara di volere scongiurare. || La Russia non mi pare d'altronde che abbia fretta d'agire. Io non scorgo il perchè noi dobbiamo precipitare le nostre decisioni. || Assistiamo dunque da spettatori benevoli a quanto avviene in Bulgaria. Se il tentativo dei Bulgari non avrà buoni risultati e che la proposta Ehrenroth si rinnovelli, o s'accentui, noi avremo tutto il tempo di opporre un'altra combinazione che, ispirandosi agli interessi del nostro gruppo, tendente alla pace, abbia probabilità di condurre ad un accordo generale.

Nr. 9975.
Italien.
20. Aug. 1887.

Crispi.

Nr. 9976. ITALIEN. — Minister des Aeussern an die Botschafter in Berlin, Konstantinopel, London und Wien. — Zurückweisung des Vorschlags einen Commissar der Grossmächte nach Bulgarien zu senden [G. 208]. 1. Sept. 1887.

Signor, || Si conferma, da varie parti, che il divisamento di inviare in Bulgaria il generale Ehrenroth si accentui sempre più e che la Porta abbia risoluto di rivolgersi alla Germania perchè questa raccomandandi la relativa proposta alle potenze. || Così stando le cose, per esprimere, ove no sia il caso, il nostro pensiero su cotesto argomento, aspetterò di avere sotto gli occhi i termini precisi della comunicazione che il gabinetto di Berlino, qualora aderisca alla domanda della Turchia, indirizzerà al governo del Re. ||

Nr. 9976.
Italien.
1. Sept. 1887.

Nr. 9976. *Italien.*
1. Sept. 1887. Varie considerazioni, che direi preliminari, sarebbero da farsi sul disegno della Russia di inviare un commissario in Bulgaria. || Innanzi tutto, mi sembra che siffatto pensiero sia tardivo. Il governo imperiale non doveva attendere nè la convocazione della grande Sobranje, nè molto meno la nomina del principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo. Convocata l'una e scelto l'altro, il terreno si trovò e si trova occupato. || E qui, come conseguenza, un'altra considerazione. || Si discute se il commissario debba essere russo, o turco, od anche tedesco, e non si pensa agli effetti che produrrebbe l'invio di un commissario qualunque esso fosse. || È cosa di fatto che in Bulgaria, nel momento attuale, esiste un governo, il quale funziona pacificamente. Il commissario che fosse mandato nel principato dovrebbe quindi, prima di assumere il potere, cacciare chi ne è presentemente investito. Secondo ogni probabilità, egli incontrerebbe una resistenza, ed allora, o dovrebbe ritirarsi, ed il suo sarebbe un atto d'impotenza; o dovrebbe reagire, e la reazione potrebbe esser causa di una conflagrazione in Oriente. || Dopo ciò, Ella comprenderà come la proposta del governo russo a me ripugni, e perciò non voglio assumere una parte della responsabilità nella quale incorrerebbero le potenze, aderendo all'invio di un commissario in Bulgaria. || Tali sono i concetti del R. Governo nella questione bulgara, e aggiungo che nel tenere con Lei questo schietto linguaggio, desidero che, a Sua volta, Ella mi tenga ragguagliato del modo con cui si apprezzano presso codesto gabinetto simili preoccupazioni, a che noi paiono molto naturali e giustificate. || Gradisca, ecc.

F. Crispi.

Nr. 9977. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. — Abweisung eines neuen russisch-türkischen Projektes in Betreff Bulgariens. [G. 225.]
27. September 1887.

Nr. 9977. *Italien.*
27. Sept. 1887. Signor ambasciatore, || L'ambasciatore di Germania è venuto ieri a darmi la prima notizia di un nuovo progetto, per la questione bulgara, pel quale la Sublime Porta ora sta trattando col gabinetto di Pietroburgo. || Di questo nuovo progetto il gabinetto di Berlino ebbe conoscenza mercè un telegramma dell'incaricato d'affari germanico a Costantinopoli, in data del 23. Ecco quali sarebbero, secondo il telegramma del signor di Kiderlen, le proposizioni che Chakir pascià ha avuto istruzione, dal suo governo, di presentare al governo russo. || La Sublime Porta proporrebbe di inviare a Sofia due luogotenenti principeschi, l'uno russo e l'altro turco; con la condizione che il luogotenente principesco russo non possa agire che di pieno accordo col commissario turco. Si vorrebbe inoltre che il governo russo fissi fin da principio, un termine per la missione Ehrenroth, ed indichi immediatamente tre candidati per la dignità di Principe. || Il gabinetto di Berlino osserva che, in una recentissima comu-

nicazione fatta al rappresentante germanico in Pietroburgo dal signor de Giers, relativamente alle nuove proposte ottomane, non è fattoccenno di quella relazione all'invio dei due luogotenenti principeschi. || Nel darmi notizia di quanto precede, il conte di Solms non ha aggiunto parola circa l'opinione del suo governo a tale riguardo. E neppure ha mostrato desiderio di conoscere la nostra. La quale, non è mestieri che io Le dica, rimane par sempre la stessa. Agli occhi miei, è cosa impossibile pronunciare un giudizio fin tanto che non sia indicato e chiarito quello che sarebbe da farsi nel caso di resistenza da parte dei Bulgari. || Così confermandole il mio telegramma di ieri sera, colgo l'occasione per rinnovarle, ecc.

F. Crispi.

Nr. 9978. ITALIEN. — Geschäftsträger in London an den Minister des Aeussern. — Bericht über die ablehnende Stellung Englands gegenüber dem russisch-türkischen Vorschlage. [G. 227]. 21. September 1887.

Signor ministro, || Ho l'onore di notificare all'Eccellenza Vostra, che in conformità degli ordini impartitimi, ho indagato di nuovo, per mezzo del Foreign office, il pensiero di lord Salisbury, circa i disegni della Russia e della Porta d'invviare un reggente od una commissione europea in Bulgaria. Lord Salisbury, che si trova tuttora a Royat, m'ha fatto sapere in risposta, che il governo della Regina ha gravi obiezioni all'invio di un reggente russo in Bulgaria; ma crede inoltre che, nel momento attuale, sarebbe imprudente anche la nomina di qualsiasi altro reggente, perchè ovviamente disaccetta al popolo bulgaro. La risposta di Sua Signoria porta la data del 19 del mese. Gradisca, ecc.

T. Catalani.

Nr. 9979. ITALIEN. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. — Bericht über ein Gespräch des österreichischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten mit dem türkischen Botschafter. [G. 228.] 23. September 1887.

Signor ministro, || Essendo andato oggi, prima di partire in congedo, a vedere il Conte Kálnoky, reduce da Pest, S. E. m'informò della comunicazione che aveva creduto dover fare recentemente all'Ambasciatore di Turchia, rispetto alla condizione politica internazionale della Bulgaria. || Il Conte Kálnoky, in una conversazione avuta con Sadullah Pascià, stimò suo dovere d'impegnarlo ad attirare l'attenzione della Sublime Porta sul pericolo che può nascere se il Governo Bulgaro, stanco d'attendere la cessazione dello stato

Nr. 9979.
Italien.
23. Sept. 1887.

provvisorio in cui è mantenuto dall'attitudine della Turchia e delle Potenze segnatarie del Trattato di Berlino, proclamasse ad un tratto l'indipendenza del Principato e statuissè pel Principe il titolo regio. Affine di prevenire un simile fatto, che potrebbe produrre gravi complicazioni, parrebbe al Conte Kálnoky che la Sublime Porta dovrebbe pensare al modo di regolarizzare la situazione internazionale del Principato e di preparare una soluzione, sia alla questione della Rumelia orientale, sia a quella del riconoscimento del Principe. Il Governo Austro-Ungarico non fa nessuna proposta: non ha da prendere alcuna iniziativa: desidera soltanto che la Sublime Porta sia consapevole delle preoccupazioni che esso ha sul pericolo che può sorgere dalla prolungazione indefinita del presente stato di cose in Bulgaria. || Questa comunicazione fu fatta verbalmente a Sadullah Pascià dal Conte Kálnoki. Nel darmene partecipazione il Ministro Austro-Ungarico mi ha fatto osservare ripetutamente che non aveva inteso di fare alcuna proposta nè di assumere alcuna iniziativa, la quale, ad ogni modo, spetterebbe in primo luogo alla Turchia.

Nigra.

Nr. 9980. **BULGARIEN.** — Dekret des Ministerrathes. — Uebernahme der ostrumelischen Schuld [Anhang 1 zu G. 238].
15./3. September 1887.

(Uebersetzung.)

Nr. 9980.
Bulgarien.
15. Sept. 1887.

1^o La redevance arriérée jusqu'au 1^{er} septembre 1885 sera payée d'après le compte et sur la base de la résolution de l'ex-assemblée provinciale de la Roumélie orientale du 8 décembre 1882; c'est-à-dire sur la base de cent-quatre vingt-cinq mille livres turques par an, y compris la somme des revenus de douane, soit en total dix-sept millions sept-cent-vingt-neuf mille deux-cent cinquante huit. || *Remarque.* — Si l'on trouve qu'il a été payé quelque somme sur la somme précitée, on en fera la déduction. || 2^o A partir du 1^{er} septembre 1885 jusqu'à présent, ainsi que pour l'avenir, jusqu'à nouvelle disposition, la redevance de l'ex-Roumélie orientale envers la Sublime Porte est déterminée sur la base des 3/10 du revenu net de cette même province, constate dans ses budgets rectificatifs pour la période comprise entre 1879 et le 1^{er} mars 1885, en déduisant les revenus requis des villages du district de Kyrdjali et du Rhodope, cédés à la Turquie, soit la somme de cent-trente mille livres dans laquelle figure également la somme pour le paiement des revenus de douane. || 3^o Le paiement de la redevance jusqu'au 1^{er} septembre 1885 et à partir de cette date jusqu'au 31 décembre 1887, sera effectué par amortissement (sans intérêts) à raison de cinq cent mille francs par an. || 4^o Le mode et les délais du paiement tant de l'amortissement que de la redevance annuelle seront déterminés par le ministère des finances avec l'approbation du conseil des ministres. || 5^o Le présent arrêté sera présenté

au vote de l'assemblée nationale. || 6^o Communiquer ce qui précède à M. Noblet, représentant des boundholders de Constantinople, par le canal du ministère des affaires étrangères et des cultes.

Le secrétaire du conseil des ministres

B. Goranoff.

Supplément. — Communiquer également le susdit arrêté à la Sublime Porte.

B. Goranoff.

Nr. 9981. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. — Telegraphische Mittheilung über die Absichten Russlands. [G. 241.] 9. Januar 1888.

Ritengo fermamente che la Russia abbia in animo di fare appello alle potenze per dichiarare in modo ancora più categorico che le condizioni della Bulgaria e del principe Ferdinando sono in opposizione manifesta col trattato di Berlino. || I varî gabinetti ripeterebbero le loro precedenti dichiarazioni. Probabilmente la Turchia cui spetterebbe di adottare delle misure per ovviare ad un tale stato di cose, continuerà a sottrarsi quanto più le sarà possibile ad ogni pressione troppo energica. La questione resterà quindi nello stato quo, secondo la logica degli avvenimenti e tutte le attuali apparenze.

Launay.

Nr. 9982. RUSSLAND. — Mittheilung des „Regierungsanzeigers“ in Betreff Bulgariens. [Einschluss in B. 65.] 11. Febr. 1888.

“Les télégrammes particuliers reçus ces derniers jours de l'étranger annoncent que l'Ambassadeur de Sa Majesté l'Empereur à Berlin a fait au Gouvernement Allemand des propositions concernant la Bulgarie. || “Pour bien comprendre la situation actuelle, il est indispensable d'avoir présente l'opinion émise dès l'origine sur la question Bulgare par le Gouvernement Impérial. Le Traité de Berlin sert de base à l'ordre de choses établi du commun accord des Puissances dans la péninsule des Balkans, et il constitue l'unique garantie internationale contre les perturbations menaçantes pour l'avenir des jeunes États de la péninsule. C'est précisément à ce point de vue que le Gouvernement Impérial a envisagé les événements qui se sont passés en Bulgarie depuis l'abdication de son premier Prince. L'arrivée à Sophia du Prince Ferdinand de Cobourg et sa prise de possession de pouvoir Princier avaient eu lieu en contradiction avec les stipulations du Traité. Aussi le Gouvernement Impérial a-t-il déclaré dès l'abord n'avoir pas l'intention de reconnaître le Prince comme détenteur légitime du pouvoir en Bulgarie, et il a cherché simultanément à décider les autres Cabinets à se prononcer dans le même sens. || “A l'heure qu'il est, en présence du désir universellement exprimé d'en finir avec la situation inquiétante qui existe, et dont l'origine remonte surtout à la

Nr. 9981.
Italien.
9. Jan. 1888.

Nr. 9982.
Russland.
11. Febr. 1888.

Nr. 9952.
Russland.
11. Febr. 1888.

position équivoque de la Bulgarie, le Gouvernement Impérial a cru de son devoir de faire une nouvelle tentative ayant pour but de provoquer une affirmation des Puissances sur l'inviolabilité des stipulations relatives à la Bulgarie et sur la nécessité de ramener ce pays dans la voie de la légalité. Une énonciation dans ce sens de la part des Puissances doit avoir pour conséquence naturelle des représentations qui seraient faites à Constantinople afin d'amener le Sultan à notifier aux Bulgares que la personne qui s'attribue actuellement le titre de Prince de ce pays n'est pas le Prince légitime de la Bulgarie, mais simplement un usurpateur du pouvoir. || "De l'avis du Gouvernement Impérial, l'initiative d'une déclaration de ce genre appartient incontestablement au Sultan, dont les droits de suzerain sont atteints par l'état de choses illégal qui prévaut à Sophia. || "Sans préjuger l'avenir, le Gouvernement Impérial, en vue d'écarter toute possibilité de doute sur son but et sur ses désirs, ne voit nullement la nécessité de dissimuler la ligne d'action à laquelle il est fermement résolu de se tenir dans la question Bulgare au cas où seraient écartées les causes qui contribuent à perpétuer la crise. || "La Bulgarie doit son existence aux sacrifices et aux efforts de la Russie, qui, ne fût-ce que par cette seule raison, conserve ses sympathies à ce pays et voit avec regret les épreuves qu'il traverse. Restant également étranger à toute prévention et à toute partialité, jugeant incompatible avec sa dignité de s'immiscer dans des discordes intérieures, le Gouvernement Impérial est en même temps éloigné de toute pensée de faire retomber sur qui que ce soit la responsabilité du passé. L'aveu sincère des erreurs commises constituerait à ses yeux le gage d'un retour à des temps meilleurs. || "La Russie veut uniquement le bien de la Bulgarie, et quand le détenteur actuel du pouvoir sera éloigné elle attendra la première manifestation sincère du peuple Bulgare, fait par les représentants de ce peuple, pour couvrir le passé du voile de l'oubli et pour s'occuper à rétablir des relations basées sur une confiance réciproque. || "Le Gouvernement Impérial répudie de même toute intention de restreindre la liberté garantie aux Bulgares par le Traité en tout ce qui concerne l'organisation intérieure et le gouvernement du pays. Il ne saurait oublier que c'est surtout à la Russie que la Bulgarie doit cette liberté et que notre mission directe est, non d'attenter aux droits du peuple Bulgare, mais de défendre ces droits, pourvu que les personnes appelées à diriger les destinées du peuple sachent en user avec sagesse. Que les Bulgares, éclairés par l'expérience, reconnaissent enfin la nécessité d'en finir avec les visées et les aspirations individuelles, qu'ils unissent leurs efforts pour ramener leur patrie dans la voie de la légalité et de bon ordre. Toute ingérence étrangère sera alors superflue et dénuée de raison d'être. L'avènement d'un nouveau Prince pourrait avoir lieu sans obstacle dans les conditions prévues par le Traité. || "Le Gouvernement Impérial n'a jamais cessé, depuis que la crise Bulgare s'est produite, de se guider sur les considérations ci-dessus énoncées, et ce sont elles qui l'ont décidé dès le début repousser toute idée de la possibilité de restaurer l'ordre de choses

légal à l'aide de mesures violentes. || "Il va de soi cependant que jusqu'au départ de Bulgarie du Prince qui y a usurpé le pouvoir le Gouvernement Impérial continuera à tenir pour illégale la situation existant dans ce pays, convaincu que le moyen plus sûr de rétablir la tranquillité générale est de faire cesser cette situation."

Nr. 9983.
Russland.
11. Febr. 1888.

Nr. 9983. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Petersburg an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung des russischen Vorschlages, den Zustand in Bulgarien durch die Grossmächte für illegal erklären zu lassen. [B. 26.] 16. Februar 1888.

My Lord, || M. de Giers made an important communication to me this afternoon. After a few prefatory observations on the impossibility of an indefinite prolongation of the present state of affairs in Bulgaria, he said, that for some time since the Russian Government had determined to bring the matter before the Signatories of the Treaty of Berlin, and to urge upon them to call upon the Porte to take up a firm attitude, if only in the way of protest, against a condition of things which was in flagrant contradiction with the solemn engagements of an international Treaty. Various events, however, had intervened which had forced them to delay the execution of this project; amongst these his Excellency enumerated the Bourgas episode, which he could not sufficiently condemn, and the bad feeling and excitement which had at first been caused by the publication of the Austro-German Treaty. In now taking up the project, namely, that of inducing the Powers jointly to call upon the Porte to declare the existing status in Bulgaria illegal and contrary to the Treaty of Berlin, his Excellency wished to assure me, that the Russian Government had no *arrière-pensée*, and no intention of initiating a procedure which should have for its object a forcible solution of the question by a military occupation of the country, or any other similar means. || They believed, however, that the mere recording of an unanimous condemnatory judgment such as he proposed would go a long way towards preparing for an ultimate settlement. If no immediate solution followed this joint declaration, matters might be left alone for a while without fear of complications. The Powers would have solemnly taken their stand on the provisions of the Treaty by which they were all bound, and could well await the turn events might take. || Till now it had been Russia and Russia alone, that had taken her stand on the Berlin Treaty, never turning to the right hand nor the left, and he added very significantly, that the mere fact of the Powers unanimously rallying to this position would constitute a legitimate satisfaction to Russia, which would in itself greatly contribute to ease off the present tension. || His Excellency then informed me that though he had not yet taken the final commands of the Emperor on the subject, Count Paul Schouvaloff had been fur-

Nr. 9983.
Gross-
britannien.
16. Febr. 1888.

Nr. 9983.
Gross-
britannien.
16. Febr. 1888.

nished with instructions to broach it at Berlin, and he himself had spoken unofficially in a similar sense to Chakir Pasha, to General Schweinit, and to Count Wolkenstein. I did not gather from this that he meant to imply omitting to do so to the French and Italian Ambassadors, but these had not yet had their interview. He hoped in a couple of days to send a messenger to London with instructions to M. de Staal. || I then asked whether it were true, as stated in a telegram recently published, that M. de Nélidoff had threatened to break off diplomatic relations with the Porte if Kiazim Bey went as Ottoman Commissioner to Sophia. || His Excellency said, that no threats had been used, but that it had been represented that for the Suzerain to send a Commissioner to the Bulgarian Government would amount to a recognition of Prince Ferdinand, and that the Mission had in consequence been given up. | I have, &c.

R. B. D. Morier.

Nr. 9984. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an die Vertreter in Paris, Wien und Rom. — Mittheilung der vorläufigen Antwort auf den russischen Vorschlag. [B. 29.] 17. Februar 1888.

Nr. 9984.
Gross-
britannien.
17. Febr. 1888.

My Lord, || With reference to my despatch of to-day's date, I have to state, that in discussing with the Russian Ambassador the proposed collective representation to the Porte respecting Bulgaria, I told his Excellency, that the contemplated step seemed to me to be one of a serious nature, because, if it were meant to have any practical effect at all, its object could only be the overthrow of the existing state of affairs, and that I should be averse to taking part in any measures for this purpose, unless I saw clearly what was to be substituted for the present Bulgarian Government, which at any rate secured peace and good order to the country. || I said that, while I was quite of his opinion, that it was important, that the present cause of dispute should be removed, it seemed to me that, before we took any steps for the purpose, the Russian Government should explain what arrangements they proposed in succession to the administration which they wished to see brought to an end. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9985. **ITALIEN.** — Minister des Aeussern an den Geschäftsträger in London. — Zustimmung zu der Beantwortung des russischen Vorschlages seitens der englischen Regierung. [G. 244.] 18. Februar 1888.

Nr. 9985.
Italien.
18. Febr. 1888.

Signor incaricato d'affari, || L'incaricato d'affari britannico è venuto a darmi lettura di due telegrammi del suo governo, concernenti la proposta

rusa. Ho potuto così accertarmi che la risposta di lord Salisbury concorda in sostanza con la nostra. Il punto essenziale è pur sempre di conoscere in qual guisa la Russia intenda doversi, in Bulgaria, surrogare l'attuale governo, il quale, agli occhi delle potenze disinteressate, ha il merito di aver saputo mantenere l'ordine in un paese agitato dalle fazioni intestine e dalle influenze esterne. || Mi sono espresso in questo senso col rappresentante inglese e ne ho dato un cenno telegrafico alla Signoria Vostra per sua norma.

F. Crispi.

Nr. 9986. ITALIEN. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeußern. — Stellung der österreichischen Regierung zu dem russischen Vorschlage. [G. 248.] 22. Febr. 1888.

Signor ministro, || Ho avuto cura d'informare Vostra Eccellenza, con telegramma del 19 corrente, che il principe Lobanow aveva fatto al conte Kálnoky, nel giorno precedente, la comunicazione sugli affari di Bulgaria, che era pure stata fatta o doveva farsi contemporaneamente alle altre grandi potenze. Con quella comunicazione il governo russo chiede alle potenze d'appoggiare presso la Turchia la domanda che il gabinetto di Pietroburgo le fa, perchè essa dichiari l'illegalità della presenza sul trono di Bulgaria del principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo. Nel fare questa comunicazione al conte Kálnoky, il principe Lobanow espose pure, a nome del suo governo, una specie di programma per la soluzione della questione bulgara, programma che può riassumersi come segue: || Il governo russo intende risolvere la questione bulgara in via pacifica, esclusa la forza, e secondo il diritto e l'ordine naturale delle cose. Chiede l'appoggio delle potenze a Constantinopoli perchè la Turchia, come potenza sovrana, dichiari illegale la presenza del principe Ferdinando sul trono di Bulgaria. Se la dichia ragione della Porta è appoggiata unanimemente dalle potenze, il principe Ferdinando (nell'opinione del governo russo) sarà obbligato a lasciare il suo trono. Allora sarà stabilito a Sofia un governo provvisorio col quale si potrà trattare, e che convocherà un'assemblea liberamente eletta. Questa invierà una deputazione in Russia all'imperatore Alessandro, il quale la riceverà e le darà l'assicurazione che egli non vuole che il bene dei bulgari e non cercherà di mandare in Bulgaria per l'avvenire nè funzionari russi nè ufficiali russi. L'effetto dell'invio di questa deputazione sarà il ristabilimento delle relazioni diplomatiche della Russia colla Bulgaria. Il gabinetto di Pietroburgo manderà a Sofia un agente diplomatico avente lo stesso carattere che gli agenti diplomatici delle altre potenze. Finalmente, si procederà ad un accordo delle potenze fra loro e colla Turchia per la scelta di un nuovo Principe da eleggersi per il trono di Bulgaria. || Il conte Kálnoky si riservò di dare una risposta al principe Lobanow, dopochè sarebbe andato a prendere le istruzioni dell'Imperatore a Pest, dove ora si

Nr. 9985.
Italien.
18. Febr. 1888.

Nr. 9986.
Italien.
22. Febr. 1888.

Nr. 9986.
Italien.
22. Febr. 1888.

trova Sua Maestà Imperiale e Reale. Egli chiese, a quest'effetto, che il principe Lobanow gli rimettesse per iscritto un sunto della sua comunicazione. L'ambasciatore di Russia gli rimise di fatti ieri l'altro, 20, una memoria che contiene i concetti qui sopra riassunti. Il conte Kálnoky partì la sera stessa del 20 per Pest, conferì coll'Imperatore nella giornata di ieri, e fu di ritorno questa mattina al ministero degli affari esteri in Vienna, dove mi ricevette nel pomeriggio. || Prima della sua partenza per la capitale d'Ungheria, il conte Kálnoky aveva di già fatto al principe Lobanow una specie di risposta provvisoria, che era presso a poco in questo senso. Il governo austro-ungarico non ha mai nascosto che considerava come illegale l'intronizzazione del principe Ferdinando in Bulgaria. Ma prima di risolversi a dare appoggio presso la Porta alla domanda della Russia, prima cioè d'impegnare un'azione che riaprirebbe la questione bulgara con maggiore pericolo per l'ordine pubblico nel principato, il gabinetto di Vienna desiderava sapere quale sarebbe stato il seguito di quell'azione e la sua finale conclusione. All'Austria Ungheria, diceva il conte Kálnoky al principe Lobanow, più che ad ogni altra potenza, preme, per ragioni geografiche, che non vi siano disordini in Bulgaria. Perciò, prima di rovesciare un governo che, legale o no, mantiene l'ordine pubblico, il governo austro-ungarico ha diritto di avere una guarentigia che lo stato presente non sarà sostituito da una condizione di cose che porti turbamento nel principato. || Ora il conte Kálnoky, giusta gli ordini avuti dall'Imperatore a Pest si propone di dare al governo russo una risposta per iscritto, in forma di memoria, che sarà tosto comunicata ai gabinetti. In questa risposta, secondo che mi disse il conte Kálnoky, sarà preso atto con soddisfazione delle intenzioni pacifiche del governo russo, della dichiarata esclusione d'ogni provvedimento coercitivo, e della buona volontà di cui fa prova, colla presente entrata, il gabinetto di Pietroburgo. Il governo austro-ungarico non respinge la proposta della Russia, ma mette in evidenza, esponendo le ragioni già accennate nella prima risposta verbale provvisoria, la necessità che s'imponesse di procedere, prima d'impegnare un'azione diplomatica, ad un accordo fra le potenze, che abbracci tutta quanta la questione, compresa quella della condizione illegale e contraria al trattato di Berlino della Rumelia orientale, e che specificasse il modo di procedere nelle varie ipotesi, e sancisca la soluzione. || La risposta di cui si tratta non essendo ancora formulata, non posso qui esporre che il senso generale di essa. Del resto, come ebbi già l'onore di dirle, essa sarà comunicata senza ritardo a Vostra Eccellenza per mezzo dell'ambasciatore austro ungarico, barone di Bruck. || Nei convegni che ebbi successivamente in questi giorni col conte Kálnoky, io gli feci conoscere ciò che Vostra Eccellenza aveva risposto, per parte Sua, alla comunicazione fattale dal barone d'Uxkull, secondo le istruzioni da Lei impartitemi col telegramma di ieri. Il conte Kálnoky aveva preso notizia con soddisfazione della di Lei risposta, che concorda sostanzialmente col modo di vedere di questo governo.

Nigra.

Nr. 9987. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den Premierminister. — Mittheilung der Absichten Russlands in Betreff Bulgariens. [B. 40.] 20. Februar 1888.

My Lord, || I have the honour to report that Count Kálnoky, in an interview which I have just had with his Excellency, informed me that the Russian Ambassador had, at his request, communicated to him a Confidential Memorandum, specifying in general terms the programme of the Russian Government respecting Bulgaria: — || 1. A Declaration to be made by the Porte, supported by all the Powers, proclaiming the illegality of Prince Ferdinand's presence in Bulgaria. This, the Russian Government confidently expects, will result in the peaceful withdrawal of the Prince. The employment of force is excluded. || 2. When the Prince has withdrawn, a Provisional Government is to be formed who will convoke a new Sobranjé. || 3. The Sobranjé are then to send a Deputation to the Czar to convey to His Imperial Majesty the expression of their dutiful sentiments. This and the retirement of Prince Ferdinand will be accepted as a satisfaction by the Czar, who will assure the Deputation of the friendly regard which he feels for Bulgaria, as well as of his intention to respect the autonomy and independence of the province. The resumption of diplomatic relations will then follow. || 4. When this has happened the question of the new Prince and of his election will have to be treated. || Count Kálnoky further informed me that, in his interview with Prince Lobanoff the day before yesterday, he had confined himself to asking questions much in the same sense as those which your Lordship addressed to M. de Staal, and to saying that he could give no answer until he had taken the orders of the Emperor. His Excellency will proceed to Pesth this evening for that purpose. || I think that Count Kálnoky is not disinclined to discuss on the basis laid down in the above Memorandum. What we require, he said, is a guarantee that no coercive measures shall be used, that order shall be maintained, and that the existing autonomy of Bulgaria shall be respected. But we must, his Excellency insisted, have security on these points. His Excellency expressed himself as being much struck by the moderation of the language now held by Russia as contrasted with its former tone. || I have, &c.

A. Paget.

Nr. 9988. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht, dass Graf Bismarck die Annahme des russischen Vorschlags empfehle. [B. 42.] 21. Februar 1888.

(Auszug.)

I had the honour to inform your Lordship to-day, by telegraph, that Count Bismarck had said to me that, in his opinion, the Powers would do

Nr. 9987.
Gross-
britannien.
20. Febr. 1888.

Nr. 9988.
Gross-
britannien.
21. Febr. 1888.

Nr. 9988. well to agree to the last proposal which had been made by Russia respecting
Gross- Bulgaria, inasmuch as it was the Czar himself who originated it, and His
britannien. Majesty would therefore consider consent to it as a personal satisfaction, and
21. Febr. 1888. take no further action in the matter. Count Bismarck went on to say that
the Emperor of Russia was sincerely desirous of maintaining peace. || The
Powers were only requested by this proposal to declare what they had already
admitted to be the case by their non-recognition of Prince Ferdinand.

Nr. 9989. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Rom an den
Premierminister. — Telegraphische Mittheilung, dass
die italienische Regierung die Aufforderung Deutschlands, sich dem russischen Vorschlage anzuschliessen,
zurückgewiesen habe. [B. 44.] 21. Febr. 1888.

Nr. 9989. My Lord, || Signor Crispi to-day, in reply to a recommendation addressed
Gross- to him by the German Ambassador that he should give his support at Con-
britannien. stantinople to the Declaration proposed by Russia respecting the illegal cha-
21. Febr. 1888. racter of Prince Ferdinand's presence in Bulgaria, stated that he could not
do so unless informed of the ulterior intentions of Russia. || He further in-
formed the Austrian Ambassador this evening that the above was the only
answer he would give, except after previously agreeing with Count Kálnoky
and your Lordship. || I have reported the above to your Lordship by telegraph.
|| I have, &c.

J. G. Kennedy.

Nr. 9990. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an die Ver-
treter in Berlin, Wien und Rom. — Mittheilung der
Antwort Englands auf den russischen Vorschlag. [B. 47.]
23. Februar 1888.

Nr. 9990. I propose to answer the recent suggestions of the Russian Government
Gross- to-morrow by asking M. de Staal what course the Cabinet of St. Petersburg
britannien. would recommend the European Powers to take in case the contemplated
23. Febr. 1888. communication to the Porte resulted in the departure of Prince Ferdinand. ||
The views of the Austrian and Italian Governments coincide with those of Her
Majesty's Government.

Nr. 9991. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung, dass Deutschland der Pforte zur Annahme des russischen Vorschlags rathe. [B. 51.] 24. Februar 1888.

My Lord, || I had the honour to inform your Lordship to-day, by telegraph, that I had been told by Count Bismarck that he had sent instructions to the German Ambassador at Constantinople to recommend to the Porte the proclamation of the illegality of the state of affairs at present existing in Bulgaria, when she is asked by Russia to do so, whether all the Powers support the request or not. || I have, &c.

Nr. 9991.
Gross-
britannien.
24. Febr. 1888.

Edward B. Malet.

Nr. 9992. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung der durch den Botschafter Russlands der Pforte zu machenden Eröffnungen. [B. 54.] 24. Februar 1888.

My Lord, || I have the honour to report that I have just had a visit from M. de Nélidoff, who called to inform me that it was his intention to-morrow, unless he received orders to the contrary from M. de Giers, to make a verbal communication to the Sublime Porte, of which I took down the text under his Excellency's dictation. It was to the following effect: — || 1. That the assent of the Powers, mentioned by the Treaty of Berlin, has not been obtained towards the confirmation of Prince Ferdinand by the Sultan. || 2. That, therefore, his presence at Sophia was illegal, and contrary to the Treaty of Berlin. || His Excellency will then ask Porte to notify these facts to the Bulgarian Government, and to communicate such notification to the Powers. || A copy of this text will be forwarded by me to your Lordship as soon as the communication has been made, in a separate despatch. || M. de Nélidoff went on to say that M. de Radowitz and Count Montbello had been instructed by their respective Governments to support the demand he was going to make to the Porte, and that he wished to know whether I was prepared, under instructions from your Lordship, to do the same. || To my inquiry, whether Baron de Calice was also going to support this demand at the Sublime Porte, his Excellency stated that he had just been to see the Austrian Ambassador, but found that he had no authority from his Government to do so, upon which I stated that this was precisely my own position in the matter. || I presume from all this that this Russian demand will be made to the Porte to-morrow, and that this plan will be proceeded with without waiting for the acquiescence of the three other Great Powers. || As it is possible that I may be questioned by the Porte on the subject, I should feel greatly obliged to instruct me as to what language I am to hold. || I have forwarded the sub-

Nr. 9992.
Gross-
britannien.
24. Febr. 1888.

Nr. 9992. stance of this information to you by telegraph, and also to Sir Augustus
Gross- Paget. || I have &c.
britannien.
21. Febr. 1888.

W. A. White.

Nr. 9993. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den
Premierminister. — Constatirung der völligen Ueber-
einstimmung zwischen den Kabinetten von Wien, Rom
und London. [B. 55.] 23. Februar 1888.

(Auszug.)

Nr. 9993. On the receipt of your Lordship's telegram of the 21st instant I imme-
Gross- diately wrote a private note, to be delivered to Count Kálnoky on his return
britannien. from Pesth, in which I embodied what your Lordship says in regard to
23. Febr. 1888. turning out Prince Ferdinand without arranging who is to succeed him, and
when I called upon Count Kálnoky yesterday afternoon his Excellency thanked
me for acquainting him with your Lordship's views. || Count Kálnoky then read
me part of a telegram from Count Károlyi, reporting his last conversation
with your Lordship in which he states that your Lordship expressed the
opinion that, before disturbing the present order of things in Bulgaria, the
Powers ought to be prepared, in the event of Prince Ferdinand's retiring,
which you think not unlikely in presence of an unanimous declaration against
him by Turkey and the Great Powers, either to recommend a successor to
Prince Ferdinand, or, if they cannot at once agree upon a permanent Ruler
to take his place, they ought at least to be able to indicate a Provisional
Regent. || Count Károlyi further says it is your Lordship's opinion that the
proposal of the Russian Government should not be rejected, but that it would
be better to answer their question by other questions relative to the course
which would have to be adopted to meet such and such eventualities. In
short, that, before entering upon the course now proposed by Russia, it is
desirable to ascertain where it is to lead to. || Count Kálnoky said that he
entirely agreed in all your Lordship had said on this subject. M. Crispi was
also of the same opinion; in fact, he even went further, and had stated to
the Russian Ambassador that until he had the whole scheme before him he
would not take the proposal of the Russian Government into consideration. ||
There being, therefore, a complete understanding between the Cabinets of
London, Vienna, and Rome, and his Excellency spoke of his great satisfaction
at its existence and his earnest desire for its continuance, he should, he said,
frame his reply to the Memorandum which had been given him by the Rus-
sian Ambassador in another Memorandum in accordance with the lines estab-
lished, as reported in my despatch of yesterday's date.

Nr. 9994. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den Premierminister. — Mittheilung des Entschlusses der bulgarischen Regierung, an dem Prinzen Ferdinand unter allen Umständen festzuhalten. [B. 56.] 24. Februar 1888.

My Lord, || I had occasion to call upon M. Stransky, the Bulgarian Minister for Foreign Affairs, this afternoon, on current business, when his Excellency took occasion to refer to the proposals which he had heard had been made to the Powers by Russia in regard to Bulgaria, and to inform me that the Ministers were determined to uphold Prince Ferdinand, no matter what might be the decision of the European Powers in the matter. || His Highness, he said, had been elected by the Representatives of the whole nation in solemn assembly, and had assumed supreme power at a moment of great trial and difficulty, and the Government would not abandon him now. His Highness was equally resolved to remain; but even if he desired to abdicate, it would be their duty to prevent him doing so, and to keep him in the country. || Mr Stransky said he would be obliged if I would convey this statement to Her Majesty's Government "à titre de renseignement", and added that he desired to make it generally known, and that he would take an early opportunity of making to the other foreign Representatives a similar communication. || I have had the honour to report the substance of the above to your Lordship by telegraph to-day. || I have, &c.

Nr. 9994.
Gross-
britannien.
24. Febr. 1888.

N. R. O'Connor.

Nr. 9995. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Petersburg an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Minister des Aeussern. [B. 57.] 25. Februar 1888.

My Lord, || It appeared to me, when I visited M. de Giers to-day, that his Excellency was disappointed at the manner in which his proposal respecting Bulgaria had been received in London, where he had evidently hoped that its moderate character would be better appreciated. || I pointed out to him that English public opinion was always disinclined to interference with a de facto Government, which was believed to represent national wishes. || His Excellency replied by emphatically declaring that Russia repudiated all idea of forcibly interfering, either directly or indirectly, with the free action of the Bulgarians. || Should Prince Ferdinand, he proceeded, after the Powers have declared the illegality of his position, continue to exercise authority, and should the Bulgarians prefer to maintain a state of things in violation of the Treaty to which they owe their existence, the Russian Government will return to its former attitude of passive expectancy. || Should he, on the other hand,

Nr. 9995.
Gross-
britannien.
25. Febr. 1888.

Nr. 9995.
Gross-
britannien.
25. Febr. 1888.

vacate the Throne, it is Russia's desire that the Bulgarians should be left entirely free to regulate their affairs, provided they adhere strictly to the provisions of the Treaty || Russia will require neither a Russian Minister, nor a Russian Commissioner, nor special Russian Representatives of any kind. She will not even insist on the participation in the Provisional Government which was to be formed by the Bulgarians of a member of the party friendly to her, though she will expect that the Bulgarian exiles shall be permitted to return to their country. She only asks for the loyal co-operation of the Agents of the other Powers at Sophia in effecting the transition from an illegal to a legal state of things in a spirit not hostile to Russia. || M. de Gièrs said he had feared that he might perhaps have gone too far in the direction of concession, and he had accordingly entreated the Emperor to tell him whether all the details of the scheme had his full approval. || His Majesty had replied by giving it his most emphatic sanction. || The draft of the communiqué, published in the "Prawitelstwenny Westnik" of yesterday, a translation of which accompanied my despatch of to-day's date, has been submitted to and approved by him, and it may therefore be regarded as a personal declaration of policy. || It is my profound conviction that the present attempt to bring about a definite solution of the Bulgarian difficulty is a bonâ fide endeavour on the part of a Sovereign anxious to maintain peace for its own sake, and acting in unison with a Government whose military elements have no desire without further preparation to cope with a possible formidable coalition, whilst its financial members see that they cannot provide the sinews of war without incurring the risk of national bankruptcy. || I have, &c.

R. B. D. Morier.

Nr. 9996. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Wien. — Mittheilung der österreichischen Antwort auf den Vorschlag Russlands. [B. 60.] 25. Februar 1888.

Nr. 9996.
Gross-
britannien.
25. Febr. 1888.

Sir, || The Austro-Hungarian Ambassador informed me to-day of the reply returned by his Government to the recent Russian proposal respecting Bulgaria. || It is to the following effect: —

The Imperial and Royal Government note with satisfaction, and entirely reciprocate, the wish expressed by the Government for a pacific solution of the Bulgarian question by moral authority, and in the natural course of events, that is to say, to the exclusion of any recourse to force. They agree also that the Treaty of Berlin constitutes in point of international law the only proper basis for the position of the countries of the Balkan Peninsula, and that any settlement should be framed on that basis. || They recognize that there are, in the present position of affairs, two facts which are contrary to

that Treaty — || 1. The arbitrary union of Eastern Roumelia with the Principality of Bulgaria, this being, in fact, the original cause of the whole crisis.

2. The assumption of power by Prince Ferdinand. || Upon these two points they believe, that there is no difference of opinion amongst the Powers. || They understand, that the St. Petersburg Cabinet wish to reserve for future consideration the settlement of the Roumelian question, and only contemplate at present dealing with the illegal position of Prince Ferdinand. || The views of the Austro-Hungarian Government upon this point have been expressed in their official communications to the Delegations, and they have adhered to them ever since. Without disputing the legality of the election, they decline to recognize the Prince so elected until his election has been confirmed by the Porte and has received the assent of the Powers. || Taking this view, they would, in principle, have no objection to the Sultan's making the formal declaration which has been proposed. || It is necessary, however, to weigh carefully the consequences of this preliminary step, which, owing to its formal character and to the general support to be given to it by the Powers, would have a serious bearing on any decision to be taken by the Bulgarians. Either Prince Ferdinand will find himself abandoned by the Bulgarians, and will be forced to leave the country, as the Russians expect, or, with the support of M. Stambouloff and his adherents, he will refuse to recognize the summons of the Sultan and of the Powers. || In either case, the summons might be immediately followed by the occurrence of events very dangerous to the internal and external peace of the country. || The Powers would entirely fail in their object if their action, instead of bringing about a settlement, only had the effect of upsetting a Government which, though it may be illegal, nevertheless maintains order and tranquillity, and of reopening a fresh phase of disorder and subversive intrigues. || The Russian Government having, in a spirit of conciliation, addressed themselves to the Powers with a view to avert the dangers created by the position in Bulgaria, will find all the Cabinets, and certainly that of Austria-Hungary, sincerely desirous of assisting them in this task. But the matter so deeply affects the responsibility of the Austro-Hungarian Government towards their own people and their neighbours, that they hesitate to take action until they have fully considered all the consequences involved. Austria-Hungary, from the proximity of her frontiers, and from her direct and material relations with the countries of the Balkan, is bound to watch the vore preservation of peace, and it is her duty, more than that of any other Power, to avert dangers from them rather than to create new ones. From information which had reached the Austro-Hungarian Government, it appeared that even before they had themselves received the Russian communication, similar doubts had suggested themselves at London, Rome, Constantinople and even at Paris. There was threat and natural reluctance to overthrow the existing Administration in Bulgaria, however illegal it might be, without knowing what was to be put in its place, and without a general agree-

Nr. 9996.
Gross-
britannien.
25. Febr. 1888.

Nr. 9996. ment upon certain points of great importance. It seems hopeless to secure
 Gross- unanimity of the Powers on the proposal as it stands. || Count Kálnoky, there-
 britannien. fore, expressed his hope, that, in view of the above considerations, the Russian
 25. Febr. 1888. Government will continue the negotiations which they have originated, and
 endeavour to bring about an understanding amongst the other Cabinets upon
 the following points: — || 1. In case Prince Ferdinand should leave the country,
 as to the establishment of a Provisional Government or of a Regency, which
 should be recognized and declared legal until a Prince has been elected. ||
 2. In case Prince Ferdinand or his Government should resist or threaten to
 proclaim the independence of Bulgaria, as to the measures to be taken to
 avert the real dangers which would then threaten Turkey and the peace of
 the East. || The Austro-Hungarian Government have further stated that, while
 they consider as inadmissible all resort to military force, they also hold it
 be impossible that the Powers should allow themselves to be defied by Bul-
 garia without making their authority respected. || Count Kálnoky has requested
 Prince Lobanoff to submit the above considerations myself to his Government, and
 to express, on behalf of the Austro-Hungarian Government, their sincere hope
 that means might be found to avert the dangers which surround the Bulgarian
 question. Count Kálnoky had added, that he believed that most of the Euro-
 pean Cabinets entertained the same fears as he had expressed, and would
 reply in somewhat similar terms.

I thanked Count Károlyi for his communication, and I informed him of
 reply which I had myself returned to the Russian Ambassador here on behalf
 of Her Majesty's Government. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 9997. **GROSSBRITANNIEN.** -- Botschafter in Konstantinopel
 an den Premierminister. — Mittheilung der von
 Deutschland und Frankreich unterstützten Vorstel-
 lung Russlands bei der Pforte. [B. 61.] 25. Febr. 1888.

(Auszug.)

Nr. 9997. With reference to my despatch of the 24th instant, I have the honour
 Gross- to report, that the Russian Ambassador has made his intended communication
 britannien. to the Sublime Porte on the subject of the illegal position of Prince Ferdi-
 25. Febr. 1888. nand in Bulgaria, and that his Excellency was supported in this step by his
 German and French colleagues. || I understand, that the impression produced
 at the Porte is to the effect that this step is merely a repetition of what
 was stated by all the Powers when Prince Ferdinand went to Bulgaria; and
 that, therefore, the assent of the three other Powers in the Present instance
 may be taken for granted. This is the view put forward by the semi-official
 journal "Tarik", to which I am about to allude in another despatch. I am in-
 formed, that the question will be discussed at a Council of Ministers to-morrow.
 || I have had the honour of telegraphing to your Lordship the substance of this
 despatch.

Nr. 9998. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Botschafter in Petersburg. — Mittheilung der englischen Antwort auf den russischen Vorschlag. [B. 62.] 26. Februar 1888.

Sir, ¶ In my despatch of the 17th instant I informed your Excellency, that the Russian Ambassador at this Court had proposed to me, on behalf of his Government, that Great Britain should join with the other Powers in stating to His Majesty the Sultan their opinion that Prince Ferdinand's exercise of the government of Bulgaria was contrary to the Treaty of Berlin, and therefore illegal. ¶ I saw M. de Staal to-day, and communicated to him the reply of Her Majesty's Government. ¶ I said, that I had no difficulty whatever in admitting, on behalf of Her Majesty's Government, the illegal character of Prince Ferdinand's position. The Turkish Government were perfectly well aware of our opinions in that respect. ¶ To join with the other Powers of Europe for the purpose of repeating to the Sublime Porte this well-known fact would be a step without meaning, unless it aimed at some practical result not expressed in the communication which it is proposed to make. The only practical result which it would be reasonable to contemplate would be that the Sultan should be induced by that declaration to take some step which would have the effect of putting an end to Prince Ferdinand's possession of power in Bulgaria. Her Majesty's Government consequently felt, that such combined action as is suggested must be looked at, in connection with its probable results, and that if the Powers adopt the suggestion they must be prepared to deal with the consequences which are likely to follow. ¶ Before, therefore, Her Majesty's Government come to any decision upon the proposal put forward by the Government of Russia, whose pacific and conciliatory objects they fully appreciate, they would be glad to be informed as to the course which the Cabinet of St. Petersburg would suggest to the European Powers to take in case their combined action resulted in the expulsion or withdrawal of Prince Ferdinand. ¶ In short, I said, whatever illegality may attach to its origin, the Prince's administration does, as a matter of fact, secure for the present to the Bulgarians the blessings of peace and good order, and in our opinion the Great Powers of Europe would not be justified in taking any step to disturb it, unless they are prepared with a substitute which the Bulgarians could accept, and which would secure to them these great blessings in the same degree. ¶ The language held by M. de Staal in replying to these observations was avowedly a repetition of the *communiqué* that has appeared in the "Messenger Officiel" at St. Petersburg. ¶ I noticed that in repeating this exposition of the views of the Russian Government he expressed himself decidedly to the effect that force was in any case excluded, whether the result of the present proceedings should be that Prince Ferdinand remained, or that he went away. I also understood his Excellency to say

Nr. 9998.
Gross-
britannien.
26. Febr. 1888.

Nr. 9998.
Gross-
britannien.
26. Febr. 1888.

that, in the latter case, the Russian Government would raise no objection to M. Stambouloff remaining in the Provisional Government. || In the conversation which followed I told his Excellency, that we had received an intimation from Constantinople to the effect that M. de Nélidoff, with the support of the French and German Representatives, had already urged upon the Sultan to declare the illegality of Prince Ferdinand's position, without waiting for the assent of the other three Powers, and that the Porte was considering this proposition. || M. de Staal informed me, that he had not yet himself received any such intelligence. || I also informed him, that the Minister for Foreign Affairs at Sophia had spontaneously intimated to Mr. O'Connor that the Government were determined to uphold Prince Ferdinand, and that Prince Ferdinand was resolved to stay, whatever action the Powers or the Porte might take in consequence of the present propositions of Russia. || M. de Staal dwelt on the great importance of removing all questions of acute controversy at the present time when so much peril was attached to them by the presence of large armies facing each other on the opposite sides of the Russian frontier. || I replied, that we sympathized with him cordially in desiring to remove causes of controversy, but that it was very difficult for us to entertain the discussion of any measures which might have an injurious effect on the stability of the present Bulgarian Government, unless Russia was prepared with a Princely candidate, or at least with a Regent in default of a Princely candidate, who should be acceptable both to the Bulgarians and to the Powers. || To this M. de Staal replied, that he thought that the selection of a Prince would be very difficult, but that it would be desirable to attempt it rather than the selection of a Regent, which would only have the result of requiring that the same difficulties should be overcome twice over. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9999. **DEUTSCHLAND.** — Botschafter in Konstantinopel an den dortigen italienischen Botschafter. — Mittheilung der an die Pforte gerichteten Vorstellung. [Anhang zu G. 254]. 25. Februar 1888.

Nr. 9999.
Deutschland.
25. Febr. 1888.

Mon cher collègue, || Je tiens à vous communiquer que j'ai appuyé aujourd'hui à la Porte la proposition russe conçue dans ces termes: || "L'assentiment des puissances prévu par le traité de Berlin n'a pas été obtenu pour la confirmation du prince Ferdinand de Cobourg, comme prince de Bulgarie. Dès lors sa présence à la tête de la principauté vassale est illégale et contraire au traité de Berlin. Le gouvernement impérial de Russie demande, en conséquence, à la Sublime Porte de notifier officiellement ce qui précède au gouvernement bulgare et de porter officiellement cette notification à la connaissance des grandes puissances". || Le comte de Montebello a également re-

commandé à la Porte de se conformer à cette proposition. || J'ai dit aux ministres turcs que nous considérons la demande russe comme strictement correcte au point de vue du traité de Berlin. || Bien à vous.

Radowitz.

Nr. 10000. ITALIEN. — Antwort auf den Vorschlag Russlands.
(Dem russischen Botschafter übergeben am 27. Febr. 1888.)

Comme le ministre des affaires étrangères a déjà eu l'honneur de le faire connaître à S. Exc. l'ambassadeur de Russie, en date du 17 et du 19 courant, le gouvernement du Roi a déclaré, dès le mois d'août passé, par l'intermédiaire de l'ambassadeur d'Italie à Constantinople, que, d'après son avis, le prince Ferdinand, dans sa prise de possession du trône bulgare, a manqué aux prescriptions du traité de Berlin, l'élection de ce Prince n'ayant préalablement remporté ni l'approbation de la Porte, ni le consentement des puissances. || Cela constaté, il s'agirait maintenant d'examiner si, la déclaration d'illégalité une fois prononcée, l'éloignement du Prince pourrait s'effectuer sans une action militaire, soit de la Porte, soit de tout autre puissance, et si on pourrait établir aisément en Bulgarie un nouveau gouvernement, d'après la volonté librement exprimée de la population. || Des deux prévisions, celle que le départ moralement ou matériellement forcé du prince Ferdinand provoquerait des troubles et des désordres en Bulgarie, est, à nos yeux, bien plus fondée que l'autre d'un dénouement pacifique de la question. Par conséquent, le gouvernement du Roi, justement soucieux de ce qui pourrait s'ensuivre, ne croit pas devoir prêter son concours à une démarche dirigée contre un état de choses, qui, bien que manquant de légalité, a suffi jusqu'à présent à garantir à la principauté une administration relativement organisée. || En tout cas, le gouvernement du Roi prend acte, avec la plus vive satisfaction des assurances données par le gouvernement impérial qu'il s'abstiendra de l'emploi de tout moyen coercitif contre les bulgares, et que la volonté de S. M. l'Empereur est de voir la question se résoudre pacifiquement.

Nr. 10000.
Italien.
27. Febr. 1888.

Nr. 10001. TÜRKEL. — Grossvezier an den bulgarischen Ministerpräsidenten. — Erklärung der Illegalität der Herrschaft des Prinzen Ferdinand. [Einschluss in B. 81.]
4. März 1888.

Lors de l'arrivée en Bulgarie du Prince Ferdinand de Cobourg j'ai déclaré à Son Altesse, par un télégramme en date du 22 août, 1887, que son élection par l'Assemblée Générale Bulgare n'ayant pas réuni l'assentiment de toutes les Puissances Signataires du Traité de Berlin, et que cette élection n'ayant pas été sanctionnée par la Sublime Porte, sa présence en Bulgarie était contraire au Traité de Berlin et n'était pas légale. Aujourd'hui je viens

Nr. 10001.
Türkei.
4. März 1888.

Nr. 10001. Türken.
1. März 1888. déclarer au Gouvernement Bulgare qu'aux yeux du Gouvernement Impérial la situation est toujours la même, c'est-à-dire que la présence du Prince Ferdinand à la tête de la Principauté est illégale et contraire au Traité de Berlin.

Nr. 10002. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Wien. — Mittheilung eines Gesprächs mit dem türkischen Botschafter. [B. 83.] 7. März 1888.

Nr. 10002. Grossbritannien.
7. März 1888. Sir, || The Turkish Ambassador came to the Foreign Office to-day to read to me a telegram from his Government reporting the message which, at the instance of Germany, France and Russia, they had recently addressed to Prince Ferdinand. It simply recited that in the middle of August last the Porte had pointed out to the Prince, that his presence at the head of the Government of Bulgaria was illegal, as his election had not received the sanction of either the Sultan or the Powers, and they now informed him that the state of affairs had not changed since then, and that his presence at the head of the Government was still illegal. || This was the whole of the communication made to me by Rustem Pasha. || In reply, I thanked his Excellency, and said that I had no observation to make on it. I was not prepared to dispute the illegality of Prince Ferdinand's position; but I submitted for the reflection of his Government this consideration. || As against a Prince clothed with the proper contents, if any such should appear, Prince Ferdinand's position was beyond all question illegal. But it was more doubtful whether, in the absence of such a Prince, that illegality could be asserted without qualification. Was his presence illegal as against anarchy, which was the only competitor in the field? || I expressed my hope, that no evil would result from the step which the Turkish Government had taken, and, above all, that they would not be betrayed into supporting their communication by any imprudent action. If no blood was shed in Bulgaria, no harm was done; but it was easy to see, that if bloodshed did result the disturbance would spread rapidly, and far beyond the borders of the Principality. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 10003. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Konstantinopel. — Telegraphische Anweisung, sich gegen feindliche Akte der russischen oder türkischen Regierung gegenüber Bulgarien auszusprechen. [G. 265.] 15. März 1888.

Nr. 10003. Italien.
15. März 1888. Urgente. — La Russia avrebbe, da quanto mi risulta, l'intenzione di insistere presso la S. Porta, affine di indurla a prendere delle misure coercitive circa il principe Ferdinando. Tale intenzione è contraria alle assicu-

razioni, che il barone d'Uxkull replicatamente mi dava il 17 e il 19 scorso febbraio, e delle quali ho preso atto. || L'ambasciatore di Russia m'assicurava, infatti, che il suo governo non avrebbe impiegato alcun mezzo coercitivo od aggressivo, dopo la dichiarazione dell'illegalità della presenza del principe Ferdinando in Bulgaria, stata fatta dalla Porta. Una dichiarazione analoga, per quanto concerne la Turchia, mi venne fatta il 7 corrente da Photiades Pascià, allorchando mi consegnò il telegramma diretto dal Gran Visir a Stambuloff. || Io voglio credere che, la Russia da una parte e la Turchia dall'altra, resteranno fedeli alle loro dichiarazioni, le quali costituiscono dei veri impegni. Ad ogni modo, io non potrò mai approvare alcun atto ostile da parte delle due potenze, o di una di esse, ogni atto ostile potendo essere causa od occasione di funeste conseguenze, non solo per la penisola dei Balcani, ma per l'Europa intiera. || Voglia quindi V. E. tenere alla Porta un linguaggio conforme a tali idee e mettersi d'accordo coi suoi colleghi di Inghilterra e d'Austria-Ungheria, i quali debbono aver ricevute istruzioni analoghe dai loro governi. || È certo che, se i consigli di moderazione delle tre potenze non sono ascoltati, noi lasceremo alla Turchia ed alla Russia la responsabilità delle conseguenze dei loro atti e delle loro pretese.

Nr. 10003.
Italien.
15. März 1888.

F. Crispi.

Nr. 10004. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in London an den Premierminister. — Telegraphischer Vorschlag, die Pforte über die Stellung der Mächte zu weiteren Forderungen Russlands zu beruhigen. [B. 89.] 11. März 1888.

(Auszug.)

M. de Nélidoff has, I understand, spoken to the Grand Vizier as to the necessity of Turkey to follow the monition addressed to Prince Ferdinand of Coburg at Sophia on the 5th instant by a fresh summons, with a view to make His Highness take his departure. || It appears desirable, however, not to leave the Sublime Porte in the supposition, that the Powers are no longer concerned in what may happen in Bulgaria should this kind of pressure take a more urgent form, and with that view perhaps your Lordship will authorize me to express myself in the sense you spoke to Rustem Pasha on this subject.

Nr. 10004.
Gross-
britannien.
11. März 1888.

Nr. 10005. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. — Telegraphische Zustimmung zu obigem Vorschlag. [B. 90]. 12. März 1888.

You may do as you propose in your telegram of yesterday.

Nr. 10005.
Gross-
britannien.
12. März 1888.

Nr. 10006. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den Premierminister. — Bericht, dass die bulgarische Regierung von der türkischen Deklaration officiell nicht Kenntniss genommen habe. [B. 107.] 31. März 1888.

(Auszug.)

Nr. 10006.
Gross-
britannien.
31. März 1888.

Since addressing your Lordship in my telegram of the 6th instant the Bulgarian Government appear to have anxiously deliberated as to whether it was advisable to send an answer to the telegram of the Grand Vizier of the 5th instant, respecting the illegality of Prince Ferdinand's position in Bulgaria and to have now almost definitely decided to take no official notice of the communication.

Nr. 10007. SERBIEN und BULGARIEN. — Vortrag, betreffend die Regelung der Grenze bei Bregowo. [Anhang zu G. 278.] 19. December 1888.

Nr. 10007.
Serbien
und
Bulgarien.
19. Dec. 1888.

La commission bulgaro-serbe, chargée de régler les conditions de l'échange des terrains de Bregovo et de Baleï, entre la Bulgarie et la Serbie, fait et signé à Négotine, le 1^{er} juillet 1888, l'acte dont la teneur suit:

Considérant que la commission serbo-bulgare, dans sa séance du 16 décembre 1886, a confirmé que la prairie de Bregovo en litige, laquelle se trouve actuellement sur la rive droite du Timok, est propriété et fait partie de royaume de Serbie; considérant d'ailleurs que, dans sa séance du 30 juin 1888, elle a confirmé également que la prairie de Baleï en litige, laquelle se trouve actuellement sur la rive gauche du Timok, est propriété et fait partie de la principauté de Bulgarie, les commissaires serbes et bulgares ont convenu de l'échange de ces terrains comme il suit:

I. — Le royaume de Serbie cède à la principauté de Bulgarie la prairie de Bregovo située sur la rive droite du Timok. || II. — En échange la principauté de Bulgarie cède au royaume de Serbie la prairie de Baleï se trouvant sur la rive gauche du Timok. || III. — Le cours actuel du Timok, près de Bregovo et de Baleï, est la frontière politique entre le royaume de Serbie et la principauté de Bulgarie. || IV. — Le gouvernement royal de Serbie, s'engage à indemniser tous les propriétaires qui possèderaient des terrains se trouvant près de la prairie de Bregovo. || Le gouvernement princier de Bulgarie prend le même engagement en ce qui concerne les propriétaires de terrains près la prairie de Baleï. || Par suite, ces terrains deviennent exclusivement propriété de l'Etat respectif auquel ils ont été cédés, sans qu'il subsiste des droits privés quelconques de propriété et sans immixtion de tiers sur ces terrains. || V. — Cette entente devient obligatoire après approbation de la part du gouvernement royal de Serbie et de celle du gouvernement

princier de Bulgarie. || Les soussignés dûment autorisés à cet effet confirment cet acte et déclarent l'accepter au nom de leurs gouvernements respectifs, le présent acte devant toutefois être ratifié par les assemblées nationales de Bulgarie et de Serbie. || En foi de quoi les soussignés ont apposé sur le présent acte leur signature et le sceau de leurs chancelliers. || Fait en double à Sophia, le dix-neuvième jour du mois de décembre v. s. mil-huit-cent-quatrevingt-huit.

L'agent diplomatique et consul général
de Serbie
R. Danitch.

Le ministre des affaires étrangères
de la principauté de Bulgarie
Dr. Strausky.

Nr. 10007.
Serbien
und
Bulgarien.
19. Dec. 1888.

Nr. 10008. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Petersburg an den Premierminister. — Bericht über die Audienz des Bulgaren Zankow bei dem Zaren. [B. 423.] 20. Februar 1889.

My Lord, || I adverted to-day, in conversation with M. de Giers, to the audience lately granted by the Czar to M. Zankoff, and asked him whether this was the first time His Majesty had seen the Bulgarian politician. His Excellency replied, by no means, M. Zankoff having been known to him years ago, when the Emperor was still Heir Apparent. But it was the only audience he had given to M. Zankoff during the latter's present visit to St. Petersburg, and it had been purposely put off until the eve of that gentleman's departure. || M. de Giers then gave me some interesting details respecting the conversation between the Czar and the Bulgarian agitator. || He said the Czar had treated the question from a very lofty and dignified point of view. He never had forgotten, and never would forget, that it was his father who had willed, decreed, and carried out the emancipation of the Bulgarians, and freed them, once for all, from the dominion of the Turks, and he would remain faithful to his father's wishes and to the cause of Bulgarian independence. But with the Bulgaria of to-day, as represented by an illegal Prince and an illegal Government, he could have no dealings. He was convinced, that sooner or later the Bulgarians would see the error of their ways, and come round to their benefactors. When they did so, they would find him their unchanged friend, and ready to give them his aid and countenance. Till then he would maintain his attitude of strict reserve, and leave them entirely to themselves. || The conversation then seems to have turned on ecclesiastical matters, and I understood his Excellency to say, that the Emperor had expressed himself strongly on the pain caused to him, as an Orthodox Christian, by the dealings of the Bulgarian Government with the prelates and dignitaries of the Orthodox Church. || M. Zankoff asked M. de Giers whether he could give publicity to the language held to him by the Emperor, and had been told he might. "For", observed his Excellency, "what the Emperor said is known to the whole

Nr. 10008.
Gross-
britannien.
20. Febr. 1889.

Nr. 10008. world — His Majesty's continued care for the Bulgarians, his determination,
Gross- until they return of their own accord to a state of legality, to abstain from all
britannien. dealings with them." || I have, &c.
20. Febr. 1889.

R. B. D. Morier.

Nr. 10009. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Petersburg
an den Premierminister. — Bericht über dieselbe
Audienz. [B. 425.] 25. Februar 1889.

Nr. 10009. My Lord. || With reference to my despatch of the 20th instant, I have
Gross- the honour to add the following particulars which have reached me, from
britannien. what I believe a trustworthy source, as to what passed between the Czar and
25 Febr. 1889. M. Zankoff at the audience granted to the latter by His Majesty. || M. Zankoff
asked the Czar two questions: — || 1. In the event of Prince Ferdinand's re-
moval, either in consequence of a sudden coup d'État against the present
Government or of an understanding between M. Stambuloff and the party
anxious for a reconciliation with Russia, which should have the effect of for-
cing the Prince to anticipate dethronement by abdication, would the Czar be
prepared to designate a candidate to take his place? His Majesty replied,
that he would not. || 2. If Prince Ferdinand could in one way or another be
got rid of, and a Bulgarian deputation were to come to St. Petersburg and
submit the names of three candidates, each of whom might be fairly regarded
as neutral and unobjectionable to all the interested parties, would His Maje-
sty either formally select or otherwise indicate the one whom he would prefer
the Sobranjé to adopt? The Czar answered, that in such a case he would
be disposed to allow to the Bulgarians themselves their full freedom as to
the candidate they should choose. || My informant's impression appeared to be,
that M. Zankoff was anxious to reopen negotiations with M. Stambouloff on
the basis of some such compromise as the following: — || 1. The sacrifice of
Prince Ferdinand. || 2. In return for this concession to Russian demands, and
as the best means of peaceably terminating the present deadlock, the forma-
tion of a Ministry of all parties, in which M. Stambouloff should retain the
Premiership, M. Zankoff contenting himself with a subordinate post. || 3. The
free election, without pressure or intervention from St. Petersburg, of a
neutral Prince who should be agreed on by the coalition Government thus
formed, and whom Russia should privately undertake, if so elected, to accept.
|| M. Zankoff is said to be now in Vienna for the purpose of obtaining, if pos-
sible, an audience of Count Kálnoky, and of sounding him as to this pro-
gramme. || The scheme itself is, of course, not a new one, unless we are to
regard as a novel feature the slight abatement of the claims of Russia and
of her partizans in Bulgaria, as represented by M. Zankoff, which it undoubt-
edly involves; and to judge from the reports of our Agents in Sophia, there

is little likelihood of its commending itself for the present to M. Stambouloff. But it is just conceivable, that it might become more serious in the event of a revival or increase of tension between Prince Ferdinand and his Prime Minister. || The half-implicit consent which the Czar seems to have given to its general outlines is, of course, quite consistent with His Majesty's reiteration of his unqualified refusal (reported in my above-mentioned despatch) to have dealings of any kind with Bulgarians so long as the present régime remained in force. || I have, &c.

R. B. D. Morier.

Nr. 10010. BULGARIEN. -- Zankow an seine Parteigenossen.
Bericht über dieselbe Audienz. [Anhang zu G. 282.]
12. Februar 1889.

A mes amis et à mes partisans! || Vous n'êtes pas sans savoir que le 28 janvier v. s. avant de quitter St-Pétersbourg pour me rendre à Bucarest où j'avais l'intention de m'arrêter pour quelques jours, j'ai eu le bonheur de me présenter à S. M. l'Empereur qui a daigné me recevoir dans ce même cabinet où, en 1876, alors qu'il était encore prince héritier, il m'avait reçu avec M. Balabanoff, après les massacres de Batak. || S. M. Impériale a daigné me faire un accueil des plus gracieux, en me disant qu'il lui était bien agréable de me voir pour la seconde fois et qu'elle se souvenait de moi et de ma première mission. S. M. Impériale se rappelait aussi des questions qu'elles m'avait faites lors de mon premier voyage, avant la libération de la Bulgarie, et a daigné prêter son attention aux paroles suivantes: || Sire, lorsque j'ai eu l'honneur d'être reçu par vous pour la première fois, vous eûtes la bonté de me poser seulement ces deux questions: 1^o si l'on trouvera en Bulgarie, après la retraite des troupes turques, assez d'approvisionnements pour l'armée russe, et 2^o si l'on trouvera en Bulgarie assez de volontaires bulgares pour la formation d'un corps qui servirait ensuite de noyau d'une armée bulgare future. Je fus heureux de répondre affirmativement, et j'espère ne m'être pas trompé alors. Maintenant quand je sens au fond de mon âme l'indispensabilité de répondre à maintes questions, je prie Votre Majesté Impériale de daigner en entendre une seule qui pourrait servir de base à toutes celles qui pourraient m'être faites. Le Czar et la nation russe vivent dans le cœur de chaque bulgare et s'il s'est trouvé des bulgares qui ont trempé dans les intrigues des ennemis de la Russie, ce fait est purement accidentel et transitoire. Je suis pleinement convaincu que ces fils égarés de ma patrie seront inspirés par le Ciel et deviendront d'aussi bons bulgares que l'est tout le peuple bulgare. || Ici Sa Majesté a bien voulu m'interrompre en ces termes: Je suis pleinement convaincu que les bulgares sont attachés à la Russie, et j'étais toujours d'avis que les bulgares égarés se repentiraient un jour de leurs

Nr. 10009.
Gross-
britannien.
25 Febr. 1889.

Nr. 10010.
Bulgarien.
12. Febr. 1889.

Nr. 10010.
Bulgarien.
12. Febr. 1889.

fautes. Nous devons espérer que le Tout-Puissant voudra bien leur dessiller les yeux. || Après avoir entendu ces paroles bienveillantes de l'Empereur, je l'ai prié de vouloir bien me permettre de compléter ma pensée, et j'ai repris en ces termes: le peuple bulgare est convaincu que le Czar de Russie protégera ce que le Czar libérateur a créé et qu'il voudra bien le délivrer de la situation difficile dans laquelle il se trouve depuis quatre années; parce qu'il y'n a pas de bulgare qui ne répète continuellement ce dicton bulgare: "Comme Dieu le Czar de Russie remet quelque fois, mais il n'oublie jamais. || A ces mots Sa Majesté Imperiale a daigné me parler comme suit: Je m'occupe toujours de tout ce qui a été créé par mon défunt père, et la nouvelle du danger qui menaçait chez vous l'Eglise orthodoxe m'a navré l'âme. Il en est de même des persécutions dirigées contre le clergé bulgare par le prince de Cobourg. La protection de l'Eglise orthodoxe et du clergé bulgare sera toujours un des principaux soins de mon gouvernement. J'espère que les bulgares eux-mêmes répudieront le Prince illégal; alors seulement ils trouveront en moi un continué appui, quoique, d'après nos informations, le Prince de Cobourg prend ses mesures pour se maintenir encore longtemps en Bulgarie. || A ces dernières paroles j'ai pris la liberté d'exprimer le voeu que le séjour du Prince en Bulgarie ne se prolonge pas au détriment du prestige de la Russie et au bien-être de la Bulgarie. Enfin j'ai encore pris la liberté d'émettre l'avis qu'il serait désirable que quelques candidats au trône princier de Bulgarie soient mis en avant pour que la grande assemblée nationale en choisisse un, après le renvoi de la principauté du Prince Cobourg. Sa Majesté a bien voulu me dire qu'il est du même avis. || Voici en résumé les paroles de l'Empereur que j'ai eu le bonheur d'entendre et qui prouvent la constance des dispositions bienveillantes du Czar en faveur du peuple bulgare. J'espère avoir été en cette occasion l'interprète fidèle des véritables sentiments, non seulement de mes amis et de mes partisans, mais aussi de ceux de tout la nation bulgare.

D. Zankoff.

Nr. 10011. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Belgrad. — Mittheilung der Notifikation, betreffend die Abdankung des Königs Milan. [B. 432.]
7. März 1889.

Nr. 10011.
Gross-
britannien.
7. März 1889.

Sir, || The Servian Minister called at this Office to-day and communicated the inclosed telegram from M. Mijatovitch, announcing the abdication of King Milan, the accession of his son as King of Servia under the title of Alexander I, and the nomination of three Regents to carry on the Government during the Sovereign's minority. || M. Grouitch called particular attention to the fact, that perfect order and tranquillity prevailed in Servia. He expressed his conviction that there would be no disturbance, internally or externally, in con-

sequence of the change of Sovereign and the institution of a Regency, which he thought would tend to greater economy in the administration. || The Servian people, he said, were much more interested in economy than in politics, and he did not believe, that any agitation for the annexation of Bosnia would be got up, nor that any strong feeling of partizanship would be shown in favour either of Russia or of Austria-Hungary. || I am, &c.

Nr. 10011.
Gross-
britannien.
7. März 1889.

Salisbury.

Nr. 10012. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung des Urtheils des Grafen Kálnoky über den Thronwechsel in Serbien. [B. 442.] 10. März 1889.

I saw Count Kálnoky to-day. His Excellency takes a very calm view of King Milan's abdication. He believes, that under M. Ristich's auspices Servia will continue to observe a correct attitude towards her neighbours, and he is perfectly satisfied with his communications with him.

Nr. 10012.
Gross-
britannien.
10. März 1889.

Nr. 10013. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Belgrad an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung der Antwort des Zaren auf ein Schreiben König Milan's. [B. 442.] 12. März 1889.

The Russian Minister at Belgrade delivered personally and affirmatively on the 8th instant the Czar's reply to King Milan's request for goodwill towards his son. || M. de Giers remarked to Servian Minister at St. Petersburg: "Russia recommends a Radical Government, but will not interfere in internal affairs of Servia."

Nr. 10013.
Gross-
britannien.
12. März 1889.

Nr. 10014. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Belgrad an den Premierminister. — Bericht über die Abschiedsaudienz bei König Milan. [B. 459.] 19. März 1889.

(Auszug.)

I have the honour to report that the ex-King Milan left Belgrade this morning for Buda-Pesth, where he will be received by the Emperor to-day. His Servian Majesty will, after this interview, at once proceed to Vienna, return to Belgrade at the end of this week, and after a few days of preparation, continue his journey to Constantinople, Smyrna and Jerusalem, arriving at Paris about the end of June next. This, at least, was the programme communicated yesterday verbally to the Diplomatic Body at the valedictory audience which had been solicited. || His Majesty made his appearance

Nr. 10014.
Gross-
britannien.
19. März 1889.

Nr. 10014.
Gross-
britannien.
19. März 1889.

quite alone, shook hands with all, and then, requesting us to be seated, spoke in substance as follows: — || "I thank you sincerely, Gentlemen, for having come to bid me farewell, and I take gladly this opportunity of expressing to you my deep sense of the never-failing proofs of kindness and friendship which I have received, not only from yourselves, but from all your predecessors. || I am fully convinced, after the experience of the few days that have passed since my abdication, that it is best for the country, as well as for the reigning King, that I should absent myself for a year, at the end of which time affairs will have so settled themselves in Servia, I hope, as to admit of my returning and residing here without being subjected to constant appeal, and to the obligation of an incessant interference in State matters, which can ultimately only detract from the position and influence which now belong to my son only. But," added His Majesty, "should I, when absent, hear of attempts, no matter from what quarter, in any way to interfere with the course which I have laid down for the education and conduct of the King, my son, by virtue of my parental authority and my Constitutional rights as guardian, then will I instantly return and assert that authority and those rights in the strongest manner which the law permits."

Nr. 10015. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Petersburg an den Premierminister. — Verhalten Russlands bei der Abdankung König Milan's. [B. 462.] 13. März 1889.

(Auszug.)

Nr. 10015.
Gross-
britannien.
13. März 1889.

When I saw M. de Giers to-day I said, that I had only received the news of the abdication in the evening, but presumed he was already in possession of it when he had talked with me respecting Servian affairs. He said this was not the case, as he had only received the telegram giving the actual news when my Austrian colleague was with him. The telegram was of the most concise kind, and did not expressly state in whose favour King Milan had abdicated. He had, however, the day before received a long telegram from M. Persiany, which left no doubt on his mind of his Majesty's intentions. || His Excellency spoke in terms of high praise of M. Persiany's action throughout the crisis, which, he said, had been marked by the greatest prudence and intelligence. || I do not think, that there can be a doubt that at this crisis M. de Giers has been guided solely by a desire to avoid complications, and to remain true to the policy from which he has never swerved since I have had official dealings with him, to reserve the full freedom of Russia's action until the day when, by the action of others, she would occupy a post of vantage from which she would be able to utilize her daily increasing strength on the one side or the other, as might best suit her interests.

Nr. 10016. ITALIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Auswärtigen. — Bericht über bulgarische Unabhängigkeitsbestrebungen. [G. 289.] 10. Aug. 1889.

Signor ministro, || Coi vari ragguagli che ebbi l'onore di trasmettere a V. E. coi precedenti rapporti circa all'agitazione in Rumelia orientale per la proclamazione dell'indipendenza del regno, ho cercato d'informarla il più chiaramente possibile dell'andamento dell'importante quanto intempestivo movimento. Ora in questo rapporto cercherò di riassumere l'insieme della situazione. Dalle notizie avute risulta come detta agitazione sia viva in Rumelia mentre essa è poco sensibile nella regione danubiana, come mi scrive testè il conte Mazza.

Nella capitale i commenti sono infiniti. Ovunque, e persino a Ruscuk, ove si è così freddi, il partito russofilo spinge il movimento. || Alla festa del 2/14 prenderanno parte tutti gli ufficiali superiori dell'esercito, alcuni prefetti e sindaci e molto pubblico che verrà con un treno speciale da Filippopoli. Secondo il parere più attendibile, sembra che a detta festa si terranno dei discorsi in senso dell'indipendenza e del regno, ma non si compirà alcun atto definitivo. || Si vorrebbe incutere timore alla Turchia ed all'Europa coll'idea dell'indipendenza, per spingere le potenze a riconoscere quanto prima il principe Ferdinando, dimostrando quanto sia S. A. R. amata dalle popolazioni bulgare. || Naturalmente nei casi di dimostrazione di piazza non si può dire di certo ciò che avverrà; si parla solo della probabilità maggiore.

Gerbaix de Sonnaz.

Nr. 10017. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Sophia. — Antwort auf den obigen Bericht. [G. 290.] 10. August 1889.

Ricevo il suo telegramma d'oggi relativo al tentativo attribuito al governo principesco di proclamare l'indipendenza della Bulgaria. Dica al governo principesco ch'esso non può dubitare del nostro buon volere e che nel suo interesse lo consigliamo ad evitare atti pericolosi e non sufficientemente ponderati. Qualunque passo in favore dell'indipendenza avrebbe per conseguenza di alienargli le simpatie dell'Europa, di riaprire la questione di Oriente e di mettere a cimento l'autonomia e l'esistenza stessa del principato, mentre le potenze gli terranno conto della resistenza che opponesse a pericolose esperienze. || Non cessi d'esprimersi in questo senso d'accordo coi suoi colleghi d'Austria-Ungheria e d'Inghilterra facendo comprendere che il nostro linguaggio è soltanto ispirato al desiderio di mantenere la pace ed ai nostri sentimenti d'amicizia disinteressata verso il governo bulgaro.

Crispi.

Nr. 10018. ITALIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Aeussern. — Fernerer Bericht über Unabhängigkeitsbestrebungen. [G. 291.] 20. Aug. 1889.

Nr. 10018. Italien. 20. Aug. 1889. Signor ministro, || Il primo tentativo per proclamare l'indipendenza ed il regno bulgaro non è riuscito il 2/14 agosto; e ciò si deve alle energiche pressioni e concordi dell'Inghilterra, Austria-Ungheria e Italia, le quali potenze per mezzo dei rappresentanti a Sofia, concorsero a convincere il primo ministro principesco dei non pochi pericoli che incontrerebbe la proclamazione dell'indipendenza: || Ma devesi temere molto che questo concetto una volta messo innanzi faccia la sua strada, e che in un secondo caso, i nostri passi a Sofia non abbiano più un così felice risultato per impedire un pericoloso incidente. Quindi i governi amici debbono ponderare l'ipotesi che un bel giorno, in un modo quasi inaspettato si trovino qui in presenza di un fatto compiuto che dichiara regno indipendente la Bulgaria, e Re o Czar dei bulgari il principe Ferdinando. || Non si può citare un termine per questo evento giacchè gli uni parlano del 6/18 settembre anniversario della rivoluzione di Filippopoli, gli altri della convocazione della Sobranie, ma sono ipotesi più o meno fantastiche, e forse tutte queste date non sono che immaginarie ed il pericoloso evento sarà rinviato ad un altro anno. I miei colleghi del gruppo amico, al pari di me, non mancheranno mai di tentare ogni sforzo per impedire ai Bulgari di gettarsi in pericolose avventure.

Gerbaix de Sonnaz.

Nr. 10019. ITALIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Bericht über die eventuelle Anerkennung des Prinzen Ferdinand durch die Pforte. [G. 295.] 24. September 1889.

Nr. 10019. Italien. 24. Sept. 1889. Signor ministro, || Il gran vizir aveva ultimamente avuto da varie parti, e specialmente da Sofia e da Filippopoli, l'impressione che la aspirazioni del popolo bulgaro alla consolidatione del suo statu quo, cioè al riconoscimento sia della unione della Rumelia, sia dell'esistenza del governo principesco, diventino sempre più meritevoli d'attenzione per parte della potenza alto sovrana, essendo a temersi che quando dette aspirazioni non ricevessero fra breve qualche soddisfazione, i bulgari si dichiarino indipendenti. Sua Altezza aveva dunque divisato d'indirizzare allè potenze una circolare con la quale, esposti i pericoli d'una situazione rimasta anormale solo per mancanza di acconcie dichiarazioni d'adesione per parte dell'Europa, la Porta, in virtù dell'iniziativa, che le compete e della responsabilità che le incombe, inviterebbe i gabinetti a rimediarsi con opportuni provvedimenti. || Il gran vizir aveva motivo, a quanto pare, di ritenere che in tale passo egli sarebbe incoraggiato a Vienna, bene accolto a Londra e non avrebbe incontrato ostacoli a Berlino. Una

maggioranza sembrava così potersi formare anzitutto in via preliminare tra i gabinetti di modo che alla regolarità dello statu quo bulgaro non mancasse più che l'adesione di una o due potenze; situazione questa che, recando sufficienti guarentigie morali ai bulgari, li avrebbe impegnati a continuare nella via corretta in cui si mantengono da due anni. || Ma S. M. I. il Sultano, venuto il momento di presentare formalmente le disposizioni delle potenze, stimò dover dare la priorità alla Russia, e fece interpellare officiosamente il signor di Nelidow sulle eventuali disposizioni dello Czar a prestare il suo concorso, per deferenza verso la potenza alto sovrana, a legalizzare la posizione della Bulgaria. Il signor di Nelidow rispose in modo perentorio, anzi non senza alludere alla possibilità di complicazioni, che mai la Russia avrebbe riconosciuto il principe Ferdinando. || In seguito di ciò la Porta si è per ora astenuta dal dar seguito al suo disegno, e forse per non pregiudicarne le ulteriori possibilità di riuscita, non persiste nel male avviato schema di circolare. Sembra però che il gran vizir non abbia completamente abbandonato l'idea di regolarizzare nella misura del possibile, a scampo di responsabilità, lo statu quo, per prevenire nuovi rivolgimenti in Bulgaria. I miei colleghi d'Inghilterra e d'Austria-Ungheria dimostrano di ignorare al pari di me sé e quali intelligenze siano state prese al riguardo tra i rispettivi gabinetti, ma ritengono che la sistemazione della situazione anormale della Bulgaria è oggi posta sul tappeto, come riferii col mio telegramma del 23. Mi asterrò, in difetto d'istruzioni, da qualsiasi apprezzamento sull'opportunità di un attuale riconoscimento in qualsiasi forma o misura, per parte della potenza alto sovrana, del governo della Bulgaria unita.

Blanc.

Nr. 10020. ITALIEN. — Geschäftsträger in Wien an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellung Oesterreichs zur eventuellen Anerkennung des Prinzen Ferdinand. [G. 296.] 28. September 1889.

Signor ministro, || Nel colloquio che ebbi l'onore di avere ieri col conte Kálnoky, io gli comunicai il contenuto del telegramma che l'E. V. si compiacque rivolgermi in data del 25 corrente, relativamente all'intenzione della Sublime Porta di indirizzare alle potenze una circolare in vista di regolare la situazione anormale della Bulgaria. || Il conte Kálnoky mi disse che la Sublime Porta, di fronte alla recisa opposizione dell'ambasciatore di Russia in Costantinopoli, aveva smesso l'idea di dirigere alle potenze una tale circolare, di cui esso ignorava tuttora quale avrebbe dovuto essere il contenuto; ma che supponeva dovesse avere per il scopo di regolare lo stato presente di cose in Bulgaria. Il ministro, proseguendo, disse che era da arguirsi che i timori che suscitava nella Porta la situazione attuale della Bulgaria, l'avevano forse spinto a prendere una determinazione siffatta. || Il conte Kálnoky, accennando poscia a

Nr. 10020.
Italien.
23. Sept. 1889.

quanto egli aveva fatto conoscere al regio ambasciatore, e che da questo venne riferito alla Eccellenza Vostra, osservò che non erano certo le preoccupazioni che esso aveva creduto dover manifestare alla Porta circa la situazione del principato, che avevano potuto far nascere in essa una simile intenzione, giacchè egli non aveva fatta alcuna proposta, nè aveva da assumere iniziativa veruna. Una tale decisione era stata già presa in precedenza dalla Porta, penetrata come era dai pericoli che potevano sorgere, in un dato momento, nel principato. A questo proposito il ministro aggiunse che l'Austria-Ungheria, essendo dopo la Turchia, la più interessata tra le grandi potenze agli event che potrebbero svolgersi negli stati balcanici, era naturale che il governo imperiale e reale si preoccupasse di tutto ciò che fosse di natura da disturbare l'ordine di cose colà esistente, e cercasse di prevenire le gravi conseguenze che ne potrebbero scaturire. || Il conte Kálnoky concluse col pregarmi di dire all'E. V. che egli divideva interamente le idee di Lei per ciò che riguarda i pericoli che potrebbero sorgere da un mutamento nello statu quo in Oriente e che i suoi sforzi tendevano infatti ad evitarlo. A tal fine egli non aveva cessato e non cessa di dare consigli di prudenza al Governo bulgaro. Però S. E. soggiunse che egli non si dissimulava i pericoli che potrebbero sorgere in avvenire, qualora le aspirazioni della Bulgaria a far regolarizzare la sua situazione dalle Potenze non fossero per essere appagate, poichè lo stato presente di cose sembravagli non poter che difficilmente essere a lungo mantenuto. || Mi pregio confermare in tal guisa, il mio telegramma di ieri.

Avarna.

Nr. 10021. **ITALIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Eventualität der Anerkennung des Prinzen Ferdinand. [G. 300.] 9. October 1889.

Nr. 10021.
Italien.
9. Oct. 1889.

Signor ministro, || Si asserisce alla Porta che ancora il 2 corr. Sadullah pascià avrebbe trasmesso qui espressioni del conte Kalnoky incoraggianti in massima eventuale determinazione del governo imperiale. L'incaricato d'affari d'Austria.-Ungheria si limitò a dirmi al riguardo essere egli privo d'istruzioni. Il mio collega di Germania per conto suo, premettendo di non avere istruzioni, si esprime evasivamente sul merito del progetto di riconoscimento, angurando soltanto che si eviti ogni simile quistione sin dopo la visita dell'Imperatore Guglielmo annunciata per il 2 novembre e, durante la quale, non sarà trattata nessuna quistione politica tra i due Sovrani, secondo che si vuol qui asserire da ogni parte. || Il mio collega d'Inghilterra poi, con cui sarebbe più naturale in tali circostanze essere d'accordo per un contegno identico, mi confidò non ritenersi punto autorizzato ad appoggiare le pratiche ordinatemi da V. E. nè credere opportuno di provocare di propria iniziativa tale autorizzazione. Mi

affrettai telegrafare a tutto ciò all' E. V. ¶ Non trovandomi dunque in grado di ottenere che i miei colleghi amici avvalorassero le pratiche mie, dovetti prendere in coscienzioso esame la possibilità per me di valermi del permesso, di cui V. E. mi onorò, di esprimerle la mia personale opinione. Ma lo stesso linguaggio dei miei colleghi mi diede il convincimento di non trovarmi io più di essi in grado di formarmi un concetto illuminato sulla portata della diversità di contegno delle potenze amiche verso l'attuale situazione in Bulgaria; sia perchè tale diversità si è già prodotta in altre circostanze nella questione bulgara, specialmente tra la Germania e l'Austria-Ungheria, senza detrimento della comunanza degli scopi pacifici tra le potenze alleate; sia perchè mi mancavano i necessari dati di fatto per una fondata e ragionata soluzione, cioè quali siano state, in seguito agli ultimi convegni di sovrani, le nuove intelligenze che da ogni parte si asserisce essersi stabilite fra le potenze amiche per i rispettivi interessi verso gli Stati balcanici. ¶ Intanto le istruzioni di V. E. ispirate da un alto sentimento di responsabilità governativa per il mantenimento della pace, essendo precise ed incondizionate, ho colto le occasioni che ebbi di esprimere al mustechar degli affari esteri il 7 corrente ed al gran visir l'8 corrente, il consiglio di astenersi da ogni atto che possa ridestare la questione bulgara, svolgendo io i concetti espressimi dall' E. V. ¶ Il gran visir mi disse essersi dovuto dalla Porta contemplare il da farsi per consolidare lo *statu quo* bulgaro a seanso di una minacciata dichiarazione d'indipendenza; e se ciò non con una legalizzazione per la quale si richiederebbe una non sperabile unanimità delle potenze, almeno con una regolarizzazione moralmente ottenibile dalla maggioranza delle potenze, le quali dando ai voti dei bulgari una soddisfazione, che colla loro saggezza hanno fin qui meritata, avrebbero tanto maggiore influenza sopra di essi per mantenerli fedeli alla potenza altopotenzia, come vuole l'interesse comune di pace in Oriente. Ma essendo risultato che le disposizioni non solo della Russia, ma di altre potenze erano meno favorevoli, il governo imperiale senza prendere impegni circa le sue future determinazioni, le quali dipenderanno dall' andamento delle cose in Bulgaria, ha deposto per ora tale pensiero: e spera che almeno per un certo tempo si potrà lasciare intatta l'attuale condizione provvisoria del principato. ¶ È mia impressione che la Porta ed il Sultano stesso, contentandosi di aver dato ai bulgari una testimonianza di buon volere, non sono punto dispiacenti al postutto di essere da noi appoggiati in un contegno di astensione da qualsiasi passo che possa dar luogo al governo russo di suscitare nuovi imbarazzi al governo ottomano.

Blanc.

Nr. 1021.
Italien.
9. Oct. 1859.

Bündnisse und Verträge.

Nr. 10022. **DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GROSS-BRITANNIEN, ITALIEN, NIEDERLANDE, OESTERREICH - UNGARN, RUSSLAND, TÜRKEI, SPANIEN.** — Vertrag über die Freie Schifffahrt auf dem Suez-Canal.

Au nom de Dieu Tout-Puissant.

Nr. 10022.
Vertrags-
Staaten.
22. Dec. 1888.

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes; Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse; Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie; Sa Majesté le Roi d'Espagne et en son nom la Reine-Régente du Royaume; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté le Roi des Pays Bas, Grand-Duc de Luxembourg, &c.; Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies; et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, voulant consacrer, par un Acte Conventionnel, l'établissement d'un régime définitif, destiné à garantir, en tout temps et à toutes les Puissances, le libre usage du Canal Maritime de Suez et compléter ainsi le régime sous lequel la navigation par ce Canal a été placée, par le Firman de Sa Majesté Impériale le Sultan, en date du 22 Février, 1866 (2 Zilkadé, 1282), sanctionnant les Concessions de Son Altesse le Khédive, ont nommé pour leur Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, le Très-Honorable Sir William White, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire;

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, le Sieur Joseph de Radowitz, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire;

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie, le Sieur Henri, Baron de Calice, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire;

Sa Majesté le Roi d'Espagne et en son nom la Reine-Régente du Royaume, le Sieur Don Miguel Florez y Garcia, son Chargé d'Affaires;

Le Président de la République Française, le Sieur Gustave Louis Lannes, Comte de Montebello, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de France; Sa Majesté le Roi d'Italie, le Sieur Albert, Baron Blanc, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire; Nr. 10022.
Vertrags-
Staaten.
22. Dec. 1883.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, &c., le Sieur Gustave Keun, son Chargé d'Affaires;

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, le Sieur Alexandre de Nélidow, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire;

Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, Mehemmed Saïd Païcha, son Ministre des Affaires Étrangères;

Lesquels, s'étant communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

Article I.

Le Canal Maritime de Suez sera toujours libre et ouvert, en temps de guerre comme en temps de paix, à tout navire de commerce ou de guerre, sans distinction de pavillon.

En conséquence, les Hautes Parties Contractantes conviennent de ne porter aucune atteinte au libre usage du Canal en temps de guerre comme en temps de paix.

Le Canal ne sera jamais assujéti à l'exercice du droit de blocus.

Article II.

Les Hautes Parties Contractantes, reconnaissant que le Canal d'Eau-Douce est indispensable au Canal Maritime, prennent acte des engagements de Son Altesse le Khédivé envers la Compagnie Universelle du Canal de Suez, en ce qui concerne le Canal d'Eau-Douce, engagements stipulés dans une Convention en date du 18 Mars, 1863, contenant un exposé et quatre Articles.

Elles s'engagent à ne porter aucune atteinte à la sécurité de ce Canal et de ses dériviatiions, dont le fonctionnement ne pourra être l'objet d'aucune tentative d'obstruction.

Article III.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent de même à respecter le matériel, les établissements, constructions et travaux du Canal Maritime et du Canal d'Eau-Douce.

Article IV.

Le Canal Maritime restant ouvert, en temps de guerre, comme passage libre, même aux navires de guerre des belligérants, aux termes de l'Article I^{er} du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes conviennent qu'aucun droit de guerre, aucun acte d'hostilité ou aucun acte ayant pour but d'entraver la libre navigation du Canal ne pourra être exercé dans le Canal et ses ports d'accès, ainsi que dans un rayon de 3 milles marins de ces ports, alors même que l'Empire Ottoman serait l'une des Puissances belligérantes.

Les bâtiments de guerre des belligérants ne pourront, dans le Canal et

Nr. 10022.
Vertrags-
Staaten.
22. Dez. 1888.

ses ports d'accès, se ravitailler ou s'approvisionner que dans la limite stricte-ment nécessaire. Le transit des dits bâtiments par le Canal s'effectuera dans le plus bref délai d'après les Règlements en vigueur, et sans autre arrêt que celui qui résulterait des nécessités du service.

Leur séjour à Port-Saïd et dans la rade de Suez ne pourra dépasser vingt-quatre heures sauf le cas de relâche forcée. En pareil cas, ils seront tenus de partir le plus tôt possible. Un intervalle de vingt-quatre heures devra toujours s'écouler entre la sortie d'un port d'accès d'un navire belligérant et le départ d'un navire appartenant à la Puissance ennemie.

Article V.

En temps de guerre, les Puissances belligérantes ne débarqueront et ne prendront dans le Canal et ses ports d'accès, ni troupes, ni munitions, ni matériel de guerre. Mais, dans le cas d'un empêchement accidentel dans le Canal, on pourra embarquer ou débarquer, dans les ports d'accès, des troupes fractionnées par groupes n'excédant pas 1,000 hommes avec le matériel de guerre correspondant.

Article VI.

Les prises seront soumises sous tous les rapports au même régime que les navires de guerre des belligérants.

Article VII.

Les Puissances ne maintiendront dans les eaux du Canal (y compris le Lac Timsah et les Lacs Amers) aucun bâtiment de guerre.

Toutefois, dans les ports d'accès de Port-Saïd et de Suez, elles pourront faire stationner des bâtiments de guerre dont le nombre ne devra pas excéder deux pour chaque Puissance.

Ce droit ne pourra être exercé par les belligérants.

Article VIII.

Les Agents en Égypte des Puissances Signataires du présent Traité seront chargés de veiller à son exécution. En toute circonstance qui menacerait la sécurité ou le libre passage du Canal, ils se réuniront sur la convocation de trois d'entre eux et sous la présidence du doyen, pour procéder aux constatations nécessaires. Ils feront connaître au Gouvernement Khédivial le danger qu'ils auraient reconnu afin que celui-ci prenne les mesures propres à assurer la protection et le libre usage du Canal. En tout état de cause, ils se réuniront une fois par an pour constater la bonne exécution du Traité.

Ces dernières réunions auront lieu sous la présidence d'un Commissaire Spécial nommé à cet effet par le Gouvernement Impérial Ottoman. Un Commissaire Khédivial pourra également prendre part à la réunion et la présider en cas d'absence du Commissaire Ottoman.

Ils réclameront notamment la suppression de tout ouvrage ou la dispersion de tout rassemblement qui, sur l'une ou l'autre rive du Canal, pourrait avoir pour but ou pour effet de porter atteinte à la liberté et à l'entière sécurité de la navigation.

Article IX.

Nr. 10022.
Vertrags-
Staaten.
22. Dez. 1858.

Le Gouvernement Égyptien prendra dans la limite de ses pouvoirs, tels qu'ils résultent des Firmans, et dans les conditions prévues par le présent Traité, les mesures nécessaires pour faire respecter l'exécution du dit Traité.

Dans le cas où le Gouvernement Égyptien ne disposerait pas de moyens suffisants, il devra faire appel au Gouvernement Impérial Ottoman, lequel prendra les mesures nécessaires pour répondre à cet appel, en donnera avis aux autres Puissances Signataires de la Déclaration de Londres du 17 Mars, 1855, et, au besoin, se concertera avec elles à ce sujet.

Les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures qui seront prises en vertu du présent Article.

Article X.

De même, les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures que Sa Majesté le Sultan et Son Altesse le Khédivé au nom de Sa Majesté Impériale et dans les limites des Firmans concédés seraient dans la nécessité de prendre pour assurer, par leurs propres forces, la défense de l'Égypte et le maintien de l'ordre public.

Dans le cas où Sa Majesté Impériale le Sultan ou Son Altesse le Khédivé se trouverait dans la nécessité de se prévaloir des exceptions prévues par le présent Article les Puissances Signataires de la Déclaration de Londres en seraient avisées par le Gouvernement Impérial Ottoman.

Il est également entendu que les prescriptions des quatre Articles dont il s'agit ne porteront en aucun cas obstacle aux mesures que le Gouvernement Impérial Ottoman croira nécessaire de prendre pour assurer par ses propres forces la défense de ses autres possessions situées sur la côte orientale de la Mer Rouge.

Article XI.

Les mesures qui seront prises dans les cas prévus par les Articles IX et X du présent Traité ne devront pas faire obstacle au libre usage du Canal. Dans ces mêmes cas, l'érection de fortifications permanentes élevées contrairement aux dispositions de l'Article VIII demeure interdite.

Article XII.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent, par application du principe d'égalité en ce qui concerne le libre usage du Canal, principe qui forme l'une des bases du présent Traité, qu'aucune d'elles ne recherchera d'avantages territoriaux ou commerciaux, ni de privilèges dans les arrangements internationaux qui pourront intervenir par rapport au Canal. Sont d'ailleurs réservés les droits de la Turquie comme Puissance territoriale.

Article XIII.

En dehors des obligations prévues expressément par les clauses du présent Traité, il n'est porté aucune atteinte aux droits souverains de Sa Majesté Impériale le Sultan et aux droits et immunités de Son Altesse le Khédivé tels qu'ils résultent des Firmans.

Nr. 10022.

Vertrags-
Staaten.

22. Dec. 1888.

Article XIV.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent que les engagements résultant du présent Traité ne seront pas limités par la durée des Actes de Concession de la Compagnie Universelle du Canal de Suez.

Article XV.

Les stipulations du présent Traité ne feront pas obstacle aux mesures sanitaires en vigueur en Égypte.

Article XVI.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à porter le présent Traité à la connaissance des États qui ne l'ont pas signé, en les invitant à y accéder.

Article XVII.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Constantinople dans un délai d'un mois ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Constantinople, le 29^e jour du mois d'Octobre, de l'an 1888.

W. A. White.

A. Blanc.

Radowitz.

Gus. Keun.

Câlice.

Nélidow.

Miguel Florez y Garcia.

M. Saïd.

G. de Montebello.

(Die Ratificationen deponirt zu Constantinopel am 22. Dec. 1888.)

Nr. 10023. VERTRAGSSTAATEN. — Aus den vorhergehenden Verhandlungen über Nr. 10022 [nach dem Englischen Blaubuch, Egypten No. 2, 1889].

Die Türkei beantragte im Februar 1888 noch Modificationen, welche im Folgenden durch die Schrift kenntlich gemacht sind. Zusätze sind gesperrt und in [] Gestrichenen schräg gesetzt.

Article II.

Nr. 10023.

Vertrags-
Staaten.

Februar 1888.

Les Hautes Parties Contractantes, reconnaissant que le Canal d'Eau-Douce est indispensable au Canal Maritime, prennent acte des engagements de Son Altesse le Khédivé envers la Compagnie Universelle du Canal de Suez en ce qui concerne le Canal d'Eau-Douce, [engagements stipulés dans une Convention en date du 18 Mars, 1863, contenant un préambule et quatre Articles].

Elles s'engagent à ne porter aucune atteinte à la sécurité de ce Canal et de ses dérivations, dont le fonctionnement ne pourra être l'objet d'aucune tentative d'obstruction.

Article IV.

Le Canal Maritime restant ouvert en temps de guerre comme passage libre, même aux navires de guerre des belligérants, aux termes de l'Article I du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes conviennent qu'aucun droit

de guerre, aucun acte d'hostilité, ou aucun acte ayant pour but d'entraver la libre navigation du Canal ne pourra être exercé dans le Canal et ses ports d'accès, ainsi que dans un rayon de 3 milles marins de ces ports, alors même que la Porte [l'Empire Ottoman] serait l'une des Puissances belligérantes.

Nr. 10023.
Vertrags-
Staaten.
Februar 1888.

Les bâtiments de guerre des belligérants ne pourront, dans le Canal et ses ports d'accès, se ravitailler ou s'approvisionner que dans la limite strictement nécessaire. Le transit desdits bâtiments par le Canal s'effectuera dans le plus bref délai d'après les Règlements en vigueur et sans autre arrêt que celui qui résulterait des nécessités du service. Leur séjour à Port-Saïd et dans la rade de Suez ne pourra dépasser vingt-quatre heures, sauf le cas de relâche forcée. En pareil cas, il seront tenus de partir le plus tôt possible. Un intervalle de vingt-quatre heures devra toujours s'écouler entre la sortie d'un port d'accès d'un navire belligérant et le départ d'un navire appartenant à la Puissance ennemie.

Article VII.

Les Puissances ne maintiendront dans les eaux du Canal (y compris le Lac Timsah et les Lacs Amers) aucun bâtiment de guerre.

Toutefois, dans les ports d'accès de Port-Saïd et de Suez, elles pourront faire stationner des bâtiments de guerre [légers] dont le nombre ne devra pas excéder deux pour chaque Puissance.

Ce droit ne pourra être exercé par les belligérants.

Article VIII.

Les Représentants [Agents] en Égypte des Puissances Signataires du présent Traité seront chargés de veiller à son exécution [de concert avec un Commissaire nommé par le Gouvernement Impérial Ottoman et le Délégué qui sera désigné par le Khédivat en qualité d'adjoint de ce Commissaire]. En toute circonstance qui menacerait la sécurité ou le libre passage du Canal, ils se réuniront sur la convocation de trois d'entre eux et sous la présidence du *doyen*, [Commissaire Ottoman], pour procéder aux constatations nécessaires. Ils feront connaître au Gouvernement Khédivial le danger qu'ils auraient reconnu afin que celui-ci prenne les mesures propres à assurer la protection et le libre usage du Canal.

En tout état de cause, il se réuniront une fois par an pour constater la bonne exécution du Traité.

Ils réclameront notamment la suppression de tout ouvrage ou la dispersion de tout rassemblement qui, sur l'une ou l'autre rive du Canal, pourrait avoir pour but ou pour effet de porter atteinte à la liberté et à l'entière sécurité de la navigation.

Article IX.

Le Gouvernement Égyptien prendra, dans la limite de ses pouvoirs, tels qu'ils résultent des Firmans, et dans les conditions prévues par le présent Traité, les mesures nécessaires pour faire respecter l'exécution du dit Traité.

Dans le cas où le Gouvernement Égyptien ne disposerait pas de moyens

Nr. 10023. suffisans, il devra faire appel à *la Sublime Porte, laquelle se concertera avec*
 Vertrags- les [au Gouvernement Impérial Ottoman, lequel prendra les mesures
 Staaten. nécessaires pour répondre à cet appel, en donnera avis aux], autres
 Februar 1858. Puissances Signataires de la Déclaration de Londres du 17 Mars, 1885, *en vue*
d'arrêter d'un commun accord les mesures à prendre pour répondre à cet appel.
 [et au besoin se concertera avec elles à ce sujet.]

Les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures qui seront prises en vertu du présent Article.

Article X.

De même les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures que Sa Majesté le Sultan et Son Altesse le Khédive, au nom de Sa Majesté Impériale et dans les limites des Firmans concédés, seraient dans la nécessité de prendre pour assurer, par leurs propres forces, la défense de l'Égypte et le maintien de l'ordre public.

Dans le cas où Sa Majesté Impériale le Sultan ou Son Altesse le Khédive se trouveraient dans la nécessité de se prévaloir des exceptions prévues par le présent Article, les Puissances Signataires de la Déclaration de Londres en seraient avisées [par le Gouvernement Impérial Ottoman.

Il est également entendu que les prescriptions des quatre Articles dont il s'agit ne porteront, en aucun cas, obstacle aux mesures que le Gouvernement Impérial Ottoman croira nécessaire de prendre pour assurer par ses propres forces la défense de ses autres possessions de la Mer Rouge.]

Article XII.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent, par application du principe d'égalité en ce qui concerne le libre usage du Canal, principe qui forme l'une des bases du présent Traité, qu'aucune d'elles ne recherchera, *par rapport au Canal*, d'avantages territoriaux ou commerciaux ni de privilèges dans les arrangements internationaux qui pourront intervenir [par rapport au Canal]. Sont d'ailleurs réservés les droits de la Turquie comme Puissance territoriale.

Des Marquis von Salisbury au Sir W. White.

Foreign Office, February 27, 1888.

Sir, || Rustem Pasha spoke to me to-day with respect to the alterations which the Sultan pressed for in the Project of the Suez Canal Commission.

I replied, that these proposals for alterations had taken both Her Majesty's Government and that of France somewhat by surprise, as we had inferred from the attitude of the Ottoman Representative at the International Commission of Paris in 1885, that our Project of Convention would meet with the assent of the Sublime Porte. With respect to the particular alterations now suggested, I said I was unable to assent to the appointment of a permanent Turkish Commissioner residing in Egypt in order to be President of any special meetings of the Consuls that might be summoned under the Con-

vention, as I thought the position of such a functionary somewhat at variance with the administrative independence assured by the Firmans to the Egyptian Government. Again, Her Majesty's Government disapproved of the insertion of words restricting to small vessels the discretion reserved for the Powers of stationing two ships of war at either end of the Canal, as it seemed to be an unnecessary limitation of a power which was innocent in itself, and to which the Conference of 1885 had fully assented.

The proposal of the Sultan to suppress Articles IV, V, VII and VIII when the defence of the Ottoman dominions on the shores of the Red Sea was in question seemed also to Her Majesty's Government an inadmissible proposition. It involved the reservation of authority to the Sultan, in case his Red Sea dominions were attacked, to exclude from the Canal the particular Power with which he might be contending, and at the same time to make the Canal itself the base of his own warlike operations. || I am &c.

Salisbury.

Englisches Memorandum über die Modificationen, gerichtet nach Paris.

Article II. To be perfectly correct, the word "exposé" should be substituted for „préambule" in the description of the Convention of the 18th March, 1863.

Art. IV. There is no objection to the amendment proposed in this Article.

Art. VII. Her Majesty's Government object to the limitation of the size of the vessels of war stationed in the ports of access of the Canal which would result from the insertion of the word "légers."

This question was fully considered and discussed in the International Commission at Paris. The word "légers" appeared in the original draft presented by the French Delegates, which followed in this respect the precedent of the Danube, and contemplated the permanent presence of "stationnaires" of each of the Powers at the embouchures of the Canal.

But the British Commissioners represented, that this would be an interference with the right of the Egyptian Government to provide for the police of the Canal, and it was thereupon agreed that the Article should simply limit the number of vessels of war belonging to any one Power which might be stationed at the same time in the harbours of Suez and of Port Saïd, while belligerent vessels should be prohibited from anchoring there at all. See *Procès-verbal* No. 9 of the Sous-Commission, 1st May, 1885: French Yellow Book, pp. 71—73. and M. Barrère's Report, *ibid.*, p. 162.)

Art. VIII. Her Majesty's Government have already explained their reasons for objecting to the alteration proposed by the Porte in its present form.

M. Flourens, however, is anxious that some concession should be made which should recognize the position of the Sultan as territorial Sovereign.

It appears to Her Majesty's Government, that this might be done by making a distinction between the Consular meetings which may be summoned

Nr. 10023.
Vertrags-
Staaten.

at any time, and the regular yearly meetings held to "constater" the proper execution of the Treaty. The latter might take place under the presidency of a Special Commissioner to be nominated for the purpose by the Porte. An Egyptian Commissioner might also attend, and preside in case no Turkish Commissioner were sent. The other meetings of the foreign Agents provided for in the Article, which are to be convoked in case of any danger arising to threaten the freedom or security of the Canal, and the object of which would be to discuss the representations to be made to the Khedivial Government, would consist of the foreign Representatives only. The presence of a Turkish or Egyptian official on these last-named occasions would be illogical, and might be embarrassing.

Art. IX. The amendment proposed by the Turkish Government excludes the Powers from taking part in the consideration of the measures necessary for the defence of the Canal in time of danger, unless the Porte should think it necessary to have their assistance. Her Majesty's Government think the words "au besoin" should be omitted.

Art. X. Her Majesty's Government understand, that the French Government object to the addition proposed by the Porte, on the ground that it would enable the Sultan, when his possessions in the Red Sea were menaced, to blockade the Canal against his enemy, and even to make use of it as a base for the Turkish operations.

They admit, that there is force in this objection, and are prepared to support it.

Art. XII. Her Majesty's Government see no objection to the alteration proposed in this Article.

Verbal-Note des französischen Gesandten Waddington an den Marquis von Salisbury.

Le Gouvernement de la République Française adopte, dans leur ensemble, les observations formulées par le Gouvernement Britannique relativement aux propositions de la Sublime Porte tendant à modifier, sur divers points, le Projet de Convention relatif au Canal de Suez. Ces observations, coordonnées de manière à concilier aussi exactement que possible les différents arguments que les deux Cabinets pourraient faire valoir en commun à Constantinople, sont consignées dans le projet de télégramme ci-joint que le Cabinet de Paris se propose d'adresser à l'Ambassadeur Français à Constantinople.

Une seule des objections formulées par le Gouvernement de la Reine ne figure pas dans ce projet de dépêche. Le Cabinet de Londres, tout en acceptant l'ensemble de l'amendement réclamé par la Turquie pour l'Article IX de la Convention, a pensé qu'il conviendrait d'en retrancher les mots "au besoin," dont le maintien aurait à ses yeux pour conséquence d'exclure les Puissances de l'examen des mesures nécessaires à la défense du Canal en

temps de péril, sauf au cas où la Porte jugerait nécessaire de recourir à leur assistance. Le Gouvernement Français se demande si le maintien de ces mots aurait bien cette conséquence qui lui paraîtrait d'ailleurs, il est à peine besoin de le dire, aussi inacceptable qu'au Gouvernement Britannique. Il ne saurait échapper aux Ministres de la Reine que l'amendement Ottoman confirme l'obligation pour le Sultan de donner avis, aux Puissances Signataires, de l'appel que lui adresserait le Khédivé en vue d'assurer l'exécution du Traité. Il ne semble pas douteux que l'accomplissement de ce devoir international ne suffise, dans la pratique, pour fournir aux Puissances l'occasion de se concerter avec la Cour Souveraine et de presser celle-ci de prendre les mesures propres à mettre hors de toute atteinte la liberté du Canal. Le Cabinet de Londres, à l'attention duquel ce point de vue est signalé, jugera sans doute, avec le Cabinet de Paris, qu'il convient de restreindre, autant que possible, le nombre des points encore en discussion, et de ne pas insister, sans nécessité bien démontrée, auprès de la Porte, pour lui faire retirer un amendement dont l'adoption serait une satisfaction personnelle donnée au Sultan.

Le désir d'une entente complète avec le Cabinet de Londres est tel, toutefois, que le Gouvernement Français consentirait, si Lord Salisbury ne croyait pas pouvoir se ranger à l'opinion sus-énoncée, à renoncer à ses intentions, et, tout en regrettant de ne point accorder au Gouvernement Ottoman une concession de nature à faciliter la conclusion du Traité, à charger M. de Montebello de faire valoir les objections du Cabinet de Londres relativement au maintien des deux mots en question.

Le 10 Mars, 1888.

Telegramm des französischen Ministers Florens an den Grafen v. Montebello.

Paris, le Mars, 1888.

Veillez adresser à la Porte la communication suivante:—

Le Gouvernement de la République, d'accord avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, a examiné, avec le plus vif désir de tenir compte des intérêts de Sa Majesté Impériale l'Empereur des Ottomans, les modifications que la Sublime Porte propose d'introduire dans le Projet de la Convention relatif au libre usage du Canal de Suez.

Il s'empresse de porter à la connaissance du Gouvernement Impérial les conclusions de cette étude approuvées par le Cabinet de Londres.

L'amendement proposé à l'Article II du Projet n'a pas rencontré d'objections. On croit devoir seulement faire observer que, pour être parfaitement correct, il conviendrait de substituer le mot "exposé" à celui de "préambule" dans la description de la Convention du 18 Mars, 1863.

Les deux Gouvernements sont également prêts à remplacer à l'Article IV les mots "la Porte" par les mots "l'Empire Ottoman."

Le Gouvernement Impérial a proposé de limiter, par l'insertion du mot "légers," la grandeur des vaisseaux de guerre que les Puissances doivent être

Nr. 10025.
Vertrags-
Staaten.

autorisées à faire stationner, lorsqu'elles ne sont pas belligérantes, aux embouchures du Canal.

Sur ce point les Gouvernements Anglais et Français ne croient pas pouvoir introduire de modification au Projet accepté en 1885 par les Représentants de toutes les Puissances, y compris ceux de la Turquie. Les motifs de la décision prise à cette époque subsistent aujourd'hui. On les trouvera exposés au procès-verbal de la Sous-Commission en date du 1^{er} Mai, 1885 (pp. 71, 73, du Livre Jaune Français), et dans le Rapport de M. Barrère (*ibidem*, p. 162).

Au sujet des modifications demandées à l'Article VIII les Cabinets de Londres et de Paris font remarquer que, Sa Majesté Impériale le Sultan n'ayant pas de Consul en Égypte, il serait le plus souvent impossible d'attendre l'arrivée d'un Délégué Spécial Ottoman dans les circonstances imprévues qui menaceraient la sécurité ou le libre passage du Canal, et qui nécessiteraient une réunion immédiate des Représentants des Puissances. En prévision de ces cas particuliers, la rédaction du Projet Anglo-Français doit être maintenue. Mais, appréciant la légitimité du vœu exprimé par la Puissance Souveraine en ce qui concerne la présidence des réunions, le Gouvernement de la Reine et celui de la République proposent l'addition au second paragraphe de l'Article VIII de la phrase suivante, qui consacre le principe revendiqué par la Sublime Porte, tout en tenant compte des nécessités pratiques et urgentes qui peuvent se présenter: —

“Ces dernières réunions auront lieu sous la présidence d'un Commissaire Spécial nommé à cet effet par le Gouvernement Impérial Ottoman. Un Commissaire Khédivial pourra également prendre part à la réunion et la présidera en cas d'absence du Commissaire Ottoman.”

En ce qui concerne l'amendement proposé à l'Article X, les deux Gouvernements croient devoir faire observer que la modification demandée par la Sublime Porte vient à l'encontre du principe même de la Convention et n'apporterait, d'ailleurs, au Gouvernement de Sa Majesté Impériale aucun avantage réel. Le principe de la Convention est, en effet, qu'aucune Puissance ne pourra faire d'opérations militaires dans le Canal, à ses abords ni sur ses rives, des actes de cette nature pouvant éventuellement porter atteinte à la liberté et à la sécurité du transit que l'accord international a pour but essentiel de sauvegarder. Une seule dérogation à cette règle générale a dû être prévue pour le cas où la nécessité de la défense de l'Égypte et le maintien de l'ordre public exigeraient l'intervention de la Puissance territoriale à l'endroit même où le péril se serait produit, c'est-à-dire, dans le voisinage du Canal. Mais aucune autre exception ne saurait être admise parce que les inconvénients qu'elle entraînerait et qu'on vient de rappeler ne seraient pas justifiés par un but d'utilité pratique. Pour défendre ses possessions dans la Mer Rouge, le Gouvernement du Sultan n'a pas besoin de se servir militairement du Canal, de ses ports d'accès, ni de ses rives. Il suffit qu'il puisse en tout temps et sans jamais rencontrer d'obstacle y faire passer des vaisseaux de guerre. En

assurant à toutes les Puissances l'usage permanent de la voie internationale, la Convention leur donne des garanties qu'elles devraient autrement demander à la force et qu'elles ne trouveraient pas toutes au même degré. C'est là une considération supérieure qui conseille à tous les Gouvernements de maintenir intact, sans aucune exception qui puisse l'affaiblir, le principe même de la Convention, et sur laquelle les Cabinets de Paris et de Londres appellent de nouveau avec confiance l'attention du Gouvernement Impérial Ottoman.

Les deux Gouvernements n'ont pas d'objection à rapporter dans la rédaction de l'Article XII les mots "par rapport au Canal" à la place indiquée par l'amendement Ottoman.

M. Flourens an den Earl of Lytton.

Paris, le 9 Mars, 1888.

M. le Comte, || La communication que votre Excellence a bien voulu me faire, le 2 de ce mois, des observations formulées par le Cabinet de Londres sur les amendements dont la Porte Ottomane demande l'introduction dans le Projet Anglo-Français de la Convention Internationale relative au Canal de Suez m'a amené à préparer les instructions ci-jointes que j'ai tenu à faire passer sous les yeux de Lord Salisbury avant de les adresser à l'Ambassadeur de la République à Constantinople.

En prenant connaissance de ce projet d'instructions que M. Waddington doit faire parvenir au Foreign Office, votre Excellence remarquera que, si le Gouvernement Français est disposé à s'associer pleinement à la manière de voir du Cabinet de Londres, notre rédaction contient cependant encore une lacune au sujet de l'amendement Ottoman à l'Article IX.

Les raisons de cette omission sont les suivantes:

Le Cabinet de Londres, tout en acceptant dans son ensemble le nouveau texte proposé par la Turquie pour cet Article, a pensé qu'il conviendrait d'en retrancher les mots „au besoin," dont le maintien aurait, à ses yeux, l'inconvénient d'exclure les Puissances de l'examen des mesures nécessaires à la défense du Canal en temps de péril, sauf au cas où la Porte jugerait nécessaire de recourir à leur assistance.

Nous nous demandons si le maintien de ces mots aurait bien cette conséquence qui nous semblerait aussi inacceptable qu'elle peut le paraître au Gouvernement de la Reine. On ne saurait, en effet, perdre de vue que l'amendement Ottoman confirme l'obligation pour le Sultan de donner avis aux Puissances Signataires de l'appel que lui adresserait le Khédive en vue d'assurer l'exécution du traité. L'accomplissement par la Porte de ce devoir international ne suffira-t-il pas dans la pratique à fournir aux Puissances l'occasion de se concerter avec la Cour Souveraine et de le presser de prendre les mesures propres à mettre hors de toute atteinte la liberté du Canal? Si le Cabinet de Londres envisage ainsi cette hypothèse, il jugera sans doute, comme nous,

Nr. 10023.
Vertrags-
Staaten.

préférable de restreindre, autant que possible, le nombre des points encore en discussion, et de ne pas insister, sans nécessité bien démontrée, auprès de la Porte en vue du retrait d'une formule dont l'adoption, en donnant satisfaction aux vœux du Sultan, serait de nature à faciliter la conclusion du Traité.

J'ai tenu à donner personnellement à votre Excellence ces indications, qui lui permettent tout au moins d'apprécier avec quel soin j'ai cherché à concilier, aussi exactement que possible, les différents arguments que les deux Cabinets pourraient faire valoir en commun à Constantinople pour assurer, dans les conditions acceptables pour toutes les Puissances intéressées, le succès de leur oeuvre collective. || Agréez, &c.

Flourens.

Lord Salisbury trat der hier aufgestellten Ansicht des Herrn Flourens bei.

M. Waddington an den Marquis von Salisbury. — (Received March 20.)

Londres, le 19 Mars, 1858.

M. le Marquis, || Ainsi que j'ai eu l'honneur de le faire-savoir à votre Seigneurie par ma lettre du 16 de ce mois, mon Gouvernement dès que je l'en ai informé par le télégraphe de l'adhésion donnée par le Cabinet Britannique au projet d'instructions pour M. de Montebello relativement à la Convention de Suez, s'est empressé d'inviter notre Ambassadeur à Constantinople à agir auprès de la Porte dans le sens dont nous étions convenus.

Le Cabinet de Paris ayant reçu le lendemain communication, par mes soins, du texte même de la réponse que vous aviez bien voulu m'adresser, a cru devoir, en vue de se conformer le plus étroitement possible aux vues de votre Seigneurie, insérer dans ces instructions les deux phrases supplémentaires suivantes. Elles s'intercalent entre le paragraphe relatif à l'Article 8 et le paragraphe relatif à l'Article 10 de la Convention de Suez, et sont ainsi conçues: —

“Bien que les modifications demandées par le Gouvernement Impérial dans la rédaction de l'Article 9 fussent de nature à soulever certaines objections, le désir de réduire, autant que possible, le nombre des points initiaux en discussion a décidé les deux Cabinets à ne pas les faire valoir. Ils ne renonceraient pas à les formuler si l'insertion de mots 'au besoin' devait avoir pour conséquence de priver les Puissances du droit de réclamer de la Porte les mesures nécessaires à la sécurité du Canal dans le cas où, contrairement à leur espoir, l'action des Gouvernements territoriaux ne semblerait pas assez prompt ou assez efficace.”

J'ai l'honneur, conformément aux instructions que j'ai reçues, de faire connaître à votre Seigneurie le texte de cette addition, qui a pour but de mettre hors de doute le sens que les deux Gouvernements entendent conserver à l'Article visé, tout en acceptant, par un sentiment de déférence pour le désir

du Sultan, l'amendement que Sa Majesté a proposé d'y introduire. En rece-^{Nr. 10023.}
vant la communication qui précède, M. de Montebello a été invité à se con-^{Vertrags-}
certier avec l'Ambassadeur de Sa Majesté la Reine au sujet des démarches à ^{Staaten.}
faire auprès de la Sublime Porte à cette occasion, et a été instruit du con-
cours que Sir W. White devait avoir pour instructions de lui prêter. || Veuillez, &c.
Waddington.

Sir W. White au d^{eu} Marquis von Salisbury. — (Received April 21.)

Constantinople, April 14, 1888.

My Lord, || The French Ambassador received this afternoon (non-officially, I believe) a *pro-memoria* from the Sublime Porte, explaining its views on the subject of the revised draft of the Suez Canal Convention, of which his Excellency kindly gave me a copy, and of which I have the honour to inclose a transcript, for your Lordship's information.

In this *pro-memoria* I observe, that the Ottoman Government insists once more on the nature of its claims:—

1. To the Presidency of all the Consular meetings on the subject of the neutrality of the Canal, and not only of the annual ones, as recently conceded.
2. On Turkey being given an exceptional position, as territorial Power, for sending reinforcements through the Canal to its possessions in the Red Sea, even though the Empire might be at war.

When I had occasion to see the Grand Vizier on the previous day His Highness touched on these two points, and on my observing that further modifications were inadmissible, he said that he did not think it would be possible for the Imperial Government to agree to the Convention without them, or for the Powers to do anything without the Porte's acceptance.

I endeavoured to explain to the Grand Vizier, that, owing to a confusion between the duties of the permanent European Commission sitting at Galatz and those assigned to the Consular Body at Cairo, a demand for the Presidency was made, which was perfectly justified on Turkey's part, in Galatz up to 1878, but would only lead to confusion in the present case; that the functions of the Consular Body with regard to the Canal were not those of Permanent Commissioners, and that this body are to call on the territorial Power to take a certain action, if necessary, under particular circumstances, in which it would be quite anomalous for the Consuls to sit under a President to whose Government their notice was to be addressed.

Kiamil Pasha did not employ to me an observation, which he is said to have made to some one else, to the effect that there was no danger of the Turkish Commissioner not being there when he was wanted, as they would have no objection to have one residing permanently in Egypt for that purpose.

As regards the second point, on which the Sublime Porte insists so persistently, viz., the passage of reinforcements to the Turkish possessions on the coast of the Red Sea, I see that the *pro-memoria* mentions as a grievance

Nr. 10023.
Vertrags-
Staaten.

the delay of twenty-four hours required to intervene between the sailing of vessels belonging to belligerents through the Canal required by Article IV of the proposed draft.

In stating my views to Count Montebello, I ventured to observe, that it appeared to me that a modification of this Article in favour of Turkey would be destructive of the principle of neutrality, as in practice it was most likely to be productive of hostilities in the Canal itself, the possibility of which I had understood France as well as England was most desirous to prevent by this proposed Convention.

Count Montebello will, I believe, forward this *pro-memoria* to his Government, and should both Powers decide not to accept the Turkish view, it might be desirable that some such intimation should be made to the Ottoman Ambassadors in Paris and London, the absence of which, I understand, has been the subject of remarks here. || I have, &c.

W. A. White.

Einschluss.

Pro-memoria.

En ce qui concerne la question de la présidence, par un Commissaire Ottoman, des réunions des Consuls étrangers en Égypte, l'amendement introduit à l'Article VIII attribue cette présidence au Commissaire de la Puissance territoriale et, en son absence, à celui du Khédive, pour les réunions annuelles seulement, tandis que, pour les circonstances imprévues qui nécessiteraient une réunion immédiate des Agents des Puissances en Égypte, il propose le maintien de la rédaction du projet Anglo-Français, qui donne la présidence au Doyen des Consuls.

Or, c'est précisément le cas de ces réunions extraordinaires qui, aux yeux du Gouvernement Impérial, offre le plus d'importance et lui impose le devoir d'insister à ce que la présidence, dans les circonstances exceptionnelles, soit également dévolue au Commissaire Ottoman et, en son absence, à son adjoint, désigné par Son Altesse le Khédive, attendu qu'aux termes des Articles IX et X, le droit de faire respecter l'exécution des stipulations de la Convention et d'arrêter les mesures nécessaires pour assurer la défense de l'Égypte et la sécurité du Canal, est essentiellement dévolu à la Puissance territoriale et que, dès lors, celle-ci doit, immédiatement et directement, être au courant de la nature de ces circonstances imprévues, afin d'être à même de prendre les mesures nécessaires pour faire face à toute éventualité. Aussi, le Gouvernement Impérial se croit-il dûment autorisé à l'appuyer sur la juste appréciation des deux Gouvernements pour voir écarter la distinction établie entre les deux questions de la présidence à propos des circonstances ordinaires et celles imprévues.

Les stipulations restrictives des Articles IV, V et VII de la Convention du Canal Maritime de Suez ayant pour but d'assurer la sécurité et le libre usage du Canal, sont, il est vrai, conformes aux intérêts des Puissances étrangères; mais on ne doit pas perdre de vue que la position du Gouvernement Impérial Ottoman, Puissance territoriale, diffère grandement de celles des autres Gouvernements; et aux yeux du Gouvernement Ottoman, qui est tenu de garantir la défense du pays, l'importance de ses possessions de la côte orientale de la Mer Rouge est tout aussi grande que celle de ses territoires sis sur la côte occidentale. Dès lors, l'application des restrictions précitées, avantageuses pour les autres Puissances, pourrait être nuisible au Gouvernement Impérial, en égard à certaines circonstances qui se présenteraient relativement au passage des bâtiments de guerre de l'Empire.

Si par exemple en cas de guerre, entre la Turquie et une autre Puissance, une révolte venait à éclater dans la province du Hedjaz ou celle du Yémen, les navires de guerre à expédier à ces lieux saints, soit pour y réprimer la révolte, soit pour venir en aide aux troupes Impériales qui s'y trouvent, seraient obligés, à leur entrée au Canal, d'attendre vingt-quatre heures dans le port de Suez, par la raison que les bâtiments de la Puissance belligérante se trouveraient avoir déjà quitté le port. Il se pourrait aussi qu'alors que la flotte belligérante viendrait à quitter le port de Suez dans l'intention avouée d'attaquer les côtes orientales Ottomanes de la Mer Rouge, les forces navales de l'Empire qui seraient arrivées au même port, immédiatement après l'ennemi, se voient forcément empêchées de poursuivre celui-ci avant que vingt-quatre heures ne fussent écoulées, ce qui serait évidemment à l'avantage de l'ennemi et par contre, au préjudice de la Puissance territoriale.

Par ce qui précède, le Gouvernement Impérial, loin d'avoir la pensée de faire en temps de guerre des opérations militaires dans le Canal ou de porter atteinte à la liberté et à la sécurité du transit, ne saurait avoir d'autre intention que celle de se réserver toute sa liberté d'action en vue d'assurer la défense de ses provinces du Hedjaz et du Yémen, à l'instar de l'Égypte, et de sauvegarder son droit de tenir, selon les circonstances, des bâtiments de guerre à Port-Saïd et à Suez.

Der Marquis von Salisbury an den Earl von Lytton.

Foreign Office, April 24, 1888.

My Lord, || The French Ambassador called upon me to-day to ask the views of Her Majesty's Government with respect to the present position of the Suez Canal Convention. The French Government understood from the Count de Montebello, that the Sultan showed no disposition to give way to the combined remonstrances of France and England in regard to the amendments which he had proposed. The exclusion of operations in defence of his own Arabian territories from the number of those in regard to which the Canal

Nr. 10023.
Vertrags-
Staaten.

was neutralized was the proposition on which his mind was principally set; it apparently had been an idea of his own suggestion. On the other principal amendment, namely, the présidence of a Turkish Commissioner at all meetings of the Consular Body in regard to the Canal, His Majesty appeared to be more open to argument and more inclined to yield.

M. Waddington said he came to ask me what the views of Her Majesty's Government were as to the course to be pursued if the Sultan should persist in his present view. At the same time, his Excellency intimated that the French Government were disposed to see no practical inconvenience in consenting to the Sultan's wishes in regard to the defence of Arabia, though, in point of principle, the proposal was objectionable.

I replied, that, in respect to that part of the arrangement, we had been mainly guided by a desire to act in harmony with France, and that, if the theoretical objection to the Sultan's proposal did not seem insuperable to the French Government, we should be willing to reconsider the matter for the purpose of finding some mode of satisfying the Sultan's wishes. I did not, however, see my way to any modification of the answer we had given to the request that a permanent presidency of the Consular meetings should be assigned to a Turkish Commissioner.

The French Ambassador accepted this view. || I am, &c.

Salisbury.

Der Marquis von Salisbury an Sir W. White.

Foreign Office, May 2, 1888.

Sir, || The Turkish Ambassador brought to me this evening a communication from the Porte, in which it was stated that the amendments desired by the Sultan in the Suez Canal Convention were now reduced to two. His Majesty would be satisfied if he could obtain the concession that the Turkish Delegate should preside at all the meetings of the Consular Body at which he might be present. Secondly, if it were provided that the Porte should not be hampered by the provisions of the Treaty in any warlike operations which they might have to undertake for the defence of Ottoman territory in the Red Sea.

His Excellency further read to me a communication from the Porte, intimating that Count de Montebello had stated, that his Government were unwilling to press England to make any further concessions for fear of risking the Convention altogether, and had left the impression that it was with England alone that the resistance to the Sultan's two proposals had originated.

I replied, that this was a mistake; that the Convention was pressed for mainly by France, and that I had acceded to it on the ground of the engagements entered into by Lord Granville; that with respect to the two amendments in question I should be ready to consider in a friendly spirit any sug-

gestion that France might make for meeting the wishes of the Sultan as regards the defence of His Majesty's territories in the Red Sea, but that as regards the presidency of the Consular meetings we had already made a considerable concession, and apprehension was felt in Egypt that if we went further it might lead to much inconvenience. || I am, &c.

Salisbury.

M. Waddington an den Marquis von Salisbury. — (Received May 26.

Londres, le 26 Mai, 1888.

M. le Marquis, || J'ai eu l'honneur de faire connaître à votre Seigneurie, par mes lettres des 16 et 19 Mars dernier, que les instructions au sujet desquelles les Gouvernements Anglais et Français s'étaient mis d'accord avaient été télégraphiées à l'Ambassadeur de la République à Constantinople afin qu'il priât Sa Majesté le Sultan d'acquiescer au projet de Convention de Suez sous le bénéfice des modifications que, sur sa demande, nous avions consenties. Votre Seigneurie avait bien voulu, en même temps, télégraphier à l'Ambassadeur de la Reine près la Sublime Porte pour qu'il appuyât de tout son pouvoir les démarches que le Comte de Montebello devait faire à cette occasion. Depuis, en vue de faciliter une entente définitive, les Cabinets de Londres et de Paris ont reconnu qu'il était possible d'accorder une satisfaction de plus à Sa Majesté le Sultan et, à la suite des conversations que nous avons eues les 24 Avril et 1^{er} Mai, un supplément d'instructions a été envoyé à Constantinople portant que les deux Gouvernements consentaient à accepter l'amendement proposé par le Sultan au sujet du Yémen et du Hedjaz.

Les démarches renouvelées par les deux Ambassadeurs à la suite de ces nouvelles concessions ont amené l'heureux résultat que nous étions en droit d'entendre et, comme j'ai déjà eu l'honneur de le faire savoir verbalement hier à votre Seigneurie, le Sultan a rendu un *Irâdè* par lequel il accepte le projet de Convention ainsi modifié. Je m'empresse de vous en envoyer ci-joint le texte. Les divers changements qui avaient été précédemment admis, aussi bien que ceux que le Gouvernement Ottoman a réclamés en dernier lieu, sont indiqués à l'encre rouge dans ce document*.

En transmettant cette pièce à votre Seigneurie, je me permettrai de lui rappeler, ainsi que je le lui ai indiqué dans notre entretien précité, l'intérêt qu'il y aurait à ce que le Gouvernement de la Reine voulût bien nous faire connaître, aussitôt que possible, son adhésion au texte ainsi établi, afin que le Gouvernement de la République puisse, d'accord avec le Cabinet Britannique, poursuivre sans retard les négociations qui doivent assurer la mise à exécution effective de la Convention. Ainsi que votre Seigneurie a bien voulu le recon-

* Wir geben nur die Artikel wieder, bei denen noch Aenderungen in Frage standen, und zwar dabei das Gestrichene schräg, das Zugefügte gesperrt und in [].

Nr. 10023.
Vertrags-
Staaten.

naître lorsque je lui ai donné lecture des Articles modifiés en dernier lieu, les nouvelles rédactions correspondent exactement aux intentions exprimées par les deux Gouvernements. Je crois donc pouvoir espérer recevoir, dans un bref délai, une note de votre Seigneurie indiquant que, dans l'opinion des Ministres de la Reine, comme dans celle du Cabinet de Paris, le texte ci-joint doit être considéré comme définitivement arrêté. || Veuillez, &c.

Waddington.

Einschluss.

Draft Convention.

Article II.

Les Hautes Parties Contractantes reconnaissant que le Canal d'Eau-Douce est indispensable au Canal Maritime, prennent acte des engagements de Son Altesse le Khédive envers la Compagnie Universelle du Canal de Suez, en ce qui concerne le Canal d'Eau-Douce.

[Engagements stipulés dans une Convention en date du 18 Mars, 1863, contenant un exposé et quatre Articles.]

Elles s'engagent à ne porter aucune atteinte à la sécurité de ce Canal et de ses dérivations, dont le fonctionnement ne pourra être l'objet d'aucune tentative d'obstruction.

Article VIII.

Les Agents en Égypte des Puissances Signataires du présent Traité seront chargés de veiller à son exécution. En toute circonstance, qui menacerait la sécurité ou le libre passage du Canal, ils se réuniront sur la convocation de trois d'entre eux et sous la présidence du Doyen, pour procéder aux constatations nécessaires. Ils feront connaître au Gouvernement Khédivial le danger qu'ils auraient reconnu afin que celui-ci prenne les mesures propres à assurer la protection et le libre usage du Canal. En tout état de cause, ils se réuniront une fois par an pour constater la bonne exécution du Traité.

[Les dernières réunions auront lieu sous la présidence d'un Commissaire Spécial nommé à cet effet par le Gouvernement Impérial Ottoman. Un Commissaire Khédivial pourra également prendre part à la réunion et la présider en cas d'absence du Commissaire Ottoman.]

Ils réclameront notamment la suppression de tout ouvrage ou la dispersion de tout rassemblement, qui, sur l'une ou l'autre rive du Canal, pourrait avoir pour but ou pour effet de porter atteinte à la liberté et à l'entière sécurité de la navigation.

Article IX.

Le Gouvernement Égyptien prendra dans la limite de ses pouvoirs tels qu'ils résultent des Firmans et dans les conditions prévues par le présent Traité, les mesures nécessaires pour faire respecter l'exécution du dit Traité.

Dans le cas où le Gouvernement Égyptien ne disposerait pas de moyens suffisants, il devra faire appel [au Gouvernement Impérial Ottoman, lequel prendra les mesures nécessaires pour répondre à cet appel et donnera avis aux] à la *Sublime Porte*, laquelle se concertera avec les autres Puissances Signataires de la Déclaration de Londres du 17 Mars, 1887, [et, au besoin, se concertera avec elles à ce sujet.] *en vue d'arrêter d'un commun accord les mesures à prendre pour répondre à cet appel.*

Nr. 10023.
Vertrags-
Staaten.

Les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures qui seront prises en vertu du présent Article.

Article X.

De même, les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures que Sa Majesté le Sultan et Son Altesse le Khédivé, au nom de sa Majesté Impériale et dans les limites des Firmans concédés, seraient dans la nécessité de prendre, pour assurer, par leurs propres forces, la défense de l'Égypte et le maintien de l'ordre public.

Dans le cas où Sa Majesté Impériale le Sultan ou Son Altesse le Khédivé se trouverait dans la nécessité de se prévaloir des exceptions prévues par le présent Article, les Puissances Signataires de la Déclaration de Londres en seraient avisées. [par le Gouvernement Impérial Ottoman.]

Il est également entendu que les prescriptions des quatre Articles dont il s'agit ne porteront en aucun cas obstacle aux mesures que le Gouvernement Impérial Ottoman croira nécessaire de prendre pour assurer par ses propres forces la défense de ses autres possessions situées sur la côte orientale de la Mer Rouge.]

Article XII.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent, par application du principe d'égalité en ce qui concerne le libre usage du Canal, principe qui forme l'une des bases du présent Traité, qu'aucune d'elles ne recherchera *par rapport au Canal* d'avantages territoriaux ou commerciaux, ni de privilèges dans les arrangements internationaux qui pourront intervenir. [par rapport au Canal.] Sont d'ailleurs réservés les droits de la Turquie comme Puissance territoriale.

Sir H. Rumbold to the Marquis of Salisbury. — (Received July 21.)

The Hague, July 19, 1888.

My Lord, || I asked M. Hartsen yesterday when he would be able to let me know whether the Government of the Netherlands accepted the draft Convention for securing the free navigation of the Suez Canal, which was communicated to them on the 6th instant. His Excellency said, that he had not yet received the King's orders on the subject, and therefore had been unable to make a formal reply to the communication; but he might already tell me, that this Government would adhere to the Convention.

Nr. 10023.
Vertrags-
Staaten.

In the meanwhile, his Excellency said he wished to submit to me an observation which had suggested itself to him with respect to the wording of Articles IX and X of the Convention. It was there stated that, in the event of the Egyptian Government and His Majesty the Sultan not being in a position to take the necessary measures for the execution of the Treaty, or being obliged to avail themselves of certain powers reserved to them for the defence of Egypt or the maintenance of order in that country, notice should be given to "the Signatory Powers of the Declaration of London of the 17th March, 1885".

Now said M. Hartsen, the Government of the Netherlands and of Spain not having signed the Declaration thus specified, but having been represented in the International Commission which sat at Paris, and being now about to sign the present Convention, he ventured to inquire whether the wording of the Articles to which he referred might not be so modified as to include all the Powers signatory of the Convention. This could easily be done by substituting the words "Puissances Signataires de la présente Convention" for the words "Puissances Signataires de la Déclaration de Londres du 17 Mars, 1885". His Excellency was careful to add, that he by no means made this a condition of the acceptance of the Convention by the Netherlands; but he let me see, that the change of wording, if it could be made, would be agreeable to him. In fact, he appeared disposed to think, that the wording to which he called attention was due to an oversight, it having escaped notice that the reference excluded both Spain and the Netherlands. M. Hartsen informed me, that he had made the same remark to my French colleague, who had been with him a short time before. || I have, &c.

Horace Humbold.

Count de Bylandt to the Marquis of Salisbury. — (Received August 20.)

Londres, le 17 Août, 1888.

M. le Marquis, || En conséquence de l'entretien que j'ai eu l'avantage d'avoir avec Sir Julian Pauncefote, le 3 de ce mois, au sujet de l'interprétation des Articles IX et X du projet de Convention relatif au Canal du Suez, et que je n'ai pas manqué de communiquer au Ministre des Affaires Étrangères à La Haye, le Gouvernement du Roi a fait remettre, par son Représentant à Paris, au Gouvernement Français, un Mémorandum dont j'ai l'honneur de joindre une copie sous ce pli.

D'après une communication du Ministre du Roi à Paris, le Gouvernement de la République approuve l'idée suggérée par les Pays-Bas, et a promis qu'après la signature du Traité son Ambassadeur près la Sublime Porte soumettrait notre proposition à la Conférence des Ambassadeurs et l'appuyerait.

En priant votre Seigneurie de vouloir bien prendre connaissance de la proposition mentionnée et contenue dans l'annexe de la présente, j'ai l'honneur d'invoquer, au nom de mon Gouvernement et en faveur de sa légitime demande,

l'appui du Gouvernement de la Reine, sur lequel du reste je crois pouvoir compter après les assurances bienveillantes qui m'ont été transmises, par Sir Julian Pauncefote, de la part de votre Seigneurie. || Veuillez, &c.

C. de Bylandt.

E i n s c h l u s s *).

Memorandum.

Le Gouvernement des Pays-Bas exprime le désir qu'il soit ajouté au Traité, pour assurer le libre usage du Canal de Suez, un Article Additionnel, ou qu'il soit stipulé de quelque autre manière, qu'après que les Grandes Puissances Signataires de la Déclaration de Londres du 17 Mars, 1885, se seront concertées avec la Sublime Porte en vue d'arrêter d'un commun accord les mesures à prendre pour répondre à l'appel du Gouvernement Égyptien (Article IX) toutes les Puissances Signataires du Traité soient avisées des mesures en question, ou de celles à prendre séparément par la Sublime Porte et le Gouvernement Égyptien.

Paris, le 13 Août, 1888.

Sir W. White an den Marquis von Salisbury. -- (Received September 8.)

Therapia, September 4, 1888.

My Lord, || The Porte continues still hesitating as to the course to adopt with regard to the signature of the Suez Canal Convention.

I am still of opinion, that it will be ultimately signed in the form accepted by all the Powers, if one can only succeed in avoiding a discussion on the sense to be attributed to the modifications introduced in Article X, which will be sure to launch us into interminable difficulties.

I have in the meantime on several occasions instructed Sir A. Sandison to press the Porte to bring the signature of that Convention to a conclusion, and shall continue to do so, supporting the French Ambassador on this point; but I have not taken any collective step with his Excellency, as reported in some newspapers.

I hear, that the Government of the Low Countries has proposed some amendment of the nature of which I am not thoroughly informed; but, if true, this fact would, I fear, serve as an excuse for fresh delay. || I have &c.

W. A. White.

M. de Montebello an Sir W. White.

Ambassade de France, Thérapia, le 24 Octobre, 1888.

Mon cher Collègue, || Persuadé du plaisir que vous causera cette nouvelle, je m'empresse de vous annoncer que le Sultan, prenant en considération la

*) Spanien trat diesem Wunsche bei.

Nr. 10023.
Vertrags-
Staaten.

démarche personnelle que j'ai faite auprès de lui avant-hier, vient de sanctionner un Mazbata du Conseil des Ministres d'hier en faveur de la signature pure et simple de la Convention. Sa Majesté vient de m'en faire donner directement l'avis par une communication écrite de son Premier Secrétaire.

Nous ne pouvons que nous féliciter de ce résultat auquel ont abouti nos communs efforts, et je ne doute pas que nous ne réussissions ensemble à en finir promptement avec les dernières formalités de la signature.

Je vous prie de croire, mon cher collègue, à l'expression, &c.

E. de Montebello.

Nr. 10024. DEUTSCHLAND und die DOMINIKANISCHE REPUBLIK.
— Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrag. Vom
30. Januar 1885.

Nr. 10024.
Deutschland
und die Do-
minikanische
Republik.
30. Jan. 1885.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen etc., im Namen des Deutschen Reichs einerseits und der Präsident der Dominikanischen Republik andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern und zu befestigen, sind übereingekommen, einen Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrag abzuschliessen.

Zu diesem Ende haben die vertragschliessenden Theile zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren Geheimen Legationsrath Hermann Adolph Heinrich Albrecht von Kusserow,

der Präsident der Dominikanischen Republik:

Johann Wilhelm Kück, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Dominikanischen Republik bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser,

welche, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, sich über nachstehende Artikel geeinigt haben:

Artikel I.

Zwischen dem Deutschen Reich einerseits und der Dominikanischen Republik andererseits, sowie zwischen den beiderseitigen Angehörigen soll für immer Friede und Freundschaft bestehen.

Artikel II.

Der Handel zwischen den beiderseitigen Ländern soll vollständige Freiheit geniessen. || Die Angehörigen der beiden vertragschliessenden Theile können frei und in aller Sicherheit mit ihren Schiffen und Ladungen in alle diejenigen Plätze, Häfen und Flüsse der Dominikanischen Republik und Deutschlands einlaufen, welche für die Schiffahrt und den Handel irgend einer andern

Nation geöffnet sind oder geöffnet sein werden. || Die vorstehende Bestimmung soll sich nicht auch auf die Küstenfrachtfahrt beziehen, das heisst auf das Recht, die Güter in einem Seehafen eines der vertragschliessenden Theile zu laden und nach einem anderen Seehafen desselben Theiles zu befördern und daselbst auszuladen. || Jeder der vertragschliessenden Theile soll jedoch alle Rechte und Begünstigungen, welche der andere Theil hinsichtlich der Küstenfrachtfahrt irgend einer dritten Nation eingeräumt hat oder einräumen wird, insofern für seine Schiffe in Anspruch nehmen können, als er den Schiffen des anderen Theiles für sein Gebiet dieselben Rechte und Begünstigungen zugestehet. Diese Bestimmung bezieht sich indessen nicht auf diejenigen Rechte und Vergünstigungen, welche die Dominikanische Republik hinsichtlich der Küstenfrachtfahrt der Republik Haiti eingeräumt haben sollte oder einräumen würde.

Artikel III.

Die Angehörigen eines jeden der beiden vertragschliessenden Theile können gegenseitig mit voller Freiheit jeden Theil der betreffenden Gebiete betreten, daselbst ihren Wohnsitz nehmen, reisen, Gross- und Kleinhandel treiben, Grundstücke, Lagerräume und Läden kaufen, miethen und innehaben, Waaren und edle Metalle versenden, Konsignationen aus dem Inlande wie aus fremden Ländern annehmen, ohne dass sie in irgend einem Falle anderen allgemeinen oder örtlichen Leistungen, Auflagen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterworfen werden können, als solchen, welche den Landesangehörigen und den Angehörigen der meistbegünstigten Nation auferlegt sind oder auferlegt werden. || Es soll ihnen vollkommen freistehen, ihre Geschäfte persönlich zu führen, bei den Zollbehörden ihre Deklarationen selbst zu machen oder sich hierbei nach Belieben von anderen Personen unterstützen oder vertreten zu lassen. Dasselbe gilt für den Kauf und Verkauf von Gütern, Effekten und Waaren, für das Laden, Löschen und Abfertigen von Schiffen. Sie sind ferner berechtigt, ihrerseits Aufträge jeder Art auszuführen, welche ihnen von Landesleuten, Fremden oder Inländern anvertraut werden. || In allen diesen Beziehungen sollen sie keinen anderen Abgaben oder Auflagen, als solchen unterliegen, welchen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder sein werden. || Dieselben Begünstigungen sollen sie bei allen ihren Käufen und Verkäufen hinsichtlich der Feststellung des Preises jeder Art von Effekten, Waaren oder Gegenständen geniessen, mögen diese eingeführt oder zur Ausfuhr bestimmt sein. || Es versteht sich jedoch, dass sie in allen diesen Fällen sich nach den Gesetzen und Verordnungen des Landes zu richten haben.

Artikel IV.

Jeder der beiden vertragschliessenden Theile verpflichtet sich, im eigenen Lande die Einführung von Entschädigungen und Vorrechten nicht zu gestatten, durch welche der Handel der Angehörigen des anderen Theiles benachtheiligt werden könnte. || Die Bestimmungen dieses Artikels beziehen sich nicht auf

Nr. 10024. Vorrechte, welche zugestanden worden sind auf Grund bestehender Verträge
 Deutschland oder hinsichtlich solcher Gegenstände, deren Handel den resp. Regierungen
 und die Do- vorbehalten worden ist oder in Zukunft vorbehalten werden sollte, auch nicht
 minikanische auf Erfindungspatente.
 Republik.
 30. Jan. 1885.

Artikel V.

Die vertragschliessenden Theile werden, sobald in der Dominikanischen Republik der Schutz der Modelle, Muster, Fabrik- und Handelszeichen, sowie der Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung nach Maassgabe der in dieser Beziehung allgemein angenommenen Grundsätze durch Gesetz geregelt sein wird, ein Abkommen treffen, durch welches den Angehörigen eines jeden der beiden Theile in dem Gebiete des anderen Theiles in allem, was die Modelle, Muster, Fabrik- und Handelszeichen, sowie die Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung betrifft, derselbe Schutz wie den Inländern gewährleistet wird.

Artikel VI.

Den Deutschen soll in der Dominikanischen Republik und den Dominikanern soll in Deutschland vollständiger und immerwährender Schutz ihrer Personen und ihres Eigenthums zu Theil werden; sie sollen freien Zutritt zu allen Gerichten behufs Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem Zweck können sie unter allen Umständen sich der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände bedienen. Auch sollen sie die Befugniss haben, in jedem Prozessverfahren, bei welchem sie betheilig sind, den Zeugenvernehmungen und Verhandlungen, sowie den Beschlüssen und Urtheilssprüchen der Gerichte beizuwohnen, sofern nach den Gesetzen des betreffenden Landes die Oeffentlichkeit dieser Handlungen zugelassen ist. Sie werden im Uebrigen hinsichtlich des Prozessverfahrens die nämlichen Rechte wie die Inländer geniessen und denselben gesetzlichen Ordnungen und Bedingungen wie diese unterworfen sein.

Artikel VII.

Die Deutschen in der Dominikanischen Republik und die Dominikaner in Deutschland sollen befreit sein sowohl von allen persönlichen Diensten im Heere oder in der Marine, in der Landwehr oder in der Nationalgarde, als auch von der Verpflichtung, politische, administrative und richterliche Aemter zu übernehmen, sowie von ausserordentlichen Kriegskontributionen, gezwungenen Anleihen, militärischen Requisitionen oder Dienstleistungen jeglicher Art. Ueberdies können sie in allen Fällen rücksichtlich ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens keinen anderen Lasten, Abgaben und Auflagen unterworfen werden, als denen, welche von den Landesangehörigen und von den Angehörigen der meistbegünstigten Nation verlangt werden.

Artikel VIII.

Die Schiffe, Ladungen, Waaren oder Effekten, welche Deutschen in der Dominikanischen Republik oder Dominikanern in Deutschland angehören, dürfen nicht mit Beschlagnahme belegt oder für militärische Unternehmungen oder sonstige Zwecke irgend welcher Art zurückbehalten werden, ohne den Beteiligten eine vorab mit denselben zu vereinbarende Entschädigung zu Theil werden zu lassen, deren Betrag zur Deckung aller durch jene Massregel ihnen erwachsenden Schäden, Verluste, Verzögerungen oder Nachteile ausreicht.

Nr. 10024.
Deutschland
und die Do-
minikanische
Republik.
30. Jan. 1883.

Artikel IX.

Die Deutschen, welche sich in der Dominikanischen Republik, und die Dominikaner, welche sich in Deutschland aufhalten, geniessen vollständige Kultus- und Gewissensfreiheit, und es werden die betreffenden Regierungen nicht zugeben, dass sie wegen ihres religiösen Glaubens belästigt oder in der Ausübung ihres Gottesdienstes gestört werden, welchen sie in Privathäusern, Kapellen, Kirchen oder an sonstigen für gottesdienstliche Zwecke bestimmten Orten unter Beobachtung der kirchlichen Schicklichkeit und der den Sitten und Gebräuchen des Landes gebührenden Achtung abhalten.

Auch sollen die Deutschen in der Dominikanischen Republik und die Dominikaner in Deutschland die Befugniß haben, ihre Landsleute, welche mit Tod abgehen, an angemessenen Orten, welche sie selbst im Einverständniß mit der Ortsobrigkeit bestimmen und einrichten, oder an jedem anderen Begräbnissorte nach freier Wahl zu bestatten, und es sollen die nach den kirchlichen Gebräuchen ihrer Konfession begangenen Begräbnissfeierlichkeiten in keiner Weise gestört, noch die Gräber aus irgend welchem Grunde beschädigt oder zerstört werden.

Artikel X.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen das Recht haben, in dem Gebiete des anderen Theiles jede Art beweglichen und unbeweglichen Vermögens zu erwerben und zu besitzen, dasselbe mit aller den Inländern zustehenden Freiheit auszubeuten und darüber nach ihrem Belieben durch Verkauf, Schenkung, Tausch, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen. Desgleichen können die Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles, welchen in dem Gebiete des anderen eine Erbschaft zufällt, unbehindert diejenigen Erbtheile, welche ihnen kraft Gesetzes oder vermöge letzten Willens zugefallen sind, erwerben und darüber nach Belieben verfügen, unbeschadet der Entrichtung aller derjenigen Abgaben, welche von den Landesangehörigen in gleichen Fällen zu tragen sind. || Von dem Vermögen, welches unter irgend einem Rechtstitel von einem Deutschen in der Dominikanischen Republik oder von einem Dominikaner in Deutschland erworben ist, dürfen, wenn es ausser Landes geführt wird, weder Abschoss oder Nachsteuer (gabella hereditaria, censuse migrationis) noch irgend welche anderen Abgaben erhoben,

Nr. 10024. Deutschland und die Dominikanische Republik.
30. Jan. 1885. werden, welchen die Angehörigen des Landes nicht unterworfen sind oder sein werden.

Artikel XI.

Wenn unglücklicherweise der Friede zwischen den beiden vertragschliessenden Theilen gestört werden sollte, so wird, um die Uebel des Krieges zu vermindern, den Angehörigen des einen Theiles, welche in dem Gebiete des anderen sich befinden und Handel oder irgend ein anderes Gewerbe betreiben, gestattet sein, dort zu bleiben und ihre Geschäfte fortzuführen, so lange sie sich keiner Verletzung der Landesgesetze schuldig machen oder sonst lästig fallen. || Im Falle eines Krieges oder eines Zerwürfnisses zwischen beiden Ländern soll das Eigenthum der Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welcher Art es auch sei, in dem Gebiete des anderen Theiles einer Beschlagnahme, Sequestration oder irgend welchen anderen Lasten und Auflagen als denjenigen, welche den Inländern auferlegt werden, nicht unterworfen werden. || Ebenso dürfen während der Unterbrechung des Friedens die von Privatpersonen geschuldeten Beträge, Staatspapiere, Banktheile, Aktien und was denselben gleichkommt, zum Schaden der resp. Angehörigen und zum Vortheil des Landes, in welchem sie sich befinden, nicht mit Beschlag belegt sequestrirt oder eingezogen werden.

Artikel XII.

Die deutschen Kaufleute in der Dominikanischen Republik und die dominikanischen Kaufleute in Deutschland werden bei ihrem Handel alle Rechte und Zollbefreiungen geniessen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden. Demgemäss sollen in Deutschland auf die Gegenstände dominikanischer Herkunft und in der Dominikanischen Republik auf die Gegenstände deutscher Herkunft keine anderen oder höheren Eingangsabgaben gelegt werden, als diejenigen, denen die nämlichen Erzeugnisse der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder sein werden. Derselbe Grundsatz soll für die Ausfuhr und Durchfuhr gelten. Kein Verbot und keine Beschränkung der Einfuhr oder Ausfuhr irgend eines Artikels soll in dem gegenseitigen Handelsverkehr der beiden Länder Anwendung finden, wenn eine solche Maassregel sich nicht gleichmässig auf alle anderen Nationen erstreckt. Auch sollen die Förmlichkeiten, welche bei der zollamtlichen Behandlung der eingeführten oder ausgeführten Waaren verlangt werden mögen, keine anderen sein, als die für alle anderen Nationen in Anwendung kommenden.

Artikel XIII.

Die deutschen Schiffe, welche in dominikanischen, und die dominikanischen Schiffe, welche in deutschen Häfen ankommen, oder von denselben ausgehen, sollen keinen anderen oder höheren Abgaben an Tonnengeldern, Leuchtfeuer-, Hafen-, Lootsen-, Quarantäne- und anderen, den Schiffskörper treffenden

Gebühren unterworfen sein, als denjenigen, welchen die Schiffe des eigenen Landes unterworfen sind oder sein werden. || Die Tonnengelder und andere Abgaben, welche im Verhältnisse der Tragfähigkeit der Schiffe erhoben werden, sollen in der Dominikanischen Republik von deutschen Schiffen nach Massgabe des deutschen Messbriefes berechnet werden und umgekehrt.

Nr. 10024.
Deutschland
und die Do-
minikanische
Republik.
30. Jan. 1885.

Artikel XIV.

Gegenstände aller Art, welche in die Häfen des einen der beiden Länder unter der Flagge des anderen eingeführt werden, welchen Ursprungs dieselben auch seien und aus welchem Lande auch die Einfuhr erfolgen möge, sollen keine anderen oder höheren Abgaben entrichten und keinen anderen Lasten unterworfen sein, als wenn sie unter der Nationalflagge eingeführt würden. Desgleichen sollen Gegenstände aller Art, welche aus einem der beiden Länder unter der Flagge des anderen, nach welchem Lande es auch sein möge, ausgeführt werden, keinen anderen Abgaben oder Förmlichkeiten unterliegen, als wenn sie unter der Nationalflagge ausgeführt würden.

Artikel XV.

Die deutschen Schiffe in der Dominikanischen Republik und die dominikanischen Schiffe in Deutschland können einen Theil ihrer aus dem Auslande kommenden Ladung in dem einen Hafen, und den Rest dieser Ladung in einem oder mehreren anderen Häfen desselben Landes löschen. Nicht minder können sie ihre Rückfracht in verschiedenen Häfen des gedachten Landes einnehmen, ohne in jedem Hafen andere oder höhere Abgaben zu entrichten, als diejenigen, welche unter ähnlichen Umständen die Schiffe des eigenen Landes zu entrichten haben. Bezüglich der Küstenfrachtfahrt sollen die Festsetzungen im Artikel II dieses Vertrages maassgebend sein.

Artikel XVI.

Schiffe von Angehörigen des einen der beiden vertragschliessenden Theile, welche an den Küsten des anderen Schiffbruch leiden oder stranden, oder welche in Folge von Seenoth oder erlittener Haverei in die Häfen des anderen Theiles einlaufen oder dessen Küsten berühren, sind keinerlei Schifffahrtsabgaben irgend welcher Art oder Bezeichnung als solchen unterworfen, welchen in ähnlichen Umständen die Nationalschiffe und die Schiffe der meistbegünstigten Nation unterliegen oder unterliegen werden. || Ausserdem ist es ihnen gestattet, auf andere Schiffe überzuladen, sowie ihre ganze Ladung oder einen Theil derselben am Lande und in Lagerräumen unterzubringen, ohne dafür andere Gebühren zu entrichten, als die Entlöschungskosten und die auf die Mithie öffentlicher Lagerräume und den Gebrauch öffentlicher Schiffswerfte bezüglichen, vorausgesetzt, dass die Waaren nicht für den inländischen Verbrauch bestimmt sind. Zu diesem Zweck sowie zur

Nr. 10024.
Deutschland
und die Do-
minikanische
Republik.
30. Jan. 1855.

Beschaffung von Lebensmitteln und zur Befriedigung aller Bedürfnisse für die Beschleunigung der Reise soll ihnen Erleichterung und Schutz jeder Art zu Theil werden.

Artikel XVII.

Ein jeder der vertragschliessenden Theile wird als Schiffe des anderen Theiles diejenigen Fahrzeuge ansehen und behandeln, welche unter der Flagge dieses Theiles fahren und mit solchen Schiffspapieren und Urkunden versehen sind, wie sie die Gesetze des letzteren behufs Nachweisung der Nationalität erfordern.

Artikel XVIII.

Die Dampfschiffe jedes der vertragschliessenden Theile, welche eine periodische Verbindung zwischen den beiden Ländern unterhalten, sollen bei dem Einlaufen, der Abfertigung und dem Auslaufen dieselben Erleichterungen geniessen, wie die Dampfschiffe der meistbegünstigten Nation.

Artikel XIX.

Den Kriegsschiffen eines jeden der vertragschliessenden Theile wird es freistehen, sicher und ungehindert in alle Häfen, Flüsse und Plätze des anderen Theiles einzulaufen, wo das Einlaufen den Kriegsschiffen der meistbegünstigten Nation erlaubt ist oder in Zukunft erlaubt werden sollte, und sie sollen daselbst gleich jenen behandelt werden.

Artikel XX.

Jeder der beiden vertragschliessenden Theile kann in dem Gebiete des anderen Konsuln ernennen, welche er aus den Angehörigen beider Theile oder dritter Staaten zu wählen berechtigt ist. Es darf jedoch ein Konsul weder amtliche Handlungen vornehmen, noch wird derselbe der mit dem Amt verbundenen Rechte, Vorrechte und Freiheiten theilhaftig, bevor er von der Regierung, bei welcher er ernannt ist, in der üblichen Form das Exequatur erhalten hat. Jede Regierung behält sich vor, die Orte zu bestimmen, an denen sie Konsularbeamte zulassen will. Es versteht sich jedoch, dass in dieser Beziehung die Regierungen sich gegenseitig keine anderen Beschränkungen auferlegen werden, als solche, welche sie allen anderen Nationen auferlegen. Das Exequatur ist kostenfrei zu ertheilen.

Artikel XXI.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten, sowie die ihnen beigegebenen Konsulareleven, Kanzler und Sekretäre werden in beiden Ländern alle Vorrechte, Begünstigungen und Freiheiten geniessen, welche den Agenten desselben Ranges der meistbegünstigten Nation zustehen oder zustehen werden. || Die Konsularbeamten sollen, sofern sie Angehörige desjenigen vertragschliessenden Theiles sind, welcher sie ernannt hat, von Militäreinquare-

tierung, sowie von direkten Personal-, Mobiliar- oder Luxussteuern befreit sein, mögen solche vom Staate oder von einer Gemeinde erhoben werden. Sollten jedoch die genannten Beamten Kaufleute sein oder ein Gewerbe betreiben oder unbewegliches Eigenthum besitzen, so werden sie in Beziehung auf die Lasten und Abgaben von diesem Gewerbe oder Eigenthum wie andere Angehörige ihres Landes angesehen. || Die Konsularbeamten sollen, sofern sie Angehörige desjenigen vertragschliessenden Theiles sind, welcher sie ernannt hat, persönliche Immunität geniessen und dürfen nur wegen schwerer strafbarer Handlungen festgenommen oder verhaftet werden. Sind sie Handelstreibende, so kann wegen Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften Schuldhafte gegen sie verhängt werden. || Im Falle des Todes, der Behinderung oder der Abwesenheit des Generalkonsuls, Konsuls, Vizekonsuls oder Konsularagenten werden die Konsulareleven, Kanzler und Sekretäre als von Amtswegen zur einstweiligen Wahrnehmung der Konsulatsgeschäfte befugt erachtet werden.

Nr. 10024.
Deutschland
und die Do-
minikanische
Republik.
30. Jan. 1885.

Artikel XXII.

Die Konsulararchive sollen jederzeit unverletzlich sein, und unter keinem Vorwande soll es den Landesbehörden erlaubt sein, die Papiere, welche zu diesen Archiven gehören, zu durchsuchen oder mit Beschlag zu belegen. Betreibt ein Konsularbeamter nebenbei Geschäfte, so sollen die auf das Konsulat bezüglichen Papiere unter abgesondertem Verschluss, getrennt von seinen Privatpapieren, aufbewahrt werden.

Artikel XXIII.

Die Generalkonsuln und Konsuln haben die Befugniß, Vizekonsuln und Konsularagenten in den verschiedenen Städten, Häfen oder Orten ihres Konsularbezirks zu ernennen, wenn das Interesse des ihnen anvertrauten Amtes dies erheischt; es versteht sich dies jedoch mit dem Vorbehalt der Genehmigung seitens der Regierung des Landes.

Artikel XXIV.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten können bei Todesfällen von Angehörigen des vertragschliessenden Theiles, welcher sie ernannt hat:

1. von Amtswegen oder auf Antrag der betheiligten Parteien das bewegliche Vermögen und die Papiere des Verstorbenen unter Siegel legen; von der beabsichtigten Handlung ist die zuständige Ortsbehörde in Kenntniß zu setzen, damit sie derselben beiwohnen und, wenn sie es für passend hält, ihre Siegel mit den von dem Konsularbeamten angelegten kreuzen kann; und es sollen diese Siegel nur in beiderseitigem Einverständniß abgenommen werden; ||
2. ein Verzeichniß des Nachlasses aufnehmen, und zwar in Gegenwart der zuständigen Behörde, wenn diese es wünscht; || 3. zum Verkauf der zum Nachlass gehörigen beweglichen Gegenstände in landesüblicher Weise schreiten,

Nr. 19024.
Deutschland
und die Do-
minikanische
Republik.
30. Jan. 1885.

wenn dieselben dem Verderben ausgesetzt sind, oder der Konsularbeamte den Verkauf im Interesse der Erben des Verstorbenen sonst für nützlich erachtet;

4. persönlich den Nachlass verwalten, liquidiren oder unter ihrer Verantwortlichkeit einen Bevollmächtigten für die Verwaltung und Liquidirung des Nachlasses ernennen, beides, ohne dass die Ortsbehörde ihrerseits bei diesen Handlungen mitzuwirken hat.

Der Konsularbeamte ist jedoch verpflichtet, den Todesfall in seinem Amtsbezirk öffentlich bekannt zu machen, und er darf den Nachlass oder dessen Erlös den gesetzlichen Erben oder deren Bevollmächtigten nicht früher ausantworten, als bis allen Verbindlichkeiten, welche der Verstorbene im Lande zu erfüllen hatte, Genüge geschehen oder ein Jahr seit dem Tage der Bekanntmachung des Todesfalls verflossen ist, ohne dass ein Anspruch an den Nachlass geltend gemacht wurde. Wenn an dem Wohnorte des Verstorbenen kein Konsularbeamter vorhanden ist, so sollen die zuständigen Behörden des Landes selbst diejenigen geeigneten Maassregeln treffen, welche in gleichem Falle hinsichtlich des Vermögens der Angehörigen des Landes getroffen werden würden; doch haben sie dem nächsten Konsularbeamten sobald als möglich von dem Todesfall Nachricht zu geben und dem zuständigen Konsularbeamten die weiteren Amtshandlungen von dem Augenblick an zu überlassen, wo entweder er selbst oder sein Bevollmächtigter sich einfindet. || Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten werden als Vormünder der Waisen und der Minderjährigen ihres Landes angesehen und können als solche alle Sicherungsmaassregeln ergreifen, welche die Sorge für das persönliche Wohl und für das Vermögen ihrer Schutzbefohlenen erheischt.

Artikel XXV.

Den Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten steht ausschliesslich die Anfrüchterhaltung der inneren Ordnung an Bord der Handelsschiffe ihres Landes zu. Sie allein haben demgemäss Streitigkeiten jeder Art zwischen dem Schiffsführer und der Schiffsmannschaft zu schlichten, insbesondere auch Streitigkeiten, welche sich auf die Heuer und die Erfüllung sonstiger Verträge beziehen. Die Ortsbehörden dürfen nur dann einschreiten, wenn die vorkommenden Unordnungen der Art sind, dass die Ruhe und öffentliche Ordnung am Lande oder im Hafen dadurch gestört wird, oder wenn ein Landesangehöriger oder eine nicht zur Schiffsmannschaft gehörige Person theilhaftig ist. In allen anderen Fällen sollen die gedachten Behörden sich darauf beschränken, dem Konsularbeamten auf Verlangen Hilfe zu leisten, wenn derselbe die Verhaftung einer in die Musterrolle eingetragenen Person vornehmen will, diese Person auf sein Ansuchen in vorläufigen Gewahrsam zu nehmen und sie demnächst an Bord zurückzuführen. In allem, was die Hafenz Polizei, das Laden und Ausladen der Schiffe, die Sicherheit der Waaren, Güter und Effekten betrifft, sind die Angehörigen der beiden Länder den am Orte bestehenden Gesetzen und Einrichtungen unterworfen.

Artikel XXVI.

Nr. 10024.
 Deutschland
 und die De-
 minikanische
 Republik.
 30. Jan. 1885.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten können diejenigen Seeleute, welche von den Schiffen ihres Landes entwichen sind, verhaften und an Bord oder in ihre Heimath zurücksenden lassen. Zu dem Ende haben sie sich schriftlich an die zuständige Ortsbehörde zu wenden und durch Vorlegung des Schiffsregisters oder der Musterrolle oder einer beglaubigten Abschrift dieser Urkunden oder eines beglaubigten Auszugs aus denselben nachzuweisen, dass die reklamirten Leute wirklich zur Schiffsmannschaft gehören. Auf einen in dieser Art begründeten Antrag darf die Auslieferung nicht verweigert werden; auch soll jede Hilfe und jeder Beistand zur Aufsuchung, Ergreifung und Verhaftung solcher Entwichenen gewährt und sollen dieselben auf den Antrag und auf Kosten der gedachten Konsularbeamten in das Gefängniß abgeführt und daselbst in Gewahrsam gehalten werden, bis sich eine Gelegenheit zur Wiedereinlieferung oder Heimsendung findet. Bietet sich jedoch eine solche Gelegenheit nicht innerhalb dreier Monate, vom Tage der Festnahme an gerechnet, so werden die Verhafteten in Freiheit gesetzt und können aus dem nämlichen Gründe nicht wieder verhaftet werden.

Für die auf Ansuchen eines Konsularbeamten geleisteten Amtsverrichtungen sollen weder andere noch höhere Gebühren zu entrichten sein, als solche, welche von einheimischen Behörden oder Privaten in gleichem Falle gezahlt werden müssen.

Seeleute und andere Personen der Schiffsmannschaft, welche Angehörige des Landes sind, in welchem die Entweichung stattfindet, sollen von den Bestimmungen dieses Artikels ausgenommen sein.

Artikel XXVII.

Soweit nicht Verabredungen zwischen den Rhedern, Befrachtern und Versicherern entgegenstehen, können die Havereien, welche Schiffe eines der beiden Länder auf hoher See oder auf der Fahrt nach Häfen des anderen Landes erlitten haben, von ihren Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten geregelt werden. Sollten jedoch Angehörige des Landes, in welchem die gedachten Konsularbeamten ihren Sitz haben, an den Havereien theilhaftig sein, so sollen letztere durch die Ortsbehörden geregelt werden, sofern ein gütliches Abkommen zwischen den Parteien nicht zu Stande kommt.

Artikel XXVIII.

Wenn ein Schiff eines Angehörigen eines der vertragschliessenden Theile an den Küsten des anderen Theiles Schiffbruch leidet oder strandet, so werden die Ortsbehörden es sich angelegen sein lassen, alle nöthigen Rettungsmaassregeln zu ergreifen; sie sollen den Generalkonsul, Consul, Vizeconsul oder Konsularagenten des Bezirks oder, in Ermangelung eines solchen, den dem Orte des Unfalls zunächst wohnenden Konsularbeamten von dem Unfall benachrichtigen. || Alle Rettungsmaassregeln bezüglich der in den deutschen

Nr. 10024.
Deutschland
und die Do-
minikanische
Republik.
30. Jan. 1885.

Küstengewässern gescheiterten oder gestrandeten dominikanischen Schiffe sollen nach Maassgabe der deutschen Gesetze erfolgen, und umgekehrt sollen alle Rettungsmaassregeln in Bezug auf deutsche, in den Küstengewässern der Dominikanischen Republik gescheiterte oder gestrandete Schiffe in Gemässheit der dominikanischen Gesetze erfolgen. Mangelt es an entsprechenden landesgesetzlichen Bestimmungen, so sollen die Konsularbeamten die Befugniss haben, die Leitung der Rettungsmaassregeln, sowie die Auseinandersetzung zwischen allen Betheiligten zu übernehmen. Sonst haben die Konsularbeamten in beiden Ländern nur einzuschreiten, um die auf die Ausbesserung und Neuverproviantirung oder eintretendenfalls auf den Verkauf des an der Küste gestrandeten oder beschädigten Schiffes bezüglichen Maassregeln zu überwachen. || Für die Thätigkeit der Ortsbehörden sollen in allen diesen Fällen keinerlei Kosten erhoben werden ausscr solchen, welche durch die Rettungsmaassregeln und durch die Erhaltung der geborgenen Gegenstände veranlasst sind. || Die geborgenen Waaren unterliegen keiner Zollabgabe, es sei denn, dass sie zum Verbrauch im Lande bestimmt sind.

Artikel XXIX.

Die beiden vertragschliessenden Theile sind einverstanden, dass sie sich gegenseitig in Handels-, Schifffahrts- und Konsularsachen dieselben Rechte und Vortheile zugestehen wollen, welche der meistbegünstigten Nation eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden sollten. || Begünstigungen, welche einer der beiden vertragschliessenden Theile unmittelbar angrenzenden Staaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt hat oder gewähren sollte, können von dem anderen Theile nicht in Anspruch genommen werden, so lange diese Begünstigungen auch allen nicht angrenzenden Staaten vorenthalten werden.

Artikel XXX.

Sollte einer der vertragschliessenden Theile der Meinung sein, dass eine Bestimmung des gegenwärtigen Vertrages zu seinem Nachtheile verletzt sei, so wird er alsbald eine mit dem Verlangen der Abhülfe und mit den nöthigen Urkunden und Belägen zur Begründung seiner Beschwerde versene Auseinandersetzung der Thatsachen dem anderen Theile zugehen lassen, und er wird zu keinem Akte der Wiedervergeltung schreiten, oder Feindseligkeiten begelien, es sei denn, dass die verlangte Genugthuung verweigert oder willkürlich verzögert wird.

Artikel XXXI.

Der gegenwärtige Vertrag erstreckt sich auf die mit einem der vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollvereinten Länder oder Landestheile.

Artikel XXXII.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt, und es sollen die Ratifikations-Urkunden spätestens innerhalb einer Frist von zwölf Monaten in Berlin aus-

getauscht werden. || Derselbe soll zehn Jahre vom Tage des Austausches der Ratifikations-Urkunden in Geltung bleiben und, wenn keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist durch eine ausdrückliche Erklärung seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben und so fort, bis zum Ablaufe eines Jahres, nachdem die erwähnte amtliche Ankündigung erfolgt sein wird.

Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in Berlin in zwei Originalen in deutscher und spanischer Sprache am 30. Januar 1885.

von Kusserow.
Kück.

Vorstehender Vertrag ist ratifizirt worden, und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat zu Berlin am 26. Januar 1886 stattgefunden.

Nr. 10025. DEUTSCHLAND, NIEDERLANDE und SCHWEIZ. — Vertrag, betreffend die Regelung der Lachsfischerei im Stromgebiete des Rheins. Vom 30. Juni 1885.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, mit Zustimmung Seiner Majestät, des Königs von Bayern, Seiner Majestät des Königs von Württemberg, Seiner Königlichen Hoheit des Grossherzogs von Baden, Seiner Königlichen Hoheit des Grossherzogs von Hessen und bei Rhein und Seiner Königlichen Hoheit des Grossherzogs von Oldenburg, sowie Seine Majestät der König der Niederlande und der Bundesrath der Schweizerischen Eidgenossenschaft, von dem Wunsche geleitet, zur Hebung des Lachsbestandes die Lachsfischerei im Stromgebiete des Rheins einheitlich zu regeln, haben zur Vereinbarung eines hierüber abzuschliessenden Vertrages zu Bevollmächtigten ernannt (folgen die Namen),

welche, nach Mittheilung und gegenseitiger Anerkennung ihrer Vollmachten, über folgende Punkte übereingekommen sind:

Artikel I.

Im Rheinstrom vom Fall bei Schaffhausen an abwärts und allen Ausflüssen desselben, durch welche Wasser von dem bei Lobith ungetheilten Rhein in das Meer abfliessen kann, soll beim Fischfange weder mittelst ständiger Vorrichtungen (Fischwehr, Fach, Zalmsteck), noch mittelst am Ufer oder im Flussbette befestigter oder verankerter Fischerereivorrichtungen (Reusen, Sperrnetze) der Stromlauf auf mehr als auf die Hälfte seiner Breite bei gewöhnlichem niedrigem Wasserstande, in der kürzesten geraden Linie von Ufer

Nr. 10024.
Deutschland
und die Do-
minikanische
Republik.
30. Jan. 1885.

Nr. 10025.
Vertrags-
Staaten.
30. Juni 1885.

Nr. 10025.
Vertrags-
Staaten.
30. Juni 1885.

zu Ufer gemessen, für den Zug der Wanderfische versperrt werden dürfen. Diese Vorschrift soll auch auf die Nebenflüsse des Rheins Anwendung finden, jedoch auf diejenigen Strecken der Nebenflüsse, welche Grenzgewässer mit einem an der Uebereinkunft nicht beteiligten Staate bilden, nur soweit, als in dem Nachbarlande ein gleiches Vorgehen beobachtet wird. || Die an einzelnen Nebenflüssen bestehenden ständigen Fischereivorrichtungen sollen dieser Vorschrift nicht unterliegen, wenn mit denselben eine auf dieses besondere Fangmittel gerichtete Fischereiberechtigung verbunden ist.

Artikel II.

In den im Artikel I (Abs. 1) bezeichneten Strecken des Rheinstroms und in den daselbst (Abs. 2) bezeichneten Nebenflüssen des Rheins, soweit sie den Durchzug der Lachse und Maifische zu den Laichplätzen vermitteln, dürfen Treibnetze beim Fischfange nur angewendet werden, wenn sie zwischen Ober- und Unter-Simm (Ober- und Unter-Leine) nicht über 2,5 m breit sind. Einwandige Netze, welche nur zum Fange von Stör bestimmt und geeignet sind, sollen dieser Beschränkung nicht unterworfen sein. || Mehrere Treibnetze dürfen nur in einer Entfernung von einander ausgeworfen werden, welche mindestens das Doppelte der Länge des grössten Netzes beträgt.

Artikel III.

Im Rheinstrom vom Fall bei Schaffhausen an abwärts, in allen Ausflüssen desselben, durch welche Wasser von dem bei Lobith ungetheilten Rhein in das Meer abfliessen kann, und in allen Nebenflüssen desselben soll jede Lachsfischerei mit Zegensbetrieb alljährlich auf die Dauer von zwei Monaten verboten sein.

Die Einstellung dieser Fischereibetriebe soll umfassen:

1. auf Königlich niederländischem Gebiete die Zeit vom 16. August bis zum 15. Oktober einschliesslich; 2. auf der Strecke von der niederländisch-preussischen Grenze an aufwärts die Zeit vom 27. August bis zum 26. Oktober einschliesslich.

Die Regierungen der beteiligten Uferstaaten werden für ihr Gebiet feststellen, welche Fischereibetriebe dieser Vorschrift zu unterwerfen sind, und dabei Vorsorge treffen, dass nicht unter dem Vorwande der Fischerei auf andere Fischarten thatsächlich Lachsfischerei betrieben wird. || Ueber die getroffenen Anordnungen werden sich die Regierungen gegenseitig Mittheilung machen.

Artikel IV.

Von Basel an abwärts soll im Rheinstrom und in denjenigen Strecken seiner Nebenflüsse, welche den Durchzug der Lachse und Maifische zu den Laichstellen vermitteln, sowie in seinen im Artikel I bezeichneten Ausflüssen die Fischerei auf Lachse und Maifische mit Geräthen jeder Art auf die Dauer von 24 Stunden in jeder Woche von Samstag Abend 6 Uhr bis Sonntag Abend

6 Uhr eingestellt werden. || Der Königlich niederländischen Regierung bleibt vorbehalten, für die Lachsfischerei mit Reusen (Steckfischerei) im Flutgebiete den Beginn dieser wöchentlichen Schonzeit auf die erste tiefste Ebbe (laag water) nach Samstag Abend 6 Uhr und die Dauer der Schonzeit auf 2 Tiden festzusetzen.

Nr. 10025
Vertrags-
Staaten.
30. Juni 1885

Artikel V.

In denjenigen Strecken der Nebenflüsse des Rheins, in welchen sich geeignete Laichstellen für den Lachs finden, und im oberen Stromlaufe des Rheins selbst von Mannheim-Ludwigshafen an aufwärts bis zum Fall von Schaffhausen soll die Lachsfischerei während der Dauer von mindestens 6 Wochen innerhalb der Zeit vom 15. Oktober bis 31. Dezember nur mit ausdrücklicher obrigkeitlicher Genehmigung betrieben und diese nur erteilt werden dürfen, wenn die Benutzung der Fortpflanzungselemente (Rogen und Milch) der gefangenen laichreifen oder der Laichreife nahestehenden Lachse zum Zweck der künstlichen Fischzucht gesichert ist. Unter dieser Voraussetzung darf die Lachsfischerei auch während der wöchentlichen Schonzeit (Art. IV) obrigkeitlich gestattet werden.

Artikel VI.

Die Vorschriften der Artikel I bis V dieser Uebereinkunft finden auf die Mosel von ihrem Austritt aus Elsass-Lothringen bis Trier und auf alle diejenigen linksseitigen Nebenflüsse der Mosel, welche in ihrem Laufe preussisches und luxemburgisches Gebiet berühren, keine Anwendung.

Der Königlich preussischen Regierung bleibt vorbehalten, die Fischereiverhältnisse dieser Gewässer durch Verständigung mit der Grossherzoglich luxemburgischen Regierung im Sinne dieser Uebereinkunft zu regeln.

Artikel VII.

Zur Hebung des Lachsbestandes im Rheingebiete soll darauf Bedacht genommen werden, dass || 1. die natürlichen Laichplätze in den Nebenflüssen den aufsteigenden Lachsen wieder möglichst erschlossen und zugänglich gemacht werden; || 2. die Fortpflanzungselemente (Rogen und Milch) der gefangenen Lachse möglichst zu Zwecken der künstlichen Zucht verwendet werden.

Artikel VIII.

Die Regierungen der beteiligten Uferstaaten werden für ihr Gebiet ein Mindestmaass feststellen, unter welchem Lachse weder gefangen, noch in den Verkehr gebracht werden dürfen.

Artikel IX.

Die Regierungen der beteiligten Uferstaaten werden die zum Vollzuge dieser Uebereinkunft erforderlichen Vorschriften erlassen und deren Uebertretung mit angemessenen Strafen bedrohen, auch das zur Handhabung dieser Vorschriften erforderliche Ansehenspersonal bestellen.

Nr. 10025.
Vertrags-
Staaten.
30. Juni 1885.

Durch gegenwärtige Uebereinkunft wird die Befugniss der einzelnen Staaten nicht ausgeschlossen, für ihre Gebiete strengere Bestimmungen zum Schutz der Fische zu treffen.

Artikel X.

Jede Regierung der beteiligten Uferstaaten wird für ihr Gebiet einen Bevollmächtigten bestellen. || Diese Bevollmächtigten werden sich die von ihren Regierungen getroffenen Anordnungen über das Fischereiwesen im Rheingebiete gegenseitig mittheilen und von Zeit zu Zeit zusammenkommen, um über die zur Förderung der Lachsfischerei im Rheingebiete zu ergreifenden Maassregeln zu berathen.

Artikel XI.

Diese Uebereinkunft tritt sofort nach ihrer Ratifikation in Kraft, bleibt von diesem Tage an zehn Jahre lang in Wirksamkeit und, wenn sie nicht zwölf Monate vor diesem Zeitpunkte von einer der vertragschliessenden Regierungen gekündigt worden ist, weiter von Jahr zu Jahr bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage an gerechnet, an welchem die eine oder andere der vertragschliessenden Regierungen die Kündigung erklärt hat.

Artikel XII.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt und die Auswechslung der Ratifikationen soll binnen möglichst kurzer Frist in Berlin bewirkt werden. || Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten die Uebereinkunft unterzeichnet und ihr Siegel beigedrückt. || So geschehen zu Berlin, am 30. Juni 1885.

Marcard.

F. P. van der Hoeven.

A. Roth.

E. N. Rahusen.

Alfred de Claparède.

Ph. A. Holsboer.

Das vorstehende Uebereinkommen ist ratifizirt worden, und die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden hat zu Berlin am 7. Juni 1886 stattgefunden.

Schlussprotokoll.

Bei der heute stattgehabten Unterzeichnung der Uebereinkunft zwischen dem Deutschen Reich, dem Königreich der Niederlande und der Schweiz über die Regelung der Lachsfischerei im Stromgebiete des Rheins wurde das Einverständnis der Bevollmächtigten sämtlicher beteiligten Uferstaaten über folgende Punkte konstatiert:

I.

Auf die in den verlassenen Nebenarmen des Rheins betriebenen Fischereien jeglicher Art sollen die Bestimmungen der Uebereinkunft keine Anwendung finden, sofern diese Nebenarme nicht von beiden Seiten mit dem Hauptstrome derartig in Verbindung stehen, dass die Wanderfische jederzeit frei hindurchziehen können.

II.

Den einschränkenden Vorschriften der Artikel II und III der Uebereinkunft sollen diejenigen Zug- und Treibnetzfishereien unterworfen werden, welche vorzugsweise auf den Fang von Lachsen gerichtet sind; insbesondere auch || a) die mit Treibnetzen — dreiwandigen Netzen — an bestimmten Stellen betriebenen Fishereien; || b) die in den Niederlanden mittelst grosser Zugnetze — einwandiger Netze — unter Anwendung von Dampf- oder Pferdekraft betriebenen sogenannten „grossen Zegensfishereien“; || c) die vornehmlich auf der niederländischen und der preussischen Flussstrecke unter Anwendung von Zugnetzen — einwandigen Netzen — jedoch ohne Anwendung von Dampf- oder Pferdekraft betriebenen sogenannten „Hand-Zegensfishereien“.

III.

Nach Maassgabe des vorletzten Absatzes des Artikels III der Uebereinkunft soll insbesondere dafür Vorsorge getroffen werden, dass während der Herbstschonzeit nicht der Fang von anderen Wanderfischen, namentlich Schnäpeln (*Coregonus oxyrinchus*) — holländisch Houting —, zum Vorwande genommen wird, um thatsächlich Lachsfisherei zu betreiben.

IV.

Sobald der Beitritt des Grossherzogthums Luxemburg zu gegenwärtiger Uebereinkunft erfolgt sein wird, soll der Artikel VI der Uebereinkunft ausser Kraft treten.

V.

In Ausführung der Bestimmungen im Artikel V und VII der Uebereinkunft werden die Regierungen der beteiligten Uferstaaten sich die Erhaltung und Vermehrung des Lachsbestandes im Rhein unter ausgiebigster Benutzung der künstlichen Fischzucht angelegen sein lassen.

VI.

Vor der Unterzeichnung der Uebereinkunft und des Schlussprotokolls haben die niederländischen Bevollmächtigten ausdrücklich erklärt, dass die Uebereinkunft Seiner Majestät dem Könige der Niederlande zur Ratifikation erst werde vorgelegt werden, nachdem sie von den Generalstaaten genehmigt worden. || Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation durch die blosse Thatsache des Austausches der Ratifikationen zu der Uebereinkunft, auf die es sich bezieht, als von den betreffenden Regierungen genehmigt und bestätigt gelten soll, aufgenommen und dasselbe mit ihrer Unterschrift versehen.

So geschehen zu Berlin, den 30. Juni 1885.

Marcard.

A. Roth.

Alfred de Claparède.

F. P. van der Hoeven.

E. N. Rahusen.

Ph. A. Holsboer.

Nr. 10026. DEUTSCHLAND und SPANIEN. — Abkommen betreffend die Verlängerung des deutsch-spanischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 12. Juli 1883*). Vom 28. August 1886.

Nr. 10026.
Deutschland
und
Spanien.
28. Aug. 1886.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, und Ihre Majestät die Königin-Regentin von Spanien, im Namen Ihres Erhabenen Sohnes, Seiner Majestät des Königs Don Alfonso XIII., von den beiden Ländern durch den Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 12. Juli 1883 erwachsenen Vortheilen überzeugt und von dem gleichen Wunsche beseelt, die Handels- und Schiffahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern mehr und mehr zu befestigen, haben beschlossen, das bestehende Vertragsverhältniss zu verlängern, und haben behufs eines zu diesem Zweck zu treffenden Abkommens zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren derzeitigen Geschäftsträger am Königlich spanischen Hofe, Legationsrath Felix Friedrich Wilhelm Eduard Heinrich Freiherrn von Gutschmid;

Ihre Majestät die Königin-Regentin von Spanien:

Seine Excellenz Don Sigismundo Moret y Prendergast, Grosskreuz des Königlichen und Ausgezeichneten Ordens Carls III., Allerhöchstihren Staatsminister etc. etc.,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, Folgendes vereinbart haben:

Artikel 1.

Der am 12. Juli 1883 zwischen Deutschland und Spanien abgeschlossene Handels- und Schiffahrtsvertrag nebst Schlussprotokoll vom gleichen Tage soll mit den durch den Nachtragsvertrag vom 10. Mai 1885 herbeigeführten Abänderungen bis zum 1. Februar 1892 in Kraft bleiben. || In dem Falle, dass keiner der beiden Hohen vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor diesem Zeitpunkte seine Absicht, die Wirkungen des gedachten Vertrages anhören zu lassen, angezeigt haben sollte, bleibt derselbe nebst Schlussprotokoll und den erwähnten Abänderungen bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der Hohen vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft.

Artikel 2.

Das gegenwärtige Abkommen soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen baldthunlichst in Madrid ausgetauscht werden.

Dasselbe soll sofort nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten.

*) Vgl. Staats-Archiv Bd. 43, Nr. 8191—8193.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel begedrückt.

So geschehen in duplo zu Madrid, den 28. August 1886.

von Gutschmid.

S. Moret.

Nr. 10026.
Deutschland
und
Spanien.
28. Aug. 1886.

Das vorstehende Abkommen ist ratifizirt worden, und der Austausch der Ratifikationen hat am 20. September 1886 in Madrid stattgefunden.

Nr. 10027. DEUTSCHLAND und ECUADOR. — Freundschaftsvertrag. Vom 28. März 1887.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen etc., im Namen des Deutschen Reichs, einerseits und der Präsident des Freistaates Ecuador andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern und zu befestigen, sind übereingekommen, einen Freundschaftsvertrag abzuschliessen.

Nr. 10027.
Deutschland
und
Ecuador.
28. März 1887.

Zu diesem Ende haben die vertragschliessenden Theile zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren Staatssekretär des Auswärtigen Amts Grafen Herbert von Bismarck;

der Präsident des Freistaates Ecuador:

Antonio Flores, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Freistaates Ecuador bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser,

welche, nach Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, sich über nachstehende Artikel geeinigt haben:

Artikel I.

Zwischen dem Deutschen Reich einerseits und dem Freistaat Ecuador andererseits, sowie zwischen den beiderseitigen Angehörigen soll für immer Friede und Freundschaft bestehen.

Artikel II.

Die beiden vertragschliessenden Theile sind einverstanden, dass sie sich gegenseitig in Handels-, Schifffahrts- und Konsularsachen, sowie auch für Gewerbesachen dieselben Rechte und Vortheile zugestehen wollen, welche der meistbegünstigten Nation eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden sollten. || Begünstigungen, welche einer der beiden vertragschliessenden Theile unmittelbar angrenzenden Staaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt hat oder gewähren sollte, können von dem andern Theile nicht in Anspruch genommen werden, solange diese Begünstigungen auch allen anderen nicht angrenzenden Staaten vorenthalten werden.

Artikel III.

Nr. 10027.
Deutschland
und
Ecuador.
28. März 1887.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, nach Maassgabe ihrer Gesetze Personen auszuweisen, beziehungsweise nicht zuzulassen, welche auf Grund ihres üblen Vorlebens oder ihres Verhaltens für schädlich anzusehen sind.

Artikel IV.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und es sollen die Ratifikations-Urkunden sobald als möglich ausgetauscht werden. || Derselbe soll zehn Jahre vom Tage des Austausches der Ratifikations-Urkunden in Geltung bleiben und, wenn keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist durch eine ausdrückliche Erklärung seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben und so fort, bis zum Ablauf eines Jahres, nachdem die erwähnte amtliche Ankündigung erfolgt sein wird. || Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt. || So geschehen in Berlin in zwei Originalen in deutscher und spanischer Sprache, am 28. März 1887.

Graf von Bismarck.

A. Flores.

Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt worden, und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat am 29. März 1888 stattgefunden.

Nr. 10028. DEUTSCHLAND und SCHWEIZ. — Zusatzvertrag zu dem Handelsvertrage zwischen Deutschland und der Schweiz vom 23. Mai 1881*). Vom 11. November 1888.

Nr. 10028.
Deutschland
und
Schweiz.
11. Nov. 1888.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, und der Bundesrath der Schweizerischen Eidgenossenschaft, von dem Wunsche geleitet, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern mehr und mehr zu befestigen und auszudehnen, haben beschlossen, den bestehenden Handelsvertrag vom 23. Mai 1881 durch einen Zusatzvertrag zu ergänzen, und haben zu diesem Zweck zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister, Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher,

der Bundesrath der Schweizerischen Eidgenossenschaft: || Seinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Arnold Roth, || den Nationalrath Conrad Cramer-Frey und || den Landammann Eduard Blumer, || welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, Folgendes vereinbart haben:

*) Vgl. Staats-Archiv Bd. 40, Nr. 7632.

Artikel 1.

Die in dem beiliegenden Tarif 1 bezeichneten Gegenstände schweizerischer Herkunft oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen. || Die in dem beiliegenden Tarif 2 bezeichneten Gegenstände deutscher Herkunft oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in die Schweiz zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen.

Nr. 10028.
Deutschland
und
Schweiz.
11. Nov. 1888.

Artikel 2.

a. Der im Artikel 6 lit. a des bestehenden Vertrages vereinbarte zollfreie Veredelungsverkehr für Garne zum Stricken wird auf Garne zum Zwirnen ausgedehnt. || b. Der im Artikel 6 lit. d des bestehenden Vertrages vereinbarte zollfreie Veredelungsverkehr für Seide zum Färben wird auf Seide zum Umfärben ausgedehnt. || c. Ein Nachweis der einheimischen Erzeugung der zum Zweck des Färbens oder Umfärbens in das andere Gebiet ausgeführten Seide wird nicht verlangt.

Artikel 3.

Der gegenwärtige Zusatzvertrag soll vom 1. Januar 1889 an in Kraft treten. || Der Vertrag vom 23. Mai 1881 mit den durch den gegenwärtigen Zusatzvertrag herbeigeführten Aenderungen und Ergänzungen soll bis zum 1. Februar 1892 in Kraft bleiben. || Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor diesem Tage seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben sollte, bleibt derselbe nebst den erwähnten Aenderungen und Ergänzungen bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab in Kraft, an welchem der eine oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird.

Artikel 4.

Gegenwärtiger Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen spätestens am 31. Dezember 1888 in Berlin ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel begedrückt. || So geschehen zu Berlin, den 11. November 1888.

Karl Heinrich von Boetticher.

A. Roth.

C. Cramer-Frey.

E. Blumer.

Der vorstehende Zusatzvertrag ist ratifizirt worden, und der Austausch der Ratifikations-Urkunden hat stattgefunden.

Anmerkung. Den speciellen Tarif s. im deutschen Reichsgesetzblatt 1888 Nr. 45, S. 305.

Nr. 10029. **DEUTSCHLAND** und **SCHWEIZ**. — Niederlassungsvertrag. Vom 31. Mai 1890.

Nr. 10029.
Deutschland
und
Schweiz:
31. Mai 1890.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und die Schweizerische Eidgenossenschaft, von dem Wunsche beseelt, die zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu erhalten und zu befestigen, und von der Absicht geleitet, die Bedingungen für die Niederlassung der Angehörigen des Deutschen Reichs in der Schweiz und der Angehörigen der Schweiz im Deutschen Reich, sowie die wechselseitige Unterstützung Hilfsbedürftiger neu zu regeln, sind übereingekommen, zu diesem Ende einen Vertrag abzuschließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser: || Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Wirklichen Geheimen Legationsrath und Kammerherrn
Herrn Otto von Bülow,
und

der Schweizerische Bundesrath: || den Herrn Bundesrath Numa Droz, Chef des schweizerischen Departements des Auswärtigen, welche, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, sich, vorbehaltlich der beiderseitigen Ratifikation, über folgende Artikel geeinigt haben.

Artikel 1.

Die Deutschen sind in jedem Kanton der Eidgenossenschaft in Bezug auf Person und Eigenthum auf dem nämlichen Fusse und auf die nämliche Weise aufzunehmen und zu behandeln, wie es die Angehörigen der anderen Kantone sind oder noch werden sollten. Sie können insbesondere in der Schweiz ab- und zugehen und sich daselbst dauernd oder zeitweilig aufhalten, wenn sie den Gesetzen und Polizeiverordnungen nachleben.

Jede Art von Gewerbe- und Handel, welche den Angehörigen der verschiedenen Kantone erlaubt ist, wird es auf gleiche Weise auch den Deutschen sein, und zwar ohne dass ihnen eine pekuniäre oder sonstige Mehrleistung auferlegt werden darf.

Artikel 2.

Um die in dem Artikel 1 bezeichneten Rechte beanspruchen zu können, müssen die Deutschen mit einem Zeugniß ihrer Gesandtschaft versehen sein, durch welches bescheinigt wird, dass der Inhaber die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt und einen unbescholtenen Leumund genießt.

Artikel 3.

Die Schweizer werden in Deutschland unter der im Artikel 2 des gegenwärtigen Vertrages enthaltenen Voraussetzung die nämlichen Rechte und Vortheile genießen, wie sie der Artikel 1 des gegenwärtigen Vertrages den Deutschen in der Schweiz zusichert.

Artikel 4.

Durch die Bestimmungen der vorstehenden Artikel wird das Recht eines jeden der vertragenden Theile, Angehörigen des anderen Theiles entweder in Folge gerichtlichen Urtheils oder aus Gründen der inneren und äusseren Sicherheit des Staates, oder auch aus Gründen der Armen- und Sittenpolizei den Aufenthalt zu versagen, nicht berührt.

Nr. 10029.
Deutschland
und
Schweiz.
31. Mai 1890.

Artikel 5.

Die Angehörigen des einen der beiden Länder, welche in dem anderen wohnhaft sind, bleiben den Gesetzen ihres Vaterlandes über die Militärflicht oder die an deren Stelle tretende Ersatzleistung unterworfen und können deshalb in dem Lande, in welchem sie sich aufhalten, weder zu persönlichem Militärdienste irgend einer Art, noch zu einer Ersatzleistung angehalten werden.

Artikel 6.

Im Falle eines Krieges oder einer Enteignung zum öffentlichen Nutzen sollen die Bürger des einen Landes, die in dem anderen wohnen oder niedergelassen sind, den Bürgern des Landes bezüglich des Schadenersatzes für die erlittenen Beschädigungen gleichgehalten werden.

Artikel 7.

Jeder Vortheil in Bezug auf Niederlassung und Gewerbeausübung, den der eine der vertragenden Theile irgend einer dritten Macht, auf welche Weise es immer sei, gewährt haben möchte oder in Zukunft noch gewähren sollte, wird in gleicher Weise und zu gleicher Zeit gegenüber dem anderen vertragenden Theile zur Anwendung kommen, ohne dass hierfür der Abschluss einer besonderen Uebereinkunft nöthig wird.

Artikel 8.

Die Angehörigen des einen Theiles, welche sich auf dem Gebiete des anderen Theiles befinden, aufhalten oder niedergelassen haben und in die Lage kommen sollten, auf Grund der Bestimmungen des Artikels 4 weggewiesen zu werden, sollen sammt Familie auf Verlangen des ausweisenden Theiles jederzeit von dem anderen Theile wieder übernommen werden. || Unter gleichen Voraussetzungen verpflichtet sich jeder Theil, seine vormaligen Angehörigen, auch wenn sie das Staatsbürgerrecht nach der inländischen Gesetzgebung bereits verloren haben, solange sie nicht in dem anderen oder einem dritten Staate angehörig geworden sind, auf Verlangen des anderen Theiles wieder zu übernehmen. || Eine polizeiliche Zuweisung soll jedoch, sofern nicht das Heimathrecht des Zuzuweisenden durch eine noch gültige unverdächtige Heimathurkunde dargethan ist, gegenseitig nicht stattfinden, bevor die Frage der Uebernahmepflicht erledigt und die letztere von dem pflichtigen Theile ausdrücklich an-

Nr. 10029.
Deutschland
und
Schweiz.
31. Mai 1890.

erkannt ist. || Die Transportkosten bis zur Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz werden von dem zuweisenden Theile getragen.

Artikel 9.

Beide Theile behalten sich in Bezug auf solche Personen, welche vor Erfüllung ihrer Militärflicht die Staatsangehörigkeit gewechselt haben, das Recht vor, ihnen die Befugniss zum bleibenden Aufenthalte oder die Niederlassung in ihrem früheren Heimathlande zu untersagen.

Artikel 10.

Die deutschen Eigenthümer oder Bebauer von Grundstücken in der Schweiz und umgekehrt die schweizerischen Eigenthümer oder Bebauer von Grundstücken im Gebiete des Deutschen Reichs genießen in Bezug auf die Bewirthschaftung ihrer Güter die nämlichen Vortheile, wie die am gleichen Orte wohnenden Inländer, unter der Bedingung, dass sie sich allen für die Landesangehörigen geltenden Verwaltungs- und Polizeiverordnungen unterwerfen.

Artikel 11.

Jeder der vertragenden Theile verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass in seinem Gebiete denjenigen hilfsbedürftigen Angehörigen des anderen Theiles, welche der Kur und Verpflegung benöthigt sind, diese nach den am Aufenthaltsorte für die Verpflegung der eigenen Angehörigen bestehenden Grundsätzen bis dahin zu Theil werde, wo ihre Rückkehr in die Heimath ohne Nachtheil für ihre und Anderer Gesundheit geschehen kann. || Ein Ersatz der hierdurch oder durch die Beerdigung Verstorbener erwachsenden Kosten kann gegen die Staats-, Gemeinde- oder andere öffentliche Kassen desjenigen der vertragenden Theile, welchem der Hilfsbedürftige angehört, nicht beansprucht werden. Für den Fall, dass der Hilfsbedürftige selbst, oder dass andere privatrechtlich Verpflichtete zum Ersatz der Kosten im Stande sind, bleiben die Ansprüche an diese vorbehalten. || Die vertragenden Theile sichern sich auch wechselseitig zu, auf Antrag der zuständigen Behörde die nach der Landesgesetzgebung zulässige Hilfe zu leisten, damit denjenigen, welche die Kosten bestritten haben, diese nach billigen Ansätzen erstattet werden.

Artikel 12.

Der gegenwärtige Vertrag soll am 20. Juli 1890 in Wirksamkeit treten und bis zum 31. Dezember 1900 in Kraft verbleiben. || Im Falle keiner der vertragenden Theile zwölf Monate vor dem Ablaufe des gedachten Zeitraumes seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben sollte, bleibt derselbe in Geltung bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage an, an welchem der eine oder der andere der vertragenden Theile ihn gekündigt hat. || Gegenwärtiger Vertrag soll baldmöglichst ratifizirt und die

Auswechslung der Ratifikations-Urkunden spätestens bis zum 10. Juli dieses Jahres in Bern bewirkt werden.

Nr. 10029.
Deutschland
und
Schweiz.
31. Mai 1890.

Dessen zur Urkunde

haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den vorstehenden Vertrag unterzeichnet, unter Beidrückung ihrer Siegel.

So geschehen in Bern, den 31. Mai 1890.

Otto von Bülow.

Droz.

Schlussprotokoll.

Vor Unterzeichnung des vorliegenden Niederlassungsvertrages haben die unterzeichneten Bevollmächtigten kraft Ermächtigung ihrer beiderseitigen Regierungen eine Verständigung über folgende Punkte getroffen:

1. Bezüglich der bayerischen Staatsangehörigen ist der Königlich bayerische Gesandte bei der Eidgenossenschaft zur Ausstellung des im Artikel 2 erwähnten Zeugnisses zuständig.

2. Solange die Schweiz vermöge ihrer Gesetzgebung nicht eine Bestimmung darüber trifft, dass für ihre Angehörigen, um die Rechte dieses Vertrages im deutschen Reich zu beanspruchen, das im Artikel 2 erwähnte Zeugniß ausschliesslich von ihrer Gesandtschaft und ihren Konsulaten in Deutschland ausgestellt werden muss, werden die deutschen Behörden einem von der betreffenden schweizerischen Gemeindebehörde ausgestellten Heimathschein und einem von dieser erteilten Leumundzeugniß, sofern diese Urkunden von der zuständigen Behörde des Heimathkantons beglaubigt sind, dieselbe Bedeutung wie dem im Artikel 2 erwähnten gesandtschaftlichen Zeugniß beilegen.

3. Die Angehörigen des einen Vertragsstaates, welche kraft des Vertrages vom 27. April 1876 im Gebiete des anderen in gesetzmässiger Weise die Niederlassung erhalten haben, werden derselben ohne weitere Förmlichkeit nach den Bestimmungen des heutigen Vertrages theilhaftig bleiben.

4. In Bezug auf die Heimbeförderung der unter Artikel 8 des heutigen Vertrages erwähnten Personen werden die mittelst Zusatzprotokolls vom 21. Dezember 1881 zu dem Niederlassungsvertrage vom 27. April 1876 festgesetzten Bestimmungen solange in Wirksamkeit bleiben, als nicht das genannte Protokoll durch ein neues Uebereinkommen zwischen beiden Regierungen ersetzt sein wird.

5. Die beiden kontrahirenden Staaten geben sich die gegenseitige Zusicherung, dass in allen Fällen, wo der Artikel 9 in Anwendung kommen wird, der Ausweisung vorausgehend, die Verhältnisse genau untersucht und erwogen werden sollen und, insofern die Umstände ergeben, dass der Nationalitätswechsel bona fide und nicht zum Zweck der Umgehung der Militärpflicht erfolgt ist, die Ausweisung unterbleiben soll.

Gegenwärtiges Protokoll soll die gleiche Kraft haben, wie wenn es wörtlich in dem Vertrage vom heutigen Tage stünde. Es ist von den beiden Vertrags-

Nr. 10029.
Deutschland
und
Schweiz.
31. Mai 1890.

parteien zu ratifiziren, und die Ratifikationen sind in Bern am gleichen Tage und zu gleicher Zeit wie diejenigen des Hauptvertrages auszuwecheln.

Dessen zur Urkunde

haben die Unterzeichneten das gegenwärtige Protokoll in doppeltem Original unterzeichnet und ihre Wappensiegel begedrückt zu Bern am 31. Mai 1890.

Otto von Bülow. Droz.

Der vorstehende Vertrag nebst Schlussprotokoll ist ratifizirt worden, und die Auswechslung der Ratifikations-Urkunden hat am 3. Juli 1890 in Bern stattgefunden.

Der Kündigung des älteren Vertrages zwischen Deutschland und der Schweiz gingen Verhandlungen vorher, über welche zu vergl. Schulthess' Geschichts-Kalender Jahrg. 1889, S. 96. S. 102. S. 104. S. 107. S. 259. Die wesentlichen einschlagenden Noten lauten:

I.

Berlin, den 5. Juni 1889.

Wir haben seit Jahren darunter zu leiden, dass Anarchisten und Verschwörer von der Schweiz aus ihre Unternehmungen gegen den inneren Frieden des deutschen Reichs ungehindert ins Werk setzen durften. Die Centralleitung der deutschen Sozialdemokratie hat ihren Sitz in der Schweiz, hält dort ihre Kongresse zur Berathung und Vorbereitung ihrer Angriffe gegen uns, entsendet von dort ihre Agenten und verbreitet von dort aus die dort gedruckten Brandschriften zur Entzündung des Klassenhasses und zur Vorbereitung des Aufruhrs in Deutschland. Die schwersten anarchistischen Verbrecher, wie Reinsdorf, Neve und Andere, haben ihre politische Ausbildung in der Schweiz erhalten und kommen zur Verübung ihrer Mordthaten unmittelbar aus der Schweiz nach Deutschland.

Diesem Treiben gegenüber haben die deutschen Regierungen bisher in Anerkennung der eidgenössischen Verhältnisse sich prinzipieller Beschwerden enthalten und sich auf die Beobachtung der gegen sie gerichteten Unternehmungen beschränkt. Sie nahmen an, dass es den deutschen Sicherheitsorganen, wie in anderen Ländern, so auch in der Schweiz nicht verwehrt sei, zur Abwehr verbrecherischer Unternehmungen an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen und dabei, wenn nicht auf die Unterstützung, doch sicher auf Duldung und guten Willen der Behörden des befreundeten Nachbarstaats rechnen zu dürfen. Diese Annahme hat sich neuerlich als irrtümlich erwiesen. Schweizer Kantonalbeamte, wie der Polizei-Hauptmann Fischer in Zürich, haben öffentlich die deutschfeindliche revolutionäre Partei gegen uns unterstützt. In dem Falle Wohlgemuth ist es dahin gekommen, dass der deutsche Beamte, noch bevor er Informationen einziehen konnte, verhaftet und nach zehntägiger verbrecher-mässiger Behandlung aus der Schweiz ausgewiesen worden ist.

Dieses Verhalten der Schweizer Behörden steht in Widerspruch mit demjenigen, welches unausgesetzt seitens der kaiserlichen Regierung gegen die Eidgenossenschaft geübt worden ist. Es zeigt, dass die Schweizer Regierung mindestens gleichgültig gegen die Gefahren und Schäden ist, mit welchen befreundete und ihre Neutralität schützende Mächte durch die von der Schweiz aus und unter Konnivenz von Schweizer Behörden gegen sie gerichteten Umtriebe bedroht werden. Das deutsche Reich hat der Schweiz bisher nie etwas Anderes als Wohlwollen bezeugt, und die kaiserliche Regierung würde es beklagen, wenn sie gezwungen wäre, ihre freundliche Haltung zu ändern. Wenn jedoch die Schweiz fernerhin zulässt, dass von ihrem Gebiete aus die deutschen Revolutionäre den inneren Frieden und die Sicherheit des deutschen Reiches bedrohen, so wird die kaiserliche Regierung gezwungen sein, in Gemeinschaft mit den ihr befreundeten Mächten die Frage zu prüfen, inwieweit die Schweizer Neutralität mit den Garantien der Ordnung und des Friedens vereinbar ist, ohne welche das Wohlbefinden der übrigen europäischen Mächte nicht bestehen kann.

Nachdem wesentliche Theile der Verträge, auf welchen die Neutralität der Schweiz beruht, durch den Gang der Ereignisse hinfällig geworden sind, lassen sich die darin zu Gunsten der Schweiz enthaltenen Bestimmungen nur aufrechterhalten, wenn die Verpflichtungen, welche aus ihnen erwachsen sind, auch von der Schweiz erfüllt werden. Dem Schutz der Neutralität durch die Mächte steht seitens der Eidgenossenschaft die Verbindlichkeit gegenüber, nicht zu dulden, dass von der Schweiz aus der Friede und die Sicherheit anderer Mächte bedroht werde.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, dem Herrn Departements-Chef der auswärtigen Angelegenheiten diesen Erlass vorzulesen und ihm auf Wunsch eine Abschrift zurückzulassen.

von Bismarck.

Sr. Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Gesandten,
Herrn von Bülow, Bern.

II.

Berlin, den 6. Juni 1889.

Aus dem Bericht Nr. 59 vom 2. d. M. habe ich mit Bedauern ersehen, dass der Schweizer Bundesrath auf seinem ungerechtfertigten Verhalten beharrt. Wollte ich auf die Note des Herrn Dröz vom 31. v. M. näher eingehen, so würde ich nur schon Gesagtes wiederholen. Es wird sich jetzt darum handeln, die von uns in Aussicht genommenen Maassregeln ins Werk zu setzen.

In der Note des dortigen Herrn Departements-Chefs finden sich jedoch zwei Punkte, welche der Richtigstellung bedürfen.

Die Auslegung, welche der Schweizer Bundesrath dem Artikel 2 des Niederlassungsvertrages vom 27. April 1876 giebt, steht mit dem klarem Wortlaut des Vertrages in Widerspruch. Nach demselben müssen Deutsche, um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen oder sich dort niederzulassen, unter

Nr. 19020.
Deutschland
und
Schweiz.
31. Mai 1890.

Anderem mit einem Leumundszeugniss versehen sein. Diese Fassung wäre unverständlich, wenn die Schweizer Behörden nach ihrem Ermessen von diesem Erforderniss absehen können. Die Erfüllung desselben ist ein Recht, auf welchem jeder der vertragsschliessenden Theile bestehen kann. Die kaiserliche Regierung hat diesen Standpunkt niemals verlassen. Die von Herrn Droz in Bezug genommene und der diesseitigen Weisung entsprechende Note Ihres Herrn Amtsvorgängers vom 10. Dezember 1880 hat diese Seite des Artikels 2 gar nicht berührt. Damals handelte es sich um den Umstand, dass einzelne Kantonalregierungen die Erfüllung der in diesem Artikel aufgestellten Erfordernisse auch von den nur vorübergehend sich in der Schweiz aufhaltenden Deutschen, wie reisenden Handwerksburschen, verlangten. Der Bundesrath hatte in seinem Kreisschreiben vom 13. September 1880 den Kantonen gegenüber die Auffassung vertreten, dass sich Artikel 2 des Vertrages auf einen vorübergehenden Aufenthalt nicht beziehe. Die Note vom 10. Dezember 1880 enthielt nur die Anfrage, ob der Schweizer Bundesrath seine Meinung in dieser Hinsicht geändert habe.

Der dortige Herr Departementschef der auswärtigen Angelegenheiten berührt zwar die Frage, dass die dienstlichen Papiere des Polizei-Inspektors Wohlgenuth demselben eingehalten werden, giebt aber einen Grund für dieses rechtswidrige Verfahren nicht an. Es widerspricht den völkerrechtlichen Gebräuchen und den nachbarlichen Beziehungen, dass ohne Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens, und nachdem sich der Inhaber als Beamter legitimirt hatte, dessen Dienstpapiere, welche mit der in Rede stehenden Angelegenheit gar nicht zusammenhängen, und auf welche ausser dem Beamten dessen vorgesetzte Behörde Anspruch hat, der letzteren vorbehalten werden.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, vorstehenden Erlass Herrn Droz vorzulesen und auf Wunsch Abschrift zurückzulassen.

von Bismarck.

Sr. Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Gesandten.

Herrn von Bülow, Bern.

III.

Varzin, den 26. Juni 1889.

Mit Ew. Hochwohlgeboren Schreiben vom 18. d. M. — Nr. 69 — habe ich die beiden Noten erhalten, welche Herr Droz unterm 15. und 17. an Sie gerichtet hat. Nach Inhalt derselben hat der Bundesrath sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass die kaiserliche Regierung es abgelehnt hat, den Hergang der Wohlgenuth'schen Sache einer neuen Prüfung zu unterziehen.

Wir haben dies in der Ueberzeugung gethan, dass keine neue Prüfung an der Thatsache etwas ändern kann, dass ein kaiserlicher Polizeibeamter, unter Wissen und Mitwirkung eidgenössischer Beamten, auf Schweizer Gebiet gelockt worden ist, um dort eingesperrt zu werden, und dass die Schweizer Centralbehörde sich dieses Verfahren der Kantonalbehörden angeeignet hat, indem sie den kaiserlichen Beamten mit der Strafe der Anweisung belegte. Diese That-

sache würde durch keine weiteren Ermittlungen aus der Welt geschafft werden. Durch diese Ausweisung hat die schweizer Centralbehörde ihren Entschluss bekundet, deutschen Beamten, welche Erkundigungen über das Treiben unserer deutschen Gegner in der Schweiz einzuziehen den Auftrag haben, nicht dieselbe Duldung und Nachsicht zu gewähren, deren die dort befindlichen reichsfeindlichen Deutschen sich in so reichem Maasse erfreuen.

Nachdem uns auf diese Weise die Möglichkeit benommen ist, uns gegen die in der Schweiz geduldeten deutschen Reichsfeinde und gegen deren Umtriebe und Brandschriften durch Beobachtung an Ort und Stelle zu schützen, werden wir, wie dies in meinem Schreiben vom 6. d. M. an Ew. Hochwohlgeboren dargelegt worden, genöthigt sein, die Kontrolle des feindlichen Treibens auf die deutsche Seite der Grenze zu verlegen, obgleich wir uns sagen müssen, dass dies dort nur unvollständiger und mit grossem Schaden für den friedliebenden Theil der Bevölkerung beider Länder durchgeführt werden kann.

Die Maassregeln, welche zu diesem Behufe zu treffen sind, werden nicht ohne Berührung mit den Bestimmungen des Niederlassungsvertrages bleiben können, in Bezug auf welchen die Schweizer Regierung über die Tragweite des Artikels 2 mit uns verschiedener Meinung ist. Der Wortlaut des Vertrages lässt unseres Erachtens eine solche Meinungsverschiedenheit nicht zu. Er bestimmt, dass die sich Niederlassenden mit gewissen Zeugnissen ihrer Heimathbehörde versehen sein müssen. Wenn die Schweizer Auslegung die richtige wäre, wenn jede der beiden Regierungen, und namentlich die deutsche, der andern nur das Recht hätte wahren wollen, diese Zeugnisse zu fordern oder nicht, so würde der Text dahin gefasst worden sein, dass jede der beiden Regierungen die fraglichen Zeugnisse fordern kann, dass sie sich das Recht vorbehält, es zu thun oder zu lassen. Wenn hier das Wort „müssen“ gewählt ist, so beweist dies, dass wir wenigstens schon damals, im Jahre 1876, Werth darauf gelegt haben, gegen die Möglichkeit gesichert zu werden, dass jeder Deutsche, welcher mit den Behörden seines Vaterlandes in Unfrieden lebt, in der Schweiz den Schutz dieses Vertrages für sich in Anspruch nehmen könne. Die Note des Herrn Droz hält diese Auslegung für unzulässig, weil sie mit dem Landeshoheitsrecht der Vertragsschliessenden unverträglich sein würde. Ich könnte darauf einfach erwidern, dass jeder internationale Vertrag, soweit er überhaupt Pflichten und Rechte gewährt, eine Beeinträchtigung der unbeschränkten Freiheit in Ausübung der Souveränitätsrechte eines jeden der Vertragsschliessenden enthält. Dass wir in Deutschland den Artikel 2 des Vertrages vom 27. April 1876 für keine zu weitgehende Beeinträchtigung der Landeshoheit halten, geht aus der Thatsache hervor, dass im deutschen Reiche der Artikel 2 des Vertrages seit länger als einem Jahrzehnt im Sinne unserer Auslegung zur Ausführung gelangt und wir den Schweizer Unterthanen die Niederlassung nur gestatten, wenn sie die im Artikel 2 erwähnten Zeugnisse ihrer Heimath vorlegen. Wenn diese Praxis mit der Souveränität des deutschen Reiches vereinbar ist, so hat für uns natürlich das Argument, dass die

Nr. 10029.
Deutschland
und
Schweiz.
31. Mai 1890.

Schweizer Landeshoheit eine solche Konzession nicht gestatten würde, keine überzeugende Kraft, namentlich da es sich nicht, wie Herr Droz sagt, um admission des étrangers allgemein handelt, sondern nur um die Art der Behandlung deutscher Unterthanen bei ihrer Zulassung in der Schweiz. Dieselben behalten die Eigenschaft deutscher Unterthanen, auch in der Schweiz, und es ist nur natürlich, dass vertragsschliessende Staaten sich über die Behandlung ihrer eigenen Unterthanen im andern Lande besondere Zusicherungen in Verträgen ausbedingen. Die Deutschen, welche in der Schweiz sich niederlassen, bleiben nichtsdestoweniger deutsche Unterthanen, und zwischen zwei Staaten, welche in dem Grade befreundet sind, wie die Schweiz und das deutsche Reich es im Jahre 1876 waren, war es erklärlich und gebräuchlich, dass gegenseitige Zusicherungen des einen über die Behandlung, einschliesslich der Kontrolle, der Unterthanen des andern gegeben wurden. Verträge, wie der Niederlassungsvertrag vom Jahre 1876, sind aber durchführbar nur da, wo, und nur so lange, wie zwischen beiden Theilen das Maass von gegenseitigem Wohlwollen besteht, welchem darin Ausdruck gegeben ist. Zu unserem Bedauern ist unser Wohlwollen für das Schweizer Nachbarland aber zu einem einseitigen geworden, und der Inhalt jener Verträge dürfte mit den durch diese Aenderung geschaffenen Beziehungen nicht mehr in Übereinstimmung sein. Die Schweizer Regierung hat uns bisher den Artikel 2 des Vertrages einfach nicht erfüllt, und gerade darin wird eine der Hauptursachen der beklagenswerthen Veränderung unserer gegenseitigen Beziehungen zu suchen sein. Hätte die Erfüllung stattgefunden, so ist kaum anzunehmen, dass bei den deutschen Regierungen das Bedürfniss fühlbar geworden wäre, ihre in der Schweiz niedergelassenen Unterthanen und deren Treiben polizeilich zu beobachten. Durch die Note vom 15. ist die Nichterfüllung des Art. II. zum ersten Mal prinzipiell und amtlich konstatiert worden. Wir wären daher in der Lage, den Vertrag vom Jahre 1876 wegen amtlicher Ablehnung der Erfüllung von seiten der Schweiz schon jetzt für hinfällig zu erklären. Aus Rücksicht auf die Folgen für die von dieser unvorhergesehenen Aenderung betroffenen Angehörigen beider Länder ziehen wir aber den Weg der im Artikel 11 vorbehaltenen Kündigung vor, und werden Ew. Hochwohlgebornen zu diesem Behufe die nöthigen Ermächtigungen zugehen.

Wenn ich aus der Note vom 17. die Andeutung entnehme, dass die Schweizer Regierung sich mit den ihr wünschenswerth erscheinenden Verbesserungen ihrer internationalen Polizei beschäftigt, so entnehme ich daraus gern die Hoffnung, dass das Ergebniss dieser Bemühungen uns in Zukunft der Nothwendigkeit überheben werde, unseren Schutz gegen verbrecherische Unternehmungen deutscher, in der Schweiz wohnender Sozialdemokraten ausschliesslich selbst und diesseits der Grenze zu übernehmen. Wir werden uns freuen, wenn in der Schweiz Einrichtungen ins Leben treten, welche uns das Vertrauen wiedergeben, dass unsere innere Sicherheit von dorther nicht stärker als an den übrigen Grenzen des deutschen Reiches bedroht ist. Artikel II, des

Vertrages würde, wenn er in der Schweiz mit gleicher Genauigkeit wie in Deutschland bisher gehandhabt worden wäre, schon bisher verhütet haben, dass dieses Vertrauen erschüttert werden konnte, und wir würden den Glauben nicht verloren haben, dass das Wohlwollen der Schweizer gegen ihre deutschen Nachbarn noch heute dasselbe wäre, wie es bei Abschluss eines so intimen Vertrages, wie der von 1876 war, vorausgesetzt wurde.

Nr. 1002.
Deutschland
und
Schweiz.
31. Mai 1890.

Herr Droz schliesst die Note vom 17. mit dem Verlangen, dass wir die Regierung und das Volk der Schweiz nicht für Förderer der Revolution und der Anarchie halten sollen. Ich erinnere mich nicht, dass wir dem auswärtigen Departement der Eidgenossenschaft einen dahin gehenden Vorwurf gemacht hätten. Ich zweifle auch nicht an der Absicht der eidgenössischen Centralbehörde, die Pflichten internationaler Nachbarschaft in dem Sinne des Schlusses der Note zu erfüllen; aber ich muss annehmen, dass die bisherige Gesetzgebung der Schweiz der Central-Regierung nicht die erforderlichen Mittel gewähre, um die Lokalbehörden in einzelnen Kantons zur Beobachtung der Rücksichten gegen auswärtige Mächte nöthigen zu können, welche zur Erhaltung des guten Einvernehmens zwischen benachbarten Ländern unentbehrlich sind. Zu den dazu erforderlichen Attributen der Centralgewalt eines Bundesstaates zählen wir namentlich das Recht, jede Lokalbehörde zur Beobachtung der im Namen der Gesamtheit geschlossenen internationalen Verträge anzuhalten. Ohne eine Sicherheit hierfür würden die deutschen Regierungen kein Interesse daran haben, für den jetzt zu kündigenden Niederlassungsvertrag demnächst einen Ersatz anzustreben.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich, den vorstehenden Erlass dem Herrn Departementschef Droz vorzulesen und ihm, wenn er es wünscht, Abschrift davon zurückzulassen.

von Bismarck.

Sr. Hochwohlgeboren dem kaiserlichen Gesandten,
Herrn von Bülow, Bern.

IV.

(Schweizerische Note.)

Bern, den 9. Juli 1889.

In seiner Note vom 15. Juni hatte der Unterzeichnete erklärt, er werde von sich aus nicht mehr auf die Angelegenheit Wohlgemuth zurückkommen. Wenn er dies heute dennoch thut, so geschieht es lediglich, um die Entgegnung auf die Depesche wiederholt zu betonen: 1. dass die schweizerischen Behörden in keinerlei Weise weder selbst dem Mülhauser Polizeiinspektor eine Falle gestellt, noch an einem derartigen Unternehmen mitgewirkt haben; 2. dass die Verhaftung und nachherige Ausweisung dieses Beamten nicht um dessentwillen erfolgt ist, weil er in der Schweiz Erkundigungen eingezogen habe, sondern weil er daselbst Unruhen stiftete; 3. dass nach unserm Dafürhalten ein freundlicher gegenseitiger Meinungs-austausch über diese Thatsachen volle Klarheit verbreitet haben würde.

Der schweizerische Bundesrat vermag deshalb die Schlussfolgerungen,

S. 101 u.
Deutschland
und
Schweiz.
d. M. d. 1890.

welche Fürst Bismarck aus diesem Zwischenfalle herleitet, nicht als gerechtfertigt anzuerkennen; er ist im Gegentheile der Ansicht, dass er im wohlverstandenen Interesse beider Länder gehandelt hat, indem er seinen festen Entschluss bekundete, jeglicher künstlichen oder wirklichen Agitation auf Schweizer Gebiet ein Ende zu bereiten.

In seinem Erlasse hält der Fürst Reichskanzler bezüglich des Sinnes und der Tragweite des Art. 2 des Niederlassungsvertrages seine Auffassung aufrecht und führt dieselbe weiter aus. Mit tiefem Bedauern hat der Bundesrat wahrgenommen, dass diesem Verträge eine unerwartete Auslegung gegeben wird, von der bis zu den neuesten Mittheilungen der kaiserlichen Regierung zwischen den beiden Staaten nie die Rede gewesen ist. Wollten wir auch zugeben, dass der Wörtlaut des Art. 2 eine zweifache Auslegung zulasse, so hätten wir immerhin von Seite der kaiserlichen Regierung den Nachweis zu gewärtigen, dass der Sinn, den sie demselben beilegt, in Wirklichkeit dem Willen entsprechend sei, welcher bei beiden Theilen zur Zeit des Vertragschlusses bestanden hat.

In dieser Beziehung nun kann aber keinerlei Zweifel obwalten: die Botschaft des Bundesrates an die schweizerische Bundesversammlung über unsern Niederlassungsvertrag mit Deutschland (3. Juni 1876), der Bericht der Kommission des Ständerates (20. Juni 1876) und die Denkschrift des Reichskanzlers an den Reichstag (18. November 1876) über den nämlichen Gegenstand, sie alle beweisen deutlich und übereinstimmend, dass keine der beiden Regierungen sich durch den Vertrag in dem Rechte beschränken wollte, nach eigenem Gutfinden jedermann bei sich aufzunehmen, dass beide vielmehr den einzigen Zweck verfolgten, die Bedingungen festzustellen, unter welchen der Aufenthalt oder die Niederlassung auf dem Gebiete des einen Staates den Angehörigen des andern Staates gestattet werden müsse.

So äusserte sich — um hier nur dieses eine Aktenstück anzuführen — die Denkschrift des Herrn Reichskanzlers mit Bezug auf den Art. 2 des Niederlassungsvertrages wie folgt: „Art. 2 bestimmt, welche Ausweisschriften die Deutschen auf Erfordern beizubringen haben, um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen oder sich dort niederzulassen. Auch in dieser Beziehung wird von den Deutschen nicht mehr verlangt, als von den Angehörigen der Schweizer Kantone“.

Die Worte „auf Erfordern“ können sich, sollen sie anders einen Sinn haben, offenbar nur auf die Schweizer Behörden beziehen. Sie zeigen deutlich, dass nach der Meinung des Verfassers der an den deutschen Reichstag gerichteten Denkschrift die Reichsangehörigen, um sich in der Schweiz niederzulassen, in der Lage sein müssen, die vorgeschriebenen Ausweisschriften zu beschaffen, falls dieselben von ihnen gefordert werden, dass aber die schweizerischen Behörden solche zu fordern keineswegs verpflichtet sind.

Es geht dies auch aus der Geschichte der Unterhandlungen hervor, welche dem Abschlusse des Niederlassungsvertrages mit Deutschland vorausgingen.

Diesem Verträge haben die Staatsverträge ähnlicher Art zur Grundlage gedient, welche von der Schweiz am 31. Oktober 1863 mit dem Grossherzogtum Baden, am 30. Juni 1864 mit Frankreich und am 18. März 1869 mit dem Königreich Württemberg abgeschlossen worden sind. Art. 4 des Vertrages mit Württemberg bestimmt, dass es zur Erlangung der Niederlassungsbefugnis beiderseits genüge, einen Heimatschein, ein Leumundszeugnis, sowie eine Bescheinigung zu hinterlegen, dass der Bewerber sich und seine Familie zu ernähren im Stande sei. Von einer Verpflichtung des einen oder anderen Landes, diese Ausweisschriften zu fordern, ist keine Rede. Die strengere Fassung des Vertrages vom 27. April 1876 ist von dem schweizerischen Bevollmächtigten beantragt worden, um deutlich zu betonen, dass die Bestimmungen der schweizerischen Gesetze über die Fremdenpolizei von den deutschen Angehörigen nicht umgangen werden können, sowie um zwischen diesem Artikel und dem Art. 2 unseres Niederlassungsvertrages mit Frankreich vom 30. Juni 1864 eine übereinstimmende Fassung herzustellen. Letzterer lautet:

„Um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen, oder sich dort niederzulassen, müssen die Franzosen mit einem ihre Staatsangehörigkeit bezeugenden Immatrikulationsschein versehen sein, der ihnen von der französischen Botschaft — auf Vorzeigung von Zeugnissen über sittliche Aufführung und anderer erforderlicher Ausweise — wird ausgestellt werden.“

Beide Texte stimmen, wie man sieht, im wesentlichen überein. Und wie im Jahre 1876 der Kanzler des deutschen Reiches, so hat auch Frankreich die Bestimmungen dieses Artikels niemals als Verpflichtung der Schweiz aufgefasst, ihre Aufenthaltsbewilligung nur solchen Franzosen zu erteilen, welche die daselbst aufgezählten Bedingungen erfüllen, sondern als ein Recht der Schweiz, diese Bedingungen zu stellen. So wurde die Sache auch von den übrigen Ländern aufgefasst, mit welchen ähnliche Uebereinkünfte bestehen.

Wir können unter solchen Umständen nur unser Befremden darüber ausdrücken, wenn heute behauptet wird, es habe schon im Jahre 1876 die kaiserliche Regierung Wert darauf gelegt, durch das Mittel der Bestimmungen des Niederlassungsvertrages die Schweiz daran zu hindern, deutschen Untertanen, welche mit den dortigen Behörden nicht im Frieden leben, Aufnahme zu gewähren. Hat diese Absicht damals wirklich bestanden, so muss sie geheim geblieben sein; denn der deutsche Bevollmächtigte hat dieselbe nicht ausgesprochen, und im Art. 2 des Vertrages findet sie sich nicht niedergelegt. Eine solche Absicht würde übrigens dem Geiste des Vertrages widersprechen, der nicht die Erschwerung, sondern die Erleichterung der Niederlassung zum Zwecke hat und zu diesem Behufe den beiderseitigen Angehörigen das grösstmögliche Maass von Rechten und Vorteilen (Art. 3 und 6) zusichert.

Wir müssen daher den Vorwurf zurückweisen, als hätten wir die Bestimmungen des Vertrages vom 27. April 1876 nicht beobachtet, und der kaiser-

Nr. 10029.
Deutschland
und
Schweiz.
31. Mai 1890.

lichen Regierung entschieden das Recht absprechen, diesen Vertrag als hin-
fällig zu erklären, weil er von unserer Seite nicht erfüllt worden sei.

Was die Art und Weise betrifft, wie der Vertrag von der einen und
anderen Seite erfüllt worden ist, wollen wir uns begnügen, die nachstehenden
Punkte hervorzuheben.

Erstlich sind wir in der Lage, auf Grund bestimmter Erkundigungen zu
behaupten, dass von den in Deutschland niedergelassenen Schweizerbürgern ein
Leumundszeugnis nicht in allen Fällen gefordert worden ist.

Ferner ist zu bemerken, dass sich der schweizerische Bundesrat in ver-
schiedenen amtlichen Erlassen über die Anwendung des Art. 2 deutlich aus-
gesprochen hat. So unter anderm in dem Kreisschreiben vom 13. September
1880, welches eine diplomatische Korrespondenz mit der deutschen Gesandt-
schaft in Bern veranlasste, ferner in dem ergänzenden Kreisschreiben vom
16. Februar 1881 und zu wiederholten Malen in seinem jährlichen Geschäfts-
berichte. Da alle diese Aktenstücke bei ihrem Erscheinen der deutschen
Gesandtschaft übermittelt wurden — ohne dass diese jemals gegen deren
Inhalt eine Einwendung erhob —, so ist schwer ersichtlich, wie die kaiser-
liche Regierung heute erklären kann, es sei die hierseitige Auslegung des
Vertrages erst durch unsere Note vom 15. Juni zu ihrer amtlichen Kenntnis
gelangt.

Wir müssen endlich bemerken, dass unsere kantonalen Polizeibehörden
wohl daran thun, mit Bezug auf die Ausweisschriften von Fremden strenge zu
verfahren, um das Eindringen zweideutiger Elemente, welche so leicht zu einer
Last und einer Gefahr für uns und unser Land werden, zu verhindern. Diese
Erwägung war es auch, welche uns bei der Abfassung des Vertrages vom
27. April 1876 geleitet hat. Ohne den Leumundszeugnissen eine allzu grosse
Bedeutung beizumessen, da diese Papiere oft unter Verumständungen ausgestellt
werden, welche ihnen jede Glaubwürdigkeit benehmen — (kommt es doch vor,
dass anarchistische und revolutionäre Subjekte schlimmster Sorte im Besitze
von Heimatschriften und Leumundszeugnis sich befinden und infolge dessen
arglos aufgenommen werden) —, so sind wir doch in unserem eigenen Inter-
esse weit entfernt, auf diese Garantie verzichten zu wollen. Und wir nehmen
gerne Akt davon, dass inskünftig unsere kantonalen Behörden mit noch grö-
serer Strenge auf der Leistung dieses Ausweises werden bestehen dürfen, ohne
gewärtigen zu müssen, dass die kaiserliche Regierung selbst sich für die Ein-
schlagung eines milderen Verfahrens in der Ausführung der besagten Vertrags-
bestimmung verwende.

Der Bundesrat hofft, der Fürst Reichskanzler werde aus dem Vorgehenden
die Ueberzeugung schöpfen, dass derselbe niemals die ihm zugeschriebene Ab-
sicht gehegt hat, weder die Zulassung Deutscher in der Schweiz von dem
Placet der kaiserlichen Regierung abhängig zu machen, noch das entsprechende

Gegenrecht gegenüber den in Deutschland sich niederlassenden Schweizern für sich in Anspruch zu nehmen. Mag es auch richtig sein, wie der Erlass vom 26. Juni es ausführt, dass jeder internationale Vertrag, soweit er überhaupt Pflichten und Rechte gewährt, eine Beeinträchtigung der unbeschränkten Freiheit in Ausübung der Souveränitätsrechte enthält, so ist doch nicht minder gewiss, dass es Souveränitätsrechte gibt, deren freiwillige Einschränkung auf dem Wege internationaler Abmachungen die Schweiz niemals zugegeben hat und nun und nimmer zugeben wird. Und zu diesen Rechten gehört, wie die ganze Geschichte unseres Landes beweist, die Ausübung des Asylrechtes. Es handelt sich da um Grundsätze, welche wir nicht preisgeben können und welche, wir glauben dies hier betonen zu sollen, auch bei etwaigen Unterhandlungen behufs Abschlusses eines neuen Niederlassungsvertrages mit Deutschland für uns maassgebend sein werden.

Nr. 10023.
Deutschland
und
Schweiz.
31. Mai 1890.

Der Departementschef des Auswärtigen hat schon in seinen früheren Mitteilungen die Maassregeln besprochen, durch welche den anarchistischen und revolutionären Bestrebungen, die vom Schweizergebiet aus gegen die innere Sicherheit des deutschen Reiches gerichtet würden, vorgebeugt und solchen Umtrieben, die allen Vorsichtsmassregeln zum Trotze leider stattfinden, entgegengetreten werden soll. Der Bundesrat kann mit Bezug auf diese Frage die bündigen Erklärungen, welche er bereits gegeben hat, nur wiederholen. Er anerkennt alle internationalen Pflichten, welche der Eidgenössenschaft sowohl wie jedem andern Staate obliegen, der mit befreundeten Ländern gute Beziehungen erhalten will; er hat daher zu jeder Zeit, und zwar durch die That, seinen festen Entschluss bekundet, in der Schweiz keinerlei Handlungen zu dulden, welche mit dem Völkerrechte und den zwischen allen Staaten geltenden Rücksichten im Widerspruch stehen. Der Bundesrat hat dabei lediglich dem Willen des Schweizervolkes Ausdruck gegeben, wie derselbe sich namentlich durch den einstimmigen Beschluss der eidgenössischen Räte geäußert hat, so oft deren gesetzgeberische Mitwirkung eingetreten ist.

Gegenwärtig ist, dank den in den letzten Jahren getroffenen energischen Maassregeln, nicht ein einziger bekannter Führer der anarchistischen und revolutionären Bewegung in der Schweiz niedergelassen oder geduldet. Die von der Bundesversammlung in ihrer letzten Session beschlossene Zentralstelle für die politische Polizei wird die verfassungsmässige Ueberwachung und Verfolgung aller unerlaubten, gefährlichen, die internationalen Beziehungen bedrohenden Kundgebungen erleichtern, sei es, dass dieselben in der Presse oder in Vereinen und Versammlungen zur Erscheinung kommen.

Der schweizerische Bundesrat hegt die Zuversicht, mit den vorstehenden Auseinandersetzungen die kaiserliche Regierung vollständig beruhigt und davon überzeugt zu haben, dass für sie keine Veranlassung vorliege, ausserordentliche, den Interessen beider Staaten zuwiderlaufende Maassregeln zu ergreifen.

Nr. 10029.
Deutschland
und
Schweiz.
31. Mai 1890.

Wir bestehen um so mehr mit Festigkeit darauf, dass unsere Rechte geachtet werden, weil wir den ebenso festen Willen haben, unsere internationalen Verpflichtungen getreu zu erfüllen, und zwar namentlich auch gegenüber dem deutschen Reiche, mit welchem wir immer die besten Beziehungen zu unterhalten beflissen waren.

Droz.

Nr. 10030. DEUTSCHLAND und TÜRKEL. — Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 26. August 1890.

Nr. 10030.
Deutschland
und
Türkei.
6. Aug. 1891.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand, d'une part, et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, d'autre part, étant animés du désir de régler de nouveau et de consolider par un acte spécial les relations d'amitié, de commerce et de navigation entre les deux pays, ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || Le Sieur Joseph de Radowitz, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, Son Conseiller Actuel Intime, || et :
Le Sieur Denis Gillet, Son Conseiller Intime de Légation et Consul Général;

Sa Majesté l'Empereur des Ottomans: || Méhemmed Saïd Paacha, Vézir de l'Empire, Son Ministre des Affaires Etrangères,

lesquels, après s'être donné réciproquement communication de leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont tombés d'accord sur les articles suivants:

Article I.

Les sujets et les produits du sol et de l'industrie, ainsi que les bâtiments de l'une des hautes Parties contractantes auront le droit dans le territoire de l'autre l'exercice et la jouissance de tous les avantages, privilèges et immunités, qui sont ou qui par la suite seraient accordés ou dont le Gouvernement du pays en question pourrait permettre la jouissance aux sujets, aux produits du sol et de l'industrie et aux bâtiments de toute autre nation la plus favorisée.

Article II.

Les sujets de chacune des deux hautes Parties ou leurs ayants-cause pourront acheter dans toutes les parties du territoire de l'autre, soit qu'ils veuillent en faire le commerce à l'intérieur, soit qu'ils se proposent de les exporter, tous les articles sans exception provenant du sol ou de l'industrie. La Sublime Porte confirme la renonciation à l'usage des teskérés ancienne-

ment demandés aux autorités locales pour l'achat des marchandises ou pour leur transport d'un lieu à un autre quand elles étaient achetées.

Nr. 16630.
Deutschland
und
Turkei.
26. Aug. 1890.

Article III.

Les sujets de chacune des deux hautes Parties ne seront soumis sur le territoire de l'autre à aucune taxe, imposition ou charge générale ou locale, de quelque nature que ce soit, autre ou plus élevée que celles qui frappent ou qui frapperont les nationaux les plus favorisés et les sujets de la nation la plus favorisée.

Article IV.

Aucun article ne pourra être assujéti dans les Etats de l'une des deux Parties, lors de son exportation vers les Etats de l'autre, à des droits ou des charges autres ou plus élevés que ceux qui sont ou qui pourraient être exigés lors de l'exportation du même article vers tout autre pays étranger. || En Turquie tout article destiné à l'exportation sera transporté libre de toute espèce de charges à un lieu convenable d'embarquement ou d'exportation par terre; le droit d'exportation n'excèdera pas 1 % calculé sur la valeur à l'échelle et sera payable au moment de l'exportation. Tout article qui aura déjà payé le droit d'exportation n'y sera pas soumis une autre fois quand même il aurait changé de mains.

Article V.

Tout article de fabrication ou de provenance allemande importé par terre ou par mer dans les Etats de Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, et tout article de fabrication ou de provenance ottomane importé par terre ou par mer en Allemagne ne sera soumis dans les Etats de Sa Majesté l'Empereur des Ottomans et en Allemagne à des droits autres ou plus élevés que ceux qui sont ou qui pourraient être payables lors de l'importation du même article produit du sol ou de l'industrie du pays le plus favorisé.

La Sublime Porte s'engage en outre à ne soumettre les articles de fabrication ou de provenance allemande importés dans l'Empire Ottoman à aucun autre droit, ni à des droits excédant ceux indiqués dans le tarif ci-annexé et qui fait partie intégrante du présent traité. || En ce qui concerne les vins, les spiritueux, les papiers à cigarettes, le sucre, le café, la farine, les animaux, les combustibles, les cartes à jouer, les fruits et les légumes, la Sublime Porte se réserve le droit d'augmenter les taxes fixées dans le susdit tarif du montant des surtaxes ou taxes nouvelles qui pourraient être imposées à l'avenir aux produits similaires du sol ou de la fabrication de la Turquie. || Pour ce qui concerne les sucres et les farines, les taxes et les surtaxes de quelque nature qu'elles soient, y compris le droit d'entrée, ne pourront dépasser en aucun cas pour les 100 kilogrammes:

1^o pour les sucres

a) raffiné en pain, entier ou cassé, carré ou en tablettes, pilé ou en farine, sucre candi 60 Piastres or,

Nr. 10030,
Deutschland
und
Türkei.
26. Aug. 1880.

- b) brut 48 Piastres or.
2^o pour les farines
a) de froment 27 Piastres or,
b) d'avoine, d'orge, de maïs et
autres farines non-dénommées 18 Piastres or.

Le droit d'importation sera payable dans les Etats de Sa Majesté l'Empereur des Ottomans au moment du débarquement des marchandises, si elles arrivent par mer, et au premier bureau de douane, si elles viennent par voie de terre. Quant aux importations et exportations par chemins de fer, la perception des droits se fera dans les Etats de Sa Majesté Impériale le Sultan, conformément aux Règlements spéciaux qui seront édictés par le Gouvernement Ottoman sur la base des dispositions généralement adoptées dans les autres pays en pareille matière.

Le paiement des droits se fera aux choix de l'importateur, en or le médjidié d'or à 100 Piastres ou en médjidié d'argent au taux fixé et publié en temps utile chaque trimestre par arrêté de l'Administration centrale ottomane, suivant la moyenne des cours de la place de Constantinople.

Article VI.

En ce qui concerne l'importation, l'exportation, le transit, la mise en entrepôt des marchandises ainsi que les droits à payer de quelque nature qu'ils soient et les formalités douanières de toute espèce, les deux Parties s'engagent à se faire participer immédiatement et sans autre formalité à tous les privilèges, à tous les bénéfices et à toute réduction des droits ainsi qu'à toute autre exemption ou concession qu'elles ont accordées ou qu'elles accorderont à une tierce Puissance.

Article VII.

Tout article qui peut ou qui pourra être légalement importé de l'étranger dans le territoire de l'une des deux Parties contractantes ou qui peut ou qui pourra en être exporté pour l'étranger par les navires nationaux ou par ceux de la nation la plus favorisée, pourra l'être également par les navires de l'autre Partie, sans être soumis à des droits ou charges autres ou plus élevés que ceux qui seraient exigibles si l'article était importé ou exporté sur des bateaux nationaux ou sur ceux de la nation la plus favorisée. Cette égalité de traitement sera appliquée soit que la marchandise vienne directement du pays de production soit qu'elle vienne de tout autre pays.

Article VIII.

Aucun droit quelconque ne sera prélevé sur les marchandises de fabrication ou de provenance allemande ni sur les marchandises de fabrication ou de provenance étrangère appartenant à des sujets allemands ou chargées sur des bâtiments allemands quand ces marchandises passeront par les Détroits des Dardanelles et de la Mer Noire, soit qu'elles traversent ces détroits sur

les bâtiments qui les ont apportées ou qu'elles soient transbordées sur d'autres bâtiments ou que vendues pour l'exportation, elles soient, pour un temps limité, déposées à terre pour continuer leur voyage à bord d'autres bâtiments. Dans ce dernier cas les marchandises devront être entreposées sous les conditions établies dans l'art. XIII.

Nr. 10030.
Deutschland
und
Türkei.
26. Aug. 1890.

Article IX.

Aucun droit de transit ne sera prélevé sur les marchandises allemandes passant par la Turquie. || Est aussi assimilée au régime du transit toute marchandise passant par une partie quelconque de la Turquie et destinée à un endroit de l'Empire Ottoman où elle ne pourrait être introduite sans payer un droit d'entrée.

Quant aux marchandises à destination de l'Égypte ou venant d'Égypte, le régime actuel est maintenu. Il est donc entendu qu'une fois que ces marchandises auront acquitté le droit d'entrée, elles ne seront en aucun cas astreintes à un second paiement de droits.

Les marchandises ottomanes traversant l'Allemagne ne seront soumises à des droits autres ou plus élevés que ceux payables lors du transit des marchandises de la nation la plus favorisée.

Article X.

Seront exempts des droits d'importation dans l'Empire Ottoman, après vérification douanière: || 1^o les cartes d'échantillons les échantillons en morceau coupés de la pièce, ou les échantillons représentant la marchandise, en tant qu'ils ne peuvent servir à aucun autre usage; || 2^o les effets de voyage, les vêtements et le linge des voyageurs servant à leur propre usage; || 3^o les effets et objets importés à l'adresse et destinés à l'usage personnel ou de la famille du chef d'un Consulat Général ou d'un Consulat Allemand établi en Turquie, si ces chefs sont des fonctionnaires de carrière ayant un traitement fixe de leur Gouvernement et en tant que le droit d'importation ne dépasse pas 2500 Piastres or par an; || 4^o les effets et objets importés à l'adresse et destinés à l'usage personnel ou de la famille d'un fonctionnaire diplomatique ou consulaire allemand, quand ces objets et effets sont introduits lors de la première installation de ce fonctionnaire ou de sa famille en Turquie.

Seront en outre exempts des droits d'importation ainsi que de la vérification douanière tous les envois de marchandises arrivés en Turquie par la voie postale, en tant que le poids brut ne dépasse pas 250 grammes et les droits de douane n'excèdent pas 150 Piastres or par 100 kilogrammes. Quant aux envois d'imprimés arrivant sous bande postale, qui jusqu'au poids maximum de deux kilogrammes continueront de jouir de la franchise douanière, le régime actuel est maintenu. || Il est entendu que par la spécification des exceptions ci-dessus il n'est porté aucune atteinte à la franchise douanière dont jouissent les Chefs des Missions diplomatiques en vertu du droit international.

Nr. 10030.
Deutschland
und
Türkei.
23. Aug. 1810.

Article XI.

Les objets passibles d'un droit de douane qui sont importés comme échantillons par des marchands, des industriels et des voyageurs de commerce seront, de part et d'autre, admis en franchise de droits d'entrée et de sortie, à la condition que ces objets soient réexportés sans avoir été vendus et sous réserve de l'accomplissement des formalités de douane nécessaires pour la réexportation ou la mise en entrepôt. || Le délai accordé pour la circulation de ces échantillons sera fixé lors de leur importation et ne pourra être réclamé pour plus d'un an. || La réexportation des échantillons devra être garantie dans les deux pays immédiatement au premier lieu d'entrée soit par dépôt du montant des droits de douane respectifs, soit par cautionnement. Les échantillons importés dans l'un des deux pays par des voyageurs de commerce de l'autre, pourront après leur admission par l'autorité douanière du premier lieu d'entrée et durant le délai accordé pour leur circulation être expédiés par mer à d'autres endroits de ce même pays sans être soumis à un renouvellement des formalités d'entrée, moyennant une déclaration de transport faite à l'autorité douanière compétente.

Article XII.

Aucun droit de tonnage, de port, de pilotage, d'ancrage, de quai, de phare, de quarantaine ou tout autre droit semblable destiné à rémunérer des services rendus, quelle qu'en soit la nature ou la dénomination, perçu ou à percevoir à ce titre au profit du Gouvernement, de particuliers, de corporations ou d'établissements de toute espèce ne sera imposé aux bâtiments de l'un des deux États dans les ports de l'autre si ce droit ne frappe pas également et sous les mêmes conditions les bâtiments nationaux et ceux de la nation la plus favorisée. Cette égalité de traitement s'appliquera réciproquement aux bâtiments des deux pays quelque soit le lieu de leur départ et celui de leur destination.

Article XIII.

Dans les principaux ports et dans les villes importantes, autant que l'intérêt du commerce l'exigera, le Gouvernement Ottoman établira des entrepôts où les articles importés pourront être déposés contre un droit de magasinage ne dépassant pas quatre Piastres par cent kilogrammes bruts ou fraction de cent kilogrammes par mois ou fraction de mois, et, à défaut d'établissements publics de ce genre, il permettra l'entrepôtage des marchandises dans des magasins privés sous la double fermeture de l'autorité douanière et du détenteur et contre un droit de surveillance, conformément aux Règlements douaniers. Le délai d'entrepôtage des marchandises n'excèdera pas douze mois pendant lesquels les importateurs auront la faculté de les réexporter sans payer un droit d'importation ou d'exportation. Passé ce délai, les marchandises seront passibles de l'intégralité des droits d'importation.

Article XIV.

Tout bâtiment considéré comme ottoman par la loi ottomane, et tout bâtiment considéré comme allemand par la loi allemande sera reconnu comme tel par les Parties contractantes. Si un bâtiment était considéré comme allemand d'après la loi allemande et en même temps comme ottoman d'après la loi ottomane, chacune des deux Hautes Parties pourra, dans ses eaux territoriales, traiter ce bâtiment comme appartenant à sa nationalité.

Nr. 10030.
Deutschland
und
Türkei.
26. Aug. 1890.

Article XV.

Les firmans exigés des bâtiments marchands allemands à leur passage par les Dardanelles et le Bosphore, leur seront toujours délivrés de manière à leur occasionner le moins de retard possible.

Article XVI.

L'importation et le transit dans l'Empire Ottoman du tabac sous toutes ses formes et du sel sont et demeurent prohibés. La Sublime Porte s'engage à n'établir d'autres monopoles pendant la durée du présent traité que sur les allumettes de toutes formes et de toutes substances, les cartes à jouer, les papiers à cigarettes et le pétrole. || Les Allemands en Turquie seront soumis, en ce qui concerne le commerce intérieur ou l'exportation de ces articles, aux mêmes régimes et Règlements et acquitteront les mêmes droits que les sujets ottomans les plus favorisés ou ceux de la nation la plus favorisée. Aucune taxe ne sera perçue à l'avenir sur le tabac et le sel quand ces articles seront exportés de la Turquie par des Allemands ou en pays allemand; cependant, les quantités de tabac et de sel qui seront exportées par des Allemands ou par leurs ayants-cause devront être déclarées par les exportateurs à l'Administration des Douanes qui conservera, comme par le passé, son droit de surveillance sur l'exportation de ces produits, sans que pour cela elle puisse prétendre à aucune rétribution soit à titre d'enregistrement soit à tout autre titre.

Article XVII.

L'importation et le transit de la poudre, de la dynamite et d'autres matières explosibles analogues, des canons, des armes de guerre et munitions militaires dans les Etats Ottomans sont formellement prohibés. || Le transit, y compris le passage par les Détroits, de la poudre, des cartouches et des projectiles chargés ou non chargés de poudre, ainsi que des armes dont l'importation est prohibée sera autorisé, dans les circonstances ordinaires, dans le cas où l'Ambassade d'Allemagne en fera spécialement la demande. || Ne sont pas comprises dans cette restriction générale les armes spécifiées dans le tableau ci-annexé qui sera officiellement porté à la connaissance du public. || Le commerce des armes et munitions reste sous la surveillance immédiate et spéciale du Gouvernement Ottoman.

Nr. 10030.
Deutschland
und
Türkei.
28. Aug. 1860.

Article XVIII.

Les capitaines des bâtiments de commerce ayant à bord des marchandises à destination de l'Empire Ottoman seront tenus, immédiatement après leur arrivée au port de destination, de déposer à la douane deux copies exactes de leur manifeste certifiées par eux conformes à l'original. De même ils doivent avant leur départ d'un port ottoman déposer à la douane une copie du manifeste relatant les marchandises chargées sur leur navire.

Le manifeste original, soit à l'arrivée soit au départ, sera présenté en même temps que les copies pour être confronté et restitué dans les vingt-quatre heures. || Les employés de la douane ne peuvent procéder en aucun cas à la visite et à la perquisition des bâtiments de commerce sans en avoir donné au préalable connaissance aux employés consulaires allemands pour leur donner la faculté d'assister. Cette notification aux employés consulaires devra leur être communiquée à temps et mentionner l'heure où l'on procédera à ces formalités. || Les excédants ou déficits résultant du rapprochement des manifestes avec la cargaison donneront lieu à l'application des amendes prévues par le Règlement douanier ottoman. || L'Administration douanière ottomane portera par le dit Règlement à la connaissance du public les mesures nécessaires en vue de prévenir les fraudes et la contrebande tant en ce qui concerne l'introduction des marchandises que l'exportation ou le transit par terre ou par mer par l'entremise des postes, des chemins de fer ou par tous autres voies et moyens.

Article XIX.

Toute opération de douane en Turquie, soit à l'arrivée soit au départ, doit être précédée d'une déclaration spéciale signée par le détenteur de la marchandise ou par son représentant. || La déclaration doit contenir toutes les indications nécessaires pour l'application des droits: ainsi outre la nature, l'espèce, la qualité, la provenance et la destination de la marchandise, elle doit énoncer le poids, le nombre, la mesure ou, suivant le cas, la valeur. La douane devra, en cas de contestation, procéder à la vérification de la susdite déclaration, conformément aux prescriptions spéciales du Règlement mentionné à l'article XX du présent traité. || Tout refus de faire la déclaration à l'arrivée ou au départ, tout retard apporté à la dite déclaration, toute différence en plus ou en moins entre les marchandises et la déclaration donne lieu à l'application de la pénalité prévue par le Règlement douanier ottoman.

Article XX.

Les marchandises introduites en contrebande seront passible de confiscation au profit du Trésor, sans préjudice des droits de douane perçus dans tous les cas et des amendes qui pourraient être légalement exigibles, pourvu que la fraude soit dûment et légalement prouvée et qu'un procès-verbal du fait de contrebande soit dressé et communiqué sans délai à l'autorité consu-

laire du sujet allemand auquel appartiennent les marchandises saisies. Sur la demande de la partie intéressée, l'affaire devra être jugée par le tribunal de commerce, ou, à défaut d'un tel, par un autre tribunal. Tant que ce jugement n'aura pas été rendu, il ne pourra être disposé définitivement des marchandises saisies au profit du fisc ottoman.

Si la douane ottomane a des raisons sérieuses pour présumer l'existence d'articles introduits en contrebande dans des endroits quelconques des districts-frontières, elle pourra procéder dans les magasins ou demeures à toute perquisition immédiate qu'elle jugera nécessaire. || Le double de l'ordre de perquisition sera envoyé à l'autorité consulaire qui devra y assister ou s'y faire représenter sans occasionner aucun retard. || Les contestations sur la nature, l'espèce, la classe, l'origine ou la valeur des marchandises seront vidées par voie administrative. || Le Règlement douanier ottoman déterminera le mode d'exécution des dispositions ci-dessus.

Article XXI.

Si l'Administration douanière ottomane croyait, en vertu de l'article XVII de ce traité, ne pas devoir laisser passer des marchandises qu'elle considérerait comme appartenant à la catégorie des articles prohibés et que les sujets allemands importerait par la voie régulière, elle fera immédiatement connaître par écrit au Ministère Ottoman des Affaires Etrangères et à l'autorité consulaire allemande les motifs du refus de livrer la marchandise. || Le Ministère Ottoman des Affaires Etrangères, après entente avec l'autorité allemande, décidera s'il y a lieu de confirmer le refus de la douane, et dans ce cas, le sujet allemand sera tenu de réexporter la marchandise sans aucun délai; dans le cas contraire, l'Administration douanière laissera passer librement la marchandise après en avoir perçu les droits réglementaires. || Jus'qu'à ce qu'une décision soit prise, la marchandise arrêtée restera en dépôt à la douane qui en sera responsable vis-à-vis du sujet allemand.

Article XXII.

Le présent traité sera exécutoire dans toutes les possessions de Sa Majesté Impériale le Sultan, situées en Europe, en Asie et en Afrique. En ce qui concerne la Principauté vassale de Bulgarie et l'Egypte, toute différence qui, après accord établi dans les limites des Traités et des Firmans Impériaux entre les Agents du Gouvernement Allemand et l'Administration locale, résulterait pour le tarif général faisant partie du présent traité, sera communiquée au Gouvernement Ottoman. || Il est bien entendu qu'à l'arrivée dans les autres parties de l'Empire de marchandises expédiées d'Egypte, munies de Reftiés, conformément à l'article IX, et dont les droits de douane seraient, par suite des modifications consenties, inférieurs à ceux portés sur le tarif général, la différence en plus sera acquittée à la douane du lieu de destination.

Nr. 10030.
Deutschland
und
Türkei.
26. Aug. 1890.

Article XXIII.

Les stipulations du présent traité s'appliquent à l'Empire Allemand ainsi qu'à tout le territoire qui est ou qui sera compris dans l'union douanière allemande.

Article XXIV.

Toutes les stipulations du traité d'amitié et de commerce du 22 Mars 1761 (vieux style), autant qu'elles ne se trouvent pas en contradiction avec la présente convention, ne sont pas atteintes par cette dernière et sont étendues, sous les mêmes conditions à l'Empire Allemand jusqu'à ce qu'une entente ultérieure puisse être établie d'un commun accord relativement aux modifications qu'on jugerait utile d'y apporter.

Article XXV.

Le présent traité avec le tarif y annexé sera substitué au traité entre les Etats du Zollverein Allemand et de la Sublime Porte du 20 Mars 1862 et au traité entre la Sublime Porte et les villes Hanséatiques du 27 Septembre 1862.

Il entrera en vigueur le 1/13 Mars 1891 ou, après entente préalable, avant si possible. Il restera exécutoire pendant vingt et un ans, c'est-à-dire jusqu'au 28. Février/12 Mars 1912, date à laquelle il prendra fin sans qu'il y ait lieu à une dénonciation préalable, sous la réserve qu'au bout de la septième et de la quatorzième année chacune des deux Parties ait le droit de proposer les modifications suggérées par l'expérience. || Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Constantinople le plus tôt possible.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé leurs cachets. || Fait à Constantinople en double original le vingt-sixième jour du mois d'Août de l'an mil huit cent quatre vingt dix.

v. Radowitz.
Gillet.
M. Saïd.

Tarif de douane.

Principes pour l'application de la tare.

1° Aucune tare n'est accordée pour des emballages qui ne sont ni usités dans le commerce, ni appropriés au commerce; ces sortes d'emballages seront considérés comme des marchandises spéciales et taxés en conséquence; néanmoins l'importateur a la faculté de payer pour le total la taxe la plus élevée soit du contenu soit du contenant.

2° Il n'est également accordé aucune tare pour les marchandises d'importation dont les 100 kilos sont assujettis à une taxe de 25 piâstres ou au-dessous, ainsi que pour les récipients renfermant immédiatement les liquides.

Les liquides renfermés dans un double fût n'auront une bonification de tare que pour le fût extérieur, et les liquides en bouteilles et flacons que pour l'emballage qui renferme ces bouteilles ou flacons.

Nr. 10030.
Deutschland
und
Türkei.
26. Aug. 1890.

3° Toutes les marchandises d'importation pour lesquelles une tare est accordée par le tarif acquittent généralement les droits de douane pour le poids résultant de la pesée cumulée du contenu et du contenant après déduction d'un tant pour cent établi dans le tarif pour chacune d'elles. Néanmoins l'importateur a le droit de demander la constatation et la déduction de la tare réelle et d'acquitter les droits d'après le poids net de la marchandise constaté conformément aux règles suivantes.

4° La tare réelle à constater et à déduire se compose:

- a) du poids des récipients usités dans le commerce ou appropriés au commerce, tels que: fûts, caisses en bois même doublées de zinc, de fer-blanc ou de toile cirée, paniers, balles ou sacs, ainsi que du poids de la paille, foin, mousse, rognures de papier, sciures de bois et autres matières semblables de remplissage s'il y en a.
- b) du poids des boîtes en carton, des petites caisses en bois contenant des tissus, bonneteries, rubans, articles de mode, vêtements confectionnés, parasols, parapluies, verreries, porcelaines, articles en albâtre ou en marbre, quincaillerie, bijouterie, tabatières, fleurs artificielles, plumes de parure, éventails, gants, cigares etc. en tant que ces boîtes et petites caisses sont de celles généralement usitées dans le commerce et que, vu leur matière ou travail, il n'y a pas lieu de les traiter et de les taxer comme une marchandise spéciale.

Lorsqu'un nombre donné de colis, de boîtes ou de petites caisses présentent le même contenu, la même grandeur et le même emballage, la constatation de la tare réelle peut se faire par la pesée de l'emballage de l'un ou de plusieurs de ces colis, boîtes ou petites caisses choisis par la douane.

5° Aucune tare n'est applicable pour les emballages intérieurs suivants:

- a) les récipients en verre, en terre, en pierre, en métal, en carton ou en bois qui renferment les produits chimiques, cosmétiques, pharmaceutiques ainsi que les confiseries et les couleurs;
- b) les récipients renfermant hermétiquement les comestibles;
- c) les enveloppes en bois, en cuir, en carton etc. formées d'après les objets qu'elles contiennent, telles que: étuis pour les instruments de musique, d'optique, de chirurgie; néanmoins l'importateur aura le droit de faire taxer séparément le contenu et le contenant;
- d) les boîtes renfermant du thé;
- e) les enveloppes en papier et les ficelles qui recouvrent les ferronneries, les aiguilles, les quincailleries, les verreries, les porcelaines, les tissus, les papiers, l'amidon, les cigares, le tabac etc.;

Nr. 10030.
Deutschland
und
Türkei.
26. Aug. 1890.

- f) les boîtes en carton, en bois ou en métal renfermant les allumettes, capsules, plumes d'acier et autres marchandises qui se vendent usuellement par boîte;
- g) les cartons, planchettes et bobines sur lesquels des fils, rubans, tissus ou des objets confectionnés sont dévidés, roulés ou fixés.

Les enveloppes intérieures énumérées ci-dessus ne seront pas comprises dans le poids net légal à constater toutes les fois que la constatation du poids net réel est prescrite par le tarif; il en sera de même pour les enveloppes qui, n'étant pas généralement usitées dans le commerce, seraient assujetties à une taxe supérieure à celle du contenu. Si dans ce dernier cas l'importateur ne consentait pas à séparer l'enveloppe du contenu, la douane percevra la taxe qui donne lieu à la perception la plus élevée sur le poids résultant de la pesée cumulée du contenant et du contenu.

6^o Est considéré comme: „balle dans le sens du tarif“ ou une enveloppe double de toile d'emballage ou d'autres tissus grossiers semblables, cerclés ou non cerclés, ou une enveloppe double de nattes de jonc, de paille, de roseaux; ou enfin une enveloppe consistant en une couche de toile ou d'autres tissus grossiers et une couche de nattes, de jonc, etc.

7^o La tare fixée dans le tarif pour les balles n'est accordée que jusqu'au poids brut de 400 kilos, à moins que le tarif n'ait disposé autrement. Quant aux balles surpassant cette limite, l'importateur peut réclamer la pesée nette, ou se contenter de la déduction de la tare qui serait accordée pour 400 kilos bruts.

8^o Lorsqu'une marchandise jouissant dans le tarif d'une tare pour les „balles“ est importée dans une enveloppe simple de toile d'emballage ou d'autres tissus grossiers semblables, la tare sera de 2 pour cent sauf les cas où le tarif prescrit pour les sacs (c'est-à-dire pour l'emballage simple) une tare de 1 pour cent. Une enveloppe simple de nattes, de jonc, de roseaux, de paille, jouira de la moitié de la tare établie pour la balle.

9^o La tare établie pour des fûts sera également donnée pour des caisses dans le cas où une tare pour des caisses n'était pas prévue et vice-versa.

10^o Les emballages extérieurs usités dans le commerce mais non spécialement désignés dans le tarif à côté de l'article qu'ils concernent peuvent être séparés du contenu pour la taxation d'après le poids net, si l'article jouissait de la tare pour quelque autre récipient.

11^o Les coffres (caisses ou malles) servant au voyageurs sont exempts même s'ils contiennent des articles passibles de droit de douane mais non destinés pour le commerce.

Jouissent de la même franchise les coffres des commis-voyageurs contenant des échantillons non passibles de droit.

(Folgt der Waaren-Tarif.)

Nr. 10031. DEUTSCHLAND. — Denkschrift des Reichskanzlers, gerichtet an den Reichstag bei Vorlegung der nachfolgenden sieben Actenstücke, betreffend Kolonien und Helgoland. 1. December 1890.

In Ausführung des deutsch-englischen Abkommens vom 1. Juli d. J., welches im Deutschen Reichsanzeiger vom 10. desselben Monats bereits amtlich zur öffentlichen Kenntniss gebracht worden ist und hier nochmals beifolgt, sind verschiedene Abmachungen als Grundlage für die Regelung der Verhältnisse in Ostafrika erforderlich gewesen.

Zunächst handelte es sich um die im Artikel XI des Abkommens vorgesehene Abfindung des Sultans von Zanzibar für die an Deutschland herbeizuführende Abtretung der auf dem Festlande gelegenen und in den vorhandenen Konzessionen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft erwähnten Besitzungen nebst Zubehörungen und der Insel Mafia. Zu diesem Behufe sind zwischen dem Auswärtigen Amt und der Königlich grossbritanischen Botschaft in Berlin die in der Anlage abgedruckten Noten vom 27., beziehungsweise 28. Oktober d. J. gewechselt worden.

Mit der Regierung der französischen Republik war eine Auseinandersetzung aus dem Grunde wünschenswerth, weil Frankreich und Grossbritannien die Unabhängigkeit des Sultans von Zanzibar sich unter dem 10. März 1862 gegenseitig gewährleistet hatten und Deutschland dieser Erklärung im Jahre 1886 beigetreten war. Nachdem bei den bezüglichen Besprechungen von Seiten Frankreichs Werth darauf gelegt wurde, dass Deutschland die französische Schutzherrschaft über Madagaskar mit allen ihren Folgen anerkenne, sind zwischen dem Auswärtigen Amt und der hiesigen Botschaft der französischen Republik die in der Anlage ferner abgedruckten Noten vom 17. November d. J. ausgetauscht worden, durch welche eine Einigung über die in Betracht kommenden Fragen erzielt worden ist.

Durch die aufgeführten Abmachungen waren die Vorbedingungen für eine Verständigung zwischen der Kaiserlichen Regierung und der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft gegeben. Die Beziehungen der letzteren zu dem Sultan von Zanzibar waren zuletzt durch den unter den Anlagen befindlichen Vertrag vom 13. Januar d. J. geregelt worden. Dieser Vertrag ist nunmehr aufgehoben worden und an seine Stelle der gleichfalls beigefügte Vertrag zwischen der Kaiserlichen Regierung und der Gesellschaft vom 20. November d. J. getreten.

Nr. 10032. DEUTSCHLAND und ENGLAND. — Vertrag über Kolonien und Helgoland. 1. Juli 1890.

Die Unterzeichneten:
 der Reichskanzler, General der Infanterie von Caprivi,
 der Geheime Legationsrath im Auswärtigen Amt Dr. Krauel,

Nr. 10032.
 Deutschland
 und
 England.
 1. Juli 1890.

Nr. 10032.
Deutschland
und
England.
1. Juli 1890.

der ausserordentliche und bevollmächtigte Botschafter Ihrer britannischen Majestät Sir Edward Baldwin Malet,
der Vorsteher der afrikanischen Abtheilung Ihrer Majestät Auswärtigen Amts, Sir Henry Percy Anderson,
haben nach Berathung verschiedener, die Kolonialinteressen Deutschlands und Grossbritanniens betreffender Fragen Namens ihrer Regierungen folgendes Abkommen getroffen:

Artikel I.

In Ostafrika wird das Gebiet, welches Deutschland zur Geltendmachung seines Einflusses vorbehalten wird, begrenzt:

1. Im Norden durch eine Linie, welche an der Küste vom Nordufer der Mündung des Umbeflusses, ihren Ausgang nimmt und darauf in gerader Richtung zum Jipe-See läuft. Dem Ostufer des Sees entlang und um das Nordufer desselben herumführend, überschreitet die Linie darauf den Fluss Lumi, um die Landschaften Taveta und Dschagga in der Mitte zu durchschneiden und dann, entlang an dem nördlichen Abhang der Bergkette des Kilima-Ndscharo, in gerader Linie weiter geführt zu werden bis zu demjenigen Punkte am Ostufer des Victoria-Nyanza-Sees, welcher von dem ersten Grad südlicher Breite getroffen wird. Von hier den See auf dem genannten Breitengrade überschreitend, folgt sie dem letzteren bis zur Grenze des Congostaates, wo sie ihr Ende findet. Es ist indessen Einverständniss darüber vorhanden, dass die deutsche Interessenssphäre auf der Westseite des genannten Sees nicht den Mfumbiro-Berg umfasst. Falls sich ergeben sollte, dass dieser Berg südlich des genannten Breitengrades liegt, so soll die Grenzlinie in der Weise gezogen werden, dass sie den Berg von der deutschen Interessenssphäre ausschliesst, gleichwohl aber zu dem vorher bezeichneten Endpunkte zurückkehrt.

2. Im Süden durch eine Linie, welche, an der Küste von der Nordgrenze der Provinz Mozambique ausgehend, dem Laufe des Flusses Rovuma bis zu dem Punkte folgt, wo der Msinjefluss in den Rovuma mündet, und von dort nach Westen weiter auf dem Breitenparallel bis zu dem Ufer des Nyassa-Sees läuft. Dann sich nördwärts wendend, setzt sie sich längs den Ost-, Nord- und Westufern des Sees bis zum nördlichen Ufer der Mündung des Songweflusses fort. Sie geht darauf diesen Fluss bis zu seinem Schnittpunkte mit dem 33. Grad östlicher Länge hinauf und folgt ihm weiter bis zu demjenigen Punkte, wo er der Grenze des in dem ersten Artikel der Berliner Konferenz beschriebenen geographischen Congobeckens, wie dieselbe auf der dem 9. Protokoll der Konferenz beigelegten Karte gezeichnet ist, am nächsten kommt. Von hier geht sie in gerader Linie auf die vorher gedachte Grenze zu und führt an derselben entlang bis zu deren Schnittpunkte mit dem 32. Grad östlicher Länge; sie wendet sich dann in gerader Richtung zu dem Vereinigungspunkte des Nord- und Südarines des Kilamboflusses, welchem sie dann bis zu seiner Mündung in den Tanganika-See folgt.

Der Lauf der vorgedachten Grenze ist im Allgemeinen nach Maassgabe

einer Karte des Nyassa-Tanganika-Plateaus angegeben, welche im Jahre 1889 amtlich für die britische Regierung angefertigt wurde.

Nr. 10032.
Deutschland
und
England.
1. Juli 1890.

3. Im Westen durch eine Linie, welche von der Mündung des Flusses Kilambo bis zum 1. Grade südlicher Breite mit der Grenze des Congostaates zusammenfällt.

Das Grossbritannien zur Geltendmachung seines Einflusses vorbehaltene Gebiet wird begrenzt:

1. Im Süden durch die vorher erwähnte Linie von der Mündung des Umbeflusses zu dem Punkte der Grenze des Congo-Freistaates, welcher von dem 1. Grad südlicher Breite getroffen wird. Der Berg Mfumbiro ist in dieses Gebiet eingeschlossen.

2. Im Norden durch eine Linie, welche an der Küste am Nordufer des Jubaflusses beginnt, dem genannten Ufer des Flusses entlangläuft und mit der Grenze desjenigen Gebiets zusammenfällt, welches dem Einflusse Italiens im Gallalande und in Abyssinien bis zu den Grenzen Aegyptens vorbehalten ist.

3. Im Westen durch den Congo-Freistaat und durch die westliche Wasserscheide des oberen Nilbeckens.

Artikel II.

Um die in dem vorstehenden Artikel bezeichnete Abgrenzung zur Ausführung zu bringen, zieht Deutschland seine Schutzherrschaft über Witu zu Gunsten von Grossbritannien zurück. Grossbritannien verpflichtet sich, die Souveränität des Sultans von Witu über das Gebiet anzuerkennen, welches sich von Kipini bis zu dem im Jahre 1887 als Grenze festgesetzten Punkt gegenüber der Insel von Kweihu erstreckt.

Deutschland verzichtet ferner auf seine Schutzherrschaft über die an Witu grenzende Küste bis nach Kismaju und auf seine Ansprüche auf Gebiete des Festlandes nördlich vom Tanafusse und auf die Inseln Patta und Manda.

Artikel III.

In Südwestafrika wird das Gebiet, welches Deutschland zur Geltendmachung seines Einflusses vorbehalten wird, begrenzt:

1. Im Süden durch eine Linie, welche an der Mündung des Oranjeflusses beginnt und an dem Nordufer des Flusses bis zu dem Punkte hinaufgeht, wo derselbe vom 20. Grad östlicher Länge getroffen wird.

2. Im Osten durch eine Linie, welche von dem vorher genannten Punkte ausgeht und dem 20. Grad östlicher Länge bis zu seinem Schnittpunkte mit dem 22. Grad südlicher Breite folgt. Die Linie läuft sodann diesem Breitengrade nach Osten entlang bis zu dem Punkte, wo er von dem 21. Grad östlicher Länge getroffen wird; sie führt darauf in nördlicher Richtung den genannten Längengrad bis zu seinem Zusammentreffen mit dem 18. Grad südlicher Breite hinauf, läuft dann in östlicher Richtung diesem Breitengrade entlang, bis er den Tschobefluss erreicht, und setzt sich dann im Thalweg des

No. 10032.
Deutschland
und
England,
1. Juli 1890.

Hauptlaufes dieses Flusses bis zu dessen Mündung in den Zambese fort, wo sie ihr Ende findet.

Es ist Einverständniß darüber vorhanden, dass Deutschland durch diese Bestimmung von seinem Schutzgebiet aus freien Zugang zum Zambese mittelst eines Landstreifens erhalten soll, welcher an keiner Stelle weniger als 20 englische Meilen breit ist.

Das Grossbritannien zur Geltendmachung seines Einflusses vorbehaltene Gebiet wird im Westen und Nordwesten durch die vorher bezeichnete Linie begrenzt. Der N'Gami-See ist in dasselbe eingeschlossen.

Der Lauf der vorgedachten Grenze ist im Allgemeinen nach Maassgabe einer Karte wiedergegeben, welche im Jahre 1889 amtlich für die britische Regierung angefertigt wurde.

Die Festsetzung der Südgrenze des britischen Walfischbay-Gebietes wird der Entscheidung durch einen Schiedsspruch vorbehalten, falls nicht innerhalb zweier Jahre von der Unterzeichnung dieses Uebereinkommens an eine Vereinbarung der Mächte über die Grenze getroffen ist. Beide Mächte sind darüber einverstanden, dass, solange die Erledigung der Grenzfrage schwebt, der Durchmarsch und die Durchfuhr von Gütern durch das streitige Gebiet für die beiderseitigen Unterthanen frei und dass die Behandlung der letzteren in dem Gebiete in jeder Hinsicht eine gleiche sein soll. Von Durchgangsgütern wird kein Zoll erhoben, und bis zur Ordnung der Angelegenheit soll das Gebiet als neutrales betrachtet werden.

Artikel IV.

In Westafrika.

1. Die Grenze zwischen dem deutschen Schutzgebiete von Tongo und der britischen Goldküstenkolonie geht an der Küste von den bei den Verhandlungen der beiderseitigen Kommissare vom 14. und 28. Juli 1886 gesetzten Grenzzeichen aus und erstreckt sich in nördlicher Richtung bis zu dem Parallelkreis 6° 10' nördlicher Breite. Von hier aus geht sie westlich dem genannten Breitengrade entlang bis zum linken Ufer des Akafflusses und steigt hierauf den Thalweg des letzteren bis zu dem Breitenparallel 6° 20' nördlicher Breite hinauf. Sie läuft sodann auf diesem Breitengrade in westlicher Richtung weiter bis zu dem rechten Ufer des Dschawe- oder Shavoeflusses, folgt diesem Ufer dieses Flusses bis zu dem Breitenparallel, welcher durch den Punkt der Einmündung des Deinflusses in den Volta bestimmt wird, um dann nach Westen auf dem gedachten Breitengrade bis zum Volta fortgeführt zu werden. Von diesem Punkte an geht sie am linken Ufer des Volta hinauf, bis sie die in dem Abkommen von 1888 vereinbarte neutrale Zone erreicht, welche bei der Einmündung des Dakkaflusses in den Volta ihren Anfang nimmt.

Jede der beiden Mächte verpflichtet sich, unmittelbar nach dem Abschluss dieses Abkommens alle ihre Beamten und Angestellten aus demjenigen Gebiet zurückzuziehen, welches durch die obige Grenzfestsetzung der anderen Macht zugetheilt ist.

2. Nachdem für beide Regierungen glaubhaft nachgewiesen ist, dass sich am Golf von Guinea kein Fluss befindet, welcher dem auf den Karten angegebenen und in dem Abkommen von 1885 erwähnten Rio del Rey entspricht, so ist als vorläufige Grenze zwischen dem deutschen Gebiet von Kamerun und dem angrenzenden britischen Gebiete eine Linie vereinbart worden, die von dem oberen Ende des Rio del Rey-Kreeks ausgehend in gerader Richtung zu dem etwa 9° 8' östlicher Länge gelegenen Punkt läuft, welcher auf der Karte der britischen Admiralität mit „Rapids“ bezeichnet ist.

Nr. 10032.
Deutschland
und
England.
1. Juli 1890.

Artikel V.

Es wird vereinbart, dass durch Verträge und Abkommen, welche von oder zu Gunsten einer der beiden Mächte in den Gegenden nördlich vom Benue getroffen werden, das Recht der anderen Macht, im freien Durchgangsverkehr und ohne Zahlung von Durchgangszöllen nach und von den Ufern des Tschad-Sees Handel zu treiben, nicht beeinträchtigt werden soll.

Von allen Verträgen, welche in dem zwischen dem Benue und Tschad-See belegenen Gebiete geschlossen werden, soll die eine Macht der anderen Anzeige erstatten.

Artikel VI.

Bei allen in den Artikeln I bis IV bezeichneten Abgrenzungslinien können Berichtigungen, welche mit Rücksicht auf örtliche Verhältnisse nöthwendig erscheinen, durch Vereinbarung der beiden Mächte getroffen werden.

Insbesondere ist Einverständnis darüber vorhanden, dass bezüglich der im Artikel IV bezeichneten Grenzen sobald als möglich Kommissare behufs Herbeiführung einer solchen Berichtigung zusammentreten sollen.

Artikel VII.

Jede der beiden Mächte übernimmt die Verpflichtung, sich jeglicher Einmischung in diejenige Interessensphäre zu enthalten, welche der anderen durch Artikel I bis IV des gegenwärtigen Uebereinkommens zuerkannt ist. Keine Macht wird in der Interessensphäre der anderen Erwerbungen machen, Verträge abschliessen, Souveränitätsrechte oder Protektorate übernehmen oder die Ausdehnung des Einflusses der anderen hindern.

Es besteht Einverständnis darüber, dass Gesellschaften oder Privatpersonen, welche der einen Macht angehören, die Ausübung von Souveränitätsrechten innerhalb der Interessensphäre der anderen Macht, ausser mit Zustimmung der letzteren, nicht zu gestatten ist.

Artikel VIII.

Die beiden Mächte verpflichten sich, in allen denjenigen Theilen ihrer Gebiete innerhalb der in der Akte der Berliner Konferenz von 1885 bezeichneten Freihandelszone, auf welche die fünf ersten Artikel der genannten Akte am Tage des gegenwärtigen Abkommens anwendbar sind, die Bestimmungen

Nr. 10032.
Deutschland
und
England.
1. Juli 1890.

dieser Artikel in Anwendung zu bringen. Hiernach genießt der Handel vollständige Freiheit; die Schifffahrt auf den Seen, Flüssen und Kanälen und den daran gelegenen Häfen ist frei für beide Flaggen; keine ungleiche Behandlung mit Bezug auf den Transport oder Küstenhandel ist gestattet; Waaren jeder Herkunft sollen keine anderen Abgaben zu entrichten haben, als solche, welche, unter Ausschluss ungleicher Behandlung, für die zum Nutzen des Handels gemachten Ausgaben erhoben werden mögen; Durchgangszölle dürfen nicht erhoben und keine Monopole oder Handelsbegünstigungen gewährt werden.

Den Angehörigen beider Mächte ist die freie Niederlassung in den beiderseitigen Gebieten, soweit dieselben in der Freihandelszone gelegen sind, gestattet.

Insbesondere herrscht Einverständnis darüber, dass in Gemässheit dieser Bestimmungen von jedem Hemmniss und jedem Durchgangszoll frei sein soll der beiderseitige Güterverkehr zwischen dem Nyassa-See und dem Congostaat, zwischen dem Nyassa- und Tanganika-See, auf dem Tanganika-See und zwischen diesem See und der nördlichen Grenze der beiden Sphären.

Artikel IX.

Handels- und Bergwerks-Konzessionen, sowie Rechte an Grund und Boden, welche Gesellschaften oder Privatpersonen der einen Macht innerhalb der Interessenssphäre der anderen Macht erworben haben, sollen von der letzteren anerkannt werden, sofern die Gültigkeit derselben genügend dargethan ist. Es herrscht Einverständnis darüber, dass die Konzessionen in Gemässheit der an Ort und Stelle gültigen Gesetze und Verordnungen ausgeübt werden müssen.

Artikel X.

In allen Gebieten Afrikas, welche einer der beiden Mächte gehören oder unter ihrem Einfluss stehen, sollen Missionare beider Länder vollen Schutz genießen; religiöse Duldung und Freiheit für alle Formen des Gottesdienstes und für geistlichen Unterricht werden zugesichert.

Artikel XI.

Grossbritannien wird seinen ganzen Einfluss aufbieten, um ein freundschaftliches Uebereinkommen zu erleichtern, wodurch der Sultan von Zanzibar seine auf dem Festland gelegenen und in den vorhandenen Konzessionen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft erwähnten Besitzungen nebst Dependenz, sowie die Insel Mafia an Deutschland ohne Vorbehalt abtritt. Es herrscht Einverständnis darüber, dass Se. Hoheit gleichzeitig für den aus dieser Abtretung entstehenden Verlust an Einnahmen eine billige Entschädigung erhalten soll.

Deutschland verpflichtet sich, die Schutzherrschaft Grossbritanniens anzuerkennen über die verbleibenden Besitzungen des Sultans von Zanzibar mit Einschluss der Inseln Zanzibar und Pemba, sowie über die Besitzungen des

Sultans von Witu und das benachbarte Gebiet bis Kismaju, von wo die deutsche Schutzherrschaft zurückgezogen wird. Es herrscht Einverständniß darüber, dass Ihrer Majestät Regierung, falls die Abtretung der deutschen Küste nicht vor der Uebernahme der Schutzherrschaft über Zanzibar durch Grossbritannien stattgefunden hat, bei der Uebernahme jener Schutzherrschaft die Verpflichtung übernehmen wird, allen ihren Einfluss aufzuwenden, um den Sultan zu veranlassen, jene Abtretung gegen Gewährung einer billigen Entschädigung sobald als möglich vorzunehmen.

Nr. 10032.
Deutschland
und
England.
1. Juli 1890.

Artikel XII.

1. Vorbehaltlich der Zustimmung des britischen Parlaments wird die Souveränität über die Insel Helgoland nebst deren Zubehörungen von Ihrer britischen Majestät an Se. Majestät den Deutschen Kaiser abgetreten.

2. Die deutsche Regierung wird den aus dem abgetretenen Gebiet herkommenden Personen die Befugniß gewähren, vermöge einer vor dem 1. Januar 1892 von ihnen selbst oder bei minderjährigen Kindern von deren Eltern oder Vormündern abzugebenden Erklärung die britische Staatsangehörigkeit zu wählen.

3. Die aus dem abgetretenen Gebiet herkommenden Personen und ihre vor dem Tage der Unterzeichnung dieser Uebereinkunft geborenen Kinder bleiben von der Erfüllung der Wehrpflicht im Kriegsheer und in der Flotte in Deutschland befreit.

4. Die zur Zeit bestehenden heimischen Gesetze und Gewohnheiten bleiben, soweit es möglich ist, unverändert fortbestehen.

5. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, bis zum 1. Januar 1910 den zur Zeit auf dem abgetretenen Gebiet in Geltung befindlichen Zolltarif nicht zu erhöhen.

6. Alle Vermögensrechte, welche Privatpersonen oder bestehende Korporationen der britischen Regierung gegenüber in Helgoland erworben haben, bleiben aufrechterhalten; die ihnen entsprechenden Verpflichtungen gehen auf Se. Majestät den Deutschen Kaiser über. Unter dem Ausdruck „Vermögensrechte“ ist das Signalrecht des Lloyd inbegriffen.

7. Die Rechte der britischen Fischer, bei jeder Witterung zu ankern, Lebensmittel und Wasser einzunehmen, Reparaturen zu machen, die Waaren von einem Schiff auf das andere zu laden, Fische zu verkaufen, zu landen und Netze zu trocknen, bleiben unberührt.

Berlin, den 1. Juli 1890.

von Caprivi.

R. Krauel.

Edward B. Malet.

H. Percy Anderson.

Nr. 10033. ENGLAND und DEUTSCHLAND. — Botschafter in Berlin an den Staatssecretär. Vorschläge über die Entschädigung des Sultans von Zanzibar. Vom 27. October 1890.

Berlin, October 27, 1890.

Monsieur le Baron,

Nr. 10033.
England
und
Deutschland.
27. Oct. 1890.

In pursuance of previous communications on the subject of an accord between Her Majesty's Government and the Imperial Government for a settlement of the amount of indemnity which the Sultan of Zanzibar shall receive for the loss of revenue resulting from the permanent cession to Germany of the Coast line between the Rivers Umba and Rovuma and of the island Mafia, I have now the honour, under instruction from Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, to propose to Your Excellency, on behalf of Her Majesty's Government the following terms of agreement:

I. The Imperial Government to pay in London previous to the end of this year the sum of four millions of Marks in gold.

II. Until this payment is fully completed The Sultan to continue to receive from the German East Africa Company monthly accounts and payments for all customs duties collected by the Company and due under existing agreements. The Customs Revenues which have been kept back since the 30th of June last to be paid over at once.

III. As soon as the sum mentioned in Article I shall be paid the German East Africa Company to withdraw entirely from any interference whatever in the affairs of the Zanzibar Custom House.

IV. The German East Africa Company to vacate and give up to the Sultan at a specified date to be stated in the reply of The Imperial Government to this note, which date shall not be later than the 31st December next, all the warehouses and other buildings belonging to the Sultan and forming part of or adjoining the Zanzibar Custom House and now leased to and occupied by the Company: all arrears of rent for these buildings to be paid up now and in future monthly until evacuation. || I beg Your Excellency to do me the honour to inform me whether The Imperial Government consents to these terms of agreement. || I avail myself of this opportunity, Monsieur le Baron, to renew to Your Excellency the assurance of my highest consideration.

Edward B. Malet.

His Excellency Baron von Marschall
etc. etc. etc.

Nr. 10034. **DEUTSCHLAND** und **ENGLAND**. — Der Staatssecretär an den englischen Botschafter. Nimmt die Vorschläge an. Vom 28. October 1890.

Berlin, den 28. October 1890.

Der Unterzeichnete beehrt sich, Seiner Excellenz dem Königlich grossbritannienischen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, Sir Edward B. Malet, auf die Note vom gestrigen Tage zu erwidern, dass die Kaiserliche Regierung mit den Vorschlägen der Königlich grossbritannienischen Regierung über die Abfindung des Sultans von Zanzibar für die Abtretung seiner auf dem Festlande gelegenen und in den vorhandenen Konzessionen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft erwähnten Besitzungen nebst Dependenzien sowie der Insel Mafia (Artikel XI Absatz 1 des deutsch-englischen Abkommens vom 1. Juli d. J.) einverstanden ist. Im Einzelnen beehrt sich der Unterzeichnete die Zustimmung der Kaiserlichen Regierung zu den nachfolgenden Punkten auszusprechen:

Nr. 10034.
Deutschland
und
England.
28. Oct. 1890

I. Die Kaiserliche Regierung zahlt in London bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres die Summe von 4 (vier) Millionen Mark in Gold.

II. Bis die Zahlung dieser Summe vollständig erfolgt ist, fährt die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft fort, dem Sultan monatliche Abrechnungen über die von ihr eigenommenen Zölle zu geben und ihm diejenigen Zahlungen zu leisten, auf welche er nach den bestehenden Abmachungen Anspruch zu erheben hat. Die Zollbeträge, welche seit dem 30. Juni d. J. einbehalten worden sind, werden sofort ausbezahlt, soweit dies nicht bereits geschehen ist.

III. Nach erfolgter Zahlung der im Artikel I erwähnten Summe wird sich die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft jeder Einmischung in die Angelegenheiten der Zollverwaltung (custom-house) in Zanzibar enthalten.

IV. Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft wird spätestens am 31. Dezember d. J. alle von ihr benutzten Waarenhäuser und sonstigen Gebäude, welche Eigenthum des Sultans sind und entweder einen Theil des Zollhauses in Zanzibar bilden oder sich an dieses anschliessen, räumen und dem Sultan wieder zur Verfügung stellen. Auch wird die Gesellschaft die rückständige Miete für diese Gebäude, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort und die laufende Miete bis zur Räumung monatlich zahlen.

Indem der Unterzeichnete seiner Genugthuung darüber Ausdruck giebt, dass auch diese Angelegenheit nunmehr in befriedigender Weise ihre Erledigung gefunden hat, benutzt u. s. w.

Marschall.

Seiner Excellenz

dem Königlich grossbritannienischen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Sir Edward B. Malet.

Nr. 10035. FRANKREICH und DEUTSCHLAND. — Der Botschafter an den Staatssekretär. — Zustimmung Frankreichs zum deutsch-englischen Vertrag gegen Anerkennung des französischen Protectorats über Madagascar. Vom 17. November 1890.

Berlin, le 17 novembre 1890.

Monsieur le Baron,

Nr. 10035.
Frankreich
und
Deutschland.
17. Nov. 1890.

an cours des entretiens que nous avons eus ensemble au mois d'août dernier, sur les rapports réciproques de l'Allemagne et de la France à la côte orientale d'Afrique, Votre Excellence m'a déclaré que le Gouvernement Impérial était disposé à reconnaître le protectorat de la France à Madagascar avec toutes ses conséquences. || De mon côté, j'ai été en mesure de vous donner, lors de notre entrevue du 6 de ce mois, l'assurance que, dans ces conditions, le Gouvernement de la République Française n'élèverait pas d'objection contre l'acquisition par l'Allemagne de la partie continentale des Etats du Sultan de Zanzibar ainsi que de l'île de Mafia. || Il a, d'ailleurs, été entendu que les ressortissants allemands à Madagascar et les ressortissants français dans les territoires cédés à l'Allemagne par le Sultan de Zanzibar bénéficieraient, sous tous les rapports, du traitement de la nation la plus favorisée. || Dans le but de consacrer définitivement le complet accord des deux Gouvernements sur les points ci-dessus spécifiés, j'ai l'honneur d'adresser à Votre Excellence la présente communication et je vous prie de m'en faire parvenir un accusé de réception confirmatif. || Veuillez agréer, Monsieur le Baron, les assurances de ma très-haute considération.

Jules Herbette.

Nr. 10036. DEUTSCHLAND und FRANKREICH. — Der Staatssekretär an den Botschafter. Antwort auf das Vorhergehende. Vom 17. November 1890.

Berlin, den 17. November 1890.

Nr. 10036.
Deutschland
und
Frankreich.
17. Nov. 1890.

Der Unterzeichnete beehrt sich, Seiner Excellenz dem ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der französischen Republik, Herrn Herbette, den Empfang des Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen und das Einverständnis der Kaiserlichen Regierung zu den darin enthaltenen Erklärungen auszusprechen. Demnach erhebt die Regierung der französischen Republik keinen Einspruch gegen die Erwerbung der festländischen Besitzungen des Sultans von Zanzibar und der Insel Mafia durch Deutschland, und letzteres erkennt die Schutzherrschaft Frankreichs über Madagaskar mit allen ihren Folgen an. Dabei wird ausdrücklich verabredet, dass die deutschen Reichsangehörigen in Madagaskar und die französischen Staatsangehörigen in den bezeichneten, von dem Sultan von Zanzibar an Deutschland abgetretenen Ge-

bieten in allen Beziehungen diejenige Behandlung erfahren sollen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation daselbst zu Theil wird.

Der Unterzeichnete benutzt u. s. w.

Marschall.

Seiner Excellenz Herrn Horbette
etc. etc. etc.

Nr. 10037.
Deutschland
und
Frankreich.
17. Nov. 1890.

Nr. 10037. DEUTSCHLAND und ZANZIBAR. — Vertrag des Sultans mit der ostafrikanischen Gesellschaft vom 13. Januar 1890.

Artikel I.

Seine Hoheit der Sultan überträgt der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft alle Gewalt, welche Ihm auf dem Festlande (Mrima) und in Seinen Territorien und Dependenzen südlich vom Umbafuss zusteht, und Er überlässt und übergiebt derselben die gesammte Verwaltung dieser Gebiete. Die Verwaltung soll von der Gesellschaft im Namen Seiner Hoheit und unter Seiner Flagge sowie unter Wahrung Seiner Souveränitätsrechte geführt werden. Es versteht sich hierbei jedoch, dass die Gesellschaft für alle Angelegenheiten und für die gesammte Verwaltung der in diese Abtretung (concession) eingeschlossenen Gebiete Seiner Hoheit verantwortlich ist und dass Seiner Hoheit dem Sultan weder aus den damit verbundenen Ausgaben, noch aus Krieg und Diya (Blutgeld), noch aus hiermit im Zusammenhang stehenden Ansprüchen Verbindlichkeiten erwachsen sollen und dass Er zu einer Regelung dieser Angelegenheiten nicht herangezogen werden darf. Niemand aussér der Gesellschaft soll das Recht haben, öffentliche Ländereien auf dem Festlande oder sonstwo in den Gebieten, Besitzungen und Dependenzen Seiner Hoheit innerhalb der oben genannten Grenzen zu kaufen, es sei denn, dass der Erwerb durch Vermittelung der Gesellschaft, wie jetzt durch Vermittelung Seiner Hoheit geschieht. Der Sultan gewährt der Gesellschaft auch die Befugniss, von der Bevölkerung des Festlandes innerhalb der bezeichneten Gebietsgrenzen Steuern zu erheben. Seine Hoheit willigt ferner ein, alle Akte und Handlungen, welche erforderlich sind, um die Bestimmungen dieses Vertrages zur Ausführung zu bringen, vorzunehmen und der Gesellschaft mit Seiner ganzen Autorität und Macht zu helfen und beizustehen, damit die gewährten Rechte und Gewalten sichergestellt werden. Die vertragschliessenden Theile sind ferner darüber einig, dass der Inhalt der folgenden Artikel des Vertrages die Rechte, welche von Seiner Hoheit den Unterthanen oder Bürgern von Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, von den Vereinigten Staaten von Amerika oder anderen mit Seiner Hoheit in Vertragsverhältnissen stehenden Mächten bewilligt sind, in keiner Weise beeinträchtigen oder schmälern soll; ebensowenig sollen die Verpflichtungen berührt werden, welche Seiner Hoheit in Folge Seines Bei-

Nr. 10037.
Deutschland
und
Zanzibar.
13. Jan. 1890.

Nr. 10037. trittes zur Generalakte der Berliner Konferenz auferlegt sind oder auferlegt
 Deutschland werden mögen.
 und

Zanzibar.
 13. Jan. 1890.

Artikel II.

Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft, vorbehaltlich der unten vorgesehenen Ausnahmen, in Seinem Namen und an Seiner Statt überall in den obenbezeichneten Gebietsgrenzen Beamte für die Verwaltung Seiner Besitzungen zu bestellen; die erforderliche Anzahl von Unterbeamten zu ernennen; Gesetze für die gedachten Gebiete zu erlassen; Gerichtshöfe einzurichten und überhaupt alle Maassnahmen zu treffen, welche zum Schutz der unter ihrer Regierung stehenden Gebiete und Interessen nothwendig sind. Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft ferner, Verträge mit ihm unterstehenden oder anderen Häuptlingen der Eingeborenen zu schliessen, und sollen solche Verträge und Abmachungen in denjenigen Fällen, in welchen sie im Namen Seiner Hoheit abgeschlossen werden, von Ihm ratifizirt und bestätigt werden. Seine Hoheit willigt auch ein, abgesehen von Seinen Privatländereien und Schambas, alle die Grundgerechtsame, welche Ihm auf dem Festlande von Afrika innerhalb der oben bezeichneten Grenzen zustehen, der Gesellschaft abzutreten und ihr alle Forts und nicht im Gebrauch befindlichen öffentlichen Gebäude zu übergeben, sofern Er sie nicht für Seinen Privatgebrauch zurückzubehalten wünscht. Ein Verzeichniss solcher Gebäude, Pflanzungen oder Besitzungen soll aufgestellt und von Seiner Hoheit und der Gesellschaft genehmigt werden. Ferner ermächtigt Er die Gesellschaft, alles noch nicht in Besitz genommene Land zu erwerben und Bestimmungen über die Okkupation von solchem Land zu treffen; lokale sowie andere Steuern, Abgaben und Zölle auszuschreiben und zu erheben und alle Maassnahmen zu treffen, welche zur Einrichtung und Unterhaltung der Verwaltung, der Streitkräfte, des Justizwesens, zur Anlage und Verbesserung der Wege oder Wasserstrassen oder anderer öffentlicher Arbeiten, sei es für Vertheidigungs- oder sonstige Zwecke, zur Zahlung von Schulden und von Zinsen des aufgewendeten Kapitals nothwendig sind. Die Richter sollen von der Gesellschaft vorbehaltlich der Zustimmung des Sultans bestellt, alle „Kadis“ dagegen sollen von Seiner Hoheit ernannt werden. || In den von Ureinwohnern besiedelten Landstrichen ist die Rechtspflege Sache der Gesellschaft und ihrer Beamten. Die Gehälter der Gouverneure und aller anderen Beamten in den von der Gesellschaft in Besitz genommenen und verwalteten Territorien sollen von derselben bezahlt werden.

Artikel III.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft das Recht, überall innerhalb der durch diesen Vertrag bezeichneten Gebietsgrenzen Handel zu treiben, Eigenthum zu haben, Gebäude zu errichten und mit Zustimmung der Eigenthümer Ländereien oder Häuser durch Kauf oder sonstiges Rechtsgeschäft zu erwerben.

Artikel IV.

Nr. 10037.
Deutschland
und
Zanzibar.
13. Jan. 1890.

Seine Hoheit erteilt der Gesellschaft das besondere und ausschliessliche Recht und die Befugniß, Vorschriften für den Handel und Verkehr, die Schifffahrt auf Flüssen und Seen, die Kontrolle der Fischerei, den Bau von Wegen, Strassen und Eisenbahnen, Kanälen und Telegraphen zu erlassen und hierfür Zölle und Abgaben zu erheben. Insoweit Seine Hoheit nicht Verpflichtungen gegen die anderen Mächte eingegangen ist, überträgt Er der Gesellschaft ferner die Befugniß, die Einfuhr von Waaren, Waffen, Munition, berauschenden Getränken jeglicher Art und allen anderen Gütern, welche nach ihrer Ansicht der öffentlichen Ordnung oder Sittlichkeit schädlich sind, zu beaufsichtigen oder zu verhindern. Es versteht sich indessen, dass bei Ausübung dieser Privilegien und Befugnisse die Verträge, welche zwischen Seiner Hoheit und anderen Mächten abgeschlossen sind, beobachtet werden sollen.

Artikel V.

Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft, in Seinem Namen alle Häfen, welche an den Flussmündungen oder an anderen Stellen Seiner oben bezeichneten Besitzungen gelegen sind, in Besitz zu nehmen, und Er verleiht ihr das Recht, Zollhäuser zu errichten und von Schiffen, Gütern u. s. w., welche in den Häfen ankommen oder aus denselben abgehen, Abgaben zu erheben und alle zur Verfolgung des Schmuggels erforderlichen Maassregeln zu treffen; jedoch sollen auch hier in allen Fällen die Bestimmungen der oben genannten Verträge gewahrt bleiben.

Artikel VI.

Seine Hoheit verleiht der Gesellschaft das ausschliessliche Recht, in allen Theilen der Territorien Seiner Hoheit innerhalb der oben bezeichneten Gebietsgrenzen Blei, Kohlen, Eisen, Kupfer, Zinn, Gold, Silber, Edelsteine, sonstige Metalle und Mineralien, sowie Mineralöle aller Art aufzusuchen und zu gewinnen, hierauf bezügliche Verordnungen zu erlassen und die gedachten Bergwerksrechte zu verpachten oder zu überweisen; ebenso soll die Gesellschaft allein berechtigt sein, mit den gewonnenen Metallen u. s. w., frei von Steuern und Abgaben, Handel zu treiben. Nur an Seine Hoheit hat die Gesellschaft eine mässige Abgabe (royalty) für Mineralien zu entrichten; dieselbe soll 5 Prozent des ersten Preises der Artikel, von welchen die für Gewinnung des Minerals aufgewendeten Kosten in Abzug gebracht sind, nicht übersteigen und später zwischen dem Sultan und der Gesellschaft vereinbart werden. Auch wird der Gesellschaft das Recht eingeräumt, alle Waldbäume, sonstiges Holz, sowie Materialien aller Art für die vorgenannten Arbeiten wie auch zum Handelsbetriebe zu benutzen. Das Bau- und Brennholz indessen, welches unter dem Namen „Burti“ bekannt ist, darf auf dem Festlande auch von Anderen, wie bisher, geschlagen werden, falls sie hierfür die mit der Gesellschaft zu vereinbarenden Abgaben bezahlen; solche Abgaben sollen jedoch nicht für Holz gefordert werden, welches für den Gebrauch Seiner Hoheit gefällt wird.

Nr. 10937.
Deutsch-land
und
Zanzibar.
13. Jan. 1890.

Artikel VII.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft das Recht, in seinen oben erwähnten Territorien ein oder mehrere Bankinstitute mit dem ausschliesslichen Privileg der Nöthenausgabe einzurichten.

Artikel VIII.

Alle zuvor genannten Befugnisse und Privilegien sollen verliehen werden und der Gesellschaft zur Verfolgung ihrer Zwecke und Ziele zustehen für die Zeit von fünfzig (50) Jahren, welche von dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages zu laufen beginnt. Mit dem Ablauf der bezeichneten Zeit fallen alle öffentlichen Werke, Gebäude u. s. w. an den Sultan, seine Erben oder Nachfolger zu einem Schätzungswerth zurück, welcher auf Verlangen von beiderseits bestellten Taxatoren festzusetzen ist.

Artikel IX.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft die „Regie“ oder Pacht der Zölle in sämtlichen Häfen des oben bezeichneten Theiles Seiner Territorien für eine gleiche Zeitperiode, wie die vorher erwähnten anderen Rechte (concessions), und zwar unter den folgenden Bedingungen: || Die Gesellschaft liefert am Ende eines jeden Monats europäischer Zeitrechnung den ganzen Betrag der in den oben bezeichneten Territorien erhobenen Ein- und Ausfuhrzölle an Seine Hoheit ab. Abgezogen wird nur eine gewisse Summe für die Ausgaben, welche durch die Zollerhebung erwachsen. Diese Ausgaben dürfen die Summe von einhundert und siebenzigtausend (170 000) Rupien per Jahr für die ersten drei Jahre des Vertrages nicht übersteigen, und wenn die Gesellschaft nicht in der Lage ist, durch ihre Bücher nachzuweisen, dass sie in Wirklichkeit die obenerwähnte Summe verausgabt hat, so hat sie an Seine Hoheit auch die Differenz zwischen ihren wirklichen Ausgaben und dem Betrage von 170 000 Rupien zu zahlen. || Auf Grund der in den ersten drei Jahren durch die Gesellschaft direkt gemachten Nettozolleingänge (das sind die eingenommenen Jahreszollgelder weniger 170 000 Rupien) soll am 18. August 1891 europäischer Zeitrechnung die Durchschnittssumme, welche von der Gesellschaft jährlich an Seine Hoheit zu zahlen ist, festgesetzt werden; die Gesellschaft soll jedoch das Recht haben, am Ende eines jeden dritten Jahres auf Grund der in den letzten drei Jahren erzielten Ergebnisse, welche durch ihre Bücher nachzuweisen sind, in neue Unterhandlungen mit Seiner Hoheit einzutreten, um die Durchschnittssumme zu revidiren und neu festzusetzen. Seine Hoheit ist berechtigt, einen Beamten zu bestellen, welcher die Zollcinnahmen in den Häfen des hier in Betracht kommenden Gebiets zu kontrolliren hat. || Ferner versteht es sich, dass Seine Hoheit von keinem Zweige des Handels den Zoll zum zweiten Mal beanspruchen darf. Der Gesellschaft steht daher das Recht zu, über die Zollbeamten Seiner Hoheit in Zanzibar zu diesem Behuf eine Kontrolle auszuüben und die Rückvergütung aller Zollbeträge zu verlangen, welche

künftighin etwa von der Einfuhr nach den in diesem Verträge bezeichneten Häfen oder von der Ausfuhr aus denselben direkt an Seine Hoheit bezahlt werden. Die Gesellschaft verzichtet hierbei ausdrücklich auf Rückerstattung solcher Zölle, welche durch Seine Hoheit auf von Europa oder dem Auslande kommende Waaren in Zanzibar vereinnahmt worden sind und die nachträglich von Zanzibar nach dem der Verwaltung der Gesellschaft unterstellten Gebiet ausgeführt werden. Die Gesellschaft verspricht ferner, Seiner Hoheit fünfzig (50) Prozent von dem weiteren Reineinkommen zu zahlen, welches ihr aus den Zollabgaben der hier in Rede stehenden Häfen zufließen wird. Seine Hoheit überträgt der Gesellschaft alle Rechte an den Territorialgewässern, welche innerhalb der oben bezeichneten Grenzen seines Gebiets liegen oder zu denselben gehören; insbesondere soll sie die Befugniß haben, die Beförderung, die Durchfuhr, das Landen und Verschiffen von Waaren und Produkten innerhalb der genannten Gewässer durch Küstenwächter zu Lande und zu Wasser zu beaufsichtigen und zu kontrolliren.

Artikel X.

In Anbetracht der Konzessionen, Befugnisse und Privilegien, welche der Gesellschaft im Vorstehenden eingeräumt sind, sichert dieselbe dem Sultan die Zahlung der Dividende von zwanzig (20) Antheilscheinen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zu je zehntausend (10 000) Mark, das heißt die Zahlung der Dividende eines Kapitalbetrages von ungefähr zehntausend (10 000) Pfund Sterling zu; diese Zusicherung soll ihm den Anspruch auf den, einem solchen Antheil an dem Gesellschaftsvermögen zukommenden Theil desjenigen Reingewinnes geben, welcher ausweislich der Bücher der Gesellschaft vorhanden ist, nachdem Zinsen in Höhe von acht (8) Prozent auf das eingezahlte Kapital der Antheilscheinbesitzer bezahlt worden sind.

Artikel XI.

Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft soll alle Rechte, Privilegien, Abgabefreiheiten und Vortheile genießen, welche anderen Gesellschaften oder Personen eingeräumt sind oder künftighin eingeräumt werden, denen für einen anderen Theil des Herrschaftsgebietes Seiner Hoheit ähnliche Rechte wie die in diesem Verträge gewährten übertragen sind oder übertragen werden mögen.

Artikel XII.

Die im Vorstehenden bezeichneten Rechte (concessions) erstrecken sich nicht auf die Besitzungen Seiner Hoheit auf den Inseln von Zanzibar und Pemba, noch auf Seine Territorien nördlich des Umbaflusses; und es versteht sich, dass alle öffentlichen, richterlichen oder Regierungsbefugnisse und Funktionen, welche der Gesellschaft in diesem Verträge übertragen sind, von derselben nur im Namen und unter der Autorität des Sultans von Zanzibar ausgeübt werden sollen.

Nr. 10037.
Deutschland
und
Zanzibar.
13. Jan. 1890.

Artikel XIII.

Beide Theile sind darüber einig, dass die hier in Rede stehenden Rechtsübertragungen (concessions) und die denselben entsprechenden Verpflichtungen, sowie sie im Vorstehenden dargelegt sind, für beide Theile, ihre Erben und Rechtsnachfolger für den vereinbarten Zeitraum von fünfzig (50) Jahren bindend sein sollen.

Artikel XIV.

Seine Hoheit ist bereit, die im Vorstehenden bezeichneten Zölle, Ländereien und Gebäude der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft an einem von ihr zu wählenden Tage nach dem fünfzehnten (15.) August eintausend achthundert achtundachtzig (1888) zu übertragen.

Artikel XV.

Der gegenwärtige Vertrag ist in vier Abschriften ausgefertigt worden, von denen zwei in englischer und zwei in arabischer Sprache abgefasst sind. Alle diese Abschriften haben denselben Sinn: sollten gleichwohl später Meinungsverschiedenheiten über die richtige Auslegung des englischen und arabischen Textes der einen oder der anderen der Vertragsbestimmungen entstehen, so soll die englische Abschrift als die maassgebende betrachtet werden.
(Folgen Unterschriften und Siegel.)

Nr. 10038. DEUTSCHLAND. — Vertrag des Reiches mit der ostafrikanischen Gesellschaft. Vom 20. November 1890.

Nr. 10038.
Deutschland.
20. Nov. 1890.

Zwischen der Kaiserlichen Regierung einerseits und der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft mit dem Sitz zu Berlin, vertreten durch ihren Vorstand, andererseits wird, nach erfolgter Zustimmung der Hauptversammlung der Mitglieder der Gesellschaft, folgender Vertrag abgeschlossen, in dessen Text unter der „Gesellschaft“ stets die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ verstanden wird.

§. 1.

Die Kaiserliche Regierung beabsichtigt den Abschluss eines Staatsvertrages, durch welchen die Hoheitsrechte über das der deutschen Interessensphäre in Ostafrika vorgelagerte Küstengebiet sammt dessen Zubehörungen und der Insel Mafia gegen Entschädigung Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar an Seine Majestät den Deutschen Kaiser abgetreten werden sollen. Das gegenwärtige Uebereinkommen tritt nur unter der Voraussetzung in Rechtswirkung, dass der vorgedachte Vertrag spätestens am 1. Dezember 1890 zum Abschluss gelangt ist, und dass in diesem Vertrage der Uebergang der Hoheitsrechte von Seiten des Sultans von Zanzibar auf keinen späteren Zeitpunkt, als den 1. Januar 1891, festgesetzt wird.

§. 2.

Nr. 10038.
Deutschland,
20. Nov. 1890.

Zum Zweck der Bezahlung der dem Sultan von Zanzibar für die Abtretung seiner Hoheitsrechte zu gewährender Entschädigung verpflichtet sich die Gesellschaft, der Kaiserlichen Regierung spätestens am 28. Dezember 1890 den Betrag von vier (4) Millionen Mark deutscher Reichswährung in Gold zur Verfügung zu stellen und auszuzahlen. || Die Kaiserliche Regierung wird dafür besorgt sein, dass der Gesellschaft zum Zweck der Aufbringung der Mittel für diese Zahlung sowie zu den im §. 3 dieses Vertrages bezeichneten weiteren Zwecken rechtzeitig die nach dem preussischen Gesetz vom 17. Juni 1833 (Gesetz - Samml. 1833 S. 75) erforderliche landesherrliche Genehmigung zur Aufnahme einer mit 5 Prozent jährlich verzinslichen und halbjährlich mit 0,3257 Prozent ihres Nennbetrages zuzüglich der aus den ersparten Zinsen tilgbaren Nominalbeträge zu amortisirenden, zum Kurse von 105 Prozent rückzahlbaren Darlehensschuld in auf jeden Inhaber lautenden Schuldverschreibungen und die nach § 37 Ziffer 4 und § 42 Ziffer 3 der Satzungen der Gesellschaft nöthige Genehmigung ihrer Aufsichtsbehörde erteilt werden.

§. 3.

Zur Aufbringung der Mittel für die nach §. 2 an die Kaiserliche Regierung zu leistende Zahlung sowie zur Verwendung für dauernde wirthschaftliche Anlagen in dem deutsch-ostafrikanischen Gebiet und zur Beförderung des Verkehrs nach demselben verpflichtet sich die Gesellschaft gegenüber der Kaiserlichen Regierung, eine Anleihe im Gesamtbetrage von 10 556 000 Mark zu schaffen. || Die Gesellschaft ist gehalten, aus dem Erlöse der Anleihe, soweit sie die im § 2 vorgesehene, sofort zu leistende Zahlung übersteigt, die Betonung der Häfen im Küstengebiete nach Massgabe des unter dem 27. Mai 1890 von Seiten des Reichsmarine-Amtes ausgearbeiteten Planes (Anlage*) auszuführen, sowie Beleuchtungsanlagen im Höchstbetrage von 250 000 Mark zu machen. Mit dieser Arbeit wird spätestens am 1. April 1891 begonnen werden.

Eine Verwendung des Erlöses der Anleihe muss, sofern diese Verwendung sich nicht innerhalb der im Absatz 1 gedachten Zweckbestimmung hält, auf Verlangen der Kaiserlichen Regierung unterbleiben. || Die Verwendung muss innerhalb der ersten 10 Jahre erfolgen, soweit die Kaiserliche Regierung eine Verlängerung nicht eintreten lässt.

§. 4.

Der von der Gesellschaft am 28. April 1888 mit Seiner Hoheit dem Sultan von Zanzibar abgeschlossene und durch das Nachtrags-Uebereinkommen vom 13. Januar 1890 modifizierte Vertrag wird mit dem Zeitpunkte der Zahlung der Abfindungssumme (§. 2) ausser Kraft gesetzt, insoweit seine Festsetzungen nicht durch den gegenwärtigen Vertrag ausdrücklich aufrechterhalten werden.

*) Hier nicht mit abgedruckt.

Nr. 10035.
Deutschland.
20. Nov. 1890.

Die Kaiserliche Regierung übernimmt von diesem Zeitpunkte ab die Verwaltung des Küstengebietes und seiner Zubehörungen, der Insel Mafia, sowie des Schutzgebietes. || Der Kaiserlichen Regierung fallen dementsprechend alle vom Zeitpunkte der Uebernahme der Verwaltung ab eingehenden Zölle, sowie die etwa zur Hebung gelangenden Steuern und sonstigen Gefälle jeder Art zu.

§. 5.

Dagegen verpflichtet sich die Kaiserliche Regierung, vom 1. Januar 1891 ab bis dahin, dass die von der Gesellschaft aufzunehmende Anleihe (§§. 2 und 3) zur völligen planmässigen Tilgung gelangt ist, an die von der Gesellschaft zu bezeichnende Stelle zum Zweck der Verzinsung und Amortisation der aufzunehmenden Anleihe aus den von der Kaiserlichen Regierung vereinnahmten Brutto-Zollerträgen der Ein- und Ausfuhr in das Küstengebiet, beziehungsweise aus demselben, ohne jeden Abzug und ohne jede Aufrechnung unter allen Umständen, den Jahresbetrag von sechshunderttausend (600 000) Mark zu zahlen.

Die Zahlung erfolgt in halbjährlichen Raten von je 300 000 Mark an jedem 20. Juni und 20. Dezember. || Vier Wochen nach Abschluss jeder Monatsaufstellung der Zolleingänge wird der Gesellschaft von ihrem Betrage Kenntniss gegeben.

§. 6.

So lange die Verpflichtung der Kaiserlichen Regierung zu der im §. 5 bedingenen Zahlung besteht, wird die Kaiserliche Regierung Aenderungen der zur Zeit des Vertragsschlusses an der Küste geltenden Zollsätze nicht eintreten lassen, sofern eine solche Aenderung das Aufkommen eines Brutto-Zollertragnisses von mindestens 600 000 Mark jährlich gefährdet. || Werden Zollstellen seitens der Kaiserlichen Regierung ausserhalb des Küstengebiets errichtet, so werden für die Dauer der Vertragszeit auch die Erträgnisse dieser Zollstellen zur Aufbringung der vorerwähnten 600 000 Mark verwendet werden. || Falls in einem Jahre oder in einer Mehrheit von Jahren der für den Dienst der Anleihe erforderliche Betrag von 600 000 Mark durch die Bruttoerträgnisse der Zölle nicht erbracht werden sollte, ist die Differenz aus den den Betrag von 600 000 Mark überschreitenden Erträgnissen späterer Jahre nachzuzahlen (§. 5).

§. 7.

Die Kaiserliche Regierung räumt der Gesellschaft als ein ferneres Entgelt für die Aufgabe ihrer Rechte aus dem Vertrage vom ^{28. April 1888} _{13. Januar 1890} die folgenden Befugnisse ein:

1. Unbeschadet der von der Gesellschaft ausserhalb des Küstengebietes, seiner Zubehörungen und der Insel Mafia (§. 2), sowie ausserhalb des Gebietes, für welches der Kaiserliche Schutzbrief erteilt ist, vertragsmässig erworbenen Rechte tritt die Kaiserliche Regierung der Gesellschaft für das Küstengebiet, dessen Zubehörungen, die Insel Mafia und das Gebiet des Schutzbriefes das ausschliessliche Recht auf den Eigen-

thumserwerb durch Ergreifung des Besitzes (Okkupationsrecht) an herrenlosen Grundstücken und deren unbeweglichen Zubehörungen, vornehmlich also auch das Okkupationsrecht an Wäldern ab, jedoch mit dem Vorbehalt || a) der wohlerworbenen Rechte Dritter an dergleichen herrenlosen Grundstücken; || b) des Rechts der Kaiserlichen Regierung, herrenlose Grundstücke, insoweit solche nach ihrem Ermessen zu öffentlichen Bauten im Interesse der Verwaltung und der Sicherung des Küsten- und des Schutzgebietes erfordert werden, durch Okkupation für das Reich zu Eigentum zu erwerben; || c) des Rechts der Kaiserlichen Regierung, für die Ausnutzung der Wälder auch für die Gesellschaft verbindliche Gesetze und Verordnungen im Interesse der Landes- und Forstkultur zu erlassen.

2. In Bezug auf die Gewinnung von Mineralien werden der Gesellschaft für das Küstengebiet, dessen Zubehörungen, die Insel Mafia und das Gebiet des Kaiserlichen Schutzbriefes, gleichviel ob die Gesellschaft selbst oder ein Anderer der Finder ist, die gleichen Vortheile insbesondere auf die Verleihung von Feldern eingeräumt, welche die in jenen Gebieten jeweilig geltende Gesetzgebung dem Finder zugesteht. Ausserdem verpflichtet sich die Kaiserliche Regierung, bei Verleihung von Feldern an Andere, als die Gesellschaft, dem Beliehenden, insofern er nicht der Finder ist, eine Abgabe von fünf (5) Prozent der von ihm geförderten Mineralien zu Gunsten der Gesellschaft aufzuerlegen.
3. Bei der Konzessionirung des Baues und Betriebes von Eisenbahnen im Küstengebiet, dessen Zubehörungen, auf der Insel Mafia und in dem Gebiet des Kaiserlichen Schutzbriefes soll der Gesellschaft im Falle der Uebernahme und der Erfüllung der gestellten Konzessionsbedingungen ein Vorrecht vor anderen Bewerbern zustehen. Die ihr, im Falle sie von diesem Vorrecht Gebrauch macht, zu ertheilende Bau- und Betriebs-erlaubniss soll übertragbar sein.
4. Der Gesellschaft wird das Recht auf Errichtung einer Bank mit dem Privilegium der Ausgabe von Noten ertheilt werden.
5. Die Gesellschaft verbleibt im Besitz der ihr zur Zeit des Vertragschlusses zustehenden Befugniss, Kupfer- und Silbermünzen, welche an den öffentlichen Kassen des Küstengebiets, dessen Zubehörungen und der Insel Mafia, sowie des Gebiets des Kaiserlichen Schutzbriefes in Zahlung genommen werden müssen, zu prägen und auszugeben.

§. 8.

Vor dem Erlass von Gesetzen und Verordnungen für das Küstengebiet, dessen Zubehörungen, die Insel Mafia und das Gebiet des Kaiserlichen Schutzbriefes wird die Kaiserliche Regierung die Gesellschaft zur gutachtlichen Aeusserung auffordern, sofern nicht die Dringlichkeit des Falles eine Abweichung von der Regel erheischt.

Nr. 10038.
Deutschland.
20. Nov. 1890.

§. 9.

Insoweit es sich nicht um Rechte handelt, welche die Gesellschaft auf Grund der ihr hier eingeräumten Befugnisse während der Dauer dieses Vertrages erworben hat (vergl. §. 7), tritt das gegenwärtige Uebereinkommen ausser Geltung, sobald die aufzunehmende Anleihe (§§. 2 und 3) getilgt ist.

Berlin, den 20. November 1890.

Der Reichskanzler.
von Caprivi.

Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft.

Die Direction:

Lucas. Bourgeau.

Die Vorsitzenden des Aufsichtsraths:

K. v. d. Heydt. Hugo Oppenheim.

Nr. 10039. DEUTSCHLAND. — Denkschrift über die Beweggründe zu dem deutsch-englischen Abkommen*).

Nr. 10039.
Deutschland.

Nachdem das deutsch-englische Abkommen vom 1. Juli d. J. die zu seiner Gültigkeit erforderlichen Stadien soweit durchlaufen hat, dass seiner Ausführung Hindernisse nicht mehr entgegenstehen, sollen nunmehr diejenigen Gesichtspunkte dargelegt werden, welche für die Kaiserliche Regierung bei Abschluss desselben maassgebend gewesen sind.

Allem voran stand das Bestreben, unsere durch Stammesverwandtschaft und durch die geschichtliche Entwicklung beider Staaten gegebenen guten Beziehungen zu England weiter zu erhalten und zu befestigen und dadurch dem eigenen Interesse wie dem des Weltfriedens zu dienen. Mit der durch die Ausdehnung unserer überseeischen Beziehungen und kolonialen Bestrebungen gegebenen Vermehrung der Berührungspunkte mit anderen Staaten, namentlich mit England, hatte auch die Wahrscheinlichkeit, verstimmende Reibungen, weiter wirkende Differenzen nicht immer vermeiden zu können, zugenommen. Solche Wirkungen sich nicht bis auf die allgemeine Politik fortsetzen und diese dadurch gefährden zu lassen, musste das vornehmste Ziel der Verhandlungen sein. Der Gedanke: um eines kolonialen Zwistes willen in letzter Instanz zum Zerwürfniss mit England gedrängt werden zu können, durfte keinen Raum gewinnen. Es konnte nicht zweifelhaft sein, dass unser kolonialer Besitz materiell bei weitem nicht werthvoll genug ist, um etwa gar die Nachtheile eines den beiderseitigen Wohlstand auf das tiefste erschütternden Krieges aufzuwägen. Aber nicht blos der Krieg mit den Waffen in der Hand musste vermieden werden, auch die Verfeindung der Nationen, die Verbitterung der Stimmung in weiteren Interessentenkreisen, die diplomatische Fehde durften in unserem kolonialen Besitz keinen Boden finden.

*) Aus dem Reichs-Anzeiger vom 29. Juli 1890.

Wir wünschen dringend, die alten guten Beziehungen zu England auch auf die Zukunft zu übertragen.

Nr. 10039.
Deutschland.

Wie weit Gemeinsamkeit der Interessen oder verbrieftete Verträge im Stande sind, in unserer schnelllebenden Zeit die Politik der Staaten über allen Wechsel der Personen und der Verhältnisse fort auf längere Zeiträume festzubinden, mag dahingestellt bleiben. Zweifellos aber wird das sicherste Mittel für ein freundschaftliches Einvernehmen zwischen zwei Staaten auf die Dauer darin gesucht werden können, dass man sich bestrebt, alle diejenigen Punkte zu finden und zu begleichen, welche, die Keime künftiger Verwickelungen in sich tragend, die Nationen mit der Zeit einander entfremden könnten. Je mehr die Politik mit nationalem Empfinden, mit gesteigertem Ehrgefühl der Völker zu rechnen hat, um so mehr muss sie danach trachten, schon früh die ersten Anfänge nationaler Verstimmungen zu entfernen.

Aber auch von dem begrenzteren Standpunkt der gedeihlichen Entwicklung unserer eigenen überseeischen Politik wäre jede weitergreifende Differenz mit England tief zu beklagen. Wir sind in unseren überseeischen Beziehungen vielfach auf das freundschaftliche Verhalten der grösseren, älteren Seemacht angewiesen. England gestattet unserer Marine überall bereitwillig die Mitbenutzung seiner Häfen, Docks und anderer maritimen Anstalten; Handels- und Kriegsmarine beider Länder erfreuen sich gegenseitigen Wohlwollens.

Nicht in demselben Maasse indess war es überall geglückt, auch aus der kolonialen Politik beider Reiche unliebsame Differenzen fernzuhalten. Es waren hie und da Reibungen zwischen den beiderseitigen Gesellschaften und Organen, welche sich die Pflege kolonialer Angelegenheiten und Interessen zur Aufgabe gemacht hatten, eingetreten. Diese sich in scheinbar unbegrenzten Räumen bewegenden und mit unbenannten Grössen rechnenden, vielfach mehr an die Phantasie als an das Urtheil ihrer Landsleute appellirenden Gesellschaften und Organe verstanden es nicht selten, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, und es konnte nicht ausbleiben, dass dabei auch die Regierungen in eine gewisse Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Konkurrenz und die Eifersucht der Kolonial-Interessenten brachten es mit sich, dass fortwährend Reklamationen wegen der wirklichen und vermeintlichen Uebergrieffe der Einen gegen die Anderen erhoben wurden, und dass die Regierungen einen wesentlichen Theil ihrer internationalen Beziehungen in der Erledigung dieser Reklamationen erblicken mussten. Seit 1886 wurde über diese Ansprüche und Streitigkeiten der gegenseitigen Interessenten zwischen den Regierungen verhandelt, im einzelnen Falle diese und jene Streitigkeit ausgeglichen oder vertragen; im Allgemeinen aber blieb als Ergebniss, dass eine völlige Vergleichung nicht eingetreten war. Die Nothwendigkeit, diesem Zustande fortdauernder, das gute Einvernehmen beeinträchtigender Zwistigkeiten ein Ende zu machen, war der deutschen wie der englischen Regierung zum Bewusstsein gekommen. Anfangs dieses Frühjahrs hatten sich deshalb beide Regierungen verständigt, sämtliche strittigen Fragen durch Delegirte einer genauen Prüfung zu unter-

Nr. 19039.
Deutschland.

ziehen und dabei zu versuchen, inwieweit sich auf Grund dieser mündlichen Erörterungen eine Einigung erreichen lassen werde.

Am 3. Mai d. J. traf zu diesem Behuf Sir Percy Anderson in Berlin ein und ging mit dem Geheimen Legations-Rath Dr. Krauel in mehrfachen Berathungen die sämmtlichen afrikanischen Streitpunkte durch. Es stellte sich dabei bald heraus, dass diese Detail-Erörterungen die Angelegenheit nicht abschliessen konnten, und musste vielmehr versucht werden, einen allgemeinen Standpunkt zu finden. Es wurde daher diesseits als für uns leitender Gesichtspunkt hingestellt, dass die verschiedenen streitigen Gegenstände als ein untrennbares Ganzes behandelt, und dass als Tauschobjekte diejenigen Punkte verwerthet werden sollten, deren relativer Werth für die beiden Staaten ein verschiedener war, so dass das Interesse des einen mit dem des anderen bei einem Umtausch vereinigt werden konnte. Es erschien wohl möglich, einen Vertrag zu Stande zu bringen, in welchem zwar keiner der beiden Theile alle seine Wünsche befriedigt sehen würde, in welchem aber auch Jeder von Beiden einen Gewinn gerade an denjenigen Stellen zu verzeichnen hätte, welche von seinem besonderen Standpunkt aus die werthvolleren waren.

Nachdem diese Gesichtspunkte die Allerhöchste Billigung Sr. Majestät des Kaisers erlangt hatten, konnte der deutsche Botschafter Graf Hatzfeldt die bezüglichen, allgemeineren Verhandlungen mit Lord Salisbury in London beginnen. Bereits am 17. Juni kam es zu der vorläufigen Verständigung, welche in Nr. 145 des „Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeigers“ veröffentlicht ist. Die Einzelheiten dieses Abkommens wurden sodann zwischen den-obengenannten Delegirten der beiden Regierungen in Berlin auf der nunmehr gefundenen Grundlage durchgearbeitet, und es konnte nach angestrebter Arbeit das Abkommen am 1. Juli Abends gezeichnet werden.

Im Einzelnen waren dabei für uns folgende Erwägungen maassgebend gewesen:

I. West- und Südwest-Afrika.

Das deutsche Togogebiet, welches reich an kulturfähigem Land ist und fast alle tropischen Produkte hervorbringt, kann in Zukunft ein ergiebiges Feld für den Betrieb von Plantagen bieten. Die in dieser Beziehung eingeleiteten Unternehmungen befinden sich indessen noch in den ersten Anfängen. Von Bedeutung ist einstweilen allein der Handelsverkehr, welcher eine erfreuliche Entwicklung genommen hat. An dem nur wenige Meilen langen Küstenstreifen von Lome bis Klein-Popo sind 11 europäische Firmen angesessen, welche in der Zeit vom 1. April 1888 bis 31. März 1889 einheimische Produkte — namentlich Palmöl, Palmkerne, Gummi, Elfenbein, Erdnüsse — im Werthe von 1 900 000 Mark angeführt haben und deren Einfuhr nach Togo sich in der gedachten Zeit auf einen Werth von 2 Millionen Mark beziffert hat. Der gedachte Verkehr wurde durch 112 Schiffe, welche die Rhede von Klein-Popo anliefen, vermittelt. Für das Jahr 1889/90 liegen genaue stati-

stische Nachrichten noch nicht vor; nach dem Ergebniss der Zolleinnahmen darf aber erwartet werden, dass der Handelsumsatz sich auch in diesem Zeitraum, mancher ungünstig wirkenden Verhältnisse ungeachtet, ungefähr auf gleichem Niveau wie im Vorjahre gehalten hat.

Bei der räumlich geringen Ausdehnung des Schutzgebietes, welches im Osten durch französisches und im Westen durch englisches Gebiet begrenzt wird, ist für die Weiterentwicklung des Handels in Togo der Verkehr mit dem Hinterlande von grösster Bedeutung. Um das in gerader Linie hinter dem Togogebiet liegende Hinterland zu erforschen und dem Handel zu erschliessen, ist seiner Zeit im Adlilande die Station Bismarcksburg angelegt worden. Von dort aus sind freundliche Beziehungen mit den umliegenden Eingeborenen-Stämmen angeknüpft und auch in anderer Beziehung (Beförderung der Gummi-Gewinnung etc.) Erfolge erzielt worden. Wichtiger als diese Gebiete sind aber die nordwestlich von der deutschen und hinter der englischen Interessensphäre gelegenen Gegenden von Salaga, Jendi und Gambaga, welche theils von heidnischen, theilweise aber auch schon von mohammedanischen Völkerschaften bewohnt sind. Von dort aus findet schon jetzt ein reger Karawanenverkehr nach der Küste statt. Den Berichten der deutschen Forschungsreisenden (Hauptmann von François und Dr. Wolf) zufolge ist der Handel nach jenen Gegenden aber einer weiteren sehr erheblichen Steigerung fähig. Namentlich kommt in dieser Beziehung die Stadt Salaga in Betracht, welche einerseits den Mittelpunkt für die aus dem Innern Afrikas und den Gegenden des oberen Niger kommenden Karawanen und den Stapelplatz für die Produkte jener Gegenden bildet, auf deren Markt andererseits aber auch für europäische Artikel reicher Absatz geboten ist. Um jene Gegenden dem deutschen wie dem englischen Unternehmungsgeist nutzbar zu machen, ist in dem im Jahre 1888 mit England abgeschlossenen Abkommen vereinbart worden, dass dieselben neutral bleiben sollen, und dass in dieser neutralen Zone keine der beiden Mächte Hoheitsrechte erwerben darf. Jedenfalls würde Deutschland Unternehmungen gegenüber, welche diese Neutralität berühren könnten, auf Grund der von dem Hauptmann von François geschlossenen Schutzverträge das Recht der Priorität zu beanspruchen haben.

Wenn durch diese Maassnahmen dafür Sorge getragen ist, dem Handel von Togo weite Gebiete offen zu halten, so hat es sich aber weiter als nöthig erwiesen, auch dafür Vorkehrungen zu treffen, dass eine bequeme und sichere Verbindung zwischen Salaga und dem deutschen Schutzgebiete hergestellt wird. In dem vorher gedachten Abkommen vom Jahre 1888 waren die Gebiete am unteren und mittleren Laufe des Volta zwischen den beiden Mächten nach Landschaften getheilt; Deutschland waren die Landschaften von Kewo, Tawe, Agotime und das Gebiet nördlich von Crepi (Peki) zugesprochen, während England die Landschaften von Aquamu und Crepi erhalten hatte. Alsbald aber ergaben sich Zweifel über die Ausdehnung jener Landschaften. Namentlich bezüglich des Gebiets von Peki standen sich die Angaben schroff gegen-

Nr. 10039.
Deutschland.

über, indem die einen dasselbe dicht über dem Orte Peki endigen liessen, während andere nicht nur die Stadt Kpandu, sondern auch die Gebiete von Inkonja und Buem für Theile von Crepi erklärten. Diese Verhältnisse schlossen eine doppelte Gefahr für den deutschen Handel in sich. Die Unsicherheit der Grenzen in Verbindung mit dem seit langen Jahren von England geübten Einfluss hatte zur Folge, dass in den streitigen Grenzbezirken jeder Verkehr mit den deutschen Küstenplätzen von den Eingeborenen vermieden wurde. Schlimmer aber war, dass die Karawanenstrasse aus der oben erwähnten neutralen Zone durch den streitigen Theil von Crepi und namentlich über Kpandu führte, und dass die Karawanen, von der Stimmung der dortigen Eingeborenen beeinflusst, von dem gedachten Orte aus ihren Weg nicht mehr wie früher nach dem im deutschen Gebiet belegenen Lome, sondern nach dem britischen Theile der Küste nahmen. Durch das neue Abkommen werden beide Gefahren beseitigt; die in demselben festgesetzte Grenzlinie ist leicht an Ort und Stelle festzulegen; überdies aber entspricht sie den deutschen Interessen und Wünschen, indem nunmehr die Karawanenstrasse von Salaga, Jendi etc. lediglich deutsches Gebiet berührt und somit der von Alters her bestehende direkte Verkehr von dort nach Lome gesichert ist. Die Herstellung einer anderen Verbindung nach der neutralen Zone wäre, wenn überhaupt in den nächsten Jahren erreichbar, mit vielen Mühen und Opfern verknüpft gewesen. Für die Entwicklung des Handels im Togogebiet ist daher die durch das Abkommen herbeigeführte Grenzregulirung ein namhafter Vortheil. Auch ist nicht zu verkennen, dass dieser Vortheil wesentlich einer britischen Konzession zu verdanken ist; denn es kann nach dem vorgebrachten Material kaum einem Zweifel unterliegen, dass die früher in Aussicht genommene Untersuchung an Ort und Stelle sicher bei Kpandu, wahrscheinlich aber auch bei Buem und Inkonja die Zugehörigkeit zu der England zuerkannten Landschaft Crepi ergeben hätte.

In Kamerun ist der Boden ähnlich wie in Togo zur Erzeugung fast sämtlicher tropischen Produkte geeignet. Der Plantagenbetrieb hat hier bereits eine grössere Entwicklung genommen, indem auf den Pflanzungen der Kamerun-Land- und Plantagen-Gesellschaft und der Tabakbau-Gesellschaft Kamerun erfreuliche Resultate mit Tabak erzielt worden sind. Auch mit dem Anbau von Vanille und Kakao sind erfolgreiche Versuche gemacht. Ebenso wie in Togo tritt aber auch hier der Plantagenbetrieb gegen die Bedeutung der Handelsunternehmungen weit zurück. Der Handel von Kamerun liegt in den Händen von 9 Firmen, darunter 2 grossen deutschen Häusern. Faktoreien dieser Unternehmungen sind auf einzelne Punkte des Südens und des Nordens des Schutzgebietes vertheilt.

Die Hauptausfuhrartikel bilden Palmöl, Palmkerne, Kautschuk und Elfenbein. Die Einfuhrartikel sind sehr verschiedener Art; eine Uebersicht, aus welcher sich die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember v. J. importirten Gegenstände und deren Mengen ergeben, ist in dem Deutschen Kolonialblatt

Nr. 1 auf Seite 4 veröffentlicht. Die Zölle, mit welchen die Einfuhr von Spirituosen, Waffen, Pulver, Salz und Reis belegt ist, ergaben einen Ertrag
 in dem Etatsjahr 1888/89 von 191 844,42 Mark,

Nr. 10033.
 Deutschland.

„ „ „ 1889/90 „ 200 525,91 „

Der Ein- und Ausfuhrverkehr wurde vermittelt
 im Jahre 1887 durch 81 Schiffe,
 „ „ 1888 „ 97 „
 „ „ 1889 „ 82 „

Ein wesentliches Hinderniss für den Handel in Kamerun hat bisher der von den Eingeborenen an der Küste betriebene und monopolisirte Zwischenhandel gebildet. Im Süden ist dieses Monopol zum grossen Theil durch die Expeditionen des Hauptmanns Kundt und des Lieutenants Morgen durchbrochen; im Norden ist hierin durch die letzte Expedition des Dr. Zintgraff, welcher bis nach Adamua hinauf mit den Eingeborenen Beziehungen angeknüpft hat, wenigstens ein Anfang gemacht. Ist der Zwischenhandel erst völlig beseitigt und der Verkehr auch mit dem weiter entfernten Hinterlande frei, so darf auf eine recht erhebliche Hebung des Handels von Kamerun gehofft werden. Die in dem neuen Abkommen getroffene Bestimmung, dass der Durchgangsverkehr zwischen den beiderseitigen Gebieten und dem Tschadsee frei sein und keinen Transitabgaben unterliegen soll, dürfte sich alsdann als äusserst nützlich für Kamerun erweisen. Durch dieselbe wird, auch wenn englische Unternehmungen in jenen Ländern Deutschland zuvorkommen sollten, dem Handel unseres Schutzgebiets der freie Verkehr mit den in diesen Gegenden angesiedelten reichen mohammedanischen Völkerschaften offen gehalten. Was die in dem Verträge getroffene Bestimmung über die Nordgrenze des Kamerungebiets (von der See bis zu den Rapids des Crossflusses) betrifft, so haben hier definitive Bestimmungen nicht erfolgen können, weil der Königlich grossbritannischen Regierung die Ergebnisse der vor kurzem an Ort und Stelle vorgenommenen englischen Vermessungen noch nicht zugegangen waren. Für Kamerun kommt es indess bei der vorliegenden Frage fast allein darauf an, ohne Aufgabe von werthvollem Lande eine Grenze zu halten, welche eine leichte und wenig kostspielige Zollüberwachung gestattet. Dieses Bedürfniss hat bei den Verhandlungen volle Beachtung gefunden, und es ist demnach zu erwarten, dass sich wegen der definitiven Grenzregulirung leicht eine entsprechende Vereinbarung erreichen lassen wird.

Das südwest-afrikanische Schutzgebiet zeigt einen wesentlich andern Charakter als die Schutzgebiete von Kamerun und Togo. Einen Flächenraum von 15 000 bis 20 000 deutschen Quadratmeilen umfassend, ist das zur deutschen Interessensphäre gehörige Gebiet von etwa 150 bis 160 Tausend Eingeborenen und 400 bis 500 Weissen bewohnt. Der Handelsumsatz hat sich demgemäss bisher in bescheidenen Grenzen gehalten, und eine erheblichere Entwicklung desselben ist auch erst bei dichterem Besiedelung des Schutzgebietes zu erwarten.

Nr. 10039.
Deutschland.

Aussichten für die Zukunft eröffnet das Gebiet in doppelter Richtung. Einmal sind vom Norden bis zum Süden der Interessensphäre, vom Kakao-Felde bis zum Gebiete der Bondelzwards zahlreiche Funde von Gold und anderen Metallen (namentlich Kupfer) gemacht worden. Allerdings ist das Vorkommen von Gold in abbauwürdiger Gestalt bisher noch nicht völlig erwiesen. Die verschiedenen von einzelnen Unternehmern angestellten Nachforschungen und gemachten Funde geben noch kein abgeschlossenes und zweifelloses Bild. Wenn man aber die Entwicklung der Goldgebiete in Transvaal betrachtet und wenn man die Kürze der Zeit, in welcher die Forschungen nach Metallen in dem deutschen Gebiete stattgefunden haben, sowie die nicht immer zureichenden Mittel in Erwägung zieht, so liegt kein Grund vor, einen vielleicht recht bedeutenden Erfolg für die Zukunft auszuschliessen. Zur Ausforschung und Ausbeutung des Mineralreichthums des Landes haben sich deutsche und englische Gesellschaften gebildet.

Weiter ist das Schutzgebiet namentlich in denjenigen Theilen, welche sich vom Hererolande südwärts etwa bis zum 26. Gr. südlicher Breite erstrecken, zur Besiedelung durch deutsche Ackerbauer wohlgeeignet. Wenn auch die Fruchtbarkeit des Landes durch Trockenheit beeinträchtigt ist, so kann doch in jenen Gegenden mit Ausnahme des unfruchtbaren Küstenstreifens Viehzucht betrieben werden, welche den Reichthum des Landes darstellen wird, wenn für die nöthigen Transportwege gesorgt und dem Absatz ein entsprechender Ausgang geschaffen wird. Zum Ackerbau bieten diejenigen Flussthäler Gelegenheit, welche auch in der heissen Jahreszeit genügende Feuchtigkeit bewahren. Bei dem ausserordentlich gesunden Klima wäre hier für eine, nach mehreren Tausenden zu beziffernde Zahl von Ansiedlern eine geeignete Unterkunft geboten.

Was die in dem Abkommen mit England bezeichneten Grenzen zwischen den beiderseitigen Interessensphären betrifft, so waren dieselben im Allgemeinen bereits durch frühere Verhandlungen festgesetzt. Neu ist lediglich die nördlich des 22. Breitengrades vorgenommene Abgrenzung. Bei derselben sind die Interessen des deutschen Schutzgebietes völlig gewahrt, indem demselben der Zugang zum Zambesi-Fluss, welcher für die künftige Entwicklung des Handelsverkehrs von Bedeutung sein kann, gesichert wurde. Andererseits ist den Wünschen der englischen Regierung entgegengekommen, indem das Gebiet des N'Gami-Sees der britischen Interessensphäre überlassen wurde.

Wenn man erwägt, dass englischerseits mit den Eingeborenen jenes Landes Verträge abgeschlossen, während deutscherseits noch keinerlei Beziehungen mit denselben angeknüpft waren, so wird in dem Verzicht auf jenes Gebiet, welches nach den neuesten Berichten des Hauptmanns von François überdies keineswegs werthvoll zu sein scheint, ein Zugeständniss erblickt werden können, welches die deutschen Interessen unberührt lässt und nur dem Affektionsinteresse entgegenkommt, welches England auf diese Gebiete legt.

Von einigen Seiten war der Wunsch, das kleine Gebiet der Walfischbay

ganz an Deutschland abgetreten zu sehen, laut geworden. Es darf hierbei zunächst nicht übersehen werden, dass eine Abtretung des genannten Gebiets nicht durch die grossbritannische Regierung allein, sondern nur mit Zustimmung der Kapkolonie vorgenommen werden konnte. Da die Kaiserliche Regierung ausser Stande war, der Kapkolonie irgend welche Kompensationen zu bieten, so war ein Zugeständniss der letzteren in dieser Richtung von vornherein ausgeschlossen. Aber auch abgesehen hiervon konnte die Kaiserliche Regierung nicht die Ueberzeugung gewinnen, dass die über den Werth von Walfischbay landläufigen Vorstellungen den thatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Dem von etwa 20 Europäern bewohnten kleinen Ort wird zumeist deshalb Gewicht beigelegt, weil sein guter Hafen einen zweckmässigen Ausgangspunkt für den Weg in das Innere bilde, der von hier aus sich am kürzesten gestalte. Ist schon letztere Behauptung in ihrer Allgemeinheit fragwürdig, so ist die Ansicht, dass der Hafen ein guter sei, geradezu unrichtig. Schon frühere Veröffentlichungen hatten klargelegt, dass der Hafen allmählich versandet. Die neueste, vom 22. Juni d. J. datirte Mittheilung des Kaiserlichen Ober-Kommandos der Marine bestätigt dies, indem sie sagt: „Was die Bucht anbetrifft, so verändern sich die Tiefen in derselben fortwährend und hat man jetzt schon auf 1,5 Seemeilen Entfernung vom Lande nur noch 6 m Wasser. Die Halbinsel selbst ist an einer Stelle bereits ganz fortgespült; jedoch sind die Tiefen an dieser Stelle noch so gering, dass selbst Booten die Passage unmöglich ist“.

Es unterliegt aber keinem Zweifel, dass der Hafen von Angra-Pequena erheblich besser ist als der von Walfischbay. Ein Vergleich der Lage beider Häfen zu dem deutschen Schutzgebiet entbehrt so lange jeder Grundlage, als sich noch nicht annähernd übersehen lässt, welche Richtung die Entwicklung dieses Gebiets überhaupt nehmen wird.

II. Witu.

Die deutsche Schutzherrschaft in dem ostafrikanischen Küstengebiet nördlich von Tana erstreckte sich von der Nordgrenze der noch zur englischen Interessensphäre gehörigen Ortschaften Kipini und Kau am linken Ufer des Osi nordwärts bis zur Südgrenze der zu Sansibar gehörigen Station Kismaju. Der südliche Theil dieser Küste untersteht dem Sultan von Witu. Von den davor gelagerten Inseln gehört Lamu anerkanntermaassen dem Sultan von Sansibar. Die Inseln Manda und Patta beansprucht er ebenfalls; sein Anspruch war aber bisher weder von Deutschland noch von England anerkannt worden. Beide Mächte hatten sich vielmehr hierüber weitere Verhandlungen vorbehalten. Das Gebiet, über welches der Sultan von Witu thatsächlich die Herrschaft übt, hat nach dem Innern zu nur eine mässige Ausdehnung. Die Grenzen sind nach dieser Seite hin nicht näher bestimmt, wie auch in dem nördlichen Theil der unter deutschen Schutz gestellten Küste eine Abgrenzung des Schutzgebiets nach dem Innern zu nicht stattgefunden hat. Bei Entgegen-

Nr. 10039.
Deutschland.

nahme der Anzeige von der Uebernahme dieses Theils der Küste in den deutschen Schutz hatte die grossbritannienische Regierung der Kaiserlichen Mittheilung von dem Bestehen zahlreicher älterer Verträge gemacht, welche die britisch-ostafrikanische Gesellschaft mit Eingeborenen im Hinterlande abgeschlossen habe. Diese Verträge betreffen namentlich Gebiete am linken Ufer des Mittellaufes des Tana.

Den Bitten um Gewährung des deutschen Schutzes, welche der Sultan von Witu und andere benachbarte Häuptlinge an die Kaiserliche Regierung richteten, hatte diese sich im Hinblick auf die Möglichkeit einer glücklichen Entwicklung der dortigen deutschen Interessen nicht wohl entziehen können. Die Aussichten auf eine solche Entwicklung aber waren von vornherein davon abhängig — und darüber hat unter den deutschen Betheiligten von Anfang an kein Zweifel bestanden —, dass die Ansprüche des Sultans von Witu auf die Inseln Manda und Patta sich gegenüber denen des Sultans von Sansibar als besser begründet erweisen würden, oder, wenn dies nicht der Fall, dass es dem hauptsächlich an der Erschliessung des Witulandes interessirten deutschen Unternehmen gelingen würde, von dem Sultan von Sansibar die Verwaltung der Inseln pächweise zu erhalten. Keine dieser Voraussetzungen hat sich indessen verwirklicht. Bei näherer Prüfung des Sach- und Rechtsverhältnisses bezüglich der vorgenaunten Inseln war die Ueberzeugung nicht abzuweisen, dass der über deren staatliche Zugehörigkeit provocirte Schiedsspruch ungünstig für den Sultan von Witu und somit für die deutschen Betheiligten ausfallen würde. In der Bewerbung um die Pacht der Zölle auf den Inseln kam die britisch-ostafrikanische Gesellschaft in geschickter Benützung der Verhältnisse dem deutschen Unternehmen zuvor.

Dem deutschen Einfluss würde hiernach nur der Küstenstrich in der oben angegebenen Begrenzung verblieben sein, ein Gebiet, welches inmitten einer fremden Interessensphäre und abgeschnitten von dem Centrum der deutsch-ostafrikanischen Bewegung die Bedingungen einer selbständigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung entbehrt.

Die Bevölkerung, vorwiegend vom Stamm der Suaheli, hat ihre Interessen theils auf den Inseln, theils auf dem Festlande. Auf dem letzteren fehlt es an einer von sämmtlichen dortigen Stämmen anerkannten einheimischen Autorität, welche um so nöthiger wäre, als das Andrängen der Somali von Norden her eine stete Bänruhigung für die Küste bildet. Zur Herstellung eines wirksamen Schutzes nach aussen und geordneter Zustände im Innern besitzt das Land nicht die erforderlichen Einnahmequellen, da die Bevölkerung wenig zahlreich ist, die landwirtschaftliche Produktion nur den eigenen Bedarf deckt und die Ausführprodukte des Hinterlandes im Wege der Zollerhebung zu diesem Zwecke nicht herangezogen werden können, weil sie, um zur Küste zu gelangen, das fragliche Gebiet nicht berühren. Die Hauptvermittler des Verkehrs zwischen dem Innern und der Küste sind die Wasserstrassen des Tana und des Juba, die beide ausserhalb des unter deutschem Schutz be-

findlich gewesenen Küstengebiets münden. Was an Landesprodukten auf ihnen bis zur Mündung gelangt, wird dort von den Küstenfahrern übernommen, für welche Lamu den Hauptzielpunkt bildet. Der Hafen am Anfluss des Scheri, der einzige an diesem Theil der Küste, hat nur eine untergeordnete Bedeutung für den Verkehr. Der Ausbau der an sich als Hafen werthvollen Mandabucht würde nur für diejenige Macht in Frage kommen können, welche im Besitze der Inseln ist und den Zugang beherrscht. Es ergibt sich hieraus, dass bei dem Mangel an Karawanenstrassen die Aussichten, den Export über dieses Küstengebiet zu lenken, nur gering sind. Ebenso wenig wird man sich von einer Entwicklung der landwirthschaftlichen Produktion Erfolg versprechen können. Die deutscherseits angestellten Versuche mit dem Anbau von Handelsgewächsen sind zwar an sich nicht fehlgeschlagen; der Ausdehnung dieser Betriebsart steht indessen der Mangel an Arbeitern entgegen. Ob die Viehzucht, welche den Haupterwerbszweig der streitbaren Hirtenvölker im Hinterlande bildet, einer höheren Entwicklung fähig ist, darüber lassen sich bei den spärlichen Nachrichten über die Bodenbeschaffenheit daselbst nur Vermuthungen aufstellen.

Bei dieser Sachlage war zu erwägen, ob für die Kaiserliche Regierung noch ein ausreichender Grund bestehe, bezüglich dieses Küstenstrichs die Verantwortlichkeit einer Schutzmacht fernerhin zu tragen. Deutsche Interessen sind dort, abgesehen von einigen landwirthschaftlichen Kleinbetrieben, nur durch das Unternehmen vertreten, welches von den Gebrüdern Denhardt eingeleitet, von der deutschen Witu-Gesellschaft fortgesetzt und neuerdings von der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft übernommen worden ist. Diesem Unternehmen dient als Grundlage ein von dem Sultan von Witu laut Vertrages vom 8. April 1885 an Clemens Denhardt mit allen Hoheitsrechten abgetretener Landstrich nördlich von Kipini an der Küste im angeblichen Umfange von 25 deutschen Quadratmeilen. Dass das Uebereinkommen mit der grossbritannischen Regierung die erworbenen Rechte der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft vollkommen unberührt lässt, bedarf als selbstverständlich hier nur der Erwähnung.

In Lichte dieser Erwägungen stellte sich das Recht der deutschen Schutzherrschaft über die Küste von Witu und Somaliland als ein Gegenstand dar, welcher wegen der Lage dieses Gebietes im Anschluss an die englische Interessensphäre für England werthvoller als für uns ist und dessen Aufgabe im Kompensationswege ohne Schädigung der deutschen Interessenten — wie von diesen anerkannt ist — geschehen konnte.

III. Die deutsch-ostafrikanische Interessensphäre.

Die deutsche Interessensphäre in Ost-Afrika war nach dem sogenannten Londoner Abkommen vom 29. Oktober/1. November 1886 wie folgt begrenzt:

Im Süden durch den Rovuna-Fluss und im Norden durch eine Linie, welche von der Mündung des Flusses Wanga oder Umbe aus in näher be-

Nr. 10039.
Deutschland.

stimmtem Laufe bis zu demjenigen Punkte am Ostufer des Victoria-Nyanza sich fortsetzt, welcher von dem 1. Grad südlicher Breite getroffen wird. Der in diesem Gebiete liegende Küstenstreifen in einer Breite von 10 Seemeilen war dem Sultan von Sansibar zugesprochen worden.

Das deutsche Interessengebiet war hiermit im Norden, Süden und Osten fest begrenzt. Dagegen war über die Ausdehnung desselben nach Westen, also nach dem Innern zu, eine Vereinbarung in dem Abkommen von 1886 noch nicht getroffen worden.

Erst Mitte des folgenden Jahres wurde deutscherseits in London erklärt, dass wir bei dem Abkommen von 1886 von der Voraussetzung ausgegangen seien, dass England uns für die Zukunft überhaupt südlich des Victoria-Sees und östlich vom Tanganika- und Nyassa-See freie Hand lassen würde.

Die englische Regierung erklärte ihr Einverständniß mit dieser Auffassung unter der Voraussetzung, dass auch die deutsche Regierung im Rücken der englischen Interessensphäre keine Erwerbungen zulassen werde. Die deutsche Regierung acceptirte dies. In einer vom Auswärtigen Amte inspirirten Note des Grafen Hatzfeld an Lord Salisbury vom 19. August v. J. heisst es in dieser Beziehung:

„In Bethätigung dieser Auffassung hat die Kaiserliche Regierung bei Gelegenheit einer von deutscher Seite beabsichtigten Expedition zum Entsatz von Emin Pascha ausdrücklich erklärt, dass Uganda, Wadelai und andere nördlich des ersten Grades südlicher Breite gelegenen Gebiete sich ausserhalb des Bereiches deutscher Kolonialbestrebungen befinden.“

Eine Besitzergreifung von Uganda deutscherseits war hierdurch ausgeschlossen.

Deutsche Interessen waren daselbst nie vorhanden gewesen. Nur englische und französische (algerische) Missionare hatten dort einen Einfluss ausgeübt.

Keine Vereinbarung war bisher getroffen einerseits über dasjenige Gebiet im Norden des Tanganika-Sees, welches zwischen dem Victoria-See und dem Congostaat liegt, und andererseits über dasjenige Gebiet im Süden des Tanganika-Sees, welches zwischen dem Congostaat im Westen und der Stevensonstrasse und dem Nyassa-See im Osten begriffen ist.

Auf das letzte Gebiet legte England ganz besonderen Werth. Nicht nur beruht die Kenntniss dieses Landes im Wesentlichen auf den zahlreichen Kreuz- und Querzügen, welche David Livingstone, der Wiederentdecker des Nyassa-Sees, daselbst in den Jahren 1866—1869 und 1872—1873 unternommen hat, sondern es hat auch im Anschluss an Livingstone's Reisen daselbst die Begründung von Missionsstationen und Handelsunternehmungen stattgefunden. Schon in den 60er Jahren hatte die anglikanische Universitäten-Mission ihr Werk am Schire begonnen und war bis zum Nyassa vorgedrungen, an dessen Ufern sie mehrere Stationen besitzt. Noch weiter nördlich als sie ist die schottische freikirchliche Mission vorgedrungen, welche ihre Stationen bis in das Gebiet zwischen Nyassa- und Tanganika-See vorgeschoben hat, für welche

vor etwa 10 Jahren mit erheblichen Kosten und Verlust von Menschenleben eine Verbindung zwischen dem Nyassa- und Tanganika-See, die sogenannte Stevenson-Strasse, anzulegen versucht wurde. Nr. 10039.
Deutschland.

Handelsgeschäfte betreibt die „African Lakes Co.“, welche, wie bekannt, noch in letzter Zeit schwere Kämpfe mit den Arabern am Nordrande des Nyassa-Sees zu bestehen hatte. Sowohl diese Gesellschaft wie die Missionen besitzen Dampfschiffe auf dem Nyassa-See.

Diese durch britischen Unternehmungsgeist eröffnete Verbindung, welche durch den Schire, den Nyassa-See und die Stevensonstrasse zwischen dem Tanganika-See und dem Zambesi gegeben war, aufzuopfern, konnte sich die englische Regierung umsoweniger entschliessen, als sie deren Aufrechterhaltung im Interesse der südlich am Zambesi gelegenen, ihrem Einfluss unterstellten Gebiete für durchaus erforderlich erachtete.

Die Kaiserlich deutsche Regierung sah sich umso mehr veranlasst, diesen berechtigten Wünschen der englischen Regierung entgegenzukommen, als einerseits, soweit bekannt, das Land zwischen dem Nyassa-See und dem Congostaat einen besonderen Werth nicht besitzt und als andererseits die Verbindung der deutschen Interessensphäre mit dem Congostaat besser und bequemer über den Tanganika-See herzustellen ist, von welchem aus die Hauptkarawanenstrassen nach der ostafrikanischen Küste führen. Ungleich werthvoller als der Besitz eines grösseren Antheils am Nyassa-See erschien es, einen möglichst ausgedehnten Küstenbesitz am Victoria-See für uns zu sichern, welcher die Verbindung mit den reichen und fruchtbaren Gebieten im Norden bildet. Hier, in dem Gebiet zwischen dem Victoria-Nyanza und Congostaat, bestanden keine älteren englischen Interessen, und England hat daher bereitwillig dieses Gebiet als zu unserer Interessensphäre gehörig anerkannt.

War hiernach eine Einigung über die Abgrenzung unseres Gebiets auch im Westen zu Stande gekommen, so erschien es ferner erforderlich, im Osten dem unnatürlichen Zustande ein Ende zu machen, wonach nominell dort der Sultan von Sansibar herrschte, während thatsächlich die Verwaltung eine deutsche war und der daselbst ausgebrochene Aufstand durch eine deutsche Truppe und durch deutsche Schiffe niedergeworfen worden ist. Die Küste bildet die Basis für das Vorschreiten ins Innere des Landes. Eine kraftvolle und zielbewusste Verwaltung, eine Erschliessung des Landes ist nur möglich, wenn wir, unter Ausschluss fremden Einflusses, unbeschränkte Herren der Küste sind. Um ein greifbares, auch den Eingeborenen verständliches Resultat für die von uns ausgeübte Herrschaft im Lande aufzuweisen, handelte es sich daher jetzt darum, ein Abkommen mit dem Sultan zu treffen, wonach der Letztere die Küste von Umbe bis Rovuma nicht nur pachtweise, wie dies bereits geschehen, deutschen Interessenten weiter belässt, sondern auch formell an das deutsche Reich abtritt. Erst nach Abtretung der Küste durch den Sultan von Sansibar kann das Reich, ebenso wie in Neu-Guinea, die unmittelbare Verwaltung übernehmen; denn es ist ausgeschlossen, dass Se. Majestät

Nr. 10039.
Deutschland.

der deutsche Kaiser als Beauftragter des Sultans von Sansibar Hoheitsrechte ausübe.

Fassen wir Vorstehendes zusammen, so ergibt sich als Grundgedanke der Vereinbarungen über unseren Ost-Afrika-Besitz das Folgende:

Es kann nicht darauf ankommen, weiter auszugreifen, sondern einen zusammenhängenden Besitz, in dem fremde Einmischung ausgeschlossen ist, zu erhalten, um hier ungestört auf die ökonomische Entwicklung des Landes, die Verbreitung christlicher Gesittung, die Sicherung der Karawanenstrassen und die Ausrottung des Sklavenhandels hinzuwirken. Den kühnen Männern, welche, von Begeisterung getragen, jene weiten Gebiete für Deutschland erworben hatten, gebührt unsere vollste Anerkennung. Aber die Periode des Flaggenhissens und des Vertragschliessens muss beendet werden, um das Erworbene nutzbar zu machen. Es beginnt jetzt die Zeit ernster unscheinbarer Arbeit, für welche voraussichtlich auf ein halbes Jahrhundert ausreichender Stoff vorhanden sein wird. Nach Abtretung des Küstenstrichs kann die Regierung aus dem Kriegszustand allmählich zu unmittelbarer Reichsverwaltung übergehen und in Gemeinschaft mit der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu friedlicher Arbeit schreiten. Die Regierung hat nun erst die Möglichkeit, ihren Willen, die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft in die Höhe zu bringen, zu bethätigen, und die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft wird befähigt werden, die Geldmittel zu erwirtschaften, welche Reichszuschüsse entbehrlich machen. Es steht zu hoffen, dass die Herstellung klarer Verhältnisse und das Gefühl der Sicherheit unter dem Schutz der Regierung auch dem Kapital einen neuen Antrieb gewähren wird, sich jenen Gebieten zuzuwenden.

Wir gelangen nunmehr zu demjenigen Theil des Abkommens, welcher sich auf die Uebernahme des Protektorats über Sansibar durch England bezieht.

Der gegenwärtige Zustand, welcher den Sultan von Sansibar von den Schwankungen eines mehr oder minder offenen Wettstreits zwischen englischen und deutschen Interessen abhängig macht, war unerträglich geworden. Es war nothwendig, demselben ein Ende zu machen. Dies war nur in der Weise möglich, dass entweder Deutschland oder England der leitende Einfluss in Sansibar zugestanden wurde. Dass England der historischen Entwicklung seiner Stellung zu Sansibar gemäss hierauf einen grösseren Anspruch hatte, als Deutschland, kann wohl nicht zweifelhaft sein. Seit langem bestand zwischen Bombay und Sansibar eine enge Handelsverbindung; indische Kaufleute — englische Unterthanen — hatten sich in Sansibar niedergelassen und vermöge ihrer geschäftlichen Gewandtheit bald Reichthum und Einfluss erworben. In politischer Hinsicht war England seit Anfang dieses Jahrhunderts mit Sansibar in Verbindung getreten. Schon 1822 wurde englischerseits mit Seyid Said der erste Vertrag abgeschlossen, durch welchen dieser sich verpflichtete, den Sklavenhandel von seinen arabischen und afrikanischen Besitzungen aus nach dem Auslande zu verhindern. Wie gross um die Mitte

dieses Jahrhunderts das englische Ansehen in Sansibar war, beweist der Umstand, dass, als nach dem Tode Seyid Said's im Jahre 1856 zwischen dessen Söhnen ein Streit über die Herrschaft in Sansibar und Maskat entstand, die Entscheidung der englischen Regierung anheingestellt wurde. Der General-Gouverneur von Indien, Lord Canning, entschied im Jahre 1861 dahin, dass in Sansibar Seyid Madjid, der Vorgänger des bekannten Seyid Bargasch, als Herrscher verbleiben solle. Sollte überhaupt ein Protektorat über Sansibar begründet werden, so musste man sich offen sagen, dass ein deutsches, angesichts der bekannten Deklaration vom 10. März 1862, nicht bloss die berechnete öffentliche Meinung in England, sondern auch die empfindliche öffentliche Meinung in Frankreich gegen sich gehabt hätte. Deutschland hätte einen Erfolg auf diesem Gebiet jedenfalls mit einer Verschlechterung seiner Beziehungen zu England bezahlen müssen und hätte den beiden erwähnten Staaten einen geeigneten Boden gegenseitiger Annäherung gewährt.

Bei dieser Sachlage einer befreundeten Macht wie England das Protektorat über die Inseln Sansibar und Pemba zuzugestehen, konnte umso weniger Bedenken haben, als kein Grund zu der Annahme besteht, dass deutsche Firmen und Personen auf der Insel unter englischem Schutz schlecht fahren werden. Derselbe Zustand existirt an vielen Stellen der Welt und, wenn man von nationalen Motiven absieht, zur Zufriedenheit der Deutschen. Treten Schwierigkeiten ein, so werden dieselben auf dem Wege der Verhandlungen mit England, mit welchem wir an wichtigeren Stellen Berührungspunkte haben, leichter beseitigt werden können, als gegenüber einem von unsichtbaren Händen geleiteten Sultan.

Die Meinung ferner, dass die Insel Sansibar das Festland beherrsche und aus diesem Grunde für uns unentbehrlich sei, ermangelt der Begründung. Diese Meinung ist, geographisch genommen, unhaltbar, da man sonst mit demselben Rechte behaupten könnte, dass etwa Fernando-Po das deutsche Schutzgebiet in Kamerun beherrsche, oder die Insel Bornholm die Küste von Memel bis Stralsund.

Auch vom militärischen Standpunkt aus lässt sich diese Auffassung nicht rechtfertigen. England würde schon jetzt, falls es sonst ein Interesse hieran hätte, eine ungleich grössere Zahl von Schiffen bei Sansibar stationiren können, als wir. Wir würden dies nicht verhindern können, selbst wenn wir unsererseits das Protektorat über Sansibar übernehmen wollten. Falls England — was ausserhalb aller Voraussetzungen liegt — unsere Küste in Ost-Afrika blockiren und, soweit das von den Schiffen aus möglich ist, unsere Küstenplätze angreifen wollte, so dürfte dies auch ohne den Besitz von Sansibar kaum schwierig sein. Der geräumige Hafen von Mombassa, welcher erst kürzlich ein bedeutendes englisches Geschwader versammelt sah, würde eine mindestens ebenso vortheilhafte Operationsbasis gewähren, wie die Rhede von Sansibar. Hindert Malta, wo England sein grösstes und bestes Geschwader unterhält, die Franzosen an der Ausnutzung von Tunis? Warum sollte die

Nr. 10039.
Deutschland.

Insel Sansibar in englischen Händen unserer ostafrikanischen Kolonie bedrohlicher sein? Dagegen würde für den Fall, dass wir in jenen Gebieten mit einer dritten Macht in Kampf gerathen sollten, eine englische Schutzherrschaft über Sansibar uns eher vorthellhaft sein können. Eine kräftige englische Neutralität auf der Insel sichert dieselbe vor der Gefahr, im Kriege in die Hände einer dritten Macht zu fallen, was wir selbst nicht durch Schiffe, sondern nur durch Unterhaltung einer Garnison auf Sansibar unter unverhältnissmässig grossem Aufwand zu verhindern im Stande wären.

Es bleibt schliesslich noch die Frage zu beantworten, ob die Insel Sansibar vom Standpunkt der Handelsinteressen aus das gegenüberliegende Festland beherrscht und für dasselbe unentbehrlich ist. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man im Hinblick auf die Bedeutung, welche Sansibar bisher als Mittelpunkt des ostafrikanischen Handels erreicht hat, wohl zu diesem Schluss gelangen. Bei näherer Erwägung indessen wird man finden, dass diese Entwicklung Sansibars lediglich von äusseren Umständen abhing. Es war das Gefühl der verhältnissmässigen Sicherheit dieser Insel im Gegensatz zu dem gegenüberliegenden Festlande, welches den Sultan Seyid Said veranlasste, seine Residenz daselbst zu nehmen. Aus dem gleichen Grunde siedelten sich die europäischen Kaufleute daselbst an. So wurde allmählich ein Centrum für den Handel geschaffen. Den Verkehr mit dem Festlande vermitteln die geschmeidigen indischen Geschäftsleute, welche nicht nur in Sansibar selbst sich niederliessen, sondern auch nach der Küste hinübergingen, um dort den aus dem Innern kommenden Karawanen aus erster Hand ihre Produkte abzukaufen und in Dhaus nach Sansibar zu verschiffen. Die wachsende Bedeutung der Inselstadt rief Einrichtungen wie Dampferverbindungen mit Europa und Indien hervor, welche dem Handel der Insel zu statten kamen. Der Anschluss an das Telegraphennetz ermöglichte es, die daselbst etablirten Kaufleute rechtzeitig von den Preisschwankungen der bedeutendsten europäischen Märkte, wie insbesondere des Londoner Elfenbeinmarktes, in Kenntniss zu setzen.

Aber diese gesammte Entwicklung beruht, wie bereits hervorgehoben, nicht auf einer inneren Nothwendigkeit; vielmehr sprechen die gewichtigsten Gründe gegen die Konzentrirung des ostafrikanischen Handels auf der Insel Sansibar. Es ist unnatürlich und erfordert doppelte Kosten, die Ausfuhrartikel zunächst an der Küste zu verfrachten und dann wiederum umzuladen. Dasselbe gilt von der Umladung der Einfuhrartikel in Sansibar. Die Rhede von Sansibar bietet bei Stürmen keineswegs vollkommene Sicherheit, wie deutsche und englische Kriegsschiffe wiederholt erfahren haben. Dagegen leidet die gegenüberliegende Küste an guten Rheden und Häfen keineswegs Mangel. Es sind hier insbesondere Tanga, Dar-es-Salaam, Kilwa und Lindi zu erwähnen.

Diese Nachtheile der Stadt Sansibar als Mittelpunkt seiner Besitzungen hat übrigens bereits Seyid Madjid, der Nachfolger des Seyid Said, erkannt. Derselbe beabsichtigte, seine Residenz nach Dar-es-Salaam zu verlegen; mächtige Bauten und Paläste waren ihrer Vollendung nahe, als der Sultan

starb; seine Nachfolger liessen, von orientalischem Aberglauben geleitet, das Nr. 10039.
Deutschland. Werk unvollendet.

Hatte schon Seyid Madjid die Nothwendigkeit der Verlegung seiner Residenz nach dem Festlande beschlossen, obgleich für dessen weit nach Norden ausgedehnte, zum Theil an der Küste zerstreut liegende Besitzungen die Insel Sansibar vielleicht eher einen Mittelpunkt bilden konnte, so ist es für uns noch weit wichtiger, dass der Hauptort eines kompakten Gebietes von solcher Ausdehnung — unsere Interessensphäre in Ost-Afrika umfasst etwa 1 000 000 qkm, die preussische Monarchie 348 330 qkm — nicht ausserhalb der Peripherie liegt.

Ebenso wie die englisch-afrikanische Gesellschaft nicht gezögert hat, ihren Hauptsitz nach Mombassa zu verlegen und dies durch Hafengebäuden, Telegraphenverbindung u. s. w. dem Handel und der Schifffahrt zugänglich zu machen, hat auch die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft stets den Standpunkt vertreten, dass wir, um unsere Kolonien selbständig und unabhängig zu machen, den Schwerpunkt unserer Interessen nach dem Festlande verlegen müssen.

„Nach den Erfahrungen“ — so äussert sich die Gesellschaft in ihrem letzten, vor dem deutsch-englischen Abkommen veröffentlichten Geschäftsbericht —, „welche in anderen afrikanischen Kolonien gemacht worden sind, hat sich der Handel immer von den Inseln nach dem Festlande gezogen und von da den Flüssen entlang nach dem Innern. Eine ähnliche Entwicklung wird auch in Ost-Afrika stattfinden, indem nach Etablierung europäischer Faktoreien an der Festlandsküste durch Ersparnisse an Transportkosten den Eingeborenen höhere Preise für ihre Produkte bezahlt werden können und der Handel an der Festlandsküste festgehalten wird.“

Die Gesellschaft hat, mit der Anlage von Faktoreien an der Küste begonnen. Der erste Dampfer der deutschen Ostafrika-Linie wird im August d. J. im Hafen von Dar-es-Salaam Anker werfen; ein Kabel wird in nicht ferner Zeit Bagamoyo und Dar-es-Salaam an das Telegraphennetz anschliessen. So lässt sich hoffen, dass, wenn auch vielleicht erst nach Jahren, der Handel auf diesem wichtigsten Theil des ostafrikanischen Festlandes einen erfreulichen Aufschwung nehmen wird. Nicht Sansibar beherrscht die Küste, sondern die Küste Sansibar. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass — das Protektorat über Sansibar mag für England werth sein, was es wolle — für uns die Erwerbung des 10 Seemeilen-Küstenstreifens einen grösseren Nutzen bietet. Jetzt, nachdem der Vertrag mit England geschlossen ist, darf auf eine amtlich abgegebene Aeusserung der Vertreter der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft Bezug genommen werden. Dieselben erklärten, dass, wenn sie die Wahl gehabt hätten, das Protektorat über Sansibar mit der englischen Interessensphäre oder die jetzige deutsche Küste und Interessensphäre zu erhalten, sie sich für die letztgedachte Alternative als die werthvollere entschieden haben würden.

Die Festsetzungen im Artikel VIII des Abkommens enthalten die gegen-

Nr. 10039.
Deutschland

seitige Verpflichtung beider Mächte, in ihren innerhalb der Freihandelszone gelegenen Gebieten die auf diese Zone bezüglichen fünf ersten Artikel der Generalakte der Berliner Konferenz, betreffend die Handelsfreiheit, Freiheit der Schifffahrt u. s. w., anzuwenden. Der Artikel enthält also nichts Neues und hat nur die Bedeutung, dass auch nach einer etwaigen Aufhebung der Generalakte der Berliner Konferenz oder von Theilen derselben die in Bezug genommenen Bestimmungen für diejenigen deutschen und englischen Gebiete in Kraft bleiben, welche innerhalb der Freihandelszone liegen.

Auch über den Schutzz der christlichen Missionen sowie über die religiöse Duldung und Freiheit des Gottesdienstes und Unterrichts waren im Artikel 6 des I. Kapitels der Generalakte der Berliner Konferenz bereits Bestimmungen getroffen. Dieselben sind im Artikel X des vorliegenden Abkommens auf alle Gebiete Ost-Afrikas ausgedehnt worden, welche einer der beiden vertragschliessenden Mächte gehören oder unter ihrem Einfluss stehen.

Die Verbindung mit dem Congostaat ist, wie bereits erwähnt, durch das vorliegende Abkommen gesichert. Die Entwicklung, welche dieser junge Staat in den letzten Jahren genommen hat, die Bestrebungen, welche sich unter Leitung seines uns befreundeten Souveräns zum Zweck der Herstellung gesicherter Verhältnisse, der Schaffung von Verkehrswegen, der Hebung des Handels und Ausbreitung der Civilisation im Allgemeinen geltend machen, die guten Beziehungen, in welchen wir stets zu demselben gestanden haben, stellen ein gedeihliches Zusammenwirken im Interesse beider Theile in gegründete Aussicht.

Soweit die Begründung unseres Abkommens in Bezug auf Afrika. Es ergibt sich daraus, dass die Interessen unserer Schutzgebiete durch dasselbe nicht geschädigt sind, dass den wirtschaftlichen Bedürfnissen für die weitere Entwicklung des deutschen Kolonialbesitzes Rechnung getragen ist und dass wir der Hoffnung leben dürfen, in Europa gemeinsam mit England ungestört auf die Erhaltung des Friedens hinwirken zu können, in Afrika aber deutsche und englische Arbeit auf bestimmt abgegrenzten Gebieten Schulter an Schulter denselben civilisatorischen Ideen dienen zu sehen.

Es soll dabei nicht verkannt werden, dass für diejenigen Männer, deren Energie wir unseren Antheil an Afrika verdanken, wie für viele von Denjenigen, welche mit warmem Interesse die gefahr- und mühevollen Schritte Jener begleitet haben, der eine oder der andere Wunsch unerfüllt geblieben ist. Das war bei dem Uebergang aus den Jahren des ersten Aufwallens kolonialer Ideen zu denen ernster, in ihren Zielen begrenzter Arbeit — ein Uebergang, der uns in unserem jungen kolonialen Dasein nicht erspart werden konnte — unvermeidlich. Die Kaiserliche Regierung durfte der Ueberzeugung leben, dass ein Ersatz für das, was in Afrika an nationalen Motiven und Wünschen etwa unhefiedigt bleiben mochte, im Wiedergewinn von Helgoland gefunden werden konnte.

Seit Menschenaltern hatten Deutsche aller Stämme schmerzlich empfunden,

dass unmittelbar vor der Mündung der Elbe, der Weser und der Jade ein fremdes Reich Herr deutschen Landes war, und dass ein echt deutscher Stamm, von seinem Heimathlande losgerissen, trotz humanster Behandlung verkümmerte. War dieses Gefühl schon immer lebendig gewesen, so steigerte es sich seit der Wiedererrichtung des deutschen Reichs zu einer Empfindlichkeit, deren öffentliche Erörterung, weil sie schmerzlich berührte, ängstlich vermieden wurde. Die Akten des Auswärtigen Amts geben Zeugniß von den zahlreichen Gesuchen und Vorschlägen, welche seit den 70er Jahren über die Wiedererwerbung von Helgoland gemacht wurden; die öffentliche Meinung bemächtigte sich von Zeit zu Zeit in Deutschland und England der Frage nach der Abtretung der Insel an das Reich, und die letztere ist wiederholentlich Gegenstand ernster Erörterungen innerhalb der deutschen Regierungskreise gewesen. Abgesehen aber von diesem pretium affectionis bedeutet der Besitz der Insel Helgoland für Deutschland eine wesentliche Erhöhung seiner Wehrkraft zum Schutz der Küsten und Flussmündungen in der Nordsee. Es mag daran erinnert werden, wie im Jahre 1864 die Insel Helgoland den Operationen des österreichischen Admirals Tegethoff Schwierigkeiten bereitete. Während des Krieges 1870 hat das neutrale Helgoland der französischen Flotte das Ausharren vor unserer Küste erheblich erleichtert. Die Insel bot durch das Leuchtfeuer und durch die Möglichkeit, sich unter ihrem Schutz der Einwirkung von Wind und Wetter soweit entziehen zu können, als dies zu einer Reihe von Verrichtungen, deren eine moderne Flotte nicht entzihen kann, erforderlich ist, dem Feinde eine wesentliche Stütze während der stürmischen Jahreszeit.

Deshalb erhoben sich schon während der Friedensverhandlungen im Jahre 1870 aus den betheiligten Kreisen Stimmen, welche auf die Wichtigkeit des Besizes von Helgoland für Deutschland hindeuteten. So heißt es in einem Bericht des Vice-Admirals Jachmann vom 20. September 1870: „In jedem Kriege bietet diese Insel, selbst bei Beobachtung der unumgänglichen Neutralitätsregeln, dem Feinde einen sicheren Stützpunkt, während, wenn die Insel in unserem Besitze und gut befestigt wäre, eine feindliche Flotte sich schwerlich längere Zeit vor der Elbe und Weser halten könnte; auch für Wilhelmshaven ist die Insel von grosser Wichtigkeit, da jedes Schiff, das die Jade ein- und ausläuft, von dort gesehen wird.“

Für England selbst ist der Besitz von Helgoland niemals werthvoll gewesen, und es war eine völlige Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse, wenn früher hier und da der Besitz von Helgoland dem von Gibraltar gleichgeachtet worden ist. In deutschen Händen dagegen wird Helgoland die Vertheidigung unserer Nordseeküsten wie unseres deutschen Meeres erleichtern, eine feindliche Blockade aber mindestens sehr erschweren. Die Insel liegt eben anders zu Deutschland wie zu England und hat für beide Staaten einen sehr verschiedenen Werth.

Auch erhält der zur Zeit im Bau begriffene Nord-Ostsee-Kanal erst durch

Nr. 10039.
Deutschland.

ein deutsches Helgoland seinen vollen Werth für den Kriegsfall. Entzieht sich die nähere Darlegung solcher militärischen Motive naturgemäss der öffentlichen Besprechung, so kann hier doch bemerkt werden, dass schon, als Ende 1883 die Wiederaufnahme der den Nord-Ostsee-Kanal betreffenden Vorarbeiten begann, Seitens der Kaiserlichen Admiralität betont wurde, wie wünschenswerth der Besitz von Helgoland für die kriegerische Ausnutzung dieses Kanals sei. Es wurde ausgeführt, dass die Ueberführung unserer Flotte von Kiel nach Wilhelmshaven oder umgekehrt angesichts eines bei Helgoland liegenden Feindes nicht ohne ein voraussichtlich unter taktisch ungünstigen Verhältnissen durchzumachendes Gefecht möglich, und dass sie damit in Frage gestellt sein würde, ein Einwand, der nicht entkräftet werden konnte und dem gegenüber, da die Erwerbung Helgolands damals ausgeschlossen schien, von anderer Seite die Idee, den Kanal von der Elbemündung nach Westen bis in den Jadebusen fortzuführen, in Anregung gebracht wurde, eine Idee, deren Ausführung, wenn überhaupt möglich, enorme Kosten verursacht haben würde.

Wenn man endlich vielleicht einwenden wollte, dass Helgoland uns trotz seiner natürlichen Stärke im Lauf eines Krieges doch auch einmal genommen werden könnte, und dass es dann besser gewesen wäre, es hätte uns nie gehört, sondern wäre neutral geblieben, so könnte man mit ähnlichem Grunde etwa befürworten, Diederhofen an das neutrale Luxemburg abzutreten.

Auch für den Einwand, dass die Insel in absehbarer Zeit in sich zerfallen werde, fehlt die thatsächliche Unterlage. Nach geologischen Forschungen hat sich die Insel in den letzten 120 Jahren kaum merklich verkleinert.

Ist die künftige Regierung von Helgoland geneigt und im Stande, den kleinen Hafen zu einem Zufluchtsort für Handels-Schiffe und Fischerflottillen auszubauen, wozu einiger pekuniärer Aufwand die Voraussetzung sein würde, so wird die Insel nicht nur als Badeort ihre friedliche Bedeutung behalten, sondern für Schifffahrt und Fischerei erhöhten Werth erlangen. Wir werden im Frieden wie im Kriege Anlass haben, uns dieses wiedererworbenen Besitzes zu freuen. Dass das deutsch-englische Abkommen auf die Schonung hergebrachter Verhältnisse der Bevölkerung jede mögliche Rücksicht nahm, war vom Standpunkt der abtretenden, wie der empfangenden Macht gleich natürlich.

Aethiopien.

Nr. 10040. **ITALIEN** und **AUSSA (HAUSSA)**. — Freundschaftsvertrag. [G. 127, Anhang.] 15. März. 1883*).

Art. 1. La pace e l'amicizia saranno costanti e perpetue tra le autorità italiane di Assab ed il sultano Mohamed Anfari e fra tutti i loro dipendenti.

Art. 2. Ciascuna delle due parti nominerà un suo rappresentante pel disbrigo degli affari.

Art. 3. Il sultano Mohamed Anfari garantisce al governo italiano ed a S. M. il re Menelik la sicurezza della via fra Assab, Aussa ed il regno di Scioa a tutte le carovane italiane da o per il mare.

Art. 4. Il sultano Mohamed Anfari, di comune accordo cogli altri sultani, dichiara esenti da dazi o tributi tutte le carovane italiane provenienti o dirette per Assab.

Art. 5. Il sultano Mohamed Anfari concede al governo di S. M. il re d'Italia l'uso della terra di Ablis (Aussa) sulla parte del territorio di Aussa atto alla coltivazione, per stabilire una stazione commerciale italiana.

Art. 6. Saranno rispettate tutte le religioni.

Art. 7. I sudditi di S. M. il re d'Italia viaggeranno liberamente per tutto il paese dipendente dal sultano Mohamed Anfari ed i dipendenti di questo saranno sempre assistiti dalle autorità consolari italiane.

Art. 8. Le navi da guerra di S. M. il re d'Italia vigileranno dalla parte del mare alla sicurezza del litorale dancalo.

Art. 9. Questa convenzione sarà sottoposta all'approvazione di S. M. il re dello Scioa e verrà ratificata allo Scioa dal rappresentante del governo di S. M. il re d'Italia.

Art. 10. Di detta convenzione saranno fatte tre copie, in lingua amarica, araba e italiana, che concordino perfettamente nelle rispettive traduzioni.

Hadéle-Gubo (Sengherra), 15 marzo 1883.

(Firma e sigillo del sultano Mohamed Anfari.)

Ankober, 22 maggio 1883.

(Sigillo del re dello Scioa.)

Il rappresentante di S. M. il re d'Italia

P. Antonelli.

*) Die folgenden Actenstücke sind entnommen aus den Grünbüchern: Etiopia, 17. Dezember 1889 (G.) und 6. Mai 1890 (G. 2).

Nr. 10041. ITALIEN. — König Humbert an den Negus Johannes. Theilt die Errichtung einer italienischen Station in Massaua mit. [G. 83.] 10. Februar 1885.

Nr. 10041.
Italien.
10. Febr. 1885.

Per effetto degli avvenimenti e per la imperscrutabile volontà della Provvidenza, l'Italia, che ebbe per l'Abissinia, da antico tempo, costante e fida amicizia, è ora chiamata ad avere con essa più intimi rapporti mercè un presidio di nostre truppe stabilito a Massua. || Ci affrettiamo a darne avviso a Vostra Maestà, manifestandole la fiducia che questo fatto si benefici non meno per gli stati della Maestà Vostra che per i nostri. A ciò mireranno i nostri sforzi costanti, e, se Vostra Maestà vorrà coadiuvarci con pari cordialità di sentimenti e di propositi, speriamo, coll'assistenza divina, di riuscire nell'intento.

Ci preme intanto di assicurare la Maestà Vostra che tutti i vantaggi che la Gran Bretagna e l'Egitto avevano assicurato in Massua all'Abissinia saranno da noi scrupolosamente mantenuti, e, se le circostanze lo consentiranno, saranno anche accresciuti. Epperò è nostre intendimento, quando piaccia a Vostra Maestà di farci conoscere il suo gradimento, di inviare ad essa apposita missione, con l'incarico non solo di confermare solennemente ciò che sta scritto a tale riguardo nel trattato stipulato dalla Maestà Vostra il 3 giugno 1884 con quei due stati, ma altresì di negoziare quegli ulteriori accordi che sembrassero di comune profitto. Intanto voglia Vostra Maestà accogliere sin d'ora queste nostre assicurazioni e dichiarazioni, esprimenti con piena schiettezza il nostro animo desideroso di sempre meglio svolgere gli amichevoli rapporti tra le nostre corti ed i nostri stati. || Data dal nostro real palazzo in Roma, addì 10 febbrajo, l'anno del Signore 1885.

Humberto.
Mancini.

Nr. 10042. ITALIEN und AUSSA. — Convention über Abschaffung des Sklavenhandels. [G. 124 Anhang.] 7. Juli 1887.

Nr. 10042.
Italien
und AUSSA.
7 Juli 1887.

Il 15^o giorno del mese di sciaual dell'anno 1304 dell'Egira (ossia 7 luglio 1887), tra il sultano Mohamed Anfari ed il conte Antonelli, come inviato del regio governo italiano, fu convenuto quanto segue:

Art. 1.

Il sultano Mohamed Anfari dichiara che ha proclamato nel suo paese l'abolizione del commercio degli schiavi. || Nessuno potrà vendere, comprare e far transitare sulla terra di Mohamed Anfari degli schiavi, sia per la via dello Scioa che per quella di Damè. Da ora in poi, a chi non eseguirà queste disposizioni, Mohamed Anfari sequestrerà gli schiavi, ai quali darà libertà. || Il governo di S. M. il re d'Italia, onde ottenere un servizio di sorveglianza dà a titolo di rimborso di spesa talleri 1500 all'anno al sultano Mohamed Anfari.

Art. 2.

Il conte Antonelli ed il sultano Mohamed Anfari hanno stabilito di fare una strada da Assab al monte Mussalli onde facilitare il transito delle carovane. || Dal monte Mussalli fino alla base del monte Adoali sarà il sultano Mohamed Anfari che farà fare la strada: dal monte Adoali ad Assab sarà per cura del governo di S. M. il re d'Italia che la strada sarà fatta. || Presso il monte Mussalli, a beneficio comune, si scaverà un pozzo; se riusciranno a farlo i danakil sarà fatto da loro, altrimenti provvederà a costruirlo il governo italiano.

(Bollo del Sultano d'Aussa.)

Pietro Antonelli
Inviato del regio governo italiano.

Nr. 10013. ITALIEN und AUSSA. — Convention über die Freiheit der Strasse zwischen Assab-Aussa-Schoa. 10. Aug. 1887.

S. A. Mohamed Anfari, capo dei danakil, conviene col R. commissario civile di Assab quanto segue: || 1. la via di Assab-Aussa-Schoa è libera pel traffico agli italiani e alle loro carovane che pagheranno per il passaggio talleri due per ogni cammello carico. I viaggiatori e le persone del seguito non pagheranno. Le spese di guide e di vitto saranno fatte dai viaggiatori; || 2. l'Anfari riceverà in premio e quale regalo talleri 18,000, pagabili a rate annuali in quattro anni; il primo anno talleri 6,000 e gli altri tre anni talleri 4,000 ciascuno; || 3. l'amministrazione della giustizia spetta alle autorità italiane sul territorio di Beilul e Gubbi, da Ras Dermah a Ras Rakina, e dal pelo del mare a Torni (10 miglia dalla costa); || 4. gli abitanti restano possessori dei loro beni; || 5. gli italiani potranno costruire pozzi, strade, case su detto territorio, ove lo vogliano, senza che alcuno possa presentare reclami o pretese, salvo quelle dipendenti dal possesso di terreni per equo compenso.

(Bollo del Sultano dell'Aussa.)

L. de Simone.

Nr. 10014. ITALIEN und AUSSA (HAUSSA). — Freundschafts- und Handelsvertrag. [Anhang zu G. 197.] 9. Dec. 1888.

Il governo di S. M. il re d'Italia et il sultano Mohamed, figlio del sultano Anfari, capo di tutti i danakil, desiderando rimire in una sola le varie convenzioni concluse fra essi il 15 marzo 1883, 7 luglio 1887 e 10 agosto 1887, ed allo scopo di rendere sempre più libera e facile la via Assab-Aussa-Schoa e viceversa: ed il governo di S. M. il re d'Italia avendo nominato quale suo rappresentante il conte Pietro Antonelli, e il sultano di Aussa stipulando in proprio nome hanno convenuto dei seguenti articoli:

Nr. 10044.

Italien

und Aussa.

9. Dec. 1888.

Art. I.

La pace e la amicizia saranno costanti e perpetue fra il governo di S. M. il re d'Italia ed il sultano Mohamed figlio del sultano Anfari e fra tutti i loro dipendenti.

Art. II.

Il sultano Mohamed Anfari garantisce la sicurezza della via fra Assab-Aussa ed il regno di Scioa a tutte le carovane da o per Assab.

Le navi da guerra di S. M. il re d'Italia vigileranno dalla parte del mare alla sicurezza del litorale dankalo.

Art. III.

Il sultano Mohamed Anfari riconosce come possedimento italiano tutta la costa dankala da Amfila fino a Ras Dumeira.

Art. IV.

Ciascuna delle due parti contraenti potrà nominare nel paese dell'altra un suo rappresentante pel disbrigo degli affari, con tutte le immunità ed i privilegi personali dovuti secondo gli usi internazionali ai rappresentanti di potenze estere.

Art. V.

In caso che altri tentasse occupare l'Aussa od un punto qualsiasi di essa o delle sue dipendenze, il sultano Mohamed Anfari si opporrà e dovrà innalzare bandiera italiana dichiarandosi e dichiarando i propri stati con tutte le loro dipendenze posti sotto il protettorato italiano.

Art. VI.

Allo scopo di facilitare il transito da o per Assab, il governo italiano si riserva la facoltà di tracciare una strada per i camelli da Assab all'Aussa.

Il sultano Mohamed Anfari fornirà manuali e camelli alle autorità italiane, dietro equa ricompensa da stabilirsi, per rendere facile la costruzione della via e garantirà la sicurezza a tutti i lavoratori.

Lungo la via si costruiranno possibilmente pozzi a due ore di distanza l'uno dall'altro.

Art. VII.

Il sultano Mohamed Anfari non permetterà il commercio degli schiavi e si obbliga a sequestrare qualunque carovana di chiavisti che attraversasse i suoi territori e dipendenze.

Art. VIII.

Il sultano Mohamed Anfari non farà pagare alle carovane italiane nessuna imposta o pedaggio.

Il governo italiano dichiara libere da dogana tutte le carovane dankale in arrivo o partenza da Assab.

Art. IX.

Nr. 10044.
Italien
und Aussa.
9. Dec. 1888.

Per sviluppare le relazioni commerciali fra Assab e lo Scioa e viceversa attraverso l'Aussa viene stabilito il prezzo del nolo dei camelli nel modo seguente:

Da Assab allo Scio talleri M. T. 25 per ogni camello;

Dallo Scioa ad Assab per il carico di avorio talleri M. T. 20 per ogni camello;

Dallo Scioa ad Assab per il carico di pellami e del caffè talleri M. T. 15 per camello;

Nel nolo dei camelli saranno comprese le paghe ai camellieri, ai quali però si dovranno fornire le necessarie provviste alimentari.

Art. X.

I corrieri da Assab allo Scioa e viceversa riceveranno talleri M. T. 30 di ricompensa se arriveranno entro il termine di 30 giorni dalla data della loro partenza, e di talleri 20 se avranno oltrepassato quel tempo.

Art. XI.

Il governo italiano si obbliga di pagare al sultano Mohamed Anfari la somma di talleri M. T. 18,000 convenuta fra il regio commissario di Assab ed il sultano Anfari.

La prima rata di talleri M. T. 6,000 e la seconda di talleri M. T. 4,000 saranno sborsate all'atto della firma del presente trattato e le altre due rate di talleri M. T. 4,000 verranno pagate annualmente.

Art. XII.

Il sultano Mohamed Anfari concede al governo italiano l'uso della terra di Gambo Kuma per stabilirvi una stazione commerciale ed un punto di approvvigionamento per le carovane da o per Assab.

Art. XIII.

Il Governo di S. M. il re d'Italia per ricompensare il sultano Mohamed Anfari della protezione che darà alle carovane e per il loro libero transito, pagherà al sultano Mohamed Anfari la somma annua di talleri M. T. 3,000.

Art. XIV.

Il presente trattato sarà ratificato dal governo di S. M. il re d'Italia e la ratifica sarà spedita all'Aussa il più presto possibile.

In fede di che il conte P. Antonelli in nome del governo di S. M. il re d'Italia ed il sultano Mohamed figlio del sultano Anfari hanno il primo firmato ed il secondo posto il suo sigillo al presente trattato fatto in Adèlè Gubò (Aussa) il 9 dicembre 1888 — ossia il 5 rebi el akir 1306 — dell'Egira.

Per il governo di S. M. il re d'Italia

Pietro Antonelli.

(Sigillo del sultano di Aussa.)

Nr. 10045. ITALIEN und ABESSINIEN. — Freundschafts- und Handelsvertrag. [Anhang I, zu G. 239.] 2. Mai 1889.

Nr. 10045.
Italien
und
Abessinien.
2. Mai 1889.

Sua Maestà Umberto I re d'Italia e Sua Maestà Menelik II re dei re di Etiopia, allo scopo di rendere proficua e durevole la pace fra i due regni d'Italia e di Etiopia, hanno stabilito di concludere un trattato d'amicizia e di commercio. || E Sua Maestà il re d'Italia avendo delegato come suo rappresentante il conte Pietro Antonelli, commendatore della corona d'Italia, cavaliere dei SS. Maurizio e Lazzaro, suo inviato straordinario presso Sua Maestà il re Menelik i cui pieni poteri furono riconosciuti in buona e debita forma, e Sua Maestà il re Menelik stipulando in proprio nome quale re dei re d'Etiopia, hanno concordato e concludono i seguenti articoli:

Art. I.

Vi saranno pace perpetua ed amicizia costante fra Sua Maestà il re d'Italia e Sua Maestà il re dei re d'Etiopia e fra i loro rispettivi eredi, successori, sudditi e popolazioni protette.

Art. II.

Ciascuna delle parti contraenti potrà essere rappresentata da un agente diplomatico accreditato presso l'altra e potrà nominare consoli, agenti ed agenti consolari negli Stati dell'altra.

Tali funzionari godranno di tutti i privilegi ed immunità secondo le consuetudini dei governi europei.

Art. III.

A rimuovere ogni equivoco circa i limiti dei territori sopra i quali le due parti contraenti esercitano i diritti di sovranità, una commissione speciale composta di due delegati italiani e due etiopici tratterà sul terreno con appositi segnali permanenti una linea di confine i cui capisaldi siano stabiliti come appresso:

- a) la linea dell'altipiano segnerà il confine etiopico-italiano;
- b) partendo dalla regione di Arafali: Halai, Saganeiti ed Asmara saranno villaggi nel confine italiano;
- c) Adi Nefas e Adi Joannes saranno dalla parte dei Bogos nel confine italiano;
- d) da Adi Joannes una linea retta prolungata da est ad ovest segnerà il confine italo-etiopico.

Art. IV.

Il convento di Debra Bizen con tutti i suoi possedimenti resterà proprietà del governo etiopico che però non potrà mai servirsene per scopi militari.

Art. V.

Le carovane da o per Massaua pagheranno sul territorio etiopico un solo diritto di dogana di entrata dell'8 per cento sul valore della merce.

Art. VI.

Il commercio delle armi e munizioni da o per l'Etiopia attraverso Massaua sarà libero per il solo re dei re d'Etiopia.

Ogni qualvolta questi vorrà ottenere il passaggio di tali generi dovrà farne regolare domanda alle autorità italiane munita del sigillo reale.

Le carovane con carico di armi e munizioni viaggeranno sotto la protezione e con la scorta di soldati italiani fino al confine etiopico.

Nr. 10045.
Italien
und
Abessinien.
2. Mai 1889.

Art. VII.

I sudditi di ciascuna delle due parti contraenti potranno liberamente entrare, viaggiare, uscire coi loro effetti e mercanzie nel paese dell'altra e godranno della maggiore protezione del governo e dei suoi dipendenti.

È però severamente proibito a gente armata di ambe le parti contraenti di riunirsi in molti od in pochi e passare i rispettivi confini allo scopo di imporsi alle popolazioni e tentare con la forza di procurarsi viveri e bestiame.

Art. VIII.

Gli italiani in Etiopia e gli etiopi in Italia o nei possedimenti italiani potranno comprare o vendere, prendere o dare in affitto e disporre in qualunque altra maniera delle loro proprietà non altrimenti che gli indigeni.

Art. IX.

È pienamente garantita in entrambi gli stati la facoltà per i sudditi dell'altro di praticare la propria religione.

Art. X.

Le contestazioni o liti fra italiani in Etiopia saranno definite dall'autorità italiana in Massaua o da un suo delegato.

Le liti fra italiani ed etiopi saranno definite dall'autorità italiana in Massaua o da un suo delegato e da un delegato dell'autorità etiopica.

Art. XI.

Morendo un italiano in Etiopia o un etiope in territorio italiano, le Autorità del luogo custodiranno diligentemente tutta la sua proprietà e la terranno a disposizione dell'autorità governativa a cui apparteneva il defunto.

Art. XII.

In ogni caso o per qualsiasi circostanza gl'italiani imputati di un reato saranno giudicati dalla autorità italiana.

Per questo l'autorità etiopica dovrà immediatamente consegnare alla autorità italiana in Massaua gli italiani imputati di aver commesso un reato.

Egualemente gli etiopi imputati di reato commesso in territorio italiano saranno giudicati dall'autorità etiopica.

Nr. 1045.

Italien
undAbessinien.
2 Mai 1889.

Art. XIII.

Sua Maestà il re d'Italia e Sua Maestà il re dei re di Etiopia si obbligano a consegnarsi reciprocamente i delinquenti che possono essersi rifugiati, per sottrarsi alla pena, dai domini dell'uno nei domini dell'altro.

Art. XIV.

La tratta degli schiavi essendo contraria ai principii della religione cristiana, Sua Maestà il re dei re d'Etiopia s'impegna d'impedirla con tutto il suo potere in modo che nessuna carovana di schiavi possa attraversare suoi Stati.

Art. XV.

Il presente trattato è valido in tutto l'impero etiopico.

Art. XVI.

Se nel presente trattato, dopo cinque anni dalla data della firma, una delle due alte parti contraenti volesse far introdurre qualche modificazione potrà farlo; ma dovrà prevenirne l'altra un anno prima, rimanendo ferma ogni e singola concessione in materia di territorio.

Art. XVII.

Sua Maestà il re dei re d'Etiopia consente di servirsi del governo di Sua Maestà il re d'Italia per tutte le trattazioni di affari che avesse con altre potenze o governi.

Art. XVIII.

Qualora Sua Maestà il re dei Re d'Etiopia intendesse accordare privilegi speciali a cittadini di un terzo stato per stabilire commerci ed industrie in Etiopia, sarà sempre data, a parità di condizioni, la preferenza agli italiani.

Art. XIX.

Il presente trattato essendo redatto in lingua italiana ed amarica e le due versioni concordando perfettamente fra loro, entrambi i testi si riterranno ufficiali e faranno sotto ogni rapporto pari fede.

Art. XX.

Il presente trattato sarà ratificato.

In fede di che il conte Pietro Antonelli, in nome di Sua Maestà il re d'Italia, e Sua Maestà Menelik re dei re d'Etiopia, in nome proprio, hanno firmato e apposto il loro sigillo al presente trattato fatto nell'accampamento di Ucciali il 25 miazia 1881 — corrispondente al 2 maggio 1889.

(Bollo imperiale d'Etiopia.)

Per Sua Maestà il Re d'Italia
Pietro Antonelli.

Nr. 10046. **ITALIEN** und **ABESSINIEN**. — Zusatz zum Handels- und Freundschaftsvertrag vom 2. Mai 1889. [G. 2, 30.]
1. October 1889.

In nome della Santissima Trinità || Sua Maestà il re d'Italia e Sua Maestà l'Imperatore di Etiopia, desiderando concludere una convenzione addizionale al trattato di amicizia e commercio firmato nell'accampamento di Ucciali, il 2 maggio 1889 (23 miazia 1881 della data etiopica) hanno nominato a loro plenipotenziarii || Sua Maestà il re d'Italia || il cavaliere Francesco Crispi, presidente del consiglio dei ministri, e suo ministro segretario di stato ad interim per gli affari esteri, e || Sua Maestà l'Imperatore di Etiopia || il degiasmace Maconen suo ambasciatore presso S. M. il Re d'Italia; || i quali, muniti di pieni poteri, hanno stabilito quanto appresso.

Nr. 10046.
Italien
und
Abessinien.
1. Oct. 1889.

Art. 1.

Il re d'Italia riconoscere re Menelik imperatore di Etiopia.

Art. 2.

Re Menelik riconosce la sovranità del re d'Italia nelle colonie che vanno sotto il nome di possedimenti italiani nel Mar Rosso.

Art. 3.

In virtù dei precedenti articoli sarà fatta una rettificazione dei due territori, prendendo a base il possesso di fatto attuale, per mezzo dei delegati che a tenore dell'articolo III del trattato 2 maggio 1889 (25 miazia 1881) saranno nominati dal re d'Italia e dall'imperatore di Etiopia.

Art. 4.

L'imperatore d'Etiopia potrà far coniare nei suoi stati una moneta speciale di un peso e di un valore da stabilirsi di comune accordo. Essa sarà coniata nelle zecche del re d'Italia ed avrà corso legale anche nei territori africani posseduti dall'Italia.

Se il re d'Italia conierà una moneta nei suoi possedimenti africani, essa avrà corso legale in tutti i regni dell'imperatore di Etiopia.

Art. 5.

Un prestito di quattro milioni di lire italiane dovendo essere contratto dall'imperatore di Etiopia con una banca italiana, mercè la garanzia del governo d'Italia, resta stabilito che l'imperatore de Etiopia dà di sua parte al governo italiano, come garanzia pel pagamento degli interessi e per l'estinzione della somma capitale, gli introiti delle dogane di Harar.

Nr. 10046.

Italien
und
Abessinien.
1. Oct. 1889.

Art. 6.

L'imperatore di Etiopia mancando alla regolarità del pagamento delle annualità da convenirsi con la banca che farà il prestito dà e concede al governo italiano il diritto di assumere l'amministrazione delle dogane suddette.

Art. 7.

Metà della somma ossia due milioni di lire italiane sarà consegnata in moneta di argento; l'altra metà rimarrà depositata nelle casse dello Stato italiano per servire agli acquisti che l'imperatore di Etiopia intende di fare in Italia.

Art. 8.

Resta inteso che i diritti fissi di dogana dell'articolo V del sopracitato trattato fra l'Italia e l'Etiopia si applicheranno non solo alle carovane da o per Massaua, ma a tutte quelle che scenderanno o saliranno per qualunque strada dove regna l'imperatore di Etiopia.

Art. 9.

Così pure resta stabilito che il 3^o comma dell'articolo XII del sopracitato trattato è abrogato e sostituito dal seguente:

“Gli etiopi che commettessero un reato in territorio italiano saranno giudicati sempre dalle autorità italiane.”

Art. 10.

La presente convenzione è obbligatoria non solo per l'attuale imperatore di Etiopia, ma anche per i suoi eredi e successori nella sovranità di tutto o di parte del territorio sul quale re Menelik ha dominio.

Art. 11.

La presente convenzione sarà ratificata e le ratifiche saranno scambiate il più presto possibile.

In fede di che il cavaliere Francesco Crispi in nome di Sua Maestà il re d'Italia e il degiasmace Maconen in nome di Sua Maestà l'imperatore di Etiopia hanno firmato e apposto il loro sigillo alla presente Convenzione fatta in Napoli il 1^o ottobre 1889 ossia il 22 mascarram 1882 della data etiopica.

Maconen.

F. Crispi.

Nr. 10047. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an die Vertretungen Italiens im Auslande. — Mittheilung des mit Abessinien abgeschlossenen Vertrages. [G. 2, 31.]
11. October 1889.

Nr. 10047.

Italien.
11. Oct. 1889.

Il trattato perpetuo fra l'Italia e l'Etiopia firmato da S. M. il re Menelik il 2 maggio 1889 e ratificato da S. M. il re d'Italia il 29 settembre ultimo

scorso, porta nell'articolo XVII che "S. M. il re dei re di Etiopia consente di servirsi del governo di S. M. il re d'Italia per tutte le trattazioni di affari che avesse con altre potenze o governi". Prego notificare a codesto governo, in conformità dell'articolo 34 dell'atto generale della conferenza di Berlino del 26 febbraio 1885, la stipulazione suddetta.

Crispi.

Nr. 10047.
Italien.
11. Oct. 1889.

Nr. 10048. VEREINIGTE STAATEN. — Staatssekretär an den italienischen Geschäftsträger. — Antwort auf die Mittheilung von dem Vertrage Italiens mit Abessinien. [G. 2, 45. Anhang.] 18. October 1889*).

(Uebersetzung.)

Ho l'onore di segnalarle ricevuta della sua nota del 12 corrente in cui ella mi informa, dietro ad istruzioni del suo governo, e conformemente alle disposizioni dell'articolo 34 dell'atto generale della conferenza di Berlino del 26 febbraio 1885, che, a mente dell'art. 17 del trattato perpetuo concluso tra l'Italia e l'Etiopia, firmato da S. M. il re d'Etiopia addì 2 maggio 1889 e ratificato da S. M. il re d'Italia il 29 settembre ultimo, si è stabilito che: "S. M. il re dei re d'Etiopia acconsente a servirsi del governo di S. M. il re d'Italia per tutte le trattazioni che potesse avere colle altre potenze o governi."

Nr. 10048.
Vereinigto
Staaten.
18. Oct. 1889.

In risposta, e per quanto riguarda il basarsi di quest'annunzio, come è riferito nella sua nota, sulle disposizioni dell'articolo 34 dell'atto generale della conferenza di Berlino del 26 febbraio 1885, ho l'onore di dichiarare che, sino a tanto che gli Stati-Uniti non saranno, per susseguente accessione e ratifica dell'atto generale della conferenza di Berlino, nel modo prescrittovi, divenuti parte contraente, sarà impossibile determinare il dovuto e proprio peso da darsi dal governo federale all'annunzio dato.

James G. Blaine.

Nr. 10049. ITALIEN und ABESSINIEN: — Vertrag, betreffend eine von der italienischen Nationalbank dem König von Abessinien zu gewährende Anleihe. [G. 2, 41.] 26. October 1889.

Il seguito alle istanze del governo di S. M. l'imperatore di Etiopia al governo di S. M. il re d'Italia, e agli accordi passati fra i due governi, e fra essi e la banca nazionale del regno d'Italia, sono intervenuti: || In rappresentanza del Governo italiano S. E. il presidente del consiglio dei ministri e ministro dell'interno, interim degli affari esteri, cav. Francesco Crispi, e S. E. il ministro del tesoro, comm. Giovanni Giolitti; || In rappresentanza del governo

Nr. 10049.
Italien
und
Abessinien.
26. Oct. 1889.

* Die Antworten anderer Regierungen, welche bloss die Kenntnissnahme bescheinigen, sind hier nicht reproducirt worden.

Nr. 10049. etipico S. E. il degiasmace Maconen, ambasciatore di S. M. l'imperatore di
 Italien S. M. l'imperatore di Etiopia, i cui poteri furono riconosciuti in debita forma;
 und || In rappresentanza della banca nazionale, il direttore generale della mede-
 Abessinien. || sima, comm. Giacomo Grillo, a ciò autorizzato dal consiglio superiore con
 26. Oct. 1889. deliberazione 9 ottobre 1889; || Ed hanno stipulato e stipulano quanto segue.

Art. 1.

La banca nazionale nel regno d'Italia fa un mutuo al governo dell'impero di Etiopia di due (2) milioni di lire italiane, sulla quale somma decorrerà l'interesse del 6^o/_o all'anno, rispettivamente dai giorni nei quali si faranno i signoli pagamenti.

Art. 2.

La detta somma verrà pagata per lire un milione all'atto della firma del presente contratto, e per lire un milione il giorno 10 (dieci) novembre del corrente anno.

Art. 3.

La restituzione della somma matuata accresciuta dell'interesse fino al 30 giugno 1891, avrà luogo in 20 (venti) annualità eguali comprensive l'interesse e l'ammortamento del capitale.

La scadenza della prima annualità rimane stabilita al 1^o luglio 1891 e così successivamente al 1^o luglio di ogni anno.

Art. 4.

Il pagamenso delle venti annualità di cui al precedente articolo 3 alle rispettive scadenze, sarà fatto dal governo etipico a suo rischio e spese nella cassa del governo italiano in Massaua.

Art. 5.

Il governo etipico rilascerà 20 (venti) obbligazioni fruttifere al 6^o/_o ad anno rappresentanti ciascheduna la somma di lire 192,178 30 comprendenti lo ammortamento del capitale e l'interesse, giusta l'articolo 3.

Ogni obbligazione conterrà la dichiarazione che il prestito è garantito dal governo del regno d'Italia, tanto per gli interessi, quanto per l'ammortamento del capitale.

Questa dichiarazione sarà firmata da S. E. il presidente del consiglio dei ministri, ministro ad interim degli affari esteri, e da S. E. il ministro del tesoro.

Art. 6.

È riservata la facoltà al governo etipico di chiedere un altro mutuo pure di lire due milioni alle stesse condizioni di cui nel presente contratto.

Tale facoltà dovrà essere esercitata nel termine di un anno dalla data del presente contratto.

Art. 7.

Tutte le spese e le tasse del presente contratto secondo le leggi del regno d'Italia, sono a carico del governo etiopico.

Roma, addì 26 ottobre 1889.

Il presidente del consiglio dei ministri
ministro degli affari esteri
Francesco Crispi.

Il ministro del tesoro
Giovanni Giolitti.

Il direttore generale della banca nazionale
Giacomo Grillo.

Nr. 10049.
Italien
und
Abessinien.
26. Oct. 1889.

Nr. 10050. **ITALIEN.** — Minister des Aeußeren an die italienischen Vertreter im Auslande. — Mittheilung des Vertrages mit Haussa. [G. 2, 52.] 6. December 1889.

La prego di fare a codesto governo la notificazione seguente: il governo italiano notifica alle potenze firmatarie dell'atto generale della conferenza di Berlino che l'articolo V del trattato stipulato fra l'Italia e il sultano d'Aussa, capo di tutti i danakil, è così concepito: "In caso che altri tentasse occupare l'Aussa od un punto qualsiasi di essa o delle sue dipendenze il sultano si opporrà e dovrà innalzare la bandiera italiana, dichiarandosi e dichiarando i propri stati con tutte le loro dipendenze posti sotto il protettorato italiano."

Crispi.

Nr. 10050.
Italien.
6. Dec. 1889.

Nr. 10051. **RUSSLAND.** — Minister des Answärigen an den italienischen Geschäftsträger. — Antwort auf die Mittheilung des Vertrages zwischen Italien und Abessinien. [G. 2, 61. Anhang.] 12. December 1889.

Le soussigné ministre des affaires étrangères de Russie a reçu la note que M. le chargé d'affaires d'Italie a bien voulu lui adresser à la date du 30 septembre (12 octobre) pour lui faire connaître qu'en vertu d'un traité signé le 2 mai 1889 le roi d'Ethiopie a consenti à se servir du gouvernement de S. M. le roi d'Italie pour traiter toutes les affaires qu'il aurait avec d'autres puissances et gouvernements. || Cette communication ayant suggéré au cabinet impérial quelques observations, le soussigné se fait un devoir d'informer M. le comte Bottaro-Costa que l'ambassadeur de l'empereur à Rome a été autorisé à en faire part au gouvernement d'Italie. || Le soussigné saisit, etc.

Giors.

Nr. 10051.
Russland.
12. Dec. 1889.

Nr. 10052. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. — Mittheilung der von dem Botschafter Russlands zu dem italienisch-abessinischen Vertrage gemachten „Bemerkungen“. [G. 2, 70.] 10. Januar 1890.

Nr. 10052.
Italien.
10. Jan. 1890.

Signor ambasciatore, || Come le telegrafai il 22 dello scorso dicembre, è venuto da me S. E. il barone d'Uxkull, il quale, conformemente a quanto c'è stata ambasciata mi aveva annunziato col telegramma del 13 del medesimo mese, mi espose "alcune osservazioni" del governo imperiale in ordine alla notificazione da noi fatta alla Russia, come alle altre potenze firmatarie dell'atto generale di Berlino 25 febbraio 1885, dell'articolo 17 del recente trattato tra l'Italia e l'Etiopia. || Queste "osservazioni" che il governo imperiale non volle formulare per iscritto, si riassumono nel ricordo di una riserva fatta da Said pascià rappresentante ottomano alla conferenza tenutasi a Berlino sullo scorcio del 1884 e sul principio del 1885 e terminatasi con l'atto più sopra accennato. Tale riserva venne espressa dal detto diplomatico ottomano nella seduta del 31 gennaio, protocollo ottavo, ma non concerneva che "i possedimenti del sultano," come ebbi già ad avvertire con mio telegramma del 22 dicembre. Ora l'Etiopia od Abissinia, paese interamente distinto dalle regioni del littorale, sulle quali la Turchia potè accampare qualche infondata pretesa, da noi vittoriosamente combattuta in altra occasione, non ebbe mai, in nessun tempo, ed a qualsivoglia titolo, rapporti di dipendenza od altri analoghi con l'impero ottomano. La riserva di Said pascià non poteva dunque, in nessun modo, applicarsi all'Etiopia. || Non essendo state formulate dal governo imperiale altre obiezioni, dobbiamo ritenere che la Russia non abbia difficoltà a riconoscere lo stato di cose notificatole. In questo concetto siamo vieppiù confermati dalla considerazione che il gabinetto di Pietroburgo non esternò alcuna obiezione sua od in nome proprio: accennò soltanto a quella che avrebbe potuto fare, ma non fece, S. M. il sultano. È chiaro dunque e manifesto che qualora siffatta obiezione avesse alcun valore ciò sarebbe unicamente per quanto concerne i rapporti tra l'Italia e la Turchia, non già per quelli tra l'Italia e la Turchia, non già per quelli tra l'Italia e la Russia. || Ci pare così sciolta la questione di diritto che, per organo del barone di Uxkull, venne presso di noi sollevata. Rimanendo il fatto che nessuna altra obiezione fu dalla Russia formulata contro il nostro trattato con Menelik, noi dobbiamo ritenere e riteniamo accolta la nostra dichiarazione. || Voglia alla prima occasione esprimersi in tal senso col signor di Giers.

Crispi.

Internationale Arbeiterschutz-Bewegung*).

Nr. 10053. **SCHWEIZ.** — Rundschreiben an Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen. Spanien. Anregung zu einer Conferenz. 15. März 1889.

Als der schweizerische Bundesrath im Jahre 1881 bei den hohen Regierungen einiger der hervorragendsten europäischen Industriestaaten durch seine diplomatischen Vertretungen hatte Erkundigungen einziehen lassen, ob Geneigtheit vorhanden wäre, zu einem internationalen Uebereinkommen betreffend die Arbeit in den Fabriken Hand zu bieten, konnte er den eingegangenen Antworten entnehmen, dass über den Gegenstand ziemlich divergirende Anschauungen herrschten. Während auf der einen Seite auf die Schwierigkeiten hingewiesen wurde, welche der Anregung entgegenständen, wurde von der andern gewünscht, es möchten zunächst die zu einer Vereinbarung sich eignenden Punkte in einem Programm präcisirt werden, von dessen Prüfung die weitere Entscheidung abhängig wäre.

Nr. 10053.
Schweiz.
15. März 1889.

Wenn der schweizerische Bundesrath damals der Angelegenheit für einstweilen keine weitere Folge geben zu sollen glaubte, so haben sich im Verlauf der seither verflossenen acht Jahre die Verhältnisse unzweifelhaft günstiger gestaltet. Mehrere Staaten haben inzwischen über die Industrie-Arbeit Gesetze erlassen, andere bereiten solche vor; verschiedene Gesetzgebende Körper befassen sich mit einschlägigen Vorlagen und haben auch speziell die Frage internationaler Abmachungen über den Gegenstand schon zur Erörterung gebracht. Diese Frage ist ferner in der Literatur einlässlich behandelt worden, und im öffentlichen Leben wendet sich ihr ein wachsendes Interesse

*) Der schweizerische Bundesrath, die französische und die englische Regierung haben zusammenhängende Publicationen über den Gegenstand veröffentlicht; diesen, wie dem deutschen Reichsanzeiger und der amtlichen Publication des Protocolls der Berliner Conferenz sind die nachstehenden Actenstücke entnommen. Vgl. ferner den Schulthess'schen Geschichtskalender.

Nr. 10053.
Schweiz.
15. März 1889.

zu, welches viele der frühern Bedenken beseitigt zu haben scheint. Wichtige Kundgebungen haben stattgefunden, von denen nur eine der neuesten, die Beschlüsse des VI. internationalen Kongresses für Hygiene und Demographie zu Wien im Jahre 1887, erwähnt sein möge. Ueberall haben sich die Produktions- und Arbeiterverhältnisse, wie wohl nicht zu verkennen ist, so gestaltet, dass jener Frage wirklich eine aktuelle Bedeutung zukommen dürfte.

Der schweizerische Bundesrath glaubt daher nicht inopportun zu handeln, wenn er bei den hohen Regierungen den Gegenstand neuerdings anregt, und zwar, wie es die nun besser abgeklärten Verhältnisse erlauben, in bestimmter Form, wodurch die schon früher geltend gemachten Wünsche einzelner der hohen Regierungen Berücksichtigung finden.

Nach der Auffassung des schweizerischen Bundesrathes würde es sich nicht darum handeln, internationale Vereinbarungen einzig im Interesse der Arbeiter und ihrer Familien in Aussicht zu nehmen — die allgemein gebräuchliche Bezeichnung „internationale Arbeiterschutzgesetzgebung“ muss wohl auch hinsichtlich des Ausdrucks „Gesetzgebung“ als eine nicht ganz zutreffende angesehen werden —, sondern es scheinen ihm zwei Momente in's Gewicht zu fallen, einerseits eine gewisse Regelung der industriellen Produktion, andererseits die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse.

In ersterer Hinsicht möge darauf hingewiesen werden, dass internationale Staatsverträge vielen als das erfolgreichste Mittel erscheinen, um eine Verminderung der über den Bedarf hinausgehenden Waarenerzeugung und der von ihr verursachten Uebel zu erzielen und die gegenseitigen Produktionsverhältnisse in natürliche und rationelle Schranken zurückzuführen.

Mit der Erstrebung dieses einen Zieles hängt aber wohl diejenige des andern, die Lage der Arbeiter besser zu gestalten, zusammen; denn die nationale Gesetzgebung kann in ihrer Obsorge für die Arbeiterfamilien nur bis zu einer gewissen Gränze gehen. Dass es aber dringend geboten sei, die wirksame Thätigkeit des Staates auch in dieser Richtung zu entfalten, beweisen die bereits bestehenden, zum Theil vor vielen Dezennien schon erlassenen Gesetze zahlreicher Länder, sowie die schlimmen Resultate, welche aus den mannigfaltigsten auf diesem Gebiete vorgenommenen hygieinischen, statistischen und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen sich ergeben haben. Es wird als ein Gebot der Humanität sowohl als der Sorge für die durch Degenerirung grosser Bevölkerungsklassen geschwächten Wehrkraft der Staaten bezeichnet, den Zustand der Dinge nicht fortbestehen zu lassen.

Allerdings werden sich die anzustrebenden Fortschritte nicht auf einmal verwirklichen lassen, sondern es kann sich unzweifelhaft nur darum handeln, die zunächst erreichbaren zu verfolgen. In diesem Sinne möchten als mit Erfolg von einem Staatenverband zu regulirende Gebiete vor Allem angesehen werden:

die industrielle Sonntagsarbeit,

die industrielle Kinder- und Frauenarbeit,

insofern, als durch eine allzu intensive und allzu frühzeitige Ausnützung, durch eine den Gesetzen der Natur und der Sitte zuwiderlaufende Verwendung der Arbeitskräfte die Familie physischer wie moralischer Depravation entgegengeführt und zerstört wird.

Nr. 10053.
Schweiz.
15. März 1889.

Die Art und Weise des Vorgehens dürfte nach Ansicht des schweizerischen Bundesrathes darin bestehen, dass sich zunächst eine keinen diplomatischen Charakter tragende Konferenz von Delegirten der verschiedenen Staaten versammelte, um auf Grund eines Programms die Frage zu berathen und diejenigen Punkte festzusetzen, deren Ausführung durch internationales Uebereinkommen den hohen Regierungen als wünschbar zu bezeichnen wäre. Als Programmpunkte erlaubt sich der schweizerische Bundesrath, im Sinne der vorstehenden Ausführungen und in Hinsicht auf die bereits bestehende Gesetzgebung in den verschiedenen Staaten, unmassgeblicher Weise vorzuschlagen:

1. Verbot der Sonntagsarbeit.
2. Festsetzung eines Minimalalters für die Zulassung von Kindern in fabrikmässigen Betrieben.
3. Festsetzung eines Maximalarbeitstages für jugendliche Arbeiter.
4. Verbot der Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Personen in besonders gesundheitsschädlichen und gefährlichen Betrieben.
5. Beschränkung der Nacharbeit für jugendliche und weibliche Personen.
6. Art und Weise der Ausführung allfällig abgeschlossener Verträge.

Wenn sich die Konferenz über diese Punkte oder einzelne derselben einigt hätte, so würden die Resultate den hohen Regierungen als unverbindliche Vorschläge zu unterbreiten sein. In dem Falle, dass der einen oder andern der hohen Regierungen nur ein Theil dieser Vorschläge genehm wäre, könnten besondere internationale Uebereinkommen betreffend einzelne Fragen jeweilen von denjenigen Staaten in Aussicht genommen werden, welche hinsichtlich deren Lösung übereinstimmen. Die Vereinbarungen würden nicht den Sinn haben, die nationalen Gesetze zu ersetzen, sondern die kontrahirenden Theile verpflichten, in ihrer einheimischen Gesetzgebung gewisse Minimalforderungen durchzuführen; denjenigen Staaten, welche weiter gehen wollten, bliebe dies selbstverständlich unbenommen, wie denn auch die Schweiz ihre Fabrikgesetzgebung, welche sich in den zwölf Jahren ihres Bestehens vollständig eingelebt hat, nicht abzuschwächen, sondern weiter zu entwickeln gedenkt. Für Staaten, deren Gesetzgebung jene Minimalforderungen zur Zeit noch nicht erfüllt, wäre wohl bei eventuellem Beitritt zu einem internationalen Uebereinkommen eine angemessene Uebergangszeit zu stipuliren. Die Festsetzung der Staatsverträge selbst würde spätern Konferenzen der einzelnen hiezu geneigten Staaten vorbehalten sein.

Indem der schweizerische Bundesrath diese seine Ansichten den hohen Regierungen zur Prüfung zu unterbreiten die Ehre hat, möchte er dieselben um geneigte Mittheilung ersuchen, ob es ihnen genehm wäre, eine im September

Nr. 10053. dieses Jahres in Bern abzuhaltende vorbereitende Konferenz durch Delegirte
Schweiz. zu beschicken.
15. März 1889.

Der Bundesrath behält sich vor, wenn, wie er hofft, seine Anregung günstige Aufnahme findet, den hohen Regierungen ein detaillirteres Programm zu unterbreiten, welches als Basis der Berathung zu dienen hätte.

Nr. 10054. ENGLAND. — Antwort an die Schweiz. 7. Juni 1889.

Nr. 10054.
England.
7. Juni 1889.

With reference to the invitation addressed on the 15th March last by the President of the Swiss Confederation to the Marquess of Salisbury, through Monsieur Vernet, the Swiss Consul General in London, requesting Her Majesty's Government to take part in an International Conference on the subject of the Laws affecting labour, I am instructed by the Marquess of Salisbury to state, that Her Majesty's Government are very willing to join in the Examination and Discussion of this interesting and important subject, if a Conference, including the principal European Powers, should be assembled for that purpose.

In doing so, they will principally have in view the Collection of information with respect to the legislation which prevails in other countries, or which the Governments of those countries are disposed to recommend and the communication of all documents and statistics which it may be in their power to furnish with respect to the legislation which prevails in this country. As at present advised, they are not of opinion, that the function to which an International Conference usually addresses itself of framing Resolutions or Conventions by which all the Signatories are bound would be suitable to the subject-matter of the contemplated Inquiry.

The difficulties inherent in any attempt to arrive at a complete similarity of legislation upon such questions are necessarily very great; and the action of Each of the Governments represented must be determined mainly by the special circumstances of its own Country.

It must be understood that Her Majesty's Government only accept the invitation which the President has done them the honour to forward, for the purpose of discussing the five matters specially proposed for their Examination, viz: the prohibition of Sunday labour; the fixing of a minimum age for the admission of children into factories; the fixing of a Maximum limit of a working day for young persons; the prohibition of the Employment of women and young persons in specially unhealthy or dangerous callings; and the limitation of night work for women and young persons.

It is necessary to make this reserve because in other parts of the Presidents note His Excellency alludes to projects for regulating the hours of adult male labour, and imposing restrictions upon productions, and these are questions which, in any case, the Representatives of this Country would not be instructed to discuss.

Her Majesty's Government hope to receive from the Swiss Government in due time fuller details with respect to the period, at which Conference will met, and the conditions under which its deliberations will be conducted.

Nr. 10054.
England.
7. Juni 1889.

Nr. 10055. **SCHWEIZ.** — Rundschreiben an die Mächte (vgl. Nr. 10053). Verschiebung der Conferenz. 12. Juli 1889.

En réponse à notre circulaire du 15 mars dernier, adressée à tous les états industriels de l'Europe et concernant une conférence à tenir à Berne, au mois de septembre, pour régler par voie internationale des questions se référant au travail dans les fabriques, les gouvernements des états dont les noms suivent par ordre de date ont promis leur participation:

Nr. 10055.
Schweiz.
12. Juli 1889.

Pays-Bas, Belgique, Portugal, Autriche-Hongrie, France, Luxembourg, Italie et Grande-Bretagne.

Le gouvernement russe a refusé par des motifs d'opportunité, et ceux de l'Empire allemand, du Danemark, d'Espagne et de Suède-Norvège n'ont pas encore répondu.

En terminant notre circulaire précitée, nous faisons observer que, si son ouverture rencontrait un accueil favorable, nous nous réservions de communiquer ultérieurement aux hauts gouvernements un programme détaillé, pour servir de base aux discussions de la conférence.

En faisant les études préalables pour ce programme spécial, et en regard des réserves assez importantes que certains gouvernements, d'accord sur le principe, ont cru devoir faire dans leur déclaration d'adhésion, nous sommes arrivés à la conviction qu'il est absolument nécessaire, dans l'intérêt de la chose, pour écarter les malentendus encore existants et pour arriver à un résultat satisfaisant des négociations, que le programme détaillé que nous avons promis soit soumis, avant la réunion de la conférence, à une étude ultérieure et à un examen minutieux de la part de tous les gouvernements participants.

Or, pour cela, le temps qui reste encore jusqu'au mois de septembre prochain nous paraît évidemment trop court; aussi jugeons-nous utile de vous proposer d'ajourner au printemps de l'année prochaine la réunion de la conférence.

Nous osons espérer que d'ici là, après avoir pris connaissance de notre programme spécial, les hauts gouvernements des états qui n'ont pas encore donné leur adhésion jusqu'à ce jour pourront se décider à prendre part aux délibérations dont il s'agit.

Dans l'hypothèse que vous serez d'accord sur notre proposition d'ajournement, nous ne manquerons pas de vous communiquer, le plus tôt que faire se pourra, le programme spécial.

Nr. 10056. **SCHWEIZ.** — Rundschreiben an die Mächte wie bisher, ausser Russland. — Einladung zur Conferenz auf den 5. Mai. 28. Januar 1890.

Nr. 10056.
Schweiz.
28. Jan. 1890.

En nous référant à notre circulaire du 12 juillet 1889 relative à la réglementation du travail, nous avons l'honneur de soumettre à l'examen de Votre Excellence le projet de programme que nous avons élaboré pour servir de base aux délibérations de la Conférence internationale dont nous avons annoncé la prochaine convocation, conférence qui, comme nous l'avons dit, ne revêtira aucun caractère diplomatique.

Vous voudrez bien vous convaincre que notre projet s'en tient strictement aux indications générales de notre circulaire du 15 mars 1889 et qu'il se borne à en développer les différents points en n'abordant que les détails nécessaires aux buts que l'on peut actuellement se proposer d'atteindre.

Les diverses questions du programme se justifient d'elles-mêmes. Nous avons choisi la forme d'un questionnaire parce qu'elle nous a paru s'approprier mieux à la discussion et parce que nous voulions éviter, en principe, de rien préjuger. Dans notre pensée, il serait, du reste, réservé à la conférence elle-même de décider si elle veut admettre notre projet de programme de discussion comme base de ses délibérations. Sur ce point, les délégués seront sans doute munis des instructions nécessaires. Les décisions éventuelles de la conférence ne revêtiront pas un caractère obligatoire, ainsi que nous l'avons déjà relevé dans notre circulaire du 15 mars 1889.

Aucune objection n'ayant été soulevée contre l'ajournement de la conférence au printemps de l'année courante, nous avons l'honneur de proposer qu'elle s'ouvre le lundi 5 mai 1890, à 3 heures de relevée, dans la salle du conseil des Etats du palais fédéral à Berne.

Nous prions Votre Excellence de vouloir bien, dans sa réponse, que nous osons espérer favorable, nous faire connaître les noms des délégués qui seront appelés à représenter son Gouvernement.

*Projet d'un programme de discussion pour la Conférence internationale
concernant la protection des ouvriers.*

I.

Interdiction du travail du dimanche.

1. Dans quelle mesure y a-t-il lieu de restreindre le travail du dimanche?
2. Quelles sont les exploitations ou les méthodes d'exploitation pour lesquelles, d'après leur nature même, l'interruption ou la suspension du travail est inadmissible et le travail du dimanche doit, par conséquent, être permis?
3. Y a-t-il, dans ces exploitations, des mesures à prendre au point de vue du repos dominical des ouvriers pris séparément?

II.

Nr. 1056.
Schweiz.
28. Jan. 1890.

Fixation d'un âge minimum pour l'admission des enfants dans les fabriques.

1. Y a-t-il lieu de fixer un âge minimum pour l'admission des enfants dans les fabriques?
2. L'âge minimum doit-il être le même dans tous les pays, ou bien doit-il être fixé en ayant égard au développement physique plus ou moins précoce de l'enfant, suivant les conditions climatiques des divers pays?
3. Quel âge minimum doit être fixé dans chacun de ces deux cas?
4. Peut-on admettre des exceptions à l'âge minimum une fois fixe, il s'y a diminution du nombre des jours de travail ou de la durée de la journée?

III.

Fixation d'une durée maximum de la journée pour les jeunes ouvriers.

1. Y a-t-il lieu de fixer une durée maximum de la journée pour les jeunes ouvriers?
Doit-on y comprendre les heures de l'enseignement scolaire obligatoire?
2. Cette durée maximum de la journée doit-elle être échelonnée suivant diverses classes d'âge?
3. Combien d'heures de travail (sans ou avec les pauses effectives) doit comprendre la journée maximum, dans l'un ou dans l'autre cas (chiffres 1 et 2)?
4. Entre quelles heures de la journée doit être réparti le temps du travail?

IV.

Interdiction d'occuper les jeunes gens et les femmes dans les exploitations particulièrement nuisibles à la santé ou dangereuses.

1. Est-il nécessaire de restreindre l'emploi des jeunes gens et des femmes dans les exploitations particulièrement nuisibles à la santé ou dangereuses?
2. Les personnes de ces deux catégories doivent-elles être exclues de ces exploitations:
Absolument (les jeunes gens jusqu'à quel âge)?
Ou bien en partie (les jeunes gens jusqu'à un certain âge; les femmes à certaines époques)?
Ou bien la durée du travail des jeunes gens et des femmes dans ces exploitations doit-elle être réduite?
Quel est le minimum des exigences à adopter dans les deux derniers cas?
3. Quelles sont les exploitations nuisibles à la santé ou dangereuses, auxquelles doivent s'appliquer les dispositions ci-dessus (chiffres 1 et 2)?

V.

Restriction du travail de nuit pour les jeunes gens et les femmes.

1. Doit-on exclure absolument ou en partie les jeunes gens du travail de nuit?

Nr. 10056.
Schweiz.
28. Jan. 1890.

Jusqu'à quel âge doit durer cette exclusion?

Quelles sont les conditions dans lesquelles on peut les admettre en partie?

2. Les femmes doivent-elles, sans distinctions d'âge, être exclues du travail de nuit?

En cas d'admission, y a-t-il de statuer certaines restrictions?

3. Quelles sont les heures de la journée de travail qui rentrent sous la dénomination de travail de nuit; en d'autres termes, quand commence et finit le travail de nuit?

VI.

Exécution des dispositions adoptées.

1. A quelles catégories d'exploitations (mines, fabriques, ateliers, etc.) sont applicables les dispositions adoptées?

2. Doit-on fixer un délai pour l'exécution des dispositions adoptées?

3. Quelles sont les mesures à prendre pour assurer l'exécution des dispositions adoptées?

4. Doit-on prévoir des conférences se renouvelant périodiquement de Délégués des États participants?

5. Quelles tâches doit-on assigner à ces conférences?

Nr. 10057. DEUTSCHLAND. — Kaiserliche Erlasse.

Nr. 10057.
Deutschland.
4. Febr. 1890.

Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Ueberzeugung, dass auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, dass zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlungen zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beanfrage ich Sie, die Ka-

binette aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Anteil Nr. 10057
Deutschland
1. Febr. 1890. nehmen, zu einer Konferenz behufs Beratung über die einschlägigen Fragen einzuladen.

Berlin, 4. Februar 1890.

Wilhelm. I. R.

An den Reichskanzler.

Bei Meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluss kundgegeben, die fernere Entwicklung Unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Grossvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So wertvoll und erfolgreich die durch Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maassnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe. Neben dem weiteren Ausban der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiet laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, dass es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, dass die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirthschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letztern Föhlung zu behalten. Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privat-Bergbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabrik-Inspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1869 bestanden hat. Zur Vorberatung dieser Fragen will Ich, dass der Staatsrat unter Meinem Vorsitze und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letztern behalte Ich Meiner Bestimmung vor. Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichs-

Nr. 10057.
Deutschland,
4. Febr. 1890.

kanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mitteilen.

Berlin, 4. Februar 1890.

Wilhelm R.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten
und für Handel und Gewerbe.

Nr. 10058. DEUTSCHLAND. — Rundschreiben des Reichskanzlers. 8. Februar 1890.

Nr. 10058.
Deutschland,
8. Febr. 1890.

Vu la concurrence internationale sur le marché du monde et vu la communauté des intérêts qui en provient, les institutions pour l'amélioration du sort des ouvriers ne sauraient être réalisées par un seul État, sans lui rendre la concurrence impossible vis-à-vis des autres. Des mesures dans ce sens ne peuvent donc être prises que sur une base établie d'une manière conforme par tous les États intéressés. Les classes ouvrières des différents pays se rendant compte de cet état de choses ont établi des rapports internationaux qui visent à l'amélioration de leur situation. Des efforts dans ce sens ne sauraient aboutir que si les Gouvernements cherchaient à arriver par la voie de conférences internationales à une entente sur les questions les plus importantes pour les intérêts des classes ouvrières.

Votre Excellence se rendra compte que le repos du dimanche, la réduction du travail des femmes et des enfants et une limite de la journée du travail sont les questions principales qu'on aura à traiter.

D'ordre de Sa Majesté l'Empereur et Roi, je prie Votre Excellence de faire connaître les intentions de Sa Majesté au Ministre des Affaires étrangères et de me faire savoir si le Gouvernement de la République serait disposé à entamer avec nous et les Gouvernements des autres pays industriels une discussion à ce sujet. Dès que nous serons assurés que le Gouvernement Français est disposé à entrer avec nous en délibérations sur cette question, nous en désignerons plus exactement le programme.

Votre Excellence trouvera ci-joint le texte complet du rescrit de Sa Majesté l'Empereur et Roi.

J'autorise Votre Excellence à donner lecture de ces instructions et annexes à M. le Ministre des Affaires étrangères et à lui en laisser copie, s'il le désire.

von Bismarck.

Nr. 10059. **DEUTSCHLAND.** — Kaiserliche Rede bei Eröffnung der Sitzungen des Staatsraths. 11. Februar 1890.

Meine Herren Mitglieder des Staatsrats! Durch Meinen Erlass vom 4. ds. sind Sie davon unterrichtet worden, dass es Mein Wille ist, das Gutachten des Staatsrats über diejenigen Maassnahmen zu hören, welche zur bessern Regelung der Verhältnisse des Arbeiterstandes erforderlich sind. Es entspricht der Bedeutung, welche der Staatsrat in der Monarchie einnimmt, dass die wichtigen, auf dem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens einer gedeihlichen Lösung harrenden Fragen von Ihnen einer gründlichen Erwägung unterzogen werden, bevor die aufzustellenden Gesetzentwürfe an die parlamentarischen Körperschaften gelangen, denen die endgültige Beschlussfassung darüber verfassungsmässig zusteht. Ich lege Wert darauf, dass der aus den verschiedensten Berufskreisen zusammengesetzte Staatsrat auf Grund der in ihm vertretenen praktischen Erfahrungen die von Mir in Aussicht genommenen Vorschläge auf ihre Zweckmässigkeit, Ausführbarkeit und Tragweite einer gewissenhaften und vorurtheilsfreien Prüfung unterzieht.

Ernst und verantwortungsvoll ist die Aufgabe, zu deren Lösung Ich Sie hierher entboten habe. Der den Arbeitern zu gewährende Schutz gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft, der Umfang der mit Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit und der natürlichen Entwicklungsgesetze einzuschränkenden Kinderarbeit, die Berücksichtigung der für das Familienleben in sittlicher und wirtschaftlicher Hinsicht wichtigen Stellung der Frauen im Haushalte der Arbeiter und andere damit zusammenhängende Verhältnisse des Arbeiterstandes sind einer verbessernden Regelung fähig.

Dabei wird mit sachkundiger Besonnenheit erwogen werden müssen, bis zu welcher Grenze unsere Industrie eine durch strengere Vorschriften zu Gunsten der Arbeiter erhöhte Belastung der Produktionskosten ertragen kann, ohne durch Wettbewerb auf dem Weltmarkte die lohnende Beschäftigung der Arbeiter beeinträchtigt zu sehen. Dadurch würde statt der von Mir erstrebten Förderung eine Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter herbeigeführt werden.

Um diese Gefahr zu vermeiden, bedarf es eines Maasses weiser Besonnenheit. Denn die glückliche Lösung dieser unsere Zeit beherrschenden Fragen ist um so wichtiger, als dieselbe mit der von Mir angeregten internationalen Verständigung über dieselben in ersichtlicher Wechselwirkung steht. Nicht minder wichtig für die Sicherung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind die Formen, in welchen den Arbeitern damit die Gewähr dafür zu bieten ist, dass sie durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung ihrer gemeinsamen Thätigkeit beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen in Verhandlung mit den Arbeitgebern befähigt werden.

Es wird zu erstreben sein, die Vertretungen der Arbeiter mit den staatlichen Berg- und Aufsichtsbeamten in Verbindung zu setzen und auf diese

Nr. 10059.
Deutschland.
11. Febr. 1890.

Nr. 10060.
Deutschland.
11. Febr. 1890.

Weise Formen und Ordnungen zu schaffen, durch welche den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Interessen ermöglicht und den staatlichen Behörden Gelegenheit geboten wird, durch Anhörung der unmittelbar Beteiligten fortlaufend über die Verhältnisse der Arbeiter zuverlässig unterrichtet zu werden und mit den letztern die wünschenswerte Fühlung zu behalten. Auch die weitere Entwicklung der staatlichen Betriebe zu muster-gültigen Vorbildern einer wirksamen Arbeiterfürsorge bedarf der eingehendsten fachkundigen Erwägung.

Ich vertraue auf die bewährte treue Umgebung des Staatsrats bei den Arbeiten, die ihm jetzt bevorstehen. Ich verkenne nicht, dass gerade auf diesem Gebiete nicht alle wünschenswerten Verbesserungen allein durch staatliche Maassnahmen zu erreichen sind. Der freien Liebesthätigkeit der Kirche und Schule verbleibt daneben ein weites Feld segensreicher Entfaltung, durch welche die gesetzlichen Anordnungen unterstützt und befruchtet werden müssen, um zu voller Wirksamkeit zu gelangen.

Aber wenn es mit Gottes Hilfe gelingt, die berechtigten Interessen des arbeitenden Volkes auf Grund der von Ihnen zu machenden Vorschläge zu befriedigen, so wird Ihre Arbeit Meines Königlichen Dankes und der Anerkennung der Nation gewiss sein dürfen. Die ihrer Beratung zu unterstellenden Vorlagen werden Ihnen unverweilt zugehen. Ich bestimme zur Teilnahme an der Beratung die beiden Abteilungen für Handel, Gewerbe, öffentliche Bauten, Eisenbahnen und Bergbau und für Angelegenheiten der inneren Verwaltung, denen Ich eine Anzahl sachkundiger Personen zuweisen werde.

Die Mitglieder dieser Abteilungen ersuche Ich, sich am 26. ds. 11 Uhr in den Ihnen zu bezeichnenden Räumlichkeiten zu versammeln.

Zum Referenten bestimme Ich den Oberbürgermeister Miquel und zum Korreferenten den Geheimen Finanzrat Jenecke.

Ich behalte Mir vor, nach Abschluss der Abteilungsberatungen den Wiederzusammentritt des Staatsrats zu bestimmen und wünsche Ihnen zu Ihrer Arbeit den Segen von oben, ohne welchen menschliches Thun niemals gedeihen kann.

Nr. 10060. ENGLAND. — Antwort an Deutschland. 22. Febr. 1890.

Nr. 10060.
England.
22. Febr. 1890.

Sir, || The inclosed Memorandum*) was left with me by Count Leyden on the 12th instant. I have duly submitted it to the Queen; and I have to say, in response to the invitation of His Imperial Majesty the German Emperor, that Her Majesty's Government will gladly take part in a Conference summoned to examine into the grave questions which have been raised with respect to the welfare of the working men in all civilized countries, and the solution of which may be facilitated by international co-operation.

*) No. 10058

It is intimated in the Memorandum, that a more definite programme will be laid before us as soon as the general concurrence of the Governments addressed has been obtained. I will not, therefore, attempt to indicate the precise direction which the deliberations of such a Conference should take. In reference, however, to the points specially mentioned, it may be desirable to draw the attention of the Minister for Foreign Affairs to one ambiguity of expression.

Nr. 10060.
England.
22. Febr. 1890.

If the words "Vereinbarungen über eine Grenze der täglichen Arbeitszeit" ("agreements in regard to a limit for the length of the working day") imply a policy of direct legislative restrictions upon the liberty of adult male workmen to work as long as they please, it is right to say that the principles of legislation accepted in this country would preclude Her Majesty's Government from making such a proposal to Parliament. If, however, they only suggest provisions for facilitating the conclusion of free agreements upon this matter between employers and employed, Her Majesty's Government have no objection to take to its inclusion among the subjects on which the Conference will deliberate. || I am, &c.

(In the absence of the Marquis of Salisbury),
James Fergusson.

Nr. 10061. SCHWEIZ. — Rundschreiben. 25. Februar 1890.

Le 15 mars de l'année dernière, reprenant un projet dont nous avons déjà entretem plusieurs gouvernements en 1881, nous avons invité les Etats industriels de l'Europe à se faire représenter à une conférence qui se réunirait à Berne au mois de septembre suivant pour examiner l'opportunité d'une entente internationale sur la réglementation du travail et la protection des ouvriers. Par note-circulaire du 12 juillet, les mêmes Etats ont été informés que nous croyions devoir ajourner la conférence au printemps de cette année.

Nr. 10061
Schweiz.
25. Febr. 1890

Le 28 janvier, nous en avons fixé la date au 5 mai prochain et nous avons arrêté le programme proposé par nous comme base de discussion.

Le jour même où nos circulaires étaient expédiées de Berne, le 5 février, paraissait à Berlin le rescrit de S. M. l'Empereur Guillaume II, chargeant S. A. le Prince de Bismark, chancelier de l'Empire, de sonder les dispositions des autres Etats à l'égard d'une conférence qui se réunirait à Berlin pour s'occuper des questions intéressant le sort des ouvriers.

Cette coïncidence imprévue a donné lieu à des pourparlers entre la Suisse, l'Allemagne et les autres Etats. Le gouvernement impérial allemand nous a fait part de son intention d'inviter les Etats à Berlin déjà pour le milieu de mars; il a exprimé le désir que nous renoncions pour le moment à la conférence de Berne, la réunion simultanée de deux conférences ne lui paraissant pas dans l'intérêt de la chose.

Nr. 1061.
Schweiz.
25. Febr. 1890.

Préoccupés avant tout de la réussite de l'oeuvre que nous avons d'abord prise en mains, et sincèrement désireux de voir couronner de succès les efforts entrepris dans le même but par S. M. l'Empereur d'Allemagne; tenant compte en outre, d'une part, de ce qu'une répartition du travail entre les deux conférences n'a pas paru possible; d'autre part, de ce que plusieurs des Etats qui ont accepté notre invitation ont aussi donné leur acquiescement à la Conférence de Berlin, nous n'avons pas hésité, dans ces circonstances, à déférer au désir qui nous était exprimé, désir partagé d'ailleurs par d'autres gouvernements, et à renoncer, pour le moment, à donner suite à notre initiative.

En portant ces faits à la connaissance de Votre Excellence, nous avons donc l'honneur de L'informer que la conférence convoquée à Berne pour le 5 mai n'aura pas lieu. Si heureux que nous eussions été d'offrir à cette conférence notre hospitalité, nous trouvons un motif de satisfaction dans notre ferme espoir que la cause de la protection des ouvriers fera, à la conférence de Berlin, un sérieux pas en avant.

Nr. 10062. FRANKREICH. — Antwort auf die deutsche Mittheilung. 27. Februar 1890.

Nr. 10062.
Frankreich.
27. Febr. 1890.

Monsieur l'Ambassadeur, le 11 de ce mois, l'Ambassadeur d'Allemagne m'a remis, comme vous le savez, le texte du Rescript Impérial du 4 février, ainsi que la copie d'une dépêche du prince de Bismarck l'invitant à s'enquérir si le Gouvernement Français serait disposé à entamer avec l'Allemagne et avec certains pays industriels une discussion au sujet de diverses questions intéressant les classes ouvrières, et dont les principales sont: le repos du dimanche, la réduction du travail des femmes et des enfants, et la limitation de la journée de travail.

Je n'ai pas besoin de rappeler quelle place ont toujours tenue dans les préoccupations du Gouvernement de la République les questions qui concernent la production industrielle et les conditions de la vie de l'ouvrier. Par les progrès qu'elle a réalisés dans cet ordre d'idées, par le caractère même de ses institutions, et par les principes sur lesquels elles reposent, la France est, moins que tout autre pays, en situation de se désintéresser des efforts qui peuvent être tentés autour d'elle en vue de l'amélioration du sort des classes laborieuses. Le Gouvernement Français n'a donc fait que s'inspirer de l'une de nos plus constantes traditions, lorsqu'il a décidé de répondre à l'appel que lui avait adressé, dès l'année dernière, le Gouvernement Helvétique pour le convier à une Conférence appelée à étudier, dans des conditions d'ailleurs tout particulièrement propres à déterminer notre adhésion, une partie des problèmes qui font aujourd'hui l'objet de la communication du comte de Münster.

L'initiative que vient de prendre de son côté le Gouvernement Impérial

était donc assurée d'avance de ne point nous trouver indifférents. Toutefois, ^{Nr. 10062.} indépendamment de l'examen approfondi que réclamait de notre part la nature ^{Frankreich.} même des questions soulevées par sa communication, les engagements antérieurs que nous avons été amenés à prendre vis-à-vis du Gouvernement Suisse ne nous permettait pas de formuler une réponse immédiate. On devait s'attendre, en effet, à ce qu'une question de priorité s'élevât entre l'Allemagne et la Confédération Helvétique et nous ne pouvions arrêter nos résolutions avant que les deux États se fussent mis d'accord pour la régler. Cette situation a pris fin: par une communication en date du 27 février, le Gouvernement Helvétique vient de nous faire savoir qu'il préférerait ne pas donner suite, pour le moment, à son invitation.

Rien ne s'oppose donc plus aujourd'hui à ce que nous fassions connaître au Gouvernement Allemand le résultat de l'examen dont sa proposition a été l'objet de notre part. Toutefois dès ses premières ouvertures, la Chancellerie Impériale a tenu à constater elle-même qu'il y aurait lieu de compléter ultérieurement, en les précisant, les indications générales qui nous avaient été fournies à ce moment, touchant les conditions dans lesquelles les délibérations qu'elle avait en vue seraient appelées à se poursuivre. Le Cabinet de Berlin ne pouvait, en effet, manquer de se rendre compte que notre adhésion au projet suisse avait été singulièrement facilitée par les termes mêmes dans lesquels le Gouvernement Helvétique avait, en dernière analyse, formulé sa proposition, et par les précautions qu'il avait prises pour maintenir à la Conférence de Berne le caractère d'une délibération exclusivement technique et théorique. L'oeuvre que cette Conférence devait accomplir était une simple enquête internationale dont les conclusions ne pouvaient entraîner aucune sanction positive. Dans la pensée du Gouvernement Fédéral, c'était à la Conférence elle-même qu'il appartenait de décider si elle adopterait pour base de ses discussions le programme élaboré par lui sous forme de questionnaire pour éviter de rien préjuger, et ce programme, d'ailleurs, laissait de côté la question la plus controversée comme la plus difficile à résoudre, celle de la réglementation de la journée du travail des adultes. D'autre part, les décisions à intervenir n'engageaient pas les Gouvernements qui devaient en recevoir communication sous forme de simples propositions.

Les avantages pratiques d'une pareille méthode n'auront pas plus échappé au Cabinet de Berlin qu'à nous-mêmes.

Personne, en effet, ne saurait se faire illusion sur les difficultés de tous genres qu'un règlement, et même une simple étude, au sein d'une Conférence internationale, de questions déjà si complexes et si délicates par celles-mêmes, est appelé à rencontrer, tant dans la différences des législations du travail et de la vie sociale, que dans le conflit inévitable des intérêts qu'il s'agirait de concilier.

Il est, en tous cas, une question qui, moins que toute autre, paraîtrait pouvoir être l'objet d'une entente internationale. C'est celle de la limitation

Nr. 10062.
Frankreich.
27. Febr. 1890.

de la journée de travail; elle se rattache si étroitement, au moins en ce qui concerne les adultes, d'une part aux principes sur lesquels reposent les législations politiques des différents États, et, d'autre part, aux conditions générales de la production industrielle, qu'elle doit être considérée comme étant exclusivement d'ordre intérieur et parlementaire, et ne saurait, dès lors, être utilement soumise à une discussion diplomatique.

Il m'a paru indispensable, dans l'intérêt même de l'oeuvre à laquelle nous sommes conviés, de préciser ce point, dès maintenant, afin de prévenir toute chance de malentendus pour l'avenir. Le Gouvernement de la République, d'ailleurs, sous le bénéfice de ces observations, dont la Chancellerie Impériale appréciera, j'en suis assuré, l'esprit et la valeur pratique, est tout disposé à adhérer, en principe, à la Conférence que le Gouvernement Allemand se propose de réunir à Berlin. Il se réserve naturellement d'arrêter ses dernières résolutions, ainsi que la ligne de conduite que ses représentants auraient à suivre, lorsque les éclaircissements annoncés par la communication du comte de Münster l'auront fixé sur les intentions définitives du Gouvernement Impérial lui-même en ce qui concerne le programme, le caractère et bien donner lecture de cette dépêche au comte de Bismarck, et, s'il le désire, lui en laisser copie.

Agréez, etc.

E. Spuller.

Nr. 10063. DEUTSCHLAND. — Einladung zur Conferenz. 27. Febr.

Der Reichsanzeiger bringt folgende Mittheilung.

Nr. 10063.
Deutschland.
27. Februar.

Auf Allerhöchsten Befehl sind die Botschafter in London, Paris, Rom und Wien, sowie die Gesandten in Bern, Brüssel, Haag, Kopenhagen und Stockholm angewiesen, die Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, zu einer Konferenz behufs Regelung der Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken einzuladen. Die den betreffenden Ministern der auswärtigen Angelegenheiten übergebenen Schriftstücke haben dem Reichs-Anzeiger zufolge folgenden Inhalt:

Februar 1890. Auf Befehl seiner Regierung beehrt sich der Unterzeichnete u. s. w. unter Bezugnahme auf die mündliche Mitteilung vom . . . zur Kenntnis Sr. Excellenz u. s. w. zu bringen, dass Se. Maj. der Kaiser vorschlägt, es solle eine Versammlung stattfinden von Vertretern der Regierungen, welche sich dafür interessieren, das Los der Fabrik- und Minenarbeiter zu verbessern, damit diese Delegierten über die Fragen von internationaler Bedeutung beraten können, welche auf der Anlage verzeichnet sind. Da jene Fragen ohne politische Tragweite sind, so erscheinen dieselben geeignet, in erster Linie der Prüfung von Fachmännern unterworfen zu werden. Um die Eröffnung und den weiteren Verlauf der Beratungen zu erleichtern, hat die

kaiserliche Regierung ein Programm entwerfen lassen, dessen Text dieser Note beigelegt ist. Der Unterzeichnete beehrt sich, Se. Exzellenz u. s. w. zu bitten, ihm wissen zu lassen, ob die Regierung geneigt ist, an der in Aussicht genommenen Konferenz teilzunehmen, welche in Berlin am 15. März 1890 zusammentreten wird. Der Unterzeichnete gestattet sich hinzuzufügen, dass eine gleichlautende Einladung gleichzeitig abgegangen ist an die Regierungen Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich-Ungarn, des Königs der Belgier, des Königs von Dänemark, der französischen Republik, Ihrer Majestät der Königin von Grossbritannien, der schweizerischen Eidgenossenschaft, Ihrer Majestäten des Königs von Italien, des Königs der Niederlande und des Königs von Schweden und Norwegen. Der Unterzeichnete ergreift u. s. w.

№. 1000.
Deutschland.
27. Februar.

Programm für die Beratung der internationalen Konferenz, betreffend die
Regelung der Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken.

I. Regelung der Arbeit in Bergwerken. 1) Ist die Beschäftigung unter Tage zu verbieten a) für Kinder unter einem bestimmten Lebensalter, b) für weibliche Personen? 2) Ist für Bergwerke, in denen die Arbeit mit besonderem Gefahren für die Gesundheit verbunden ist, eine Beschränkung der Schichtdauer vorzusehen? 3) Ist es im allgemeinen Interesse möglich, um die Regelmässigkeit der Kohlenförderung zu sichern, die Arbeit in den Kohlengruben einer internationalen Regelung zu unterstellen?

II. Regelung der Sonntagsarbeit. 1) Ist die Arbeit an Sonntagen der Regel nach, und Notfälle vorbehalten, zu verbieten? 2) Welche Ausnahmen sind im Falle des Erlasses eines solchen Verbotes zu gestatten? 3) Sind diese Ausnahmen durch internationale Abkommen, durch Gesetz oder im Verwaltungswege zu bestimmen?

III. Regelung der Kinderarbeit. 1) Sollen Kinder bis zu einem gewissen Lebensalter von der industriellen Arbeit ausgeschlossen werden? 2) Wie ist das Lebensalter, bis zu welchem die Ausschliessung stattfinden soll, zu bestimmen? Gleich für alle Industriezweige oder verschieden? 3) Welche Beschränkungen der Arbeitszeit und der Beschäftigungsart sind für die zur industriellen Arbeit zugelassenen Kinder vorzusehen?

IV. Regelung der Arbeit junger Leute. 1) Soll die industrielle Arbeit jugendlicher Personen, welche das Kinderalter überschritten haben (I. II.), Beschränkungen unterworfen werden? 2) Bis zu welchem Lebensalter sollen die Beschränkungen eintreten? 3) Welche Beschränkungen sind vorzuschreiben? 4) Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen?

V. Regelung der Arbeit weiblicher Personen. 1) Soll die Arbeit verheirateter Frauen bei Tage oder bei Nacht eingeschränkt werden? Soll die industrielle Arbeit aller weiblichen Personen (Frauen und Mädchen) gewissen Beschränkungen unterworfen werden? 3) Welche Beschränkungen empfehlen

Nr. 10063. sich in dem Falle? 4) Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von
Deutschland. den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen und für welche?
27. Februar.

VI. Ausführung der vereinbarten Bestimmungen. 1) Sollen Bestimmungen für die Ausführung der zu vereinbarenden Vorschriften und deren Ueberwachung getroffen werden? 2) Sollen wiederholte Konferenzen von Vertretern der beteiligten Regierungen abgehalten werden, und welche Aufgaben sollen ihnen gestellt werden?

Nr. 10064. FRANKREICH. — Annahme der Einladung zur Conférence.

Paris, 7 mars 1890.

Nr. 10064. Monsieur l'Ambassadeur, par une lettre du 27 du mois dernier, j'ai eu
Frankreich. l'honneur de vous faire connaître pour quels motifs et sous quelles conditions
7. März 1890. nous étions tout disposés à donner, en principe, notre adhésion à la Conférence proposée par le Gouvernement allemand, pour l'amélioration du sort des ouvriers dans les fabriques et dans les mines. J'ajoutais que le Gouvernement de la République se réservait d'arrêter ses dernières résolutions, ainsi que la ligne de conduite que ses Représentants auraient à suivre, lorsqu'il aurait été fixé sur les instructions définitives du Gouvernement Impérial lui-même relativement au programme, au caractère et au mandat de la réunion projetée.

Depuis lors, comme vous le savez, M. le comte de Münster m'a remis, une note contenant l'invitation formelle de son Gouvernement, ainsi que le programme, préparé à Berlin, des délibérations de la Conférence internationale à laquelle nous sommes conviés. Je suis, aujourd'hui, en mesure de vous faire connaître le résultat de l'examen dont ces deux documents ont été l'objet, de notre part.

Nous avons constaté, avec satisfaction, Monsieur l'Ambassadeur, que si la nouvelle communication du Gouvernement allemand présentait quelques différences avec celle qui m'avait été faite, le 11 février, par M. le Comte de Münster, elle maintenait expressément le caractère technique de la Conférence projetée et ne faisait plus mention de la question de la limitation de la journée de travail, que nous avons signalée, tout d'abord, comme devant être mise en dehors de toute réglementation internationale. Nous prenons acte des assurances qui nous sont aujourd'hui données, sur ces deux points, à l'égard desquels nous avons fait des réserves essentielles, dans la première réponse que vous avez remise à M. le comte de Bismarck.

Ainsi, le mandat de la réunion projetée se trouve nettement déterminé. Les délégués n'auront pas à prendre d'engagements au nom de leurs Gouvernements; leurs délibérations ne devront porter que sur les points spécifiés dans le questionnaire qui constitue le programme de la Conférence et qui, énumérant limitativement les points à discuter, en exclut notamment, celui relatif

à la fixation de la journée de travail. Si une entente s'établit sur un certain nombre de questions, elle pourra être formulée dans un protocole qui serait signé par les délégués, mais qui serait ensuite soumis aux divers Gouvernements, à titre de simples propositions.

Dans ces conditions, nous n'hésitons pas à accueillir l'invitation qui nous a été adressée; je vous prie, en conséquence, de remettre à M. le comte H. de Bismarck une note par laquelle, sous les réserves que je viens de rappeler, vous ferez connaître au Gouvernement allemand l'adhésion formelle du Gouvernement de la République.

Je vous serai obligé d'insister, au besoin, dans votre entretien avec M. le Secrétaire d'État pour les Affaires étrangères, sur le caractère des réserves sous le bénéfice desquelles nous nous rendrons à Berlin. En prenant connaissance du débat qui a eu lieu hier, devant la Chambre des députés, à l'occasion de l'interpellation de M. Laur, et qui s'est terminé par un vote presque unanime des membres de l'Assemblée, vous aurez pu remarquer que l'assentiment ainsi donné à l'attitude du Gouvernement a porté, en grande partie, sur les conditions auxquelles notre adhésion était subordonnée. Nous ne saurions donc nous départir de ces réserves, dont ma dépêche du 26 février me dispense de développer ici les motifs.

E. Spuller.

Nr. 10065. DEUTSCHLAND. — Der Kaiser an den Papst. 8. März.

Erhabenster Pontifex! Die edlen Kundgebungen, mit denen Euere Heiligkeit stets Ihren Einfluss zu Gunsten der Armen und Verlassenen der menschlichen Gesellschaft geltend gemacht, geben Mir die Hoffnung, dass die internationale Konferenz, welche sich auf Meine Einladung am 15. d. M. in Berlin versammeln wird, das Interesse Eurer Heiligkeit auf sich ziehen werde, und dass Höchstdieselbe mit Sympathie dem Gang der Beratungen folgen werde, welche zum Zwecke haben, das Los der Arbeiter zu verbessern. Unter diesem Gesichtspunkte halte Ich es für Meine Pflicht, an Euere Heiligkeit das Programm gelangen zu lassen, welches den Arbeiten der Konferenz zur Grundlage dienen soll, deren Erfolg ausserordentlich erleichtert werden würde, wenn Euere Heiligkeit dem menschenfreundlichen Werke, das Ich verfolge, Ihre wohlthätige Unterstützung leihen wollte. Ich habe daher den Fürstbischof von Breslau, den Ich von den Absichten Eurer Heiligkeit durchdrungen weiss, eingeladen, als Mein Delegirter an der Konferenz teilzunehmen. Ich ergreife gerne diese Gelegenheit, um Eurer Heiligkeit die Versicherung Meiner Hochachtung und Meiner persönlichen Ergebenheit zu erneuern.

Wilhelm.
v. Bismarck.

Nr. 10064.
Frankreich.
7. März 1890.

Nr. 10065.
Deutschland.
8. März.

Nr. 10066. CURIE. — Antwort des Papstes an den Deutschen Kaiser.

Nr. 10066.
Curie.
14. März 1890.

Majestät! Wir danken Euerer Majestät für das Schreiben, welches Allerhöchstdieselbe gütigst an Uns gerichtet hat, um Unser Interesse auf die internationale Konferenz zu lenken, welche in Berlin zu dem Zwecke zusammenzutreten im Begriffe steht, die Mittel zur Verbesserung der Verhältnisse der arbeitenden Klassen aufzusuchen. Es gereicht Uns zur Freude, Euerer Majestät dazu zu beglückwünschen, dass Allerhöchstdieselbe sich eine so edle, so ernster Aufmerksamkeit würdige und die ganze Welt interessierende Frage so sehr ans Herz genommen haben. Diese Frage hat übrigens Uns selbst unaufhörlich beschäftigt, und das von Euerer Majestät unternommene Werk entspricht einem Unserer teuersten Wünsche. Wir haben schon früher, wie Allerhöchstdieselbe sich erinnert, Unsere Gedanken über diesen Gegenstand kundgegeben und mit Unserm Worte für denselben die Lehre der katholischen Kirche geltend gemacht, auch als ihr Oberhaupt an deren Lehre bei einem neuerlichen Anlasse erinnert, und damit diese schwierige und wichtige Frage nach allen Grundsätzen der Gerechtigkeit gelöst werde und die berechtigten Interessen der arbeitenden Klasse gebührend sichergestellt werden, haben Wir allen und jedem, die Regierungen einbegriffen, die Pflichten und besonderen Obliegenheiten, welche sie haben, in das Gedächtnis zurückgerufen. Ohne alle Zweifel wird das vereinigte Handeln der Regierungen mächtig zur Erreichung des so sehr ersehnten Zieles beitragen. Eine Gleichartigkeit der Anschauungen und der Gesetzgebungen, soweit sie wenigstens die verschiedenen Verhältnisse der Oertlichkeiten und Länder gestatten, wird geeignet sein, in hohem Grade die Frage einer gerechten Lösung entgegenzuführen. So können Wir nur nachdrücklich alle Beratungen der Konferenz unterstützen, welche darauf abzielen werden, die Lage der Arbeiter zu heben, wie z. B. eine den Kräften, dem Alter und dem Geschlecht besser angepasste Arbeitszeit, die Sonntagsruhe und im allgemeinen alles, was geeignet ist, zu verhindern, dass der Arbeiter wie ein niedriges Werkzeug (*vil instrument*) ausgebeutet werde, ohne Rücksicht auf seine Menschenwürde, seine Moralität und seinen häuslichen Herd.

Euerer Majestät ist es indes nicht entgangen, dass die glückliche Lösung einer so ernsten Frage neben der weisen Intervention der bürgerlichen Gewalt die mächtige Beihilfe der Religion und die wohlthätige Aktion der Kirche erfordert. Die religiöse Gesinnung allein ist fähig, den Gesetzen ihre volle Wirksamkeit zu sichern, und das Evangelium allein ist das Gesetzbuch, in welchem sich die Prinzipien der wahren Gerechtigkeit und die Grundsätze gegenseitiger Liebe verzeichnet finden, welche alle Menschen wie Kinder desselben Vaters und wie Mitglieder derselben Familie vereinigen soll. Die Religion wird somit auch den Arbeitgeber lehren, in dem Arbeiter die menschliche Würde zu achten und ihn mit Gerechtigkeit und Billigkeit zu behandeln; sie wird in das Gewissen des Arbeiters das Gefühl der Pflicht und der Treue

pflanzen und ihn moralisch, besonnen und ehrlich machen. Weil die Gesellschaft die religiösen Prinzipien aus dem Auge verloren, vernachlässigt und verkannt hat, sieht sie sich bis in ihre Fundamente erschüttert; jene Prinzipien wieder in das Gedächtnis zurückzurufen und sie wieder in Kraft zu setzen, ist das einzige Mittel, die Gesellschaft auf ihren Grundlagen wiederherzustellen und ihr den Frieden, die Ordnung und das Gedeihen zu sichern.

Die Aufgabe der Kirche nun ist es, in der ganzen Welt diese Grundsätze und diese Lehren zu predigen und zu verbreiten; ihr kommt es daher zu, einen breiten und fruchtbaren Einfluss auf die Lösung des sozialen Problems zu üben. Diesen Einfluss haben Wir geübt, und Wir üben ihn noch und insbesondere zum Nutzen der arbeitenden Klassen. Die Bischöfe und Seelenhirten ihrerseits, unterstützt von ihrem Klerus, werden ebenso in ihren betreffenden Diözesen handeln, und Wir hoffen, dass diese heilsame Aktion der Kirche, fern davon, sich durch die bürgerlichen Gewalten behindert zu sehen, künftig bei ihnen Hilfe und Schutz finden wird. Dafür bürgt Uns einerseits das Interesse, welches die Regierungen dieser ersten Frage zuwenden, und andererseits der wohlwollende Appell, welchen Euer Majestät soeben an Uns gerichtet hat. Inzwischen bekunden wir Unsern wärmsten Wunsch, dass die Resultate der Konferenz fruchtbare und wohlthätige seien und der allgemeinen Erwartung voll entsprechen mögen.

Bevor Wir dieses Schreiben schliessen, wollen Wir hier noch der Befriedigung Ausdruck geben, welche Wir erfuhren, dass Euer Majestät den Fürstbischof von Breslau, Msgr. Kopp, eingeladen habe, als Ihr Bevollmächtigter an der Konferenz teilzunehmen; er wird sich gewiss durch diesen Beweis hohen Vertrauens, welchen Euer Majestät ihm bei dieser Gelegenheit gibt, sehr geehrt fühlen.

Mit der lebhaftesten Genugthuung drücken wir Eurer Majestät die aufrichtigsten Wünsche aus, welche wir für Ihr Wohlergehen und für das Ihrer Kaiserlichen Familie hegen.

Vom Vatikan, den 14. März 1890.

Leo P. P.

Nr. 10067. CONFERENZ-STAATEN. — Programm der Berathungen der internationalen Konferenz, betreffend das Arbeitsreglement in den industriellen Etablissements und in den Bergwerken.

I.

Règlement du travail dans les mines.

- 1^o Le travail sous terre, doit-il être défendu:
- a) aux enfants au-dessous d'un certain âge?
 - b) aux personnes du sexe féminin?

Nr. 10067.
Konferenz-
Staaten.

Nr. 10067.
Konferenz-
Staaten.

2^o La journée de travail dans les mines offrant des dangers particuliers pour la santé, doit-elle être soumise à des restrictions?

3^o Pourra-t-on dans l'intérêt public, pour assurer la continuité de la production du charbon, soumettre le travail dans les houillères à un règlement international?

II

Règlement du travail du dimanche.

1^o L'interdiction du travail du dimanche doit-elle former la règle — sauf les cas d'exception nécessaire?

2^o Si l'on arrivât à une entente par rapport à l'interdiction du travail du dimanche, quelles seraient les exceptions admissibles?

3^o De quelle manière serait statué sur ces cas d'exception: par une entente internationale, par les lois, ou par voie administrative?

III.

Règlement du travail des enfants.

1^o Les enfants, n'ayant pas atteint un certain âge, doivent-ils être exclus du travail dans les établissements industriels?

2^o Quel âge doit former la limite de l'exclusion du travail des enfants?

Cette limite d'âge doit-elle être la même pour toutes les exploitations, ou admettra-t-on sous ce rapport des différences?

3^o Quelles restrictions, quant à la durée de la journée et au genre d'emploi, doit-on prévoir en ce qui concerne les enfants admis au travail dans les établissements industriels?

IV.

Règlement du travail des jeunes ouvriers.

1^o Le travail dans les établissements industriels des jeunes ouvriers passé l'âge de l'enfance (12) doit-il être soumis à certaines restrictions?

2^o Quelle est la limite d'âge jusqu'à laquelle ces restrictions doivent avoir lieu?

3^o Quelles restrictions seraient à prescrire?

4^o Doit-on, quant à certaines catégories d'exploitation, prévoir des exceptions aux règles générales?

V.

Règlement du travail de femmes.

1^o Le travail de jour ou de nuit des femmes mariées doit-il être soumis à des restrictions?

2^o Le travail aux fabriques de toutes les femmes et filles, doit-il être soumis à certaines restrictions?

3^o Quelles restrictions seraient en ce cas à recommander?

4^o Doit-on prévoir pour certaines catégories d'exploitation des exceptions aux règles générales, et quelles seraient dans l'espèce ces catégories?

VI.

Nr. 10667
Konferenz-
Staaten.*Mise à exécution des dispositions adoptées par la Conférence.*

1^o Devra-t-on prendre des mesures en vue de l'exécution des dispositions à adopter par la Conférence — et de la surveillance de ces mesures?

2^o Y a-t-il lieu de prévoir des réunions répétées en Conférence de délégués des Gouvernements participants — et sur quels points leurs délibérations devraient-elles porter?

Protocole final de la Conférence Internationale

concernant

le règlement du travail dans les établissements industriels et dans les mines.

Les Soussignés, Délégués des Gouvernements de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie, de Sa Majesté le Roi des Belges, de Sa Majesté le Roi de Danemark, de Sa Majesté la Reine-Régente d'Espagne, de la République Française, de Sa Majesté la Reine de la Grande Bretagne, de Sa Majesté le Roi d'Italie, de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, en cette qualité et en celle de Grand-Duc de Luxembourg, de Sa Majesté le Roi de Portugal, de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège et du Conseil Fédéral de la Confédération Suisse, s'étant réunis à Berlin en Conférence pour discuter les questions relatives à la protection des ouvriers et contenues dans le programme qui avait été joint à l'invitation du Gouvernement Impérial d'Allemagne, ont consigné comme résultat de leurs délibérations l'expression des vœux suivants, énoncés la plupart à l'unanimité et les autres à la majorité:

I. Règlement du travail dans les mines.

Il est désirable:

1^o a) que la limite inférieure de l'âge, auquel les enfants peuvent être admis aux travaux souterrains dans les mines, soit progressivement élevée, à mesure que l'expérience en aura prouvé la possibilité, à 14 ans révolus.

Toutefois, pour les pays méridonaux, cette limite serait celle de 12 ans.

b) Que le travail sous terre soit défendu aux personnes du sexe féminin.

2^o Que, dans les cas où l'art des mines ne suffirait pas pour éloigner tous les dangers d'insalubrité provenant des conditions naturelles ou accidentelles de l'exploitation de certaines mines ou de certains chantiers de mine, la durée du travail soit restreinte.

Le soin est laissé à chaque pays d'assurer ce résultat par voie législa-

tive ou administrative, ou par accord entre les exploitants et les ouvriers, ou autrement, selon les principes et la pratique de chaque nation.

- 3^o a) Que la sécurité de l'ouvrier et la salubrité des travaux soient assurées par tous les moyens dont dispose la science, et placées sous la surveillance de l'État;
- b) que les ingénieurs chargés de diriger l'exploitation soient exclusivement des hommes d'une expérience et d'une compétence technique dûment constatées;
- c) que les relations entre les ouvriers mineurs et les ingénieurs de l'exploitation soient les plus directes possible pour avoir un caractère de confiance et de respect mutuels;
- d) que les institutions de prévoyance et de secours, organisées conformément aux mœurs de chaque pays et destinées à garantir l'ouvrier mineur et sa famille contre les effets de la maladie, des accidents, de l'invalidité prématurée, de la vieillesse et de la mort, institutions qui sont propres à améliorer le sort du mineur et à l'attacher à sa profession, soient de plus en plus développées;
- e) que, dans le but d'assurer la continuité de la production du charbon, on s'efforce de prévenir les grèves. L'expérience tend à prouver que le meilleur moyen préventif consiste à ce que les patrons et les mineurs s'engagent volontairement, dans tous les cas où leurs différends ne pourraient pas être résolus par une entente directe, à recourir à la solution par l'arbitrage.

II. Règlement du travail du dimanche.

1^o Il est désirable, sauf les exceptions et les délais nécessaires dans chaque pays:

- a) qu'un jour de repos par semaine soit assuré aux personnes protégées,
- b) qu'un jour de repos soit assuré à tous les ouvriers de l'industrie;
- c) que ce jour de repos soit fixé au dimanche pour les personnes protégées,
- d) que ce jour de repos soit fixé au dimanche pour tous les ouvriers de l'industrie.
- 2^o Des exceptions sont admissibles:
- a) à l'égard des exploitations qui exigent la continuité de la production pour des raisons techniques ou qui fournissent au public des objets de première nécessité, dont la fabrication doit être quotidienne;
- b) à l'égard des exploitations qui, par leur nature, ne peuvent fonctionner que dans des saisons déterminées ou qui dépendent de l'action irrégulière des forces naturelles.

Il est désirable que, même dans les établissements de cette catégorie, chaque ouvrier ait un dimanche libre sur deux.

3^o Dans le but de déterminer les exceptions à des points de vue similaires, il est désirable que leur réglementation soit établie par suite d'une entente entre les différents Gouvernements.

Nr. 10067.
Konferenz-
Statuten.

III. Règlement du travail des enfants.

Il est désirable:

- 1^o que les enfants des deux sexes n'ayant pas atteint un certain âge soient exclus du travail dans les établissements industriels;
- 2^o que cette limite d'âge soit fixée à douze ans, sauf pour les pays méridionaux où cette limite serait de 10 ans;
- 3^o que ces limites d'âge soient les mêmes pour tout établissement industriel et qu'il ne soit admis sous ce rapport aucune différence;
- 4^o que les enfants aient préalablement satisfait aux prescriptions concernant l'instruction primaire;
- 5^o que les enfants au-dessous de quatorze ans révolus ne travaillent ni la nuit, ni le dimanche;
- 6^o que leur travail effectif ne dépasse pas six heures par jour et soit interrompu par un repos d'une demi-heure au moins;
- 7^o que les enfants soient exclus des occupations insalubres ou dangereuses ou n'y soient admis que sous certaines conditions protectrices.

IV. Règlement du travail des jeunes ouvriers.

Il est désirable:

- 1^o que les jeunes ouvriers des deux sexes de 14 à 16 ans ne travaillent ni la nuit, ni le dimanche;
- 2^o que leur travail effectif ne dépasse pas dix heures par jour et soit interrompu par des repos d'une durée totale de une heure et demie au moins;
- 3^o que des exceptions soient admises pour certaines industries;
- 4^o que des restrictions soient prévues pour les occupations particulièrement insalubres ou dangereuses;
- 5^o qu'une protection soit assurée aux jeunes garçons de 16 à 18 ans en ce qui concerne:
 - a) une journée maxima de travail,
 - b) le travail de nuit,
 - c) le travail du dimanche,
 - d) leur emploi dans des occupations particulièrement insalubres ou dangereuses.

V. Règlement du travail des femmes.

Il est désirable:

- 1^o a) que les filles et les femmes de seize à vingt et un ans ne travaillent pas la nuit;
- b) que les filles et les femmes de plus de vingt et un ans ne travaillent pas la nuit;
- 2^o que leur travail effectif ne dépasse pas onze heures par jour et qu'il soit interrompu par des repos d'une durée totale de une heure et demi au moins;
- 3^o que des exceptions soient admises pour certaines industries;
- 3^o que des restrictions soient prévues pour les occupations particulièrement insalubres ou dangereuses;
- 5^o que les femmes accouchées ne soient admises au travail que quatre semaines après leur accouchement.

VI. Mise à exécution des dispositions adoptées par la Conférence.

- 1^o Pour le cas où les Gouvernements donneraient suite aux travaux de la Conférence, les dispositions suivantes se recommandent:
 - a) L'exécution des mesures prises dans chaque Etat sera surveillée par un nombre suffisant de fonctionnaires spécialement qualifiés, nommés par le Gouvernement du pays et indépendants des patrons, aussi bien que des ouvriers.
 - b) Les rapports annuels de ces fonctionnaires, publiés par les Gouvernements des divers pays, seront communiqués par chacun d'eux aux autres Gouvernements.
 - c) Chacun de ces Etats procédera périodiquement et, autant que possible dans une forme semblable, à des relevés statistiques, quant aux questions visées dans les délibérations de la Conférence.
 - d) Les Etats participants échangeront entre eux ces relevés statistiques, ainsi que le texte des prescriptions émises par voie législative ou administrative et se rapportant aux questions visées dans les délibérations de la Conférence.

2^o Il est désirable que les délibérations des Etats participants se renouvellent, afin que ceux-ci se communiquent réciproquement les observations que les suites données aux délibérations de la présente Conférence auront suggérées, et afin d'examiner l'opportunité de les modifier ou de les compléter.

Les Soussignés soumettront ces vœux à leurs Gouvernements respectifs sous les réserves et avec les observations faites dans les séances du 27 et du 28 mars et reproduites dans les procès-verbaux de ces séances.

Fait à Berlin le vingt-neuf mars de l'an mil huit cent quatre-vingt dix en un seul exemplaire, qui sera déposé dans les archives du Gouvernement

Impérial d'Allemagne et dont une copie légalisée sera remise, par la voie diplomatique, à chaque Gouvernement représenté à la Conférence.

Nr. 10067.
Konferenz-
Staaten.

Baron de Berlepsch.	Magdeburg.	G. Kopp.
Reichardt	Lohmann.	Hauchecorne.
Landmann.	Baron Heyl de Herrnsheim.	
	Ed. Koechlin.	
Weigelsperg.	Dr. Migerka.	Plappart.
Dr. Haberer.	Schnierer.	Gränzenstein.
	Szterényi Joseph.	
Greindl.	V. Jacobs.	Emil Harzé.
	B ^{on} A. t'Kint de Roodenbeke.	
	C. F. Tietgen.	Haldor Popsøe.
	Ludvig Bramsen.	
Manuel Fern.	de Castro.	V ^{to} Santamaria de Paredes.
Jules Simon.	H. Tolain.	A. Burdeau.
	Linder.	V. Delahaye.
John E. Gorst.		Charles S. Scott.
W. H. Houldsworth.		David Dale.
G. Boccardo.	V. Ellena.	L. Bodio.
	A. Brassens.	
Jonkheer F. P. van der Hoeven.		Snyder v. Wissenkerke.
	H. W. E. Struve.	
Marquis de Penafiel.	Ernesto Madeira Pinto.	
	J. P. Oliveira Martins.	
Wilhelm de Tham.	E. Christie.	
E. Blumer.	Dr. Kaufmann.	
	Certifié conforme à l'original:	
	Dr. Kayser.	
	Dr. Fürst.	
	Alfred Dumaine.	
	Comte d'Arco Valley.	

Nr. 10068. SCHWEIZ. — Bericht der schweizerischen Bevollmächtigten an den Bundesrath. 29. März 1890.

(Der technische Theil des Berichts ist hier nicht reproducirt.)

Nr. 10068.
Schweiz.
29. März 1890.

Bevor wir noch zur Würdigung der Gesamtergebnisse der Konferenz übergehen, erlauben wir uns, hinzuweisen auf den äusserst angenehmen persönlichen Verkehr, der sich während der ganzen Dauer der Konferenz zwischen

Nr. 1007.
Schweiz.
24. März 1890.

den Delegirten aller Staaten geltend machte, wodurch unzweifelhaft in manchen Fragen eine Einigung erleichtert wurde — waren ja doch Alle zu demselben grossen Zwecke nach Berlin gekommen. Wir müssen ferner besondere Anerkennung und Dank zollen der deutschen Regierung und speziell Seiner Majestät dem Kaiser für die überaus zahlreichen Beweise von Sympathie für das Zustandekommen des Werkes und können konstatiren, dass der ersten Initiative des schweizerischen Bundesrathes nicht nur bei Eröffnung der Konferenz durch Herrn Minister v. Berlepsch ehrend gedacht wurde, sondern dass uns der Kaiser selbst noch wiederholt beauftragte, dem Bundesrathe für seine Verzichtleistung auf die Priorität auf's wärmste zu danken.

Was nun die Resultate der Konferenz anbelangt, so sind die Urtheile darüber in den meisten Staaten zufriedenstellende. Bekanntlich hat man mancherorts von Anfang an Zweifel erhoben, dass es möglich sein werde, zu einer Einigung zu kommen; denn einzelne der vertretenen Staaten befinden sich mit ihrer Arbeiterschutzgesetzgebung noch so weit im Rückstande, dass auf grosse Errungenschaften für die eigentlichen Industriellen nicht zu rechnen war und dass man sich damit begnügen muss, jene diesfalls zurückgebliebenen Staaten zu etwas weitergehenden Gesetzbestimmungen zu veranlassen. Die Konferenz hat nun in der That den Beweis geleistet, dass der internationalen Regelung der Arbeit noch grosse Hindernisse im Wege stehen; wenn man auch fast allgemein von dem Bestreben erfüllt ist, das Löss der Arbeiter zu verbessern, so sind die Verhältnisse in den verschiedenen Staaten doch so verschiedene, dass wir dem erselten Ziele nur langsam und allmählig näher kommen können. Die Beschlüsse der Konferenz mussten, entgegen dem Antrage der schweizerischen Delegation, welche jetzt schon eine internationale Vereinbarung anstrebte, in blosse Wünsche gekleidet werden, und es kann unserer Ansicht nach ein richtiges Urtheil über das Resultat der Konferenz erst dann gefällt werden, wenn man wissen wird, ob es in den einzelnen Staaten bei blossen Wünschen geblieben ist, oder ob die einzelnen Desiderata überall da in die Wirklichkeit übersetzt werden, wo sie es noch nicht sind. In dieser Beziehung hat uns nun das Verhalten der meisten Staaten Vertrauen eingeflösset. Die Hartnäckigkeit, mit der weitergehende Anträge bekämpft wurden, liess doch meist die Absicht erkennen, dass dasjenige, was hier beschlossen werde, auch wirklich durchzuführen sei, und hat es auch an bezüglich feierlichen Bethenerungen nicht gefehlt. Offenbar sind alle diejenigen Staaten, welche für Reform gestimmt haben, nun moralisch verpflichtet, selbe den betreffenden Parlamenten vorzulegen. In diesem Falle wird man sich, da es sich um die erste Konferenz und also nur um den ersten Schritt handelte, auch mit der gewöhnlichen Einleitungsformel: „il est désirable“ versöhnen können.

Nun gestehen wir aber offen, dass, nachdem einmal die blosse Wunsches-

form gewählt war, wir da und dort Beschlüsse erwarteten, welche einen grössern Fortschritt auf diesem Gebiete bezweckt haben würden. Wir haben es unsererseits an Anträgen nicht fehlen lassen und diesfalls des Guten jedenfalls genug gethan. Immer standen wir auf dem äussersten Posten. Deutschland rückte dann in der Regel mit etwas mildernden Vorschlägen, welche den dortigen Staatsrathsbeschlüssen entsprechen sollen, in die Linie, und wir mussten meist froh sein, wenn es gelang, diese unabgeschwächt zu retten. Vielleicht hätten einzelne Resolutionen noch etwas verbessert werden können, wenn nicht ein so rascher Schluss der Konferenz von vornherein beschlossen gewesen wäre.

Um ein ganz klares Bild über die Aenderungen zu geben, welche die Konferenzbeschlüsse in den einzelnen Staaten zur Folge haben würden, legen wir den Akten eine Zusammenstellung der bezüglichen Gesetzgebungen, verfasst vom Konferenzmitgliede Herrn Dr. Lohman, bei.

Verhältnissmässig am raschesten könnte eine Einigung betreffend Mineurarbeit erzielt werden, und wir schreiben die Ursache theils dem allgemeinen guten Willen zur Beseitigung schwerer Uebelstände zu, theils aber auch der noch stets drohenden Gefahr grosser Strikebewegungen in den Kohlenrevieren. In England, Deutschland und Frankreich bestehen die geäusserten Wünsche zwar meistentheils jetzt schon zu Recht oder werden auch ohne spezielle Gesetze ausgeführt; immerhin beweisen die Resolutionen die Sorge für das Wohl des Minenarbeiters, und werden dieselben von grosser Wohlthat sein, wenn sie in Bälde auch in andern Ländern, wo zum Theil noch bedenkliche Arbeitsverhältnisse bestehen, zur Ausführung gelangen.

Einstimmig sind schliesslich auch die Beschlüsse betreffend Sonntagsarbeit zu Stande gekommen, mit Ausnahme von Frankreich, das sich bezüglich eines einzigen Punktes, welcher auch Vorschriften für die Erwachsenen enthält, der Abstimmung enthielt. Aber auch hierbei gab Herr Jules Simon seine persönliche Ansicht in beredter Weise dahin kund, dass Frankreich in seiner Gesetzgebung in gleicher Weise vorgehen werde. Festgestellt ist nun auch worden, dass über die zu gestattenden Ausnahmen eine Vereinbarung unter den einzelnen Staaten erfolgen solle, gegen welche Bestimmung allerdings mehrere Staaten bis zum Schlusse in der Opposition verharreten.

Die getroffenen Bestimmungen betreffend Kinderarbeit haben uns am wenigstens befriedigt, indem das Altersjahr von 12, resp. 10 Jahren (für südliche Länder) den Anforderungen einer richtigen Arbeiterschutzgesetzgebung offenbar nicht entspricht. Wir müssen aber andererseits zugeben, dass dieser Beschluss für mehrere Staaten, wobei auch einer der ersten Industriestaaten der Erde, Grossbritannien, zu nennen ist, bereits eine wichtige Konzession bedeutet. Auch darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Arbeit der Kinder sodann wesentlich eingeschränkt wird, indem weder Sonntags- noch Nacharbeit, noch Arbeit in gefährdenden Betrieben gestattet wird, dass die Kinder dem Schulunterricht Genüge geleistet haben müssen, und dass die Arbeit überhaupt nur 6 Stunden, mit $\frac{1}{2}$ Stunde Pause per Tag, andauern solle.

Damit sind die Kinder aus einer Reihe von Fabrikbetrieben so gut wie ganz ausgeschlossen.

Für die jungen Leute von 14—16 Jahren gehen die Wünsche der Konferenz in einem Punkte sogar noch weiter, als unser schweizerisches Fabrikgesetz, indem für dieselben eine Arbeitszeit von bloss 10 Stunden mit 1½ Stunden Pause vorgesehen wird. Allerdings sollen dann für gewisse Industrien wieder Ausnahmen gestattet werden können. Besonders aufrichtig gefreut hat der fast unerwartete Beschluss, auch für die jungen Leute von 16—18 Jahren einen speziellen Schutz festzustellen. Zwar wird der Schutz nur allgemein umschrieben (Maximalarbeitszeit, Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit und Arbeitsbeschränkung in gefährdenden Betrieben); aber es besagt dies doch für viele Staaten einen ganz bedeutenden Fortschritt.

Dasselbe ist der Fall mit der Beschränkung der Frauenarbeit, und es wurde mit Recht erwähnt, dass auf den Konferenzbeschlüssen ein reicher Segen ruhe, wenn einzig erfüllt werde, was dieselben für Kinder und Frauen angestrebt. Bei den Frauen wurde auch der 11stündige Arbeitstag acceptirt, welcher mit unserer Gesetzgebung harmonirt.

Ueber die Ausführungsbestimmungen sei uns an dieser Stelle nur noch die Bemerkung gestattet, dass, wenn selbe unsern Wünschen auch nur sehr theilweise entsprechen, doch die Fortsetzung der Konferenzen in bestimmte Aussicht genommen ist, womit wohl auch gesagt ist, dass folgende Konferenzen das begonnene Werk weiter auf- und ausbauen werden. Wir wünschen, dass die Statistiken, welche sich die Staaten nun jedenfalls zusenden werden, in Bern zusammengestellt und verarbeitet werden; denn nach wie vor wird wohl die Schweiz das grosse Ziel internationaler Regelung der Fabrikarbeit im Auge behalten und in jeder Richtung zu dessen Verwirklichung vorarbeiten.

Zunächst muss nun allerdings abgewartet werden, wie sich die Wünsche der Konferenz überall in die That umsetzen; zweifelsohne wird Deutschland selbst in allernächster Zeit in entschiedener Weise vorgehen, und wir zweifeln nicht, dass dies von mächtigem Einfluss auf die Regierungen der andern Staaten sein werde.

Wir schliessen mit dem angelegentlichen Wunsche, dass die an die Berliner Konferenz geknüpften Hoffnungen sich im vollsten Maasse erfüllen; getreu den Weisungen des schweizerischen Bundesrathes, glauben wir unser Möglichstes gethan zu haben, damit dem internationalen Arbeiterschutz durch die Konferenz eine wirksame Förderung zu Theil werde.

Berlin, den 29. März 1890.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

E. Blumer.

Dr. Kaufmann.

Nr. 10069. **FRANKREICH.** — Bericht des ersten Bevollmächtigten Jules Simon an den Minister des Auswärtigen.

Paris, le 12 mai 1890.

Monsieur le Ministre, || La France, en acceptant de participer aux travaux de la Conférence de Berlin, avait indiqué, avec précision, l'esprit qu'elle y apporterait et que votre prédécesseur avait défini, aux applaudissements unanimes de la Chambre des députés, "un esprit de liberté et de justice", sachant allier "un juste souci de la liberté du travail et la préoccupation du bien-être matériel de la classe ouvrière". La ligne de conduite de la Délégation française était tracée par ces paroles: nous nous sommes efforcés d'y demeurer fidèles, et Votre Excellence pourra en juger par l'exposé ci-après, qu'elle nous a invités à lui présenter, de notre attitude et de nos votes au cours des délibérations de la Conférence.

Nr. 10069.
Frankreich.
12. Mai 1890.

L'assemblée, en organisant ses travaux, s'était partagée en plusieurs commissions, respectivement chargées des questions relatives: 1^o au travail dans les mines; 2^o au repos du dimanche; 3^o au travail des enfants, des jeunes gens et des femmes. Une quatrième question, concernant la mise à exécution des vœux de la Conférence, avait été réservée d'abord; elle fut soumise ultérieurement à l'examen de la deuxième Commission, qui se trouvait arrivée avant les autres au terme de ses travaux. Les propositions préparées dans les Commissions furent ensuite mises en délibération dans les séances plénières. Les délégués français, est-il besoin de le dire, soit dans les Commissions préparatoires entre lesquelles ils s'étaient distribués, soit dans les séances plénières, n'ont jamais pris la parole au nom de leur pays sans avoir au préalable arrêté entre eux les termes mêmes de leurs déclarations, de façon à conserver à leur doctrine l'unité nécessaire.

Le programme de la Conférence était présenté sous la forme d'un questionnaire; il ne préjugait aucune solution; il n'avait pour objet, selon les paroles prononcées par le Président, M. de Berlepsch, dans son discours d'ouverture, que "d'offrir le tracé du terrain sur lequel devaient s'étendre les délibérations techniques" de l'assemblée. Mais d'autre part, la pensée propre aux auteurs de ce programme avait été clairement exprimée dans les documents diplomatiques communiqués par la Chancellerie allemande. "Les difficultés que la concurrence internationale oppose à l'amélioration du sort de nos travailleurs, disait le rescrit impérial du 4 février, ne peuvent être sinon surmontées, du moins atténuées que par une entente internationale entre les pays qui se partagent le marché du monde."

M. de Berlepsch précisait la même idée en ces termes: "Dans la pensée de l'Empereur, la question ouvrière s'impose à l'attention de toutes les nations civilisées, depuis que la paix des différentes classes paraît menacée par la lutte à la suite de la concurrence industrielle." Ainsi, la concurrence internationale étant considérée comme la cause essentielle des souffrances des travailleurs,

Nr. 10069.
Frankreich.
12. Mai 1890.

ou du moins comme l'obstacle principal à l'adoucissement de leur sort, il s'agissait de convenir d'abord qu'il devait être mis un frein à cette concurrence: ce principe posé, il ne resterait plus qu'à édicter des mesures propres à améliorer simultanément chez les principaux peuples industriels les conditions du travail. Parmi ces mesures étaient signalés, dans la lettre de la Chancellerie impériale à l'Ambassadeur d'Allemagne à Paris, en date du 8 février, "le repos du dimanche, les restrictions à apporter au travail des enfants et des femmes et les arrangements à prendre relativement à la durée du travail quotidien".

Dans le programme, communiqué le 27 février par l'Ambassade d'Allemagne à Paris, ce dernier point était omis. En revanche apparaissait une idée nouvelle: celle de soumettre à un règlement international le travail dans les mines.

Parmi ces indications, il en était auxquelles la France devait opposer des réserves: ce sont celles qui tendaient, soit à subordonner notre législation industrielle aux avis d'une réunion internationale, soit à restreindre la liberté du travail des adultes. D'autres, au contraire, ne visaient que la protection due par l'Etat aux enfants, aux jeunes gens de moins de vingt et un ans et, dans certains cas exceptionnels, à des personnes dont la sécurité et la santé ne peuvent être dûment sauvegardées que par la tutelle de l'Etat, ainsi les ouvriers des mines, les femmes en couches; la France pouvait y acquiescer sans s'écarter des principes qui inspirent ses institutions. Sur certains points enfin, elle ne s'est pas bornée à adhérer aux propositions faites à la Conférence, et elle a pu indiquer d'autres progrès, réalisés ou en voie de préparation chez elle, et qui découlent de ces mêmes principes.

I.

Dès le 27 février, la pensée de confier à la Conférence le soin de préparer une législation internationale du travail qui eût été obligatoire, pour les divers États participants, au même titre qu'un traité politique ou commercial, se trouvait suffisamment écartée par une note de l'ambassade d'Allemagne où il était dit: "Les questions (consignées dans le programme), étant sans portée politique, se prêtant à l'examen par des hommes spéciaux en première ligne." Et votre prédécesseur aux Affaires étrangères, dans sa dépêche en date du même jour, en reportant sur le projet de Conférence à Berlin l'adhésion qu'il avait primitivement accordée au projet de Conférence à Berne, rappelait comme une des conditions de cette adhésion que "les décisions à intervenir n'engageaient pas les Gouvernements, qui devaient en recevoir communication sous forme de simples propositions".

Néanmoins, le programme proposé à la Conférence par le Gouvernement allemand, et accepté par elle sans discussion, comportait comme dernière question la "mise à exécution des dispositions adoptées par la Conférence". Ce qui, selon la remarque faite par le rapporteur de la quatrième Commission,

donnait à l'Assemblée "un caractère *sui generis*", intermédiaire entre celui des "réunions internationales... où les plénipotentiaires des différents États ont à conclure des traités", et celui des "Congrès, dont les membres n'ont pas de vrais pouvoirs, et qui s'occupent de l'étude scientifique des questions qui leur sont soumises, plutôt que de la solution pratique et immédiate à leur donner".

En réponse à ce point du programme, les délégués de la Suisse présentèrent une proposition d'une grande netteté: Entre les États qui seraient tombés d'accord dans la Conférence sur certaines dispositions à prendre en faveur des travailleurs, il interviendrait des arrangements obligatoires, qui seraient rendus exécutoires dans chaque pays par la législation nationale, dûment modifiée au besoin. Pour veiller à l'exécution des mesures ainsi prises, un "organe spécial de centralisation", une sorte de bureau international, serait chargé de réunir et de publier les renseignements et les statistiques nécessaires. Enfin, pour assurer le développement ultérieur de la législation nouvelle, aussi bien que pour résoudre les difficultés survenues dans la pratique, il y aurait lieu de prévoir des "Conférences périodiques".

Cette formule rencontra des objections, surtout de la part des Délégués de la Grande-Bretagne, qui refusèrent de "mettre leurs lois industrielles à la discrétion d'un pouvoir étranger", et l'attention se porta sur une proposition des Délégués allemands, qui après quelques modifications fut ramencée aux termes ci-après:

"I. Pour le cas où les Gouvernements donneraient suite aux travaux de la Conférence, les dispositions suivantes se recommandent:

"a. L'exécution des mesures prises dans chaque État sera surveillée par un nombre suffisant de fonctionnaires spécialement qualifiés, nommés par le Gouvernement du pays et indépendants des patrons aussi bien que des ouvriers;

"b. Les rapports annuels de ces fonctionnaires, publiés par les Gouvernements des divers pays, seront communiqués par chacun d'eux aux autres Gouvernements;

"c. Chacun de ces États procédera périodiquement, et autant que possible dans une forme semblable, à des relevés statistiques, quant aux questions visées dans les délibérations de la Conférence;

"d. Les États participants échangeront entre eux ces relevés statistiques, ainsi que le texte des prescriptions émises par voie législative ou administrative et se rapportant aux questions visées dans les délibérations de la Conférence.

"II. Il est désirable que les délibérations des États participants se renouvellent, afin de se communiquer réciproquement les observations que les suites données aux délibérations de la présente Conférence auront suggérées et afin d'examiner l'opportunité de les modifier ou de les compléter."

Les différences entre ce texte et celui de la proposition suisse sont sensibles: la sanction pratique à donner aux travaux de la Conférence n'est plus

Nr. 10069.
Frankreich.
12. Mai 1890.

imposée aux États participants comme une obligation; elle est simplement recommandée; le Bureau international destiné à centraliser les renseignements sur la conduite de chaque État en matière de législation ouvrière, a complètement disparu; enfin, il n'est plus question d'assurer d'avance la périodicité des Conférences et leur retour à des dates précises ce qui aurait équivalu à la création d'une sorte de Parlement international du travail.

La proposition allemande fut votée par l'unanimité des voix, moins celle de la France, qui s'abstint. La Délégation française expliqua son abstention en ces termes: "Elle n'a aucune objection à formuler contre le fond, d'autant moins que le corps d'inspecteurs, dont ces propositions réclament la création, existe déjà en France"; mais les instructions qu'elle a reçues de son Gouvernement l'obligent à "établir une distinction précise entre l'expression des opinions formulées par un jury compétent, comme l'est la Conférence, et les négociations que la diplomatie pourra ouvrir par la suite". Ainsi, le Gouvernement français ayant réservé entièrement sa liberté d'action, ses délégués n'ont pas eu pouvoir en engager une parcelle quelconque. Dans la Commission spéciale, d'ailleurs, les délégués de l'Allemagne ont reconnu que "les déclarations faites par les délégués de la France, sont entièrement conformes aux réserves par lesquelles leur Gouvernement a fait précéder son adhésion à la Conférence".

Les réserves de la Délégation française ont dû porter encore sur un autre point, à savoir la limitation légale de la durée du travail des adultes. Cette question avait, nous le remarquons plus haut, disparu du programme définitif présenté par l'Allemagne, et les délégués suisses, au nom du Conseil fédéral, ont exprimé leurs regrets sur ce point dans la séance du 27 mars. Elle a reparu toutefois dans la Conférence, sous une forme très restreinte, il est vrai. L'Allemagne a en effet proposé d'interdire aux femmes, même au-dessus de vingt et un ans: 1^o le travail de nuit; 2^o la prolongation de la journée de travail au delà d'une durée de onze heures. La première de ces propositions a été votée par 8 voix contre 5 (Belgique, Espagne, France, Italie, Portugal) et 2 abstentions (Danemark, Suède); la seconde par 8 voix contre 3 (Belgique, Italie, France) et 4 abstentions (Danemark, Espagne, Hongrie, Portugal*). Voici en quels termes les délégués français ont justifié leurs votes:

"La législation française ne protège jusqu'ici que les enfants, les jeunes ouvriers et les femmes mineurs de vingt et un ans. Sans doute, une loi de 1848 fixe à un maximum de douze heures la journée de travail des adultes, et les femmes majeures y sont naturellement soumises; mais on ne peut dire que la loi soit rigoureusement appliquée. Sans doute encore, le projet actuel-

* Les chiffres proclamés sont: 9 voix pour, 2 contre, 4 abstentions. Cette divergence apparente provient de ce que la proposition qui visait la limitation de la journée des femmes adultes se trouvait confondue dans le texte avec celle qui concerne les mineurs de 21 ans: mais la France a déclaré que, si elle votait oui sur le second point, elle votait non sur le premier.

lement en discussion limite le travail effectif des femmes majeures à onze heures; mais il n'est pas absolument certain que cette dernière disposition soit adoptée, et, si l'on peut voir dans ce projet un indice des tendances actuelles de l'opinion, on ne peut cependant pas le considérer comme acquis dans ceux de ses articles qui ne concernent pas les mineurs.

Nr. 10069.
Frankreich.
12. Mai 1890.

“La France, en effet, n'a jamais abordé qu'avec une extrême réserve la réglementation du travail des adultes. Cette réserve, qui se rencontre dans tous les pays, est particulièrement explicable dans l'état de nos mœurs et de nos institutions politiques. Nous avons le culte de la liberté individuelle, et, plutôt que de réglementer l'usage qu'en font nos concitoyens, nous préférons leur donner tous les instruments nécessaires pour se servir utilement de leurs droits. C'est ainsi que nous avons fait des efforts considérables pour répandre l'instruction, parmi les adultes comme parmi les enfants; que nous avons puissamment développé les institutions de crédit et de prévoyance et que nous avons assuré aux ouvriers, par la loi sur les syndicats professionnels, la faculté d'associer et de combiner leurs efforts, au lieu de les laisser isolés les uns des autres, et par cette pensée que le progrès s'accomplit par la liberté. La même pensée a dicté nos votes au sein de la Conférence: nous nous sommes montrés très ardents pour la protection des mineurs; nous nous sommes abstenus quand il s'agissait des majeurs.”

Nous mentionnerons enfin, avant d'arriver à la partie positive de notre oeuvre, l'abstention de la France quand il s'est agi de sanctionner par un vote le droit, que réclamaient les pays méridionaux, d'admettre les enfants dans leurs établissements industriels et dans leurs mines à partir de 10 ans, et non pas, comme les autres États, à partir de 12 ans. Les délégués français se sont abstenus dans cette question: il ne leur a point paru qu'ils eussent compétence pour statuer, même par un avis, sur la législation du travail en Espagne ou en Italie; ils s'en sont tenus à leur doctrine fondamentale, que chaque État est seul maître de légiférer pour ses propres citoyens.

II.

Nous arrivons aux propositions auxquelles la Délégation française a pu donner son adhésion. Pour la plupart, elles sont déjà entrées dans nos lois et dans nos mœurs, et les vœux de la Conférence sont, en France, des réalités. Sur quelques points, nous dépassons dès à présent le but qu'elle a indiqué aux Puissances assemblées. Il en est enfin un petit nombre qui constituent des progrès encore à réaliser chez nous comme chez la plupart de nos voisins.

C'est ainsi que dès à présent, et depuis seize années environ, l'âge d'admission des enfants au travail dans les fabriques et les mines est fixé en France à 12 ans. Si quelques-uns y sont admis à 10 ans, c'est à titre d'exceptions. Cette application, que la Conférence conseille, a lieu déjà chez nous et ne demande qu'à être surveillée de près. De même, nous n'avons pas at-

Nr. 10069.
Frankreich.
2. Mai 1890.

tendu jusqu'à ce jour pour interdire le travail du dimanche et le travail de nuit aux garçons de moins de 16 ans et aux filles et femmes de moins de 21 ans; pour exclure les enfants de moins de 16 ans et les femmes de tout âge des travaux souterrains des mines; pour soumettre à des règlements sévères l'admission des personnes protégées par la loi dans les industries insalubres ou dangereuses; pour organiser cette surveillance attentive de la sécurité et de la salubrité dans les mines qui a fait baisser la proportion des accidents miniers en France jusqu'à un niveau inconnu ailleurs et avec une rapidité sans exemple chez nos rivaux (15 tués sur 10,000 ouvriers en 1881—1888, au lieu de 30 en 1861—70). Enfin, le corps des inspecteurs du travail, sans lequel la loi risquerait d'être lettre morte, existe chez nous depuis longtemps. Il comprend 21 inspecteurs divisionnaires, 70 inspecteurs départementaux et, en outre, 13 inspectrices pour le département de la Seine.

Il est juste de dire qu'à d'autres égards les vœux de la Conférence nous indiquent des progrès à réaliser, et la Délégation française y a souscrit avec empressement. Tel est le vœu qui réclame la fixation à 6 heures de la journée maxima de travail pour les enfants de 12 à 14 ans: il est vrai que déjà ce maximum est adopté pour les quelques enfants de 10 à 12 ans admis dans l'industrie et pour les petits ouvriers de 12 à 15 ans qui ne sont pas pourvus du certificat primaire; en sorte que, sur ce point, plus de la moitié de la route est déjà parcourue. Tel encore le vœu qui interdit aux accouchées de travailler durant les quatre semaines qui suivent leurs couches; assurément il empiète sur la liberté des adultes, mais il le fait au nom de l'intérêt supérieur et évident de la race humaine; on ne doit point d'ailleurs se dissimuler que cette interdiction, le jour où elle sera inscrite dans la loi, pourra créer à l'État une nouvelle obligation d'assistance publique. De même enfin le vœu qui réclame un jour de repos sur sept des ouvriers de tout âge dans l'industrie: ici encore la santé publique était visiblement en jeu, et la Délégation française a même examiné si elle ne devait pas aller jusqu'à désigner, d'accord avec la majorité de la Conférence, le dimanche comme jour consacré au repos.

Nous avons reconnu, et l'un de nous*) l'a fait avec une insistance particulière, les avantages considérables que présenterait l'adoption d'un même jour de repos pour tous les travailleurs, mais nous avons le devoir de nous souvenir que nos usages, nos mœurs, se prêteraient difficilement, pour un grand nombre de personnes, à cette obligation légale et que de plus une loi récente du 14 juillet 1880 avait abrogé la loi du 18 novembre 1814 sur le repos du dimanche et des fêtes religieuses, sans toutefois porter atteinte à l'article 57 de la loi organique du 18 germinal an x, relatif aux fonctionnaires de l'État.

En revanche, il est des points sur lesquels dès à présent nous dépassons par nos lois ou par nos projets de loi en délibération le terme proposé par

*) M. Jules Simon.

la Conférence aux efforts des États industriels. Notre loi scolaire tend efficacement à relever à 13 ans, et non pas seulement à 12, l'âge d'admission des enfants dans les fabriques; la loi de 1874 n'interdit pas seulement jusqu'à 21 ans; enfin, dans la proposition de loi actuellement à l'examen, ce n'est pas jusqu'à 16 ans seulement que la durée de la journée de travail, pour les garçons comme pour les filles, serait limitée au maximum de 10 heures, mais bien jusqu'à 18 ans.

III.

Mais la Délégation française aurait cru négliger une partie essentielle de sa tâche si elle s'était bornée à examiner les propositions faites à la Conférence, à appuyer celles qui déjà sont ou dépassées ou réalisées dans notre législation, et à accueillir celles qui, chez nous-mêmes, ne correspondent encore qu'à des desiderata de l'opinion publique. Elle devait aussi, d'après ses instructions mêmes, exposer les principes qui guident la France en matière de législation du travail, qui ont inspiré nos progrès passés et sur lesquels nous comptons pour nous guider à l'avenir dans la voie de progrès nouveaux.

Les propositions relatives à certaines limitations de la journée de travail fournirent aux délégués français une occasion de rappeler ces principes: Votre Excellence a vu plus haut en quels termes. Une autre occasion leur fut offerte, dans la Commission des mines, lorsque vint en discussion la question des moyens de prévenir les grèves. Cette question était posée comme il suit: "Pourra-t-on, dans l'intérêt public, pour assurer la continuité de la production du charbon, soumettre le travail dans les houillères à une réglementation internationale?" L'amélioration du sort particulier de l'ouvrier mineur n'était pas, on le voit, l'objectif unique des auteurs de cette question; il s'agissait pour eux d'éviter des grèves qui, si elle devenaient générales et durables, condamneraient au chômage presque toutes les industries à la fois, en les privant de leur matière la plus indispensable. Parmi les remèdes proposés, plusieurs portaient la marque de cette préoccupation. C'est ainsi que l'idée fut mise en avant de suppléer à l'insuffisance passagère de la production nationale à l'aide d'une importation de charbons étrangers, que l'on favoriserait par un abaissement des tarifs de transport. Expédient utile sans doute pour obvier aux effets d'une grève partielle, mais qui pourrait se trouver insuffisant en présence d'une grève un peu étendue, et qui surtout ne corrigerait en rien les causes économiques et sociales d'où naissent les grèves. De même encore, la pensée a été suggérée d'exiger par la loi que l'ouvrier, au lieu de quitter brusquement le chantier, y restât obligatoirement à l'ouvrage pendant quatre semaines après la dénonciation du contrat qui le lie au patron. Moyen efficace peut-être, si l'on pouvait admettre la pensée de recourir à la force publique pour essayer d'obtenir le travail.

La Délégation française s'est bien plus volontiers ralliée au système d'arbitrage et d'échelle mobile des salaires préconisé par les délégués de la

Nr. 10069.
Frankreich.
12. Mai 1880.

Grande-Bretagne et qui, dans le nord de l'Angleterre, au cours des vingt-cinq dernières années, a obtenu, à travers certaines difficultés et certains échecs, de très réels succès. Établir un rapport numérique librement débattu entre les taux des salaires et le prix de vente des houilles; assurer ainsi à l'ouvrier une participation dans le mouvement des bénéfices du patron; dans les cas de conflit, remettre le débat aux mains d'arbitres souverains nommés en nombre égal par l'Union des patrons et l'Union des ouvriers: c'est là une véritable méthode de pacification sociale.

Mais pour qu'elle produise ses fruits, il faut qu'elle soit acceptée volontairement de part et d'autre; il faut que les ouvriers aient pris l'habitude de se former en associations solidement unies, capables d'abord de se choisir des chefs aptes à défendre avec savoir et avec raison les intérêts communs, et capables ensuite d'exécuter fidèlement les conventions que ces chefs auront souscrites. Il faut que les patrons, de leur côté, se soient accoutumés à considérer les associations syndicales comme des intermédiaires respectables et utiles, avec lesquels ils peuvent traiter en confiance, et chez qui ils trouveront un esprit d'équité et de paix. Ce sont là des mœurs qui n'existent point encore partout: l'État ne peut se flatter de les créer à lui seul, mais il peut et il doit en favoriser le développement.

C'est là précisément, si nous l'avons bien compris, le rôle que l'État français considère comme le sien. En droit strict, il ne doit aux citoyens que la sécurité, la liberté et la justice. La sécurité, il la garantit par l'intermédiaire de ses inspecteurs et de ses ingénieurs, dûment armés par les lois de 1810 et de 1874, pour ne citer que celles-là. Le projet de loi en préparation sur la responsabilité des accidents donnera encore de nouvelles garanties à l'ouvrier, en admettant en sa faveur le principe du risque professionnel.

Quant à la liberté, l'État français l'a accordé, aussi entière que possible, par la loi de 1884, qui reconnaît aux ouvriers le droit de s'associer pour débattre les conditions auxquelles ils exécuteront leur travail, et pour le refuser s'ils le jugent à propos. Dans les grèves, en effet, l'État ne voit que l'exercice d'un droit incontestable: quand elles se produisent, il n'a d'autre rôle que d'assurer la liberté des travailleurs et le respect des propriétés.

Pour ce qui est du reste: salaires, durée du travail, etc., c'est affaire à régler par de libres contrats, dans les limites du principe général de justice dont l'État est gardien. Est-ce à dire que l'État se désintéresse de ces contrats, et principalement de ceux qui ont pour objet d'assurer à l'ouvrier en outre de son salaire, des avantages appréciables: chauffage gratuit, logements loués à prix réduits avec facilités d'acquisition, coopératives de consommation administrées avec le concours des intéressés, caisses de secours pour les cas de maladie et d'infortune exceptionnelle, alimentées par les cotisations communes des patrons et des ouvriers; caisses de retraites, instituées de la même façon, et assurant des pensions aux invalides du travail ainsi qu'aux veuves et aux orphelins des ouvriers. Toutes ces institutions et avec

elles certaines pratiques adoptées dans les exploitations les plus humainement et plus prudemment dirigées, comme celle d'assurer la fixité des salaires en constituant sur les bénéfices des bonnes années des réserves où l'on puisera dans les mauvaises, de garder le personnel ouvrier même dans les périodes de chômage passager, de réserver aux vieillards certaines occupations faciles qui leur permettent d'utiliser leurs forces sans s'épuiser, toutes ces institutions et ces pratiques ont pour premier effet d'adoucir les relations des ouvriers avec les patrons. Elles écartent de l'esprit des travailleurs la perspective de la misère qui menace leurs vieux jours. Elles les acheminent vers des habitudes d'épargne, vers la possession d'un capital. Elles les accoutument à gérer en commun certains intérêts. Elles tendent ainsi à faire d'eux des hommes, plus libres de soucis, de préjugés et de passions, plus capables de s'entendre entre eux et avec leurs patrons, plus aptes à débattre les conditions de leur labeur avec clairvoyance et dans un esprit d'équité. Elles méritent donc la faveur des pouvoirs publics, et l'État peut parfois les fortifier, les redresser même. C'est ce qu'il se préoccupe de faire, en ce moment, à l'égard des caisses de secours et de retraites, dont un projet de loi tend à garantir les fonds contre tout risque de gestion imprudente. Toutefois les pouvoirs publics hésiteront toujours à se substituer en de pareilles matières à l'initiative privée: l'État a pour devoir assurément de fomentier tous les progrès; mais le plus essentiel de tous les progrès, c'est le développement de l'activité libre et raisonnable des individus.

En revanche, le même motif qui porte l'État à respecter la liberté chez les adultes l'oblige à sauvegarder dans la mesure possible, chez les enfants, les conditions essentielles de santé et d'instruction hors desquelles une volonté libre et droite ne saurait ni naître ni mûrir. Il n'intervient là même que pour suppléer à la défaillance de la sollicitude paternelle, et il le fait au nom de la race dont la génération présente doit ménager l'avenir.

Ce sont ces idées, Monsieur le Ministre, que les délégués de la France ont cru pouvoir exposer à Berlin comme étant la base même de notre législation ouvrière et la source de nos espérances pour l'amélioration du sort de nos travailleurs. Elles ne pouvaient qu'être écoutées avec une bienveillante attention par une assemblée où quinze puissances industrielles de l'Europe s'étaient réunies dans une commune sollicitude pour la cause des classes laborieuses. Elles n'avaient rien d'inattendu ni même de nouveau pour des pays qui, de leur côté, et chacun suivant sa voie propre, marchent vers le même but, en s'empruntant mutuellement tous les progrès consacrés par l'expérience. Mais c'était notre droit et peut-être notre devoir de rappeler les principes qui sont depuis cent ans ceux de la France, qu'elle n'a eu besoin d'emprunter à personne et qu'elle a puisés dans son génie, dans ce génie fait "de justice et de liberté", pour rappeler la formule de votre honorable prédécesseur, qui a servi de base aux délégués français à la Conférence de Berlin.

Jules Simon.

Katholische Kirche.

Nr. 10070. **ITALIEN.** — Allocution Papst Leos XIII. an die Cardinäle über die Kirche in Preussen, Hessen und Italien. 23. Mai 1887.

Nr. 10070.
Italien.
23. Mai 1887.

Venerabiles Fratres! Episcoporum ordinem, amplissimumque Collegium vestrum hodiernis cooptationibus non ante supplebimus, quam aliquid dixerimus utique de una re maxime, de qua etsi jam satis nosse debetis, tamen, quia gravioris est momenti, in hoc loco et ex Nobismetipsis audietis, ut arbitramur, libentes. Nimirum de eo intelligi volumus, quod est novissimo tempore ad causam catholici nominis sublevandam in *Borussia* actum. Transacta, Dei beneficio, res est diuturni et magni negotii: in quam incubuimus toto animo; omnique ratione, quae minoris pretii videretur esse, posthabita, salus animorum suprema lex Nobis, ut debebat, fuit. Neque enim nescitis, quo res loco essent multos jam annos: quin etiam non sine magna sollicitudine Nobiscum deplorare saepe consuevistis vel Ecclesias sine Episcopis, vel paroeccias sine curionibus relictas: item deminutam religionis publicae libertatem: interdicta Clericorum Seminaria: paucitatem sacerdotum necessario consecutam, eamque tantam, ut saepenumero per quos satis facere divini cultus muneribus possent, et ea curare, quae ad expiandum animum pertinent, plurimi ex nostris non haberent. — Quorum magnitudine malorum hoc angebamur acrius, quod ea nec sanare soli possemus, nec leviora facere, praesertim potestate Nostra multimodis intercepta. Illinc igitur, unde oportebat, remedia petere instituimus: idque majore cum fiducia, quia operae Nostrae sciebamus, praeter Episcopos, sincere valideque suffragari catholicos e coetu legumlatorum, constantissimos in optima causa viros, quorum instantia concordiaque fructus Ecclesia cepit non exiguos, exspectatque in posterum pares. Voluntati autem Nostrae conceptaeque spei non mediocre momentum ex eo accessit, quod augusto Germanorum imperatori, itemque rerum publicarum administris aequitatem et consilia pacis placere sine ulla dubitatione cognoveramus. Revera eorum, quae graviora essent, incommodorum sublevatio mature quaesita: deinde in varias conditiones pedetentim convenit: nuperrimeque nova lege condita, uti scitis, superiorum jussa legum partim sunt deleta funditus, partim magnopere mitigata: certe asperrimo illi certamini, quod Ecclesiam afflixit, nec civitati profuit, finis impositus. Ista quidem per laborem plurimum, et consiliis vestris ad multa adiuvantibus, tandem perfecta esse gaudemus; proptereaque solatori ac vindici Ecclesiae suae Deo singulares gratias et agimus et habemus. — Quod si nonnulla restant, quae catholici non sine causa desiderent, meminisse oportet,

plura esse et longe majora, quae consecuti sumus. Horum caput est, potestatem Pontificis Romani, in rei catholicae regimine, apud Borussos externam haberi desitum: et ut eam deinceps, nulla re impediente, exerceri liceat, provisum. Neque minoris illa esse intelligitis, Venerabiles Fratres, suam Episcopis in gerendis Dioecesibus redditam libertatem: Seminaria Clericorum restituta: plures religiosorum sodalium ordines postliminio revocatos. Quod ad reliqua, nequaquam cunctabimur in cursu consiliorum Nostrorum: perspectaque augusti Principis voluntate, itemque animo ministrorum ejus, est sane cur velimus, ut, quotquot sunt ex ea gente catholici, erigant sese et confirmet; meliores enim res non diffidimus consecuturas.

Juvat vero ad ceteras Germaniae partes intueri: siquidem haud temere existimamus fore, ut alibi etiam, quam in Borussiae finibus, aequiora catholico nomini consilia incantur. Spem auget significatio voluntatis a magno Duce *Hassiae Darmstadiensis* nuperrime facta: qui scilicet his ipsis diebus ad Nos legatum misit de legibus principatus sui ad libertatem Ecclesiae catholicae convenienter temperandis. Quod quam acciderit libentibus et cupientibus Nobis, vix attinet dicere: nihil enim tam vehementer velimus, quam tribui Nobis, divino munere, tantum et ad vivendum spatii, et ad res gerendas facultatis, ut contemplari rem catholicam aliquando liceret Germania tota compositam, securamque juris sui et legum tutela defensam ad incrementa salutaria sine offensione progredientem.

Sed cogitationes Nostrae non eisdem, quibus Germania finibus, circumscriptae tenentur. Ubi cumque auctoritati paretur Pontificis Romani, illuc cura, opera, vigilantia Nostra feruntur: nulloque loci, nullo gentis discrimine, quoscumque fides catholica consociat, caritas Nostra, pari modo, uti debet, comprehendit universos. Qua caritate permoti, conamur, nec apud eos solum, quos memoravimus, conditionem catholicorum efficere meliorem: orandisque enixe Deus est, ut nominatim coeptis jam rebus benigne velit successus prosperos dare.

Pacificandi studium, quo sumus erga gentes omnes affecti, utinam possit, qua velle debemus ratione, prodesse *Italiae*, quam cum Romano Pontificatu tanta Deus necessitudine coniunxit, quaeque maxime Nobis cara est ipsius commendatione naturae. Nos quidem, quod non semel diximus, et diu et vehementer hoc expetimus, ut omnium Italicorum animi secura tranquillitate potiantur, et funestum illud cum Romano Pontificatu dissidium aliquando tollatur: verum incolumi justitia et Sedis Apostolicae dignitate, quae sunt non tam populari iniuria, quam conjuratione praesertim *sectarum* violatae. Scilicet ad concordiam aditum esse oportet eam rerum conditionem, in qua Romanus Pontifex nullius sit potestati subiectus, et plena eaque veri nominis libertate, prout omnia jura postulant, fruatur. Quo facto, si vere judicari velit, non modo nihil detrimenti res Italica caperet, sed multum sibi adjumenti ad incolunitatem prosperitatemque adjungeret.

Nr. 10071. ITALIEN. — Schreiben des Papstes Leo XIII. an den neuernannten Staatssecretär Rampolla. — Regierungsprogramm. 15. Juni 1887.

[*Introduzione.*]

Nr. 10071.
Italien.
5. Juni 1887. *Signor Cardinale.* Quantunque Le siano abbastanza noti gli intendimenti che Ci guidano nel governo della Chiesa universale, pure crediamo opportuno di riassumerli brevemente e meglio dichiararli a Lei, che per ragione del nuovo ufficio, a cui la Nostra fiducia l'ha chiamata, deve prestarci più da vicino il suo concorso, e secondo la Nostra mente, spiegare la sua azione.

In mezzo ai gravissimi pensieri, che sempre Ci ha dato e Ci dà il formidabile peso del Sommo Pontificato, valse non poco a riconfortarci la persuasione, altamente radicata nell'animo Nostro, della grande virtù di cui è ricca la Chiesa, non solamente per la salvezza eterna delle anime, che ne è il fine vero e proprio, ma anche a salute di tutta l'umana società. — E fin dal principio Ci proponemmo di adoperarci costantemente a risarcire i danni recati alla Chiesa dalla Rivoluzione e dall'empietà, e nel tempo stesso a far sentire a tutta l'umana famiglia, estremamente bisognosa, l'alto conforto di questa divina virtù. — E poichè i nemici da lungo tempo si studiano con ogni mezzo di togliere alla Chiesa ogni influenza sociale, e di allontanare da essa popoli e Governi, ai quali con tutte le arti si provarono di renderla sospetta e di farla credere nemica; dal canto Nostro l'abbiamo sempre mostrata, qual è veramente, la migliore amica e benefattrice dei Principi e dei popoli; e Ci siamo studiati di riconciliarli con essa, rannodando o stringendo vie più tra la S. Sedè e le diverse nazioni amichevoli rapporti, e ristabilendo dovunque la pace religiosa.

Tutto Ci consiglia, Signor Cardinale, a tenerci costantemente su questa via, e non fa d'uopo qui dichiararne particolarmente i motivi. Accemeremo solo al gravissimo bisogno che ha la società di tornare ai veri principii di ordine, tanto scongiatamente abbandonati e negletti. Per questo abbandono si è rotta tra popoli e Sovrani e tra le diverse classi sociali quella pacifica armonia, nella quale è riposta la tranquillità e il pubblico benessere, si è indebolito il sentimento religioso e il freno del dovere; per cui è sorto vigoroso e si è diffuso largamente lo spirito d'indipendenza e di rivolta, che va fino all'anarchia e alla distruzione della stessa sociale convivenza. — Il male cresce a dismisura e dà a pensare seriamente a molti uomini di governo, i quali cercano in ogni modo di arrestare la società sul fatale pendio e di richiamarla a salute. E bene sta; chè con tutte le forze si deve fare argine ad un torrente così rovinoso. — Ma la salvezza non verrà senza la Chiesa: senza la salutare influenza di lei, che sa indirizzare con sicurezza le menti alla verità, e formare gli animi alla virtù e al sacrificio, nè la severità delle leggi, nè i rigori della giustizia umana, nè la forza armata varranno a scongiurare

il pericolo presente, e molto meno a ristabilire la società sulle naturali ed inconcusse sue fondamenta.

Persuasi di questa verità, crediamo sia compito Nostro di continuare quest'opera di salute, sia col propagare le sante dottrine del Vangelo, sia col riamicare gli animi di tutti alla Chiesa ed al Papato, sia col procurare a questo e a quella una maggiore libertà, sì che siano in grado di compiere con largo frutto la loro benefica missione nel mondo.

A quest'opera Ci è piaciuto, Signor Cardinale, di associarla, molto ripromettendoci dalla sua esperienza negli affari, dalla sua attività e provata devozione alla Santa Sede, e dal suo attaccamento alla Nostra persona. Al conseguimento del nobilissimo scopo Ella insieme con Noi vorrà dirigere da per tutto l'azione della Santa Sede, applicandola però alle varie nazioni, secondo i bisogni e le speciali condizioni di ciascuna.

[*L'azione della Santa Sede in Austria-Ungheria.*]

Nell'Austria-Ungheria la pietà insigne dell'augusto Imperatore e Re Apostolico e la sua devozione verso la S. Sede, nella quale sono con lui uniti anche gli altri membri dell'I. e R. Famiglia, fa sì che esistano tra la Santa Sede e quell'Impero le migliori relazioni. Mercè le quali, ed il semo degli uomini che hanno la fiducia del loro augusto Sovrano, sarà possibile promuovere nell'Austria-Ungheria gli interessi religiosi, toglierne gli impedimenti, e regolare di pieno accordo le difficoltà che potrebbero incontrarsi.

[*In Francia.*]

Quindi il Nostro pensiero si volge con ispeciale interesse alla Francia, nazione nobile e generosa, feconda di opere e d'istituzioni cattoliche, sempre cara ai Pontefici, che la riguardarono come la figlia primogenita della Chiesa. Noi conosciamo per prova la devozione, che alla Sede apostolica professano i suoi figli, dai quali più volte avemmo motivi della più sentita consolazione. Questo stesso sentimento di speciale dilezione che abbiamo per essa, Ci fa provare una più viva amarezza per tutto ciò che vediamo ivi accadere a detrimento della religione e della Chiesa. E facciamo i più fervidi voti perchè il male si arresti e, cessate le diffidenze, nella osservanza, secondo la lettera e secondo lo spirito, di patti solennemente sanciti, possa sempre regnare fra la S. Sede e la Francia la desiderata concordia.

[*Nella Spagna.*]

Nè meno Ci è a cuore la Spagna, che per la sua fede inconcussa meritò il glorioso titolo di nazione cattolica, e dalla fede ripete tanta parte della sua grandezza. Ella, Signor Cardinale, ne ha conosciuto da vicino i pregi e ne ha conosciuto pure i particolari bisogni, primo fra tutti quello dell'unione tra cattolici nella difesa generosa e disinteressata della religione, nella sincera devozione alla S. Sede, nella scambievole carità, affinchè non si lascino

ir. 10971.
Italien.
Juni 1887.

trasportare da private mire nè da spirito di contesa. Le intime relazioni, che ha con Noi quella fedele e generosa nazione, la pietà della vedova Regina Reggente e il suo filiale ossequio verso il Vicario di Cristo, Ci fanno sicuri, che le Nostre paterne sollecitudini per gl'interessi cattolici e la prosperità di quel Regno saranno efficacemente favorite e secondate.

Le strette attinenze di origine, di lingua e di religione, come ancora la fermezza medesima nell'avita fede, che uniscono alla Spagnuola le popolazioni dell'America di Mezzodi, Ci invitano a non disgiungerle nelle speciali eure che saremo per rivolgere del pari a comune loro vantaggio.

[*Nel Portogallo.*]

Non possiamo tacere della nazione portoghese, che tanto contribuì alla propagazione della fede cattolica in lontani paesi, e che alla S. Sede è così strettamente unita con legami scambievoli di devoto ossequio per una parte e di paterna corrispondenza per l'altra. Con essa abbiamo potuto recentemente comporre di comune accordo e con reciproca soddisfazione la gravissima controversia circa il patronato delle Indie Orientali: Ci ripromettiamo di trovare anche in avvenire in chi ne regge i destini le stesse favorevoli disposizioni, che Ci mettano in grado di dare sempre maggiore incremento alla religione cattolica così in quel Regno, come nelle sue colonie.

[*Nel Belgio.*]

A queste nazioni cattoliche uniamo anche il Belgio, dove il sentimento religioso è sempre così vivo ed operoso, e dove per lo specialissimo affetto che da lungo tempo nutriamo per esso, vorremmo, che l'azione benefica della Chiesa si diffondesse sempre più largamente nella vita pubblica e privata.

[*Nella Germania.*]

È necessario inoltre di continuare in Prussia l'opera della pacificazione religiosa, finchè sia condotta al suo compimento. — Il molto che si è ottenuto finora, l'animo ben disposto di S. M. l'Imperatore e la buona volontà da cui vediamo sempre animati coloro che ivi tengono la somma delle cose, Ci fanno sperare che non saranno inutili le Nostre cure per migliorare ancora di più le condizioni della Chiesa cattolica in quel Regno, e soddisfare così le giuste brame di quelle popolazioni cattoliche, per la loro fermezza e costanza tanto benemerite della Religione. — E le stesse cure intendiamo estendere altresì ai diversi Stati della Germania, affinchè siano tolte di mezzo o modificate le leggi, che non lascino alla Chiesa la libertà necessaria per l'esercizio del suo spirituale potere. Voglia il cielo che tutti si risolvano a mettersi per questa via! Ma un voto particolare facciamo pel Regno cattolico di Baviera, col quale la S. Sede ha vincoli speciali, e dove bramiamo ardentemente che la religione abbia una vita sempre più prospera e feconda.

[*Nell'Inghilterra e Russia e America.*]

Saremmo lietissimi, se anche in altri Stati acattolici potessimo far penetrare le buone e salutari influenze della Chiesa e portare in essi alla causa dell'ordine, della pace e del benessere pubblico il Nostro concorso: specialmente dove sono, come accade nei vasti domini dell'Inghilterra, sudditi cattolici in gran numero, ai quali dobbiamo per ufficio tutte le sollecitudini del supremo apostolato: o dove, come nelle contrade della Russia, le difficili condizioni, in cui si trovano la Chiesa e i sudditi cattolici, renderebbero le Nostre cure più necessarie e più opportune. — E poichè il potere, di cui siamo investiti, abbraccia di sua natura tutti i tempi e tutti i luoghi, è debito Nostro curare l'incremento della religione, dove essa è già ampiamente stabilita, come in molti Stati di America; favorire le missioni nei paesi ancor barbari ed infedeli. — È egualmente delle Nostre sollecitudini richiamare all'unità i popoli che miseramente se ne separarono.

Nr. 10071.
Italien.
15. Juni 1887.

[*Nell'Oriente.*]

Tra questi ricordiamo quelli d'Oriente, un tempo sì fecondi in opere di fede, e sì gloriosi; e innanzi a tutti, i popoli della Grecia, che Noi, sull'esempio di molti Nostri Predecessori, ardentemente bramiamo di veder ritornare al centro dell'unità cattolica e risorgere all'antico splendore.

[*In Italia.*]

Ma vi ha un altro punto, che richiama a sè di continuo la Nostra attenzione, ed è per Noi e per la Nostra apostolica autorità del più alto interesse; intendiamo dire dell'attuale Nostra condizione in Roma a cagione della funesta discordia tra l'Italia, qual'è ora ufficialmente costituita, ed il Romano Pontificato. — Vogliamo in argomento sì grave aprirle pienamente il Nostro pensiero.

Più volte abbiamo espresso il desiderio di vedere finalmente composto il dissidio; ed anche recentemente, nell'Allocuzione Consistoriale del 23 maggio decorso, abbiamo attestato l'animo Nostro propenso ad estendere l'opera di pacificazione, come alle altre nazioni, così in modo speciale all'Italia, per tanti titoli a Noi cara e strettamente congiunta. — Qui però, per giungere e stabilire la concordia, non basta, come altrove, provvedere a qualche interesse religioso in particolare, modificare o abrogare leggi ostili, scongiurare disposizioni contrarie che si minaccino; ma si richiede inoltre e principalmente che sia regolata come conviene la condizione del Capo supremo della Chiesa, da molti anni per violenze ed ingiurie addivenuta indegna di lui, ed incompatibile colla libertà dell'apostolico officio.

Per questo nella citata Allocuzione avemmo cura di mettere a base di questa pacificazione la giustizia e la dignità della Sede Apostolica, e di reclamare per Noi uno stato di cose, nel quale il Romano Pontefice non debba

Nr. 10071-
Italien.
Juni 1887.

essere soggetto a nessuno, ed abbia a godere di una piena e non illusoria libertà. — Non v'era luogo a frantendere le Nostre parole e molto meno a snaturarle, torcendole ad un significato del tutto contrario al Nostro pensiero. Da quelle usciva evidente il senso inteso da Noi, essere cioè condizione indispensabile alla pacificazione, in Italia rendere al Romano Pontefice una vera sovranità. Giacchè, nello stato presente di cose, è chiaro che Noi siamo, più che in potere Nostro, in potere di altri, dal cui volere dipende di variare, quando e come piaccia, secondo il mutar degli uomini e delle circostanze, le condizioni stesse della Nostra esistenza. *Verius in aliena potestate sumus, quam Nostra*, come più volte abbiamo ripetuto. E perciò sempre, nel corso del Nostro Pontificato, secondo che era debito Nostro, abbiamo rivendicato pel Romano Pontefice, un'effettiva sovranità, non per ambizione, nè a scopo di terrena grandezza, ma come vera ed efficace tutela della sua indipendenza e libertà.

Infatti l'autorità del Sommo Pontificato, istituita da Gesù Cristo e conferita a san Pietro, e per esso a' suoi legittimi Successori, i Romani Pontefici, destinata a continuare nel mondo, fino alla consumazione dei secoli, la missione riparatrice del Figlio di Dio, arricchita delle più nobili prerogative, dotata di poteri sublimi, propri e giuridici, quali si richiedono pel governo di una vera e perfettissima società, non può, per la sua stessa natura e per espressa volontà del suo divin Fondatore, sottostare a veruna potestà terrena, deve anzi godere della più piena libertà nell'esercizio delle sue eccelse funzioni. — E poichè da questo supremo potere e dal libero esercizio di esso dipende il bene di tutta quanta la Chiesa, era della più alta importanza che la nativa sua indipendenza e libertà fosse assicurata, garantita, difesa attraverso i secoli, nella persona di chi ne era investito, con quei mezzi che la divina Provvidenza avesse riconosciuti acconci ed efficaci allo scopo.

E così, uscita la Chiesa vittoriosa dalle lunghe ed acerbe persecuzioni dei primi secoli, quasi a manifesto suggello della sua divinità; passata l'età, che può dirsi d'infanzia, e giunto per essa il tempo di mostrarsi nel pieno sviluppo della sua vita, cominciò dei Pontefici di Roma una condizione speciale di cose, che a poco a poco, pel concorso di providenziali circostanze, finì collo stabilimento del loro Principato civile. Il quale, con diversa forma ed estensione, si è conservato pur tra le infinite vicende di un lungo corso di secoli fino a' di nostri, recando all'Italia e a tutta Europa, anche nell'ordine politico e civile, i più segnalati vantaggi. — Sono glorie dei Papi e del loro Principato i barbari respinti od inciviliti; il despotismo combattuto e frenato; le lettere, le arti, le scienze promosse; la libertà dei Comuni; le imprese contro i Musulmani, quando erano essi i più temuti nemici; non solo della religione, ma della civiltà cristiana e della tranquillità dell'Europa.

Una istituzione sorta per vie sì legittime e spontanee, che ha per sè un possesso pacifico ed incontestato di dodici secoli, che contribuì potentemente alla propagazione della fede e della civiltà, che si è acquistata tanti titoli

alla riconoscenza dei popoli, ha più di ogni altra il diritto di essere rispettata e mantenuta: nè perchè una serie di violenze e d'ingiustizie è giunta ad opprimera, possono dirsi cambiati, riguardo ad essa, i disegni della Provvidenza. — Anzi, se si considera, che la guerra mossa al Principato civile dei Papi fu opera sempre dei nemici della Chiesa, e in quest'ultimo tempo opera principale delle sette, che, coll'abbattere il dominio temporale, intesero spianarsi la via ad assalire e combattere lo stesso spirituale potere dei Pontefici, questo stesso conferma chiaramente essere anche oggi, nei disegni della Provvidenza, la sovranità civile dei Papi ordinata, come mezzo al regolare esercizio del loro potere apostolico, come quella che ne tutela efficacemente la libertà e l'indipendenza.

Nr. 10071.
Italien.
15. Juni 1887.

Quanto si dice in generale del civil Principato dei Pontefici, vale a più forte ragione ed in modo speciale di Roma. I suoi destini si leggono chiaramente in tutta la sua storia; chè, come nei consigli della Provvidenza tutti gli umani avvenimenti furono ordinati a Cristo e alla Chiesa, così la Roma antica e il suo impero furono stabiliti per la Roma cristiana; e non senza speciale disposizione a quella metropoli del mondo pagano, rivolse i passi il Principe degli Apostoli S. Pietro, per divenirne il Pastore e trasmetterle in perpetuo l'autorità del supremo Apostolato. — Per tal guisa le sorti di Roma furono legate, di una maniera sacra ed indissolubile, a quelle del Vicario di Gesù Cristo: e quando, allo spuntar di tempi migliori, Costantino il Grande volse l'animo a trasferire in Oriente la sede del romano impero, con fondamento di verità può ritenersi che la mano della Provvidenza lo guidasse, perchè meglio si compissero sulla Roma dei Papi i nuovi destini. Certo è, che dopo quell'epoca, col favore dei tempi e delle circostanze, spontaneamente, senza offesa e senza opposizione di alcuno, per le vie più legittime i Pontefici ne divennero anche civilmente signori, e come tali la tennero fino ai di nostri.

Non occorre qui ricordare gl'immensi benefici e le glorie procacciate dai Pontefici a questa loro prediletta città, glorie e benefici, che sono scritti del resto a cifre indelebili, nei monumenti e nella storia di tutti i secoli. È pur superfluo notare, che questa Roma porta in ogni sua parte profondamente scolpita l'impronta papale; e che essa appartiene ai Pontefici per tali e tanti titoli, quali nessun Principe ha mai avuto su qualsivoglia città del suo regno. — Importa però grandemente osservare, che la ragione della indipendenza e della libertà pontificia nell'esercizio dell'apostolico ministero, piglia una forza maggiore e tutta propria quando si applica a Roma, sede naturale dei Sommi Pontefici, centro della vita della Chiesa, capitale del mondo cattolico. Qui, dove il Pontefice ordinariamente dimora, dirige, ammaestra, comanda, affinché i fedeli di tutto il mondo possano con piena fiducia e sicurezza prestargli l'ossequio, la fede, l'obbedienza che in coscienza gli debbono; qui, a preferenza, è necessario, che Egli sia posto in tale condizione d'indipendenza, nella quale non solo non sia menomamente impedita da chicchessia la sua libertà, ma sia

Nr. 10071.
Italien.
15. Juni 1887.

pure evidente a tutti che non lo è; e ciò non per una condizione transitoria e mutabile ad ogni evento, ma di natura sua stabile e duratura. Qui, più che altrove, deve essere possibile e senza timori d'impedimenti, il pieno esplicamento della vita cattolica, la solennità del culto, il rispetto e la pubblica osservanza delle leggi della Chiesa, l'esistenza tranquilla e legale di tutte le istituzioni cattoliche.

Da tutto ciò è agevole comprendere come s'imponga ai romani Pontefici, e quanto sia sacro per essi il dovere di difendere e mantenere la civile sovranità e le sue ragioni; dovere reso anche più sacro dalla religione del giuramento. Sarebbe follia pretendere che essi stessi consentissero a sacrificare colla sovranità civile ciò che hanno di più caro e prezioso: vogliam dire la propria libertà nel governo della Chiesa, per la quale i loro Predecessori hanno in ogni occasione sì gloriosamente combattuto.

Noi certo col divino aiuto non falliremo al Nostro dovere, e, fuori del ritorno ad una vera ed effettiva sovranità qual si richiede dalla Nostra indipendenza e dalla dignità del Seggio Apostolico, non veggiamò altro adito aperto agli accordi e alla pace. — La stessa cattolicità tutta quanta, sommaramente gelosa della libertà del suo Capo, non si acquieterà giammai finchè non vegga farsi ragione ai giusti reclami di Lui.

Sappiamo che uomini politici, dall'evidenza delle cose costretti a riconoscere che la condizione presente non è quale si converrebbe al romano Ponteficato, vanno escogitando altri progetti ed espedienti per migliorarla. Ma sono questi vani ed inutili tentativi; e tali saranno tutti quelli di simil' natura, che, sotto speciose apparenze, lasciano di fatto il Pontefice in stato di vera e reale dipendenza. Il difetto sta nella natura stessa delle cose, quali sono ora costituite, e nessun estrinseco temperamento o riguardo che si usi può mai valere a rimuoverlo. — È ovvio invece prevedere dei casi, in cui la condizione del Pontefice diventi anche peggiore, sia per la prevalenza di elementi sovversivi e di uomini che non dissimulano i loro propositi contro la persona e l'autorità del Vicario di Cristo; sia per avvenimenti guerreschi e per le molteplici complicazioni, che da questi potrebbero nascere a suo danno. — Fino ad ora l'unico mezzo, di cui si è servita la Provvidenza per tutelare, come si conveniva, la libertà dei Papi, è stata la loro temporale sovranità; e, quando questo mezzo manò, i Pontefici furono sempre o perseguitati, o prigionieri, o esuli, o certo in condizione di dipendenza ed in continuo pericolo di vedersi respinti sopra l'una o l'altra di queste vie. — È la storia di tutta la Chiesa che lo attesta.

Si spera pure e si fa assegnamento sul tempo, quasi che, col prolungarsi, possa divenire accettabile la condizione presente. — Ma la causa della loro libertà è dei Pontefici e per la cattolicità tutta quanta, interesse primo e vitale; e quindi si può esser certi, che essi la vorranno garantita sempre e nel modo più sicuro. Quei che la sentono diversamente, non conoscono o fingono di non conoscere di quale natura sia la Chiesa, quale, e quanta la sua

potenza religiosa, morale e sociale, cui nè le ingiurie del tempo, nè la prepotenza degli uomini varranno mai a fiaccare. Se di ciò si rendessero conto ed avessero senno veramente politico, essi non penserebbero solo al presente, nè si affiderebbero a fallaci speranze per l'avvenire; ma col dare essi stessi al Pontefice romano quello che Egli a buon diritto reclama, toglierebbero una condizione di cose piena di incertezze e di pericoli, assicurando per tal guisa i grandi interessi e le sorti stesse dell'Italia.

Nr. 10071.
Italien.
15. Juni 1887.

Non è da sperare, che questa Nostra parola sia intesa da quegli uomini, che sono cresciuti nell'odio contro la Chiesa ed il Pontificato: costoro, a dir vero, come odiano la religione, così non vogliono il vero bene della loro terra natale. Ma coloro, che non imbevuti da vietati pregiudizî, nè animati da spirito irreligioso, giustamente apprezzano gli insegnamenti della storia e le tradizioni italiane, e non disgiungono l'amore della Chiesa dall'amore della patria, debbono riconoscere con Noi che nella concordia col Papato sta appunto per l'Italia il principio più fecondo della sua prosperità e grandezza.

Di che è conferma il presente stato di cose. — Omai è fuori di dubbio, e gli stessi uomini politici italiani lo confessano, che la discordia con la S. Sedè non giova, ma nuoce all'Italia, creandole non poche, nè lievi difficoltà interne ed esterne. — All'interno, disgusto dei cattolici, al vedere tenute in niun conto e spregiate le ragioni del Vicario di Gesù Cristo — turbamento delle coscienze — aumento d'irreligione e d'immoralità, elementi grandemente nocivi al pubblico bene. — All'estero, malcontento de' cattolici, che sentono compromessi, insieme colla libertà del Pontefice, i più vitali interessi della cristianità: — difficoltà e pericoli che, anche nell'ordine politico, possono da ciò derivare all'Italia, dai quali desideriamo con tutto l'animo sia preservata la patria Nostra. — Si faccia cessare da chi può e deve il conflitto, ridonando al Papa il posto che Gli conviene, e tutte quelle difficoltà cesseranno d'un tratto. Anzi l'Italia se ne avvantaggerebbe grandemente in tutto ciò che forma la vera gloria e felicità di un popolo, o che merita il nome di civiltà; giacchè, com'ebbe, dalla Provvidenza in sorte di essere la nazione più vicina al Papato, così è destinata a riceverne più copiosamente, se non lo combatte o vi si oppone, le benefiche influenze.

Si suole opporre, che per ristabilire la sovranità pontificia si dovrebbe rinunziare a grandi vantaggi già ottenuti, non tenere alcun conto dei progressi moderni, tornare indietro fino al medio evo. Ma non sono questi motivi che valgono.

A qual bene infatti, che sia vero e reale, si opporrebbe la sovranità pontificia? È indubitato, che le città e le regioni già soggette al principato civile dei Pontefici furono, per ciò stesso, preservate più volte dal cadere sotto dominio straniero, e conservarono sempre indole e costumi schiettamente italiani. Nè potrebbe anche oggi essere diversamente; giacchè il Pontificato se per l'alta sua missione, universale e perpetua, appartiene a tutte le genti,

N. 19071.
Italian.
15. Juni 1887.

per ragione della Sede, qui assegnatagli dalla Provvidenza, è specialmente gloria italiana. — Che se verrebbe così a mancare l'unità di Stato, Noi, senza entrare in considerazioni che tocchino il merito intrinseco della cosa, e solo colloandoci per poco sul terreno stesso degli oppositori, domandiamo, se quella condizione di unità costituisca per le nazioni un bene così assoluto che senza di esso non vi sia per loro nè prosperità nè grandezza; o così superiore che debba prevalere a qualunque altro. Risponde per noi il fatto di nazioni floridissime, potenti e gloriose, che pur non ebbero, nè hanno quella specie di unità che qui si vuole; e risponde altresì la ragion naturale che, nel conflitto, riconosce dover prevalere il bene della giustizia, primo fondamento della felicità e stabilità degli Stati; e ciò specialmente quando esso sia collegato, come qui avviene, con l'interesse altissimo della religione e di tutta quanta la Chiesa. Dinanzi al quale non è punto da esitare; che se da parte della Provvidenza divina fu tratto di speciale predilezione verso l'Italia averle posto nel seno la grande istituzione del Pontificato, di cui qualunque nazione si sentirebbe altamente onorata, è giusto e doveroso, che gli Italiani non guardino a difficoltà per tenerlo nella condizione che gli conviene. Tanto più che senza escludere in fatto altri utili ed opportuni temperamenti, senza parlare di altri beni preziosi, l'Italia dal vivere in pace col Pontificato vedrebbe potentemente cementata l'unità religiosa, fondamento di qualunque altra, e fonte d'immensi vantaggi anche sociali.

I nemici della Sovranità Pontificia fanno appello anche alla civiltà e al progresso. — Ma a bene intendersi fin sulle prime, solamente ciò che mena al perfezionamento intellettuale e morale o almeno ad esso non si oppone, può costituire per l'uomo vero progresso; e di questo genere di civiltà non v'ha sorgente più feconda della Chiesa, la quale ha la missione di promuovere sempre l'uomo alla verità e al retto vivere. Ogni altro genere di progresso, posto fuori di questa cerchia, non è in verità che regresso, e non può che degradare l'uomo e respingerlo verso la barbarie; e di questo nè la Chiesa, nè i Pontefici, sia come Papi, sia come Principi civili, potrebbero, per buona sorte dell'umanità, farsi mai i fautori. — Ma tutto ciò che le scienze, le arti e l'industria umana hanno trovato o possono trovar di nuovo per l'utilità e le comodità della vita; tutto ciò che favorisce l'onesto commercio e la prosperità delle pubbliche e private fortune; tutto ciò che è non licenza, ma libertà vera e degna dell'uomo, tutto è benedetto dalla Chiesa, e può avere larghissima parte nel principato civile dei Papi. E i Papi, quando ne fossero di nuovo in possesso, non lascierebbero di arricchirlo di tutti i perfezionamenti di cui è capace, facendo ragione alle esigenze dei tempi e ai nuovi bisogni della società. La stessa paterna sollecitudine, da cui furono sempre animati verso i loro sudditi, li consiglierebbe anche al presente a rendere miti le pubbliche gravanze; a favorire colla più larga generosità le opere caritatevoli e gl'istituti di beneficenza; a prendere cura speciale delle classi bisognose ed operaie, migliorandone le sorti; a fare, in una parola, del loro civil princi-

pato, anche adesso, una delle istituzioni meglio acconce a formare la prosperità dei sudditi.

Nr. 10071.
Italien.
15. Juni 1887.

Contro la quale sarebbe vano accampare l'accusa di essere parto del medio evo. — Giacchè avrebbe, come si è detto, i sani et utili miglioramenti voluti dai tempi nuovi; e, se nella sua sostanza, sarebbe quello che fu nell'età di mezzo, cioè una sovranità ordinata a tutelare la libertà e l'indipendenza dei Romani Pontefici nell'esercizio della loro suprema autorità; che perciò? Il fine importantissimo, a cui essa serve, i vantaggi molteplici che ne ridondano per la tranquillità del mondo cattolico e la quiete degli Stati; la maniera mite con cui si esercita; l'impulso potente che sempre ha dato ad ogni genere di sapere e di civile coltura, sono elementi che convengono mirabilmente a tutti i tempi, siano essi gentili e tranquilli, o siano barbari e fortunosi. Sarebbe stoltezza voler sopprimerla per ciò solo che fiorì nel secolo di mezzo. — I quali, per altro, se come tutte le epoche ebbero vizi e costumanze biasimevoli, ebbero pure pregi così singolari, che sarebbe vera ingiustizia disconoscerli. E più di ogni altro dovrebbe sapere apprezzarli l'Italia, che, appunto nel corso di quei secoli, nelle scienze, nelle lettere, nelle arti, nelle imprese militari e navali, nel commercio, negli ordinamenti cittadini raggiunse tanta altezza e celebrità, che non potrà esser mai distrutta nè oscurata.

[*Conclusionè.*]

Vorremmo, signor Cardinale, che queste idee, derivate da considerazioni sì alte e che tengono conto di tutti gl'interessi legittimi, penetrassero sempre più nelle menti di tutti; e che quanti sono veri cattolici non solo, ma anche quanti amano di verace amore l'Italia, entrassero apertamente in queste Nostre viste e le secondassero. — Ad ogni modo, col promuovere la riconciliazione col Pontificato e coll'averne indicato le condizioni fondamentali, sentiamo di aver soddisfatto ad un Nostro dovere innanzi a Dio e agli uomini, qualunque siano gli avvenimenti che seguiranno.

Quanto a Lei, siamo certi che vorrà sempre impiegare tutta la sua intelligente attività nell'esecuzione dei disegni, che in questa lettera Le abbiamo manifestato. — Ed affinchè l'opera sua torni di grande vantaggio alla Chiesa e di onore alla S. Sede, imploriamo in abbondanza sopra di Lei i lumi e gli aiuti del cielo. A pegno dei quali, ed in attestato di specialissimo affetto, Le impartiamo di cuore l'apostolica benedizione.

Dal Vaticano, 15. giugno 1887.

Leo PP. XIII.

Deutsche Uebersetzung*).

Nr. 10071.
Italien.
15. Juni 1887.

Herr Cardinal! Obwohl Ihnen die Absichten, welche Uns in der Regierung der Gesamtkirche leiten, hinlänglich bekannt sind, so halten Wir es doch für erspriesslich, dieselben Ihnen gegenüber, der Sie vermöge des neuen Amtes, zu dem Unser Vertrauen Sie berufen hat, Uns in nächster Nähe Ihre Mitwirkung zu leisten und in Unserem Geiste Ihre Thätigkeit zu entfalten haben, kurz zusammenzufassen und näher zu erklären.

Inmitten der schweren Sorgen, welche Uns die furchtbare Wucht des obersten Pontificates stets verursacht hat und noch verursacht, stärkte Uns nicht wenig die in Unserer Seele festgewurzelte Ueberzeugung von der grossen Kraft, an der die Kirche so reich ist, nicht blos zum ewigen Heile der Seelen, das ihr wahrer und eigentlicher Zweck ist, sondern auch zum Wohle der ganzen menschlichen Gesellschaft. — Von Anfang an nahmen Wir Uns vor, beständig dahin zu wirken, die der Kirche von der Revolution und der Gottlosigkeit zugefügten Schäden wieder gutzumachen und gleichzeitig die ganze menschliche, so überaus bedürftige Familie die weitreichende Wirksamkeit jener göttlichen Kraft erfahren zu lassen. — Und da die Feinde seit langer Zeit sich mit allen Mitteln bestreben, der Kirche jeglichen socialen Einfluss zu rauben und Völker und Regierungen, denen sie dieselbe durch jede Art von Ränken als verdächtig und feindlich hinzustellen sich bemühen, ihr abwendig zu machen, so haben Wir Unsererseits dieselbe immer, was sie auch wirklich ist, als die beste Freundin und Wohlthäterin der Fürsten und Völker erwiesen und haben getrachtet, letztere mit ihr zu versöhnen durch Anbahnung von möglichst innigen Beziehungen zwischen dem heiligen Stuhle und den verschiedenen Nationen und allseitige Wiederherstellung des religiösen Friedens.

Alles, Herr Cardinal, rath Uns, auf diesem Wege fortzufahren, und es ist unnöthig, die Beweggründe hierzu einzeln anzugeben. Wir wollen blos auf die überaus grosse Nothwendigkeit hinweisen, welche die Gesellschaft hat, zu den in übelberäthener Weise verlassenem und vernachlässigten wahren Grundsätzen der Ordnung zurückzukehren. Infolge dessen ist jene friedliche Eintracht zwischen Völkern und Herrschern und zwischen den verschiedenen Classen der Gesellschaft zerrissen, auf welcher die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt beruht. Es ist die religiöse Gesinnung und das Pflichtgefühl geschwächt, und darum ist jener Geist der Unbotmässigkeit und der Empörung, welcher selbst bis zur Anarchie und zur Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenlebens führt, so mächtig geworden und so weit verbreitet. — Das Uebel nimmt über die Maassen zu und gibt vielen Staatsmännern ernstlich zu denken, welche da auf alle Weise die Gesellschaft auf der verhängnissvollen abschüssigen Bahn aufzuhalten und zu besserer Erkenntniss zurückzurufen suchen. Und recht so; denn man muss einem so verderblichen Strome aus ganzer

*) Die Uebersetzungen mit Benutzung v. Verings Archiv f. katholisches Kirchenrecht Bd. 53f.

Kraft einen Damm setzen. Doch die Rettung wird nicht kommen ohne die Kirche; ohne ihren heilsamen Einfluss, welcher die Geister mit Sicherheit zur Wahrheit hinzuleiten und die Gemüther zur Tugend und zum Opfermuth heranzubilden versteht, werden weder die Strenge der Gesetze, noch die Schrecken der menschlichen Gerechtigkeit, noch die bewaffnete Macht dahin gelangen, die gegenwärtige Gefahr zu beschwören, und umsoweniger, die Gesellschaft auf ihren natürlichen und unerschütterlichen Grundlagen wieder herzustellen.

Nr. 10071.
Italien.
15. Juni 1887.

Von dieser Wahrheit durchdrungen, halten wir es für Unsere Aufgabe, dieses Werk des Heiles fortzusetzen, sowohl durch Verbreitung der heiligen Lehren des Evangeliums, als durch Wiederversöhnung aller Gemüther mit der Kirche und dem Papstthume, und durch Erwerbung einer grösseren Freiheit für Beide, damit sie im Stande seien, ihre wohlthätige Mission auf dieser Welt fruchtbringend zu erfüllen.

Zu diesem Werke, Herr Cardinal, haben Wir geruht Sie heranzuziehen, indem Wir Uns viel versprechen von Ihrer Geschäftskenntniß, von Ihrer Thätigkeit, erprobten Ergebenheit gegen den h. Stuhl und Ihrer Anhänglichkeit an Unsere Person. Zur Erreichung des hochedlen Zieles wollen Sie mit Uns überall das Wirken des h. Stuhles leiten, jedoch mit Anpassung an die verschiedenen Nationen, je nach den Bedürfnissen und besonderen Verhältnissen einer jeden derselben.

In *Oesterreich-Ungarn* bewirkt die hervorragende Frömmigkeit des erhabenen Kaisers und apostolischen Königs und seine Ergebenheit gegen den h. Stuhl, worin mit ihm auch die anderen Glieder der kaiserlichen und königlichen Familie vereinigt sind, dass zwischen dem h. Stuhle und jenem Kaiserthume die besten Beziehungen bestehen. Vermöge derselben und vermöge der Klugheit der Männer, welche das Vertrauen ihres erhabenen Herrschers geniessen, wird es möglich sein, in Oesterreich-Ungarn die religiösen Interessen zu fördern, deren Hindernisse zu beseitigen und in vollkommener Eintracht die etwa auftauchenden Schwierigkeiten zu ordnen.

Sodann wendet sich Unser Gedanke mit besonderer Theilnahme nach *Frankreich*, zu jener edlen, grossherzigen Nation, reich an katholischen Werken und Anstalten, welche den Päpsten stets theuer gewesen, die sie als die erstgeborene Tochter der Kirche betrachten. Wir kennen aus Erfahrung die Ergebenheit, welche deren Söhne gegen den h. Stuhl hegen, von denen Wir mehr denn ein Mal Grund zu tiefgefühltem Tröste empfangen. Eben dieses Gefühl besonderer Liebe, die Wir für dieselbe im Herzen tragen, lässt Uns umso schmerzlicher Alles empfinden, was wir dort zum Schaden der Religion und der Kirche geschehen sehen. Und es ist Unser lebhaftester Wunsch, dass dem Uebel Einhalt geschehe, und dass, nach Bannung der Missverständnisse, feierlich abgeschlossene Verträge dem Buchstaben und dem Geiste nach gehalten werden und stets zwischen dem h. Stuhle und Frankreich die ersuchte Eintracht herrsche.

Nr. 10971.
Italien.
15. Juni 1887.

Nicht minder liegt Uns *Spanien* am Herzen, das vermöge seines unerschütterlichen Glaubens den ruhmvollen Titel „Katholische Nation“ sich erworben hat und dem Glauben einen so grossen Theil seiner Grösse verdankt. Sie, Herr Cardinal, haben in der Nähe die Vorzüge dieses Landes und auch dessen besondere Bedürfnisse kennen gelernt: vor allen jenes der Einigkeit zwischen den Katholiken in der grossherzigen und uneigennütigen Vertheidigung der Religion, in der aufrichtigen Ergebenheit gegen den h. Stuhl und in der gegenseitigen Liebe, damit sie sich nicht von persönlichen Absichten und von Streitsucht hinreissen lassen. Die innigen Beziehungen, welche die gläubige und grossherzige Nation mit uns unterhält, die Frömmigkeit der Königin-Witwe und Regentin und ihr kindlicher Gehorsam gegen den Stellvertreter Christi lassen Uns sicher sein, dass Unsere väterliche Sorge für die katholischen Interessen und die Wohlfahrt jenes Reiches wirksam werden unterstützt werden.

Die engen nationalen, sprachlichen und religiösen Beziehungen, wie auch die gleiche Festigkeit im ererbten Glauben, welche die Bevölkerung von *Südamerika* mit Spanien verbinden, veranlassen Uns, sie in der besonderen Sorgfalt nicht zu trennen, die Wir zu ihrem gemeinsamen Vortheile auch ihr zuwenden werden.

Wir können nicht mit Stillschweigen übergehen die *portugiesische Nation*, welche zur Verbreitung des katholischen Glaubens in fernen Landen so sehr beigetragen und die mit dem h. Stuhle so enge verbunden ist durch wechselseitige Bande kindlicher Ergebenheit von der einen und väterlicher Liebe von der anderen Seite. Es war uns kürzlich vergönnt, mit derselben in vollkommener Eintracht und zu gegenseitiger Zufriedenheit die überaus schwierige Streitfrage wegen des Patronates über Ostindien beizulegen; Wir versprechen Uns, auch in Zukunft bei Denjenigen, welche Portugals Geschicke leiten, dieselbe Bereitwilligkeit zu finden, die Uns in Stand setzt, der katholischen Religion sowohl in jenem Königreiche als in seinen Colonien immer grösseres Wachstum zu verschaffen.

Diesen katholischen Nationen fügen Wir *Belgien* hinzu, wo die katholische Gesinnung stets so lebendig und thatkräftig ist, und wo, vermöge der ganz besonderen Zuneigung, die Wir seit langem gegen dieses Land nähren, Wir wünschten, dass die wohlthätige Wirksamkeit der Kirche sich im öffentlichen und Privatleben immer mehr ausbreite.

Es ist überdies nothwendig, in *Preussen* das Werk der Herstellung des religiösen Friedens fortzusetzen, damit es zur Vollendung gebracht werde. — Das Viele, was bis jetzt erreicht worden ist, der wohlwollende Sinn Sr. Majestät des Kaisers und der gute Wille, von dem Wir Diejenigen beseelt sehen, welche dort die Macht in Händen haben, lassen Uns hoffen, dass Unsere Bemühungen nicht fruchtlos sein werden, die Lage der katholischen Kirche in jenem Königreiche noch mehr zu verbessern und so die gerechten Wünsche der dortigen katholischen, durch ihre Festigkeit und Standhaftigkeit um die

Religion so sehr verdienten Bevölkerung zu befriedigen. — Dieselbe Sorge gedenken Wir auf die verschiedenen Staaten *Deutschlands* auszudehnen, damit die Gesetze, welche der Kirche nicht die nöthige Freiheit lassen zur Ausübung ihrer geistlichen Macht, entweder aufgehoben oder umgestaltet werden. Gehe der Himmel, dass sie alle sich entschliessen, diesen Weg zu betreten! Doch einen besonderen Segenswunsch widmen Wir dem katholischen Königreich *Bayern*, mit dem der h. Stuhl ganz besonders enge Verbindungen unterhält, und wo Wir lebhaft wünschen, dass die Religion ein immer gedeillicheres und fruchtbringenderes Leben entfalte.

Es wäre für Uns hochehrföhrlich, wenn Wir auch in andere, nichtkatholische Staaten den guten und heilsamen Einfluss der Kirche dringen lassen und in denselben für die Sache der Ordnung, des Friedens und der öffentlichen Wohlfahrt beitragen könnnten, besonders dort, wo, wie in den weiten Gebieten *Englands*, katholische Unterthanen in grosser Zahl sich befinden, denen Wir pflichtgemäss alle Sorgfalt des obersten Apostolates schulden; oder wo, wie in den Gegenden *Russlands*, die schwierigen Verhältnisse, in welchen sich die Kirche und die katholischen Unterthanen befinden, Unsere Sorgfalt nöthiger und angezeigter erscheinen lassen. — Und da die Gewalt, mit der Wir bekleidet sind, ihrer Natur nach alle Zeiten und alle Orte umfasst, so ist es Unsere Pflicht, das Wachsthum der Religion dort zu besorgen, wo sie schon auf breiter Grundlage ruht, wie in vielen Staaten *Amerikas*, und die Missionen in den noch wilden und ungläubigen Ländern zu begünstigen. — Ebenso ist es Unsere Pflicht, die Völker zur Einheit zurückzurufen, welche sich unglücklicherweise davon getrennt haben. Unter diesen erwähnen Wir die einst in Werken des Glaubens so fruchtreichen und so ruhmvollen Völker des *Orients* und vor allem das Volk *Griechenlands*, welches Wir nach dem Beispiele Unserer Vorgänger zum Mittelpunkte der katholischen Einheit zurückkehren und zum früheren Glanze wieder erstehen auf das innigste zu sehen wünschen.

Doch ein anderer Punkt erfordert unablässig Unsere Aufmerksamkeit und ist für Uns und Unsere apostolische Autorität vom höchsten Interesse. Wir meinen Unsere gegenwärtige Lage in *Rom*, in Folge der traurigen Zwietracht zwischen Italien, wie es gegenwärtig amtlich besteht, und dem römischen Papstthume. — Wir wollen über diesen so schwerwiegenden Gegenstand Ihnen Unsere Gesinnung unverhüllt darlegen.

Mehrmals haben Wir den Wunsch ausgedrückt, endlich den Streit beigelegt zu sehen, und auch kürzlich in der Consistorial-Allocation vom 23. Mai haben Wir Unsere Neigung zu erkennen gegeben, das Werk der Friedensstiftung, sowie auf andere Nationen, auch ganz besonders auf das Uns aus so vielen Gründen theuere und mit Uns enge verbundene Italien auszudehnen. — Um jedoch hier zur Herstellung der Eintracht zu gelangen, genügt es nicht, wie anderwärts, für dieses oder jenes besondere religiöse Interesse zu sorgen, feindliche Gesetze umzugestalten oder aufzuheben, drohende feindselige Neigungen zu bannen, sondern es ist überdies und vorzüglich vonnöthen, die seit

Nr. 10071.
Italien.
15. Juni 1887.

Nr. 10071.
Italien.
15. Juni 1857.

vielen Jahren durch Gewaltthätigkeiten und Unbilden unwürdig und mit der Freiheit des apostolischen Amtes unvereinbar gewordene Lage des Oberhauptes der Kirche zu regeln. Darum haben Wir in der obcitirten Allocution als Grundlage dieser Versöhnung die Gerechtigkeit und die Würde des apostolischen Stuhles aufgestellt und für Uns einen Zustand der Dinge gefordert, in dem der römische Papst Niemandem unterworfen sein darf und volle und nicht illusorische Freiheit genießt. Es war kein Grund vorhanden, Unsere Worte misszuverstehen, und noch weniger, sie zu entstellen und zu einer Unserem Sinne ganz entgegengesetzten Bedeutung zu verdrehen. Es ging aus ihnen ganz klar hervor, es sei eine zur Friedensstiftung in Italien unerlässliche Bedingung, dem römischen Papste eine wahre Souveränität zurückzugeben. Denn bei dem gegenwärtigen Zustande der Dinge ist es klar, dass Wir mehr als in Unserer Gewalt in der eines Anderen sind, von dessen Willen es abhängt, wann und wie, je nach dem Wechsel der Menschen und Umstände, Unsere Lage zu verändern. „Verius in aliena potestate sumus quam Nostra“, wie Wir schon mehrmals wiederholt haben. Und so haben Wir denn während Unseres Pontificates, wie es Unsere Pflicht war, für den römischen Papst stets eine wirkliche Souveränität zurückgefordert, nicht aus Ehrgeiz, noch um irdischer Grösse willen, sondern als wahren und wirksamen Schutz seiner Unabhangigkeit und Freiheit.

In der That, die Autorität des Papstes, von Jesus Christus eingesetzt und dem hl. Petrus und durch ihn seinen rechtmässigen Nachfolgern verliehen, dazu bestimmt, auf der Welt bis ans Ende der Zeiten die Erlösungsmision des Sohnes Gottes fortzusetzen, ausgerüstet mit den edelsten Vorrechten, ausgestattet mit erhabenen, eigenthümlichen und richterlichen Gewalten, wie sie für die Leitung einer wahren und vollkommenen Gesellschaft erforderlich sind, kann ihrer Natur nach und in Folge des ausdrücklichen Willens ihres göttlichen Stifters keiner irdischen Macht unterstehen, sondern muss vielmehr die vollste Freiheit geniessen in der Ausübung ihrer hohen Functionen. — Und da von dieser obersten Gewalt und von deren freier Ausübung das Wohl der ganzen Kirche abhängt, so war es von höchster Wichtigkeit, dass ihre angestammte Unabhangigkeit und Freiheit im Laufe der Jahrhunderte gesichert, geschützt und vertheidigt werde in der Person des damit Bekleideten und mit jenen Mitteln, welche die göttliche Vorsehung als zweckmässig und wirksam erkannt hat. — Und so begann denn, sobald die Kirche aus den langen und herben Verfolgungen der ersten Jahrhunderte zur offenbaren Besiegelung ihrer Göttlichkeit siegreich hervorgegangen, als ihr Kindheitsalter vorüber und für sie die Zeit gekommen war, sich in der vollen Entfaltung ihres Lebens zu zeigen, für die römischen Päpste eine besondere Lage der Dinge, die allmählig durch das Zusammentreffen providentieller Umstände mit der Aufrichtung ihrer weltlichen Herrschaft abschloss. Dieselbe hat sich in verschiedener Form und Ausdehnung durch die unzähligen Wechselfälle einer langen Reihe von Jahrhunderten bis auf unsere Tage erhalten und sowohl Italien als ganz Europa

selbst in politischer Hinsicht die hervorragendsten Vortheile gebracht. — Den Päpsten und ihrer Herrschaft gebührt der Ruhm der Zurückweisung oder der Civilisation der barbarischen Völker, der Bekämpfung und Zügelung des Despotismus, der Beförderung der Künste und Wissenschaften, der Herstellung der municipalen Freiheit, der Kriegszüge gegen die Mohammedaner, da diese die gefürchtetsten Feinde nicht nur der Religion, sondern auch der christlichen Bildung und der Ruhe Europas waren. — Eine auf so rechtmässigem und spontanem Wege entstandene Institution, die einen friedlichen und unbestrittenen Besitz von zwölf Jahrhunderten für sich hat, die mächtig beigetragen zur Verbreitung des Glaubens und der Bildung, die sich so viele Ansprüche auf die Dankbarkeit der Völker erworben, hat mehr als jede andere das Recht, geachtet und aufrechterhalten zu werden; und wenn es auch einer Reihe von Gewaltthaten und Ungerechtigkeiten gelungen ist, sie zu unterdrücken, so kann man deswegen nicht behaupten, dass sich bezüglich ihrer die Absichten der Vorsehung geändert hätten. — Ja, wenn man erwägt, dass der gegen die weltliche Herrschaft der Päpste geführte Krieg stets ein Werk der Feinde der Kirche und in dieser letzten Zeit ein Hauptwerk der geheimen Gesellschaften gewesen; die durch Bekämpfung der weltlichen Herrschaft sich den Weg zu bahnen beabsichtigten, um auch die geistliche Gewalt der Päpste anzugreifen und zu bekämpfen, so bestätigt dies auf klare Weise, dass auch heutzutage die weltliche Souveränität der Päpste als Mittel zur regelrechten Ausübung ihrer apostolischen Gewalt und als wirksames Schutzmittel ihrer Freiheit und Unabhängigkeit in den Absichten der Vorsehung gelegen sei.

Was von der weltlichen Herrschaft der Päpste im Allgemeinen gesagt wird, gilt umsomehr und in besonderer Weise von Rom. Seine Geschicke liest man klar und deutlich seine ganze Geschichte hindurch; denn sowie nach den Rathschlüssen der Vorsehung alle menschlichen Ereignisse in Bezug auf Christus und die Kirche geordnet worden sind, so wurde das alte Rom und seine Herrschaft für das christliche Rom begründet; und nicht ohne besondere Fügung richtete der Apostelfürst, der hl. Petrus, seine Schritte nach jener Hauptstadt der heidnischen Welt, um deren Hirt zu werden und ihr für immer die Autorität des obersten Apostolats zu übertragen. — Auf diese Weise wurde Roms Geschick in heiliger und unauflöslicher Art mit dem des Stathalters Jesu Christi verbunden; und als beim Anbruch besserer Zeiten Constantin der Grosse beschloss, den Sitz des römischen Kaiserreiches nach dem Orient zu verlegen, so kann man mit Grund behaupten, dass die Hand der Vorsehung ihn leitete, damit die neue Bestimmung des Roms der Päpste umso besser in Erfüllung gehe. Gewiss ist, dass seit jener Zeit unter der Gunst der Umstände aus freien Stücken ohne Verletzung und ohne Widerstand irgend Jemandes auf durchaus rechtmässigen Wegen die Päpste auch in bürgerlicher Beziehung Roms Herren wurden und als solche es bis auf unsere Tage inne hatten. — Man braucht hier nicht an die unermesslichen, von den Päpsten dieser ihrer Lieblingsstadt zugewendeten Wohlthaten und Ehren zu erinnern,

Nr. 10071.
Italien.
15. Juni 1857.

Ehren und Wohlthaten übrigens, die mit unauslöschlichen Lettern in den Denkmälern und in der Geschichte aller Jahrhunderte aufgezeichnet sind. Es ist auch überflüssig, zu bemerken, dass dieses Rom in alle seine Theile das Gepräge des Papstthums tief eingedrückt hat und dass es den Päpsten durch solche und so viele Rechtstitel angehört, wie kein Fürst sie je über irgend eine Stadt seines Reiches gehabt hat. — Es ist indess sehr wichtig, zu beachten, dass der Grund der päpstlichen Unabhängigkeit und Freiheit in der Ausübung des apostolischen Amtes eine grössere und ganz eigenthümliche Kraft gewinnt, wenn man ihn auf Rom anwendet, als den natürlichen Sitz der Päpste, als den Mittelpunkt des Lebens der Kirche, als die Hauptstadt der katholischen Welt. Hier, wo der Papst gewöhnlich weilt, leitet, lehrt, befiehlt, damit die Gläubigen der ganzen Welt mit voller Zuversicht und Sicherheit ihm die Ergebenheit, die Treue und den Gehorsam leisten können, welchen sie ihm im Gewissen schulden, hier ist es vorzüglich nothwendig, dass er sich in einer solchen Lage der Unabhängigkeit befinde, in welcher nicht nur von Niemandem seine Freiheit im mindesten gehindert ist, sondern wo es auch Allen in die Augen fällt, dass sie es nicht ist, und zwar nicht in Folge eines vorübergehenden und bei jeder Gelegenheit veränderlichen, sondern eines seiner Natur nach beständigen und dauerhaften Zustandes. Hier muss mehr als anderwärts die volle Entfaltung des katholischen Lebens, die Feierlichkeit des Cultus, die Ehrfurcht vor den Gesetzen der Kirche und deren öffentliche Beobachtung, die ruhige und gesetzmässige Existenz aller katholischen Anstalten möglich und ungehindert sein.

Aus all dem lässt sich leicht begreifen, wie sehr den römischen Päpsten die heilige Pflicht obliegt, die weltliche Herrschaft und deren Begründung zu vertheidigen und aufrechtzuerhalten: eine Pflicht, die noch heiliger wird durch die Heiligkeit des Eides. Es wäre Thorheit, zu verlangen, sie selbst sollten einwilligen, mit der weltlichen Herrschaft das zu opfern, was für sie das Theuerste und Kostbarste ist: Wir meinen die eigene Freiheit in der Regierung der Kirche, für welche ihre Vorgänger bei jeder Gelegenheit so ruhmvoll gestritten haben.

Wir wenigstens werden mit der göttlichen Hilfe unserer Pflicht nicht untreu werden, und Wir sehen ausser der Rückkehr zu einer wahren und wirklichen Souveränität, wie sie von Unserer Unabhängigkeit und von der Würde des apostolischen Stuhles gefordert wird, keinen anderen Weg zur Einigkeit und zum Frieden. — Die ganze katholische Christenheit, selbst überaus eifersüchtig auf die Freiheit ihres Oberhauptes, wird nie zur Ruhe kommen, bis sie nicht dessen gerechte Forderungen berücksichtigt sieht.

Wir wissen wohl, dass Politiker, durch die Evidenz der Dinge gezwungen, anzuerkennen, dass der gegenwärtige Zustand nicht ein solcher ist, wie er dem römischen Papstthume gebührt, andere Pläne und Auskunftsmittel ersinnen, um denselben zu verbessern. Doch das sind eitle und unnütze Versuche; und das werden auch alle jene von ähnlicher Art sein, die unter einem glänzenden

Schein den Papst in Wirklichkeit im Zustande thatsächlicher Abhängigkeit belassen. Der Fehler liegt im Wesen des gegenwärtig Bestehenden selbst, und keine äusserliche Milderung oder Rücksicht, die man üben mag, kann je hinreichen, um ihn zu beseitigen. — Hingegen liegt es nahe, Fälle voranzusehen, in denen die Lage des Papstes noch übler würde, sei es durch das Ueberwiegen von Umsturzelementen oder von Männern, die ihre Absichten gegen die Person und die Autorität des Statthalters Christi nicht verhehlen, sei es durch kriegerische Ereignisse und durch die vielfachen Verwicklungen, welche aus diesen zu seinem Nachtheile entstehen könnten. — Bis jetzt ist das einzige Mittel, dessen sich die Vorsehung bedient hat, um die Freiheit der Päpste gebührendermaassen zu schützen, ihre zeitliche Souveränität gewesen, und sobald dieses Mittel versagte, waren die Päpste stets entweder verfolgt oder gefangen oder in der Verbannung, oder wenigstens in einem Zustande der Abhängigkeit und in beständiger Gefahr, sich auf den einen oder den anderen jener Wege versetzt zu sehen. Die Geschichte der ganzen Kirche bezeugt dies.

Man hofft und rechnet auch auf die Zeit, als ob der gegenwärtige Zustand durch längere Dauer annehmbar werden könnte. — Aber die Sache ihrer Freiheit ist für die Päpste und für die ganze katholische Kirche ein Haupt- und Lebensinteresse, und darnach kann man gewiss sein, dass sie dieselbe stets auf die sicherste Art werden geschützt sehen wollen. Diejenigen, welche anders denken, kennen das Wesen der Kirche nicht oder stellen sich, als ob sie es nicht kennten, und wissen nicht, wie gross ihre religiöse, moralische und sociale Macht ist, welche weder die Unbilden der Zeit noch die Uebermacht der Menschen je werden schwächen können. Gäben sie sich hievon Rechenschaft und besässen sie wahrhaft politische Weisheit, so würden sie nicht blos an die Gegenwart denken und sich nicht trügerischen Hoffnungen auf die Zukunft überlassen, sondern sie würden durch Rückgabe dessen an den römischen Papst, was er mit gutem Rechte fordert, selbst einen Zustand der Dinge hinwegräumen, der voll Ungewissheit und Gefahr ist, und auf diese Weise selbst die grossen Interessen und das Geschick Italiens sicherstellen.

Es ist nicht zu hoffen, dass dieses Unser Wort von jenen Leuten beherzigt werde, die im Hasse gegen die Kirche und den Papst aufgewachsen sind; diese Menschen, um die Wahrheit zu sagen, sowie sie die Religion hassen, wollen auch nicht das wahre Wohl ihres Heimatlandes.

Diejenigen jedoch, die nicht getränkt mit alten Vorurtheilen, noch von irreligiösem Geiste beseelt, die die Lehren der Geschichte und die italienischen Ueberlieferungen richtig beurtheilen und die Liebe zur Kirche nicht von der Vaterlandsliebe trennen, müssen mit Uns anerkennen, dass gerade in der Eintracht mit dem Papstthume für Italien das fruchtbarste Princip seiner Wohlfahrt und Grösse liegt.

Dies bestätigt der gegenwärtige Zustand der Dinge. — Es ist jetzt ausser Zweifel und die italienischen Politiker selbst bekennen es, dass der Zwist mit dem h. Stuhle Italien nicht nützt, sondern schadet, indem er denselben nicht

Nr. 10071. wenige und nicht geringe innere und äussere Schwierigkeiten schafft. — Im Inneren
 Italien. der Widerwille der Katholiken, wenn sie die Aussprüche des Statthalters
 15. Juni 1887. Jesu Christi unbeachtet und verachtet sehen: die Verwirrung der Gewissen;
 Anwachsen der Irreligiosität und der Unsittlichkeit: gewiss sehr schädliche Elemente für das öffentliche Wohl. — Nach Aussen Unzufriedenheit der Katholiken, die mit der Freiheit des Papstes die Lebensinteressen der Christenheit gefährdet sehen; Schwierigkeiten und Gefahren, die hieraus auch in politischer Beziehung für Italien erwachsen können, vor denen Wir Unser Vaterland aus ganzer Seele bewahrt zu sehen wünschen. — Möge derjenige, welcher kann und soll, dem Conflict ein Ende machen durch Rückgabe der Stellung an den Papst, die ihm gebührt, und alle jene Schwierigkeiten werden mit einem Male schwinden! Ja, Italien würde in all Jenem gar sehr gewinnen, was den wahren Ruhm und das Glück eines Volkes ausmacht und was den Namen Civilisation verdient; denn sowie demselben von der Vorsehung das Loos geworden, die dem Papstthume zunächst stehende Nation zu sein, so ist es bestimmt, in reichlicherem Maasse dessen wohlthätige Einflüsse zu empfangen, wenn es dasselbe nicht bekämpft oder sich ihm widersetzt.

Man pflegt zu entgegnen, dass, um die päpstliche Souveränität wiederherzustellen, man auf schon errungene grosse Vortheile verzichten, auf die modernen Fortschritte keine Rücksicht nehmen und bis ins Mittelalter zurückkehren müsste. Aher das sind keine Gründe, die man gelten lassen kann.

Welchem wahren und wirklichen Gute sollte denn die päpstliche Souveränität entgegenstehen? Es ist unzweifelhaft, dass die einst der weltlichen Herrschaft der Papste unterworfenen Städte und Gegenden eben dadurch mehrmals davor bewahrt blieben, unter fremde Herrschaft zu fallen, und stets rein italienischen Charakter und italienische Sitten behielten. Und es könnte auch heute nicht anders sein; denn wenn auch das Papstthum in Folge seiner hohen allumfassenden und ewigen Mission allen Völkern angehört, so ist es doch auf Grund des ihm von der Vorsehung angewiesenen Sitzes vorzugsweise ein italienischer Ruhmesvorzug. — Was die staatliche Einheit betrifft, so fragen Wir, ohne Uns in Betrachtungen einzulassen, die das innere Wesen der Sache betreffen, und indem Wir Uns für einen Augenblick auf den eigenen Boden der Gegner stellen, ob denn diese Einheit für die Nationen ein so absolutes Gut sei; dass ohne dasselbe es für sie weder Wohlfahrt noch Grösse gibt, oder ein so hohes Gut, dass es jedem anderen vorangehen muss. Es antwortet für Uns die Existenz sehr blühender, mächtiger und ruhmreicher Nationen, welche die hier angestrebte Art von Einheit weder hatten noch haben; und es antwortet überdies die natürliche Vernunft, welche erkennt, dass im Streite das Gut der Gerechtigkeit, der ersten Grundlage des Glückes und Bestandes der Staaten, überwiegen müsse und dies besonders dann, wenn es, wie hier der Fall, mit dem höchsten Interesse der Religion und der ganzen Kirche zusammenhängt. Ihm gegenüber gibt es kein Schwanken; denn, wenn es von Seiten der göttlichen Vorsehung ein Zug besonderer Vorliebe gegen Italien ge-

wesen, dass sie in dessen Mitte die grosse Institution des Papstthums gestellt, wodurch sich jede andere Nation hochgeehrt fühlen würde, so ist es gerecht und pflichtmässig, dass die Italiener nicht auf Schwierigkeiten achten, um dasselbe in der ihm gebührenden Stellung zu erhalten: und dies umso mehr, als, ohne andere nützliche und zweckmässige Veranstaltungen auszuschliessen, ohne von anderen werthvollen Gütern zu sprechen, Italien durch das friedliche Zusammenleben mit dem Papstthum die religiöse Einheit, die Grundlage jeder anderen und Quelle überaus grosser, selbst socialer Vortheile, gefestigt sehen würde.

Die Feinde der Souveränität des Papstes appelliren auch an die Civilisation und den Fortschritt. Aber um sich von Grund aus zu verstehen, sei vorausgeschickt, dass der wahre Fortschritt für den Menschen allein in dem bestehen kann, was zur geistigen und sittlichen Vervollkommnung führt oder sich derselben wenigstens nicht entgegensetzt: und es gibt keine ergiebigere Quelle dieser Art der Civilisation, als die katholische Kirche, welche die Aufgabe hat, den Menschen immer zur Wahrheit und zur Gerechtigkeit des Lebens zu führen. Ausserhalb dieses Kreises ist jede Art des Fortschrittes in Wahrheit nichts Anderes als Rückschritt und kann den Menschen nur erniedrigen und in die Barbarei zurückstossen; und weder die Kirche, noch die Päpste, sei es als Oberhirten, sei es als weltliche Fürsten, könnten, zum Glücke für die Menschheit, sich jemals zu dessen Förderern hergeben. Aber alles, was die menschlichen Wissenschaften, Künste und Industrie Neues zum Nutzen und Bedarf des Lebens erfunden haben; alles, was den redlichen Handel und das Gedeihen des öffentlichen und privaten Wohlstandes begünstigt; alles, was nicht Zügellosigkeit, sondern wahre und des Menschen würdige Freiheit ist: alles das wird von der Kirche gesegnet und kann einen sehr grossen Theil haben in der weltlichen Herrschaft der Päpste. Und wenn die Päpste dieselbe wiederum im Besitz hätten, würden sie nicht ermangeln, dieselbe mit allen Vervollkommnungen, deren sie fähig ist, zu bereichern, indem sie den Anforderungen der Zeit und den neuen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht würden. Dieselbe väterliche Fürsorge, womit sie immer gegen ihre Untertanen beseelt gewesen sind, würde ihnen auch jetzt noch rathen, die öffentlichen Lasten zu mildern, mit der weitesten Grossmuth die Werke der christlichen Nächstenliebe und die wohlthätigen Anstalten zu begünstigen, eine ganz besondere Sorgfalt für die bedürftigen und arbeitenden Classen zu hegen und deren Loos zu verbessern, mit einem Worte: aus ihrer weltlichen Herrschaft auch in der Gegenwart eine solche Institution zu machen, welche am meisten geeignet ist, das Wohl der Untergebenen zu bewirken.

Es wäre nutzlos, gegen dieselbe die Anschuldigung zu erheben, dass sie aus dem Mittelalter hervorgegangen sei. — Denn sie würde die Formen und nützlichen Verbesserungen haben, welche die Neuzeit erheischt. Und wenn sie in der Wesenheit das wäre, was sie im Mittelalter gewesen ist, nämlich eine Souveränität, bestimmt, die Freiheit und Unabhängigkeit der Päpste in

Nr. 10971.
Italien.
15. Juni 1887.

der Ausübung ihrer obersten Autorität zu gewährleisten, was wäre dagegen zu sagen? Der hochwichtige Zweck, dem sie dient; die vielfachen Vortheile, welche für die Ruhe der katholischen Welt und für die Ruhe der Staaten daraus erfließen; die milde Art, wie sie ausgeübt wird; der mächtige Antrieb, welchen sie immer jeder Art der Wissenschaften und Cultur gegeben hat: das sind Elemente, welche wunderbar für jede Zeit passen, ob sie civilisirt und ruhig, oder barbarisch und unruhig seien. Es wäre Wahnsinn, dieselbe unterdrücken zu wollen bloß deshalb, weil sie im Mittelalter geblüht hat. — Wenn übrigens auch jene, wie alle Epochen, tadelnswürdige Laster und Gewohnheiten gehabt haben, so haben sie doch so besondere Vorzüge gehabt, dass es eine wahre Ungerechtigkeit wäre, sie zu verkennen. Und Italien, welches gerade im Laufe jener Jahrhunderte in den Wissenschaften, der Literatur, den Künsten, den militärischen und maritimen Unternehmungen, dem Handel, den städtischen Organisationen u. s. w., so viel Grösse und Berühmtheit erlangt hat, dass sie nie mehr zerstört oder verdunkelt werden können, sollte sie am meisten zu schätzen wissen.

Wir möchten, Herr Cardinal, dass diese Ideen, welche aus so hohen Erwägungen sich ergeben und allen berechtigten Interessen Rechnung tragen, immer mehr in alle Geister eindringen, und dass nicht bloß alle wahren Katholiken, sondern auch Diejenigen, welche Italien mit aufrichtiger Liebe zugethan sind, offen in Unsere Ansichten eingehen und dieselben unterstützen. Auf alle Fälle fühlen Wir, dass Wir eine Unserer Pflichten gegen Gott und Menschen erfüllen, indem Wir die Aussöhnung mit dem Papstthum begünstigen und die Grundbedingungen dazu darlegen, welche Ereignisse auch immer daraus erfolgen mögen.

Was Sie betrifft, so sind Wir sicher, dass Sie immer Ihre einsichtsvolle Thätigkeit verwenden werden, zur Verwirklichung der Absichten, welche Wir in diesem Briefe geäußert haben. Und damit Ihr Werk zum Vortheile der Kirche und zur Ehre des heiligen Stuhles ausschlage, erfehen Wir über Sie die Fülle der Erleuchtung und den Beistand des Himmels. Als Unterpand dessen und zum Zeugnisse Unserer ganz besonderen Liebe geben Wir Ihnen von Herzen den apostolischen Segen.

Im Vatican, den 15. Juni 1887.

Leo XIII., Papst.

Nr. 10072. ITALIEN. — Rundschreiben des Cardinal-Staatssekretärs Rampolla an die apostol. Nuntien vom 22. Juni 1887*).

Illmo e Rmo Signore. Fu rimesso a suo tempo alla S. V. Illma e Rma il testo dell'ultima Allocuzione Pontificia pronunziata nel Consistorio dei 23 del decorso mese di Maggio. In essa il S. Padre, dopo avere manifestato al S. Collegio i sensi dell'alta sua soddisfazione per le trattative da lungo tempo seguite per la pacificazione religiosa colla Germania, nella paterna carità del suo cuore che abbraccia tutte le genti, rivolgeva di preferenza all'Italia nobilissime parole dettate da Apostolica sollecitudine e sincero desiderio di pace, fiducioso che valessero esse in qualche guisa a scuotere gli animi di coloro che ricusando di entrare nelle vie delle giuste e doverose riparazioni, mantengono tuttora l'Italia in una sconsigliata lotta col Papato, della cui salutare influenza lo privano.

Nr. 10072.

Italian.

22 Juni 1887.

La voce augusta del Capo della Chiesa mentre produceva, con era da attendersi, negli animi degli Italiani profonda impressione, ed eccitava ovunque sensi di riconoscenza e brame vivissime di porre termine ad uno stato di cose insostenibile, dannoso a tutti, e solo acconcio ad appagare i voti di una fazione di uomini educati all'odio contro la Chiesa, valeva in pari tempo a mettere sempre più in rilievo quanto calunniosa sia la asserzione dagli stessi ad arte ripetuta, essere il Sommo Pontefice nemico perpetuo dell'Italia, di quell'Italia, che nel Papato ha trovato sempre il precipuo fattore della sua secolare grandezza ed il più sicuro e poderoso tutore della sua incolumità.

Se non che i nemici della pace, che sono quelli i quali rinnegando la storia ed ogni patria tradizione, sulla prostrazione del Papato pensarono innalzare l'edifizio nazionale, senza por mente che questo, collocato fuori del centro della sua naturale gravitazione, presto o tardi verrebbe a orollare, a rendere sterile l'effetto della Allocuzione Pontificia si sono adoperati a travisarne la portata, quasi che l'invito amorevole del S. Padre, sollecitando l'Italia a riparare da per sè la violata giustizia e le offese dirette contro la indipendenza e la dignità della Sede Apostolica, non altro significasse che l'abdicazione per parte del Sommo Pontefice di questi supremi beni, che nè Essò nè alcuno dei suoi successori potrebbero astenersi mai dal rivendicare. — Anche al Parlamento italiano, come V. S. avrà appreso dai giornali, è stata diretta testè una interrogazione dal Deputato Bovio, allo scopo di escludere qualunque idea di ravvicinamento colla S. Sede, ed i Ministri della corona Zanardelli e Crispi, tutto che con linguaggio moderato e vago, sono giunti nondimeno ad affermare, che l'Italia nè sente il bisogno di riconciliarsi col Papato, bastandole la osservanza delle proprie leggi, nè sarebbe disposta ad am-

*) Nach Vering, dem wir diese Actenstücke entnehmen, kam dieses Schreiben durch Indiscretion in die Oeffentlichkeit; infolge dessen wurde nun auch das vorhergehende Schreiben des Papstes publicirt.

Nr. 10072. mettere alcun ravvicinamento, con discapito dei pretesi diritti della nazione e
 Italien. colla intervento di estere potenze.
 22. Juni 1857.

A mettere contro commenti sì assurdi ed affermazioni sì futili la augusta parola pontificia nel suo pieno lume, affinché non possa essere tratta in inganno la pubblica opinione, segnatamente nei paesi stranieri, ove non è agevole conoscere tutte le arti che sogliono adoperare gli avversari della S. Sede per travisarne gl'intendimenti, ho creduto opportuno richiamare l'attenzione di V. S. sulle seguenti osservazioni, che dovranno servirle di norma nelle conversazioni che terrà Ella a tal uopo con cotesto Signor Ministro degli Affari Esteri.

Primieramente appena si può concepire esservi chi possa seriamente supporre che il S. Padre con esternare i suoi voti perchè sia tolto di mezzo il funesto dissidio dell'Italia col Romano Pontificato, salve sempre le ragioni della giustizia, la dignità e la indipendenza della Sede Apostolica, abbia potuto lasciare intravedere non saprei quale occulto intendimento di abbandonare la rivendicazione del principato civile di cui venne per opera della violenza e delle sette spogliato, solo perchè nel brevissimo tratto dell'Allocuzione allusivo all'Italia non ne fece Esso esplicita menzione. Per potere attribuire alle parole pontificie sì assurda interpretazione sarebbe mestieri non solo non tener più conto degli atti anteriori dello stesso Pontefice, anche di recente data, che rivendicano nel modo più netto ed assoluto i conculcati diritti della S. Sede su Roma e lo stato ecclesiastico, ma converrebbe altresì dimenticare la dichiarazione solenne di tutto l'Episcopato, che è per fermo la voce unanime della Chiesa cattolica, essere nel presente ordine di cose il dominio temporale del Romano Pontefice una condizione indispensabile pel libero esercizio dell'Apostolico Ministero. Inoltre è da por mente che le condizioni apposte dal S. Padre alla bramata riconciliazione richiedono espressamente che si ripari la violata giustizia, e si provveda, come è d'uopo, alla indipendenza e dignità della Sede Apostolica, colla quale riserva veniva Esso a rivendicare nel modo più efficace le ragioni di questa sul suo temporale dominio. Come in effetto potrebbe mai restar salva la giustizia, senza la reintegrazione del Papa nei suoi incontestabili diritti di principe temporale, che si fondano sui titoli più legittimi e sacrosanti? Imperciocchè nessun Principe potrebbe, come il Papa, coonestare la sua sovranità territoriale con un possesso di oltre dodici secoli, fondato sulla spontanea dedizione di popoli abbandonati, sulle donazioni di Principi devoti, sulle costanti rivendicazioni, sanzionate anche da pubblici trattati, come di un patrimonio sacro ed intangibile della Chiesa, sul consentimento di tutte le età e di tutti i popoli, che riguardarono sempre il principato civile dei Romani Pontefici qual baluardo necessario alla indipendenza della Cattedra Apostolica per la libera promulgazione delle sue dottrine, ed il pieno esercizio del suo Ministero contro le prepotenze e le oppressioni di qualunque sorta; infine, per esser breve, sulla stessa benemerenzza non solo verso l'Italia, ma benanco verso le altre nazioni, le quali debbono senza dubbio

principalmente al Papato l'essere state educate ad ogni civile coltura, e liberate dalle molteplici invasioni barbariche. — Questi ed altri titoli che si potrebbero allegare per dimostrare i fondamenti della giustizia alla quale ha fatto appello il S. Padre nella sua Allocuzione, sono di tale evidenza, che indarno può offuscare, e molto meno distruggere il consueto argomento del preteso diritto nazionale. Imperciocchè siffatto diritto di nazionalità non solo è del tutto sconosciuto nel Gius positivo che regola le relazioni reciproche delle genti civili, ma qualora si tentasse applicarlo agli Stati costituiti sarebbe cagione di universale turbamento e recherebbe di nuovo alla società l'ira delle conquiste barbariche consumate sotto l'impero esclusivo della forza materiale, che fu appunto quella mercè cui venne operato lo spoglio della S. Sede, concorrendovi altresì la situazione eccezionale e lo stato di trepidazione onde si trovava allora sopraffatta l'Europa.

Nè tampoco la indipendenza pel libero governo della Chiesa e la dignità del Sommo Pontefice resterebbero, com'è d'uopo, assicurate senza la garanzia unicamente efficace della sovranità territoriale. Non si richiede infatti un grande acumen di mente per comprendere che il Sommo Pontefice nella sua Sede, privato di vera e propria sovranità territoriale, sarebbe sempre suddito ed ospite di un altro potere unicamente e principalmente sovrano, e per conseguenza qualunque ombra di libertà e di indipendenza Gli fosse da questi sotto qualunque forma consentita, oltre che revocabile in diritto da quella stessa potestà che la costituisse, sarebbe essa sempre nel fatto violabile ed illusoria. Non si conseguirebbe pertanto lo scopo pel quale è riconosciuta necessaria la indipendenza del Romano Pontefice, che è certamente quello di rendere non solo in sè stessa, ma anche al cospetto del mondo civile libera e sciolta da qualunque legame la sua spirituale potestà ed in veruna guisa soggetta alla ingerenza e pressione sia materiale sia morale di altro potere.

Il Sommo Pontefice infine per l'altissima dignità ond'è rivestito non potrebbe esercitare vantaggiosamente e con quel prestigio che Gli è necessario la sua spirituale potestà sopra oltre dugento milioni di sudditi di ogni gente e di ogni classe, alcuni dei quali rivestiti ancora di prerogative sovrane, senza essere circondato di quello esterno splendore che la Provvidenza Gli aggiunse, allorchando disciogliendosi il Romano impero sorsero nel seno della cristianità le varie nazioni e i vari regni. Il Papa non sovrano nella sua Sede si troverebbe di continuo in contatti per molti riguardi umilianti ed indegni della sublimità del suo grado; sarebbe anche obbligato ad avere per familiari, per consiglieri, per ausiliari e cooperatori d'ogni sorta indispensabili all'esercizio dell'Apostolico Ministero, persone soggette all'autorità straniera di un altro principe. — Da tutto ciò che si è compendiosamente accennato è facile inferire che nè la giustizia, nè la indipendenza, nè la dignità stessa dal Sommo Pontefice invocate restar potrebbero salve, ove l'Italia persistesse in mantenere lo spoglio del temporale dominio fatto a danno della Sede Apostolica.

Dopo ciò non fa mestieri rilevare la incoerenza e la futilità delle affir-

Nr. 10072.
Italien.
2 Juni 1887.

mazioni dei summentovati Ministri fatte al Parlamento italiano. Imperocchè il dire che l'Italia non sente punto il bisogno di riconciliarsi col Papato contraddice al fatto manifesto del sentimento universale degli Italiani, di cui si è fatta eco la stampa di ogni colore politico, i quali a buon diritto reclamano si ponga oramai fine ad uno stato di cose del tutto anormale e pregiudizievole, nessuno ignorando che colla oppressione della Chiesa e del Papato si è privata l'Italia della principale forza morale necessaria sempre a qualunque Governo, e molto più ad essa nel funesto pendio in cui si è posta, per contenere i popoli nel dovere, per educare al bene ed all'onesto le generazioni depravate, per mantenere incolumi i principj di autorità e di ordine, oggidì tanto indeboliti, per salvare le istituzioni fondamentali dello stato da irreparabile rovina, per non tenere infine perpetuamente sospesa sul capo della nazione una delle più gravi vertenze, che toccando gl'interessi religiosi e morali di tutto il mondo, dà a tutti il diritto di intervenire ed esigerne un conveniente scioglimento, non bastando, com'è chiaro, le leggi proprie a tutelare i diritti e tranquillizzare le coscienze degli altri. Che se, malgrado ciò, non è sembrato opportuno al Governo italiano di accogliere l'invito paterno del S. Padre, ricadendo sullo stesso tutta la responsabilità del rifiuto, converrebbe che esso oramai cessasse di ascrivere al Sommo Pontefice, quasi effetto di animosità, una attitudine parziale, ostile all'Italia e benevola agli altri stati: converrebbe altresì che per operare con franchezza e equità si astenesse dal rappresentare la Santa Sede ai Governi esteri qual principale cagione di un dissidio, fecondo di danni gravissimi ed universalmente deplorato.

La S. N. darà lettura di questo mio dispaccio al Sigr. Ministro degli Affari Esteri, al quale ne rilascerà anche copia, ove gliene venisse fatta richiesta.

Coi sensi della più distinta stima passo a confermarvi

Di V. S. Ilma e Rma

Roma, 22. Giugno 1887

devotissimo servitore
M. Card. Rampolla.

Deutsche Uebersetzung.

Erlauchter und verehrtester Herr! Seiner Zeit wurde Ihnen der Text der im Consistorium vom 23. Mai gehaltenen Allocution übermittelt. In dieser Allocution hat der h. Vater, nachdem er dem h. Collegium seine hohe Genehmigung über den Verlauf der seit längerer Zeit zur Herstellung des religiösen Friedens in Deutschland gepflogenen Unterhandlungen ausgedrückt hatte, in der väterlichen Liebe seines Herzens, welche alle Nationen umfasst, vor allem die edelsten Worte an Italien gerichtet, Worte, welche eingegeben waren durch apostolische Sorge und ernstlichen Friedenswunsch. Er sprach dieselben in der Hoffnung aus, dass sie in irgend einer Weise die Gemüther derjenigen

erschüttern möchten, welche sich weigern, den Weg einer gerechten und ges- Nr. 10072.
schuldeten Versöhnung zu betreten, in Italien noch einen heftigen Kampf mit Italien.
dem Papstthum unterhalten und so das Land des wohlthätigen Einflusses des- 22. Juni 1887.
selben berauben.

Die erhabene Stimme des Oberhauptes der Kirche hat, wie es zu erwarten war, auf die Gemüther der Italiener einen tiefen Eindruck hervorgebracht, überall die Gefühle der Dankbarkeit und den Wunsch nach Beendigung eines unerträglichen Zustandes wachgerufen. Dieser Zustand ist für Alle ein trauriger und gewährt nur denjenigen Menschen Gemüthung, welche, von Hass gegen die Kirche erfüllt, den Papst als den unversöhnlichen Feind Italiens erklären, des Landes, welches im Papstthum stets den besten Förderer seiner weltlichen Wohlfahrt und den mächtigsten und sichersten Bürgen seiner Unversehrtheit gefunden hat.

Aber die Feinde des Friedens, d. h. diejenigen, welche unter Verleugnung der Geschichte und gegen die vaterländische Tradition auf den Ruinen des Papstthums ein nationales Gebäude errichten zu können wännen, ohne zu bedenken, dass dieses Gebäude, nicht errichtet auf den natürlichen Grundlagen, früher oder später einstürzen muss, haben sich bemüht, um die päpstliche Allocution wirkungslos zu machen, den Sinn derselben zu entstellen, als wenn die freundliche Einladung des Papstes, Italien möchte aus freien Stücken die Verletzung der Gerechtigkeit und die gegen die Unabhängigkeit und Würde des h. Stuhles gerichteten Angriffe wieder gut machen, einen Verzicht des Papstes auf höchste Güter bedeute, welche weder er noch einer seiner Nachfolger wieder zu fordern jemals unterlassen kann.

Auch im italienischen Parlament wurde, wie Sie aus den Blättern ersehen haben, letzthin eine Anfrage durch den Deputirten Bovio gestellt, welche bezweckte, jeden Gedanken einer Annäherung an den h. Stuhl auszuschliessen. Die Minister der Krone, Zanardelli und Crispi, haben, wenn auch in gemässiger und feiner Sprache, in Uebereinstimmung mit ihm versichert, dass Italien kein Bedürfniss nach einer Versöhnung mit dem Papstthum empfinde, da ihm die Beobachtung der bestehenden Gesetze genüge, und dass es nicht gewillt wäre, eine Annäherung zuzulassen unter Preisgebung der Rechte der Nation und unter Intervention fremder Mächte.

Um solche unsinnige Commentare ins rechte Licht zu setzen und so haltlosen Behauptungen das erhabene Wort des Papstes entgegenzuhalten, sowie damit die öffentliche Meinung, namentlich die des Auslandes, wo es schwer ist, alle Kunstgriffe, welche die Gegner des h. Stuhles benutzen, um ihre Absicht zu verbergen, zu erkennen, nicht irre geführt werde, habe ich es für angezeigt erachtet, die Aufmerksamkeit Ew. Excellenz auf folgende Punkte zu lenken, welche Sie dem Herrn Minister für die auswärtigen Angelegenheiten zu unterbreiten haben.

In erster Linie ist es kaum möglich, zu begreifen, dass es Leute geben kann, welche ernsthaft meinen, dass der Papst, indem er den Wunsch aus-

Nr. 10072.
Italien.
22. Juni 1887.

drückte, der unheilvolle Zwist mit dem römischen Papstthum möge schwinden, unter Wahrung der Interessen der Gerechtigkeit wie der Würde und Unabhängigkeit des apostolischen Stuhles, zugleich irgendwie die geheime Absicht habe durchblicken lassen können, auf die Forderung der weltlichen Gewalt, deren er durch Gewaltthätigkeit und durch das Werk geheimer Gesellschaften beraubt wurde, zu verzichten, und zwar einzig deshalb, weil er in dem kurzen Passus seiner Allocution, in welcher er von Italien spricht, nicht ausdrücklich diese Forderung erwähnt hat. Um den päpstlichen Worten eine solche unsinnige Auslegung zu geben, muss man sich nicht nur über die früheren Acte und selbst neuere eben dieses Papstes, welche in der klarsten und unzweideutigsten Form die mit Füßen getretenen Rechte des h. Stuhles auf Rom und auf den Kirchenstaat wiederforderten; hinwegsetzen, sondern man muss auch vergessen die feierliche Erklärung des ganzen Episcopates, welche die einmüthige Stimmung der ganzen katholischen Kirche wiedergab, dass unter den gegenwärtigen Umständen die weltliche Herrschaft des Papstes eine unerlässliche Bedingung für die freie Ausübung des apostolischen Amtes ist. Ausserdem muss man die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die Bedingungen, unter welchen der Papst die gewünschte Versöhnung anstrebt, ausdrücklich die Wiederherstellung der verletzten Gerechtigkeit fordern, sowie die zur Unabhängigkeit und Würde des apostolischen Stuhles nothwendigen Mittel. Durch diese Einschränkung fordert er, in der wirksamsten Weise sein Recht auf die weltliche Herrschaft. Wie könnte auch jemals Gerechtigkeit werden, wenn der Papst nicht wieder eingesetzt würde in seine unveräusserlichen Rechte der weltlichen Herrschaft, Rechte, gegründet auf die legitimsten und heiligsten Titel? Denn kein Fürst könnte so wie der Papst seine weltliche Souveränität nachweisen durch einen Besitz von mehr als zwölf Jahrhunderten, begründet auf freiwillige Uebergabe, sich selbst überlassener Völker, auf Geschenke frommer Fürsten, auf fortgesetzte Geltendmachung, immer anerkannt durch Verträge als ein heiliges, unantastbares Besitzthum der Kirche, unter Zustimmung aller Staaten und aller Nationen, welche die weltliche Herrschaft der römischen Päpste stets betrachtet haben als ein nothwendiges Bollwerk der Unabhängigkeit des apostolischen Stuhles, für die freie Ausbreitung seiner Lehren und volle Ausübung seines Hirtenamtes, gegen die Vergewaltigung und Unterdrückung irgend welcher Art; gegründet endlich auf die den Nationen, nicht allein Italien, sondern mehr noch anderen Nationen geleisteten Dienste, welche in erster Linie dem Papstthum die Stufe der Civilisation verdanken, die sie erreicht haben, und ihre Befreiung von zahlreichen Invasionen der Barbaren. — Diese Titel und noch andere, welche man anrufen könnte, um das Recht zu beweisen, mit welchem der Papst in seiner Allocution seinen Appell erlässt, sind so klar, dass sie nicht angegriffen und noch weniger hinfällig gemacht werden können durch das übliche Argument eines angeblichen nationalen Rechtes. Denn dieses sog. Recht der Nationalitäten ist nicht nur vollständig unbekannt dem positiven Recht, welches die gegen-

seitigen Beziehungen der Nationen regelt, sondern es würde auch, wenn man es anwenden wollte auf die bestehenden Staaten, eine Ursache allgemeiner Verwirrungen werden, es würde wieder eröffnen die Eroberungen der Barbaren, ausgeführt unter der ausschliesslichen Herrschaft der materiellen Gewalt, mit Hilfe welcher der h. Stuhl in einem Augenblicke beraubt wurde, wo Europa schweren Verwickelungen preisgegeben war.

Nr. 10072.
Italien.
22. Juni 1887.

Es ist unrichtig, dass die Unabhängigkeit für die freie Regierung der Kirche und die Würde des römischen Papstes, so wie sie nothwendig ist, sichergestellt werden könnte ohne die allein wirksame Garantie der weltlichen Souveränität. Es bedarf keines grossen Scharfblickes, um einzusehen, dass der Papst, so lange er seiner wahren und eigentlichen weltlichen Souveränität beraubt ist, auf seinem Sitze der Unterthan und der Gast einer anderen ausschliesslich und an erster Stelle souveränen Macht ist, und dass folgeweise, welcher Schatten von Freiheit und Unabhängigkeit ihm auch durch diese Macht in irgend einer Form eingeräumt werden möchte, jene Freiheit und Unabhängigkeit stets thatsächlich verletzt und unwirksam gemacht werden könnte, abgesehen davon, dass diejenige Macht, welche sie verliert, rechtlich in der Lage wäre, dieselbe zurückzunehmen. Man würde also nicht den Zweck erreichen, im Hinblick auf welchen die Unabhängigkeit des Papstes als nothwendig anerkannt ist, und der kein anderer ist, als seine geistliche Macht nicht nur in sich, sondern auch der Welt gegenüber frei und derart ungebunden zu machen, dass sie vor aller Einmischung und jedem materiellen wie moralischen Drucke von Seiten jeder anderen Macht gesichert ist.

Endlich könnte der Papst bei der hohen Würde, mit welcher er bekleidet ist, seine geistliche Gewalt über mehr als 200 Millionen Unterthanen jeder Race und jeder Classè, von denen einige in souveräner Stellung sich befinden, nicht in erspriesslicher Weise ausüben, ohne mit jenem äusseren Glanze umgeben zu sein, welchen die Vorschung ihm verlihen hätte zu der Zeit, wo auf den Trümmern des römischen Reiches die verschiedenen Nationen und Königreiche aus dem Schoosse der Christenheit hervorgingen. Der Papst würde, wenn ihm die Souveränität auf seinem Sitze fehlt, fortgesetzt demüthigenden und in mehrfacher Beziehung der Erhabenheit seiner Stellung unwürdigen Berührungen sich ausgesetzt sehen. Er würde ausserdem genöthigt sein, als Angehörige seines Hofstaates, als Rathgeber und Mitarbeiter jeder Art, wie die Ausübung des apostolischen Amtes sie erfordert, Personen zu haben, welche der Autorität eines anderen Fürsten unterworfen sind. Aus dem Vorgesagten ergibt sich leicht die Folgerung, dass weder die Gerechtigkeit noch die Unabhängigkeit, noch selbst die Würde des Papstes sichergestellt wären, wenn Italien darauf bestände, die zu grossem Schaden des apostolischen Stuhles geraubte weltliche Herrschaft festzuhalten.

Danach braucht kaum auf die Unhaltbarkeit und Hinfälligkeit der von den gedachten Ministern im italienischen Parlament abgegebenen Erklärungen hingewiesen zu werden. Indem man behauptet, dass in Italien nirgendwo das

Nr. 10072.
Italien.
22. Juni 1887.

Bedürniß hervorgetreten sei, mit dem Papste sich auszusöhnen, setzt man sich in offenbaren Widerspruch mit dem allgemeinen Gefühl der Italiener, welches in der Presse aller Richtungen und Parteien dahin zum Ausdruck gelangt ist, dass dem unnatürlichen und verhängnißvollen Kampfe ein Ende gemacht werden müsse. Niemand kann in der That verkennen, dass Italien durch Unterdrückung der Kirche und des Papstes der stärksten moralischen Stütze sich beraubt hat, welche jeder Regierung, vor allen aber der italienischen in ihrer selbstverschuldeten traurigen Lage unentbehrlich ist, um das Volk auf dem Wege der Pflicht zu erhalten, die heute so erschütterten Grundsätze der Autorität und Ordnung aufrechtzuerhalten, die grundlegenden Einrichtungen des Staates vor Vernichtung zu schützen und um nicht immer über dem Haupte der Nation eine der ernstesten Fragen ungelöst schweben zu lassen, welche die religiösen und moralischen Interessen der ganzen Welt berührt und Jedermann ein Recht der Einnischung und des Verlangens nach einer angemessenen Lösung gestattet, da die von Italien selbst gegebenen Gesetze nicht geeignet sind, die Gewissen zu beruhigen. Wenn trotz aller dieser Gründe die italienische Regierung dafür halten sollte, dass es nicht angezeigt sei, der väterlichen Einladung des Papstes entgegenzukommen, so würde die ganze Verantwortlichkeit auf diese Regierung zurückfallen und müsste dieselbe dann aufhören, dem Papste mit einer gewissen Gehässigkeit eine parteiische und feindliche Stellung gegen Italien und eine wohlwollende gegenüber den anderen Mächten vorzuwerfen; die italienische Regierung müsste ferner, falls sie ehrlich und offen handeln will, darauf verzichten, den apostolischen Stuhl den fremden Mächten als die hauptsächlichste Ursache eines Zwistes hinzustellen, welcher so ernste Uebel im Gefolge hat und allgemein beklagt wird. Ew. Excellenz werden ersucht, diese meine Depesche dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorzulesen und demselben auf Verlangen eine Abschrift zu hinterlassen.

Mit den Gefühlen höchster Achtung bin ich Ew. Excellenz
ergebener Diener

M. Cardinal Rampolla.

Rom, 22. Juni 1887.

Nr. 10073. **ITALIEN.** — Papst Leo XIII. an die irischen Bischöfe.
— Ueber den „Feldzugsplan“ und das Boycotten*
24. Juni 1888.

1. *Venerabilibus Fratribus episcopis Hiberniae Leo PP. XIII.*

Venerabiles Fratres, salutem et apostolicam benedictionem.

Saepe Nos ex hoc apostolici muneris fastigio curas et cogitationes ad catholicos cives vestros contulimus: animusque Noster haud semel est publicis

* Vgl. Staatsarchiv Bd. 48 Nr. 9567.

consignatus litteris, e quibus, quemadmodum sumus erga Hiberniam affecti, cuius sine dubitatione appareat. Praeter ea, quae superioribus annis sacrum Consilium christiano nomini propagando, auctoritate Nostra, de Hibernia providit, satis epistolae loquuntur, quas ad Venerabilem Fratrem Cardinalem McCabe Archiepiscopum Dublinensem. semel atque iterum dedimus; itemque oratio, quam nuperrime ad catholicos e gente vestra non paucos habuimus: a quibus quidem non modo gratulationes et vota pro incolumitate Nostra, verum etiam grati animi significationem accepimus ob perspectam in Hibernos Nostram voluntatem. His ipsis proximis mensibus, cum templum in hac alma Urba exaedificari in honorem Patritii, magni Hibernorum Apostoli, placuerit, consilium quidem maxima animi propensione adiuvimus, atque pro viribus adiuturi sumus.

Nunc vero paterna ista caritas cum in Nobis eadem perseveret, dissimulare non possumus, gravia Nobis ac permolesta accidere, quae novissimo tempore istinc afferuntur. Inopinatam concitationem animorum intelligimus, inde repente coortam, quod ea dimicandi ratione, quam *plan of campaign et boycotting* nominant, pluribus usurpari coepta, sacrum Consilium perduellibus Ecclesiae vindicandis uti decrevit non licere. Atque illud dolendum magis, non paucos numerari, qui populum ad conciones turbulentas vocare insistant; quibus in concionibus inconsideratae iactantur periculosaeque opiniones, nec auctoritati decreti parcitur; quod ipsum longe alio, quam quo revera spectat, commentitiis interpretationibus detorquetur. Immo vero obediendi officium gigni ex illo negant, perinde ac verum propriumque Ecclesiae munus nequaquam sit de honestate et turpitudine actionum humanarum iudicare. Ista quidem agendi ratio dicitur plurimum a professione christiani nominis, cuius profecto illae sunt virtutes comites, moderatio, verecundia, potestati legitimae obtemperatio. Nec praeterea decet in causa bona, videri quodammodo eos homines imitari, qui, quod non iure petunt, tumultuose adipisci contendunt. Et haec quidem eo sunt graviora, quia Nos omnia diligenter circumspeimus, ut liceret rerum vestrarum statum ac popularium querelarum causas penitus et sine errore cognoscere. Auctores habemus, quibus iure credatur; vosmetipsos coram percontati sumus; praetereaque superiore anno legatum ad vos misimus virum probatum et gravem, qui veritatem summa cura exquireret, et ad Nos ex fide referret. Nominatimque de hac providentia populus Hibernus gratias Nobis publice agendas curavit. Num igitur non in eo temeritas inest, quod aiunt, de causa Nos iudicavisse non satis cognita? Praesertim cum res improbaverimus, in quibus improbandis consentiunt aequi viri, quotquot, ista dimicatione vestra non impliciti, pacatiore iudicio de rebus existimant.

Illud pariter non vacat iniuria suspicari, parum Nos Hiberniae causa moveri, ea quae sit apud vos fortuna populi, non admodum laborare. Contra sic afficit Nos Hibernorum conditio, ut neminem magis nihilque tam vehementer cupimus, quam ut tranquillitatem adepti prosperitatemque meritam ac debitam, aliquando respirent. Nullo tempore recusavimus, quominus pro melioribus rebus suis contenderent: sed illudne ferendum videatur, aditum in con-

Nr. 10073.
Italien.
24. Juni 1888.

Nr. 1073.
Italien.
24. Juni 1888.

tentione ad maleficia patefieri? Quin immo ob id ipsum, quod, interjectis cupiditatibus politicarumque partium studiis, permixtum fas atque nefas una atque eadem causa complectitur, Nos quidem constanter studuimus id, quod honestum esset, ab eo secernere, quod non esset honestum, catholicosque ab omni re detertere quam christiana morum disciplina non probaret. Quamobrem consiliis tempestivis Hibernos monuimus, meminissent professionis catholicae, nihil unquam naturali repugnans honestati, nihil divina lege non concessum suscipere. Recens igitur decretum non iis debet praeter opinionem accidisse: eo vel magis, quod vosmetipsi, Venerabiles Fratres, anno 1881, Dublinum congregati, Clerum et populum cavere iussistis, quaecumque essent ordini publico caritative contraria, cuiusmodi illa sunt: nolle quod iure debeatur reddere, reddi: personam, vel bona cuiusquam violare: legibus, vel etiam iis, qui fungantur munere publico, vim opponere: in clandestina foedera coire, et cetera generis eiusdem. Quae quidem praecepta, plena aequitatis maximeque opportuna, laudata Nobis ac probata sunt. || Nihilominus cum populus inveterato cupiditatum fervore transversus raperetur, nec deessent qui novas quotidie faces admoverent, intelleximus, praecepta requiri magis definita, quam quae generatim de iustitia et caritate retinenda antea dederamus. Pati Nos prohibebat officium, tot catholicos homines, quorum Nobis est in primis commissa salus, viam insistere praecipitem et lubricam, quae ad evertendas res potius duceret, quam ad miserias sublevandas. Rem igitur ex veritate aestimari oportet; animumque illum Nostrum in eo ipso decreto Hibernia recognoscat amantem sui, optataeque prosperitati congruentem, quia causae quantumvis iustae nihil tam obest, quam vi et iniuriis esse defensam. || Haec, quae scribimus ad vos, Venerabiles Fratres, magisterio vestro Hibernia cognoscat. Concordia sententiarum et voluntatum, ut oportet, coniunctos, nec vestra tantum, sed et Nostra auctoritate fultos, multum vos confidimus assequuturos: illud praecipue, ut cupiditatum tenebrae non diutius tollant indicium veri, maximeque concitatores populi temere se fecisse poeniteat. Cum multi sint, qui ad deserenda officia vel certissimas aucupari causas videantur, date operam, ut de vi eius decreti nullus relinquatur ambiguitati locus. Intelligent universi, eam omnem rationem, quae ne adhiberetur interdiximus, adhiberi omnino non licere. Honestas utilitates honeste quaerant potissimumque, ut christianos decet, incolumi iustitia atque obedientia Sedis Apostolicae; quibus in virtutibus Hibernia quidem omni tempore solatium simul et animi robur invenit. || Interea caelestium munerum auspicem et benevolentiae Nostrae testem vobis, Venerabiles Fratres, et Clero populoque Hiberno apostolicam benedictionem peramanter in Domino impertimus. || Datum Romae apud S. Petrum, die 24. Junii an. 1888, Pontificatus Nostri Undecimo. || *Leo PP. XIII.*

Nr. 10074. **DEUTSCHLAND.** — Die bayerischen Bischöfe an den Prinz-Regenten über die Lage der katholischen Kirche in Bayern. 14. Juni 1888.

Allerdurchlauchtigster Prinz und Regent! || Allergnädigster Regent und Herr! || Seine Heiligkeit Papst Leo XIII. hat sich in der von Höchstdessen Encyclica vom 22. December v. J. an die allerunterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns gewendet und dieselben unter Hinweisung auf die Anfeindungen, welchen die Kirche in unseren Tagen allenthalben ausgesetzt ist, zu besonderer „Wachsamkeit und Thätigkeit, zu Starkmuth und christlicher Klugheit“ ermuntert. || Der väterlichen Stimme des sichtbaren Oberhauptes unserer heiligen Kirche freudigst folgend, haben sich dieselben in Freising versammelt, um darüber Berathung zu pflegen, wie sie den Obliegenheiten ihres verantwortungsvollen Amtes sicher genügen und die Absichten des heiligen Vaters am besten verwirklichen könnten. || Bei diesen Berathungen nahmen naturgemäss jene Missstände die besondere Sorge der allerunterthänigst unterzeichneten Oberhirten Bayerns in Anspruch, welche seit dem Bestehen der II. Verfassungsbeilage andauernd den Gegenstand der Klagen und Wünsche der Katholiken Bayerns bilden. || Schon 1850 haben unsere nun in Gott ruhenden Vorfahren am Throne Seiner Majestät des höchstseligen Königs Maximilian II. eine „Denkschrift“ allerunterthänigst niedergelegt und in derselben den directen Widerspruch wiederholt hervorgehoben, welcher zwischen mehreren Festsetzungen des vom heiligen Stuhle und Seiner Majestät dem höchstseligen Könige Maximilian I. feierlich abgeschlossenen Concordates und einzelnen Theilen der Verfassung besteht. Wohl erkennen die Bischöfe in der genannten Denkschrift an, dass König Maximilian I. durch die denkwürdige Tegernsee'er Erklärung vom 15. September 1821 den offenen Bruch zwischen Kirche und Staat verhindert hat; aber sie verschweigen auch nicht, dass die ein volles Menschenalter hindurch fortgesetzten Streitigkeiten zu solchen Missstimmungen geführt haben, dass der Wunsch nicht unterdrückt werden könne, „es möge durch verfassungsmässige Beseitigung des Religions-Edictes der Kirche ihr volles Recht gegeben und so die Ursache aller Missverständnisse entfernt werden.“ || Seine Majestät der höchstselige König Maximilian II. haben in gerechter Würdigung dieser allerunterthänigsten Vorstellung durch das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten am 8. April 1852 eine Entschliessung an sämtliche Kreisregierungen ergehen lassen, welche auf dem Wege der Verordnung die fühlbarsten Härten hob und insbesondere die Anordnung traf, es sei bei Auslegung und Anwendung mehrdeutiger und zweifelhafter Stellen der II. Verfassungsbeilage jene Interpretation anzunehmen, „welche mit den Bestimmungen des Concordates übereinstimmend ist oder sich denselben nähert.“ || War einst die Tegernsee'er Erklärung König Maximilians I. thatsächlich von Segen für ganz

Nr. 10074.
Deutschland.
14. Juni 1888.

Nr. 10074.
Deutschland.
14. Juni 1888.

Bayern begleitet, da sie es ermöglichte, dass die Katholiken ruhigen Gewissens seit 1821 den Eid auf die Verfassung leisten und in die beiden Kammern eintreten können, so hat diese von Sr. Maj. dem Könige Maximilian II. ausgegangene Zusicherung, dass stetsfort eine dem Concordate günstige Auslegung der II. Verfassungsbeilage anzunehmen sei, die zagenden und aufgeregten Gemüther der Katholiken Bayerns beruhiget und den damaligen Oberhirten eine dankbar angenommene Erleichterung ihrer schweren Verantwortung gewährt. Auf Grund dieser allerhöchsten Zusicherung und einiger weiteren, im Jahre 1854 erfolgten wohlwollenden Erläuterungen reifte damals die Hoffnung, dass die Collisionen, die sich bisher so oft ergeben hatten, in Zukunft leichter vermieden würden und dem für das gemeine Wohl so segensreichen Zusammenwirken der weltlichen und kirchlichen Behörden eine glückliche Bahn eröffnet worden sei. || Welch schwere Besorgniß bemächtigte sich aber der bayerischen Oberhirten, als durch eine mit Allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät des Königs erlassene Ministerial-Entschliessung vom 20. November 1873 die Königl. Zusage vom 8. April 1852 ausser Wirksamkeit gesetzt, und den Königl. Kreisregierungen eröffnet wurde, dass von nun an die Bestimmungen der II. Verfassungsbeilage und die auf Grund derselben erlassenen Verordnungen und Instructionen ohne Rücksichtnahme auf das Concordat als alleinige Norm angesehen werden müssten. || Hiedurch wurde das ganze segensreiche Werk der Vereinbarung, welches vom Jahre 1850—1854 mit unsäglicher Mühe und den besten Intentionen von beiden Seiten zu Stande gekommen war und zu einem wenigstens theilweise befriedigenden Resultate geführt hatte, wieder in Frage gestellt. || Bei dieser bis zum heutigen Tage bestehenden Sachlage halten es die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns für ihre Pflicht, ermutiget durch die Worte des heiligen Vaters und vertrauend auf die wohlbewährte und allbekannte väterliche Fürsorge, mit welcher Euere Königl. Hoheit alle Angelegenheiten der Kirche in Bayern umfassen, sich an Euere Königl. Hoheit mit der allerunterthänigsten Bitte zu wenden, das grosse Werk des Friedens, welches König Maximilian I. mit der Erklärung von Tegernsee begonnen und König Maximilian II. durch die in den Jahren 1852 und 1854 erlassenen Anordnungen und Erläuterungen fortgesetzt hat, derart wieder anzunehmen, *dass bezüglich der unleugbaren Widersprüche, welche zwischen dem Concordate und der II. Verfassungsbeilage bestehen, ein dauernder friedlicher Ausgleich endlich zu Stande komme.* || Bis zur Erreichung dieses höchst ersuchten Zieles läge es aber im Interesse der Kirche und des Staates, wie auch in der Macht Eurer Königl. Hoheit, Allerhöchstdero Staatsregierung zu beauftragen, diese wichtige Angelegenheit im Sinne der im Concordate wie in der Verfassung so oft zugesicherten kirchlichen Freiheit einer vorläufigen Regelung zuzuführen und insbesondere in den nachfolgenden Punkten den wohlbegründeten Beschwerden allerhuldvollst Abhilfe angedeihen zu lassen. || 1. Indem der h. Vater in der erwähnten Encyclica die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe an die Rechte und Pflichten der Kirche und ihrer

Oberhirten erinnert, hebt er vor allem die der Kirche nothwendige Freiheit hervor. „Unter allen Gütern“, sagt er, „welche der apostolische Stuhl überall und inamer zu wahren und vor jeder Unbill zu schützen hat, ist ohne Zweifel das vorzüglichste die der Kirche gewordene *Freiheit* in allem, was die Sorge für das Heil der Seelen fordert; denn das ist eine göttliche Freiheit, die von keinem anderen Urheber ausgegangen, als von dem eingeborenen Sohne Gottes selbst. Er hat die Kirche gegründet durch sein Blut, das er vergossen, er hat ihr eine immerwährende Dauer unter den Menschen verliehen, und er hat sich selbst ihr zum Könige gegeben. So ist denn der Kirche, dieser vollkommenen Schöpfung Gottes, die Freiheit derart zum Eigenthum geworden, dass, wer sie bestreitet, gegen Gott selbst streitet und gegen seine Pflicht handelt.“ . . . „Die Natur und die Rechte jedweder Gesellschaft empfangen ihre nähere Bestimmung durch ihren Ursprung und ihr Ziel.“ . . . „Ist aber die Kirche frei in ihren Zielen, so ist es von selbst einleuchtend, dass ihr auch eine freie Bewegung zukommt, in all dem, was sie zur Erreichung ihres Zieles bedarf.“ || Nach diesen Grundsätzen kann das in §. 50 der II. Verfassungsbeilage erwähnte Königl. „*Schutz- und Aufsichtsrecht*“ durchaus nicht auf die gesetzgebende, verwaltende und richterliche Gewalt der Kirche ausgedehnt werden, da diese Gewalt in ihrer ganzen Fülle im Papste und den mit ihm vereinigten Bischöfen liegt. Die Kirche muss daher in Ausübung dieser ihrer dreifachen Gewalt frei und unabhängig sein, da ihr dieselbe unmittelbar und unveräusserlich von Christus anvertraut wurde. Auch die edelste Absicht und die heiligste Versicherung, sich dieses Schutz- und Aufsichtsrechtes nur zum Besten der Kirche bedienen zu wollen, kann die Aneignung und Ausübung kirchlicher Gewalten seitens der weltlichen Macht nicht rechtfertigen. Nicht in dem Uebergreifen einer Gewalt in die Sphäre der andern, sondern in der gegenseitigen Beschränkung auf das eigene Gebiet liegt die Bürgschaft des Friedens für Staat und Kirche. || Die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe können daher nicht anders als mit ihren Vorfahren, deren principiellen Standpunkt, wie er in der Freisinger Denkschrift vom Jahre 1850 zum Ausdruck kam, sie überhaupt theilen, auch an dem Grundsätze festhalten, dass das erwähnte oberherrschaftliche „*Schutz- und Aufsichtsrecht*“ nicht auf eine Weise verstanden und ausgeübt werde, wodurch das „den Bischöfen nach dem Wesen und der Verfassung der Kirche zustehende selbstständige und unabhängige Verwaltungsrecht in kirchlichen Angelegenheiten aufgehoben und willkürlich beschränkt wird.“ || Das Recht des Staates wird durch die der Kirche gebührende Freiheit durchaus nicht verletzt, sondern im Gegentheile findet das Recht des Staates nirgends eine festere Stütze als in den Grundsätzen der Kirche, die zu allen Zeiten ihren Angehörigen zur Pflicht gemacht hat, „dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist“. || 2. In Anerkennung dieser Grundsätze hat der höchstselige König Maximilian I. für sich und seine Nachfolger auf dem bayerischen Throne in Art. XII. lit. e des Concordates den Bischöfen die Befugniss gewährleistet: „nach Erforderniss des geistlichen

Nr. 10074.
Deutschland.
14. Juni 1888.

Hirtenamtes sich dem Klerus und dem Volke der Diöcese mitzutheilen und ihren Unterricht und *ihre Anordnungen in kirchlichen Gegenständen kundzumachen.*“ || Mit dieser Befugniss steht aber in directem Widerspruche die Forderung des *Placetum regium*, dieses längst veralteten Ueberrestes aus vergangenen Zeiten, das in unseren Tagen, gegenüber der allenthalben gesetzlich gewährleisteten Freiheit der Presse, die Oberhirten Bayerns in eine das kränkendste Misstrauen kundgebende Ausnahmestellung versetzt. Auf die empfindlichste Weise verletzt aber dasselbe die Rechte der kathol. Kirche, wenn es auf Gegenstände des Glaubens ausgedehnt werden will, wie das durch die Königl. Ministerial-Entschliessung vom 9. August 1870, das vaticanische Concil betreffend, geschehen ist. Obschon nämlich die beiden auf dem genannten Concil gegebenen Constitutionen „*de fide catholica*“ und „*de ecclesia Christi*“ im eminenten Sinne des Wortes dogmatische Bestimmungen sind, wurde doch in Bayern die Verkündigung dieser Beschlüsse eines allgemeinen Concils, ja selbst „der einfache Abdruck derselben in den oberhirtlichen Verordnungsblättern“ ohne vorgängliche Erholung des *Placetum regium* als unerlaubt erklärt. || Die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten Bayerns sind einer eingehenderen Behandlung dieser Angelegenheit enthoben, nachdem sowohl die deutschen Bischöfe in der Würzburger Denkschrift vom 14. November 1848 als auch die in Freising versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns in der Denkschrift vom 20. October 1850, sodann dieselben in einer besonderen allerunterthänigsten Vorstellung vom 15. Mai 1853 und endlich in einer weiteren vom Mai 1871 den Standpunkt der katholischen Kirche und die von Christus den Bischöfen verliehenen Rechte ausführlich und eingehend dargelegt haben. || 3. Als eine nicht weniger drückende Beschränkung der freien Ausübung bischöflicher Rechte im Königreiche Bayern erscheint die Vorschrift der rechtzeitigen Einholung der *Allerhöchsten Genehmigung*, *im Falle ein Ausländer zu einer Missionspredigt oder zu einer ausserordentlichen kirchlichen Feierlichkeit berufen werden sollte.* || Wohl hat das Königliche Staatsministerium in früheren Jahren Milderungen in der Auffassung und Ausführung dieser Maassregel in Aussicht gestellt; denn nach dem Wortlaute der Königl. Ministerial-Entschliessung vom 9. October 1854 Ziffer 8 kann in dieser Forderung „selbstverständlich die nur wohlbegründete Wahrung des der Krone gemäss §. 19 des Indigenat-Edictes zustehenden Rechtes erkannt werden, Fremden die Erlaubniss zum Aufenthalte im Königreiche zu ertheilen oder auch zu verweigern.“ || Ebenso ward in der Entschliessung vom 8. April 1852 im Namen Seiner Majestät des Königs das Versprechen gegeben und in der Entschliessung vom 9. October 1854 noch einmal betont, dass das „vorbehaltene Mitwirkungsrecht der weltlichen Behörde nur in einer das kirchliche Leben nicht beengenden Weise gehandhabt werden soll.“ Allein die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns müssen zu ihrem grössten Schmerze constatiren, dass in neuerer Zeit selbst diesen Milderungen keine Folge mehr gegeben worden ist. || Die unterthänigst Unter-

zeichneten würden es nicht wagen, Euerer Königl. Hoheit mit Aufzählung solcher Fälle zu behelligen, würde nicht das Königl. Staatsministerium in Ziffer 8 der letztgenannten höchsten Entschliessung selbst beanstandet haben, dass „in der bischöflichen Eingabe vom 15. Mai 1853 jene Fälle nicht näher bezeichnet worden sind,“ welche Veranlassung zu den vorgebrachten Klagen gegeben haben. Es sehen sich daher die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe genöthiget, die Aufmerksamkeit Eurer Königl. Hoheit auf die beiden Jubiläen in Oggersheim in der Pfalz im Jahre 1875 und in Eichstätt im Jahre 1881 zu lenken, in welchen beiden Fällen die Verweigerung der Allerh. Genehmigung für den Fall der Uebernahme einer Predigt von Seite solcher Kirchenfürsten oder ausgezeichneten Würdenträger, welche das bayerische Indigenat nicht besaßen, theils ausgesprochen, theils in sichere Aussicht gestellt worden ist. || Eurer Königl. Hoheit werden hieraus ersehen, dass in diesen beiden Fällen die Zusage, das vorbehaltenen Mitwirkungsrecht der weltlichen Behörde bei ausserordentlichen kirchlichen Feierlichkeiten nur in einer das kirchliche Leben nicht beengenden Weise zu handhaben, nicht erfüllt und die Schranke des §. 19 des Indigenat-Edictes weit überschritten worden ist. || Die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten Bayerns fühlen sich daher verpflichtet, nachdem in Folge des Vereinsgesetzes eine so ausgedehnte Redefreiheit gewährt ist, die chrfreudvollste Bitte zu wiederholen, wie sie dieselbe schon in den Vorstellungen vom 15. Mai 1853 und 23. Juli 1868 gestellt haben: es möge diese lästige Beschränkung des kirchlichen Lebens aufgehoben werden. || 4. Noch schmerzlicher sind die legitimen katholischen Oberhirten Bayerns durch die *seitherige staatliche Auffassung der sogenannten Altkatholikenfrage* berührt. Seit dem Jahre 1872 war den bayerischen Bischöfen der ihnen verfassungsmässig zustehende Rechtsschutz in dieser Angelegenheit nicht bloß versagt geblieben, sondern es wurden sogar Eingriffe in das Eigenthum der ihnen untergebenen Gotteshäuser gestattet. || Diesen Erscheinungen gegenüber halten dieselben heute noch an der Ueberzeugung fest, dass das Concordat, welches einen integrierenden Bestandtheil der bayerischen Staatsverfassung bildet, im Artikel I nur *eine* „römisch-katholische, apostolische Religion“ kennt, und dass diese die nämliche ist, deren Bekenner §. 9 Titl. IV der Verfassungs-Urkunde und §. 24 des Religions-Edictes unter den öffentlich anerkannten drei Religionsgesellschaften aufgeführt werden, dass aber den von der katholischen Kirche ausgeschiedenen sogenannten „Altkatholiken“ das Recht einer öffentlichen Kirchengesellschaft verfassungsmässig nicht zukommt. || Die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten Bayerns halten sich daher im Gewissen verpflichtet, hier auf dasjenige Bezug zu nehmen, was sie in gemeinsamer Adresse an des Königs Majestät im October 1875 in diesem Betreffe vorzutragen sich erlaubten, wie auch auf die Proteste, welche dieselben einzeln und zwar wiederholt ob der in ihren Diöcesen von je einem geistlichen Obern der Jansenisten und Altkatholiken vorgenommenen Firmungsspendungen an Eurer Königl. Hoheit Staatsministerium eingereicht haben. || 5. Ein Feld, auf welchem die Kirche

Nr. 10074.
Deutschland.
14 Juni 1888.

der freien Ausübung ihrer von Gott verliehenen Rechte zum Wohle und Segen ihrer Angehörigen am meisten bedarf, ist *der Unterricht und die Erziehung der Jugend*. || Wohl erkennen die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten dankbar an, dass der Kirche in Bayern noch mancher Einfluss auf das Erziehungs- und Unterrichtswesen gewahrt ist; allein derselbe ist zu beschränkt, als dass die Kirche in den öffentlichen Schulen genügend über die Glaubens- und Sittenlehren wachen und eines ihrer wichtigsten Rechte derart ausüben könnte, wie es Art. V Abs. 4 des Concordates verlangt. || a) Was vorerst die *Universitäten* anlangt, so ist es eine unbestrittene Thatsache, dass der Geist, der an denselben herrscht, dem Christenthume vielfach zuwider ist. Es ist auf das tiefste zu beklagen, dass den jungen Männern, welche einst in den wichtigsten öffentlichen Aemtern wirken sollen, in den Vorlesungen, besonders den philosophischen, naturwissenschaftlichen und medicinischen, Lehren vortragen werden, welche nicht bloß mit dem Offenbarungsglauben im Widerspruche stehen; sondern auch die Grundlagen erschüttern, auf welchen Staat und Recht und Ordnung ruhen. || Eine höchst bedauernswerthe, aber nothwendige Folge dieser Thatsache ist einestheils der zunehmende Mangel an Verständniß für die Lehren der göttlichen Offenbarung und das Erlöschen des Interesses und der Theilnahme am kirchlichen Leben bei einem grossen Theile der aus unseren Hochschulen hervorgegangenen Männerwelt, andernteils aber die immer zunehmende Verbreitung irreligiöser und glaubenswidriger Gesinnungen in den Kreisen der Halbgebildeten und der Arbeiterklasse. Der krasse Materialismus nämlich, den unsere moderne Wissenschaft unverhohlen bekennt und lehrt, und der dem Menschen jeden Fernblick auf ein Jenseits raubt, dringt von den Hochschulen in die weitesten Kreise bis hinab in die untersten Schichten des Volkes und streut daselbst unter dem falschen Namen von Wissenschaft und Bildung den Samen für alle jene socialistischen, revolutionären und anarchischen Bestrebungen aus, welche die Kirche und den Staat gleichmässig bedrohen. Diesem sich immer weiter verbreitenden Uebel gegenüber erklärt der h. Vater (in seinem Schreiben vom 15. October 1879 an Cardinal de Luca), „dass der entsetzliche Krieg, welcher gegen die Kirche und die menschliche Gesellschaft selbst geführt wird, mit Gottes Hilfe am ehesten und glücklichsten beendet werden könne, wenn man die richtigen Principien des Wissens und des Handelns durch die philosophischen Wissenschaften überall wiederherstellen würde.“ || Es liegt daher im höchsten Interesse des Staates selbst, dass derselbe die Kirche in der vom h. Vater angebahnten und so sehr schenlich gewünschten Restauration der christlichen Wissenschaft unterstütze, auf dass von den Hochschulen des Landes wie von ebenso vielen Centren die wahre Lehre über alle menschlichen Einrichtungen sich durch alle Schichten der Bevölkerung verbreite und hiedurch jene christliche Weltanschauung wiederhergestellt werde, welche allein im Stande ist, die dormalige menschliche Gesellschaft vor den grossen ihr drohenden Gefahren sicherzustellen. || b) Mit dieser nicht zu leugnenden Pflicht des Staates, die wahren Grundsätze

der christlichen Wissenschaft überall zu unterstützen und zu fördern, dürfte es unvereinbar sein, wenn eine höchste Ministerial-Entschliessung vom 29. August 1873 den *Eintritt in das deutsche Collegium zu Rom*, das seit dreihundert Jahren eine grosse Anzahl vortrefflicher Priester für Deutschland herangebildet hat, den bayerischen Candidaten der Theologie untersagt. Hat doch der h. Vater selbst in diesem ausgezeichneten Collegium den deutschen Jünglingen einst Unterricht erteilt, wie er demselben auch heute noch mit ausnehmendem Wohlwollen zugethan ist. Es muss dieses Verbot um so empfindlicher berühren, als es andererseits Niemandem verwehrt ist, academische Vorlesungen an deutschen oder ausländischen Universitäten zu frequentiren, wo die Hörer mitunter die höchste Gefahr für das Kleinod ihres christlichen Glaubens laufen. || Die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten glauben daher, sowohl ihrer eigenen heiligen Pflicht, als auch den Wünschen der Katholiken Bayerns zu entsprechen, wenn sie die Bitte stellen, Euere Königl. Hoheit wolle geruhen, diese Beschränkung der Ausbildung und Erziehung junger Theologen allerduldvollst aufzuheben und bayerischen Unterthanen den Eintritt in das Collegium germanicum sowie das Studium der Philosophie und Theologie in Rom, dem Mittelpunkte der katholischen Kirche, wo fast sämtliche civilisirte Nationen ihre nationalen Collegien haben, nicht länger mehr zu verwehren. ||

e) Was sodann die *theologischen Facultäten an den Universitäten und die Königl. Lyceen* in Bayern betrifft, so müssen die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe voll und ganz auf dem Standpunkte ihrer Vorfahren, der ihnen durch ihre Rechte und durch ihre Pflichten gegenüber den Professoren und den Candidaten vorgeschrieben ist, beharren und fühlen sich daher verpflichtet, Euere Königl. Hoheit ehrfurchtsvollst zu bitten, sich dahin aussprechen zu wollen, dass bei Besetzung der Lehrstellen an Lyceen und bei Anstellung der Professoren der Theologie an Universitäten den betreffenden Oberhirten die Namen der Bewerber oder der in Frage kommenden Persönlichkeiten durch das Königl. Staatsministerium mitgetheilt werden sollen, und dass dem zu erstattenden Gutachten der Bischöfe der ihrer verantwortungsvollen Stellung entsprechende Einfluss eingeräumt werde. || Es will nicht verschwiegen werden, dass in neuerer Zeit in dieser Sache einige, wenn auch ungenügende Rücksichtnahme auf die bayerischen Oberhirten eingetreten ist. Dass indessen dieses blos persönliche Wohlwollen die nöthige Garantie nicht gewährt, ist klar, da es ja wieder entzogen werden kann, so lange die entgegenstehenden Verfügungen in Kraft verbleiben. ||

d) Nicht geringeres Recht als bei Besetzung der Professuren der Theologie an den höheren Lehranstalten steht den Bischöfen auch bei Ernennung der *Religionslehrer an den Mittelschulen* zur Seite, weil auch diese die zur Ausübung ihrer Lehrthätigkeit notwendige kirchliche Mission nur vom Bischöfe empfangen können. Bei der ausnehmenden Wichtigkeit des Religionsunterrichtes für die heranwachsende Jugend und bei dem bedeutenden Einflusse eines tüchtigen Religionslehrers auf das ganze künftige Leben seiner Schüler ist wohl an und für sich schon

Nr. 10074.
Deutschland,
14. Juni 1888.

die grösstmögliche Sorgfalt der Auswahl eines solchen zuzuwenden; berücksichtigt man aber ausserdem noch die hohen Anforderungen, welche bei einer so wichtigen Stellung an die Fähigkeiten und Charaktereigenschaften des betreffenden Priesters gemacht werden, so kann es keinem Zweifel unterliegen, dass bei Besetzung der Religionslehrer-Stellen an den Mittelschulen nicht blos das Gutachten des betreffenden Bischofes, welchem die Begabung, Bildungsstufe und Leistungsfähigkeit der in Frage kommenden Persönlichkeiten am besten bekannt ist, eingeholt werden soll, sondern auch, dass dessen Vorschläge die möglichste Berücksichtigung finden müssen. || Dass aber auch die Anerkennungswürdigste Thätigkeit eines Religionslehrers an den genannten Schulen die erwünschten Erfolge nicht erzielen könne, wenn derselben durch den Unterricht eines anderen irreligiösen oder unchristlichen Lehrers entgegen gearbeitet wird, kann wohl Niemand in Abrede stellen. Gar sehr sind deshalb die Worte der bereits öfters citirten päpstlichen Encyclica zu beherzigen: „Es muss die Staatsklugkeit rätlich finden, . . . mit Sorgfalt darüber zu wachen, dass Niemand zu dem so edlen Amte eines Lehrers berufen werde, dessen religiöses Bewusstsein schwach und gering, oder der öffentlich ein Gegner der Kirche ist.“ Diesem so durch und durch wahren Grundsatz gemäss glauben die ehrerbietigst Unterzeichneten sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, dass die Staatsbehörde *irgend ein öffentliches Lehramt* niemals einem Manne anvertrauen wird, welcher dem Freimaurerorden angehört oder sich in Wort oder Schrift als Gegner des Christenthums bekennt. || Insbesondere aber glauben die gehorsamst Unterzeichneten im Interesse der studirenden katholischen Jugend Eurer Königl. Hoheit dringendst bitten zu müssen, dass der Unterricht in der *Profan-, Litteratur- und Kirchengeschichte* stets in die Hände solcher Männer gelegt werde, welche für eine wirklich objective, die religiösen Gefühle der Katholiken nicht verletzende Behandlung dieser Disciplinen genügende Garantie bieten. || Mit allem Nachdrucke erlauben sich ferner die ehrfurchtsvollst unterzeichneten Oberhirten, hervorzuheben, wie sehr es im Interesse einer gedeihlichen Bildung und Erziehung gelegen ist, dass, wie in der Volksschule, so auch in den Mittelschulen der confessionelle Charakter rücksichtlich der Schüler wie der Lehrer, soweit nur immer thunlich, gewahrt werde. || Hängt der gute Geist einer Anstalt von den Grundsätzen der an ihr wirkenden Lehrer ab, so bildet doch die *Pflege des religiösen Lebens* den Hauptfactor desselben. Hiezu gehört, dass nicht blos an Sonn- und Feiertagen ein eigener Schulgottesdienst mit religiösem Vortrag stattfindet, sondern dass die Schüler der Anstalt auch an den Wochentagen zu geeigneter Stunde der heiligen Messe beiwohnen und wenigstens viermal des Jahres die heiligen Sacramente empfangen. Ein grosser Theil dieser Knaben stammt aus sehr braven und religiösen Familien, und es würden die schweren Sorgen der Eltern nicht unbedeutend erleichtert, wenn ihnen die Schulanstalten möglichst sichere Bürgschaft für das religiöse und sittliche Leben ihrer Söhne bieten könnten. Nur wenn die Studirenden an den Mittelschulen gewöhnt werden,

mit Gewissenhaftigkeit ihre praktischen religiösen Pflichten zu erfüllen, lässt sich hoffen, dass sie auch im künftigen Leben sich in dieser Beziehung als treu erweisen. ¶ Nach dem Bisherigen ist es die erste und wichtigste Aufgabe der Mittelschulen, nach Kräften Sorge zu tragen, dass sämtliche Schüler eine wahre Verehrung und Begeisterung für ihre Religion empfangen und bewahren. Hiezu würde es einen schlimmen Contrast bilden, wenn kraft der äusseren Anordnung der Lehrfächer die Religionslehre in den Augen der Schüler als blosses Nebenfach von geringerer Bedeutung erschiene. Dadurch dürfte sich die unterthänigste Bitte rechtfertigen, es möge die Religionslehre wieder ihre frühere bevorzugte Stellung erhalten und bei Bestimmung der Qualifikation sowie bei Vornahme der Absolutorialprüfung den übrigen Fächern wieder gleichgestellt werden. ¶ Die guten Früchte des Religionsunterrichtes und der religiösen Übungen werden durch nichts so sicher vereitelt, als durch die schlechte Lectüre, welche sich dormalen allenthalben Eingang zu verschaffen weiss. Um diesem verderblichen Uebel mit Erfolg entgegenzutreten, fügen die unterthänigst Unterzeichneten hier die Bitte an, dass ihrem im Concordate anerkannten Rechte der Ueberwachung der Glaubens- und Sittenlehre dadurch Rechnung getragen werde, dass ihnen nicht blos Einsicht und Aeusserung hinsichtlich der Lehr- und Lesebücher an den Elementar- und Mittelschulen, sondern auch eine gewisse Controlle über die an denselben bestehenden Lesebibliotheken ermöglicht werde. ¶ Wo möglich noch gefährlicher für die Studirenden haben sich in neuerer Zeit gewisse geheime Vereine an den Mittelschulen dargestellt. Muss diesen von allen beteiligten Organen mit allem Nachdrucke begegnet werden, so empfiehlt es sich von selbst, religiöse Vereine (Congregationen), welche nach alter Erfahrung sehr segensreichen Einfluss auf die studirende Jugend üben, nicht zu behindern. ¶ e) Bei dem bedeutenden Einflusse, welcher die Volksschullehrer auf die Erziehung und Heranbildung der christlichen Jugend ausüben, gehört die Sorge für die Ausbildung derselben von jeher zu den heiligsten Pflichten eines Oberhirten. Deshalb glauben sich die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe, wenn sie auch die besondere Sorgfalt, welche die Königl. Regierung den *Schullehrer-Seminarien* widmet, und die grossen pecuniären Opfer, welche von Seite des Volkes für diesen wichtigen Zweck gebracht werden, dankbarst anerkennen, doch verpflichtet, auf die grossen Gefahren aufmerksam zu machen, welche in den confessionell gemischten Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten wie auch Präparandenschulen liegen. Eine echt katholische Erziehung ist in gemischten Anstalten aus vielen Gründen unmöglich. Und doch ist sie für einen katholischen Lehrer ein unumgängliches Bedürfniss, soll er später die schöne Aufgabe lösen, durch Wort und Beispiel die ihm anvertrauten Kinder in das katholische Leben praktisch einzuführen. Die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe stellen daher an Euere Königl. Hoheit sowohl in ihrem eigenen Namen, als auch im Namen zahlreicher hiebei in ihren heiligsten Interessen beteiligten Eltern die ehrfurchtsvollste Bitte, Euere Königl. Hoheit

Nr. 10074
Deutschland.
14. Juni 1888.

möge Vorbereitungen treffen lassen, dass die in den meisten Kreisen des Königreiches bereits durchgeführte Wohlthat der confessionellen Trennung auch den wenigen, bisher noch nicht confessionell geschiedenen Lehrer-Bildungsanstalten in Bälde zukomme. || Freilich genügt der confessionelle Charakter dieser Anstalten nicht, um die wichtigste Aufgabe derselben nur einigermaassen zu lösen; es muss auch in denselben ein wahrhaft religiöser Geist herrschen, und die Vorstände derselben müssen es verstehen, diesen Geist zu pflegen und zu bewahren. Es kann daher nur bedauert werden, dass die geistlichen Vorstände an den Lehrer-Bildungsanstalten nach und nach durch Laien ersetzt worden sind. Wir wollen den bei jüngeren Lehrern mitunter hervortretenden Mangel an religiöser Gesinnung durchaus nicht auf Rechnung dieser Maassregel setzen; allein es kann doch nicht gelehnet werden, dass ein tüchtiger und musterhafter Priester, vermöge des Standes, dem er angehört, der Würde, die er bekleidet, und der höheren Bildung, die er genossen hat, im Allgemeinen als tauglicher erkannt werden muss, junge Lehrer heranzubilden und in ihnen jene religiösen Grundsätze zu befestigen, die im Leben eines jeden Menschen, besonders aber bei der Erziehung der Kinder, das Wichtigste sind. || f) Diese unleugbare Wahrheit tritt wohl am deutlichsten bei dem Unterrichte und der Erziehung der weiblichen Jugend durch *Lehrerinnen aus religiösen Genossenschaften* hervor und erklärt die anerkannte Thatsache, dass diese Lehrerinnen nach allen Beziehungen hin ungemein segensreich wirken. Es dürfte deshalb die doppelte Bitte gerechtfertigt erscheinen, dass einestheils den Gemeinden, welche solche Lehrerinnen zu erlangen wünschen, seitens der königlichen Regierungsorgane keine Schwierigkeiten bereitet, sondern vielmehr Rath und Beistand gewährt werden; dass anderentheils jene Bestimmungen, welche die Vorbereitungen solcher Candidatinnen für das Lehrfach ohne Nothwendigkeit in drückender Weise erschweren, in Wegfall kommen und die denselben früher gewährten Begünstigungen wieder in Kraft treten mögen. || g) Was endlich die *Volksschule* selbst anbelangt, so glauben die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten von neuem auf die Befürchtungen hinweisen zu müssen, welche sich dieselben in ihrer Eingabe vom 12. September 1873 an Seine Majestät den höchstseligen König Ludwig II. im Betreffe der Simultanschulen auszusprechen erlaubten, und dieses um so mehr, als die daselbst niedergelegten Grundsätze ihre volle Bestätigung in den Worten der päpstlichen Encyclica vom 22. December v. Js. gefunden haben. Der h. Vater erklärt in derselben die Simultanschulen als dem Geiste und der christlichen Erziehung so sehr widerstrebend, dass er die herrlichen Beispiele religiöser Freigebigkeit preist und es nachahmungswürdig findet, „wenn Katholiken an jenen Orten, an denen nur confessionslose Schulen bestehen, mit vielen Mühen und Kosten solche ihres Bekenntnisses eröffnen und mit ebenso grosser Ausdauer unterhalten.“ || Die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns müssen daher ihr tiefstes Bedauern darüber aussprechen, dass die Vorstellungen, welche sie sowohl in Angelegenheit der confessionell gemischten Schulen im Jahre

1873, als auch ob mancher anderen Missstände in der Volksschule im Jahre 1875 am Throne Seiner Majestät des Königs Ludwig II. niederlegten, keineswegs die volle Berücksichtigung gefunden haben. || Den Anschauungen, von welchen die bayerischen Oberhirten bei Beurtheilung der Schulverhältnisse in Bayern im Allgemeinen geleitet worden sind, und welche den oben vorgetragenen Bitten und Vorstellungen speciell zu Grunde liegen, ist die höchste Bestätigung zu Theil geworden durch jene Worte der oft erwähnten päpstlichen Encyclica, in welchen der h. Vater den Beruf und das Recht der Kirche auf den Unterricht und die Erziehung so treffend schildert. „Es ist höchst ungerecht“, so lauten seine Worte, „die Unterrichtsanstalten der kirchlichen Autorität zu verschliessen, weil ihr der Beruf von Gott geworden, die Religion zu lehren, ohne welche Niemand die ewige Seligkeit erlangen kann. Keiner anderen menschlichen Gesellschaft ist dieser Beruf gegeben, und keine Gesellschaft kann ihn für sich in Anspruch nehmen. Darum erklärt die Kirche diesen Beruf als ein ihr eigenthümlich zustehendes Recht und beklagt dessen Verletzung.“ || 6. Endlich erlauben sich die ehrfurchtvollst Unterzeichneten, noch einige Angelegenheiten der besonderen Fürsorge Euerer Königl. Hoheit zu empfehlen, bei denen die gewünschte Abhilfe allerdings mehr im Bereiche der Reichsgesetzgebung liegt. || Es wird nämlich bereits zur Kenntniss Euerer Königl. Hoheit gekommen sein, wie fühlbar sich in unseren Tagen beinahe in sämtlichen Diöcesen Bayerns der ungewöhnliche Priestermangel gemacht hat. Viele Pfarreien sind verwaist, zahlreiche Hilfspriesterstellen unbesetzt; den Kindern kann der Religionsunterricht nicht in gewünschter Weise erteilt, den Gemeinden der herkömmliche Gottesdienst nicht gehalten und den Gläubigen die heiligen Sacramente nicht nach Wunsch gespendet werden. Welch' grosse Erleichterung für die Seelsorge würde eintreten, und mit welchem Danke würde es vom katholischen Volke Bayerns aufgenommen werden, wenn die Bekanntmachung des deutschen Bundesrathes vom 20. Mai 1873 ausser Wirksamkeit gesetzt und die *Congregation der Redemptoristen*, welche bis zu jenem Zeitpunkte Niederlassungen in Bayern besass und äusserst segensreich wirkte, wieder zurückberufen würde! || Gleiche Dankbarkeit würde die Königl. Staatsregierung von Seiten aller guten Katholiken ernten, wenn dieselbe sich bewegen finden würde, geeignete Schritte zu thun, auf dass die der Reichsgesetzgebung angehörenden *Ausnahmegesetze gegen Kathol. Priester und Ordensleute* beseitiget würden. || Indem die unterthänigst Unterzeichneten diese so sehr berechtigten Wünsche und Bitten in ihrem eigenen Namen, wie auch im Namen Tausender von Betheiligten vor Euerer Königl. Hoheit aussprechen, können dieselben zugleich nicht verschweigen, wie schwer sie die Vorschriften des *Reichs-Militärgesetzes in Bezug auf ihre Priesteramts-Candidaten* empfinden. In diesem Gefühle und fussend auf dem Grundsätze der Kirche, dass der Waffendienst mit der Ausbildung zum geistlichen Stande und der Ausübung des geistlichen Amtes unvereinbar ist, fügen dieselben die allerunterthänigste Bitte an, es mögen durch Mitwirkung der Königl. Bayerischen Regierung die

Nr. 10074.
Deutschland.
14. Juni 1888.

Bestimmungen des Reichs-Militärgesetzes über die allgemeine Wehrpflicht wenigstens dahin interpretirt oder abgeändert werden, dass den Candidaten der Theologie, wenn sie durch den Empfang einer höheren Weihe definitiv in den geistlichen Stand eingetreten sind, der Dienst mit der Waffe ganz erlassen werde. Hiemit haben die allerunterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe des Landes ihre Wünsche mit tiefster Ehrerbietung, zugleich aber auch im Bewusstsein ihrer heiligen Amtspflicht, mit aller Freimüthigkeit vor Eurer Königl. Hoheit ausgesprochen. || Am Schlusse wiederholen sie zugleich mit dem obersten Hirten der Kirche die inständige Bitte, *Euere Königl. Hoheit möge allergnädigst bedacht sein, die Widersprüche in den Grundgesetzen des Landes, soweit es nur immer gegenwärtig ermöglicht werden kann, zu entfernen und der Kirche in Bayern ihre Freiheit und ihr Recht zu geben.* Die gehorsamst Unterzeichneten thun dies in der festen Ueberzeugung, dass einerseits nur die freie, in ihrer Lebensentfaltung nicht gehemmte Kirche im Stande ist, die ihr von Gott aufgetragene hohe Mission zu erfüllen und die grosse Gefahr der Zukunft, den Anarchismus, in einträchtigem Zusammenstehen mit der Staatsgewalt siegreich zu bekämpfen, dass aber andererseits hiedurch keiner anderen Confession ein berechtigter Grund zur Klage oder Unzufriedenheit gegeben werde, weil keine Religionsgenossenschaft verlangen kann, dass der katholischen Kirche ihr Recht und ihre Freiheit vorenthalten werde. Insbesondere aber hegen dieselben ein unbegrenztes Vertrauen zu Eurer Königl. Hoheit und geben sich der freudigen Hoffnung hin, dass es Allerhöchstdero bewährter Kraft, tiefer Weisheit und allerühmter Gerechtigkeit gelingen werde, dieses segensreiche Werk des Friedens glücklich zu vollenden. Hiemit verbinden dieselben zugleich die festeste Zuversicht, wie sie der h. Vater am Schlusse seiner Encyclica ausgesprochen hat, dass das katholische Volk Bayerns, das seit Jahrhunderten sich durch seine wahrhaft kindliche Liebe und treue Hingebung an seinen angestammten Regenten und das ganze Königl. Haus in Freud und Leid auszeichnet, jedes Entgegenkommen zu Gunsten seiner Kirche und ihrer Rechte mit doppeltem Danke aufnehmen und um so treuer zu all dem mitwirken werde, was des edlen Regenten frommer Sinn und väterliches Herz zum Besten des Landes und zur Ehre und zum Heile des Königreiches beginnen und ins Werk setzen wird. Die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten des Königreiches schliessen mit dem Gelöbnisse, dass sie fortfahren werden, auf Euere Königl. Hoheit, auf das ganze Königl. Haus und auf das geliebte bayerische Vaterland den reichsten Segen des allmächtigen Gottes herabzuflehen. || In allertiefster Ehrfurcht gcharren *Euerer Königl. Hoheit*

Freising, den 14. Juni 1888.

unterthänigst gehorsamste

† Friedrich, Erzbischof von Bamberg. † Franz Leopold, Bischof von Eichstätt. † Joseph Georg, Bischof von Speyer. † Franz Joseph, Bischof von Würzburg. † Antonius, Erzbischof von München und Freising. † Ignatius, Bischof von Regensburg. † Pankratius, Bischof von Augsburg. † Joseph Franz, Bischof von Passau.

Nr. 10075. **DEUTSCHLAND.** — Der Prinz-Regent Luitpold von Bayern an den Minister v. Lutz über die Beantwortung des bischöflichen Memorandums. 24. März 1889.

Ich habe von der ebenso gründlichen als gediegenen Berichterstattung mit grösstem Interesse Kenntniss genommen und spreche Ihnen für die treue Bedachtnahme auf die Rechte der Krone, sowie für die unbeschadet dieser Rechte den Wünschen der Bischöfe entgegengebrachte conciliante Gesinnung meine vollste Anerkennung aus. Mit sämmtlichen Vorschlägen einverstanden, ertheile ich dem Entwurfe der an die Bischöfe zu erlassenden Entschliessung meine Genehmigung.

Nr. 10075.
Deutschland.
24. März 1889.

München, den 24. März 1889.

(Gez.:) Luitpold.

Nr. 10076. **DEUTSCHLAND.** — Antwort des Ministers des Innern v. Lutz auf das bischöfliche Memorandum. 28. März 1889.

München, den 28. März 1889.

Im Namen Seiner Majestät des Königs. || Die Hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und Bischöfe des Landes haben, der in der Encyclica Seiner Heiligkeit des Papstes Leo XIII. vom 22. December 1887 an sie gerichteten Aufmunterung Folge leistend, Seiner Königl. Hoheit dem Prinzen Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser, in einer vom 14. Juni 1888 datirten und im November gleichen Jahres an Allerhöchster Stelle eingereichten allerunterthänigsten Vorstellung die Missstände bezeichnet, welche nach ihrer Meinung die Geltung der II. Verfassungsbeilage für die katholische Kirche in Bayern mit sich bringe, und daran eine Mehrzahl von Wünschen, Bitten und Anträgen gereiht. || Seine Königl. Hoheit haben nach eingehender Würdigung jener Vorstellung, erfüllt von aufrichtigem Wohlwollen für die katholische Kirche und eingedenk Allerhöchsthiner Regentenpflichten in Hinsicht auf Aufrechterhaltung der Staatsverfassung und der Rechte der Krone, das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten allergnädigst zu beauftragen geruht, dieselbe in nachstehender Weise zu bescheiden.

Nr. 10076.
Deutschland.
28. März 1889.

Religion und Sittlichkeit bilden nicht allein das Wesen und Endziel der Kirche, sie sind auch die Grundlage der staatlichen Ordnung. Auch der Staat hat darum an der Erhaltung und Förderung des religiösen Sinnes im Volke ein tiefbegründetes Interesse. || Namentlich ist sich die Staatsregierung bewusst, wie viel für das Staatswohl an der religiös-sittlichen Erziehung der Jugend gelegen ist. || Von solchen Erwägungen geleitet, haben Seine Königl. Hoheit den Wünschen der bayerischen geistlichen Oberhirten entsprechend und die von dem unterzeichneten Königl. Staatsminister bei den Verhandlungen über

Nr. 10976.
Deutschland.
28. März 1889.

das Budget für die XVI. Finanzperiode gemachten Zusicherungen ratihabirend, allergnädigst anzuordnen geruht, dass die damals ausgesprochenen Grundsätze künftig für die Behandlung und Erledigung der einschlägigen Angelegenheiten die maassgebenden Normen bilden sollen. || Im Einzelnen sind es folgende Punkte: || Bei Besetzung der Lehrstellen an den Lyceen wird auf die Gutachten und Wünsche der Bischöfe thunlichste Rücksicht genommen werden. || Bei Anstellung von Professoren der katholischen Theologie an den Universitäten soll neben dem Gutachten der theologischen Facultät und des Universitätssenats auch ein Gutachten des Diöcesan-Bischofs über den dogmatischen Standpunkt und den sittlichen Lebenswandel der Candidaten erholt werden. || Der Anstellung der Religionslehrer an den anderen öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten hat die gutachtliche Einvernahme der einschlägigen bischöflichen Stelle voranzugehen. || Bei Bestellung der Districtsschulinspectoren, sowie vor Erlassung wichtiger Verfügungen über das Schulwesen, soweit es sich um den Unterricht in Religion und Sitte und um Förderung einer religiös-sittlichen Gesinnungs- und Handlungsweise handelt, sollen die Bischöfe gehört werden. || Bezüglich der Besetzung der Inspector- und Präfectenstellen an den Schullehrer-Seminarien soll auf die ohnehin niemals aufgehobenen Vorschriften des Normatives über die Bildung der Schullehrer vom 29. September 1866 zurückgegriffen werden. Demgemäss sind bei Besetzung der genannten Stellen die Bischöfe gutachtlich einzuvernehmen und die Präfecten regelmässig und insbesondere dann, wenn der Inspector selbst nicht ein Geistlicher ist, aus dem geistlichen Stande zu wählen. || Es muss hiebei betont werden, dass der sicherste Weg zur Erzielung eines Einverständnisses zwischen den geistlichen Behörden und der Staatsregierung in jedem einzelnen Falle darin liegt, dass die Gutachten und Vorschläge der geistlichen Organe auch thatsächlich eingehend begründet werden und dadurch auch den Staatsbehörden ein eigenes Urtheil ermöglicht wird. || Durch die vorstehend mitgetheilten Allerhöchsten Anordnungen Seiner Königl. Hoheit des Prinzregenten ist für die von dem unterzeichneten Staatsminister im Jahre 1882 gemachten Zusicherungen jene Legalisation und jene Bürgschaft für die fortdauernde Giltigkeit derselben geboten, welche inhaltlich des Memorandums vom 14. Juni 1888 bisher vermisst worden ist. || Ausserdem haben Seine Königl. Hoheit noch allerhuldvollst zu verfügen geruht, es sei ausdrücklich zuzusichern, dass von der Abordnung landesherrlicher Commissäre, wie bisher schon thatsächlich geschehen, fortan nicht allein bei den Capitelconferenzen des Decanatsklerus, sondern auch bei den Wahlversammlungen der Capitelgeistlichkeit Umgang genommen und dem entsprechend die Allerhöchste Entschliessung vom 31. März 1836, die Capitelversammlungen der katholischen Geistlichkeit betreffend (Döllinger, Verordnungen-Sammlung, Bd. VIII S. 345), modificirt werden solle. || Desgleichen wird nach Anordnung Seiner Königl. Hoheit auch für die Folgezeit von der Absendung weltlicher Commissäre bei der Wahl der Kloster-Oberen und der Gelübdeablegung regelmässig und wenn nicht ein besonderer Anlass dazu vorliegt,

abgesehen werden. || Die Wahl der Landdeccane soll nach Allerhöchster Anordnung auch fernerhin nicht der landesherrlichen Bestätigung unterliegen. Was die Anträge im bischöflichen Memorandum bezüglich der Pflege des religiösen Lebens an den Mittelschulen anlangt, so entspricht denselben schon vielfach die bisher an den Lehranstalten festgehaltene Übung. Insbesondere werden die heiligen Sacramente allenthalben drei- bis viermal des Jahres von den katholischen Schülern empfangen. Ebenso ist für die katholischen Schüler der Lehrerbildungs-Anstalten der tägliche Besuch einer heiligen Messe angeordnet. Eine tägliche Schulmesse findet ferner thatsächlich an mehreren Gymnasien statt. || Es wird Veranstaltung getroffen werden, dass diese Einrichtungen auch für die Folge beibehalten werden. || Dagegen konnte es nicht für empfehlenswerth gehalten werden, wieder eine tägliche Schulmesse mit der Verpflichtung aller Schüler zum Besuche derselben einzuführen, da diese Maassregel an mehr als dem dritten Theile der Gymnasien wegen Mangels der nöthigen kirchlichen Räumlichkeiten oder der erforderlichen Priester gar nicht durchführbar wäre, und da sich mit wenigen Ausnahmen die Studienrectoren der bayerischen Gymnasien, und darunter gerade solche, deren streng religiöse Gesinnung wohlbekannt ist, aus sanitären und pädagogischen Gründen entschieden gegen dieselbe ausgesprochen haben und überdies auch in anderen katholischen deutschen Ländern eine so weitgehende allgemeine Einrichtung nicht besteht. Da aber andererseits der hohe Werth des öfteren Besuches der heiligen Messe bereitwilligst anerkannt wird, wenn die Jugend ihr mit Andacht anwohnt und nicht, wie die Erfahrung vielfach zeigt, mit Einlernen von Lectionen u. dgl. sich beschäftigt, da ferner der rechte Erfolg für das künftige Leben nur dann erzielt wird, wenn der Kirchenbesuch nicht auf einem mit dem Ende der Gymnasialstudien wegfallenden Zwange, sondern auf freiem Entschlusse beruht, haben Seine Königl. Hoheit befohlen, dass die Rectoren der Mittelschulen angewiesen werden, thunlichst darnach zu streben, dass an Werktagen in einer passend gelegenen Kirche und zu geeigneter Zeit eine, wenn auch allgemein zugängliche Messe gelesen wird, welche von den katholischen Schülern der Anstalt besucht werden kann. || Zugleich wird es den Religionslehrern nahe gelegt werden, sich eines ausreichenden Einflusses auf die studirende Jugend zu versichern, um sie zum freiwilligen Kirchenbesuch an Werktagen anzuregen, wie dies schon jetzt an einer Mehrzahl von Gymnasien mit gutem Erfolge geschieht. || An den humanistischen und Realgymnasien — an anderen Mittelschulen besteht die fragliche Einrichtung bereits — wird nach Befehl Seiner Königl. Hoheit bei der Absolutorialprüfung wieder aus der Religionslehre examinirt werden, und sollen die Kenntnisse der Schüler in diesem Fache bei Feststellung des Prüfungsergebnisses in Betracht gezogen werden. || Das Staatsministerium des Innern und das Kriegsministerium endlich werden, dem Allerhöchsten Willen Seiner Königl. Hoheit entsprechend, innerhalb der durch die Reichsgesetzgebung gezogenen Schranken dem geistlichen Stande wie den Candidaten der Theologie bezüglich Erfüllung der Militärpflicht, wie bisher, die

Nr. 10076.
Deutschland.
25. März 1889.

wohlwollendste Berücksichtigung zuwenden, und die bayerische Regierung wird eintretenden Falls, wenn es mit einiger Aussicht auf Erfolg geschehen kann, ihre thunlichste Mitwirkung zur Abänderung der Reichsgesetzgebung im Sinne des bischöflichen Antrages nicht versagen. || Die geeigneten Anordnungen zum Vollzuge der vorbezeichneten Zusicherungen, soweit solche noch nothwendig sind, sollen unverweilt erlassen werden. Im bischöflichen Memorandum wird bezüglich der öffentlichen Schulen die Beachtung und praktische Bethätigung mehrerer Grundsätze erbeten, welche der Staatsregierung seither schon zur Richtschnur gedient haben und somit keine besondere Anordnung als erforderlich erscheinen lassen. So war es seither schon die Anschauung des unterzeichneten Königl. Staatsministeriums, dass für öffentliche Lehrämter nicht solche Candidaten als geeignet erscheinen, welche sich in Wort und Schrift als Gegner des Christenthums bekennen. || Ebenso entspricht es der bisherigen Auffassung und Absicht der Staatsregierung, dass der Unterricht in der Geschichte in objectiver, die religiösen Gefühle der Katholiken wie der Protestanten nicht verletzender Weise ertheilt werde. Desgleichen widerstrebt es derselben, wenn bei der Behandlung der Literatur solche Themata gewählt und bearbeitet werden, welche mit den religiösen Empfindungen der Angehörigen der einen oder anderen Confession in Widerstreit stehen. Gegen Ungleichheiten in diesen Beziehungen ist das unterzeichnete Königl. Staatsministerium jederzeit eingeschritten. || Auch der weiteren Bitte der Erzbischöfe und Bischöfe, es möchte, wie in den Volksschulen, so auch in den Mittelschulen der confessionelle Charakter rücksichtlich der Schüler wie der Lehrer, soweit nur immer thunlich, gewahrt werden, hat die Staatsregierung thatsächlich seither schon Rechnung getragen. Denn dormalen schon sind die Mittelschulen, soweit es zur Zeit überhaupt geschehen kann, nach Confessionen geschieden. || Namentlich wurde jenen Gymnasien, welche sich an Orten mit einer vorwiegend der gleichen Confession angehörigen Bevölkerung befinden, und welchen deshalb von langer Zeit her thatsächlich der Charakter von confessionellen Anstalten anklebt, der letztere zu allen Zeiten thunlichst gewahrt. An diesen Anstalten sind fast ausschliesslich Lehrer der betreffenden Confession angestellt worden. || Aber selbst an solchen Anstalten kann die confessionelle Trennung nicht immer streng und unbedingt festgehalten werden. Bei der fortwährend zunehmenden confessionellen Mischung, namentlich der städtischen Bevölkerung, kann es nicht ausbleiben, dass in Städten, welche früher ausschliesslich katholisch oder protestantisch waren, mehr und mehr auch Angehörige der anderen Confessionen sich niederlassen. Knaben aus solchen Familien können unmöglich einzig wegen ihrer Confession aus dem elterlichen Hause und von dem Gymnasium ihres Heimathsortes weg an ein entfernteres Gymnasium verwiesen werden. Ebenso wenig kann wegen einer vielleicht geringen Minorität von Andersgläubigen für die letzteren ein eigenes Gymnasium gegründet werden. || Nicht einmal dann, wenn sich in einer Stadt mehrere Gymnasien befinden, können diese nach Confessionen geschieden werden. || Eine

Mehrheit von Gymnasien giebt es nur in grossen Städten. Dort sind aber auch die Entfernungen gross. Es geht nicht an, jene Angehörigen einer Confession, welche nahe an einem Gymnasium wohnen, an diesem vorüber in einen vielleicht weit entlegenen Stadttheil zu schicken. Langgestreckte Schulwege sind nicht blos vom sanitären Standpunkte aus, sondern auch aus pädagogischen Gründen vom Uebel. || Zu einer strengen confessionellen Scheidung der Gymnasien hat aber die Staatsregierung nicht einmal das Recht. Die bayerischen Gymnasien beziehen mit sehr wenigen Ausnahmen ihre ganze Exigenz oder doch den weitaus grössten Theil derselben aus der Staatskasse und den Schulgeldern. Dazu zahlen auch die Eltern der confessionellen Minderheit. Es wäre aber ungerecht, die einen in der Vaterstadt studiren zu lassen und die anderen trotz gleicher Belastung mit Steuern nach auswärts zu verweisen. | Was im Vorstehenden von den humanistischen Gymnasien gesagt ist, gilt auch für andere Mittelschulen, für Realgymnasien, Industrieschulen, Realschulen u. dgl., nur in verstärktem Maasse. Deren sind zumeist so wenige, dass sich eine confessionelle Scheidung thatsächlich von selbst verbietet. Zudem werden sie ausschliesslich vom Staate, bezw. von Kreis- und Ortsgemeinden, also aus rein weltlichen Kassen unterhalten, zu welchen alle Confessionen in gleicher Weise beitragspflichtig sind. || Desgleichen hat die Bitte der Oberhirten, dafür zu sorgen, „dass die in den meisten Kreisen des Königreichs bereits durchgeführte Wohlthat der confessionellen Trennung auch den wenigen, bisher noch nicht confessionell geschiedenen Lehrerbildungsanstalten in Bälde zukomme“, staatlicherseits seither schon das thunlichste Entgegenkommen gefunden. || Denn die Erhaltung der wenigen, in Bayern vorhandenen confessionell-gemischten Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, nämlich des Schullehrerseminars in Bamberg, dann der Lehrerinnenbildungsanstalten in München und Aschaffenburg, hat ihren Grund nicht in einer Voreingenommenheit für Simultanschulen, sondern in zwingenden äusseren Verhältnissen. || Was nämlich zunächst das Seminar in Bamberg anlangt, so mussten demselben im Jahre 1873 die protestantischen Schulamtszöglinge aus Oberfranken behufs Evacuirung der überfüllten protestantischen Schullehrerseminare in Altdorf und Schwabach überwiesen werden. Zur Aufhebung dieses nothgedrungen eingerichteten Simultaneums ist das unterzeichnete Königl. Staatsministerium — was auch bereits bei einer anderen Gelegenheit zugesichert worden ist — bereit, sobald die Mittel für ein drittes protestantisches Schullehrerseminar für das diesrheinische Bayern bewilligt sind und die neue Anstalt ins Leben getreten ist. || Für die Umbildung der beiden Lehrerinnenseminare in je zwei confessionell geschiedene Anstalten dagegen fehlt es nicht allein vollständig an den erforderlichen Mitteln, sondern es ist auch nicht die geringste Aussicht vorhanden, dass dieselben bereit gestellt werden. || Die übrigen Lehrerbildungsanstalten sind ohnehin confessionell getrennt und nur mit Lehrern der einen oder anderen Confession besetzt. || Allerdings befinden sich an der Mehrzahl der katholischen Präparandenschulen auch protestantische Schüler und umgekehrt. Dies könnte nur

Nr. 10076.
Deutschland.
28. März 1889.

dadurch geändert werden, dass eine nicht unbeträchtliche Zahl von armen Knaben, deren Eltern oder sonstige unterstützungsbereite Angehörige am Sitze einer Präparandenschule wohnen, von der letzteren wegen ihrer Confession weggewiesen und damit allerdings häufig genug vom Lehrberufe überhaupt ausgeschlossen würde. Eine solche harte Maassnahme aber, welche die Katholiken ebenso schwer träfe, wie die Protestanten, wird kaum in den Wünschen der hochwürdigsten Herren Antragsteller gelegen sein. || Endlich hat das unterzeichnete Königl. Staatsministerium in seiner bisherigen Praxis auch der Anregung, dem auf die Einführung von klösterlichen Lehrfrauen in Mädchenschulen abzielenden Verlangen der Gemeinden stattzugeben, die thunlichste Berücksichtigung zugewendet, indem es in einer beträchtlichen Anzahl von Gemeinden Klosterschulen dann zugelassen hat, wenn einer solchen Einrichtung nicht nach den örtlichen Verhältnissen die Interessen der Schule oder die Bedachtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinde hindernd entgegengestanden sind. || Die vorstehenden Zusicherungen und Erklärungen lassen allerdings noch eine Reihe von Wünschen und Anträgen der hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und Bischöfe des Landes unerfüllt. Diese Wünsche haben namentlich die volle Geltung und Durchführung des Concordats zum Gegenstande und sind gegen die Kirchenhoheitsrechte des Landesherrn, sowie gegen die auf der Gleichberechtigung der Confessionen basirende interconfessionelle Gesetzgebung gerichtet. || Jene Rechte aber sind gleichwie die Bestimmungen über die Gleichberechtigung der Confessionen unter verfassungsmässige Garantie gestellt und können ohne tiefgreifende Aenderungen der Verfassung nicht beseitigt oder abgeändert werden. || Der Weg der Verfassungsänderung aber ist — abgesehen davon, ob die Staatsregierung eine solche für zulässig erachten könnte, und abgesehen davon, ob jener Weg in absehbarer Zeit jemals gangbar werden wird — jedenfalls unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mit Erfolg zu betreten. || Das Nämliche gilt von mehreren Einzelanträgen der Oberhirten, welchen nur mittels Aenderung der Verfassung stattgegeben werden könnte. || So ist z. B. in Ziffer 1 des Memorandums das Verlangen gestellt, das Königl. Schutz- und Aufsichtsrecht auf die gesetzgebende, verwaltende und richterliche Gewalt der Kirche nicht zu beziehen. || In dieser Dreitheilung erschöpft sich aber die ganze Regierungsgewalt der Kirche, und es würde somit durch Bewilligung der gestellten Bitte schlechthin jede Aeusserung des staatlichen Aufsichtsrechtes und das letztere selbst negirt werden. Die Genehmigung des vorliegenden Antrages hätte aber auch die Aufhebung des Titels IV §. 9 Absatz 5 der Verfassungsurkunde, dann der §§ 50, 57 mit 61 der II. Verfassungsbeilage, desgleichen die Abänderung des § 38 der letzteren zur Voraussetzung, worauf nicht eingegangen werden kann. || Ferner wird in Ziffer 2 des Memorandums das Placetum regium als unvereinbar mit der Bestimmung des Artikels XII lit. e. des Concordates angefochten und namentlich auch die Ausdehnung desselben auf Gegenstände des Glaubens beanstandet. || Nachdem aber das Placetum regium in den eben angezogenen verfassungsmässigen Bestimmungen

begründet, nachdem ferner in Titel IV § 9 Absatz 5 der Verfassungsurkunde, sowie auch in §§. 38, 57 und 58 der II. Verfassungsbeilage unzweideutig ausgesprochen ist, dass das oberhoheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht des Staates und das einen Ausfluss dieses Rechtes bildende Königl. Placet sich auch auf die rein geistlichen Gegenstände der Glaubens- und Sittenlehre erstreckt, so könnte auch diesem Beschwerdevorbringen nur auf dem nicht betretbaren Wege der Verfassungsänderung abgeholfen werden. || Im engsten Zusammenhange mit dem Placetum regium steht die in Ziffer 4 des Memorandums bemängelte seitherige staatliche Auffassung der Altkatholikenfrage. || Die bisherige staatliche Behandlung dieser Frage ist nichts anderes als die pflichtmässige Beobachtung der Vorschrift in § 58 der II. Verfassungsbeilage. || Die Staatsregierung hat jede auf den Vollzug der Concilsdecrete vom 18. Juli 1870 abzielende Handlung unterlassen, da für jene Decrete das Königl. Placet nicht erteilt ist und dieselben deshalb, wie die citirte Gesetzesstelle bestimmt, nicht vollzogen werden dürfen. || Die Staatsregierung hat es demnach einfach abgelehnt, zum Vollzuge der erwähnten Concilsdecrete der Kirche den staatlichen Schutz bereit zu stellen und mit Gewalt gegen jene vorzugehen, welche sich denselben nicht unterwerfen zu können glaubten. || Die in dem Memorandum formulirten Anträge, welche, wie die so eben besprochenen, nicht ohne Aenderung der Verfassung Beachtung finden könnten, müssen unberücksichtigt bleiben; vielmehr muss an der unveränderten Geltung der Staatsverfassung und an den darin begründeten staatlichen Gerechtsamen auch für die Folgezeit festgehalten werden. || Es erübrigt noch, einige Wünsche und Anträge des bischöflichen Memorandums zu würdigen, welche theils auf dem Gebiete des Unterrichtes und der Erziehung der Jugend, theils auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung liegen. || Vor allem sind die Universitäten in Betracht zu ziehen. In dem bischöflichen Memorandum wird der an denselben herrschende materialistische Geist angeklagt, welcher dem Christenthume vielfach zuwider sei und welcher von den Hochschulen aus bis in die untersten Schichten der Bevölkerung dringe. Hieran wird die Bitte gereicht, der Staat möge zur Wiederherstellung der christlichen Weltanschauung die Kirche in der Restauration der christlichen Wissenschaft unterstützen. || Es kann nicht zugegeben werden, dass die Schilderung des Memorandums von dem an den Landesuniversitäten herrschenden Geiste den wirklichen Thatsachen entspricht. Auch unter den Lehrern der bayerischen Hochschulen findet sich, wie in allen Kreisen der Bevölkerung, neben mancher Ungebundenheit tief religiöse Gesinnung und Lebensweise. || Wenn aber auch die bayerischen Hochschulen auf dem Grundsätze der Freiheit des Forschens und der Lehre aufgebaut sind, und wenn die Staatsregierung auch im Vereine mit den akademischen Behörden bei Besetzung der erledigten Lehrstühle bemüht war, für jeden derselben den möglichst tüchtigen, wissenschaftlich hervorragendsten Mann zu gewinnen, so ist darum doch die religiöse Gebahrung der Candidaten für die betreffenden Lehrstühle nicht schlechthin ausser Beachtung geblieben. Die Staatsregierung würde Anstand

Nr. 19676.
Deutschland.
25. März 1889.

genommen haben und Anstand nehmen, auf einen Lehrstuhl einen Mann zu berufen, von dem bekannt oder nur mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen wäre, dass er auf dem Katheder der Irreligiosität das Wort rede oder den Glauben seiner Hörer untergrabe. || Die Staatsregierung hat ferner auch bisher schon auf die Wünsche der kirchlichen Organe insofern billige Rücksicht genommen, als sie an den Universitäten München und Würzburg für die Lehrfächer der Geschichte und Philosophie, auf welchen Gebieten am ehesten eine Verletzung religiöser Empfindungen möglich ist und verschiedene Richtungen am ersten noch Berechtigung haben mögen, mehrere Lehrer und zwar einen der streng kirchlichen und einen der freieren Richtung aufgestellt hat. || In dem bischöflichen Memorandum wird ferner angeregt, es möchten zu Vorständen der Lehrerbildungsanstalten wieder ausschliesslich Geistliche berufen werden, welche sich wegen ihres Standes, ihrer Würde und höheren Bildung im Allgemeinen hierzu besser eignen als Laien. || Dieser Meinung kann nicht unbedingt beigepflichtet werden. Bei Besetzung der bezeichneten Stellen ist auch darauf zu sehen, dass der Inspector eines Schullehrerseminars die für sein Amt erforderlichen speciellen Fachkenntnisse sowie die nöthige Erfahrung im praktischen Schuldienste besitzt. Diese Qualitäten aber werden akademisch gebildeten Geistlichen wie Laien trotz ihrer höheren Bildung nicht ohne weiteres beigemessen werden können. || Die seitherige Behandlung der einschlägigen Angelegenheit hat die Bestimmungen des Normativs über die Bildung der Schullehrer vom 29. September 1866 zur Grundlage, wo in § 55 bestimmt ist, dass in jedem Schullehrerseminar entweder der Inspector oder der Präfect dem geistlichen Stande angehören soll. || Ein geistlicher Präfect aber, welcher als solcher ebenso gut für die Befestigung der religiösen Grundsätze in den Zöglingen und für die Pflege des religiösen Geistes an der Anstalt Sorge tragen kann wie als Inspector, findet sich fast an allen katholischen Lehrerseminarien. Ueberdies ist die Beförderung eines tüchtigen, in der Pädagogik wie im Schulfache sich bewährenden geistlichen Präfecten zum Inspector durchaus nicht ausgeschlossen. || Die weitere Bitte, es möchten jene Bestimmungen, welche die Vorbereitung klösterlicher Candidatinnen für das Lehrfach „ohne Nothwendigkeit in drückender Weise“ erschweren, in Wegfall kommen und denselben wieder die früheren „Begünstigungen“ gewährt werden, bezieht sich offenbar auf die staatliche Anordnung, dass die klösterlichen Lehramtscandidatinnen die gleiche Vorbereitung für das Lehramt nachzuweisen haben, wie sie für die weltlichen Candidaten und Candidatinnen vorgeschrieben ist. || In dieser Hinsicht aber kann eine mildere Behandlung der klösterlichen Candidatinnen, eine Exemption derselben von allgemeinen Prüfungsvorschriften nicht Platz greifen. Die klösterlichen Lehrfrauen wollen in der gleichen Weise und mit gleichen Rechten wie das weltliche Lehrpersonal das Lehramt verwalten. Es ist deshalb nur ein Gebot der Gerechtigkeit und liegt im eigensten Interesse der betreffenden Klöster selbst, dass sich ihre Candidatinnen den nämlichen Prüfungen unterziehen, wie die weltlichen Lehrerinnen. || Das bischöfliche Memorandum be-

rührt sodann neuerdings die Simultanschulfrage. Dieser Gegenstand hat durch die auf eingehenden Berathungen der beiden Kammern des Landtags beruhende Allerhöchste Verordnung vom 26. August 1883, die Errichtung der Volksschulen und die Bildung der Schulsprengel betreffend, seine endgiltige Erledigung gefunden. || Was endlich die Bitte anlangt, die bayerische Staatsregierung möge geeignete Schritte thun, damit die Bekanntmachung des deutschen Bundesraths vom 20. Mai 1873 ausser Wirksamkeit gesetzt und die Congregation der Redemptoristen wieder nach Bayern zurückberufen werde, so ist die Staatsregierung zur Zeit nicht in der Lage, der empfohlenen Maassnahme näher zu treten, da für eine Abänderung der auf Grund Bundesrathsbeschlusses ergangenen Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 20. Mai 1873 zu Gunsten der Congregation der Redemptoristen dormalen keine Aussicht besteht. || Indem das unterzeichnete Königl. Staatsministerium die hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und Bischöfe des Landes von der vorstehenden Allerhöchsten Willensmeinung in Kenntniss setzt, welche von dem schmelichsten Wunsche und dem aufrichtigen Bestreben getragen ist, den Frieden sowohl zwischen Staat und Kirche, als auch unter den einzelnen, im Königreiche aufgenommenen Confessionen dauernd zu erhalten, glaubt es noch der Versicherung Raum geben zu dürfen, dass die Staatsregierung wie bisher so auch künftig jederzeit gern bereit ist, der katholischen Kirche ihren Schutz zu gewähren und tatsächlichen Missständen, sowie begründeten Beschwerden der oberhirtlichen Stellen Abhilfe zu verschaffen.

Dr. Freiherr v. Lutz.

Der Generalsecretär
Ministerialrath Dr. v. Giehl.

Nr. 10077. RÖMISCHE CURIE. — Papst Leo XIII. an den Erzbischof von München-Freising über die ministerielle Antwort auf das bischöfliche Memorandum. 28. April 1889.

Venerabilis Frater, Salutem et Apostolicam Benedictionem. || Sicut acceptum studium habuimus, quo Nos certiores fecisti mense Novembri superioris anni de postulatis tuis aliorumque Bavariae Antistitum ad Regiam Celsitudinem Luitpoldum Regnum istud regentem, ut gravia removeantur incommoda, quibus istie Ecclesia afficitur, ita et eam probavimus a Te nuper adhibitam, ut Nobis exemplar afferretur Rescripti, quo Regius Administer negotiis ecclesiasticis et scholasticis praefectus, nomine Principis Serenissimi, respondit petitionibus Vestris ad Eum delatis. At vero dolendum est responsionem illam Nostris Vestrisque optatis neutiquam congruere. Nam licet Regius Administer in scriptione sua perhumaniter Vobiscum egerit, Vobisque in quibusdam assensus morem ultro gestarum sponderit, quoad vi ejus fieri poterit, in pluribus tamen iisque gravissimis, quae petita fuerunt, vel adconsensionem cohibuit, vel animum prorsus ab iis alienum ostendit. Imo in eo documento quaedam proferuntur,

Nr. 10076.
Deutschland.
28. März 1889.

Nr. 10077.
Italien.
28. April 1889.

Nr. 10077.
 Italien.
 28. April 1889.

quae cum catholica doctrina componi nequeunt, vel principia oppugnant sanctissima, quae rata semper habuit Ecclesia de mutuis sacrae et civilis potestatis iuribus et officiis. Non est enim ambigendum, quin decreta Apostolicae Sedis vel oecumenicae Synodi, in iis maxime, quae ad fidem spectant, suapte natura et vi omnes ad obsequium adstringant, qui christiano nomine censentur, nec quicquam detrahi de eorum potestate, etsi regis placito fuerint destituta. Divinum enim magisterium, quod a Christo Domino traditum fuit Ecclesiae, sanctiones ejus de fide et moribus immunes facit a censura et potestate eorum, qui reipublicae praesunt administrandae. Si secus esset, ea fidei dogmata vel praecepta mortua, quae perpetuo vera et iusta sunt, mutabilia fierent ex diverso imperantium ingenio pro temporum et locorum varietate. || Praeterea ad tuenda Ecclesiae iura in Bavarico Regno illud summopere valere debet, quod solemnibus conventio inita fuerit inter Decessorem Nostrum Pium VII. et Maximilianum I. Bavariae Regem, semper ab Apostolica Sede religiose servata, cui ab altero e paciscentibus derogari vel abrogari nequit, altero ignaro vel abnunte. Quapropter minime arbitramur vestri postulatus aequitatem ex eo infirmari, quod civiles prestent leges quibus diversum ius constituatur. Neque praeterire possumus acerbum illud Nobis accidisse, quod omnis fere spes adiunatur reversionis religiosi sodalibus, quorum salutare civibus ministerium est, ac legis favore, quo jamdiu usae fuerant, indignae habeantur virgines Deo devotae, quae in puellis instituendis utile magisterium exerceant. Plena quidem aequitatis est facta Vobis sponsio, abfuturos esse ab electione moderatorum regularium Ordinum et votorum nuncupatione viros delegatos a civili potestate; at huius promissionis vis ex eo minuitur, quod adhuc aditus illis patere dicatur, si res ac tempus videatur postulare. Ceterum dum damna deflemus, quae ex relictis precibus Vestris Bavaricae Ecclesiae sunt oritura, nondum spem abiicimus fore, ut Deus misericors praesentem leniat asperitatem rerum et tempora Vobis concedat laetiora. Id citius fiet, si cum zelo Antistitum committantur certatim fidelium studia, ut errores Ecclesiae infensos quos alia tulit actas profligat veritatis vis et iuris auctoritas. — Tu vero, Venerabilis Frater, una cum aliis Episcopis Bavarici Regni perge constanter Ecclesiae iura tueri, tuoque ministerio impigre defungi. Ampla Vobis a Deo tribuetur merces, et a bonis omnibus laus, si per Vos veritatis vox nunquam obruta conticescat. Curate, ut crediti Vobis greges fide, innocentia, officiorum custodia, caritate omnibus exemplo sint: ostendite, paratiores Vos esse, ut bene de patria mereamini quam contemptores religionis parati sint ad nocendum. Id eo valebit, ut omnibus demum persuasum sit, nullum firmiter praesidium esse, quo civilis fulciatur auctoritas, quam sacrum ministerium Vestrum cunctis nexibus expeditum. Nos interim Deum adprecanti, ut fructus laborum Vestrorum multiplicet secundum divitias Suas, Vosque ope Sua potenti sustentet ac protegat, Apostolicam Benedictionem Tibi, aliisque Bavaricae Episcopis itemque Clero et fidelibus vigilantiae Vestrae conceditis peramanter impertimur. || Datum Romae apud S. Petrum die 29. Aprilis 1889, Pontificatus Nostri Duodecimo.

Nr. 10078. DEUTSCHLAND. — Erklärung des erzbischöflichen Vicariats in München über den Altkatholicismus*).
10. März 1890.

Die bayerischen Bischöfe haben wiederholt in allerunterthänigsten Vorstellungen an die Krone, insbesondere in jenen vom 13. October 1875 und vom 14. Juni 1888, um die endliche Regelung der sogenannten Altkatholiken-Frage erfurchtsvollst gebeten. || Zu ihrem tiefsten Schmerze ist bisher auf die berechtigten Ansprüche der katholischen Kirche in dieser Hinsicht noch nicht die gebührende Rücksicht genommen worden; es haben vielmehr ihre wohlbegründeten Anträge, zuletzt noch durch die Ministerialentschliessung vom 28. März 1889, eine abschlägige Bescheidung erfahren. Infolgedessen werden die durch die zuständigen kirchlichen Organe längst aus der katholischen Kirche ausgeschlossenen Altkatholiken von der kgl. Staatsregierung auch jetzt noch als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet und behandelt. || Die in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 6. November v. J. und in der Sitzung der Kammer der Reichsräte vom 10. Februar d. J. von seiten der kgl. Staatsregierung abgegebenen Erklärungen haben endlich die bestimmte Aussicht dafür eröffnet, dass die kgl. Staatsregierung nunmehr bereit sei, die Ausschliessung der Altkatholiken aus der katholischen Kirche auch für das staatliche Gebiet als wirksam anzuerkennen. || Das unterzeichnete Capitular-Vicariat der Erzdiözese München-Freising glaubt deshalb die früher von sämtlichen Bischöfen des Landes gestellte, hierauf abzielende Bitte zunächst für diese Diözese, in welcher die Sekte der Altkatholiken relativ vielleicht noch die meisten Anhänger zählt und in welcher sich der Centralverein derselben befindet, erneuern zu sollen. || Dieser Antrag findet seine volle und ausreichende Begründung schon in der einen Thatsache, dass die Altkatholiken die Ansprüche des ökumenischen Concils im III. und IV. Capitel der Constitutio dogmatica prima de ecclesia Christi verworfen haben. Hierdurch sind sie der von demselben Concil angedrohten und ausgesprochenen grösseren Excommunication ipso facto verfallen. || Ueberdies ist speciell über die Altkatholiken von der obersten Autorität in der katholischen Kirche die Anschliessung aus derselben verhängt und vollzogen worden. In dem Rundschreiben nämlich des Papstes Pius IX. vom 21. November 1873 erklärt derselbe mit grösster Feierlichkeit: folgt der Wortlaut**): „Abgesehen aber von den vatikanischen Dekreten haben sich die Altkatholiken noch in anderen wesentlichen Punkten von der Lehre und von der auf göttlichem Rechte beruhenden Verfassung der Kirche getrennt. | Es sind dies folgende: || 1) Ausser anderem verneinen die Altkatholiken das katholische Dogma über den Ehren- und Jurisdiktionsprimat des römischen Papstes, indem sie den Apostelfürsten Petrus den übrigen Aposteln gleich-

Nr. 10078.
Deutschland
10. März 1890.

*) Ueber den Erfolg dieses Schreibens vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jahrgang 1890.

**) Vgl. Staatsarchiv, 2. Suppl.-Bd. S. 41 (1880)

Nr. 10678.
Leitfaden,
10. März 1890.

stellen, seine besondere Sendung und Gewalt bestreiten und seinen Nachfolger als einen geistlichen Patriarchen darstellen (siehe Leitfaden für den katholischen Religionsunterricht an höheren Schulen, herausgegeben im Auftrage der altkatholischen Synode, Bonn 1877, S. 71, 136; katholischer Katechismus, herausgegeben im Auftrage der altkatholischen Synode, Bonn 1880, S. 45). Sie sind folglich verurtheilt und excommunicirt durch die Dekrete einiger Concilien, speciell durch dasjenige von Florenz. || 2) Die Altkatholiken verneinen öffentlich das katholische Dogma der unbefleckten Empfängniß, welches am 8. December 1854 in der Constitution Pius' IX. „Ineffabilis Deus“ proklamirt wurde (vgl. das officielle Organ der Altkatholiken „Deutscher Merkur“ vom 22. Februar 1890 Nr. 8). Sie sind folglich von der Kirche ausgeschlossen kraft derselben Bulle. || Jede einzelne dieser Neuerungen schliesst das Vergehen der formalen Häresie in sich und hat für die Betheiligten ipso facto die Ausschliessung aus der katholischen Kirche zur Folge. Diese Ausschliessung haben demnach die Altkatholiken, welche in allen diesen Punkten von der katholischen Kirche sich abgesondert haben, auch abgesehen vom Vaticanum, längst verwirkt. || Mit Rücksicht auf die vorstehenden Feststellungen wird die Bitte gerechtfertigt sein, die kgl. Staatsregierung möge endlich auch von ihrem Standpunkte die Altkatholiken als ausgeschlossen aus der katholischen Kirche betrachten und behandeln.

Nr. 10679. RÖMISCHE CURIE. — Bestimmungen Pius' IX. über die Papstwahl und das Verhalten des Cardinalcollegiums bei der Erledigung des päpstlichen Stuhles. (23. Aug. 1871.)

Pius IX. erliess eine Constitutio Cum Romanis pontificibus vom 4. Dec. 1869 betreffend die Papstwahl (St.-Arch. Bd. 24, No. 4877, Seite 86) und die drei folgenden Bullen. In der dritten dieser Bullen vom 10. Oct. 1877 sind wörtlich die Bestimmungen der beiden vorausgegangenen wiederholt, welche nach den in der letzten getroffenen Zusätzen und Aenderungen in Kraft bleiben sollten. Ausserdem erliess Pius IX. kurz vor seinem Tode unter dem 10. Januar 1878 die zuletzt abgedruckte Vorschrift über das Verhalten des Cardinalcollegium bei der Erledigung des h. Stuhles. Wir entnehmen Text wie Arrangement Verings Archiv für kath. Kirchenrecht Bd. 65 (1891); danach sollen die wiederholten Stellen cursiv gedruckt sein. Das ist jedoch nicht consequent durchgeführt. Auch ist der Text bei Vering sehr fehlerhaft, und es war nicht möglich, allenthalben das Richtige mit Sicherheit herzustellen.

I.

Pius Episcopus Servus Servorum Dei. Ad perpetuam rei memoriam.

Nr. 10679.
Römische
Curie.
23. Aug. 1871.

In hac sublimi Principis Apostolorum Cathedra, nullis certe Nostris pro-
meritis, sed inserutabili Dei iudicio, viginti quinque et ultro abhinc annos
collocati tristissimas rerum ac temporum conversiones perturbationesque magis
in dies Summo animi Nostris dolore ita invaluisse conspicimus, praesertim post

sacrilegam almae hujus Urbis et universae Nostrae Pontificiae ditioris invasionem, ut plane timeamus, ne vacante post obitum Nostrum Apostolica Sede, graviore ingruant procellae, quae Comititia de Successore Nostrum eligendo perturbare, vel admodum difficilem novi creandi Pontificis rationem edere, vel saltem tantae rei celeriter expediendae gravissima impedimenta opponere possint. Itaque eum nihil Nobis potius, nihil antiquius, quam omni cura et studio Catholicae Ecclesiae incolumitati et quieti consulere, illustria Romanorum Pontificum Decessorum Nostrum Pii VI., Pii VII. et Gregorii XVI. vestigia sectari, exempla aemulari volumus: qui ob eorum temporum pericula consuetas de Romani Pontificis electione regulas provido sane consilio temperandas esse censuerunt. Quamobrem Nostrorum temporum calamitates praec oculis habentes fervidis humilibusque precibus ad Deum adhibitis, Ejusque Sancti Spiritus lumine suppliciter implorato, et audito etiam consilio nonnullorum S. R. E. Cardinalium, ac re maturo gravique examine perpensa, deliberavimus hisce novis Apostolicis Litteris ea statuere, et decernere, quibus Deo bene iuvante, Romani Pontificis Successoris Nostri electio facilius atque celerius perfici possit, quae quidem pleno iure ad S. R. E. Cardinales Apostolica Praedecessorum Nostrorum auctoritate, universalis Ecclesiae consensu, totique sacerdotum possessione constabillito ac firmato unice pertinet, illaque in suo robore privato manere volumus ac praecipimus, excluso prorsus atque remoto quovis laicae potestatis cujuslibet gradus et conditionis interventu. Itaque hisce litteris *motu proprio et certa scientia deque Apostolicae potestatis Nostrae plenitudine pro comitiis, quae ad Romanum Pontificem primum Nostrum Successorem eligendam erant habenda, derogamus his regulis, quae per Apostolicas Romanorum Pontificum, in generalibus etiam Conciliis editis, Constitutionibus et aliis quaecumque Sanctiones sunt decretae de peragenda electionis tempore ac loco et de Conclavi ejusque clausura*, atque adeo decernimus et constituimus, ut S. R. E. Cardinales, qui in proxima vacatione Apostolicae Sedis praesentes in Curia erunt, statim ac Nos Supremum diem obire contingat, exequis etiam in suffragium animae Nostrae nondum celebratis, et aliis Cardinalibus, etiam de Latere legatis, aut alia quaecumque ex causa, etiam eum venia, vel ex mandato Nostrum absentibus, per praescriptum decem dierum spatium minime expectatis, statim hujus Urbis rerum ac temporum circumstantiis serio perpensis, deliberent an in eadem Urbe vel extra eam comitia de novo Pontifice eligendo sint habenda. Deliberationem autem, quaecumque ea sit, plenum effectum sortiri debere statuimus, in quam maior Cardinalium tunc praesentium pars consenserit. Statuto igitur Comitiorum loco S. R. E. Cardinales electionem novi Pontificis sive in Curia ipsa, sive extra illam per secreta schedularum suffragia duabus ex tribus praesentium Cardinalium partibus in scrutinio, sive scrutinio et accessu in eandem Personam consentientibus, vel per compromissum, vel quasi per inspirationem, servata in his consuetas forma, perficere valeant. Ceterum etsi in numero ipso suffragiorum nihil innovandum censuerimus, tamen declaramus, et decernimus in electione, quae extra Conclave fiat, necessarium minime fore.

Nr. 10079.
Römische
Curie.
23. Aug. 1871.

ut ratio ulla habeatur Cardinalium in loco etiam praesentium, qui ob gravis infirmitatis, aut aliam quamcumque causam in Aedem vel Aulam Comitii destinatam convenire non potuerint. Is igitur qui a Cardinalibus, ut supra praesentibus, ea qua statuimus ratione in locum Nostrum rite eligetur, erit omnino legitimus ac verus Romanus Pontifex, Christi Vicarius, et Beati Petri Successor, ac uti talis ab universa Ecclesia agnoscatur et haberi debebit. Juxta haec, ut ejusdem primae futurae electionis causae plenius consulamus, *omnes Cardinales a juramenti vinculo, quo supradictas Praedecessorum Nostrorum Constitutiones servare promittunt, absolvimus pro electione ipsa, et absolutos fore declaravimus, non solum in supradictis illarum praescriptionibus ad Comitiarum tempus et locum atque ad Conclave eiusque clausuram spectantibus, etiam in aliis minoris momenti caerimoniis et solennitatibus, ubi harum observatio rei exitum retardare possit.*

In ceteris tamen, quae celeri, quam summopere optamus, novi Pontificis electioni non officient, maxime autem in rebus cum clausula electionem aliter factam irritante praescriptis, praeter ea scilicet, quibus a Nobis nominatim derogatum est, Constitutiones ipsas etiam hac vice observandas mandamus. Si quae vero in hoc genere, sive super quocumque alio Nostrae hujus Constitutionis capite dubia exoriantur, ipsis Cardinalibus plenum tribuimus facultatem, qua Nostram Constitutionem interpretari, ac dubia ipsa declarare valeant. Qua quidem in re, quemadmodum in reliquis, de quibus ad Nostrae hujus Constitutionis tramites circa electionis negotium (excepto nimirum ipso electionis actu) deliberare contingat, satis omnino erit, si major congregatorum ut supra Cardinalium pars in eandem sententiam consentiat. Nos interim dum in spiritu humilitatis, et in omni contrito vitam Nostram Creatori hominum offerimus, Eique per Unigenitum suum Salvatorem mundi animam Nostram suppliciter commendamus, etiam implorantes potentissimum Sanctissimae Dei Genitricis Immaculatae Virginis Mariae patrocinium, *Venerabiles Fratres Nostros S. R. E. Cardinales, qui nobis ex hac misera vita, ad aeternam quam speramus pacem evocatis, erunt superstites, per viscera misericordiae Jesu Christi vehementer obsecramus et obtestamur, ut humana quavis consideratione posthabita ac solum Dei gloriam spectantes, concordissimis animis et voluntate in hanc unam curam studiosissime incumbant, ne diutius Petri navicula, tot tantisque iactata tempestatibus, Rectore suo careat, et dominicus grex tot lupis undique irruentibus, Pastore destituatur: illud habentes propositum, ab optima et celeri Summi Pontificis electione et Ecclesiae tranquillitate et fidelis populi salutem hisce praesertim difficillimis asperissimisque temporibus, vel maxime pendere, ipsosque severissimo Dei iudicio puniendos, si eorum culpa et negligentia eveniat, ut in tanto rerum discrimine longiori, quam par est, spatio, haec Apostolica Sedes caeret.* Hanc etiam ab eadem causam mandamus, ut haec Apostolicae Litterae voluntatis Nostrae testes ipso die obitus Nostri, si per tempus licuerit, neve gravissimae difficultates obstant, in particulari congregatione Cardinalium cujuscumque ordinis capitum recitentur per integrum, ac subinde illarum lectio,

etsi facta fuerit, omnino iteretur coram aliis Cardinalibus in loco praesentibus in prima generali Congregatione sive ordinaria, sive extra ordinem indicenda. Quibus quidem Cardinalibus iuxta ea, quae in haece Litteris statuimus, liberum erit, ut servatis, quae servanda praecipimus, electionem novi Pontificis vel in primo ipsi conventu perficiant. Haec igitur statuimus periculis seu amovendis seu praevendis, quae in obitu Nostro ob seditiones aliasve calamitates obvenire possent. Cum autem ea sit temporum conditio, ut metuendum quoque videatur, ne Nos ex hac alma Urbe ad graviora mala vitanda migrare vel etiam per vim hinc abduci, et subinde extra Romam mortem obire contingat, hujusmodi quoque eventui consulere existimavimus. Quamobrem motu item proprio, ac certa scientia deque Apostolicae potestatis Nostrae plenitudine statuimus, decernimus atque mandamus, ut hoc in casu novi Pontificis electio in quocumque terrarum Orbis loco peragi possit, ubi tot simul Cardinales sint, qui vel per unum dumtaxat medietatem superent totius Collegii Cardinalium tunc in humanis existentium, idque sive in Conclavi, sive extra Conclave, non expectato etiam decedens a die obitus Summi Pontificis atque non expectatis ceteris Cardinalibus absentibus, ita ut Cardinales inibi congregati novum Pontificem libere ac licite eligant, et qui rite electus ab iisdem fuerit, is verus sit Pontifex Romanus, Christi Vicarius, B. Petri Successor, ac talis ab universa Ecclesia agnosci et haberi debeat. *Ut autem facilius Cardinales convenire possint, volumus, ut in commemorato casu: ex eo extra Curiam loco, ubi nos omnipotens et clementissimus Deus ex hac vita migrare voluerit, Cardinalis quicumque adsit, aut si plures erunt, eorum dignior, aut, iis omnibus absentibus, Nuntius Apostolicus, et in ejus defectu, loci Ordinarius, aut Praelatus, vel alius quispiam ecclesiastica dignitate insignitus (quibus quidem hoc Nostrum mandatum antea patefacere, Deo dante curabimus) quam celeriter de Pontificis morte Cardinalium Sacri Collegii Decanum, aliosque Cardinales, de quorum seculo sit edoctus, certiores faciat, ut statim ad Comitata peragenda se compareant. Cardinalis autem Decanus, vel ipso impedito, alius Cardinalis dignitate potior, via dum hujusmodi nuntium acceperit, vel quocis alio modo Apostolicae Sedis vacationem certissime noverit, una cum tribus antiquioribus Cardinalibus ex quolibet Ordine, et cum Cardinali S. R. E. Camerario, si una simul erunt, vel, ipsis absentibus cum aliis quibusque Cardinalibus, vel demum ipse solus, si reliqui omnino absint, eum locum ejusque regionis eligant, qui ipsis, vel ei ad habenda Comitata, magis opportunus videbitur. Hinc, nulla interposita mora, idem Cardinalis Decanus, vel ipso impedito, alius Cardinalis, ut supra, ceteris Cardinalibus Apostolicae Sedis vacationem significet, eosque ad novi Pontificis electionem advocet, ac de loco certiores faciat, in quo illam peragi deliberatum fuit. Omnibus autem Cardinalibus in virtute sanctae obedientiae praecipimus et mandamus, ut nisi legitimo impedimento detenti fuerint indictionis litteris obtemperare atque ad locum iisdem designatum pro perficienda Pontificis electione statim se conferre debeant. Ceterum in quocumque alium locum rite praefinitum Cardinales convenerint, uti supra statuimus, atque decreverimus, om-*

No. 1970.
Römische
Curie.
23. Aug. 1871.

nimo legitima, canonica atque valida erit habenda novi Pontificis electio, dummodo in illo loco tot Cardinales congregati fuerint, qui vel per unum dumtaxat medietatem superent Cardinalium tunc viventium atque ea implerint, quae ad validam electionem effeiciendam requiruntur, iis exceptis, quibus Nos expresse derogavimus. Quaecumque vero a Nobis superius hisce literis pro priori casu decreta sunt ad Successoris Nostri electionem accelerandam seu faciliorem praestandam, ad hunc alterum casum extendimus; atque adeo omnia et singula, quae in priore illa harum litterarum parte indulgimus, praecepimus, commendavimus, habenda perinde volumus, et declaramus, ac si pro altero etiam hoc casu indulta, praecepta et commendata specialim fuissent. Denique etsi in hominum spem erigamur, fore ut Successor Noster melioribus fruatur temporibus, et in suprema hac Petri Cathedra diu sedeat; tamen ut contrario etiam, quem Deus avertat, providendum erentui, motu item proprio ac de Apostolicae Auctoritatis plenitudine omnia, quae in hisce Litteris ad utrumque casum sancita et constituta sunt, pro comitiis prima post mortem Nostram vice futuris extendimus, ac pari modo decernimus, pro altera electione post Successoris Nostri obitum perficienda, si nimirum, nulla de his nova lege edita, Successor Noster decesserit. Haec igitur periculis nostrorum temporum, totaque rei causa graviter considerata, ac etiam Decessorum Nostrorum Pii VI., Pii VII. et Gregorii XVI. exemplis permoti statuimus, praescribimus, indulgemus, decernentes praesentes Litteras et in eis contenta quaecumque, etiam ex eo quod quilibet in praemissis jus vel interesse habentes seu habere praetendentes quomodolibet illis non consenserint, nec ad ea vocati, sive auditi fuerint, aut ex quibuslibet aliis causis impugnari minime posse, sed easdem semper ac perpetuo firmas, validas, et efficaces existere, et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri, et obtinere, ac iis ad quos spectat, et pro tempore spectabit plenissime suffragari, et ab eis respective et inviolabiliter observari debere ac irritum et inane, si secus super his a quocumque quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari, non obstantibus, quatenus opus sit de jure quaesito non tollendo, aliisque Nostris et Cancellariae Apostolicae regulis, itemque tam per Alexandrum III., Gregorium X., Clementem V., Pium IV., Gregorium XV., Clementem XII. aliosque Romanos Pontifices Praedecessores Nostros, quam etiam per Nos de Romani Pontificis electione editis constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis, quarum tenores praesentibus, tamquam plene et sufficienter expressos, ac de verbo ad verbum insertos habentes, iisdem omnibus et singulis ad praemissorum dumtaxat effectum, illis quoad reliqua in iis contenta in suo valore permansuris, latissime et plenissime derogamus, ceterisque etiam individua ac specialissima mentione et derogatione dignis contrariis quibuscumque. Volumus insuper, ut praesentium Litterarum transumptis, seu exemplis etiam impressis manu alienjus Notarii publici subscriptis, et sigillo munitis personae in ecclesiastica dignitate constitutae, eadem prorsus fides habeatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur, si forent exhibitae vel ostensae. Nulli ergo hominum liceat hanc paginam Nostrae permissionis, dispensationis,

facultatis, ordinationis, decreti, mandati, voluntatis et derogationis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem Omnipotentis Dei ac Beatorum Petri at Pauli Apostolorum Ejus se noverit incursum.

Nr. 10079.
Römische
Curie.
23. Aug. 1871.

Datum Romae apud S. Petrum Anno Incarnationis Domini Millesimo octingentesimo septuagesimo primo Decimo Kalendas Septembris (23. Aug. 1871), Pontificatus Nostri anno vicesimo sexto.

Pius PP. IX.

Constantinus Card. Patrizi, S. Collegii Decanus.
Antonius M. Card. Panebianco P. M.
J. Card. Antonelli a Secretis Status.

Nr. 10080. RÖMISCHE CURIE. — Bestimmungen Pius' IX. über die Papstwahl. (Vgl. vorige Nr.) (8. Sept. 1874.)

II.

Pius Episcopus Servus Servorum Dei. Ad perpetuam rei memoriam.

Licet per Apostolicas litteras datas decimo Kalendas Septembris anni millesimi octingentesimi septuagesimi primi, quarum initium "*In hac sublimi*" ea submovere studuerimus canonica obstacula, quae minus tutam et expeditam per trepida haec tempora facere potuissent novam Romani Pontificis electionem, cum tamen perturbatarum rerum adjuncta crebriores quotidie creare videantur difficultates, diligentius etiam iis, iterum nonnullorum S. R. E. Cardinalium consilio exquisito, occurrere decrevimus. Principio itaque confirmamus easdem Litteras et facultates omnes de plenitudine nostrae potestatis ibi concessas, nec non universas derogationes Apostolicarum constitutionum modo et forma ibidem expressis; simulque vetamus excitari dubitationes de earum vi et efficacia, sive quod tempore vacationis Sedis Apostolicae ordo publicus perturbatus non videatur, sive quod abesse censeantur pericula, sive quovis alio obtentu: volumus enim eas in suo robore manere, plenumque suum consequi effectum donec a Nobis fuerint revocatae. Decernimus autem solius esse Cardinalium Collegii aut majoris ejus partis et non aliorum judicare de necessitate aut opportunitate usus omnium vel aliquarum dumtaxat e facultatibus a Nobis concessis. Etsi vero amplam illam facultatem Collegio Cardinalium concesserimus praesertim quoad tempus et locum electionis futuri Romani Pontificis, nihil tamen innovatum esse declaramus sive generali sacrorum canonum sanctioni ne Sede vacante aliquid innovetur, sive specialibus constitutionibus, quibus cautum est, ne in Collegium Cardinalium ea potestas ac jurisdictio transeat, quae ad Pontificem dum viveret, pertinebat, ne collegium de juribus Sedis Apostolicae Romanaeque Ecclesiae quomodolibet disponere valeat; simul-

Nr. 10080.
Römische
Curie.
8. Sept. 1874.

Nr. 10080.
Römische
Curie,
8. Sept. 1874.

que declaratur praedictum Collegium ea jura custodire ac defendere debere, nullo autem modo imminuere posse. Quamquam vero confidamus in Domino pro Nobis perspecta eorumdem Cardinalium religione ac fide, nec Collegium nec quemquam ex illo huic officio, quo solemniter etiam juramento obstringuntur, defuturum fore, tamen pro muneris Nostri ratione omnes et singulos Cardinales monemus, et monendo eis praecipimus, ut canonicae regulae inhaereant atque neque directe aliquid Sedis Apostolicae et Romanae Ecclesiae juribus detrudere attentent, neque indirecte per conniventiae scilicet speciem, seu per dissimulationem facinororum adversus ea jura perpetratores attentare videantur. Quoad Pontificias exequias praecipimus solitum praetermitti apparatus a constitutionibus, ordinationibus et consuetudine invecum, easque a Cardinalium Collegio peragi modesto ritu et forma in Palatii Vaticani Capella, si Pontifex extremum diem suum ibi claudere potuerit. Quod si pro rerum adjunctis Cardinales cohibendum censuerint Nostrarum concessionum usum aut *expedire putaverint electionem post novum differre diem, etiam in hoc casu iisdem datam esse facultatem leges, quae ad clausuram Conclavis pertinent relaxandi sive moderandi. Eoque magis facultatem iisdem Cardinalibus impertimur non serrandi caeremonias et praescriptiones consuetas et super iisdem de novo disponendi praesertim vero circa custodiam Conclavis, seu loci ad electionem deputati, circa suppeditationem rerum ac victum pertinentium, qualitatem, dotes et numerum personarum admittendarum in loco praedicto consueto tamen non ampliore et circa emolumenta vel abolenda vel moderanda, aliaque huiusmodi.* Dum autem ad propositum finem expeditius assequendum, materialem conclavis seu loci electionis clausuram relaxari permittimus, obligationem secreti observandi in iis omnibus, quae ad electionem Romani Pontificis pertinent, et in iis, quae in conclavi seu loco electionis aguntur handquaquam relaxamus. Itaque eo modo et forma et sub poenis a Decessorum Nostrarum constitutionibus indictis praecipimus iterum et mandamus, ut secretum istud accuratissime servetur, atque ab aliis servari curetur, et quidem eo cautius et arctius quo gravior se prodit temporum difficultas. In primis autem monemus, et cuncte in Domino Cardinales obsecramus, ut ad electionem procedant; nulla propensione animi vel aversione commoti, nullius inclinati gratia aut obsequio, non intercessionem in saeculo potentium moti, sed fixis in solam Dei gloriam et Ecclesiae utilitatem oculis eum citius eligere contendant, quem prae ceteris dignum et sedulum universi gregis Christi Pastorem futurum esse existimaverint. Quamvis ad ea firmanda, quae derogavimus et concessimus in Constitutione anni MDCCCLXXI, diversa statuta erant de tempore peragenda electionis, de loco, de Conclavi ejusque clausura, ne nullus tamen dubitandi aditus subreperere possit, nominatim derogamus etiam "*Constitutioni Gregorii X. in Concilio Lugdunensi II. quae incipit "Ubi periculum"*" in ea parte, quae Dominis aliisque Rectoribus et Officialibus civitatis, in qua Romani Pontificis electio celebranda sit, auctoritatem et potestatem concedit, ut praescriptiones pro electione praedicta datas faciant observari. Puri modo derogavimus Constitutioni Clementis V. in

Concilio Viennensi, cui initium “Ne Romani” in ea parte, quae aliquam potestatem concedit executoribus in praedicta Constitutione Gregorii X. deputatis. Derogamus demum Constitutioni “In Eligendis” Pii IV. in eo, quod executores designat, Praelatos, Rectores, Officiales Urbis aliosque electos pro custodia Conclavis; et pro horum omnium effectu Cardinales singulos absolvimus ab editi juramenti vinculo de observandis Constitutionibus Romani Pontificis electionem spectantibus.” Quod de praeterita Constitutione Nostra anni MDCCCLXXI fieri mandavimus, idem de hac etiam praecipimus, nempe ut antea recitetur cum illa in particulari, deinde in generali Cardinalium Congregatione, quibus jus erit interpretandi ac explicandi quidquid dubii occurrere valeat in utriusque constitutionis executione. Facultates vero, quas Cardinalium Collegio per hanc et praeteritas Litteras Nostras concessimus, vim suam exercere volumus eo modo ac forma, qua ibi dictum est, non solum pro immediate futura Pontificis electione, sed etiam pro proxime insequenti, nisi a Nobis ipsis vel a Successore Nostro fuerint revocatae. Haec igitur statuimus, praescribimus, indulgemus, decernentes praesentes Litteras et in eis contenta quaecumque etiam ex eo quod quilibet in praemissis jus vel interesse habentes seu habere praetendentes quomodolibet illis non consenserint, nec ad ea vocati sive auditi fuerint aut ex quibuslibet aliis causis impugnari minime posse, sed easdem semper ac perpetuo firmas validas et efficaces existere et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri et obtinere, ac iis ad quos spectat et pro tempore spectabit plenissime suffragari et ab eis respective et inviolabiliter observari debere, ac irritum et inane si secus super his a quocumque quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari, *non obstantibus, quatenus opus sit de jure quaesito non tollendo, aliisque Nostris et Cancellariae Apostolicae regulis, itemque tam per Alexandrum III., Gregorium X., Clementem V., Pium IV., Gregorium XV., Clementem XII., aliosque Romanos Pontifices Praedecessores Nostros, quam etiam per Nos de Romani Pontificis electione editis Constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis, quarum tenores praesentibus tamquam plene et sufficienter ac de verbo ad verbum insertos habentes, iisdem omnibus et singulis ad praemissorum dumtaxat effectum, illis quoad reliqua in iis contenta in suo valore permansuris, latissime et plenissime derogamus, ceterisque etiam individua ac specialissima mentione et derogatione dignis contrariis quibuscumque.* Volumus insuper, ut praesentium Litterarum transumptis seu exemplis etiam impressis manu alicujus Notarii Apostolici subscriptis et sigillo munitis personae in ecclesiastica dignitate constitutae eadem prorsus fides habeatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur, si forent exhibitae vel ostensae. Nulli ergo hominum liceat hanc paginam Nostrae permissionis, dispensationis, facultatis, ordinationis, decreti, mandati, voluntatis, derogationis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem Omnipotentis Dei ac Beatorum Petri et Pauli Apostolorum Ejus se noverit incursuram.

Nr. 10080
Römische
Curie.
8. Sept. 1874.

Nr. 10080.
Römische
Curie.
8. Sept. 1874.

Datum Romae apud S. Petrum anno Incarnationis Domini MDCCCLXXIV
sexto Idus Septembris (8. September 1874 Pontificatus Nostri vicesimo nono.

Pius PP. IX.

Constantinus Card. Patrizi S. Collegii Decanus.

Antonius M. Card. Panebianco P. M.

J. Card. Antonelli a Secretis Status.

Nr. 10081. **RÖMISCHE CURIE.** — Bestimmungen Pius' IX. über
die Papstwahl. (Vgl. vorige Nr.) (10. October 1877.)

III.

Pius Episcopus Servus Servorum Dei. Ad perpetuam rei memoriam.

Nr. 10081.
Römische
Curie.
10. Oct. 1877.

Consulturi, ne post obitum Nostrum Ecclesia, in tanto temporum discrimine, diutius suo Visibili Capite careat, Anno 1871 decimo cal. Septembris Constitutionem edidimus "*In hac sublimi*", qua expeditiorem fecimus electionis viam. Et quoniam aliqua clarius explicanda, alia vero erant addenda, id anno 1874 Constitutione "*Licet per Apostolicas*", sexto Idus Septembris perfecimus, quas ambas Constitutiones nunc etiam confirmamus et in suo robore manere volumus. Verum cum perplexior quotidie fiat Ecclesiae conditio, novisque semper circumveniatur insidiis, expedire duximus, alia addere, aliaque ex jam constitutis enucleatius exponere. Qua de re, uti in praeecedentibus Constitutionibus, instanter implorato superno lumine, et exquisito consilio aliquot S. R. E. Cardinalium, reque maturo examine perpensa, deliberavimus novas hasce edere Literas Apostolicas, quibus et praeteritas complecteremur, et exhiberemus ea, quae addenda aut declaranda indicavimus, ut omnia uno sub conspectu valeant haberi.

In priore Constitutione, recensitis eadem causis et commemorato, confirmatoque privato iure unius Sacri Collegii S. R. E. Cardinalium eligendi Romanum Pontificem, excluso atque remoto quovis laicae potestatis cujuslibet gradus et conditionis intercentu, ad submovenda quaelibet electionis impedimenta "motu proprio et certa scientia deque Apostolicae potestatis Nostrae plenitudine pro comitibus, quae ad Romanum Pontificem primum Nostrum Successorem eligendum erant habenda derogavimus iis regulis, quae per Apostolicas Romanorum Pontificum, in generalibus etiam Conciliis editas Constitutiones et alias quascumque sanctiones sunt decretae de peragenda electionis tempore ac loco, et de Conclavi ejusque clausura", atque idcirco "omnes Cardinales a juramenti vinculo, quo supradictas Praedecessorum Nostrorum Constitutiones servare promittunt, absolvimus pro electione ipsa, et absolutos fore declaravimus, non solum in supradictis illarum praescriptionibus ad Conciliorum tempus et locum, atque ad Con-

clare ejusque clausuram spectantibus, eorum etiam in aliis minoris momenti caerimoniis et solemnitatibus, ubi harum observatio rei ecclesiam retardare possit".

Clarius autem haec explicantes in altera Constitutione addimus, quod etsi Nr. 10081.
Römische
Curie.
10. Oct. 1877.

“Cardinales expedire pulaverint, electionem post novam differre diem, etiam in hoc casu iisdem datam esse facultatem leges, quae ad clausuram Conclavis pertinent, relaxandi sive moderandi, Eoque magis facultatem iisdem Cardinalibus impertimur non serrandi caerimonias et praescriptiones consuetas, et super iisdem de novo disponendi praesertim vero circa custodiam Conclavis, seu loci ad electionem deputati, circa suppeditationem rerum ad victum pertinentium, qualitatem, dotes et numerum personarum admittendarum in loco praedicto, consueto tamen non amplioem, et circa emolumenta vel abolenda vel moderanda, aliaque hujusmodi”.

Attentis autem temporum adjunctis, derogavimus insuper nominatim *“Constitutioni Gregorii X. in Concilio Lugdunensi II. que incipit “Ubi periculum”* in ea parte, quae Dominis aliisque Rectoribus et Officialibus civitatis, in qua Romani Pontificis electio celebranda sit, auctoritatem et potestatem concedit, ut praescriptiones pro electione praedicta datas faciant observari. Pari modo derogavimus Constitutioni Clementis V. in Concilio Viennensi, cui initium *“Ne Romani”*, in ea parte, quae aliquam potestatem concedit executoribus in praedicta Constitutione Gregorii X. deputatis. Derogavimus demum Constitutioni *“In Eligendis”* Pii IV. in eo quod executores designat, Praefatos, Rectores, Officiales Urbis aliosque electos pro custodia Conclavis; et pro horum omnium effectu Cardinales singulos absolvimus ab editi juramenti vinculo de observandis Constitutionibus Romani Pontificis electionem spectantibus”.

Decrevimus praeterea in priore Constitutione, *“ut S. R. E. Cardinales, qui in proxima vacatione Apostolicae Sedis praesentes in Curia erunt, statim ac Nos supremum diem obire contingat, exequiis etiam in suffragium animae Nostrae nondum celebratis, et aliis Cardinalibus etiam de Latere Legatis, aut alia quaecumque causa, etiam cum venia, vel ex mandato Nostro absentibus per praescriptum decem dierum spatium minime exspectatis, statim, hujus Urbis rerum ac temporum circumstantiis serio perpensis, deliberent, an in eadem Urbe vel extra Italiam comitia de novo Pontifice eligendo sint habenda. Deliberationem autem, quaecumque ea sit, plenum effectum sortiri debere statuimus, in quam major Cardinalium tunc praesentium pars consenserit”*. Imo, fautori celeritati electionis futuri Pontificis, agentes de generali Congregatione post obitum Nostrum habenda, de qua infra, addidimus etiam, fas esse, ut Cardinales si praesentes electionem novi Pontificis in primo ipso Conventu perficiant”. Quod tamen ita intellectum volumus, ut, sicuti mox distinctius explicabimus, praesentium numerus uno saltem medietatem excedat Cardinalium tunc viventium, et omnino serventur quae servanda decernimus. Demum ad submovendam omnem morae causam, et praeventenda perturbationum pericula praecipimus in altera Constitutione, exequiarum *“solutum praetermitti apparatus a Constitutionibus, Ordinationibus, Consuetudine inductum; easque a Car-*

Nr. 10651.
Römische
Curie.
10. Oct. 1877.

dinalium Collegio peragi modesto ritu et forma in Palatii Vaticani Capella, si Pontifex extremum diem suum ibi claudere poterit".

Perpendentes vero indolem, vicissitudines et pericula praesentium temporum omnibus perspectissima, facere non possumus, quin vehementer exoptemus, locum, ubi electio habenda erit, extra fines Italiae designari. Quod sane desiderium Nostrum dum aperte prodimus, illud etiam atque etiam commendamus S. R. E. Cardinalibus. Verum si ex causis, quas praevidere nequimus, ipsi aliter censuerint, et comitia pro electione hic in Urbe, aut alibi in Italia habenda esse duxerint, volumus omnino et mandamus, ut in casu cujusvis injuriae Conclavis loco vel personis illatae, sive id ex facto contigerit publicae potestatis, sive privatorum, multo vero magis si manus injicerentur in aliquem e Cardinalibus, aut quisquam ex ipsis sustineretur quomodocumque aut prohiberetur a Conclavis accessu, Comitia illico dissolvantur, et ad tutiorem sedem transferantur extra Italiam; idque licet suffragia jam ferri coeperint. Concessarum vero facultatum limites designantes, in priore Constitutione decessimus "In ceteris tamen, quae celeri, quam summopere optamus, novi Pontificis electioni non officiant, maxime autem in rebus cum clausula electionem aliter factam irritante praescriptis, praeterea scilicet, quibus a Nobis nominatim derogatum est, Constitutiones ipsas etiam hac vice observandas mandamus — Et in altera Constitutione explicatius dicimus — Nihil tamen innovatum esse declaramus, sive generali Canonum sanctioni, ne Sede vacante aliquid innovetur, sive specialibus Constitutionibus, quibus cautum est, ne in Collegium Cardinalium ea potestas et jurisdictio transeat, quae ad Pontificem, dum viveret, pertinebat; ne Collegium de juribus Sedis Apostolicae Romanaeque ecclesiae quomodolibet disponere valeat; simulque declaratur, praedictum Collegium ea jura custodire ac defendere debere, nullo autem modo imminuere posse. Quamquam vero confidamus in Domino, pro Nobis perspecta eorumdem Cardinalium religione ac fide, nec Collegium, nec quemquam ex illo huic officio, quo solemniter etiam juramento adstringuntur, defuturum fore, tamen pro munere Nostri ratione, omnes ac singulos Cardinales monemus, et monendo eis praecipimus, ut canonicae regulae inhaerant atque neque directe aliquid Sedis Apostolicae et Romanae Ecclesiae juribus detrudere attentent, neque indirecte, per conniventiae scilicet speciem, seu per dissimulationem facinororum adversus ea jura peptatorum attentare videantur".

Considerantes quoque fieri posse, ut decederemus extra Urbem, haec, quae nunc confirmamus, mandavimus in priore Constitutione "*Ut autem facilius Cardinales concurre possint, volumus, ut in commemorato casa: ex eo extra Curiam loco, ubi nos omnipotens et elementissimus Deus ex hac vita migrare voluerit, Cardinalis quicumque adsit, aut, si plures erunt, eorum dignior, aut, si omnibus absentibus, Nuntius Apostolicus et, in ejus defectu, loci Ordinarius, aut Praeatus, et alius quispiam ecclesiastica dignitate insignitus (quibus quidem hoc Nostrum mandatum antea patefacere, Deo dante curabimus) quam celeriter de Pontificis morte Cardinalem Sacri Collegii Decanum, aliosque Cardi-*

nales, de quorum sede sit electus, certiores faciat, ut statim ad Comitia peragenda se compareant. Cardinalis autem Decanus, vel ipso impedito, alius Cardinalis dignitate potior, rite dum hujusmodi nuncium acceperit, vel quoris alio modo Apostolicæ Sedis vacationem certissime nocerit, una cum tribus antiquioribus Cardinalibus ex quolibet Ordine, et cum Cardinali S. R. E. Camerario, si una simul erunt, vel, ipsis absentibus cum aliis quibusque Cardinalibus, vel denum ipse solus, si reliqui omnino absint, eum locum ejusque regionis eligant, qui ipsis, vel ei ad habenda Comitia magis opportunus videbitur. Hinc, nulla interposita mora, idem Cardinalis Decanus, vel ipso impedito, alius Cardinalis, ut supra, ceteris Cardinalibus Apostolicæ Sedis vacationem significet, eosque ad novi Pontificis electionem advoct, ac de loco certiores faciat, in quo illam peragi deliberatum fuit. Omnibus autem Cardinalibus in virtute sanctæ obedientiæ præcipimus et mandamus, ut nisi legitimo impedimento detenti fuerint indictionis litteris obtemperare atque ad locum iisdem designatum pro perficienda Pontificis electione statim se conferre debeant. Ceteram in quemcumque alium locum rite præfinitum Cardinales convenerint, uti supra statuimus, atque decrevimus, omnino legitima, canonica atque valida erit habenda novi Pontificis electio, dummodo in illo loco tot Cardinales congregati fuerint, qui vel per unum duntaxat medietatem superent Cardinalium tunc viventium atque ea impleverint, quæ ad validam electionem efficiendam requiruntur, iis exceptis, quibus Nos expresse derogavimus. Quæcumque vero a Nobis superius hisce litteris pro priori casu decreta sunt ad Successoris Nostri electionem accedendam seu faciendam præstandam, ad hunc alterum casum extendimus; atque adeo omnia et singula, quæ in priore illa harum litterarum parte indulsimus, præcepimus, commendavimus, habenda perinde volumus, et declaramus, ac si pro altero etiam hoc casu indulta, præcepta et commendata specialiter fuissent."

Amovere autem cupientes difficultates, quæ subsistere adhuc valeant post Successoris Nostri electionem, addidimus: "Denique: etsi in bonam spem erigamur fore, ut Successor Noster melioribus fruatur temporibus, et in suprema hæc Petri Cathedra diu soleat; tamen ut contrario etiam, quem Deus avertat, providemus eventui, motu item proprio ac de Apostolicæ Auctoritatis plenitudine omnia, quæ in hisce Litteris ad utrumque casum sancita et constituta sunt, pro comitiis prima post mortem Nostram vice futuris extendimus, ac pari modo decernimus, pro altera electione post Successoris Nostri obitum perficienda, si nimirum nulla de his nova lege edita, Successor Noster decesserit."

Et in altera Constitutione diximus: "Facultates vero, quas Cardinalium Collegio per hæc et præteritas Litteras Nostras concessimus, vim suam exercere volumus eo modo et forma, qua ibi dictum est, non solum pro immediate futura Pontificis electione, sed etiam pro proxime insequenti, nisi a Nobis ipsis vel a Successore Nostro fuerint revocatae."

De ipso vero electionis modo nihil quoad suffragiorum numerum innovantes; decrevimus in priore Constitutione: "Statuto igitur Conciliorum loco

Nr. 10081.
Römische
Curie
10. Oct. 1877.

S. R. E. Cardinales electionem novi Pontificis sive in Curia ipsa, sive extra illam per secreta schedularum suffragia, duabus ex tribus praesentium Cardinalium partibus in scrutinio sive scrutinio et accessu eandem personam consentientibus, vel per compromissum, vel quasi per inspirationem, servata in his consuetam necessaria forma perficere valeant . . . Is igitur, qui a Cardinalibus, ut supra, praesentibus, ea qua statuimus ratione in locum Nostrum rite eligetur, erit omnino legitimus et verus Pontifex, Christi Vicarius, et Beati Petri Successor, ac uti talis ab universa Ecclesia agnosci et haberi debet.” Commendata autem Deo et Deiparae anima Nostra, subdidimus: “*Venerabiles Fratres Nostros S. R. E. Cardinales, qui nobis ex hac misera vita, ad aeternam quam speramus pacem evocatis, erunt superstites, per viscera misericordiae Jesu Christi vehementer obsecramus et obtestamur, ut humana quavis consideratione posthabita ac solam Dei gloriam spectantes concordissimis animis et voluntate in hanc unam curam studiosissime incumbant, ne diutius Petri navicula, tot tantisque jactata tempestatibus, Rectore suo careat, et Dominicus grex tot lupis undique irruentibus, Pastore destituatur; illud habentes propositum, ab optima et ceteri Summi Pontificis electione et Ecclesiae tranquillitatem et fidelis populi salutem hisce praesertim difficillimis asperrimisque temporibus vel maxime pendere, ipsosque severissimo Dei iudicio puniendos, si eorum culpa et negligentia erodiat, ut in tanto rerum discrimine longiori quam par est temporis spatio haec Apostolica Sedes vacet.*” De eadem vero gravissima re rursus agentes in altera Constitutione diximus: “Dum autem ad propositum finem expeditius assequendum materialem Conclavis, seu loci electionis, clausuram relaxari permittimus, obligationem secreti servandi in iis omnibus, quae ad electionem Romani Pontificis pertinent, et in iis, quae in Conclavi, seu loco electionis aguntur, haud quaquam relaxamus. Itaque eo modo et forma ac sub poenis a Decessorum Nostrorum Constitutionibus indictis praecipimus iterum et mandamus, ut secretum illud accuratissime servetur, atque ab aliis servari curetur, et quidem eo cautius et arctius, quo gravior se prodit temporum difficultas. In primis autem monemus et enixe in Domino obsecramus Cardinales, ut ad electionem procedant nulla propensione animi vel aversione commoti, nullius inclinati gratia aut obsequio, non intercessione in saeculo potentium moti, sed fixis in solam Dei gloriam et Ecclesiae utilitatem oculis, eum citius eligere contendant, quem prae ceteris dignum et sedulum universi gregis Christi Pastorem futurum esse existimaverint.”

Demum quoad sensum et interpretationem Constitutionum Nostrarum, postquam derogationes a Nobis factas explicavimus, et quae derogata non fuerant commemoravimus, in prioribus Constitutionibus diximus: “Si quae vero in hoc genere, sive super quocumque alio Nostrae hujus Constitutionis capite dubia exoriantur, ipsis Cardinalibus plenam tribuimus facultatem, qua Nostram Constitutionem interpretari, ac dubia ipsa declarare valeant. Qua quidem in re, quemadmodum in reliquis, de quibus ad Nostrae hujus constitutionis tramites circa electionis negotium (exempto nimirum ipso electionis actu), deliberare contingat,

satis omnino erit, si major congregatorum, ut supra, Cardinalium pars in eadem sententiam consentiat." In altera vero Constitutione decrevimus: "solius esse Cardinalium Collegii, aut majoris ejus partis, et non aliorum, judicare de necessitate, opportunitate casus omnium vel aliquarum dumtaxat e facultatibus a Nobis concessis."

Nr. 16681.
Königliche
Curie.
10. Oct. 1877.

Quoad promulgationem vero earundem Constitutionum, in ipsarum priore diximus: "Mandamus, ut hae Apostolicae Litterae voluntatis Nostri testes ipso die obitus Nostri, si per tempus licuerit, neve gravissimae difficultates obstant, in particulari Congregatione Cardinalium ejusecumque Ordinis Capitum recitentur per integrum, ac subinde illarum lectio, etsi facta fuerit, omnino iteretur eorum aliis Cardinalibus in loco praesentibus in prima generali Congregatione, sive ordinaria, sive extra ordinem indicenda. Quibus quidem Cardinalibus juxta ea, quae in hisce literis statuimus, liberum erit, ut servatis quae servanda praecipimus, electionem novi Pontificis vel in primo ipso conventu perficiant." In altera autem Constitutione diximus: "Quod de praeterita Constitutione Nostra Anni MDCCCLXXI fieri mandavimus, idem de hac etiam praecipimus, nempe et antea recitetur cum illa in particulari, deinde in generali Cardinalium Congregatione, quibus jus erit interpretandi ac explicandi quidquid dubii occurrere valeat in utriusque Constitutionis executione."

Haec autem, quae de praeteritarum Constitutionum promulgatione mandavimus, ad hanc modo extendimus, ita tamen ut Congregatio Generalis statim post Nostrum decessum habeatur in Palatio Apostolico Vaticano, ibique fiat promulgatio trium Constitutionum, ommissa etiam earundem recitatione in particulari Congregatione Cardinalium ejusecumque Ordinis capitum.

Ceterum quod de illis Constitutionibus mandavimus, idem de praesenti Constitutione, iisdemque Verbis decernimus, namque "Confirmamus easdem Litteras et facultates omnes de plenitudine Nostrae potestatis ibi concessas" iis tamen tantum exceptis, quae in praesenti Constitutione nec sancitae nec commemoratae fuerunt "nec non universas derogationes Apostolicarum Constitutionum modo et forma ibidem expressis, simulque vetamus excitari dubitationes de earum vi et efficacia, sive quod tempore vacationis Sedis Apostolicae ordo publicus perturbatus non videatur, sive quod abesse censeantur pericula, sive quovis alio obtentu; volumus enim eas in suo robore manere, plenumque suum consequi effectum, donec a Nobis fuerint revocatae."

Haec igitur, periculis nostrorum temporum totaque rei causa graviter considerata ac etiam Decessorum Nostrorum Pii VI., Pii VII. et Gregorii XVI. exemplis permoti statuimus, praescribimus, indulgemus, decernentes, praesentes Litteras et in eis contenta quaecumque etiam ex eo quod quilibet in praemissis de vel interesse habentes, seu habere praetendentes quomodolibet illis non conenserint nec ad ea vocati sive auditi fuerint, aut ex quibuslibet aliis causis impugnari minime posse, sed easdem semper ac perpetuo firmas, validas et efficaces existere et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri et obtinere, ac iis ad quos spectat et pro tempore spectabit suffragari, et ab eis

Nr. 10081.
Römische
Curie.
10. Oct. 1877.

respective et inviolabiliter observari debere, ac irritum et inane, si secus super his a quocumque quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari, non obstantibus, quatenus opus sit, de jure quaesito non tollendo, aliisque Nostris et Cancellariae Apostolicae regulis, itemque tam per Alexandrum III., Gregorium X., Clementem V., Pium IV., Gregorium XV., Clementem XII., aliosque Romanos Pontifices, Praedecessores Nostros, quam etiam per Nos de Romani Pontificis electione editis Constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis, quarum tenores praesentibus tamquam plene et sufficienter expressos ac de verbo ad verbum insertos habentes, iisdem omnibus et singulis ad praemissorum duntaxat effectum, illis quoad reliqua in iis contenta in suo valore permansuris, latissime et plenissime derogamus, ceterisque etiam individua ac specialissima mentione et derogatione dignis contrariis quibuscunque. Volumus insuper, ut praesentium Litterarum transumptis seu exemplis etiam impressis manu alicujus Notarii Apostolici subscriptis et sigillo munitis personae in ecclesiastica dignitate constitutae eadem prorsus fides habeatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur, si forent exhibitae vel ostensae. Nulli ergo hominum liceat hanc paginam Nostrae permissionis, dispensationis, facultatis, ordinationis, decreti, mandati, voluntatis, derogationis infringere, vel eî ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem Omnipotentis Dei ac Beatorum Petri et Pauli Apostolorum Ejus se noverit incursurum.

Datum Romae apud S. Petrum die 10. Octobris Anno 1877. Pontificatus Nostri Anno Tricesimo secundo.

Ego Pius catholicae Ecclesiae Episcopus

Antonius M. Cardinalis Panebianco M. P.

Raphael Cardinalis Monaco Vicarius.

Joannes Card. Simeoni a Secretis Status.

Nr. 10082. RÖMISCHE CURIE. — Reglement für das Cardinalscollegium bei Erledigung des h. Stuhles. (10. Jan. 1878.)

Nr. 10082.
Römische
Curie.
10. Jan. 1878.

Le gravissime condizioni, nelle quali trovasi la s. Sede pel fatto della usurpazione dei domini della Chiesa e della stessa Capitale dell' Orbe cattolico ci hanno ispirato di provvedere, per quanto è in Nostro potere, accioclè la vacanza della S. Sede non riesca dannosa al decoro ed agli interessi della medesima.

A tale scopo abbiamo nominata una Commissione composta di alcuni Cardinali di S. Romana Chiesa, incaricandola di pigliare ad esame varii quesiti relativi alle probabili eventualità, che possano nascere nel tempo della vacanza della Sede Apostolica. || Tali quesiti presi a maturo esame dalla mentovata Commissione sopra delle basi da Noi stessi prescritte sono stati d'ordine Nostro redatti sotto la forma del seguente Regolamento, cui intendiamo as-

soggettare l'attitudine da prendersi durante la detta vacanza dagli amantissimi figli Nostri i Cardinali di Santa Romana Chiesa. || 1. L'attitudine del S. Collegio durante la vacanza della S. Sede dovrà essere la medesima, che da esso fu tenuta dal giorno dell' occupazione di Roma. Quindi a i Cardinali nè individualmente, nè collettivamente si popranno in relazione con qualsiasi autorità governativa, b) vestiranno e usciranno privatamente come finora; c) non farano funzioni in pubblico. || 2. Il Cardinale Prefetto dei S. S. Palazzi avviserà a tempo il Cardinale Camerlengo di recarsi al Vaticano. || 3. Il Cardinale Camerlengo appena avrà riecunto tale avviso si porterà all' Apostolico Palazzo, onde farvi atto di sovranità col pigliarne possesso, non più lasciarlo e compiervi le incombenze del suo officio. || 4. Essendo il Cardinale Camerlengo l'unica autorità legale per riconoscere il decesso del Pontefice, egli ne stenderà l'atto regolare. || 5. L'apposizione dei sigilli sull' appartamento del Pontefice sarà esclusivamente fatta dal Cardinale Camerlengo tanto nell' interesse della S. Sede, quanto in quello di qualunque privato. Una qualsiasi violazione di questa prescrizione dovrà considerarsi come un atto di violenza contro la libertà del S. Collegio e la Sovranità della S. Romana Chiesa. || 6. Lo stesso Camerlengo darà la partecipazione della morte del Pontefice unicamente al Cardinal Vicario allo scopo di far conoscere al Popolo di Roma l'accaduta disgrazia col mezzo di una Notificazione, nella quale il Cardinal Vicario dovrà annunziare, che ne ha avuta comunicazione dalla competente autorità, cioè dal Cardinal Camerlengo. Nella medesima il Cardinal Vicario dirà, che i funerali si faranno nella Basilica Vaticana dal Capitolo di S. Pietro. || 7. Parimenti a suo tempo il Cardinal Prefetto dei S. S. Palazzi avviserà il Cardinale Decano, perchè inviti i suoi Colleghi a ricarsi al Vaticano. || 8. Il Cardinal Decano in tale invito, il quale dovrà esser datato dall' Apostolico Palazzo, avvertirà il S. Collegio di accedervi conforme alle prescrizioni dell' articolo primo del presente Regolamento. || 9. Avvenuta la vacanza della S. Sede, si chiuderanno subito le porte dell' Apostolico Palazzo. Nessuno potrà entrarvi senza un permesso del Cardinale Camerlengo. Dopo però i Novendiali l'accesso esterno ai Musei ed alla Biblioteca sarà riaperto, onde il pubblico li visitare come finora, meno il caso, in cui gli avversarii della S. Sede volessero servirsi di questa concessione come di pretesto per penetrare nelle altri parti del Vaticano. || 10. Se si presentasse alle porte del Vaticano persona, o accompagnata da persone armate allo scopo d'invaderlo, non si apriranno le porte, ma si lasceranno piuttosto atterare dall' invasore. || 11. Se qualche inviato sia del Governo, sia del Municipio si presentasse al Vaticano, la guardia di servizio domanderà di conoscere la qualifica e le intenzioni del medesimo ed ottenutasi la domandata risposta, sarà portata al Cardinale Camerlengo, il quale si regolerà secondo le circostanze. || 12. Se qualcuna delle autorità politiche, o civili desiderasse parlare col Cardinal Decano, o col Cardinal Camerlengo, il Cardinale aderirà alla richiesta, ricevendo la persona in un luogo da destinarsi prima a tale scopo, quale luogo dovrà esser distinto dalle abitazioni destinate ai Cardinali,

Nr. 10052.
Römische
Curie.
10. Jan. 1878.

e non mai in quelle parti dell' Apostolico Palazzo dove riceverà tutti gli altri, che hanno il diritto di venire ammessi alla sua presenza, essendone per qualsiasi titolo degni. || L'accesso all' anzidetto luogo dovrà essere dalla parte esterna dei Musei. || Il Camerlengo però, o chiunque altro non riceverà colui, che avesse dichiarato di voler venire per fare atti di sovranità, impossessarsi di qualunque parte del Vaticano, o violare in qualsiasi modo i diritti della S. Sede. || 13. Verificandosi che il Governo attuale offrisse i suoi servizi ed il suo appoggio al S. Collegio, tale offerta può venir fatta in due modi, in scritto, o verbalmente presentandosi un qualsivoglia Rappresentante del Governo medesimo sia al Cardinal Decano, sia al Cardinal Camerlengo. || Nel primo caso il Cardinale si asterra dal rispondere alla mentovata comunicazione ed invece dirigerà al Corpo diplomatico accreditato presso la S. Sede una Nota, colla quale il medesimo verrà pregato di far conoscere al Governo, che attualmente occupa Roma a) che il S. Collegio memore dei suoi giuramenti non può nulla cambiare alla situazione lasciategli dal Pontefice, che deve trasmettere intatta, al Successore di Lui; b) che conseguentemente non può il S. Collegio entrare in relazione con un Governo, col quale il Pontefice non aveva alcun rapporto; c) che d'altronde per l'interno dell' Apostolico Palazzo non ha bisogno di alcun aiuto e quanto alla tranquillità esterna non governando la città non può esserne responsabile. || Nel secondo caso poi, ove un Rappresentante del Governo chiedesse di parlare al Cardinal Camerlengo, o al Cardinale Decano, il medesimo lo riceverà come si è detto all' articolo 12 e ne profitterà per emettere le stesse dichiarazioni e proteste qui sopra accennate per il caso ove si dovesse dirigere una Nota al Corpo diplomatico. || In qualunque caso poi nessun altro Membro del S. Collegio potrà ricevere tali visite o comunicazioni per parte degli attuali Governanti, ma le rimanderà ai Cardinali Capi di Ordine, o al Cardinale Camerlengo allo scopo di conservare in quei difficili momenti l'unità di autorità, di azione e di direzione.

14. Nel caso di violenze esterne dirette a provocare disordini ed avere motivo di entrare nel Vaticano il S. Collegio prenderà le misure necessarie, e ne darà avviso al Corpo diplomatico, onde l'ordine sia ristabilito e la libertà venga ridonata ai Cardinali. || 15. Nel caso di tentavi per impadronirsi della Biblioteca, dei Musei, degli Archivi, o di qualunque altra parte del Vaticano si chiuderanno le porte, si lascerà atterrarle e fattasi la dovuta protesta dal Cardinal Camerlengo, ne sarà data partecipazione con Nota ufficiale al corpo diplomatico. || 16. Si protesterà ugualmente nel caso, in cui si tentasse di disarmare le guardie di Palazzo e di sostinervi le forze Italiane. || 17. Tutte le Congregazioni tanto quelle dei Capi di Ordine, quanto quelle generali dell' interno S. Collegio si dovranno tenere nel Palazzo Vaticano. || 18. Adunatisi i Cardinali per tenere la prima Congregazione generale piglieranno i necessari provvedimenti per la celebrazione del Conclave. || 19. Il S. Collegio, avuto riguardo alla località disponibile ed al minore possibile dispendio, delibererà sull' ammissione dei Conclavisti, nonchè sul numero dei Maestri delle Ceri-

monie, inservienti ed altri, che soleano ammettersi nel Conclave. || 20. Nell'occasione che si dovranno prestare dal S. Collegio i consueti giuramenti, il medesimo rinnoverà tutte le proteste fatte dal Pontefice a difesa dei diritti, delle leggi e dei beni della S. Sede e della Chiesa dandone comunicazione al Corpo diplomatico. || 21. Le partecipazioni tanto ai Rappresentanti Pontificii, che ai Cardinali, i quali non si troveranno in Roma all'ora della digrazia dovranno farsi subito per via di telegramma, nel quale dopo aver partecipato l'annuncio dell'accaduto si dovranno aggiungere le seguenti parole, "il resto per lettera". Dopo la prima Congregazione poi si ripeterà la stessa comunicazione col mezzo di lettere raccomandate per indicare ai medesimi il luogo ed il tempo, in cui si sarà stabilito di tenere il Conclave. || 22. Nella prima Adunanza dei Capi d'Ordine col Cardinale Camerlengo si spediranno tutte le partecipazioni ai Governi secondo l'uso, cioè sulla base che esse saranno dirette a tutti i Governi anche a quelli, coi quali la S. Sede non ha rapporti diplomatici, tanto nel caso che questi non sieno esistiti mai, quanto in quello che sieno stati interrotti, purchè si tratti di Governi che furono riconosciuti dal Sommo Pontefice defunto. In questo modo si eviterà la partecipazione a tutti i Sovrani che presentemente non sono dalla S. Sede riconosciuti. || 23. Non dovendo il S. Collegio conforme all'art. 1° del presente Regolamento nulla innovare, durante la vacanza dell'Apostolica Sede, circa la situazione lasciatagli dal Pontefice non potrà accettare Rappresentanti di quelle Potenze, che hanno rotto le loro relazioni diplomatiche colla S. Sede, se anche ne fosse richiesto da qualcuna delle medesime. || 24. La salma del Pontefice, quanto prima sarà possibile, dovrà essere vestita pontificalmente e portata privatamente per la scala interna a S. Pietro nella Capella del SS^{mo} Sacramento, ove data l'assoluzione, sarà esposta sotto la custodia di quattro Guardie nobili ed a cancello chiuso. || 25. Il S. Collegio per tutto ciò che non sarà diversamente prescritto da Pontificie speciali disposizioni rapporte al luogo ed al modo della tumulazione, si regolerà conforme alle relative norme ed usi che si sono praticati sempre, per quanto le attuali circostanze lo permetteranno, e la tumulazione avrà luogo coll'intervento dei Cardinali a porte chiuse.

26. Oltre le esequie, che si celebreranno pubblicamente in S. Pietro, i Cardinali le faranno privatamente alla Capella Sistina, coll'assistenza della Prelatura e degli aventi diritto alle Capelle Pontificie, o Cardinalizie. || 27. Gli atti che hanno luogo nella vacanza della S. Sede, saranno redatti da un Chierico di Camera, il quale rivestirà pure la qualifica di Protototario Apostolico, nonché del Notaro della Camera Apostolica. || 28. Il Cardinale Camerlengo avrà cura di provvedere a quei cambiamenti resi dalle circostanze necessari, che si riferiscono alla custodia di alcuni rami di amministrazione soliti già ad affidarsi ai singoli Prelati Chierici di Camera. || 29. Egli avrà egualmente cura, in vista delle circostanze, a che sia provveduto al vitto dei Cardinali nel palazzo stesso del Vaticano. || Il medesimo Cardinale invigilerà parimenti, affinchè in questa circostanza, come in tutte le altre relative

Nr. 10052.
Römische
Curie.
10. Jan. 1878.

alle comunicazioni colle persone estranee al Conclave non vengano infraute le più rigorose prescrizioni sulle proibite comunicazioni del Conclave non chinessia. || 30. Qualora poi nella prima Congregazione generale il S. Collegio risolvesse di tenere il Conclave fuori d'Italia si dovrà subito avviso ai Cardinali che non si troveranno in Curia. || 31. Si dovrà nel medesimo avviso indicare il luogo del convegno e fiscare il giorno, in cui dovranno trovarsi nell' indicato luogo. || 32. Nel medesimo caso i Cardinali Capi d'Ordine dovranno partecipare tale risoluzione al Corpo diplomatico invitandolo a seguire il S. Collegio nel luogo ove il medesimo avrà stabilito di recarsi, ed ove giunto adotterà quelle misure e providenze che crederà più utili ed opportuno.

Dopo aver preso esatta cognizione di questo Regolamento ed averne maturamente ponderati i singoli articoli intendiamo, che tutte le prescrizioni del medesimo sieno dal S. Collegio osservate, tanto nella parte che contiene nuove disposizioni, quanto rapporto alle deroghe di leggi ed usi, che in tempi normali soleano osservarsi durante la vacanza della S. Sede.

Conseguentemente ad impedire mali maggiori erigiamo in legge della prossima vacanza dell' Apostolica Sede il presente Regolamento, ed invocati i lumi dello Spirito Santo, colle pienezza della Nostra Suprema Potestà lo approviamo, confermiamo e sanzioniamo, apponendovi la Nostra firma ed il Nostro Pontificio sigillo, e lo vogliamo osservato nonostante qualunque altro legge, ordinamento e consuetudine.

Fatto in Roma al Vaticano li 10. Gennaio 1878.

Pius PP. IX.

(Uebersetzung nach Verings Archiv.)

Verordnung, welche vom hl. Collegium gelegentlich der Vacanz des Apostolischen Stuhles zu beobachten ist.

Die schwierige Lage, in der sich der hl. Stuhl durch die Thatsache der Usurpation der Besitzungen der Kirche und der Hauptstadt des katholischen Erdkreises befindet, hat es Uns eingegeben, soviel es in Unserer Macht steht vorzusehen, auf dass die Erledigung des hl. Stuhles dem Ansehen und den Interessen desselben nicht zum Schaden gereiche. || Zu diesem Zwecke haben Wir eine Commission aus mehreren Cardinälen der heiligen römischen Kirche bestehend ernannt, die Wir beauftragt haben, einige Fragen der Prüfung zu unterziehen, welche auf die wahrscheinlichen Eventualitäten Bezug haben, die zur Zeit der Vacanz des Apostolischen Stuhles entstehen können. || Nachdem diese Fragen auf Grund der von Uns selbst vorgeschriebenen Basis durch die genannte Commission reichlich geprüft, sind sie auf Unsern Befehl herausgegeben in die Form der hier folgenden Verordnung, der sich die Haltung Unserer Geliebtesten Söhne, der Cardinäle der heiligen römischen Kirche, während der genannten Vacanz zu unterwerfen haben soll.

1. Die Haltung des hl. Collegiums während der Vacanz des hl. Stuhles

wird dieselbe bleiben, wie sie es seit dem Tage der Occupation Roms war. Daher a) können die Cardinäle weder einzeln noch gemeinsam in Beziehung treten zu was immer für einer Regierungsmacht; b) werden sie sich als Privatpersonen so kleiden und ausgehen wie bisher; c) werden sie keine Functionen öffentlich vornehmen. || 2. Der Cardinal-Palast-Präfect wird dem Cardinal Camerlengo rechtzeitig Nachricht geben, er habe sich in den Vatican zu verfügen. || 3. Sobald der Cardinal Camerlengo diese Nachricht erhalten hat, begiebt er sich zum Apostolischen Palast, in welchem er durch dessen Uebernahme einen Akt der Souveränität vornimmt, ihn ferner nicht verlässt und dort die Pflichten seines Amtes erfüllt. || 4. Der Cardinal Camerlengo, als einzige gesetzliche Autorität zur Beglaubigung des Todes des Papstes, hat diesen Akt sogleich regulär zu beurkunden. || 5. Die Versiegelung des päpstlichen Gemaches geschieht, sowohl im Interesse des hl. Stuhles, als in dem eines jedweden Privaten, ausschliesslich durch den Card. Camerlengo. Jede Verletzung dieser Vorschrift ist als eine Gewaltthat gegen die Freiheit des hl. Collegiums und das Oberhaupt der heiligen römischen Kirche zu betrachten. || 6. Dem Card. Camerlengo kommt es allein zu, die Nachricht vom Tode des Papstes an den Cardinal-Vicar zu machen, damit dieser dem römischen Volke die Trauerbotschaft mittelst einer Kundmachung mittheilt, in welcher der Cardinal-Vicar zu verkünden hat, dass es ihm von der competenten Autorität, d. h. dem Card. Camerlengo, mitgetheilt wurde. In dieser Kundmachung wird der Cardinal-Vicar sagen, dass die Funeralien in der vaticanischen Basilica vom Capitel des hl. Petrus vorgenommen werden. || 7. Ebenso hat der Cardinal-Palast-Präfect zeitig dem Cardinal-Decan Mittheilung zu machen, damit er seine Collegen einlade, sich zum Vatican zu begeben. || 8. Der Cardinal-Decan hat in dieser Einladung, welche vom Apostolischen Palaste datirt sein muss, dem hl. Collegium mitzutheilen, es habe sich dahin zu verfügen gemäss den Vorschriften des Artikels 1 gegenwärtiger Verordnung. || 9. Bei geschehener Erledigung des hl. Stuhles sind die Thüren des Apostolischen Palastes sogleich zu schliessen. Niemand wird eintreten können ohne eine Erlaubniss des Card. Camerlengo. Der äussere Zugang zu den Museen und zur Bibliothek wird nach 9 Tagen geöffnet, damit das Publikum dieselben wie bisher besuchen kann, ausgenommen den Fall, dass die Widersacher des hl. Stuhles diese Concession als Vorwand würden benützen wollen, um in die anderen Theile des Vaticans einzudringen. || 10. Sollte sich an den Pforten des Vaticans eine Person, oder eine von bewaffneten Personen begleitete Person zeigen, um einzubrechen, so sind die Pforten nicht zu öffnen, sondern eher niederreissen zu lassen durch die Ueberfallenden. || 11. Sollte irgend ein Abgesandter, sei es von der Regierung, sei es von der Gemeindevertretung, beim Vatican erscheinen, so hat die dienstthuende Wache Kenntniss zu verlangen über die Eigenschaft und die Absichten desselben und, nachdem er diese begehrte Antwort erhalten, dieselbe dem Card. Camerlengo zu überbringen, der sich dann nach den Verhältnissen richten wird. || 12. Wenn irgend eine politische oder bürgerliche

Nr. 10082.
Römische
Curie.

Autorität wünschen sollte, mit dem Cardinal-Decan oder dem Card. Camerlengo zu sprechen, so wird der Cardinal dem Ansuchen entsprechen, indem er die Persönlichkeit in einem zu diesem Zwecke im voraus zu bestimmenden Raume empfängt, der jedoch von den für die Cardinäle bestimmten Wohnungen abge sondert und keinesfalls in jenem Theile des Apostolischen Palastes gelegen sein soll, in dem er alle Jene empfängt, welche, durch irgend welchen Titel würdig, das Recht haben, bei seiner Person vorgelassen zu werden. Der Zugang zum ersterwähnten Raume soll von dem äusseren Theil der Museen sein.

Der Cardinal Camerlengo, oder wer sonst, wird denjenigen nicht empfangen, welcher erklärt hat, er komme, um souveräne Handlungen vorzunehmen, von irgend einem Theil des Vaticans Besitz zu nehmen, oder in irgend welcher Weise die Rechte des hl. Stuhles zu verletzen. § 13. Sollte es sich herausstellen, dass die gegenwärtige Regierung ihre Dienste und ihren Schutz dem hl. Collegium anbietet, so kann ein solches Anerbieten in zweifacher Art geschehen, entweder schriftlich oder mündlich durch einen Vertreter derselben Regierung vor dem Cardinal-Decan oder dem Card. Camerlengo. § Im ersten Falle wird der Cardinal sich einer Antwort auf die erwähnte Mittheilung enthalten und anstatt dessen dem bei dem hl. Stuhle beglaubigten diplom. Corps eine Note zugehen lassen, derselbe sei gebeten, er möge der Regierung, welche Rom thatsächlich occupirt hält, zur Kenntniss bringen, a) dass das hl. Collegium, eingedenk seines Eides, nichts an der Lage ändern könne, wie sie ihm vom Papste überlassen ist, und sie unverändert seinem Nachfolger übergeben müsse; b) dass folglich das heilige Colleg nicht mit einer Regierung in Beziehung treten kann, mit welcher der Papst keinerlei Verkehr hatte; c) dass es übrigens für das Innere des Apostolischen Palastes keiner Hilfe benöthige und, was die äussere Ruhe betreffe, sie, keine Verantwortung für die Stadt haben könne, welche sie nicht regiere. § Im zweiten Fall sodann, in welchem ein Vertreter der Regierung den Card. Camerlengo, oder den Cardinal-Decan zu sprechen verlangte, wird ihn dieser gemäss Art. 12 empfangen und die Gelegenheit benutzen, demselben diese oben für den Fall, in dem seine Note an das diplomatische Corps zu richten ist, bezeichneten Erklärungen und Proteste kundzuthun. § In jenem Falle darf kein anderes Mitglied des hl. Collegs weder solche Besuche empfangen, noch Mittheilungen seitens der leitenden Regierung annehmen, sondern wird dieselben den Cardinälen Capi di Ordine [Card.-Decan, I Card.-Presbyter und I Card.-Diacon] oder dem Card. Camerlengo zuweisen, auf dass in diesen so schwierigen Momenten die Einheit der Autorität, der Handlung und der Führung bewahrt werde.

14. Sollten ausserhalb Gewaltthaten geübt werden in der Absicht, Unordnungen hervorzurufen, um Grund zu haben, in den Vatican einzudringen, so hat das hl. Collegium die nöthigen Maassregeln zu ergreifen und dem diplomatischen Corps Mittheilung zu machen, auf dass die Ordnung hergestellt und den Cardinälen die Freiheit wiedergegeben werde. § 15. Für den Fall, dass Versuche gemacht würden, sich der Bibliothek, der Museen, der Archive, oder

eines andern Theils des Vaticans zu bemächtigen, sind die Thore zu schliessen, um sie nur der Gewalt weichen zu lassen und den pflichtgemässen Protest als amtliche Note durch den Cardinal Camerlengo bei dem diplomatischen Corps zu erheben. || 16. Desgleichen ist zu protestiren für den Fall des Versuches, die Wachen des Palastes zu entwarfeln und sie durch italienische Truppen zu ersetzen. || 17. Alle Versammlungen, sowohl jene der Capi di Ordine, als jene generelle des inneren hl. Collegiums, werden im vaticanischen Palaste gehalten werden. || 18. Die Cardinäle, welche sich versammelt haben, werden zur Abhaltung der ersten allgemeinen Congregation die nöthigen Vorkehrungen treffen für die Feier des Conclave. || 19. Das hl. Collegium wird nach Berücksichtigung der vorhandenen Räumlichkeit und möglichst geringen Ausgaben über die Zulassung der Conclavisten, sowie über die Anzahl der Ceremonien-Meister, der Bediensteten und anderer, welche dem Conclave beizuwohnen gewohnt sind, entscheiden. || 20. Gelegentlich der schuldigen Eidesleistung des hl. Collegiums hat dasselbe die vom Papste erhobenen Proteste zur Vertheidigung der Rechte, der Gesetze und der Güter des hl. Stuhles und der Kirche zu erneuern und eine Mittheilung darüber an das diplomatische Corps zu machen. || 21. Die Anzeige der Todesnachricht an die päpstlichen Gesandten, sowie an jene Cardinäle, die zur Stunde des Todes ausserhalb Roms weilen, sollen schleunigst mittelst Telegramms gemacht werden, in welchem nach der geschehenen Meldung des Todes die folgenden Worte sich anschliessen sollen: „das Uebrigere brüderlich“. Nach der ersten Congregation wird die Nachricht mittelst recommandirter Briefe wiederholt, um in denselben Ort und Zeit anzugeben, die zur Abhaltung des Conclave festgesetzt wurden. || 22. Bei der ersten Versammlung der Capi di Ordine mit dem Cardinal Camerlengo sind alle Nachrichten an die Regierungen dem Gebrauch gemäss zu versenden, d. h. in der Weise, dass sie an alle Regierungen, auch an solche gerichtet werden, mit denen der hl. Stuhl nicht in Beziehung steht, sowohl im Falle als eine Beziehung nie bestand, als auch dass diese unterbrochen worden sei. — wenn es sich nur um Regierungen handelt, die vom höchstseligen Papste anerkannt wurden. Auf diese Weise wird die Mittheilung an alle jene Souveräne vermieden, welche gegenwärtig vom hl. Stuhle nicht anerkannt sind. || 23. Da das hl. Collegium gemäss Art. 1 dieser Verordnung keine Neuerung machen darf während der Erledigung des Apostolischen Stuhles in Betreff der vom Papste hinterlassenen Lage, so wird es nicht empfangen können Vertreter jener Mächte, welche ihre diplomatischen Beziehungen zum hl. Stuhl abgebrochen haben, auch wenn es einer derselben von ihm verlangen würde. || 24. Die Leiche des Papstes soll möglichst bald päpstlich gekleidet und im Stillen über die innere Stiege nach St. Peter getragen werden zur Sacramentscapelle, wo sie nach ertheilter Absolution ausgestellt wird unter dem Schutze von vier Nobelgardisten und bei geschlossenem Gitter. || 25. In allem, worüber nicht von den Päpsten eigens getroffene Anordnungen bezüglich des Ortes und der Art des Begräbnisses bestehen, hat sich das hl. Collegium nach den bezüglichlichen Normen und Ge-

Nr. 10952.
Römische
Curie.

bräuchen zu richten, wie sie immer üblich waren, insofern es die thatsächlichen Verhältnisse erlauben werden, und die Beisetzung soll im Beisein der Cardinäle bei geschlossenen Thüren stattfinden. || 26. Ausser den Exequien, welche öffentlich in St. Peter gefeiert werden, werden die Cardinäle dieselben noch privatim in der Sixtinischen Capelle unter Assistenz der Prälatur und den zu den päpstlichen oder Cardinals-Capellen Zutritt Habenden || 27. Die Urkunden, welche bei dem Ereigniss der Vacanz des hl. Stuhles aufzunehmen sind, werden verfasst durch einen Chierico di Camera, welcher lediglich die Eigenschaft eines Protonotarius Apostolicus hat, und durch einen Notarius der Camera Apostolica. || 28. Der Cardinal Camerlengo wird Vorsorge treffen für die durch die Verhältnisse nothwendigen Veränderungen, bezüglich der Ueberwachung einiger Zweige der Verwaltung, welche gewohnheitsgemäss einzelnen Prelati Chierici di Camera anvertraut werden. || 29. Er wird desgleichen Sorge tragen in Anbetracht der Umstände, dass für die Beköstigung der Cardinäle im vaticanischen Palast selbst vorgesehen werde. || Derselbe Cardinal hat desgleichen darüber zu wachen, dass in diesen, sowie all den andern, auf den Verkehr mit den Personen ausserhalb des Conclave bezüglichen Umständen die strengsten Vorschriften über den verbotenen Verkehr des Conclave mit Wem immer nicht übertreten werden. || 30. Dann, wenn das hl. Collegium in der ersten allgemeinen Congregation beschliessen sollte, das Conclave ausserhalb Italiens zu halten, müssen die Cardinäle sofort benachrichtigt werden, welche sich nicht bei der Curie befinden. || 31. Diese Nachricht hat zugleich den Ort der Zusammenkunft anzugeben und den Tag festzusetzen, an dem sie sich am bezeichneten Orte einfinden sollen. || 32. In diesem Falle haben die Cardinäle, Capi di Ordine einen solchen Entschluss dem diplomatischen Corps mitzutheilen, in dem sie denselben einladen, dem hl. Collegium an den Ort zu folgen, wohin es festgesetzt sich zu begeben, und woselbst angelangt, dieselben Massregeln und Verfügungen zur Anwendung kommen, welche es nützlich und zweckmässig findet.

Nachdem Wir genaue Kenntniss genommen von dieser Verordnung und deren einzelne Artikel reiflich erwogen haben, beabsichtigen wir, dass alle dessen Vorschriften vom hl. Collegium beobachtet werden, sowohl in dem Theil, der neue Verfügungen betrifft, als auch bezüglich aller Aufhebung von Gesetzen und Gebräuchen, welche in regulären Zeiten gewöhnlich während der Vacanz des hl. Stuhles beobachtet zu werden pflegen. || Weiter erklären wir zur Verhütung grösserer Uebel das gegenwärtige regolamento als Gesetz für die nächste Vacanz des Apostolischen Stuhles, und indem wir die Erleuchtung des hl. Geistes anrufen, genehmigen, bestätigen und sanktioniren wir dasselbe in der Fülle unserer höchsten Gewalt, fügen demselben unsere Unterschrift bei und unser päpstliches Siegel und wollen wir dasselbe beobachtet wissen ohne Rücksicht auf irgend welches andere Gesetz, Verordnung oder Gewohnheit. || Gegeben zu Rom im Vatican am 10. Januar 1878.

Pius PP. IX.

Nr. 10083. **RÖMISCHE CURIE.** — Schreiben des Cardinal-Staatssecretärs Rampolla an den Bischof von Saint-Flour über das Verhältniss der Kirche zu den verschiedenen Staatsformen. (6. December 1890.)*)

Illustrissime et Reverendissime Domine!

Redditae mihi sunt litterae ab Amplitudine Tua die XIX. novembris datae, quibus erat injecta mentio dissidii sententiarum, quod nuper excitum est in Galliis super re gravissima; quod dissidium eo magis abesse oporteret, quo magis necessaria est inter catholicos omnes summa voluntatum conjunctio.

Quae mens ac sententia sit Apostolicae Sedis ea super re, facile dignoscere potes ex doctrina explicata in actis, quae ab eadem prodire. Patet ex illis, catholicam Ecclesiam, cujus divina missio tempora et loca omnia complectitur, nihil in sua constitutione et doctrinis habere, quod ab aliqua abhorreat reipublicae forma, quum singulae optimum civitatis statum parare ac tueri possint, si justae ac prudenter adhibeantur. Scilicet Ecclesia, assurgens supra mutabilis imperii formas ac contentiones et studia partium, spectat imprimis religionis incrementa et animarum salutem, quod bonum supremum est, cui curando ac provehendo studium operamque omnem sedulo debet conferre.

Haec cogitans et animo intendens Apostolica Sedes, traditionem sequens aetatum omnium, non modo civiles potestates observat (sive unius, sive plurium imperio regatur respublica, sed etiam cum iis agit missis acceptisque nunciis et legatis, et consilia confert ad transigenda negotia et definiendas quaestiones, quae mutuas rationes Ecclesiae et reipublicae attingunt. Perfunctio huius muneris, cuius amplitudo humanas res supereminet, nullum infert praeiudicium juribus, quae forte ad aliquos spectare possunt, velut sapienter declaravit sanctae memoriae Pontifex Gregorius XVI., decessorum suorum vestigia sequens, in Litteris Apostolicis die VII. augusti datis anno 1831, quarum initium: "Sollicitudo" **). Itaque eodem studio curandi religionis bonum, quo ducitur Sancta Sedes in negotiis agendis colendisque mutuis officiis cum rectoribus civitatum, ducantur etiam fideles oportet in actibus non modo privatae vitae, sed etiam publicae. Quapropter, ubi id postulent religionis rationes, nec ulla justa ac peculiaris causa impediatur, par est, ut fideles ad rem publicam capessendam accedant, ut eorum industria et auctoritate institutiones ac leges ad justitiae normam exigantur, ac religionis spiritus et beneficii vis in universam rei publicae compagem influat.

*) Vgl. Schulthess' Gesch.-Kalender Jahrg. 1890 S. 215 u. S. 261.

**) "Si . . . (a Nobis vel a successoribus Nostris) cum iis, qui alio quocumque gubernationis genere rei publicae praesunt, tractari aut sanciri aliquid contigerit, nullum ex actibus, ordinationibus et conventionibus id generis jus iisdem attributum, acquisitum probatumque sit, ac nullum adversus ceterorum iura . . . discrimen iacturaeque et immutationis argumentum illatum censi possit ac debeat?"

Nr. 10083.
Römische
Curie.
6. Dec. 1890.

Jamvero, quod ad catholicos attinet, qui in Gallia sunt, dubitandum non est, quin opportunum ac salutare opus gesturi sint, si, perpensa conditione in qua jampridem eorum patria versatur, eam velint inire viam, quae illos ad nobilem, quem dixi, finem expeditius et efficacius perducatur. Ad hoc opus efficiendum, multum conferre potest sapiens et concors episcoporum actio, multum fidelium ipsorum prudentia, plurimum denique vis ipsa progredientis actatis. Interim vero, cum necessitas tuendi religionem et principia, quibus socialis ordo continetur, curas in praesens in se convertat virorum omnium, quibus humanae societatis salus cordi est, expedit summopere, ut Gallici fideles in unum consentiant et hanc sibi provinciam suscipiant, in qua actuosas vires ac zelum magnanimum exercent.

Qui vellent Ecclesiam viresque catholicas in aciem angustiore deducere iisque uti ad concertationes studiis partium excitas, hi averterent animum a cogitatione bonorum maximorum, ad quae vires illas converti oportet; frustra illas absumerent nullum salutis vel gloriae fructum edituras; gravem denique inferrent illustri Gallorum nationi perniciem, sinentes in ea imminui ea summa recti verique principia, ea opera egregia et catholicas traditiones, quae quasi communis gentis thesaurus validas illi semper praebuere vires et praeclara laudis ornamenta.

Ceterum mihi certa spes inest fore, ut Galliarum catholici, quorum comperit et eximium religionis studium et singularis caritas in patriam, probe percipiant, quae sint officia sibi ab hac temporum necessitate imposita, et dicto audientes pastoribus suis opus aggrediantur summa animorum consensione et conjunctione virium, quae sola potest tuto ad optatum finem perducere. || Hac fiducia fretus, sensus Tibi profiteri gaudeo peculiaris existimationis, quam sum ex animo Amplitudinis Tuae etc.

M. Card. Rampolla.

Nr. 10084. RÖMISCHE CURIE. — Encyclica Papst Leo' XIII. über die Arbeiterfrage, vom 15. Mai 1891.

Venerabilibus Fratribus Patriarchis, Primatibus, Archiepiscopis et Episcopis universi catholici orbis gratiam et communionem cum Apostolica Sede habentibus.

Leo PP. XIII.

Venerabiles fratres! Salutem et apostolicam benedictionem.

Nr. 10084.
Römische
Curie.
15. Mai 1891.

Rerum novarum semel excitata cupidine, quae diu quidem commovet civitates, illud erat consecutum, ut commutationum studia a rationibus politici in oeconomicarum cognatum genus aliquando defluerent. — Revera nova industriae incrementa novisque euntes itineribus artes: mutatae dominorum et mercenariorum rationes mutuae: divitiarum in exiguo numero affluentia, in multitudine inopia: opificum cum de se confidentia maior, tum inter se necessitudo conjunctior, praeterea versi in deteriora mores, efficere, ut certamen erumperet. In quo quanta rerum momenta vertantur, ex hoc apparet, quod

animos habet acri expectatione suspensos: idemque ingenia exercet doctorum, concilia prudentum, conciones populi, legumlatorum iudicium, consilia principum, ut iam caussa nulla reperiatur tanta, quae teneat hominum studia vehementius. — Itaque, proposita Nobis Ecclesiae caussa et salute communi, quod alias consuevimus, Venerabiles Fratres, datis ad vos Litteris de imperio politico, de libertate humana, de civitatum constitutione christiana, aliisque non dissimili genere, quae ad refutandas opinionum fallacias opportuna videbantur, idem nunc faciendum de conditione opificum iisdem de caussis duximus. — Genus hoc argumenti non semel iam per occasionem attigimus: in his tamen litteris totam data opera tractare quaestionem apostolici muneris conscientia monet, ut principia emineant, quorum ope, uti veritas atque acquitas postulant, dimicatio dirimatur. Caussa est ad expediendum difficilis, nec vacua periculo. Arduum siquidem metiri iura et officia, quibus locupletes et proletarios, eos qui rem, et eos qui operam conferant, inter se oportet contineri. Periculosa vero contentio, quippe quae ab hominibus turbulentis et callidis ad pervertendum iudicium veri concitandamque seditiose multitudinem passim detorquetur. Utcumque sit, plane videmus, quod consentiunt universi, infimae sortis hominibus celeriter esse atque opportune consulendum, cum pars maxima in misera calamitosaque fortuna indigne versentur. Nam veteribus artificum collegiis superiore saeculo deletis, nulloque in eorum locum suffecto praesidio, cum ipsa instituta legesque publicae avitam religionem exuissent, sensim factum est, ut opifices inhumanitati dominorum effrenataeque competitorum cupiditati solitarios atque indefensos tempus tradiderit. — Malum auxit usura vorax, quae non semel Ecclesiae iudicio damnata, tamen ab hominibus avidis et quaestuosis per aliam speciem exercetur eadem: huc accedunt et conductio operum et rerum omnium commercia fere in paucorum redacta potestatem, ita ut opulenti ac praedivites perpaucae prope servile iugum infinitae proletariorum multitudini imposuerint.

Ad huius sanationem mali Socialistae quidem, sollicitata egentium in locupletes invidia, evertere privatas bonorum possessiones contendunt oportere, earumque loco communia universis singulorum bona facere, procurantibus viris, qui aut Municipio praesint, aut totam rempublicam gerant. Eiusmodi translatione bonorum a privatis ad commune, mederi se posse praesenti malo arbitrantur, res et commoda inter cives aequabiliter partiendo. Sed est adeo eorum ratio ad contentionem dirimendam inepta, ut ipsum opificum genus afficiat incommodo: eademque praeterea est valde iniusta, quia vim possessoribus legitimis affert, pervertit officia reipublicae, penitusque miscet civitates.

Sane, quod facile est pervidere, ipsius operae, quam suscipiunt qui in arte aliqua quaestuosus versantur, haec per se caussa est, atque hic finis quo proxime spectat artifex, rem sibi quaerere privatoque iure possidere uti suam ac propriam. Is enim si vires, si industriam suam alteri commodat, hanc ob causam commodat, ut res adipiscatur ad victum cultumque necessarias: ideoque ex opera data ius verum perfectumque sibi quaerit non modo exigendae mer-

Nr. 1004.
Römische
Curie.
15. Mai 1891.

Nr. 1884.
Bonasche
Ch. 14.
15. Mai 1891.

cedis, sed et collocandae uti velit. Ergo si tenuitate sumptuum quicquam ipse comparsit, fructumque parsimoniae suae, quo tutior esse custodia possit, in praedio collocavit, profecto praedium istiusmodi nihil est aliud, quam merces ipsa aliam induta speciem: proptereaque coemptus sic opifici fundus tam est in eius potestate futurus, quam parta labore merces. Sed in hoc plane, ut facile intelligitur, rerum dominium vel moventium vel solidarum consistit. In eo igitur, quod bona privatorum transferre Socialistae ad commune nituntur, omnium mercenariorum faciunt conditionem deteriore, quippe quos, collocandae mercedis libertate sublata, hoc ipso augendae rei familiaris utilitatumque sibi comparandarum spe et facultate despoliant.

Verum, quod maius est, remedium proponunt cum iustitia aperte pugnans, quia possidere res privatim ut suas, ius est homini a natura datum. — Revera haec etiam in re maxime inter hominem et genus interest animantium ceterorum. Non enim se ipsae regunt belluae, sed reguntur gubernanturque duplici naturae instinctu: qui tum custodiunt experrectam in eis facultatem agendi, viresque opportune evolvunt, tum etiam singulos earum motus exsuscitant iidem et determinant. Altero instinctu ad se vitamque tuendam, altero ad conservationem generis ducuntur sui. Utrumque vero commode assequuntur earum rerum usu, quae adsunt, quaeque praesentes sunt: nec sane progredi longius possent, quia solo sensu moventur rebusque singularibus sensu perceptis. — Longe alia hominis natura. Inest in eo tota simul ac perfecta vis naturae animantis, ideoque tributum ex hac parte homini est, certe non minus quam generi animantium omni, ut rerum corporearum fruatur bonis. Sed natura animans quantumvis cumulate possessa, tantum abest, ut naturam circumscribat humanam, ut multo sit humana natura inferior, et ad parendum huic obediendumque nata. Quod eminet atque excellit in nobis, quod homini tribuit, ut homo sit et a belluis differat genere toto, mens seu ratio est. Et ob hanc causam quod solum hoc animal est rationis particeps, bona homini tribuere necesse est non utenda solum, quod est omnium animantium commune, sed stabili perpetuoque iure possidenda, neque ea dumtaxat, quae usu consumuntur, sed etiam quae, nobis utentibus, permanent.

Quod magis etiam apparet, si hominum in se natura altius spectetur. — Homo enim cum innumera ratione comprehendat, rebusque praesentibus adiungat atque annectat futuras, cumque actionum suarum sit ipse dominus, propterea sub lege aeterna, sub potestate omnia providentissime gubernantis Dei, se ipse gubernat providentia consilii sui: quamobrem in eius est potestate res eligere, quas ad consulendum sibi non modo in praesens, sed etiam in reliquum tempus, maxime iudicet idoneas. Ex quo consequitur, ut in homine esse non modo terrenorum fructuum, sed ipsius terrae dominatum oporteat, quia e terrae fetu sibi res suppeditari videt ad futurum tempus necessarias. Habent cuiusque hominis necessitates velut perpetuos redditus, ita ut hodie expletae, in crastinum nova imperent. Igitur rem quamdam debet homini natura dedisse stabilem perpetuoque mansuram, unde perennitas subsidii expec-

tari posset. Atqui istiusmodi perennitatem nulla res praestare, nisi cum ubertatibus suis terra potest.

Neque est, cur providentia introducatur reipublicae: est enim homo, quam respublica, senior: quocirca ius ille suum ad vitam corpusque tuendum habere natura ante debuit, quam civitas ulla coisset. — Quod vero terram Deus universo generi hominum utendam, fruendam dederit, id quidem non potest ullo pacto privatis possessionibus obesse. Deus enim generi hominum donavisse terram in commune dicitur, non quod eius promiscuum apud omnes dominatum voluerit, sed quia partem nullam cuique assignavit possidendam, industriae hominum institutisque populorum permisa privatarum possessionum descriptione. — Ceterum utcumque inter privatos distributa, inservire communi omnium utilitati terra non cessat, quoniam nemo est mortalium, quin alatur eo, quod agri efferunt. Qui re earent, supplent opera: ita ut vere affirmari possit, universam comparandi victus cultusque rationem in labore consistere, quem quis vel in fundo insumat suo, vel in arte aliqua operosa, cuius merces tandem non aliunde, quam a multiplici terrae fetu ducitur, cum eoque permutatur.

Qua ex re rursus efficitur, privatas possessiones plane esse secundum naturam. Res enim eas, quae ad conservandam vitam maximeque ad perficiendam requiruntur, terra quidem cum magna largitate fundit, sed fundere ex se sine hominum cultu et curatione non posset. Iamvero cum in paradisi naturae bonis industriam mentis viresque corporis homo insumat, hoc ipso applicat ad sese eam naturae corporeae partem, quam ipse perecoluit, in qua velut formam quamdam personae suae impressam reliquit: ut omnino rectum esse oporteat, eam partem ab eo possideri uti suam, nec ullo modo ius ipsius violare cuiquam licere.

Horum tam perspicua vis est argumentorum, ut mirabile videatur, dissentire quosdam exoletarum opinionum restitutores: qui usum quidem soli, variosque praediorum fructus homini privato concedunt: at possideri ab eo ut domino vel solum, in quo aedificavit, vel praedium, quod excoluit, plane ius esse negant. Quod cum negant, fraudatum iri partis suo labore rebus hominem non vident. Ager quippe cultoris manu atque arte subactus habitum longe mutat: e silvestri frugifer, ex infecundo ferax efficitur. Quibus autem rebus est melior factus, illae sic solo inhaerent miscenturque penitus, ut maximam partem nullo pacto sint separabiles a solo. Atqui id quemquam potiri illoque perfrui, in quo alius desudavit, utrumne iustitia patiatur? Quo modo effectae res causam sequuntur, a qua effectae sunt, sic operae fructum ad eos ipsos, qui operam dederint, rectum est pertinere. Merito igitur universitas generis humani, dissentientibus paucorum opinionibus nihil admodum meta, studioseque naturam intuens, in ipsius lege naturae fundamentum reperit partitionis honorum, possessionesque privatas, ut quae cum hominum natura pacatoque et tranquillo convictu maxime congruant, omnium saeculorum usu consecravit. — Leges autem civiles, quae, cum iustae sunt, virtutem suam ab ipsa naturali

Nr. 100⁸⁴.
Römische
Cure.
15. Mai 1891.

lege ducunt, id ius, de quo loquimur, confirmant ac vi etiam adhibenda tuerentur. — Idem divinarum legum sanxit auctoritas, quae vel appetere alienum gravissime vetant. Non concupisces uxorem proximi tui: non domum, non agrum, non ancillam, non bovem, non asinum, et universa quae illius sunt¹⁾.

Iura vero istiusmodi, quae in hominibus insunt singulis, multo validiora intelliguntur esse si cum officiis hominum in convictu domestico apta et connexa spectentur. — In deligendo genere vitae non est dubium, quin in potestate sit arbitrioque singulorum alterutrum malle, aut Iesu Christi sectari de virginitate consilium, aut maritali se vincolo obligare. Ius coniugii naturale ac primigenum homini adimere, caussamve nuptiarum praecipuam, Dei auctoritate initio constitutam, quoquo modo circumscribere lex hominum nulla potest. Crescite et multiplicamini²⁾. En igitur familia, seu societas domestica, perparva illa quidem, sed vera societas, eademque omni civitate antiquior; cui propterea sua quaedam iura officiaque esse necesse est, quae minime pendeant a republica. Quod igitur demonstravimus, ius dominii personis singularibus natura tributum; id transferri in hominem, qui caput est familiae, oportet: immo tanto ius est illud validius, quanto persona humana in convictu domestico plura complectitur. Sanctissima naturae lex est, ut victu omnique cultu paterfamilias tueatur, quos ipse procreavit: idemque illuc a natura ipsa deducitur, ut velit liberis suis, quippe qui paternam referunt et quodam modo produunt personam, acquirere et parare, unde se honeste possint in ancipiti vitae cursu a misera fortuna defendere. Id vero efficere non alia ratione potest, nisi fructuosarum possessione rerum, quas ad liberos hereditate transmittat. — Quemadmodum civitas, eodem modo familia, ut memoravimus, veri nominis societas est, quae potestate propria, hoc est paterna, regitur. Quamobrem servatis utique finibus, quos proxima eius causa praescripserit, in deligendis adhibendisque rebus incolumitati ac iustae libertati suae necessariis, familia quidem paria saltem cum societate civili iura obtinet. Paria saltem diximus, quia cum convictus domesticus et cogitatione sit et re prior, quam civilis coniunctio, priora quoque esse magisque naturalia iura eius officiaque consequitur. Quod si cives, si familiae, convictus humani societatisque participes factae, pro adiumento offensionem, pro tutela deminutionem iuris sui in republica reperirent, fastidienda citius, quam optanda societas esset.

Velle igitur ut pervadat civile imperium arbitratu suo usque ad intima domorum, magnus ac perniciosus est error. — Certe si qua forte familia in summa rerum difficultate consiliique inopia versetur, ut inde se ipsa expedire nullo pacto possit, rectum est subveniri publice rebus extremis: sunt enim familiae singulae pars quaedam civitatis. Ac pari modo sicubi intra domesticos parietes gravis extiterit perturbatio iurium mutuorum, suum cuique ius potestas publica vindicare: neque enim hoc est ad se rapere iura civium, sed munire atque firmare iusta debitaque tutela. Illic tamen consistent necesse est, qui

¹⁾ Deut. V, 21.

²⁾ Gen. I, 28.

praesint rebus publicis: hos excedere fines natura non patitur. Patria potestas est eiusmodi, ut nec extinguí, neque absorberi a republica possit, quia idem et commune habet cum ipsa hominum vita principium. Filii sunt aliquid patris, et velut paternae amplificatio quaedam personae: proprieque loquí si volumus, non ipsi per se, sed per communitatem domesticam, in qua generati sunt, civilem ineunt ac participant societatem. Atque hac ipsa de causa, quod filii sunt naturaliter aliquid patris . . . antequam usum liberi arbitrii habeant, continentur sub parentum cura¹⁾. Quod igitur Socialistae, posthabita providentia parentum, introducunt providentiam reipublicae, faciunt contra iustitiam naturalem, ac domorum compaginem dissolvunt.

Ac praeter iniustitiam, nimis etiam apparet, qualis esset omnium ordinum commutatio perturbatioque, quam dura et odiosa servitus civium consecutura. Aditus ad invidentiam mutuum, ad obtrectationes et discordias pateficeret: adeptis ingenio singulorum sollertiaeque stimulis, ipsi divitiarum fontes necessario exarescerent: eaque, quam fingunt cogitatione, aequabilitas, aliud revera non esset nisi omnium hominum aequae misera atque ignobilis, nullo discrimine, conditio. — Ex quibus omnibus perspicitur, illud Socialismi placitum de possessionibus in commune redigendis omnino repudiari oportere, quia iis ipsis, quibus est opitulandum, nocet; naturalibus singulorum iuribus repugnat, officia reipublicae tranquillitatemque communem perturbat. Maneat ergo, cum plebi sublevatio quaeritur, hoc in primis haberi fundamenti instar oportere, privatas possessiones inviolate servandas. Quo posito, remedium, quod exquiritur, unde petendum sit, explicabimus.

Confidenter ad argumentum aggredimur ac plane iure Nostro, propterea quod causa agitur ea, cuius exitus probabilis quidem nullus, nisi advocata religione Ecclesiaeque, reperietur. Cum vero et religionis custodia, et earum rerum, quae in Ecclesiae potestate sunt, penes Nos potissimum dispensatio sit, neglexisse officium taciturnitate videremur. — Profecto aliorum quoque operam et contentionem tanta haec causa desiderat: principum reipublicae intelligimus, dominorum ac locupletium, denique ipsorum, pro quibus contentio est, proletariorum: illud tamen sine dubitatione affirmamus, inania conata hominum futura, Ecclesia posthabita. Videlicet Ecclesia est, quae promit ex Evangelio doctrinas, quarum virtute aut plane componi certamen potest, aut certe fieri, detracta asperitate, mollius: eademque est, quae non instruere mentem tantummodo, sed regere vitam et mores singulorum praeceptis suis contendit: quae statum ipsum proletariorum ad meliora promovet pluribus utilissime institutis: quae vult atque expetit omnium ordinum consilia viresque in id consociari, ut opificum rationibus, quam commodissime potest, consulatur: ad eamque rem adhiberi leges ipsas auctoritatemque reipublicae, utique ratione ac modo, putat oportere.

Illud itaque statuatur primo loco, ferendam esse conditionem humanam

¹⁾ S. Thom. II—II. Quaest. x art. xii.

Nr. 10084.
Mischel
Curie.
15. Mai 1891.

ima summis paria fieri in civili societate non posse. Agitant id quidem Socialistæ: sed omnis est contra rerum naturam vana contentio. Sunt enim in hominibus maximæ plurimæque natura dissimilitudines: non omnium paria ingenia sunt, non sollertia, non valetudo, non vires: quarum rerum necessarium discrimen sua sponte sequitur fortuna dispar. Idque plane ad usus cum privatorum tum communitatis accommodate; indiget enim varia ad res gerendas facultate diversisque muneribus vita communis; ad quæ fungenda munera potissimum impelluntur homines differentia rei cuiusque familiaris. — Et ad corporis laborem quod attinet, in ipso statu innocentiae non iners omnino erat homo futurus: at vero quod ad animi delectationem tunc libere optavisset voluntas, idem postea in expiationem culpæ subire non sine molestiæ sensu cœgit necessitas. Maledicta terra in opere tuo: in laboribus comedes ex ea cunctis diebus vitæ tuæ¹⁾. — Similique modo finis acerbitatum reliquarum in terris nullus est futurus, quia mala peccati consecutaria aspera ad tolerandum sunt, dura, difficilia: aequè homini usque ad ultimum vitæ comitari est necesse. Itaque pati et perpeti humanum est, et ut homines experiantur ac tentent omnia, istiusmodi incommoda evellere ab humano convictu penitus nulla vi, nulla arte poterunt. Siqui id se profiteantur posse, si miserae plebi vitam polliceantur omni dolore molestiæque vacantem, et refertam quiete ac perpetuis voluptatibus, nae illi populo imponunt, fraudemque struunt, in mala aliquando eruptionum maiora præsentibus. Optimum factu res humanas, ut se labent, ita contueri, simulque opportunum incommodis levamentum, uti diximus, aliunde petere.

Est illud in causa, de quâ dicimus, capitale malum, opinione fingere alterum ordinem sua sponte infensum alteri, quasi locupletes et proletarios ad digladiandum inter se pertinaci duello natura comparaverit. Quod adeo a ratione abhorret et a veritate, ut contra verissimum sit, quo modo in corpore diversa inter se membra conveniunt, unde illud existit temperamentum habitudinis, quam symmetriam recte dixeris, eodem modo naturam in civitate præcepisse, ut geminae illae classes congruant inter se concorditer, sibi que convenienter ad aequilibratam respondeant. Omnino altera alterius indiget: non res sine opera, nec sine re potest opera consistere. Concordia gignit pulcritudinem rerum atque ordinem: contra ex perpetuitate certaminis oritur necesse est cum agresti immanitate confusio. Nunc verò ad dirimendum certamen ipsasque eius radices amputandas, mira vis est institutorum christianorum eaque multiplex. — Ac primum tota disciplina religionis, cuius est interpres et custos Ecclesia, magnopere potest locupletes et proletarios componere invicem et coniungere, scilicet utroque ordine ad officia mutua revocando, in primisque ad ea, quæ a iustitia ducuntur. Quibus ex officiis illa proletarium atque opificem attingunt; quod libere et cum aequitate pactum operæ sit, id integre et fideliter reddere: non rei ullo modo nocere, non personam violare

dominorum: in ipsis tuendis rationibus suis abstinere a vi, nec seditionem induere unquam: nec commisceri cum hominibus flagitiosis, immodicas spes et promissa ingentia artificiose iactantibus, quod fere habet poenitentiam inutilem et fortunarum ruinas consequentes. — Ista vero ad divites spectant ac dominos: non habendos mancipiorum loco opifices: vereri in eis aequum esse dignitatem personae, utique nobilitatam ab eo, character christianus qui dicitur. Quae tuosas artes, si naturae ratio, si christiana philosophia audiatur, non pudori homini esse, sed decori, quia vitae sustentandae praebent honestam potestatem. Illud vere turpe et inhumanum, abuti hominibus pro rebus ad quaestum, nec facere eos pluris, quam quantum nervis polleant viribusque. Similiter praecipitur, religionis et bonorum animi haberi rationem in proletariis oportere. Quare dominorum partes esse, efficere, ut idoneo temporis spatio pietati vacet opifex: non hominem dare obvium lenociniis corruptelarum illecebrisque peccandi: neque nullo pacto a cura domestica parsimoniaeque studio abducere. Item non plus imponere operis, quam vires ferre queant, nec id genus, quod cum aetate sexuque dissideat. In maximis autem officiis dominorum illud eminet, iusta unicuique praebere. Profecto ut mercedis statuatur ex aequitate modus, caussae sunt considerandae plures: sed generatim locupletes atque heri meminerint, premere emolumentum sui causa indigentes ac miseros, alienaque ex inopia captare quaestum, non divina, non humana iura sinere. Fraudare vero quemquam mercede debita grande piaculum est, quod iras e caelo ultrices clamore devocat. Ecce merces operariorum . . . quae fraudata est a vobis, clamat: et clamor eorum in aures Domini Sabaoth introivit¹⁾. Postremo religiose cavendum locupletibus, ne proletariorum compendiis quicquam noccant nec vi, nec dolo, nec fenebris artibus: idque eo vel magis quod non satis illi sunt contra iniurias atque impotentiam muniti, eorumque res, quo exilior, hoc sanctior habenda.

His obtemperatio legibus nonne posset vim caussasque dissidii vel sola restringere? — Sed Ecclesia tamen, Iesu Christo magistro et duce, persequitur maiora: videlicet perfectius quiddam praecipiendo, illic spectat, ut alterum ordinem vicinitate proxima amicitiaque alteri coniungat. — Intelligere atque aestimare mortalia ex veritate non possumus, nisi dispexerit animus vitam alteram eamque immortalem: qua quidem dempta, continuo forma ac vera notio honesti interiret: immo tota haec rerum universa in arcanum abiret nulli hominum investigationi pervium. Igitur, quod natura ipsa admonente didicimus, idem dogma est christianum, quo ratio et constitutio tota religionis tanquam fundamento principe nititur, cum ex hac vita excesserimus, tum vere nos esse victuros. Neque enim Deus hominem ad haec fragilia et caduca, sed ad caelestia atque aeterna generavit, terramque nobis ut exulandi locum, non ut sedem habitandi dedit. Divitiis ceterisque rebus, quae appellantur bona, affluas, carcas, ad aeternam beatitudinem nihil interest: quemadmodum utare, id vero

Nr. 10081.
Römische
Curie.
15. Mai 1891.

¹⁾ Iac. V, 4.

Nr. 10054.
Römische
Cure.

15. Mai 1841.

maxime interest. Acerbitates varias, quibus vita mortalis fere contextitur, Iesus Christus copiosa redemptione sua nequaquam sustulit, sed in virtutum incitamenta, materiamque bene merendi traduxit: ita plane, ut nemo mortalium queat praemia sempiterna capessere, nisi eruentis Iesu Christi vestigiis ingrediatur. Si sustinebimus, et conregnabimus¹⁾. Laboribus ille et cruciatibus sponte susceptis, cruciatuum et laborum mirifice vim delinivit: nec solum exemplo, sed gratia sua perpetuaeque mercedis spe proposita, perpersionem dolorum effecit faciliorem: id enim, quod in praesenti est momentaneum et leve tribulationis nostrae, supra modum in sublimitate aeternum gloriae pondus operatur in nobis²⁾.

Itaque fortunati monentur, non vacuitatem doloris afferre, nec ad felicitatem aevi sempiterni quicquam prodesse divitias, sed potius obesse³⁾: terrori locupletibus esse debere Iesu Christi insuetas minas⁴⁾: rationem de usu fortunarum Deo iudici severissime aliquando reddendam. De ipsis opibus utendis excellens ac maximi momenti doctrina est, quam si philosophia inchoatam, at Ecclesia tradidit perfectam plane, eademque efficit, ut non cognitione tantum, sed moribus teneatur. Cuius doctrinae in eo est fundamentum positum, quod iusta possessio pecuniarum a iusto pecuniarum usu distinguitur. Bona privatim possidere, quod paulo ante vidimus, ius est homini naturale: eoque uti iure, maxime in societate vitae, non fas modo est, sed plane necessarium. Licitum est, quod homo propria possideat. Et est etiam necessarium ad humanam vitam⁵⁾. At vero si illud quaeratur, qualem esse usum bonorum necesse sit, Ecclesia quidem sine ulla dubitatione respondet: quantum ad hoc, non debet homo habere res exteriores ut proprias, sed ut communes, ut scilicet de facili aliquis eas committet in necessitate aliorum. Unde Apostolus dicit: divitibus huius saeculi praecepe facile tribuere, communicare⁶⁾. Nemo certe opitulari aliis de eo iubetur, quod ad usus pertineat cum suis tum suorum necessarios: immo nec tradere aliis quo ipse eget ad id servandum, quod personae conveniat, quodque deceat: nullus enim inconvenienter vivere debet⁷⁾. Sed ubi necessitati satis et decoro datum, officium est de eo quod superat gratificari indigentibus. Quod superest, date eleemosynam⁸⁾. Non iustitiae, excepto in rebus extremis, officia ista sunt, sed caritatis christianae, quam profecto lege agendo petere ius non est. Sed legibus iudiciisque hominum lex antecedit iudiciumque Christi Dei, qui multis modis suadet consuetudinem largiendi; beatius est magis dare, quam accipere⁹⁾: et collatam negatamve pau-

1) II ad Tim. II, 12.

2) II Cor. IV, 17.

3) Matth. XIX, 23—24.

4) Luc. VI, 24—25.

5) S. Th. II—II Quaest. LXVI, a. II.

6) Id. II—II Quaest. LXVI, a. II.

7) Id. II—II Quaest. XXXII, a. VI.

8) Luc. XI, 41.

9) Act. XX, 35.

peribus beneficentiam perinde est ac sibi collatam negatamve indicaturus. Quamdiu fecistis uni ex his fratribus meis minimis, mihi fecistis¹⁾. — Quarum rerum haec summa est: quicumque maiorem copiam bonorum Dei munere accepit, sive corporis et externa sint, sive animi, ob hanc causam accepisse, ut ad perfectionem sui pariterque, velut minister providentiae divinae, ad utilitates adhibeat ceterorum. Habens ergo talentum, curet omnino ne taceat: habens rerum affluentiam, vigilet ne a misericordiae largitate torpescat: habens artem, qua regitur, magnopere studeat, ut usum atque utilitatem illius cum proximo partiatur²⁾.

Bonis autem fortunae qui careant, ii ab Ecclesia perdocentur, non probro haberi, Deo iudice, paupertatem, nec eo pudendum, quod victus labore quaeratur. Idque confirmavit re et facto Christus Dominus, qui pro salute hominum egenus factus est, cum esset dives³⁾: cumque esset filius Dei ac Deus ipsemet, videri tamen ac putari fabri filius voluit: quin etiam magnam vitae partem in opere fabrilis consumere non recusavit. Nomen hic est faber, filius Mariae? ⁴⁾ Huius divinitatem exempli intuentibus ea facilius intelliguntur: veram hominis dignitatem atque excellentiam in moribus esse, hoc est in virtute, positam: virtutem vero commune mortalibus patrimonium, imis et summis, divitibus et proletariis aequae parabile: nec aliud quippiam quam virtutes et merita, in quocumque reperiantur, mercedem beatitudinis aeternae sequituram. Immo vero in calamitosorum genus propensior Dei ipsius videtur voluntas: beatos enim Iesus Christus nuncupat pauperes⁵⁾: invitat peramanter ad se, solatii causa, quicumque in labore sint ac luctu⁶⁾: infimos et iniuria vexatos complectitur caritate praecipua. Quarum cognitione rerum facile in fortunatis deprimitur tumens animus, in aerumnosis demissus extollitur: alteri ad facilitatem alteri ad modestiam flectuntur. Sic cupitum superbiae intervallum efficitur brevius, nec difficulter impetrabitur, ut ordinis utriusque, iunctis amice dextris, copulentur voluntates.

Quos tamen, si christianis praeceptis paruerint, parum est amicitia, amor etiam fraternus inter se coniugabit. Sentient enim et intelligent, omnes plane homines a communi parente Deo procreatos: omnes ad eundem finem honorum tendere, qui Deus est ipse, qui afficere beatitudine perfecta atque absoluta et homines et Angelos unus potest: singulos item pariter esse Iesu Christi beneficio redemptos et in dignitatem filiorum Dei vindicatos, ut plane necessitudine fraterna cum inter se tum etiam cum Christo Domino, primogenito in multis fratribus, contineantur. Item naturae bona, munera gratiae divinae pertinere

¹⁾ Math. XXV, 40.

²⁾ S. Greg. Magn. in Evang. Hom. IX, n. 7.

³⁾ II Corinth. VIII, 9.

⁴⁾ Marc. VI, 3.

⁵⁾ Matt. V, 3: Beati pauperes spiritu.

⁶⁾ Matth. XI, 28: Venite ad me omnes, qui laboratis et onerati estis, et ego recitiam vos.

Nr. 10084.
Römische
Curie.
15. Mai 1891.

communiter et promiscue ad genus hominum universum, nec quemquam, nisi indignum, honorum caelestium fieri exheredem. Si autem filii, et heredes: heredes quidem Dei, coheredes autem Christi¹⁾.

Talis est forma officiorum ac iurium, quam christiana philosophia proficitur. Nonne quieturum perbreve tempore certamen omne videatur, ubi illa in civili convictu valeret?

Denique nec satis habet Ecclesia viam inveniendae curationis ostendere, sed admovet sua manu medicinam. Nam tota in eo est, ut ad disciplinam doctrinamque suam excolat homines atque instituat: cuius doctrinae saluberrimos rivos, Episcoporum et Cleri opera, quam latissime potest, curat deducendos. Deinde pervadere in animos nititur flectereque voluntates, ut divinorum disciplina praeceptorum regi se gubernarique patiantur. Atque in hac parte, quae princeps est ac permagni momenti, quia summa utilitatum caussaque tota in ipsa consistit, Ecclesia quidem una potest maxime. Quibus enim instrumentis ad permovendos utitur, ea sibi hanc ipsam ob caussam tradita a Iesu Christo sunt, virtutemque habent divinitus insitam. Istiusmodi instrumenta sola sunt, quae cordis attingere penetrales sinus apte queant, hominemque adducere, ut obedientem se praebat officio, motus animi appetentis regat, Deum et proximos caritate diligat singulari ac summa, omniaque animose perrumpat, quae virtutis impediunt cursum. — Satis est in hoc genere exempla veterum paulisper cogitatione repetere. Res et facta commemoramus, quae dubitationem nullam habent: scilicet civilem hominum communitatem funditus esse institutis christianis renovatam: huiusce virtute renovationis ad meliora promotum genus humanum, immo revocatum ab interitu ad vitam, auctumque perfectione tanta, ut nec extiterit ulla antea, nec sit in omnes consequentes aetates futura maior. Denique Iesum Christum horum esse beneficiorum principium eundem et finem: ut ab eo profecta, sic ad eum omnia referenda. Nimirum accepta Evangelii luce, cum incarnationis Verbi hominumque redemptionis grande mysterium orbis terrarum didicisset, vita Iesu Christi Dei et hominis pervasit civitates, eiusque fide et praeceptis et legibus totas imbuit. Quare si societati generis humani medendum est, revocatio vitae institutorumque christianorum sola medebitur. De societatibus enim dilabentibus illud rectissime praecipitur, revocari ad origines suas, cum restitui volunt, oportere. Haec enim omnium consociationum perfectio est, de eo laborare idque assequi, cuius gratia institutae sunt: ita ut motus actusque sociales eadem caussa pariat, quae peperit societatem. Quamobrem declinare ab instituto, corruptio est: ad institutum redire, sanatio. Verissimeque id quemadmodum de toto reipublicae corpore, eodem modo de illo ordine civium dicimus, qui vitam sustentant opere, quae est longe maxima multitudo.

Nec tamen putandum, in colendis animis totas esse Ecclesiae curas ita defixas, ut ea negligat, quae ad vitam pertinent mortalem ac terrenam. — De

¹⁾ Rom. VIII, 17.

proletariis nominatim vult et contendit, ut emergant e miserrimo statu fortunamque meliorem adipiscantur. Atque in id confert hoc ipso operam non medioerem, quod vocat et instituit homines ad virtutem. Mores enim christiani, ubi servantur integri, partem aliquam prosperitatis sua sponte pariunt rebus externis, quia conciliant principium ac fontem omnium bonorum Deum: coercent geminas vitae pestes, quae nimium saepe hominem efficiunt in ipsa opum abundantia miserum, rerum appetentiam nimiam et voluptatum sitim¹⁾; contenti denique cultu victuque frugi, vestigal parsimonia suppleant, procul a vitiis, quae non modo exiguas pecunias, sed maximas etiam copias exhauriunt, et lauta patrimonia dissipant. Sed praeterea, ut bene habeant proletarii, recta providet, instituendis fovendisque rebus, quas ad sublevandam eorum inopiam intelligat conducibiles. Quin in hoc etiam genere beneficiorum ita semper excelluit, ut ab ipsis inimicis predicatione efferatur. Ea vis erat apud vetustissimos christianos caritatis mutuae, ut persaepe sua se re privarent, opitulandi causa, divitiores: quamobrem neque quisquam egenus erat inter illos²⁾. Diaconis, in id nominatim ordine instituto, datum ab Apostolis negotium, ut quotidianae beneficentiae exercerent munia: ac Paulus Apostolus, etsi sollicitudine districtus omnium Ecclesiarum, nihilominus dare se in laboriosa itinera non dubitavit, quo ad tenuiores christianos stipem praesens afferret. Cuius generis pecunias, a christianis in unoquoque conventu ultro collatas, deposita pietatis nuncupat Tertullianus, quod scilicet insumerentur egenis alendis humanisque, et pueris ac puellis re ac parentibus destitutis, inque domesticis senibus, item naufragis³⁾. — Hinc sensim illud exitit patrimonium, quod religiosa cura tamquam rem familiarum indigentium Ecclesia custodivit. Immo vero subsidia miserae plebi, remissa rogandi verecundia, comparavit. Nam et locupletium et indigentium communis parens excitata ubique ad excellentem magnitudinem caritate, collegia condidit sodalium religiosorum, aliaque utiliter permulta instituit, quibus opem ferentibus, genus miseriarum prope nullum esset, quod solatio careret. Hodie quidem multi, quod eodem modo fecere olim ethnici, ad arguendam transgrediuntur Ecclesiam huius etiam tam egregiae caritatis: cuius in locum subrogare visum est constitutam legibus publicis beneficentiam. Sed quae christianam caritatem suppleant, totam se ad alienas porrigentem utilitates, artes humanae nullae reperiuntur. Ecclesiae solius est illa virtus, quia nisi a sacratissimo Iesu Christi corde ducitur, nulla est uspiam: vagatur autem a Christo longius, quicumque ab Ecclesia discesserit.

At vero non potest esse dubium, quin, ad id quod est propositum, ea quoque, quae in hominum potestate sunt, adiumenta requirantur. Omnino omnes, ad quos causa pertinet, eodem intendant idemque laborent pro rata parte necesse est. Quod habet quamdam cum moderatrice mundi providentia similitu-

¹⁾ Radix omnium malorum est cupiditas. I Tim. VI, 10.

²⁾ Act. IV, 34.

³⁾ Apol. II, XXXIX.

Nr. 10084.
 Römische
 Curie.
 15. Mai 1891.

dinem: fere enim videmus rerum exitus, a quibus caussis pendent, ex earum omnium conspiratione procedere.

Iamvero quota pars remedii a republica expectanda sit, praestat exquirere. — Rempublicam hoc loco intelligimus non quali populus utitur unus vel alter, sed qualem et vult recta ratio naturae congruens, et probant divinae documenta sapientiae, quae Nos ipsi nominatim in litteris Encyclicis de civitatum constitutione christiana explicavimus. Itaque per quos civitas regitur, primum conferre operam generatim atque universe debent tota ratione legum atque institutorum, scilicet efficiendo ut ex ipsa conformatione atque administratione reipublicae ultro prosperitas tam communitatis quam privatorum efflorescat. Id est enim civilis prudentiae munus, propriumque eorum, qui praesunt, officium. Nunc vero illa maxime efficiunt prosperas civitates, morum probitas, recte atque ordine constitutae familiae, custodia religionis ac iustitiae, onerum publicorum cum moderata irrogatio, tum aequa partitio, incrementa artium et mercaturae, florens agrorum cultura, et si qua sunt alia generis eiusdem, quae quo maiore studio provehantur, eo melius sunt victuri cives et beatius. — Harum igitur virtute rerum in potestate rectorum civitatis est, ut ceteris prodesse ordinibus, sic et proletariorum conditionem iuvare plurimum: idque iure suo optimo, neque ulla cum importunitatis suspitione: debet enim respublica ex lege muneris sui in commune consulere. Quo autem commodorum copia provenerit ex hac generali providentia maior, eo minus oportebit alias ad opificum salutem exquiri vias.

Sed illud praeterea considerandum, quod rem altius attingit, unam civitatis esse rationem, communem summorum atque infimorum. Sunt nimirum proletarii pari iure cum locupletibus natura cives, hoc est partes verae vitamque viventes, unde constat, interiectis familiis, corpus reipublicae: ut ne illud adiungatur, in omni urbe eos esse numero longe maximo. Cum igitur illud sit perabsurdum, parti civium consulere, partem negligere, consequitur, in salute commodisque ordinis proletariorum tuendis curas debitas collocari publice oportere: ni fiat, violatum iri iustitiam, suum cuique tribuere praecipientem. Quae de re sapienter S. Thomas: sicut pars et totum quodammodo sunt idem, ita id, quod est totius, quodammodo est partis¹⁾. Proinde in officiis non paucis neque levibus populo bene consulentium principum, illud in primis eminent, ut unumquemque civium ordinem aequabiliter tueantur, ea nimirum, quae distributiva appellatur, iustitia inviolate servanda.

Quamvis autem cives universos, nemine excepto, conferre aliquid in summam bonorum communium necesse sit, quorum aliqua pars virilis sponte recidit in singulos, tamen idem et ex aequo conferre nequaquam possunt. Qualescumque sint in imperii generibus vicissitudines, perpetua futura sunt ea in civium statu discrimina, sine quibus nec esse, nec cogitari societas ulla posset. Omnino necesse est quosdam reperiri, qui se reipublicae dedant, qui leges condant, qui

¹⁾ II—II Quaest. LXI, a. 1 ad 2.

ius dicant, denique quorum consilio atque auctoritate negotia urbana, res bellicae administrantur. Quorum virorum priores esse partes, eosque habendos in omni populo primarios, nemo non videt, propterea quod communi bono dant operam proxime atque excellenti ratione. Contra vero qui in arte aliqua exercentur, non ea, qua illi, ratione nec iisdem muneribus prosunt civitati: sed tamen plurimum et ipsi, quamquam minus directe, utilitati publicae inserviunt. Sane sociale bonum cum debeat esse eiusmodi, ut homines eius fiant adeptione meliores, est profecto in virtute praecipue collocandum. Nihilominus ad bene constitutam civitatem suppeditatio quoque pertinet bonorum corporis atque externorum, quorum usus est necessarius ad actum virtutis¹⁾. Iamvero his pariendis bonis est proletariorum maxime efficax ac necessarius labor, sive in agris artem atque manum, sive in officinis exerceant. Immo eorum in hoc genere vis est atque efficientia tanta, ut illud verissimum sit, non aliunde quam ex opificum labore gigni divitias civitatum. Iubet igitur aequitas, curam de proletario publice geri, ut ex eo, quod in communem affert utilitatem, percipiat ipse aliquid, ut tectus, ut vestitus, ut salvus vitam tolerare minus aegre possit. Unde consequitur, favendum rebus omnibus esse, quae conditioni opificum quoquo modo videantur profuturae. Quae cura tantum abest, ut noceat cuiquam, ut potius profutura sit universis, quia non esse omnibus modis eos miseros, a quibus tam necessaria bona proficiscuntur, prorsus interest rei-publicae.

Non civem, ut diximus, non familiam absorberi a republica rectum est: suam utriusque facultatem agendi cum libertate permittere aequum est, quantum incolumi bono communi et sine cuiusquam iniuria potest. Nihilominus eis, qui imperant, videndum, ut communitatem eiusque partes tueantur. Communitatem quidem, quippe quam summae potestati conservandam natura commisit usque eo, ut publicae custodia salutis non modo suprema lex, sed tota causa sit ratioque principatus: partes vero, quia procurationem reipublicae non ad utilitatem eorum, quibus commissa est, sed ad eorum, qui commissi sunt, natura pertinere, philosophia pariter et fides christiana consentiunt. Cumque imperandi facultas proficiscatur a Deo, eiusque sit communicatio quaedam summi principatus, gerenda ad exemplar est potestatis divinae, non minus rebus singulis quam universis cura paterna consulentis. Si quid igitur detrimenti allatum sit aut impendeat rebus communibus, aut singulorum, ordinum rationibus, quod sanari aut prohiberi alia ratione non possit, obviam iri auctoritate publica necesse est. — Atqui interest salutis cum publicae, tum privatae pacatas esse res et compositas: item dirigi ad Dei iussa naturaeque principia omnem convictus domestici disciplinam: observari et coli religionem: florere privatim ac publice mores integros: sanctam retineri iustitiam, nec alteros ab alteris impune violari: validos adolescere cives, invandae tutandaeque, si res postulet, civitati idoneos. Quamobrem si quando fiat, ut quippiam turbarum impendeat

Nr. 1004.
Römische
Curie.
15. Mai 1891.

¹⁾ S. Thom., De reg. Princip. I, c. XV.

Nr. 1004. ob secessionem opificum, aut intermissas ex composito operas: ut naturalia
 Romische Curie.
 15. Mai 1891. familiae nexa apud proletarios relaxentur: ut religio in opificibus violetur non
 satis impertiendo commodi ad officia pietatis: si periculum in officinis integritati
 morum ingruat a sexu promiscuo, aliisque perniciosis invitamentis peccandi: aut
 opificum ordinem herilis ordo iniquis premat oneribus, vel alienis a persona ac
 dignitate humana conditionibus affligat: si valetudini noceatur opere immodico,
 nec ad sexum actateme accommodato, his in causis plane adhibenda, certos intra
 fines, vis et auctoritates legum. Quos fines eadem, quae legum poseit opem,
 caussa determinat: videlicet non plura suscipienda legibus, nec ultra progrediendum,
 quam incommodorum sanatio, vel periculi depulsio requirat.

Jura quidem, in quocumque sint, sancte servanda sunt: atque ut suum singuli teneant,
 debet potestas publica providere, propulsandis atque ulciscendis iniuriis. Nisi quod
 in ipsis protegendis privatorum iribus, praecipue est infirmorum atque inopum habenda
 ratio. Siquidem natio divitum, suis septa praesidiis, minus eget tutela publica:
 miserum vulgus, nullis opibus suis tutum, in patrocínio reipublicae maxime nititur.
 Quocirca mercenarios, cum in multitudine egena numerentur, debet cura providentiae
 singulari complecti respublica.

Sed quaedam maioris momenti praestat nominatim perstringere. — Caput autem est,
 imperio ac munimento legum tutari privatas possessiones oportere. Potissimumque,
 in tanto iam cupiditatum ardore, continenda in officio plebs: nam si ad meliora
 contendere concessum est non repugnante iustitia, at alteri, quod suum est,
 detrudere, ac per speciem absurdae cuiusdam aequabilitatis in fortunas alienas
 involare, iustitia vetat, nec ipsa communis utilitatis ratio sinit. Utique pars
 opificum longe maxima res meliores honesto labore comparare sine cuiusquam
 iniuria malunt: verumtamen non pauci numerantur pravis imbuti opinionibus
 rerumque novarum cupidi, qui id agunt omni ratione ut turbas moveant,
 ac ceteros ad vim impellant. Intersit igitur reipublicae auctoritas, iniectoque
 concitatoribus freno, ab opificum moribus corruptrices artes, a legitimis dominis
 periculum rapinarum coerceat.

Longinquior vel operosior labos, atque opinatio curtac mercedis causam non raro
 dant artificibus, quamobrem opere se solvant ex composito, otioque dedant
 voluntario. Cui quidem incommodo usitato et gravi medendum publice, quia
 genus istud cessationis non heros dumtaxat, atque opifices ipsos afficit damno,
 sed mercaturis obest reipublicae utilitatibus: cumque haud procul esse a vi
 turbisque soleat, saepe numero tranquillitatem publicam in discrimen adducit.
 Qua in re illud magis efficax ac salubre, antevertere auctoritate legum,
 malumque ne erumpere possit prohibere, amotis mature causis, unde dominorum
 atque operariorum conflictus videatur exiturus.

Similique modo plura sunt in opifice, praesidio munienda reipublicae: ac primum
 animi bona. Siquidem vita mortalis quantumvis bona et optabilis, non ipsa
 tamen illud est ultimum, ad quod nati sumus: sed via tantummodo

atque instrumentum ad animi vitam perspicientia veri et amore boni complendam. Animus est, qui expressam gerit imaginem similitudinemque divinam, et in quo principatus ille residet, per quem dominari iussus est homo in inferiores naturas, atque efficere utilitati suae terras omnes et maria parentia. Replete terram et subiicite eam: et dominamini piscibus maris et volatilibus caeli et universis animantibus, quae moventur super terram¹⁾. Sunt omnes homines hac in re pares, nec quippiam est quod inter divites atque inopes, inter dominos et famulos, inter principes privatosque differat: nam idem dominus omnium²⁾. Nemini licet hominis dignitatem, de qua Deus ipse disponit cum magna reverentia, impune violare, neque ad eam perfectionem impedire cursum, quae sit vitae in caelis sempiternae consentanea. Quin etiam in hoc genere tractari se non convenienter naturae suae, animique servitatem servire velle, ne sua quidem sponte homo potest: neque enim de iuribus agitur, de quibus sit integrum homini, verum de officiis adversus Deum, quae necesse est sancte servari. — Hinc consequitur requies operum et laborum per festos dies necessaria. Id tamen nemo intelligat de maiore quadam inertis otii usura, multoque minus de cessatione, qualem multi expetunt, faultricie vitiorum et ad effusiones pecuniarum adiutricie, sed omnino de requiete operum per religionem consecrata. Coniuncta cum religione quies sevocat hominem a laboribus negotiisque vitae quotidianae, ut ad cogitanda revocet bona caelestia, tribuendumque cultam numini aeterno iustum ac debitum. Haec maxime natura atque haec causa quietis est in dies festos capiendae: quod Deus et in Testamento veteri praecipua lege sanxit: memento ut diem sabbati sanctifices³⁾; et facto ipse suo docuit, arcana requiete, statim posteaquam fabricatus hominem erat, sumpta: requievit die septimo ab universo opere, quod patrarat⁴⁾.

Quod ad tutelam bonorum corporis et externorum, primum omnium eripere miseros opifices e saevitia oportet hominum cupidorum, personis pro rebus ad quaestum intemperanter abutentium. Scilicet tantum exigi operis, ut hebescat animus labore nimio, unaque corpus defatigationi succumbat, non iustitia, non humanitas patitur. In homine, sicut omnis natura sua, ita et vis efficiens certis est circumscripta finibus, extra quos egredi non potest. Acuitur illa quidem exercitatione atque usu, sed hac tamen lege ut agere intermittat identidem et acquiescat. De quotidiano igitur opere videndum, ne in plures extrahatur horas, quam vires sinant. Intervalla vero quiescendi quanta esse oporteat, ex vario genere operis, ex adiunctis temporum et locorum, ex ipsa opificio valetudine iudicandum. Quorum est opus lapidem e terra excindere, aut ferrum, aes, aliaque id genus effodere penitus abdita, eorum labor, quia multo maior est idemque valetudini gravis, cum brevitate temporis est compensandus. Anni quoque dispicienda tempora: quia non raro idem operae

1) Gen. I, 25.

2) Rom. X, 12.

3) Exod. XX, 8.

4) Gen. II, 2.

Nr. 1084.
Römische
Curie,
15. Mai 1891.

genus alio tempore facile est ad tolerandum, alio aut tolerari nulla ratione potest, aut sine summa difficultate non potest. — Denique quod facere entique vir adulta aetate beneque validus potest, id a femina puerove non est aequum postulare. Immo de pueris valde cavendum, ne prius officina capiat, quam corpus, ingenium, animum satis firmaverit actas. Erumpentes enim in pueritia vires, velut herbescentem viriditatem, agitatio praecoax elidit: qua ex re omnis est institutio puerilis interitura. Sic certa quaedam artificia minus apte conveniunt in feminas ad opera domestica natas: quae quidem opera et tuentur magnopere in muliebri genere decus, et liberorum institutioni prosperitatiue familiae natura respondent. Universe autem statuatur, tantum esse opificibus tribuendum otii, quantum cum viribus compensetur labore consumptis; quia detritas usu vires debet cessatio restituere. In omni obligatione, quae dominis atque artificibus invicem contrahatur, haec semper aut adscripta aut tacita conditio inest, utrique generi quiescendi ut cautum sit: neque enim honestum esset convenire secus, quia nec postulare cuiquam fas est nec spondere neglectum officiorum, quae vel Deo vel sibimetipsi hominem obstringunt.

Rem hoc loco attingimus sat magni momenti: quae recte intelligatur necesse est, in alterutram partem ne peccetur. Videlicet salarii definitur libero consensu modus: itaque dominus rei, pacta mercede persoluta, liberavisse fidem, nec ultra debere quidquam videatur. Tunc solum fieri iniuste, si vel pretium dominus solidum, vel obligatas artifex operas reddere totas recensaret: his caussis rectum esse potestatem politicam intercedere, ut snm cuique ius incolume sit, sed praeterea nullis. — Cui argumentationi aequus rerum index non facile, neque in totum assentiatur, quia non est absoluta omnibus partibus: momentum quoddam rationis abest maximi ponderis. Hoc est enim operari, exercere se rerum comparandarum caussa, quae sint ad varios vitae usus, potissimumque ad tuitionem sui necessariae. In sudore vultus tui vesceris pane¹⁾. Itaque duas velut notas habet in homine labor natura insitas, nimirum, ut personalis sit, quia vis agens adhaeret personae, atque eius omnino est propria, a quo exercetur, et cuius est utilitati nata: deinde ut sit necessarius, ob hanc caussam, quod fructus laborum est homini opus ad vitam tuendam: vitam autem tueri ipsa rerum, cui maxime parendum, natura iubet. Iamvero si ex ea dumtaxat parte spectetur quod personalis est, non est dubium quin integrum opifici sit pactae mercedis angustius finire modum: quemadmodum enim operas dat ille voluntate, sic et operarum mercede vel tenui vel plane nulla contentus esse voluntate potest. Sed longe aliter iudicandum si cum ratione personalitatis ratio coniungitur necessitatis, cogitatione quidem non re ab illa separabilis. Reapse manere in vita, commune singulis officium est, cui scelus est deesse. Hinc ius reperendarum rerum, quibus vita sustentatur, necessario nascitur: quarum rerum facultatem infimo cuique non nisi quaesita labore merces suppeditat. Esto igitur, ut opifex atque herus libere in idem

¹⁾ Gen. III, 19.

placitum, ac nominatim in salarii modum consentiant subest tamen semper aliquid ex iustitia naturali, idque libera paciscentium voluntate maius et antiquius, scilicet alendo opifeci, frangi quidem et bene morato, haud impari esse mercedem oportere. Quod si necessitate opifex coactus, aut mali peioris metu permotus duriorem conditionem accipiat, quae, etiamsi nolit, accipienda sit, quod a domino vel a redemptore operum imponitur, istud, quidem est subire vim, cui iustitia reclamatur. — Verumtamen in his similibusque causis, quales illae sunt in unoquoque genere artificii, quota sit elaborandum hora, quibus praesidiis valetudini maxime in officinis cavendum, ne magistratus inferat sese importunus, praesertim cum adiuncta tam varia sint rerum, temporum, locorum; satius erit eas res iudicio reservare collegiorum, de quibus infra dicturi sumus, aut aliam inire viam, qua rationes merccenariorum uti, par est, salvae sint, accedente, si res postulaverit, tutela praesidioque reipublicae.

Mercedem si ferat opifex satis amplam, ut ea se uxoremque et liberos tueri commodum queat, facile studebit parsimoniae, si sapit, efficietque, quod ipsa videtur natura monere, ut detractis sumptibus, aliquid etiam redundet, quo sibi liceat ad modicum censum pervenire. Neque enim efficaci ratione dirimi causam, de qua agitur, posse vidimus, nisi hoc sumpto et constituto, ius privatorum bonorum sanctum esse oportere. Quamobrem favere huic iuri leges debent, et, quoad potest, providere, ut quamplurimi ex multitudine rem habere malint. Quo facto, praeclarae utilitates consequutur: ac primum certe acquiritur partitio bonorum. Vis enim commutationum civilium in duas civium classes dividit urbes, immenso inter utramque discrimine interiecto. Ex una parte factio praepotens, quia praedives: quae cum operum et mercaturae universum genus sola potitur, facultatem omnem copiarum effectricem ad sua commoda ac rationes trahit, atque in ipsa administratione reipublicae non parum potest. Ex altera inops atque infirma multitudo, exulcerato animo et ad turbas semper parato. Iamvero si plebis excitetur industria in spem adipiscendi quippiam, quod solo contineatur, sensim fiet ut alter ordo evadat finitimus alteri, sublato inter summas divitias summamque egestatem discrimine. — Praeterea rerum, quas terra gignit, maior est abundantia futura. Homines enim, cum se elaborare sciunt in suo, alacritatem adhibent studiumque longe maius: immo prorsus adamare terram instituunt sua manu perentiam, unde non alimenta tantum, sed etiam quamdam copiam et sibi et suis expectant. Ista voluntatis alacritas, nemo non videt, quam valde conferat ad libertatem fructuum, augendasque divitias civitatis. — Ex quo illud tertio loco manabit commodi, ut qua in civitate homines editi susceptique in lucem sint, ad eam facile retineantur: neque enim patriam cum externa regione commutarent, si vitae degendae tolerabilem daret patria facultatem. Non tamen ad haec commoda perveniri nisi ea conditione potest, ut privatus census ne exhauriatur immanitate tributorum et vectigalium. Ius enim possidendi privatim bona cum non sit lege hominum, sed natura datum, non ipsum abolere, sed tantummodo ipsius usum temperare et cum communi bono componere auctoritas publica

Nr. 10084.
Römische
Curia.
15. Mai 1891.

potest. Faciat igitur iniuste atque inhumane, si de bonis privatorum plus aequo, tributorum nomine, detraxerit.

Postremo domini ipsique opifices multum hac in caussa possunt, iis videlicet institutis, quorum opè et opportune subveniatur indigentibus, et ordo alter propius accedat ad alterum. Numeranda in hoc genere sodalitia ad suppetias mutuo ferendas: res varias, privatorum providentia constitutas, ad cavendum opifici, itemque orbitati uxoris et liberorum, si quid subitum ingruat, si debilitas affligerit, si quid humanitus accidat: instituti patronatus pueris, puellis, adolescentibus natuque maioribus tutandis. Sed principem locum obtinent sodalitia artificum, quorum complexu fere cetera continentur. Fabrum corporatorum apud maiores nostros diu bene facta constitere. Revera non modo utilitates praeclaras artificibus, sed artibus ipsis, quod perplura monumenta testantur, decus atque incrementum peperere. Eruditio nunc actate, moribus novis, auctis etiam rebus, quas vita quotidiana desiderat, profecto sodalitia opificum flecti ad praesentem usum necesse est. Vulgo coiri eius generis societates, sive totas ex opificibus conflatas, sive ex utroque ordine mixtas, gratum est: optandum vero, ut numero et actiosa virtute crescant. Etsi vero de iis non semel verba fecimus, placet tamen hoc loco ostendere, eas esse valde opportunas, et iure suo coalescere: item qua illas disciplina uti et quid agere oporteat.

Virium suarum explorata exiguitas impellit hominem atque hortatur, ut opem sibi alienam velit adiungere. Sacrarum litterarum est illa sententia: melius est duos esse simul, quam unum: habent enim emolumentum societatis suae. Si unus ceciderit, ab altero fulcietur. Vac soli: quia cum ceciderit, non habet sublevantem se¹⁾. Atque illa quoque: frater, qui adiuvatur a fratre, quasi civitas firma²⁾. Hac homo, propensione naturali sicut ad coniunctionem ducitur congregationemque civilem, sic et alias cum civibus inire societates expetit, exiguas illas quidem nec perfectas, sed societates tamen. Inter has et magnam illam societatem ob differentes causas proximas interest plurimum. Finis enim societati civili propositus pertinet ad universos, quoniam communi continetur bono: cuius omnes et singulos pro portione compotes esse ius est. Quare appellatur publica, quia per eam homines sibi invicem communicant in una republica constituenda³⁾. Contra vero, quae in eius velut sinu iunguntur societates, privatae habentur et sunt, quia videlicet illud, quo proxime spectant, privata utilitas est, ad solos pertinens consociatos. Privata autem societas est, quae ad aliquod negotium privatum exercendum coniungitur, sicut quod duo vel tres societatem incunt, ut simul negotientur⁴⁾. Nunc vero quamquam societates privatae existunt in civitate, eiusque sunt velut partes totidem,

¹⁾ Eccl. IV, 9—12.

²⁾ Prov. XVIII, 19.

³⁾ S. Thom. Contra impugnantes Dei cultum et religionem, cap. II.

⁴⁾ lb.

tamen univēse ac per se non est in potestate reipublicae ne existant prohibere. Privatae enim societates inire concessum est homini iure naturae: est autem ad praesidium iuris naturalis instituta civitas, non ad interitum: eaque si civium coetus sociari vetuerit, plane secum pugnantia agat, propterea quod tam ipsa quam coetus privati uno hoc e principio nascuntur, quod homines sunt natura congregabiles. — Incidunt aliquando tempora cum ei generi communitatum rectum sit leges obsistere: scilicet si quidquam ex instituto persequantur, quod cum probitate, cum iustitia, cum reipublicae salute aperte dissideat. Quibus in caussis iure quidem potestas publica, quo minus illae coalescant, impedit: iure etiam dissolvat coalitas: summam tamen adhibeat cautionem necesse est, ne iura civium migrare videatur, neu quidquam per speciem utilitatis publicae statuatur, quod ratio non probet. Eatenus enim obtemperandum legibus, quoad cum recta ratione adeoque cum lege Dei sempiterna consentiant¹⁾.

Sodalitates varias hic reputamus animo et collegia et ordines religiosos, quos Ecclesiae auctoritas et pia christianorum voluntas genuerant, quanta vero cum salute gentis humanae, usque ad nostram memoriam historia loquitur. Societates eiusmodi, si ratio sola diiudicet, cum imitae honesta causa sint, iure naturali imitas apparet fuisse. Qua vero parte religionem attingunt, sola est Ecclesia, cui iuste parent. Non igitur in eas quicquam sibi arrogare iuris, nec earum ad se traducere administrationem recte possunt qui praesint civitati: eas potius officium est reipublicae vereri, conservare, et ubi res postulaverint, iniuria prohibere. Quod tamen longe aliter fieri hoc praesertim tempore vidimus. Multis locis communitates huius generis reipublica violavit, ac multiplex quidem iniuria: cum et civilium legum nexu devinxerit, et legitimo iure personae moralis exuerit, et fortunis suis despoliarit. Quibus in fortunis suum habebat Ecclesia ius, suum singuli sodales, item qui eas certae euidam causae addixerant, et quorum essent commodo ac solatio addictae. Quamobrem temperare animo non possumus, quin spoliationes eiusmodi tam iniustas ac perniciosas conqueramur, eo vel magis quod societatibus catholicorum virorum, peccatis iis quidem et in omnes partes utilibus, iter praeccludi videmus, quo tempore edicitur, utique coire in societatem per leges licere: eaque facultas large revera hominibus permittitur consilia agitantibus religioni simul ac reipublicae perniciosa.

Profecto consociationum diversissimarum, maxime ex opificibus, longe nunc maior, quam alias frequentia. Plures inde ortum ducant, quid velint, qua grassentur via, non est huius loci quaerere. Opinio tamen est, multis confirmata rebus, praesesse ut plurimum occultiores auctores, eosdemque disciplinam

¹⁾ Lex humana in tantum habet rationem legis, in quantum est secundum rationem rectam, et secundum hoc manifestum est, quod a lege aeterna derivatur. In quantum vero a ratione recedit, sic dicitur lex iniusta, et sic non habet rationem legis, sed magis violentiae eiusdem. (S. Thom. Summ. Theol. I II, Quaest. XIII, a. III.)

Nr. 10084.
Römische
Curie.
15. Mai 1891.

adhibere non christiano nomini, non salutis civitatum consentaneam: occupataque efficiendorum operum universitate, id agere ut qui secum consociari recusarint, luere poenas egestate cogantur. — Hoc rerum statu, alterutrum malint artifices christiani oportet, aut nomen collegiis dare, unde periculum religioni extimescendum: aut sua inter se sodalitia condere, viresque hoc pacto coniungere, quo se animose queant ab illa iniusta ac non ferenda oppressione redimere. Omnino optari hoc alterum necesse esse, quam potest dubitationem apud eos habere, qui nolint summum hominis bonum in praesentissimum delictum conicere?

Valde quidem laudandi complures ex nostris, qui, probe perspecto quid a se tempora postulent, experiuntur ac tentant, qua ratione proletarios ad meliora adducere honestis artibus possint. Quorum patrocínio suscepto, prosperitatem augere cum domesticam tum singulorum student: item moderari cum aequitate vincula, quibus invicem artifices et domini continentur: alere et confirmare in utrisque memoriam officii atque evangelicorum custodiam praeceptorum; quae quidem praecepta, hominem ab intemperantia revocando, excedere modum vetant, personarumque et rerum dissimilimo statu harmoniam in civitate tuentur. Hac de causa unum in locum saepe convenire videmus viros egregios, quo communicent consilia invicem, viresque iungant, et quid maxime expedire videatur, consultant: Alii varium genus artificum opportuna copulare societate student; consilio ac re iuvant, opus ne desit honestum ac fructuosum, provident. Alacritatem addunt ac patrocínium impertiunt Episcopi: quorum auctoritate auspiciisque plures ex utroque ordine Cleri, quae ad excolendum animum pertinent, in consociatis sedulo curant. Denique catholici non desunt copiosis divitiis, sed mercenariorum velut consortes voluntarii, qui constituere lateque fundere grandi pecunia consociationes aditantur: quibus adiuvantibus facile opifici liceat non modo commoda praesentia, sed etiam honestae quietis futurae fiduciam sibi labore quaerere. Tam multiplex tamque alacris industria quantum attulerit rebus communibus boni plus est cognitum, quam ut attineat dicere. Hinc iam bene de reliquo tempore sperandi auspicia sumimus, modo societates istiusmodi constanter incrementa capiant, ac prudenti temperatione constituentur. Tutetur hos respublica civium coetus iure sociatos: ne trudat tamen sese in eorum intimam rationem ordinemque vitae: vitalis enim motus cictur ab interiore principio, ac facillime sane pulsu cliditur externo.

Est profecto temperatio ac disciplina prudens ad eam rem necessaria, ut consensus in agendo fiat conspiratioque voluntatum. Proinde si libera civibus coeundi facultas est, ut profecto est, ius quoque esse oportet eam libere optare disciplinam easque leges, quae maxime conducere ad id, quod propositum est, iudicentur. Eam, quae memorata est, temperationem disciplinamque collegiorum qualem esse in partibus suis singulis oporteat, decerni certis definitisque regulis non censemus posse, cum id potius statuendum sit ex ingenio cuiusque gentis, ex periclitatione et usu, ex genere atque efficientia operum,

ex amplitudine commerciorum, aliisque rerum ac temporum adiunctis, quae sunt prudenter ponderanda. Ad summam rem quod spectat, haec tamquam lex generalis ac perpetua sanciat, ita constitui, itaque gubernari opificum collegia oportere, ut instrumenta suppeditent aptissima maximeque expedita ad id, quod est propositum, quodque in eo consistit ut singuli e societate incrementum bonorum corporis, animi, rei familiaris, quoad potest, assequantur. Perspicuum vero est, ad perfectionem pietatis et morum tamquam ad causam praecipuam spectari oportere: eaque potissimum causa disciplinam socialem penitus dirigendam. Secus enim degenerarent in aliam formam, eique generi collegiorum, in quibus nulla ratio religionis haberi solet, haud sane multum praestarent. Ceterum quid prosit opifici rerum copiam societate quaesisse, si ob inopiam cibi sui de salute periclitetur anima? Quid prodest homini, si mundum universum lucretur, animae vero suae detrimentum patiatur?¹⁾ Haec quidem docet Christus Dominus velut notam habendam, qua ab ethnico distinguitur homo christianus: haec omnia gentes inquirunt . . . quaerite primum regnum Dei, et iustitiam eius, et haec omnia adicientur vobis²⁾. Sumptis igitur a Deo principiis, plurimum eruditioni religiosae tribuatur loci, ut sua singuli adversus Deum officia cognoscant: quid credere oporteat, quid sperare atque agere salutis sempiternae causa, probe sciant: curaque praecipua adversus opinionum errores variasque corruptelas maniantur. Ad Dei cultum studiumque pietatis excitetur opifex, nominatim ad religionem dierum festorum colendam. Vereri diligereque communem omnium parentem Ecclesiam condiscat: itemque eius et obtemperare praeceptis et sacramenta frequentare, quae sunt ad expiandas animi labeles sanctitatemque comparandam instrumenta divina.

Socialium legum posito in religione fundamento, primum est iter ad stabilendas sociorum rationes mutuas, ut convictus quietus ac res-florentes consequantur. Munia sodalitatum dispartienda sunt ad communes rationes accommodata, atque ita quidem ut consensum ne minuat dissimilitudo. Officia partiri intelligenter perspicereque defini, plurimum ob hanc causam interest, ne cui fiat iniuria. Commune administretur integre, ut ex indigentia singulorum praefiniatur opitulandi modus: iura officiaque dominorum cum iuribus officiisque opificum apte conveniant. Si qui ex alterutro ordine violatum se ulla re putarit, nihil optandum magis, quam adesse eiusdem corporis viros prudentes atque integros, quorum arbitrio litem dirimi leges ipsae sociales inbeant. Illud quoque magnopere providendum, ut copia operis nullo tempore deficiat opificum, utque vectigal suppeditet, inde necessitati singulorum subveniatur nec solum in subitis ac fortuitis industriae casibus, sed etiam cum valetudo, aut senectus, aut infortunium quemquam oppressit. — His legibus, si modo voluntate accipiantur, satis erit tenuiorum commodi ac saluti consultum: consociationes autem catholicorum non minimum ad prosperitatem mo-

¹⁾ Matth. XVI, 26.

²⁾ Matth. VI, 32—33.

Nr. 10084.
Römische
Curie.
15. Mai 1891.

menti in civitate sunt habiturae. Ex eventis praeteritis non temere provide-
mus futura. Truditur enim aetas aetate, sed rerum gestarum mirae sunt simi-
litudines, quia reguntur providentia Dei, qui continuationem seriemque rerum
ad eam causam moderatur ac flectit, quam sibi in procreatione generis hu-
mani praestituit. Christianis in prisca Ecclesiae adolescentis aetate probro
datum accepimus, quod maxima pars stipe precaria aut opere faciendo victi-
tarent. Sed destituti ab opibus potentiaque, pervicere tamen, ut gratiam sibi
locupletium, ac patrocinium potentium adiungerent. Cernere licebat impigros,
laboriosos, pacificos, iustitiae maximeque caritatis in exemplum retinentes. Ad
eiusmodi vitae morumque spectaculum, evanuit omnis praeiudicata opinio, ob-
trectatio obmutuit malevolorum, atque inveteratae superstitionis commenta ve-
ritati christianae paullatim cessere. — De statu opificum certatur in praesens:
quae certatio ratione dirimatur an secus, plurimum interest reipublicae in utram-
que partem. Ratione autem facile dirimetur ab artificibus christianis, si so-
cietate coniuncti ac prudentibus auctoribus usi, viam inierint eandem, quam
patres ac maiores singulari cum salute et sua et publica tenuerunt. Etenim
quantumvis magna in homine vis opinionum praeiudicarum cupiditatumque
sit, tamen nisi sensum honesti prava voluntas obstupefecerit, futura est bene-
volentia civium in eos sponte propensior, quos industrios ac modestos cogno-
verint, quos aequitatem lucro, religionem officii rebus omnibus constiterit ante-
ponere. Ex quo illud etiam consequetur commodi, quod spes et facultas san-
nitatis non minima suppeditabitur opificibus iis, qui vel omnino despecta fide
christiana, vel alienis a professione moribus vivant. Isti quidem se plerumque
intelligunt falsa spe simulataque rerum specie deceptos. Sentiunt enim, sese
apud cupidos dominos valde inhumane tractari, nec fieri fere plus quam
quantum pariant operando lucri: quibus autem sodalitatibus implicati sunt, in
iis pro caritate atque amore intestinas discordias existere, petulantis atque in-
credulae paupertatis perpetuas comites. Fracto animo, extenuato corpore,
quam valde se multi vellent e servitute tam humili vindicare: nec tamen audent,
seu quod hominum pudor, seu metus inopiae prohibeat. Iamvero his omnibus
mirum quantum prodesse ad salutem collegia catholicorum possunt, si haesi-
tantes ad sinum suum expediendis difficultatibus invitarint, si respiscentes in
fidem tutelamque suam acceperint.

Habetis, Venerabiles Fratres, quos et qua ratione elaborare in causa per-
difficili necesse sit. — Accingendum ad suas cuique partes, et maturime qui-
dem, ne tantae iam molis incommodum fiat insanabilius cunctatione medicinae.
Adhibeant legum institutorumque providentiam, qui gerunt respublicas: sua
meminerint officia locupletes et domini: enitantur ratione, quorum res agitur,
proletarii: cumque religio, ut initio diximus, malum pellere funditus sola pos-
sit, illud reputent universi, in primis instaurari mores christianos oportere,
sine quibus ea ipsa arma prudentiae, quae maxime putantur idonea, parum
sunt ad salutem valitura. — Ad Ecclesiam quod spectat, desiderari operam
suam nullo tempore nulloque modo sinet, tanto plus allatura adiuventi, quanto

sibi maior in agendo libertas contigerit: idque nominatim intelligant, quorum munus est salutis publicae consulere. Intendant omnes animi industriaeque vires ministri sacrorum: vobisque, Venerabiles Fratres, auctoritate praecipientibus et exemplo, sumpta ex evangelio documenta vitae hominibus ex omni ordine inculcare ne desinant: omni qua possunt ope pro salute populorum contendant, potissimumque studeant et tueri in se, et excitare in aliis, summis iuxta atque infimis, omnium dominam ac reginam virtutum, caritatem. Optata quippe salus expectanda praecipue est ex magna effusione caritatis: christianae caritatis intelligimus, quae totius Evangelii compeudiaria lex est, quaeque semetipsam pro aliorum commodis semper devovere parata, contra saeculi insolentiam atque immoderatum amorem sui certissima est homini antidotus: cuius virtutis partes ac lineamenta divina Paulus Apostolus iis verbis expressit: Caritas patiens est, benigna est: non quaerit quae sua sunt: omnia suffert: omnia sustinet¹⁾.

Divinorum munerum auspiciem ac benevolentiae Nostrae testem vobis singulis, Venerabiles Fratres, et Clero populoque vestro apostolicam benedictionem peramanter in Domino impertimus.

Datum Romae apud S. Petrum die XV Maii An. MDCCCXCI. Pontificatus Nostri Decimoquarto.

Leo PP. XIII.

¹⁾ 1. Corinth. XIII, 4—7.

Samoa.

Nr. 10085. **DEUTSCHLAND, ENGLAND, VEREINIGTE STAATEN.**
General-Acte der Samoa-Conferenz in Berlin,
14. Juni 1889.

General Act of the Samoan Conference of Berlin*).

Nr. 10085.
Conferenz-
Staaten.
14. Juni 1889.

His Majesty the Emperor of Germany, King of Prussia, the President of the United States of America, Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India,

Wishing to provide for the security of the life, property and trade of the citizens and subjects of their respective Governments residing in, or having commercial relations with the Islands of Samoa; and desirous at the same time to avoid all occasions of dissension between their respective Governments and the Government and people of Samoa, while promoting as far as possible the peaceful and orderly civilization of the people of these Islands, have resolved, in accordance with the invitation of the Imperial Government of Germany, to resume in Berlin the Conference of Their Plenipotentiaries which was begun in Washington on June 25, 1887; and have named for Their present Plenipotentiaries the following:

His Majesty the Emperor of Germany, King of Prussia:

Count Bismarck, Minister of State, Secretary of State for Foreign Affairs, || Baron von Holstein, Actual Privy Councillor of Legation, Dr. Krauel, Privy Councillor of Legation;

The President of the United States of America:

Mr. John A. Kasson, || Mr. William Walter Phelps, || Mr. George H. Bates;

*) Die General-Acte der Samoa-Conferenz in Berlin ist seitens des Kaisers am 10. März 1890, seitens des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 21. Februar 1890 und seitens der Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland am 13. März 1890 ratificirt worden. Die Hinterlegung der Ratificationsurkunden hat in Berlin am 12. April 1890 stattgefunden. Ueber die vorhergehenden Ereignisse und Verhandlungen sind von allen drei Staaten sehr umfangreiche Berichte und Actenstücke in Blau- etc. Buchern publicirt worden. Vgl. auch Staatsarch. Bd. 46 Nr. 8334 und 8335, Bd. 44 Nr. 8425-8507, Bd. 43 Nr. 8338-8347, Bd. 38 Nr. 7293 und 7294.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India:

Nr. 10085.
Confereuz-
Staaten.
14. Juni 1889.

Sir Edward Baldwin Malet, Her Majesty's Ambassador to the Emperor of Germany, King of Prussia, || Charles Stewart Scott Esquire, Her Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the Swiss Confederation, || Joseph Archer Crowe Esquire, Her Majesty's Commercial Attaché for Europe,

who, furnished with full powers which have been found in good and due form, have successively considered and adopted:

First; A Declaration respecting the independence and neutrality of the Islands of Samoa, and assuring to their respective citizens and subjects equality of rights in said Islands, and providing for the immediate restoration of peace and order therein. || Second; A Declaration respecting the modification of existing treaties, and the assent of the Samoan Government to this Act. || Third; A Declaration respecting the establishment of a Supreme Court of Justice for Samoa, and defining its jurisdiction. || Fourth; A Declaration respecting titles to land in Samoa, restraining the disposition thereof by natives, and providing for the investigation of claims thereto and for the registration of valid titles. || Fifth; A Declaration respecting the Municipal District of Apia, providing a local administration therefor and defining the jurisdiction of the Municipal Magistrate. || Sixth; A Declaration respecting taxation and revenue in Samoa. || Seventh; A Declaration respecting arms and ammunition, and intoxicating liquors, restraining their sale and use. || Eighth; General Dispositions.

Article I.

A Declaration respecting the independence and neutrality of the Islands of Samoa, and assuring to the respective citizens and subjects of the Signatory Powers equality of rights in said Islands; and providing for the immediate restoration of peace and order therein.

It is declared, that the Islands of Samoa are neutral territory in which the citizens and subjects of the Three Signatory Powers have equal rights of residence, trade and personal protection. The Three Powers recognize the independence of the Samoan Government and the free right of the natives to elect their Chief or King and choose their form of Government according to their own laws and customs. Neither of the Powers shall exercise any separate control over the Islands or the Government thereof. || It is further declared, with a view to the prompt restoration of peace and good order in the said Islands, and in view of the difficulties which would surround an election in the present disordered condition of their Government, that Malietoa Laupepa, who was formerly made and appointed King on the 12th day of July 1881, and was so recognized by the Three Powers, shall again be so recognized hereafter in the exercise of such authority, unless the Three Po-

Nr. 10055.
 Conferenz-
 Staaten.
 14. Juni 1889.

wers shall by common accord otherwise declare; and his successor shall be duly elected according to the laws and customs of Samoa.

Article II.

A Declaration respecting the modification of existing treaties, and the assent of the Samoan Government to this Act.

Considering, that the following provisions of this General Act cannot be fully effective without a modification of certain provisions of the treaties heretofore existing between the Three Powers, respectively, and the Government of Samoa, it is mutually declared, that in every case where the provisions of this Act shall be inconsistent with any provision of such treaty or treaties, the provisions of this Act shall prevail. || Considering further, that the consent of the Samoan Government is requisite to the validity of the stipulations hereinafter contained, the Three Powers mutually agree to request the assent of the Samoan Government to the same, which, when given, shall be certified in writing to each of the Three Governments through the medium of their respective Consuls in Samoa.

Article III.

A Declaration respecting the establishment of a Supreme Court of Justice for Samoa and defining its jurisdiction.

Section I.

A Supreme Court shall be established in Samoa to consist of one Judge, who shall be styled Chief Justice of Samoa, and who shall appoint a Clerk and a Marshal of the Court; and record shall be kept of all orders and decisions made by the Court, or by the Chief Justice in the discharge of any duties imposed on him under this Act. The Clerk and Marshal shall be allowed reasonable fees to be regulated by order of the Court.

Section II.

With a view to secure judicial independence and the equal consideration of the rights of all parties, irrespective of nationality, it is agreed, that the Chief Justice shall be named by the Three Signatory Powers in common accord; or, failing their agreement, he may be named by the King of Sweden and Norway. He shall be learned in law and equity, of mature years, and of good repute for his sense of honour, impartiality and justice. || His decision upon questions within his jurisdiction shall be final. He shall be appointed by the Samoan Government upon the certificate of his nomination as herein provided. He shall receive an annual salary of six thousand dollars (doll. 6000) in gold, or its equivalent, to be paid the first year in equal proportions by the Three Treaty Powers, and afterward out of the revenues of Samoa apportioned to the use of the Samoan Government, upon which his compensation shall be the first charge. Any deficiency therein shall be made good by the

Three Powers in equal shares. || The powers of the Chief Justice, in case of a vacancy of that office from any cause, shall be exercised by the President of the Municipal Council, until a successor shall be duly appointed and qualified.

Nr. 10085.
Conferenz-
Staaten.
11. Juni 1889.

Section III.

In case either of the four Governments shall at any time have cause of complaint against the Chief Justice for any misconduct in office, such complaint shall be presented to the authority which nominated him; and if in the judgment of such authority there is sufficient cause for his removal, he shall be removed. If the majority of the Three Treaty Powers so request, he shall be removed. In either case of removal, or in case the office shall become otherwise vacant, his successor shall be appointed as herein before provided.

Section IV.

The Supreme Court shall have jurisdiction of all questions arising under the provisions of this General Act; and the decision or order of the Court thereon shall be conclusive upon all residents of Samoa. The Court shall also have appellate jurisdiction over all Municipal Magistrates and officers.

Section V.

The Chief Justice is authorized at his own discretion, and required upon written request of either party litigant, to appoint assessors, one of the nationality of each litigant, to assist the Court, but without voice in the decision.

Section VI.

In case any question shall hereafter arise in Samoa respecting the rightful election or appointment of King or of any other Chief claiming authority over the Islands; or respecting the validity of the powers which the King or any Chief may claim in the exercise of his office, such question shall not lead to war, but shall be presented for decision to the Chief Justice of Samoa, who shall decide it in writing, conformably to the provisions of this Act and to the laws and customs of Samoa not in conflict therewith; and the Signatory Governments will accept and abide by such decision.

Section VII.

In case any difference shall arise between either of the Treaty Powers and Samoa which they shall fail to adjust by mutual accord, such difference shall not be held cause for war, but shall be referred for adjustment on the principles of justice and equity to the Chief Justice of Samoa, who shall make his decision thereon in writing.

Section VIII.

The Chief Justice may recommend to the Government of Samoa the passage of any law which he shall consider just and expedient for the prevention

Nr. 10085.
 Conferenz-
 Staaten.
 14. Juni 1889.

and punishment of crime and for the promotion of good order in Samoa outside the Municipal District and for the collection of taxes without the District.

Section IX.

Upon the organization of the Supreme Court there shall be transferred to its exclusive jurisdiction:

1. All civil suits concerning real property situated in Samoa and all rights affecting the same. ||
2. All civil suits of any kind between natives and foreigners or between foreigners of different nationalities. ||
3. All crimes and offences committed by natives against foreigners or committed by such foreigners as are not subject to any consular jurisdiction; subject however to the provisions of section 4 Article V defining the jurisdiction of the Municipal Magistrate of the District of Apia.

Section X.

The practice and procedure of Common Law, Equity and Admiralty, as administered in the Courts of England, may be — so far as applicable — the practice and procedure of this Court; but the Court may modify such practice and procedure from time to time as shall be required by local circumstances. The Court shall have authority to impose, according to the crime, the punishment established therefor by the laws of the United States, of England, or of Germany, as the Chief Justice shall decide most appropriate; or, in the case of Native Samoans and other Natives of the South Sea Islands, according to the laws and customs of Samoa.

Section XI.

Nothing in this article shall be so construed as to affect existing consular jurisdiction over all questions arising between masters and seamen of their respective national vessels; nor shall the Court take any *ex post facto* or retroactive jurisdiction over crimes or offences committed prior to the organization of the Court.

Article IV.

A Declaration respecting titles to land in Samoa and restraining the disposition thereof by natives; and providing for the investigation of claims thereto, and for the registration of valid titles.

Section I.

In order that the native Samoans may keep their lands for cultivation by themselves and by their children after them, it is declared, that all future alienation of lands in the Islands of Samoa to the citizens or subjects of any foreign country, whether by sale, mortgage or otherwise shall be prohibited, subject to the following exceptions:

- a) Town lots and lands within the limits of the Municipal District as

defined in this Act may be sold or leased by the owner for a just consideration when approved in writing by the Chief Justice of Samoa; || b) Agricultural lands in the Islands may be leased for a just consideration and with carefully defined boundaries for a term not exceeding forty (40) years when such lease is approved in writing by the Chief Executive Authority of Samoa and by the Chief Justice.

Nr. 100-5.
Conferenz-
Staaten.
11. Juni 1880.

But care shall be taken, that the agricultural lands and natural fruit lands of Samoans shall not be unduly diminished.

Section II.

In order to adjust and settle all claims by aliens of titles to land or any interest therein in the Islands of Samoa, it is declared, that a Commission shall be appointed to consist of three (3) impartial and competent persons, one to be named by each of the Three Treaty Powers; to be assisted by an officer to be styled "Natives' Advocate", who shall be appointed by the Chief-Executive of Samoa with the approval of the Chief Justice of Samoa. || Each Commissioner shall receive during his necessary term of service a compensation at the rate of three hundred dollars per month and his reasonable fare to and from Samoa. The reasonable and necessary expenses of the Commission for taking evidence and making surveys (such expenses to be approved by the Chief Justice) shall also be paid, one third by each of the Treaty Powers. || The compensation of the 'Natives' Advocate shall be fixed and paid by the Samoan Government. || Each Commissioner shall be governed by the provisions of this Act; and shall make and subscribe an oath before the Chief Justice, that he will faithfully and impartially perform his duty as such Commissioner.

Section III.

It shall be the duty of this Commission, immediately upon their organization, to give public notice, that all claims on the part of any foreigner to any title or interest in lands in Samoa must be presented to them, with due description of such claim and all written evidence thereof, within four months from such notice for the purpose of examination and registration; and that all claims not so presented will be held invalid and for ever barred; but the Chief Justice may allow a reasonable extension of time for the production of such evidence when satisfied, that the claimant has after due diligence been unable to produce the same within the period aforesaid. This notice shall be published in Samoa in the German, English and Samoan Languages as directed by the Commission. || The labours of the Commission shall be closed in two years, and sooner if practicable.

Section IV.

It shall be the duty of the Commission to investigate all claims of foreigners to land in Samoa, whether acquired from natives or from aliens, and

Nr. 10085. Conferenz-
Staaten.
14. Juni 1889.

to report to the Court in every case the character and description of the claim, the consideration paid, the kind of title alleged to be conveyed, and all the circumstances affecting its validity.

They shall especially report

- a) whether the sale or disposition was made by the rightful owner or native entitled to make it. || b) Whether it was for a sufficient consideration. || c) The identification of the property affected by such sale or disposition.

Section V.

The Commission whenever the case requires it shall endeavour to effect a just and equitable compromise between litigants. They shall also report to the Court whether the alleged title should be recognized and registered or rejected, in whole or in part, as the case may require.

Section VI.

All disputed claims to land in Samoa shall be reported by the Commission to the Court, together with all the evidence affecting their validity; and the Court shall make final decision thereon in writing, which shall be entered on its record. || Undisputed claims and such as shall be decided valid by the unanimous voice of the Commission shall be confirmed by the Court in proper form in writing, and be entered of record.

Section VII.

The Court shall make provision for a complete registry of all valid titles to land in the Islands of Samoa which are or may be owned by foreigners.

Section VIII.

All lands acquired before the 28th day of August 1879 — being the date of the Anglo-Samoan Treaty — shall be held as validly acquired, — but without prejudice to rights of third parties, — if purchased from Samoans in good faith, for a valuable consideration, in a regular and customary manner. Any dispute as to the fact or regularity of such sale shall be examined and determined by the Commission, subject to the revision and confirmation of the Court.

Section IX.

The undisputed possession and continuous cultivation of lands by aliens for ten years or more shall constitute a valid title by prescription to the lands so cultivated, and an order for the registration of the title thereto may be made.

Section X.

In cases where land acquired in good faith has been improved or cultivated upon a title which is found to be defective, the title may be confirmed

in whole or in part upon the payment by the occupant to the person or persons entitled thereto of an additional sum to be ascertained by the Commission and approved by the Court as equitable and just.

Nr. 10985.
Conferenz-
Staaten.
14. Juni 1889.

Section XI.

All claims to land, or to any interest therein, shall be rejected and held invalid in the following cases:

- a) Claims based upon mere promises to sell, or options to buy.
- b) Where the deed, mortgage or other conveyance contained at the time it was signed no description of the land conveyed sufficiently accurate to enable the Commission to define the boundaries thereof.
- c) Where no consideration is expressed in the conveyance, or if expressed has not been paid in full to the grantor, or if the consideration at the time of the conveyance was manifestly inadequate and unreasonable. || d) Where the conveyance whether sale, mortgage or lease was made upon the consideration of a sale of firearms or munitions of war, or upon the consideration of intoxicating liquors, contrary to the Samoan law of October 25. 1880, or contrary to the Municipal regulations of January 1. 1880.

Section XII.

The Land Commission may at its discretion through the Local Government of the District in which the disputed land is situated appoint a native Commission to determine the native grantor's right of ownership and sale, and the result of that investigation, together with all other facts pertinent to the question of validity of title, shall be laid before the Commission to be by them reported to the Court.

Article V.

A Declaration respecting the Municipal District of Apia, providing a local administration therefor, and defining the jurisdiction of the Municipal Magistrate.

Section I.

The Municipal District of Apia is defined as follows: beginning at Vailoa, the boundary passes thence westward along the coast to the mouth of the River Fuluasa; thence following the course of the river upwards to the point at which the Alafuala road crosses said river; thence following the line of said road to the point where it reaches the River Vaisinago; and thence in a straight line to the point of beginning at Vailoa — embracing also the waters of the Harbour of Apia.

Section II.

Within the aforesaid District shall be established a Municipal Council consisting of six members and a President of the Council, who shall also

Nr. 10085.
 Conferenz-
 Staaten.
 14. Juni 1889.

have a vote. || Each member of the Council shall be a resident of the said District and owner of real estate or conductor of a profession or business in said District which is subject to a rate or tax not less in amount than Doll. 5 per ann. || For the purpose of the election of members of the Council, the said District shall be divided into two, or three, electoral districts from each of which an equal number of Councillors shall be elected by the taxpayers thereof qualified as aforesaid, and the members elected from each electoral district shall have resided therein for at least six months prior to their election. || It shall be the duty of the Consular Representatives of the Three Treaty Powers to make the said division into electoral districts as soon as practicable after the signing of this Act. In case they fail to agree thereon, the Chief Justice shall define the electoral districts. Subsequent changes in the number of Councillors or the number and location of electoral districts may be provided for by municipal ordinance. || The Councillors shall hold their appointment for a term of two years and until their successors shall be elected and qualified. || In the absence of the President the Council may elect a Chairman „pro tempore“. || Consular Officers shall not be eligible as Councillors, nor shall Councillors exercise any Consular functions during their term of office.

Section III.

The Municipal Council shall have jurisdiction over the Municipal District of Apia so far as necessary to enforce therein the provisions of this Act which are applicable to said District, including the appointment of a Municipal Magistrate and of the necessary subordinate officers of justice and of administration therein; and to provide for the security in said District of person and property, for the assessment and collection of the revenues therein as herein authorized; and to provide proper fines and penalties for the violation of the laws and ordinances which shall be in force in said District and not in conflict with this Act, including sanitary and police regulations. They shall establish pilot charges, port dues, quarantine and other regulations of the port of Apia, and may establish a local postal system. They shall also fix the salary of the Municipal Magistrate and establish the fees and charges allowed to other civil officers of the District, excepting Clerk and Marshal of the Supreme Court. || All ordinances, resolutions and regulations passed by this Council before becoming law shall be referred to the Consular Representatives of the Three Treaty Powers sitting conjointly as a Consular Board, who shall either approve and return such regulations or suggest such amendments as may be unanimously deemed necessary by them. || Should the Consular Board not be unanimous in approving the regulations referred to them, or should the amendments unanimously suggested by the Consular Board not be accepted by a majority of the Municipal Council, then the regulations in question shall be referred for modification and final approval to the Chief Justice of Samoa.

Section IV.

The Municipal Magistrate shall have exclusive jurisdiction in the first instance over all persons irrespective of nationality in case of infraction of any law, ordinance, or regulation passed by the Municipal Council in accordance with the provisions of this Act, provided that the penalty does not exceed a fine of two hundred dollars or imprisonment for a longer term than 180 days. || In cases where the penalty imposed by the Municipal Magistrate shall exceed a fine of twenty dollars or a term of ten days imprisonment an appeal may be taken to the Supreme Court.

Nr. 10085.
Conferenz-
Staaten.
14. Juni 1889.

Section V.

The President of the Municipal Council shall be a man of mature years, and of good reputation for honour, justice and impartiality. He shall be agreed upon by the Three Powers; or, failing such agreement, he shall be selected from the nationality of Sweden, The Netherlands, Switzerland, Mexico or Brazil, and nominated by the Chief-Executive of the nation from which he is selected, and appointed by the Samoan Government upon certificate of such nomination. || He may act under the joint instruction of the Three Powers, but shall receive no separate instruction from either. He shall be guided by the spirit and provisions of this General Act, and shall apply himself to the promotion of the peace, good order and civilization of Samoa. He may advise the Samoan Government when occasion requires, and shall give such advice when requested by the King, but always in accordance with the provisions of this Act, and not to the prejudice of the rights of either of the Treaty Powers. || He shall receive an annual compensation of five thousand dollars (Doll. 5000), to be paid the first year in equal shares by the Three Treaty Powers, and afterward out of that portion of Samoan revenues assigned to the use of the Municipality, upon which his salary shall be the first charge. || He shall be the Receiver and Custodian of the revenues accruing under the provisions of this Act, and shall render quarterly reports of his receipts and disbursements to the King, and to the Municipal Council. || He shall superintend the Harbour and Quarantine regulations, and shall, as the chief executive officer, be in charge of the administration of the laws and ordinances applicable to the Municipal District of Apia.

Section VI.

The Chief Justice shall, immediately after assuming the duties of his office in Samoa, make the proper order or orders for the election and inauguration of the local government of the Municipal District, under the provisions of this Act. Each member of the municipal Council, including the President, shall, before entering upon his functions, make and subscribe before the Chief Justice an oath, or affirmation that he will well and faithfully perform the duties of his office.

Nr. 10085,
 Conferenz-
 Staaten.
 11. Juni 1889.

Article VI.

A Declaration respecting Taxation and Revenue in Samoa.

Section I.

The Port of Apia shall be the port of entry for all dutiable goods arriving in the Samoan Islands; and all foreign goods, wares and merchandize landed on the Islands shall be there entered for examination; but coal and naval stores which either Government has by treaty reserved the right to land at any harbour stipulated for that purpose are not dutiable when imported as authorized by such treaty, and may be there landed as stipulated without such entry or examination.

Section II.

To enable the Samoan Government to obtain the necessary revenue for the maintenance of government and good order in the Islands, the following duties, taxes and charges may be levied and collected, without prejudice to the right of the native government to levy and collect other taxes in its discretion upon the natives of the Islands and their property, and with the consent of the Consuls of the Signatory Powers upon all property outside the Municipal District, provided such tax shall bear uniformly upon the same class of property, whether owned by natives or foreigners.

A. Import Duties.

1. On Ale and Porter and Beer per dozen quarts	—	Doll. 50 c.
2. On Spirits, per Gallon	2	„ 50 „
3. On Wine except sparkling, per Gallon	1	„ — „
4. On Sparkling Wines per Gallon	1	„ 50 „
5. On Tobacco per lb.	—	„ 50 „
6. On Cigars per lb.	1	„ — „
7. On Sporting arms, each	4	„ — „
8. On Gunpowder per lb.	—	„ 25 „
9. Statistical duty on all merchandize and goods imported, except as aforesaid, ad valorem	2	p. c.

B. Export Duties.

on copra	} ad valorem	} {	2 $\frac{1}{2}$ p. c.
on cotton			1 $\frac{1}{2}$ „ „
on coffee			2 „ „

C. Taxes to be annually levied.

1. Capitation tax on Samoans and other Pacific Islanders not included under No. 2, per head	1	Doll. — c.
2. Capitation tax on coloured plantation labourers, other than Samoans, per head	2	„ — „

Nr. 10085.
Confereuz-
Staaten.
14. Juni 1889.

3. On boats, trading and others (excluding native canoes and native boats carrying only the owner's property) each 4 Doll. — c.
4. On firearms, each 2 „ — „
5. On dwelling houses (not including the dwelling houses of Samoan natives) and on land and houses used for commercial purposes, ad valorem 1 p. c.
6. Special taxes on traders as follows:

Class I.

On stores of which the monthly sales are
Doll. 2000 or more, each store 100 Doll. — c.

Class II.

Below Doll. 2000 and not less than Doll 1000 48 „ — „

Class III.

Below Doll. 1000 and not less than Doll. 500 36 „ — „

Class IV.

Below Doll. 500 and not less than Doll. 250 24 „ — „

Class V.

Below Doll. 250 12 „ — „

D. Occasional taxes.

1. On trading vessels exceeding 100 tons burden, calling at Apia, at each call 10 „ — „
2. Upon deeds of real estate, to be paid before registration thereof can be made, and, without payment of which, title shall not be held valid, upon the value of the consideration paid 1/2 p. c.
3. Upon other written transfers of property, upon the selling price 1 „ „
Evidence of the payment of the last two taxes may be shown by lawful stamps affixed to the title paper, or otherwise by the written receipt of the proper tax collector.
4. Unlicensed butchers in Apia shall pay upon their sales 1 „ „

E. License taxes.

No person shall engage as proprietor or manager in any of the following professions or occupations except after having obtained a License therefor, and for such License the following tax shall be paid in advance:

Tavern Keeper 10 Doll.

Nr. 10085.
 Conferenz-
 Staaten.
 14. Juni 1889.

	per annum
Attorney, barrister or Solicitor	60 Doll.
Doctor of Medicine or dentistry	30 "
Auctioneer or commission agent	40 "
Baker	12 "
Banks or companies for banking	60 "
Barber	6 "
Blacksmith	5 "
Boat Builder	6 "
Butcher	12 "
Cargo-boat or lighter	6 "
Carpenter	6 "
Photographer or Artist	12 "
Engineer	12 "
„ assistants	6 "
„ apprentices	3 "
Hawker	1 "
Pilot	24 "
Printing press	12 "
Sail maker	6 "
Ship builder	6 "
Shoemaker	6 "
Land Surveyor	6 "
Tailor	6 "
Waterman	6 "
Salesman, bookkeepers, clerks; paid less than Doll. 75 a month	3 "
Same when paid over Doll. 85 a month	6 "
White labourers and domestics per head	5 "
Factory hands and independent workmen	5 "

Section III.

Of the revenues paid into the Treasury the proceeds of the Samoan capitation tax, of the license taxes paid by native Samoans, and of all other taxes, which may be collected without the Municipal District, shall be for the use and paid out upon the order of the Samoan Government. The proceeds of the other taxes, which are collected in the Municipal District exclusively, shall be held for the use and paid out upon the order of the Municipal Council to meet the expenses of the Municipal Administration as provided by this Act.

Section IV.

It is understood, that "Dollars" and "Cents", terms of money used in this Act, describe the standard money of the United States of America, or its equivalent in other currencies.

Article VII.

A declaration respecting arms and ammunition, and intoxicating liquors, restraining their sale and use.

Nr. 10085.
Conferenz-
Staaten.
14. Juni 1889.

Section I.

Arms and ammunition.

The importation into the Islands of Samoa of arms and ammunition by the natives of Samoa, or by the citizens or subjects of any foreign country, shall be prohibited except in the following cases:

- a) Guns and ammunition for sporting purposes, for which written license shall have been previously obtained from the President of the Municipal Council. || b) Small arms and ammunition carried by travellers as personal appanage.

The sale of arms and ammunition by any foreigner to any native Samoan subject or other Pacific Islander resident in Samoa is also prohibited. || Any arms or ammunition imported or sold in violation of these provisions shall be forfeited to the Government of Samoa. The Samoan Government retains the right to import suitable arms and ammunition to protect itself and maintain order; but all such arms and ammunition shall be entered at the Customs (without payment of duty) and reported by the President of the Municipal Council to the Consuls of the Three Treaty Powers. || The Three Governments reserve to themselves the future consideration of the further restrictions which it may be necessary to impose upon the importation and use of firearms in Samoa.

Section II.

Intoxicating Liquors.

No spirituous, vinous or fermented liquors, or intoxicating drinks whatever, shall be sold, given or offered to any native Samoan, or South Sea Islander resident in Samoa, to be taken as a beverage. || Adequate penalties, including imprisonment, for the violation of the provisions of this Article shall be established by the Municipal Council for application within its jurisdiction, and by the Samoan Government for all the Islands.

Article VIII.

General Dispositions.

Section I.

The provisions of this Act shall continue in force until changed by consent of the Three Powers. Upon the request of either Power after three years from the signature hereof, the Powers shall consider by common accord what ameliorations, if any, may be introduced into the provisions of this General Act. In the meantime any special amendment may be adopted by the consent of Three Powers with the adherence of Samoa.

Section II.

Nr. 10085.
 Conferenz-
 Staaten.
 14. Juni 1889.

The present General Act shall be ratified without unnecessary delay, and within the term of ten months from the date of its signature. || In the meantime the Signatory Powers respectively engage themselves to adopt no measure which may be contrary to the dispositions of the said Act. || Each Power further engages itself to give effect in the meantime to all provisions of this Act which may be within its authority prior to the final ratification. || Ratifications shall be exchanged by the usual diplomatic channels of communication.

The assent of Samoa to this General Act shall be attested by a certificate thereof signed by the King and executed in triplicate, of which one copy shall be delivered to the Consul of each of the Signatory Powers at Apia for immediate transmission to his Government.

Done in triplicate at Berlin this fourteenth day of June one thousand eight hundred and eighty nine.

H. Bismarck.
 Holstein.
 R. Krauel.
 John A. Kasson.
 Wm. Walter Phelps.

Geo. H. Bates.
 Edward B. Malet.
 Charles S. Scott.
 J. A. Crowe.



UNIVERSITY OF FLORIDA



3 1262 08553 3338

327.08
5775
V.51

